C 21734 D



2. Juni 1967: Tod von Benno Ohnesorg Seite 24/25

Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 104 16.5.77 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–



ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Hamburg: Abfuhr für die Faschisten

Am Sonntag, 15. Mai, wollte die noch rechts von der NPD stehende „Deutsche Volksunion" des Dr. Frey eine Veranstaltung mit dem Alt-Nazi Rudel machen. Teilnehmer waren aus dem ganzen Bundesgebiet und Westberlin mobilisiert worden. Antifaschistische Aktionen am 14. und 15. Mai machten den Nazis jedoch einen ziemlichen Strich durch die Rechnung.

Die DVU hatte vorsorglich zugleich das Curio-Haus (Universitätsviertel) und die Friedrich-Ebert-Halle (Hamburg-Harburg) angemietet. Das Curio-Haus wurde ihnen nachträglich vom Vermieter (Studentenwerk) und dem obersten Hausherrn (Senator Biallas, FDP) wieder entzogen. Daraufhin erwirkten sie vom Gericht eine „einstweilige Verfügung", daß ihnen das Curio-Haus zur Verfügung gestellt werden müßte.

Als öffentlichen Protest und zugleich als praktische Maßnahme zur Verhinderung der Faschisten-Veranstaltung besetzten deshalb am Sonnabendnachmittag 100 - 150 Genossen des SSB (Studenten) und des KB das Curio-Haus. Diese Aktion wurde durch ein Flugblatt bekannt gemacht. Ebenso wurde sie den Teilnehmern einer Kundgebung bekannt gegeben, die um 14 Uhr stattfand, und zu der u.a. die VAN (der DKP nahestehende Organisation alter Antifaschisten), die DKP und den AStA (MSB/SHB) aufgerufen hatten. Etwa 400 Menschen nahmen daran teil (darunter auch viele Genossen des KB), von denen etwa 120 anschließend mit ins Curio-Haus kamen. Darunter anarchistische Genossen und bemerkenswerterweise auch einige VAN-Mitglieder, die sich mit der Besetzungsaktion solidarisch erklärten und zum „Durchhalten" aufforderten. Im Laufe des Nachmittags kam ins Curio-Haus noch starker Zuzug von Genossen des SSB und KB, aber auch von vielen Unorganisierten. Am Abend waren etwa 500 Menschen versammelt und die Zahl wuchs noch auf 800 - 1.000, als in den Nachtstunden ein „Besetzerfest" mit Musik stattfand. Etwa 250 Menschen harrten mit Decken und Schlafsäcken die ganze Nacht über im Curio-Haus aus.

Am Sonntagmorgen dann die nächste Aktion: Etwa 150 Antifaschisten drangen auf das umzäunte Gelände der Friedrich-Ebert-Halle in Harburg ein und „besetzten" es. Auch hier wuchs die Zahl der „Besetzer" durch Mund-Propaganda rasch an, auf etwa 400. Durch eine Aktion in der Harburger Innenstadt sowie durch eine muntere Haus- und Kirchenagitation wurde die „Besetzung"

Fortsetzung auf Seite 2

Jusos — eine neue Partei?

Die Auseinandersetzungen um den frischgebackenen Juso-Vorsitzenden Benneter haben viel heisse Luft gemacht. Erst stand der Benneter ganz fest, aber dann fiel er doch um. Ziemlich viel Juso-Gremien haben sich mit Benneter solidarisiert, aber noch weit höher ist die Zahl derjenigen, die gekniffen haben oder die sich nur lauwarm geäußert haben. Leute, die jahrelang von ihrem „linken" Image gelebt haben, wie die SPD Frankfurt und Südhessen, die „rote Heidi" Wiczorek-Zeul (Benneters Vorgängerin) und der frühere Juso-„Cheffideologe" Johanno Strasser, haben die Jusos beschworen, sich nicht „blind" mit Benneter zu solidarisieren und der Parteiführung um Himmels willen zu all ihren Bestechungsskandalen nicht noch zusätzliche Schwierigkeiten zu machen.

Einige „Parteiordnungsverfahren" gegen Juso-Gremien und einzelne Jusos sind noch in der Schwebe. Auch über den Benneter wird noch verhandelt werden. Wie das ausgeht, kann man vorerst nur raten. Sicher ist jedenfalls, daß die Sache eingedämmt ist, im Sinne der Parteiführung. Ausschlüsse und Austritte als Folge der Affäre wird es nur wenige geben. Die Jusos haben einen Denkzettel erhalten und zumindest die Funktionäre haben insgesamt die Köpfe einzogen. Daß mit „Kommunisten" nicht zusammengearbeitet werden darf (außer, wenn der Parteivorstand Ausnahmen ausdrücklich genehmigt ...) und daß die SPD-Politik nicht in Frage gestellt werden darf, ist nochmals allen SPD-„Linken" nachdrücklich eingeschärft worden.

Wozu überhaupt die ganze Affäre? Ist die SPD, wie in der bürgerlichen Presse behauptet wird, damit einer „Linkswendung", gar einem „Linksrutsch" bei den Jusos entgegengetreten? Das ist durchaus nicht der Fall. Wenn man sich die Entwicklung der Jusos in den letzten Jahren ansieht, so ergibt sich folgendes Bild: Nach der Studentenrevolte 1967-69 war den Jusos die Aufgabe zugeteilt worden, möglichst große Teile der politisierten und aktiven Jugendlichen zu „integrieren" und womöglich an die SPD zu binden. Diese Aufgabe, sollte sie gut gelöst werden, erforderte einige Beweglichkeit und Bewegungsfreiheit. Beweglich sind die Juso-Führer immer gewesen. Ende der 60er Jahre bekamen sie auch noch die notwendige Bewegungsfreiheit von der Parteiführung gewährt. Die „linken" Sprüchemacher hatten Konjunktur. Da war davon die Rede, die SPD zu einer sozialistischen Partei zu machen; andere meinten gar, die SPD sei im Grunde schon eine sozialistische Partei. Auf jeden Fall wollten die Jusos „die SPD der 80er Jahre" sein. Die „Überführung der Banken und Schlüsselindustrien in Gemeineigentum" und ähnliche kühne Träume wurden laut verkündet.

Dann kamen die ersten Dämpfer: Nachdem die SPD noch 1972 gegen das Mißtrauensvotum der CDU/CSU und bei den folgenden Bundestagsneuwahlen im Herbst sich auf eine Welle der Massenmobilisierung und „linke" Parolen gestützt hatte, ging die Partei n a c h den Wahlen forciert nach rechts. Auch die Jusos kriegten das zu spüren. Die ihnen zugedachte Integrations-Funktion schienen sie erfüllt zu haben, und so wurden sie wieder an eine kürzere Leine gelegt. Exemplarisch führte die SPD-Spitze im April 1973 ein paar gezielte und harte Schläge gegen Anhänger der revisionistischen „Stamokap"-Fraktion, es gab ein paar Ausschlüsse und auch ein paar theatralisch aufgezogene Übertritte zur DKP. Die Juso-Führer begriffen die Lektion und kuschten. Seither gibt es eine ununterbrochene Folge

Fortsetzung auf Seite 2



Bundeskongreß der Bürgerinitiativen:
Eine verpaßte Chance

Am 14./15. Mai fand in Hannover der bisher größte Bundeskongreß der Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke statt. An dem zweitägigen Kongreß beteiligten sich 256 Anti-AKW-Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet, wobei die Initiativen aus dem norddeutschen Raum am stärksten vertreten waren. Leider konnte der Kongreß nicht dazu genutzt werden, wesentliche Schritte nach vorn in der weiteren Arbeit zu machen. Bereits in der Vorbereitungsphase hatte eine Boykottkampagne gegen den Kongreß stattgefunden, die sowohl auf das Konto von Wüstenhagen, dem selbsternannten Sprecher des BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) als auch auf das Konto des Hamburger „AK Politische Ökologie" geht. Aufgrund dieser Kampagne, die mit lächerlichen Behauptungen arbeitete, wie: Der KB würde „die Bundeskonferenz manipulieren" usw., hatten bereits vor dem Kongreß eine Reihe von BIs erklärt, daß sie an diesem Kongreß nicht bzw. nur mit Beobachtern teilnehmen würden. Die Teilnahme von 256 BIs (gegenüber 80 zur Vorbereitung der Brokdorf-Demonstration am 19.2.) ist angesichts dieser Voraussetzungen als Erfolg zu werten.

Die Beschlüsse, die während der zwei Tage gefaßt wurden, stützen sich allesamt auf eine solide Mehrheit: Mit großer Mehrheit (130:23 bei 20 Enthaltungen) entlasteten die Delegierten das Sprecherkollektiv der Demonstration von Brokdorf und bestätigten den 19.2. als Erfolg und Schritt nach vorn in der Anti-AKW-Bewegung. Das Abstimmungsergebnis kam zustande gegen den massiven Widerstand des KBW, der bekanntlich die Demonstrationsleitung „aufhängen" will, und gegen die Gruppen um den „AK Politische Ökologie", die den „Mißerfolg" der Aktion konstatiert haben wollte.

Ebenfalls mit überwältigender Mehrheit wurde der Beschluß der Landeskonferenz der BUU bestätigt, der die Gegnerschaft gegen AKWs unabhängig von Parteizugehörigkeit und Aktionsformen zum einzigen Kriterium der Zusammenarbeit macht.

Am Ende des zweiten Konferenztages fand der Vorschlag eine breite Mehrheit, im September zwei bundesweite Aktionswochen aller AKW-Gegner durchzuführen und nach der ersten Woche, für die örtliche und regionale Aktionen vorgesehen sind, einen weiteren Bundeskongreß einzuberufen, um den weiteren Verlauf der Aktionstage festzulegen.

Der Mißerfolg des Kongresses lag nicht in den gefaßten Beschlüssen,

Fortsetzung auf Seite 6

Hamburg: Abfuhr für die Faschisten

Fortsetzung von Seite 1

weithin bekannt gemacht. Vor der Friedrich-Ebert-Halle tauchte daraufhin zwar Polizei auf, ansonsten jedoch blieb es „ruhig“.

Die Faschisten, die ihre Veranstaltung ursprünglich um 14 Uhr beginnen wollten, sammelten sich unterdessen vorm Curio-Haus, schließlich etwa 600 Leute, die Parolen gröhlten. Im Curio-Haus waren seit dem Morgen wieder zwischen 500 und 800 Menschen zusammen. Bis zu 1.000 Menschen aus der Nachbarschaft, größtenteils gegen die Faschisten eingestellt, standen auf der Straße. Polizei war in großer Stärke aufgefahren und riegelte ihrerseits das Curio-Haus ab. Nachdem gegen 15 bis 16 Uhr die Faschisten abrückten, sollte die antifaschistische Aktion mit einer Demonstration und Kundgebung abgeschlossen werden. Da die Einsatzleitung der Polizei drohte, eine Kundgebung auf der Moorweide (wie zunächst beabsichtigt war) gewaltsam „aufzulösen“ und das Polizeiaufgebot sehr stark war, wurde die Abschlußkundgebung auf den ‚Campus‘ der Universität verlegt. Etwa 1.000 Menschen nahmen daran teil.

Beim Abzug der Faschisten gab es insgesamt vier Festnahmen; zwei davon, als ein mit Nazi-Fahnen dekoriertes Auto herumfuhr und einige Knüppel flogen. Einer wurde festgenommen, weil er angeblich Polizisten photographiert hatte. Einer der Festgenommenen wurde auf der Wache in der Zelle mit dem Gummiknüppel zusammengeschlagen.

Die Faschisten verzogen sich nach Hamburg-Osdorf in die Kneipe „bei Uwe Seemann“. Mehrere hundert Faschisten versammelten sich dort. Vor der Kneipe standen zunächst etwa 50 Antifaschisten herum, offenbar in erster Linie DKP'ler. Hier gab es zahlreiche Verletzte, als plötzlich ein mit Eisenrohren, Schlagstöcken, Ledergürteln etc. bewaffneter Stoßtrupp unter Führung von Uwe Rohwer – Mitglied von „Stahlhelm“, „Wiking-Jugend“ u.a., Besitzer des vor einigen Monaten unter rätselhaften Umständen abgebrannten „Wiking-Hof“ in Dörpstedt (Schleswig-Holstein). Dabei gab es zahlreiche Verletzte, einzelne wurden von fünf bis sechs Faschisten zugleich brutal zusammengeschlagen. Mehrere mußten mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus. Die Polizei griff nicht ein, nahm allerdings einige Zeit später Rohwer und ein paar andere von seiner Schlägerbande vorübergehend fest. Auch Hans-Herbert Hain, u.a. NPD-Kreisvorsitzender von Ostholstein und Mitglied der „Wiking-Jugend“, wurde unter den Schlägern gesehen.

Insgesamt sehen wir die Aktionen vom 14. und 15. unter den gegebenen Umständen als einen Erfolg an. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wir – in unserer Wachsamkeit geschwächt wegen des Entzugs der Räume im Curio-Haus durch Studentenwerk und Senator – die Sache ziemlich lässig angegangen waren (in der völlig falschen Annahme, die Faschisten würden schon keine Räume kriegen), und daß wir erst nach der von den Nazis durchgebrachten ‚einstweiligen Verfügung‘ am Freitag überhaupt in Schwung kamen – dann allerdings, obwohl improvisiert, liefen die Aktionen gut ab.

Um zu einer Gesamteinschätzung zu kommen, muß man auch das Verhalten der anderen linken Kräfte mit antifaschistischem Anspruch berücksichtigen:

– Die DKP etc. hatten zwar auf ihren Flugblättern aufgerufen, die DVU-Veranstaltung zu „verhindern“, konkret aber nur die Kundgebung am Sonnabend durchgeführt, die zudem mit etwa 400 Teilnehmern oder etwas mehr (darunter, wie gesagt, viele Genossen von uns) nicht eben machtvoll war.

– Der KBW hatte wie üblich eine riesengroße Klappe mit absolut nichts dahinter. Zwar hatte er in einem Flugblatt verkündet: „ ... *Auch dieses Mal sind viele bereit, die Veranstaltung der Faschisten zu verhindern. Es wird aber nur möglich sein, wenn man sich zusammenschließt gegen Faschismus und Imperialismus*“. Konkret war jedoch vom KBW überhaupt nichts zu sehen, außer dem freilich sehr lobenswerten Einfall, am Samstagabend von einer Veranstaltung übrig gebliebene Suppe ins Curio-Haus zu bringen.

– „KPD/ML“, militante antifaschistische Vorhut und sonstwas: absolut nichts!

– „KPD“: auch nichts! (Beide wurden telefonisch über die Besetzung des Curio-Hauses informiert).

– Die meisten „Spontis“ hatten am Wochenende Besseres vor. Mit Kind und Kegel waren sie ausgeflogen zum „Bundeskongreß“ der Anti-AKW-BI's in Hannover, um dort mit Konfetti-Werfen, Flaschen-Schwingen und Gelärme für Stimmung zu sorgen. (Einzelne „Spontis“ freilich beteiligten sich schon am Sonnabend an der Besetzung.) Am Sonntag-Nachmittag erst trafen einige „Sponti“-Sprecher – aus Hannover zurückkehrend – am Curio-Haus ein, um gleich einen großen Lärm zu machen, daß die „Kleinbürger vom KB“ jetzt nicht mit nach Osdorf zum Faschisten-Treff kommen wollten, sondern „feige kneifen“ würden „wie am 19.2.“. (Wir wollen nicht ausschließen, daß ein solcher Lärm auch in der nächsten „KVZ“ zu finden sein wird. Es gab eine Abstimmung: Rund 1.000 Stimmen gegen 5 - 10, nicht mehr nach Osdorf zu fahren, sondern nach der Abschlußkundgebung auf dem Campus die Aktion zu beenden.



Es stimmt: Das Faschistentreffen in der Seemann-Kneipe in Osdorf wurde schließlich nicht verhindert. Wir haben es so eingeschätzt, daß es – **auch angesichts der Tatsache, daß unsere Genossen an zwei Tagen in Aktion gewesen waren, z.T. auch nachts kaum zur Ruhe gekommen waren** – ausschichtslos sein würde, noch einmal nach Osdorf (Außenbezirk) zu mobilisieren und dort in Konfrontation mit einigen hundert Faschisten und zusätzlich der inzwischen offensichtlich voll aufgefahrenen Polizei zu geraten. Abenteuer sind nicht unsere Politik, und werden es nie sein. Und wir werden es auch aushalten, wenn nun einige Leute, die für den 14./15. Mai an sich gar nichts vorhatten und die auch zahlenmäßig in Hamburg gar nichts auf die Beine bringen, nachträglich ihre ausgeleierten Sprüche über den „feigen“ und „unsolidarischen“ KB machen, der nicht mehr mit nach Osdorf wollte.

Eine positive Erfahrung bei der Aktion war die Verbindung der Besetzung mit sofortiger Information von Presse und Rundfunk (die z.T. rasch im Curio-Haus eintrafen), die rasche Bekanntgabe der Besetzung durch Flugblätter, die Verbindung von Aktion und Fest, die Information der umwohnenden Bevölkerung durch Hausagitation. Wenn man berücksichtigt, daß die Aktion improvisiert war, vorher überhaupt keine öffentliche Mobilisierung stattfand, und daß wir insgesamt noch keineswegs die ‚Reserven‘ ausgeschöpft hatten, war die Aktion eine gute Probe auf weitere.



Etwa 150 - 200 Genossinnen und Genossen halten das Curio-Haus auch nachts besetzt – sicher ist sicher

Etwa 150 - 200 Genossinnen und Genossen halten das Curio-Haus auch nachts besetzt – sicher ist sicher



Bekannte Gesichter unter den Faschisten: Links (mit Helm in der Hand) Uwe Rohwer und rechts sein Komplize Hans-Herbert Hain; beide taten sich bei den Überfällen auf Antifaschisten hervor

Polizei Terror in Rom

Beim Polizei-Einsatz gegen Demonstranten wurde am 12. Mai in Rom eine 19jährige Frau erschossen. Rom gleicht seit mehreren Monaten einer besetzten Stadt - vor allem, seit das Innenministerium Mitte April ein bis Ende Mai befristetes totales Demonstrationsverbot verfügt hat.

Es war also auch als bewußter Protest gegen das Demonstrationsverbot gemeint, daß verschiedene Organisationen und Persönlichkeiten zu einer Kundgebung und einem Volksfest am 12. Mai aufgerufen hatten, um auf der Piazza Navona den zweiten Jahrestag des Sieges im Scheidungsreferendum zu feiern – mit diesem Sieg war damals der Reaktion eine große Niederlage beigebracht worden. Aufgerufen zum 12. Mai hatten die Organisationen der radikalen Linken (Lotta Continua, Avanguardia Operaia, PdUP, MLS, die „manifesto“-Gruppe), die Radikale Partei (linksliberal) und lt. „il manifesto“ – auch die Jugendorganisation der Sozialistischen Partei. Unterstützt wurde der Aufruf durch verschiedene Persönlichkeiten, darunter der PCI nahestehende Unabhängige und Mitglieder der Sozialistischen Partei. Solidarisiert hatte sich u.a. auch „Magistratura Democratica“, der demokratische Richterverband.

Die Polizei war am 12. Mai groß aufmarschiert und „belagerte“ die Piazza Navona. Als immer mehr Menschen zusammenströmten, begannen die gewohnten brutalen Polizei-Einsätze: Wieder massenhaft Festnahmen von Menschen, die sich dann mit erhobenen Händen an eine Wand stellen mußten und bis zum Abtransport von Bullen mit Maschinenpistolen „bewacht“ wurden. Wieder ungezählte Verletzte. Mindestens zwei Demonstranten mußten, von Tränengas-Granaten (die die Polizei gern in Brusthöhe in die Menge schießt!) voll getroffen, lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Die Demonstranten setzten sich zur Wehr, Barrikaden wurden errichtet, die Bullen durch Steinhagel auf Distanz gehalten. Am folgenden Tag, als sich ein Protestzug wegen der Erschießung der jungen Frau formieren wollte, gab es neue Straßenkämpfe.

Bezeichnend für die aktuellen Fronten ist die Tatsache, daß die revisionistische Partei nach wie vor mit der christdemokratischen Partei eine „Einheitsfront“ bildet und den Polizei-Terror unterstützt, bzw. dessen Verschärfung fordert. Die Gefahr zeichnet sich ab, daß DC und PCI vereint im Lande nicht bloß die revolutionäre Linke, sondern zugleich jede liberale Regung unterdrücken. Gegen diese Gefahr formieren sich nicht nur die Organisationen der radikalen Linken, sondern offenbar zunehmend auch Teile der Sozialistischen Partei und liberale Persönlichkeiten und Gruppierungen, die befürchten, beim „historischen Kompromiß“ mit unter die Räder zu kommen.

Jusos – eine neue Partei?

Fortsetzung von Seite 1

von Parteiausschlüssen wegen Kritik an der SPD-Führung oder den Berufsverboten, wegen „Zusammenarbeit mit Kommunisten“ oder anderen Erscheinungen von selbstständigem Denken. Im November 1974 wurden die Jusos durch eine Neufassung der Funktion der „Arbeitsgemeinschaften“ in der SPD (die Jusos sind formal eine solche AG) noch stärker diszipliniert, wieder ohne nennenswerten Widerstand. Jeden Rechtsruck

ten Widerstand. Jeden Rechtsruck

der SPD vollzogen die Juso-Funktionäre treu und brav mit. Wie denn auch nicht? Was denn sonst? Es sich mit der Parteispitze verscherzen? Karrieren aufgeben? Plötzlich wieder mit kaltem Arsch auf der Straße stehen?

Bei den Auseinandersetzungen um Benneter geht es nicht darum, daß die Jusos wieder nach „links“ wollten, sondern daß die SPD-Führung sie noch weiter nach rechts haben will. Und die Sache geht ihren sozialdemokratischen Gang: Die meisten passen sich an, ein paar Leute gehen über Bord. Wenn's die SPD-Führung darauf ankommen lassen will, läßt sie den Benneter mit über die Klinge springen, und dann wird es wohl noch einige Ausschlüsse und Austritte geben. Vieleicht will man es auch nicht so heiß haben und nimmt den Benneter nach seinem Umfall in Gnaden wieder auf.

Klar ist, daß hier eine weitere Formierung der SPD nach rechts über die Bühne gegangen ist. Das allein könnte schon ausreichen, um ein paar in letzter Zeit etwas vorwitzig aufgetretene „linke“ SPD'ler (z.B. in der AKW-Frage) von den Vorzügen der stromlinienförmigen Anpassung zu überzeugen. Sollte das einer von ihnen nicht kapieren, wird der Parteivorstand mit neuen Drohungen und Parteiordnungsverfahren nachhelfen.

Eine Sache scheint dabei auf der Strecke zu bleiben: Die Integrationsfähigkeit der SPD nach links. Nötig wäre sie schon, angesichts einer neuen Welle von Kämpfen, der Studenten, der Schüler, der AKW-Gegner - und wer sagt denn. daß die Arbeiter immer und ewig so relativ ruhig bleiben wie in den letzten Jahren? ...

Gerade erst hat die SPD nach dem Ableben eines Bundesanwalts bekundet, sie wolle jetzt verstärkt das „Gespräch mit der ‚kritischen Jugend‘ suchen“, die „geistige Auseinandersetzung“ mit dem „Umfeld des Terrorismus“ aufnehmen usw. Beweglich genug für so eine Aufgabe wären Benneter und die anderen Juso-Führer schon. Aber die Bewegungsfreiheit dazu sollen sie offenbar nicht kriegen. Jedenfalls nicht i n n e r h a l b der SPD!

Liegt da etwa der Hase im Pfeffer? Die bürgerliche Presse hat der SPD-Führung unverblümt angeraten, es doch endlich mal auf eine Abspaltung nach links ankommen zu lassen. Erinnert wird an die Gründung des „Spartakusbundes“ durch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht während des 1.Weltkrieges. Das, so schreibt die „Welt“, habe doch eigentlich weder der SPD noch dem bürgerlichen Staat geschadet. Richtig ist diese These nicht, weil der Vergleich nicht ganz stimmt. Zutreffender wäre der Vergleich mit der USPD, die damals als „linkes“ Auffangbecken

wäre der Vergleich mit der USPD, die damals als „linkes“ Auffangbecken

für die zunehmende Unzufriedenheit in der SPD gegründet wurde, um zugleich den „Spartakisten“ soweit wie möglich das Wasser abzugraben.

Gesucht wird also eine neue USPD. „Links“ genug muß sie sein, um zu verhindern, daß sich aus den gegenwärtigen und bevorstehenden Kämpfen ein allzu großer Zulauf für die DKP und die „K-Gruppen“ ergibt. Rechts genug muß sie sein, um die Bindung der in Bewegung Geratenen ans bürgerliche System zu gewährleisten. Daß die Gedanken der Herrschenden, auch der SPD-Führer, schon mal in diese Richtung gehen und daß man dort das Für und Wider eines solchen Manövers erwägt und diskutiert, ist anzunehmen.

Das Problem dabei wäre dann: W e r soll das machen? „Köpfe“ aus dem Kreis, der schon seit Jahren (teilweise seit den 50er Jahren) über die Gründung einer „sozialistischen“ Partei („undogmatisch“-„unbürokratisch“) sinniert? SPD-„Linke“ wie Steffen, die für ihr freches und folgenloses Mundwerk bekannt sind? „Links“-Verschnitt, wie er sich z.B um „konkret“ und Westberliner „extra dienst“ gesammelt hat? „Linke“ Jusos? Die Träumer vom „Eurokommunismus“, die dessen „historischen Kompromiss“ mit der Reaktion und Repression für einen bloß taktischen Fehler halten, womöglich verstärkt durch ein paar Dissidenten der DKP?

Das wird schwierig mit der neuen Partei: Die SPD-„Linken“ kann man noch so sehr treten, zu einer Abspaltung bringen sie's anscheinend trotzdem nicht. Die undogmatischen Sinnierer würden noch in den 80er Jahren sinnieren. Und die westdeutsche „Euro“-Fraktion ist erstensnoch winzig und in sich total unkoordiniert und konfus, und außerdem wird der weitere Gang der Dinge in Italien sicher viele heißgewordene Herzen bald kälter werden lassen.

Das heißt, die Chancen für die Herrschenden zur Integration der antikapitalistischen Linken durch „Dialog mit der kritischen Jugend“ und der Aufbau neuer „linker“ Auffangstationen stehen nicht zum Besten. Umso mehr steht zu erwarten, daß die Herrschenden auf verschärfte Repression setzen werden, und daß damit auch bald die Stunde der CDU/CSU zum Regierungsantritt schlägt. Die SPD hat ihr den Weg geebnet.

Jusos zwischen Sozialismus und Opportunismus

Seit der Einleitung des Parteiordnungsverfahrens gegen Benneter hat es einen ungewöhnlich breiten Protest bei den Jusos gegeben.„Rund 150 Arbeitsgemeinschaften der Jungsozialisten aus dem gesamten Bundesgebiet haben sich bisher in Solidaritätsadressen gegen die Maßnahmen des Parteivorstandes gegen Klaus-Uwe Benneter gewandt" (ED 10.5.). Mit einer ganzen Serie von Veranstaltungen haben die Jusos Teilnehmerzahlen erreicht, wie in Jahren zuvor nicht – z.B. in Hamburg rund 500, in Kalletal (NRW) gar 800.

Trotzdem ist es eine Tatsache, daß sich die meisten Jusos – wenn auch zögernd – von der SPD-Führung wieder „auf Linie" bringen lassen. Auch Parteiaustritte oder gar eine eigenständige Organisierung außerhalb der SPD sind bisher die Ausnahme: Im mitgliederstärksten Bezirk Westliches Westfalen haben *„mehrere Jusos spontan ihre Parteibücher an die Geschäftsstellen zurückgeschickt"* (ED 3.5.). Nach Umfrage der „Neuen Hannoverschen Presse" bei den SPD-Landeszentralen wurde in Hamburg nur ein Austritt mit dem Benneter-Verfahren begründet (NHP 3.5.).

Das hervorragende Beispiel gaben elf Buchholzer Jusos, die in einer gemeinsamen Erklärung ihren Austritt aus der SPD bekanngaben und zur Gründung einer„sozialistischen Arbeitsgruppe in Buchholz" aufriefen.

Die ehemaligen Jusos sehen in dem Verfahren gegen Benneter nur den letzten Anstoß für ihren Austritt. Sie kritisieren , daß Jusos in der Basisarbeit *„oft nur noch als fortschrittliches Aushängeschild , als Alibi der Partei, gelten, die insgesamt jedoch keinerlei Veränderungsarbeit im Interesse unserer Zielgruppen betreibt, sondern vielfach sogar Ansätzen in dieser Richtung entgegenwirkt" Die SPD als Regierungspartei...versucht eine„Krisenlösung" durch eine Wirtschaftspolitik der Disziplinierung und Integration der Lo hnabhängigen und ihrer Vertreter, der Gewerkschaften, um diese zu Lohnverzicht und Leistungssteigerung zu bewegen. „...auch die SPD beteiligt sich an dem Versuch, die politische Organisierung der Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Kräfte durch den Abbau von Grundrechten zu verhindern."*



Benneter mit Juso-Plakat. Da schmunzelt der Kommunist – Einigkeit ist nicht grad die Stärke der SPD!

Die Genossen machen die SPD verantwortlich für Berufsverbote, Paragraphen 88a und 130a, Abhöraffären, antikommunistische Emotionen. Auch in der Frage der Kernenergie hätten führende SPD'ler *„bewiesen, daß für sie die Befürchtungen breiter Kreise innerhlab und außerhalb der SPD keine Rolle spielen".* Die Ausgetretenen meinen„„daß in der Bundesrepublik eine sozialistische Alternative zur SPD geschaffen werden muß..." *„Eine weitere Zersplitterung der Linken ist gefährlich...Deshalb sind wir grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Gruppen bereit, auch wenn es Differenzen in theoretischen und praktischen Fragen gibt."* „Wir schließen uns zusammen in einer sozialistischen Arbeitsgruppe, wobei dieser Arbeitszusammenschluß sich u.U. zu einer neuen Sozialistischen Partei ausweiten kann." Sie fordern anschließend alle ‚unzufriedenen SPD-Mitglieder' auf, *„sich mit uns zu solidarisieren und gemeinsam zu organisieren".*

Der Solidarisierungseffekt mit Benneter gegen die „Gängelungen" und „Denkverbote" ist auch deshalb umso erstaunlicher, als ernur gegen den massivsten Widerstand vieler angeblicher SPD-„Linker" (die alten Juso-Vorst ändler, der „Frankfurter Kreis", etc.) zustandekam. Nach dem Verfahren gegen Benneter warnten diese „SPD -Linken" vor „blinder Solidarisierung". „Cheftheoretiker" Strasser erklärte es für eine „kapitale Dummheit",Benneters, die DKP-Frage zum zentralen Thema gemacht zu machen. Wolfgang Roth, SPD-Vorstandsmitglied, warnte vor einer „wilden Solidarisierungskampagne", da die Mehrheit der Jusos Benneters Positionen für „idiotisch" hielten.

Die Sorge des Westberliner „Linken" Ristock ist, „ *bei den 100 000 jungen Menschen, die in den letzten Jahren in die SPD integriert worden seien, eine falsche (?) Solidarisierung zu vermeiden und deutlich zu machen, daß einzelne, die politisch nicht tragbare Äußerungen gemacht haben, im Widerspruch zum Konsens der Sozialdemokraten stehen".*

In dieselbe Kerbe haut der Frankfurter SPD-„Links"-Korrupteur Rudi Arndt, der die Jusos aufforderte, *„sich stärker als bisher dafür einzusetzen, daß die bürgerlichen Freiheitsrechte in unserem Staat erhalten und ausgebaut werden."* Benneter habe diese „Freiheitsrechte gefährdet und mißachtet".

Hier zeigt sich, wieweit selbst SPD-„Linke" in ihrer Demagogie gegen die eigenen „Genossen" schon zu gehen bereit sind.

Solche „Linken" sind ebenbürtige Partner der SPD-Führer bei der Ausschaltung und Liquidierung der oppositionellen Kräfte.

Oder was soll man sonst davon halten, wenn die ehemalige Juso-Vorsitzende Wieczorek-Zeul aufforderte, *„besonnen zu reagieren und nicht durch Austrittsdrohungen die Linke in der SPD zu schwächen"* („FR" 29.4.).? Noch deutlicher drückete sich der Frankfurter Juso-Vorsitzende Wenz aus:„*Es ist jetzt unsere Aufgabe, die Jusos zusammenzuhalten und nicht die Jungsozialisten aus der SPD herauszumanövrieren*"(„FR" 9.5.).

Die Linie soll also fortgesetzt werden: Kriechen, Fußtritte einstecken, sich selbst zum Clown machen, jedder Erpressung der SPD-Führung sofort nachzugeben. Daß diese Linie die Jusos noch weiter auf den Hund bringen wird, ist klar.

SPD-Kommission

Chronologie eines Konfliktes

SPD kontra Jusos

18. – 20.3.
Auf dem Juso-Bundeskongreß wird mit übergroßer Mehrheit die Teilnahme an einer Demonstration des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" beschlossen.

24.3.
Bundesgeschäftsführer Bahr fordert Benneter ultimativ auf, sich bis zum 28.3. vom Komitee zu distanzieren.

25.3.
Benneter lenkt ein:„*Wir suchen keinen Krach um des Krachs willen, auch nicht um irgendeines Bündnisses willen.*"

28.3.
Der Juso-Bundesvorstand nimmt den Beschluß zur Teilnahme an der Demonstration des „Komitees ..." zurück.

29.3.
Der SPD-Parteivorstand grenzt „ *die Partei nicht nur von den kommunistischen Gruppierungen in der Bundespublik, sondern auch von den sogenannten Eurokommunisten"* ab. *„Wenn die Jungsozialisten solche Bündnisse anstrebten, würde es ähnliche Konflikte geben, wie in der Frage eines Aktionsbündnisses mit dem kommunistisch gelenkten ‚Komitee...' "* („Frankfurter Rundschau" 30.3.).

12.4.
Auch die Gewerkschaftsführer machen Front gegen den neuen Bundesvorstand. In der Zeitung der IG Bergbau und Energie, „einheit", wird den Jusos ein neues Ultimatum gestellt: *„Alle gewerkschaftsfeindlichen (?...) Beschlüsse vom Tisch oder totale Konfrontation auch mit den Arbeitnehmerorganisationen"* („Welt" 12.4.).

Bundesgeschäftsführer Bahr sieht in einem Interview, das der Juso-Bundesvorsitzende Benneter der Zeitschrift „Konkret" gegeben hatte, Äußerungen, die „keine sozialdemokratischen Auffassungen" seien.

Benneter hatte erklärt, daß die Jusos die Zusammenarbeit mit Kommunisten *„zwar nicht suchen, daß wir sie aber auch nicht vermeiden wollen, wenn es uns politisch sinnvoll erscheint und wenn es unseren eigenen Verband stärkt"* („Konkret" Mai '77). Falls es dann zu Konflikten mit der Partei käme, würden sich die Jusos nicht *„in jedem Fall so verhalten..., wie wir das jetzt sin diesem Fall getan haben"* (gemeint ist das Nachgeben gegenüber der Parteispitze). Auf die Frage:„*Das heißt, Sie würden vielleicht doch einmal den Parteiausschluß in Kauf nehmen?"* antwortete Benneter:„Für uns Jusos ist die Mitgliedschaft in der SPD kein Dogma".

26.4.
Bahr fordert Benneter ultimativ auf, seine Äußerungen zu widerrufen oder zurückzutreten. In einer einstimmig verabschiedeten Stellungnahme erklärt der Juso-Bundesvorstand, daß die Mitgliedschaft und Mitarbeit in der SPD *„auch weiterhin eine klare Sache sind"* (PPP, 26.4.77). Benneter rückt in einem etwas später gegebenen Rundfunkinterview von den Positionen, die er gegenüber der „Konkret" vertreten hat, nicht ab.

Daraufhin wird ein Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses gegen ihn eingeleitet. Seine Mitgliedsrechte ruhen ab sofort für drei Monate. Knapp 40 Tage nach seiner Wahl ist Benneter abgesetzt. In einer von Bahr nach Absprache mit Schmidt und Wehner gestarteten telefonischen Umfrage hatten sich von den 34 erreichten Parteivorstandsmitglieder 30 für das Parteiordnungsverfahren ausgesprochen. Steffen stimmte dagegen, drei weitere (darunter Ristock und Läpple) sprachen sich für die Behandlung dieser Frage auf einer Sondersitzung aus.

29.4.
Die Hildesheimer Jusos solidarisieren sich mit Benneter und laden ihn zu einer Podiumsdiskussion ein. Die Jusos fordern die „völlige Rehabilitierung " Benneters. Die SPD droht daraufhin dem Unterbezirksvorstand der Jusos mit „Parteiordnungsverfahren... Schubarth wegen seiner Mitarbeit im „Komitee..." und seiner Kritik an dem Verfahren gegen Benneter.

30.4.
Der Juso -Bundesausschuß (der aus denVertretern der Bezirke besteht) verabschiedet eine Erklärung, daß eine „institutionalisierte Zusammenarbeit mit Kommunisten" ausgeschlossen sei. Die Mitarbeit in der SPD dürfe für Jusos *„keine taktische Frage" sein und „abstrakte Bündnisfragen"* nicht *„zum Hauptkonflikt mit der Gesamtpartei werden"* (PPP 2.5.). Die Distanzierung wäre noch schärfer ausgefallen, wenn nicht die Bundesvorstandsmitglieder Pape und Jüttner mit Rücktritt gedroht hätten.

3.5.
Gegen die Verantwortlichen einer Juso-Presseerklärung hat der SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Land ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Der stellvertretende UB-Vorsitzende Schröder wirft den Jusos vor, sie hätten das Parteiordnungsverfahren gegen Benneter mißbilligt. Benneter fechtet den durch telefonischen Rundruf zustandgekommenen Vorstandsbeschluß, ein Parteiordnungsverfahren gegen ihn als „rechtsunwirksam" an. Er fordert die Einberufung einer Vorstandssitzung, *„ehe ein rechtmäßiger Beschluß gefaßt wird"* (ED 3.5.).

Der bayerische SPD-Chef Rothemund droht den Jusos „unmißverständlich" Disziplinarmaßnahmen an, was u.a. auf die neue Juso-Vorsitzende Jakubeit gemünzt ist, die der SPD *„repressiven Reformismus"* vorgeworfen hatte („Neue Hannoversche Presse" 3.5.).

4.5.
In Hessen-Nord leitet die SPD Verfahren gegen Jusos ein, die sich gegen die Benneter-Disziplinierung ausgesprochen haben („FR" 4.5.).

5.5.
Gegen Jusos in Kassel-Stadt und West-Schwaben laufen ebenfalls schon Verfahren („UZ" 5.5.).

Rund 40 Sozialdemokraten haben sich in einem Brief an Bahr hinter die Aktivitäten des „Komitees..." gestellt. („Welt"5.5.). In einem im „Vorwärts" veröffentlichten Brief fordert Bahr die Unterzeichner noch einmal auf, ihre Position zu „überdenken".

„Die SPD darf sich nicht mißbrauchen lassen durch solche, die Abrüstung sagen und Systemveränderung meinen" („Vorwärts" 12.5.).In diesem Zusammenhang soll auch der Frankfurter SPD-Linke Schubarth wegen seiner Mitarbeit im „Komitee..." und seiner Kritik an dem Verfahren gegen Benneter ausgeschlossen werden. Der Frankfurter SPD Unterbezirksvorstand leitet dann aber doch kein Verfahren ein, weil das *„Problem bundesweit gelöst werden müsse"* („FR" 12.5.).

6.5.
Der baden-württembergische SPD-Landesverband hat den Landes- und den Stuttgarter Kreisvorstand der Jusos ultimativ aufgefordert, die Einladung an Benneter zu einer Veranstaltung zurückzuziehen. Andernfalls drohen Parteiordnungsverfahren.

Der SPD-„Linke" Erhard Eppler, Chef der baden-württembergischen SPD, erklärt, daß *„daß Benneter,in der Partei kein Rederecht mehr habe"* („FR" 6.5.).

Sieben Mitglieder des Landesverbandes der baden-württembergischen Jusos und fünf Vorstandsmitglieder des Stuttgarter Juso-Kreisverbandes werden abgesetzt, da sie an der Einladung an Benneter (die aus einer Zeit datiert, als das Parteiordnungsverfahren gegen ihn noch nicht in Gang gesetzt war) festgehalten haben.

9.5.
Der Kreisvorstand Hamburg-Eimsbüttel stellt sich demonstrativ hinter Benneter. Dafür handelt er sich eine „ „scharfe Rüge" der Hamburger Parteispitze ein. Der Kreisvorstand wird aufgefordert, den Beschluß zu widerrufen.

Der Kreisvorstand lenkt ein:„ *Vielleicht haben wir uns in der Form vergriffen...wir werden das in Ordnung bringen"* („Hamburger Morgenpost" 12.5.).

10.5.
Die Jusos von Achen-Nord kritisieren in einem offenen Brief die Rechtsentwicklung der SPD. Weil sie sich weigern, diese Stellungnahme zurückzunehmen, wird gegen vier Vorstandsmitglieder ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Mehrere Sozialdemokraten treten aus, ein Stadtrat legt sein Mandat nieder, andere Mitglieder geben ihre Ämter ab (ED 10.5.).

Wegen Solidarisierung mit Benneter werden Vorsitzende des Unterbezirks Westschwaben und der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Jettingen/Schweppach mit einer Rüge bestraft.

Für den Fall, daß sie ihre Solidarisierung mit Benneter nicht zurückziehen, droht der gesamten Juso-Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe der Ausschluß (ED 10.5.).

12.5.
Die SPD-Führer drohen, Parteiordnungsverfahren gegen den gesamten Juso-Bundesvorstand einzuleiten, falls er sich, wie von verschiedener Seite gefordert, dazu entschließt, eine zentrale Veranstaltung zur Solidarisierung mit Benneter zu machen („Neue Westfälische" 12.5.). Der SPD-Vorstand hatte schon kurz zuvor deutlich gemacht, daß er Solidaritätsveranstaltungen unter Teilnahme von Benneter nicht hinnehmen werde .

Mit 800 Teilnehmern führen die Jusos in Kalletal-Langenholzhausen eine Solidaritätsveranstaltung durch, an der auch zahlreiche Mitglieder des Bezirksvorstandes und aus Unterbezirksvorständen in Ostwestfalen-Lippe teilnehmen. Die Veranstaltung findet trotz ausdrücklichem Verbot des SPD-Unterbezirksvorstandes statt. Trotzdem erklärt der stellvertretende SPD-Bezirksvorsitzende Eichert, daß es in Ostwestfalen *„ nicht zu einem Vorgehen gegen die Jusos etwa wie in Baden-Württemberg kommen"* werde („Neue Westfälische" 12.5.). Nach Veranstaltungen in Kalletal, Münster und Herne fordert jedoch der Bezirksvorsitzende Junker ein scharfes Durchgreifen:„*Ich hoffe, daß es eine Mehrheit für Parteiordnungsverfahren gegen die Verantwortlichen gibt*" („Welt" 13.5.).

Auf Einladung der Lübecker Jungsozialisten spricht Benneter vor über 100 Teilnehmern. Daß ein Juso-Funktionär zu Beginn der Veranstaltung davor warnte, jetzt kein „SPD-Tribunal" zu machen, hat ihnen auch nichts genutzt. *„Der Kreisvorstand kündigte ein Parteiordnungsverfahren gegen die für die Einladung verantwortlichen Jungsozialisten an"* („Lübecker Nachrichte" 13.5.).

13.5.
Der fränkische Juso-Chef Rudolph w ird vom Amt suspendiert und ein Parteiordnungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Rudolph hatte eine Erklärung der Nürnberger Jusos gegen die Benneter-Maßregelung unterzeichnet.

14.5.
Die gesamte Juso-Arbeitsgemeinschaft Oberursel wird aufgelöst! Die Jusos hatten die Gründung des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" im Hochtaunus begrüßt und ihre Mitarbeit erklärt.

Gegen die gesamte Juso-Kreisführung Rhein-Neckar ist ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet worden. Der Kreisvorstand der Mannheimer Jusos hat *„geschlossen seinen Rücktritt erklärt, nachdem ihm von der dortigen SPD ebenfalls ein Ordnungsverfahren angedroht worden war"* („FAZ" 14.5.). Dabei ging es um eine Solidaritätsveranstaltung, die die Jusos beider Kreise für Benneter organisiert hatten.

Aufgrund eines Gerichtsbeschlusses ist Benneter für wenige Stunden wieder – oder besser noch – im Amt. Das Gericht hatte den Beschluß gegen Benneter, der auf eine telefonische Umfrage unter den SPD-Vorständlern zustandekam, für rechtsunwirksam erklärt. Am 16.5. will die SPD-Führung auf einer Sondersitzung dann den endgültigen Schlußstrich ziehen, ohne Benneter zu „seinem Fall" angehört zu haben.

16.5.: Benneter kippt um. In einem Interview mit der Hamburger „Morgenpost" vom 16.5. erklärt er, daß er die Mitgliedschaft in der SPD niemals taktisch, sondern stets „strategisch" verstanden habe. Wegen des Programms der SPD und ihrer Verankerung in der arbeitenden Bevölkerung gabe es zur Mitgliedschaft in der SPD keine Alternative. Na also, braves Hündchen gibt Pfötchen. Ob es ihm was nutzt, wird man jetzt sehen.

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Einmal „Modell Deutschland" – das reicht!



Hamburg. Am 7. Mai fand zum 32. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus eine Großveranstaltung in der Ernst-Merck-Halle gegen das „Modell Deutschland" statt. Als Sprecher traten Antifaschisten und Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime aus dem westeuropäischen Ausland auf. Die Veranstaltung wurde von der „Hamburger Vorbereitungsgruppe für ein Russell-Tribunal über die Repression in der BRD" durchgeführt und zeigte mit über 6.000 Teilnehmern das Interesse und die Zustimmung, die das Projekt eines solchen Tribunals mittlerweile gefunden hat.

Die Tatsache, daß drei Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg größte Einigkeit zwischen ausländischen

Die Tatsache, daß drei Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg größte Einigkeit zwischen ausländischen Resistance-Kämpfern und westdeutschen Demokraten bestand, den Kampf gegen das „Modell Deutschland" als ein zentrales gemeinsames Anliegen zu begreifen, ist zum ersten Mal in der Geschichte der BRD mit diesem Nachdruck demonstriert worden.

Ebenfalls zum ersten Mal seit einigen Jahren haben sich zum diesem Anlaß breite Sektoren der westdeutschen LInken wieder zu einer gemeinsamen Aktivität zusammengefunden. Das Spektrum reichte von KB, SB Jungdemokraten, ESG und GIM, die gemeinsam mit weiteren Antirepressionsgruppen und Einzelpersonen die Hamburger Vorbereitungsgruppe bilden, über den „Eurokommunismus" Biermanns bis zu zahlreichen Sozialdemokraten und Liberalen, die zur Veranstaltung erschienen waren. Ohne diese Offenheit und Bereitschaft zur Diskussion untereinander wäre der Erfolg dieser Veranstaltung nicht möglich gewesen.

„Euer Kampf ist auch unser Kampf!"

„Da wird in den kommenden Monaten vom Ausland her einiges auf unsere Republik zukommen", fürchtet die „Zeit" (13.5.), die das „Modell Deutschland" als „Angriffsziel der neuen Apo" sieht. In der Tat! Anders als man es in der westdeutschen Intellektuellen-Szene im allgemeinen gewohnt ist, nahmen die ausländischen Redner kein Blatt vor den Mund bei ihrer Kritik an der Rechtsentwicklung in der BRD. **Jean-Pierre Vigier** (Mitglied im ehemaligen Generalstab der resistance, bis 1968 im ZK der PCF), der im Auftrag des **„Komitees gegen ein deutsch-amerikanisches Europa"** sprach, rief unter großem Beifall aus: *„Wir wollen die deutschen Steckbriefe nicht auf allen Mauern Europas sehen. Wir wollen bei uns keine Berufsverbote. Deswegen sind wir heute hier, um euch zu begrüßen, die ihr in der BRD für dieselben Rechte kämpft, denn ihr kämpft auch für uns."* Vigier setzte sich aber auch mit der Spaltung innerhalb der antiimperialistischen Kräfte auseinander, wobei er besonders den „Eurokommunismus" und die Fehlentwicklung in der VR China mit ihren weltweiten Folgen kritisierte, seit Lin Biao u.a. wegen seiner Kritik am Nixon-Besuch aus der KPCh ausgeschlossen wurde.

Lidia Francesci (Mitglied der italienischen Partisanenorganisation ANPI und aktive Antifaschistin) erinnerte daran, daß der Faschismus in Italien nach seiner Niederschlagung eine Wiederauferstehung feiern konnte, und daß sich dagegen eine neue Widerstandsbewegung („nuova resistenza") gebildet habe. Als Mutter eines von den Faschisten vor einem Jahr ermordeten Genossen wies sie darauf hin, daß seit dem Sturz des Faschismus über hundert

vor einem Jahr ermordeten Genossen wies sie darauf hin, daß seit dem Sturz des Faschismus über hundert

Linke Opfer des Polizeiterrors geworden sind. Der antifaschistische Kampf müsse fortgesetzt werden und gestärkt werden.

Erich Fried (Schriftsteller, 1934 vor den Nazis aus Österreich emigriert) engagierte sich in seinem Beitrag dafür, daß das Russell-Tribunal nicht nur die Berufsverbote zum Gegenstand haben dürfe, wobei er sich auf in Holland, England und Skandinavien laufende Diskussion über das Tribunal-Projekt berief. Neonazistische Umtriebe, der „permanente McCarthyismus" in der BRD, die Entwicklung zum Polizeistaat, die Situation der politischen Gefangenen (die Prozeßführung in Stammheim veranlaßte die englische Anwaltsvereinigung zur ersten Demonstration ihrer Geschichte, die vor der deutschen Botschaft stattfand!), die Denunziation iranischer Oppositioneller durch den Verfassungsschutz an das Schah-Regime u.a. seien Themen, die er und seine Freunde dem Tribunal vorschlagen würden.

Schließlich analysierte **Henrik Kaufholz** (Mitglied der Internationalen Untersuchungskommission über den Tod von Ulrike Meinhof) am Beispiel Dänemark den „Export des Modell Deutschland" unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Stärkeposition der BRD, während **Ingeborg Drewitz** (Schriftstellerin) über die Restauration des Imperialismus in Westdeutschland in der Nachkriegszeit sprach.

Grußadressen für die Veranstaltung schickten Sartre, General de la Bollardiere (wegen seines Protests an Foltermethoden im Algerienkrieg vom Dienst suspendiert), Han Wielek (Niederlande) und Lelio Basso, (Präsident des Russell-Tribunals über die Repression in Brasilien, Chile und Lateinamerika), der u.a. schrieb: *„Es ist ... unbedingt erforderlich, daß alle die Kräfte heute mobilisiert werden, die die Demokratie wollen, weil es morgen vielleicht schon zu spät sein kann, und Europa wieder aufs neue Erfahrungen macht, die wir schon in zwei Kriegen erleiden mußten. In diesem Sinne beglückwünsche ich Eure Initiative zu der ich Euch auch im Namen meiner ganzen Kollegen des 2. Russell-Tribunals den größten Erfolg wünsche".*

Zweifellos ist damit der Hamburger Vorbereitungsgruppe, die ja eigentlich recht „linkslastig" ist (linkes Aktionsbündnis), der bisher größte Erfolg in Bezug auf die erreichte Öffentlichkeit für das geplante Tribunal gelungen. Warum nur, warum?

Wir meinen, weil hier eine einigermaßen solidarische Zusammenarbeit unter den Linken als vorantreibender „Motor" der Unterstützungsarbeit hergestellt werden konnte.

„Antideutsch?"

„Antideutsch?"

Die bürgerliche Presse reagierte wie gehabt: *„Resentiments gegen eine deutsche Wirtschaftshegemonie", „Deutschenfurcht seit dem Zweiten Weltkrieg"* („Zeit"). Interessant: Der KBW funkt auf der gleichen Wellenlänge (und liegt mit seiner Stellungnahme zu dieser Veranstaltung noch rechts von den Vaterlandsverteidigern der „KPD"). Demnach seien die „ausländischen Beobachter" Vertreter ihrer eigenen imperialistischen Staaten gewesen, auf deren Seite sich der KB schlage (Flugblatt des KBW, 7.5.). Einmal abgesehen davon, daß es unter Kommunisten völlig legitim ist, zwischenimperialistische Widersprüche auszunutzen (eines der hauptsächlichen Argumente, das der KBW selber zur Rechtfertigung der chinesischen Außenpolitik anführt!), bringt der KBW dies in provokatorischer Weise mit der internationalen Solidariät durcheinander. Frieds Eintreten gegen Repression sei demnach das Gleiche wie die demagogische „Menschenrechtskampagne" des US-Präsidenten Carter, das Russell-Tribunal sei eine *„imperialistische Hilfstruppe"* (des KB natürlich), und die Politik, die mit dieser Großveranstaltung gemacht wurde **„dient direkt der Kriegsvorbereitung der Imperialisten"**. Das Wörtchen „d i r e k t" bitte nicht überlesen!

Appell an die Russell-Foundation

Ein Brief der Russell-Foundation vom April '77, der die Tendenz erkennen läßt, das Tribunal auf die Berufsverbote einzuschränken, ließ diese Frage zu einem der Diskussionspunkte auf der Veranstaltung werden. Fried und Kaufholz wandten sich gegen eine solche Beschränkung (Kaufholz: Ein Tribunal nur über die Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei würde der „Stabilisierung des westdeutschen Imperalismus" dienen).

Der holländische PvdA-Senator Han Wielek hatte im selben Sinn ein Grußtelegramm mit dem einzigen Satz geschickt: *„Als Sozialist fühle ich mich verpflichtet, Ihnen eine erfolgreiche Veranstaltung zu wünschen, die sich nicht nur mit e i n e m Symptom der Repression beschäftigt."*

Die Hamburger Vorbereitungsgruppe für das Russell-Tribunal brachte zu diesem Punkt einen kurzen Text ein, der bei vielleicht fünf oder zehn Gegenstimmen und ebensoviel Enthaltungen im Saal, als Brief an die Russell-Foundation verabschiedet wurde. Darin wird diese gebeten, an der ursprünglichen Planung festzuhalten, dem Tribunal das Ausmaß der Repression möglichst umfassend vorzulegen (zu dieser Diskussion siehe auch AK 103).

Die GIM sah sich als einzige in

ser Diskussion siehe auch AK 103).
Die GIM sah sich als einzige in

der Hamburger Vorbereitungsgruppe nicht in der Lage, diese Initiative mitzutragen. Überwältigend auch die Berichterstattung über die Veranstaltung in der „was tun" vom 12.5., die wir unseren Lesern ausdrücklich zum Studium empfehlen. (Hinweis: Wenn Ihr nichts findet, so wundert Euch nicht! Es steht wirklich n i c h t s drin!).

Biermann

Um es gleich zu sagen: Das Treffen in der Ernst-Merck-Halle war k e i n e „Biermann-Veranstaltung". An Biermanns Auftritt selber war ebenfalls nicht einmal der künstlerische Aspekt der wichtigste. Biermann kam praktisch als Repräsentant der „eurokommunistischen Strömung" innerhalb der westdeutschen Linken, die in der BRD zwar noch unausgereift und noch ohne organisatorischen Rahmen ist, aber dennoch sich zu manifestieren beginnt, auch am 7.5. für jedermann erfahrbar. So gesehen gab es auf dieser Veranstaltung einen ersten Versuch einer Diskussion auch mit diesem Sektor der Linken, was wir für einen erfreulichen Fortschritt halten. Gerade an dieser D i s k u s s i o n liegt uns, nicht an einer langweiligen „Einheit", wo man peinlichst bedacht ist, sich gegenseitig nicht auf den Schlips zu treten. Dies hat zweifellos „Pfiff" in die Veranstaltung gebracht (wozu durchaus auch Pfiffe gehören können....). Biermann freilich, der zum ersten Mal auf einer nicht von SPD/Jusos oder DGB organisierten Veranstaltung in der BRD auftrat, wird sich eine gewisse päpstliche Art abgewöhnen müssen, wenn er wirklich mit der Linken in eine Diskussion eintreten will. *„Pfeift doch nur, ihr pfeift auf dem letzten Loch"* – das scheint uns unter Niveau zu sein (Pfiffe gab es im Publikum bei Biermanns Bekenntnis zur spanischen PCE, bei Äußerungen zu den „Dissidenten" u.a.). Biermann wäre sicher gut beraten, diese Äußerung zurückzunehmen und insgesamt weniger belehrend aufzutreten. Eine Euro-Variante des „größten Sohns der deutschen Arbeiterklasse" wäre keine besondere Bereicherung der linken Szene.

Während die Hamburger Veranstaltung den „Durchbruch" auch in bundesdeutschen Presseorganen schaffte (siehe Berichterstattung dazu), hat sich der Kreis der das Russell-Tribunal unterstützenden Kräfte erheblich erweitert. Vor allem die Entscheidung der GEW-Westberlin, ihren eigenen „Fall" dem Tribunal vorzulegen, kann wohl als „Meilenstein" gewertet werden - ebenso wie auch als Aufforderung an die gesamte GEW-Linke und überhaupt alle fortschrittlichen Gewerkschafter, die ausgeschlossenen Westberliner Kollegen dabei solidarisch zu unterstüzen. Dies könnte eine wichtige Hilfe werden, die Forderung nach Rücknahme des Ausschlusses durchzusetzen. Aber auch international haben die Aktivitäten und Auseinandersetzungen um das Tribunal erfreulich zugenommen.

GEW Westberlin

Der kommissarische Geschäftsführende Landesvorstand der GEW Westberlin diskutierte auf seiner Sitzung am 4.5. über eine Unterstützung des Tribunals über die Repression in der BRD. Dabei wurde beschlossen, daß zwei Vertreter der GEW im Westberliner Unterstützungskomitee mitarbeiten werden. Ein Vertreter wird von der „Landeskommission gegen politische Disziplinierung" delegiert, die zu Berufsverbotefällen und den immer schärferen Ausmaßen politischer Disziplinierung an den Schulen arbeitet und ihr Material einbringen soll. Die GEW selber wird durch ein GV-Mitglied vertreten, um ihren eklatanten Fall von Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie, der bekanntlich zum Ausschluß des gesamten Westberliner Landesverbandes aus der GEW-Bund und dem DGB geführt hat, vor das Tribunal zu bringen.

Zur weiteren Unterstützung wird die „Berliner Lehrerzeitung" über die Arbeit und die Ergebnisse der örtlichen und nationalen Unterstützungsgruppen berichten, sowie durch eine Unterschriftenaktion an den Schulen möglichst viele Kollegen zur Solidarisierung mit dem Russell-Tribunal aufzurufen. Über die Höhe der finanziellen Unterstützung des Tribunals

darisierung mit dem Russell-Tribunal aufzurufen. Über die Höhe der finanziellen Unterstützung des Tribunals

wird auf der nächsten Vertreterversammlung entschieden.

Selbstorganisation der Zivildienstleistenden

Ein erster Anlauf, die Russel-Initiative zu unterstützen, war am Widerstand von Seiten der DKP und der DFG-VK innerhalb der Selbstorganisation (SO) gescheitert. Das sei ein Projekt des KB und des KBW(!), hieß es dazu. Auf der 2. Bundesdeligiertenkonferenz am 7./8. Mai wurde mit 30:3 Stimmen bei wenigen Enthaltungen eine Unterstützungsresolution verabschiedet. Die SO will eine AG gegen die zunehmende Militarisierung und die Repression im Zivildienst einrichten. Sie fordert die Deutsche -Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner in den Berufsverbotekomitees (beide DKP-nah) auf, das Tribunal ebenfalls zu unterstützen.

Unterzeichner dieses Aufrufs sind eine Reihe prominenter Intellektueller, Antifaschisten, der Sekretär des dänischen Landeskomitees gegen die Berufsverbote, der Sekretär der Spezial- und Industriegewerkschaft (Mitglied des Russell-Tribunals II), Mitglieder der Internationalen Untersuchungskommission über die Todesumstände von Ulrike Meinhof, Abgeordnete des Folketing (dänisches Parlament) von der Sozialistischen Volkspartei (SF) und den Linkssozialisten (VS), darunter der Parteivorsitzende der SF (SF ist nicht die Schwesterpartei der SPD, sondern steht eher dem Eurokommunismus nahe). Weiter ist der Aufruf vom Vorsitzenden des dänischen Studentenverbandes und mehreren Studentenvertretern unterzeichnet.

Die Anschrift des Komitees lautet: *Dänisches Komitee für ein Russell Tribunal über die politische Unterdrückung in der BRD, Kirsebaerhaven 14, 4000 Roskilde.*

Berufsverbote-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Breite Unterstützung

Schwuchtel

Die Redaktion der „Schwuchtel" (in Westberlin erscheinende Zeitung der Schwulenbewegung) ruft zur Unterstützung des Russel-Tribunals auf. Ebenso die Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld.

Arbeitsgruppe gegen Frauenrepression

Folgende Resolution wurde am 7.5. 77 in Berlin auf dem Treffen der Arbeitsgruppe „Gegen Frauenrepression" zu Unterstützung eines Russel-Tribunals verabschiedet:

„Wie inzwischen bekannt ist, hat es massive Versuche von verschiedenen Seiten gegeben, die gerade anlaufenden Arbeiten der Russell-Tribunal-Initiative und die sich langsam verbreiternde öffentliche Unterstützung abzuwürgen und zu diffamieren. Es bestehen Kräfte, die sich nicht gescheut haben, an die Russell-Peace-Foundation Ltd. heranzutreten, um alles bereits Bestehende abzuwerten und sich selbst als die einzig relevante Kraft in Sachen Berufsverboten darzustellen und eine grundsätzliche Beschränkung auf Berufsverbote zu verlangen.

Eine Beschränkung auf Berufsverbote würde bedeuten, daß der größte Teil der Arbeitsgruppen und Initiativen einpacken kann.

Wir haben in unserem ersten Arbeitsergebnis vom 26.3.77(Plattform) zu recht geschrieben:
‚Das Zunehmen der Repression in der BRD ist nicht auf Berufsverbote beschränkt. Repression tritt auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Geschehens auf: In der Ausbildung, im Beruf, in der Familie und im Gefängnis. Frauen sind von ihr besonders betroffen'.

Wir haben an dem Erfolg der internationalen Solidaritätskampagne zu Judi Anderson gesehen, daß eine breite nationale und internationale Unterstützung allerlei ändern kann an bestehender Willkür und Repression. Wir brauchen für alle Fälle der Repression gegen Frauen eine breite Öffentlichkeit. Ein Russell-Tribunal, in dem alle Seiten der politischen und staatlichen Unterdrückung auf den Tisch kommen, ist für uns Frauen eine absolute Notwendigkeit.

Wir als Arbeitsgruppe „gegen Frauenrepression" senden diese Resolution an die Russell-Peace-Foundation mit dem Protest gegen die eventuelle Einschränkung auf Berufsverbote und einer Aufforderung, die Allseitigkeit der Repression zu behandeln, so daß unsere Betroffenheit von der Repression nicht verschwiegen wird

Arbeitsgruppe „Gegen Frauenrepression" als Unterstützung zum Russell-Tribunal.

Vorbereitungstreffen Kiel

Am 12.5. fand das zweite Vorbereitungstreffen zur Unterstützung des Russell-Tribunals statt. Anwesend waren Vertreter von ki-bu-pu, KB, SB, GIM, Arbeitskreis Umweltschutz, Dienstags-Frauengruppe, Frauenzentrum, CISNU, Spartacusbund. Es wurde eine Plattform diskutiert, die auf dem nächsten Treffen verabschiedet werden soll (der Aufruf der Russell Peace Foundation mit dem Zusatz, daß es außer Berufsverboten noch andere Sektoren der Repression gibt).

Geplant ist, Arbeitsgruppen zur Repression in Schleswig-Holstein einzurichten und eine Veranstaltung vorzubereiten.

Dänemark

Am 17.3.77 hat sich in Kopenhagen ein „Dänisches Komitee für ein Russell-Tribunal über die politische Unterdrückung in der BRD" gebildet. In dem Aufruf des Komitees heißt es u.a.:

„Wir, die Unterzeichner dieses Appells, sind besorgt über die wiederholten und systematischen Angriffe auf die grundlegenden Freiheitsrechte in der Bundesrepublik Deutschland; Meinungs-, Organisations- und Versammlungsfreiheit sowie das Recht auf Arbeit, die unter anderem durch die Ausübung des Berufsverbots eingeschränkt werden ...

Wir rufen dazu auf, ein Russell-Tribunal über die politische Unterdrückung in der Bundesrepublik Deutschland abzuhalten und bitten die Bertrand-Russell-Stiftung, die notwendigen Informations- und Untersuchungsarbeit einzuleiten."

England

Ca. 160 Menschen nahmen am Wochenende vom 7./8. Mai in London an einem von der „Verboten"-Gruppe veranstalteten Seminar zur Repression in der BRD teil. Es wurde eine Resolution an die Russell-Peace-Foundation verabschiedet, in der die Foundation aufgefordert wird, nicht nur zu Fragen der Berufsverbote das Tribunal durchzuführen.

Portugal

Die Portugiesische MSU (Movimento Socialista Unificado) unterstützt die Durchführung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD und will zur Vorbereitung und Unterstützung der Kampagne in Portugal beitragen. Die MSU betont in ihrer Erklärung dazu die besondere Gefährlichkeit und Bedeutung, die von der Entwicklung des BRD-Imperialismus für Westeuropa ausgeht (nach „boletim de informacao internacional", April 77).

Ohu: Demonstration trotz Bürgerkriegsmanöver

An der ersten gemeinsamen Aktion verschiedener Bürgerinitiativen Bayerns gegen die Inbetriebnahme des fertiggestellten Atomkraftwerks Isar I in Ohu (bei Landshut) beteiligten sich am 7.Mai 2000 bayrische AKW-Gegner. Diese Aktion wurde erfolgreich durchgeführt, obwohl von Seiten der bayrischen Landesregierung nahezu alle Register der Einschüchterung, Hetze und Kriminalisierungsversuche gezogen wurden. Bayern erlebte aus Anlaß der angekündigten Demonstration der AKW-Gegner nicht nur die größte Mobilisierung von Polizeikräften und Grenzschutzeinheiten seit den olympischen Spielen in München 1972, sondern auch das wohl größte Bürgerkriegsmanöver seit dem Nazi-Faschismus.

Tage vor der Demonstration begann die Hetzkampagne. Nahezu gleichgeschaltet berichteten die Medien über bevorstehende „Gewalttaten " von „Radikalen", um das im Weitern im Detail beschriebene militärische Aufgebot zu legitimieren.

Zur Aufhetzung der Bevölkerung verteilte die Polizeieinsatzleitung Tage vor der Demonstration Flugblätter an Bewohner von Landshut und Umgebung, in denen aufgerufen wurde, Leute die Waffen tragen oder versuchen, in Scheunen Waffenlager anzulegen, der Polizei zu melden („FR", 6.5.).

In den Chor der Hetzer stimmte auch die bayrische DGB-Führung ein, die aufrief, sich in Ohu nicht zu beteiligen. Desgleichen der Umweltschutzverein „Bund Naturschutz", der behauptet, gegen AKWs zu sein, seine Mitglieder aber aufrief, sich nicht der „Chaoten-Aktion" anzuschließen.

Etwa 8000 Bullen und Grenzschützer aus 8 Bundesländern, 8 Hubschrauber, 1400 Fahrzeuge, Panzerwagen und 20 Wasserwerfer waren im Einsatz. Sie sorgten schon Tage vorher dafür, daß die Gegend um Ohu einem schwerbewachten und -bewaffneten Heerlager glich. Insgesamt wurden 8 Mill. DM hierfür ausgegeben. Zusätzlich wurde um das AKW Ohu ein Zaun gezogen, dessen Kosten 1,7 Mill. DM betragen.

Es wurde extra eine Wasserpipeline zum Auffüllen von Wasserwerfern verlegt. Kiesbeladene Container bildeten Straßensperren. Der Luftraum in der Umgebung war für jeglichen Flugverkehr gesperrt. Auf dem AKW-Gelände selbst war die Wachtruppe „Schwarze Sheriffs" aus München zusammengezogen worden, verstärkt durch Bulleneinheiten.

Den Demonstranten wurde untersagt, „Helme, Schutzbrillen oder sonstige Vermummung" zu tragen, sogar das Mitbringen von Rucksäcken war untersagt. Damit war beliebig und „rechtlich abgesichert" der Polizei jede Handhabe zur Durchsuchung von Demonstranten und Wagen gegeben.

Dabei wußten natürlich auch die hierfür Verantwortlichen vorher, daß die Demonstration nicht national angelegt war und eine Mobilisierung und Beteiligung wie in Brokdorf und Grohnde von vornherein nicht zu erwarten war.

Das Polizei-Manöver wurde durchgezogen, es war aber politisch nicht erfolgreich, denn es gelang nicht, die beteiligten Initiativen derart einzuschüchtern, daß sie absprangen oder der Aktion fernblieben, und es gelang nicht, die bisher größte Anti-AKW-Aktion in Bayern zu verhindern.

Der Verlauf der Demonstration

Alle Straßen rund um Ohu waren in einem Radius von etwa 30 Kilometern abgesperrt. So gab es beispielsweise die ersten Durchsuchungen auf der Autobahn München-Nürnberg. Dieser Absperrung folgte ein zweiter Ring im Radius ca. 20 km. Der dritte Absperrungsring war 4 km vor dem AKW. Fast alle Wagen und Demonstranten wurden mehr als einmal durchsucht. Die Durchsuchungen wurden von Bullen mit Schnellfeuerbewaffnung und unter Absicherung von Hunden vorgenommen. Allein die weiträumigen Absperrungen erforderten den Einsatz von 3 200 Bullen!

Mehrere Demonstranten ohne Ausweis wurden zur Personalienfeststellung kurzfristig festgenommen. Beschlagnahmt wurden Helme, harte Eier, Zitronensaftflaschen, Transparentstangen.

Selbst aus dem Demonstrationszug heraus wurden Helme beschlagnahmt. Mehrfach mußten die Demonstranten durch ein Spalier schwerbewaffneter Polizeieinheiten ziehen. Mit etwa drei Stunden Verspätung begann 4 km vor dem AKW auf dem hierfür genehmigten Platz die Kundgebung der AKW-Gegner.

Es wurde extra eine Wasserpipeline zum Auffüllen von Wasserwerfern verlegt. Kiesbeladene Container bildeten Straßensperren. Der Luftraum in der Umgebung war für jeglichen Flugverkehr gesperrt. Auf dem AKW-

schwerbewaffneter Polizeieinheiten ziehen. Mit etwa drei Stunden Verspätung begann 4 km vor dem AKW auf dem hierfür genehmigten Platz die Kundgebung der AKW-Gegner.

Denk ich an Deutschland ...

Denk ich an Deutschland ...

Am 4.Mai jedes Jahres wird in den Niederlanden der Opfer des Zweiten Weltkriegs gedacht. Zwei Minuten Stille im ganzen Land und eine Kranzniederlegung beim Nationaldenkmal in Amsterdam sind dabei die zentralen Ereignisse. Daran anschließend organisiert die Stiftung „J'accuse" (Ich klage an) seit 1969 eine Versammlung, in diesem Jahr unter dem Motto: **„Denk ich an Deutschland ..."** (in Anspielung an Heines "Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht").

„J'accuse" wurde gegründet, um die Gedenkfeiern zu Ehren der Toten des Zweiten Weltkriegs mit der Aufmerksamkeit gegenüber heutigen Formen von Faschismus und Unterdrückung zu verbinden. In der Stiftung arbeiten Gruppen wie Amnesty International, Pax Christi, Vredesweek (Friedenswoche), Arjos (Jugendorganisation der protestantischen Antirevolutionären Partei ARP - der Parteiname stammt noch aus dem19. Jahrhundert!) und eine Anzahl linker Gruppen.

Mit rund 1.200 Teilnehmern, größtenteils bürgerlich-demokratischen Kräften, war der Saal übervoll.

Der Vorsitzende von „J'accuse" und erster Sprecher des Abends, Han Wielek, vor dem Zweiten Weltkrieg aus Deutschland emigriert und heute Senator der sozialdemokratischen PvdA, erwähnte eine Anzahl aktueller Ereignisse und Äußerungen („Gustav Noske ist einer der wichtigsten Sozialdemokraten unserer Geschichte" - Helmut Schmidt) und warnte zusammenfassend vor Nazi-Aktivitäten, die augenblicklich in Westdeutschland wieder zunähmen. „Die Linken werden gejagt", so Wielek, „gegenüber den Rechten besteht äußerste Toleranz".

Erich Fried sprach über den RAF-Prozeß, der „als Prozeß nicht mehr ernstzunehmen, sondern als ernste Warnung" zu verstehen sei; über die Revision des Urteils gegen Peter-Paul Zahl, das „außerhalb des Rechtsstaats steht" und „in einem sich demokratisch nennenden Land nicht vorkommen" könne. Er erwähnte den Madjanek-Prozeß in Düsseldorf und die Hunderte von Studenten, die nach ihrer Rückkehr in den Iran zu Tode gefoltert wurden, weil sie vom „Verfassungsschutz" an den SAVAK (Geheimpolizei des Schah) denunziert worden waren. Der Ausbau der BRD zum Polizeistaat solle die inneren Bedingungen für ein erfolgreiches Konkurrieren des BRD-Imperialismus mit den USA schaffen. Noch am wenigsten besorgt über die BRD schien Helmut Frenz, der Sekretär der BRD-Sektion von Amnesty, zu sein.

Seiner Meinung nach bestünden viele „Allgemeinplätze" über die BRD, die jedoch alle Geschichte seien: Militarismus und Preußentum, Faschimus und Anti-Semitismus, Disziplin und Ordnung, Thron und Altar. Wer versuche die BRD mit diesen Begriffen zu identifizieren, mache es sich zu bequem und erreiche die Wirklichkeit nicht. Unruhe regte sich im Saal, als er meinte, „daß der Gedanke des Rechtsstaats in Deutschland fest verankert ist". Im Widerspruch dazu war jedoch auch Frenz „um den Schlaf gebracht" wenn er „nachts an Deutschland" denkt: Die Verteidiger des „Rechtsstaats", fand er, hätten sich eine Macht angemaßt, die ihnen vom Grundgesetz her nicht zustehe. Konkret nannte er die illegalen Abhöraffären und den Stammheimer Prozess. „Eine irrationale Angst vor dem Kommunismus besteht in der BRD in großen Bevölkerungsgruppen, wie ein schleichender Virus. Dies in Deutschland aussprechend wäre ich schon verdächtig", schloß er.

Nach dem Film „Protokoll" über die Gesinnungprüfung zog der niederländische Theologe Krijn Strijd Verbindung zur niederländischen Politik. Er warnte vor dem Export des deutschen Modells und verwies dabei u.a. auf die Anti-Terrorismus-Konvention, ein neues niederländisches Polizeigesetz, das Gesetz gegen die Besetzung leerstehender Häuser und die zentrale Personenerfassung: „Schleichend werden diese Sachen eingeführt, und wenn wir mit einiger Aussicht auf Erfolg protestieren wollen, müssen wir uns beeilen, sonst ist es zu spät." **Das alte breite antifaschistische Komitee „Wachsamkeit" müsse neu belebt werden, um die verschiedenen Initiativen zusammenzufassen und mit größerer Kraft und Geschlossenheit gegen die repressiven Entwicklungen in der BRD wie in den Niederlanden vorgehen zu können.**

Ein Genosse
der niederländischen Zeitung
„Onze buren rechts"

Niederländische Sozialdemokratie und Russell-Tribunal

Einem Artikel Rudi Kagies in der linken, parteiunabhängigen Wochenzeitung „De Nieuwe Linie" vom 4.5. ist zu entnehmen, daß sich die PvdA, die niederländische sozialdemokratische Partei, am Russell-Tribunal interessiert gezeigt hat: *„Ken Fleed zufolge, dem festen Mitarbeiter des Büros der Russel-Peace-Foundation in Nottingham, hat die PvdA sich dort ausführlich (telefonisch - Anm.AK) über den Stand der Dinge informiert und die Möglichkeiten, die bestehen, das Tribunal auch wirklich durchzuführen. Ihm zufolge will die PvdA sich erst noch mit ihren Schwesterparteien im Ausland beraten. Und das Ausland wird in diesem Fall die Bundesrepublik sein. Der SPD dort liegt die ganze Initiative etwas im Magen. An der Pein und Mühe, die es kostete, ein PvdA-Komitee gegen die Berufsverbote in Gang zu bekommen, war seinerzeit schon spürbar, daß die PvdA ihre westdeutschen Geistesverwandten nicht gerne im Stich läßt. Nicht mitzuarbeiten an dem Initiativkomitee zur Unterstützung des geplanten Tribunals würde in die Strategie passen, über die man im Sommer vorigen Jahres während eines internationalen Treffens in Amsterdam übereingekommen war. Die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft sprachen im Sommer vorigen Jahres zwar ihre große Besorgnis aus über die Entwicklung der Dinge ‚vor allem in den durch CDU/CSU regierten Bundesländern', aber kamen gleichzeitig überein, daß die SPD die beste Garantie gegen Auswüchse übler Praktiken sein würde."*

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

KBW zu Ohu: Ein Abenteuer des KB-Nord

Als **„Abenteuer des KB Nord"** diffamierte der KBW die Demonstration vom 7.Mai gegen das AKW Ohu (Bezirksbeilage Oberbayern/Schwaben der „KVZ", Extrablatt). Dem KBW war dazu noch einiges eingefallen: Aus dem 19.2. (Brokdorf) ist inzwischen schon eine **„Verbrüderung des KB Nord mit den Polizeitruppen"** geworden (bisheriger KBW-interner Rekord!). *„Nicht die Stärkung des politischen Zusammenschlusses der Massen hat diese Gruppe vor, sondern die Zersetzung des Zusammenschlusses der Massen".*

Dagegen versuchte der KBW, die Demonstration verschiedener Initiativen vom 14.Mai in Augsburg (gegen das geplante AKW Rehling) demagogisch gegen die Demonstration in Ohu auszuspielen: *„Der Aufruf der Augsburger Initiativen zu einer Demonstration am 14.5. ist ein wichtiger Schritt im politischen Zusammenschluß der Massen. Ihn zu unterstützen ist die Aufgabe und dort dem Kernenergieprogramm einen Schlag zu versetzen, wo der politische Zusammenschluß der Massen bereits vorangekommen ist. Das aber haben der KB Nord und die anderen Opportunisten nicht vor, wenn sie in Ohu eine Demonstration aller ‚AKW-Gegner' fabrizieren".*

Auf den lächerlichen Gedanken, die Augsburger Demonstration gegen die Ohu-Aktion auszuspielen, ist allerdings nur der KBW gekommen. Nicht einmal auf die Augsburger Initiativen selbst kann sich der KBW bei seinem Gegeifer gegen die Ohu-Aktion berufen.

Maulhelden am 19.2. in der Wilster Marsch, Pantoffelhelden am 19.3. (als sie die Grohnde-Aktion als „Abenteuer" diffamierten), jetzt auch gegen Ohu aber für Augsburg – irgend eine politische Logik sollte man hinter dem besoffenen Zick-zack-Kurs des KBW nicht suchen.

Gim zu Ohu

Die GIM zeichnet sich dadurch aus, daß sie mehr als kluge Schnacks und besserwisserische Ratschläge nach gelaufenen Anti-AKW-Aktionen nicht zu bieten hat.

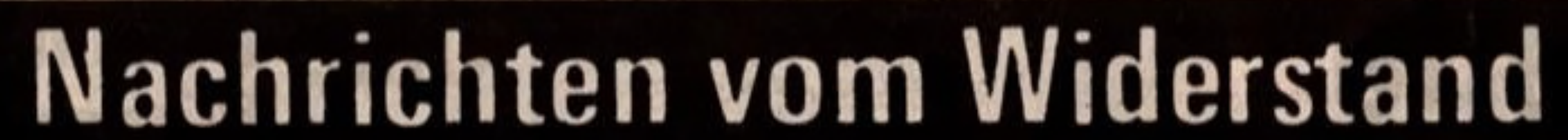
So bemängelt sie, daß die Bevölkerung der Umgebung in Landshut distanziert, in Ohu immerhin freundlich die Aktion aufnahm, aber insgesamt nicht teilnahm. Orginalton GIM: *„Hier wurde insgesamt der Mangel an solider Vorarbeit in der Bevölkerung deutlich".* Richtig gewendet bedeuten derartige Kommentare, daß man derzeit auf Aktionen und Demonstrationen verzichten sollte und wartet, bis entsprechende „solide Vorarbeit" geleistet ist, was immer auch die GIM darunter verstehen mag. Demagogisch und die Tatsachen geradezu verdrehend wird die GIM aber, wenn sie als Aufgabe schreibt: ***„Strategien entwickeln, die uns wieder mehr mit der Bevölkerung, als mit der Polizei in Kontakt bringen. Es hat keinen Sinn, nur für die Polizei zu demonstrieren"*** !! („was tun", 12.5.).

Hier wird der Spieß umgedreht: **Die Demonstranten würden die Polizei regelrecht einladen, während es** in Wahrheit so ist, daß heute kein ernsthafter Widerstand gegen AKWs geführt werden kann, ohne daß die Konfrontation mit dem Staatsapparat und der Polizei gegeben ist. Hierüber zu diskutieren und dies in solider Arbeit in der Bevölkerung zu vermitteln, das ist eine Aufgabe der Bewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat, das Atomprogramm zu verhindern. Wieweit der GIM dieses Ziel ernst ist, muß man beim Lesen solcher Artikel bezweifeln !

„KPD" zu Ohu

In der „Roten Fahne" vom 11.5. wertet die „KPD" die Aktion in Ohu als Erfolg gegen die Bürgerkriegsmanöver der Polizei. Schön, schön. Die Sache wäre noch erfolgreicher gewesen, wenn zum Beispiel die „KPD" in München allein in ihren eigenen Reihen einiges für die Mobilisierung getan hätte. Stattdessen beschränkte sie sichauf teilweises Teilnehmen und Rummoppern gegen den angekündigten BUU-Sprecher, der „sei vom KB lanciert". Die „KPD" kann's nicht lassen: Sticheln und hetzen gegen den KB, wo immer möglich.





Nachrichten vom Widerstand

Anti-AKW-Veranstaltung in Itzehoe

Ca. 80 Leute kamen am 28.4. zu einer Anti-AKW-Veranstaltung, auf der u.a. die Hamburger Musikgruppe „Zündhölzer" spielte. Getragen wurde diese Veranstaltung von der Schülerzeitungsredaktion „Virus". An einer Schülerinitiative gegen AKWs, die auf der Veranstaltung gegründet wurde, wollen sich bisher 15 Schüler beteiligen.

***

Aktionstag der BUU-Ahrensburg

Am 23.4. führte die BUU-Ahrensburg einen Aktionstag durch: Nach jahrelanger Ruhe wurde erstmals wieder eine Demonstration gemacht. Trotz des schlechten Wetters beteiligten sich ca. 100 Menschen an der Kundgebung gegen das Atomenergieprogramm. Abens war eine BUU-Fete mit dem Straßentheater, der Musikgruppe der BUU-Ahrensburg und der Gruppe Alcatraz, an der ca. 200 Menschen teilnahmen. Die Ahrensburger Frauengruppe unterstützte die Veranstaltung mit einem Sketch zur Werbung der AKW-Betreiber und einem Referat zur besonderen Betroffenheit der Frauen durch AKWs.

***

Anti-AKW-Fete in Süderlügum

Trotz erheblicher Schwierigkeiten fand am 29.4. in Süderlügum eine Fete gegen AKWs statt.

Die Fete wurde bald nachdem sie durch Flugblätter und Plakate angekündigt war, zur Zielscheibe verschiedener Angriffe. So wurde dem Arbeitskreis gegen AKWs in Süderlügum vom Dorfpolizisten ein Ultimatum gestellt, entweder der Arbeitskreis würde alsblad die Plakate abnehmen, da es verboten sei, an öffentlichen Gebäuden Plakate anzubringen und außerdem verkehrstechnische Bedenken gegen sie bestünden, oder der Arbeitskreis würde eine Anzeige erhalten. Als dann der ursprünglich geplante Raum für die Veranstaltung hergerichtet werden sollte, erschien der Rektor und verbot, die Fete in den Räumen der Dänischen Schule durchzuführen, mit der Begründung, es dürfe in den Räumen kein Bier ausgeschenkt werden, die Musikgruppe würde zu viel Krach machen und außerdem dürfte der Arbeitskreis seine wöchentlichen Sitzungen nicht mehr in der Dänischen Schule abhalten. Trotz der Einschüchterungsversuche der Polizei, trotz des Versuches, die Fete und die weitere Arbeit gegen AKWs kaputt zu machen, lief die Festveranstaltung in einem anderen kurzfristig organisierten Raum ab und war mit bis zu 70 Teilnehmern sehr gut besucht.

Ein Genosse aus Niebüll

Schon wieder eine Spalter - BI: „BI Nordfriesland"

Kürzlich stellte in der Westküstenkonferenz eine „BI Nordfriesland" den Aufnahmeantrag. Wer verbirgt sich hinter diesem Großmäuligen Gebilde? (Warum nicht gleich „BI Schleswig - Holstein"?) Eingeladen zur Gründungsversammlung in Husum hatte ein SPD-Stadtrat Wiazik. Dieser Herr war vor geraumer Zeit Mit-Husumer BI „Gewaltfreie Aktion". Nach der ersten Brokdorf-Demo hat er diese Initiative verlassen und in einem Leserbrief in der Lokalpresse diesen Austritt damit begründet, daß in der Initiative auch Kommunisten mitgearbeitet haben! (Inzwischen haben die „Gewaltfreien" diese „Probleme" des Herrn Wiazik beseitigt, indem sie die Linken alle rausgeschmissen haben!)

Nun versucht dieser Herr seinen eigenen Laden aufzumachen. Als Tarnung dieses Spaltungsmanövers hat er sich was besonderes ausgesucht: Ihm ist es gelungen, einige Prominente und Künstler für die Mitarbeit zu gewinnen, u.a. Hein Hoop, Henning Venske, Knut Kiesewetter. Damit versucht dieser SPD-Fürst jetzt überall aufzutrumpfen und Eindruck zu schinden. Gleichzeitig hofft er, so sein Spaltergeschäft besser tarnen zu können.

KB/Gruppe Flensburg

***

Lehrer gegen AKWs

Mitte April wurde der „Initiative gegen Atomkraftwerke am Studienseminar" vom Leiter des Seminars, Ohst, verboten, weiterhin im Studienseminar zu tagen, da dies keine Dienstveranstaltung sei. Jetzt wird das Gebäude mittwochs sogar schon um 17.15 Uhr abgeschlossen und sich noch im Gebäude aufhaltende Personen werden einzeln hinauskomplimentiert, um der Initiative den Zugang zu den Räumen zu versperren.

Daß die Schulbehörde mit AKW-Befürwortern keineswegs so umspringt, zeigte sich am 28./29.April bei einer Veranstaltung des Instituts für Lehrerfortbildung (IfL) in der Fachhochschule Berliner Tor zur Atomenergie. Als „unparteiische Referenten" waren Vertreter der HEW und der Firmen, die Wiederaufbereitungsanlagen bauen, eingeladen. Vor ca. 150 Lehrern wurden stundenlang Vorträge gehalten, in denen die Gefahren von AKWs heruntergespielt wurden. Erst am Ende der Veranstaltung waren Fragen zugelassen, wobei Einwände von AKW-Gegnern mit Bemerkungen wie „ihre Quellen sind unseriös", abqualifiziert wurden. Die „Initiative gegen AKWs am Studienseminar" wurde unsanft vor die Tür gesetzt, da sie einige Schriften über die Gefahren von AKWs ausgelegt hatte. Die Begründung lautete: „Handel" ist in Diensträumen unzulässig.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

***

Bundeskongreß der Bürgerinitiativen

Fortsetzung von Seite 1

Bundeskongreß der Bürgerinitiativen

Fortsetzung von Seite 1

sondern in der Tatsache, daß wesentliche Fragen der Anti-AKW-Bewegung wegen massiver Chaotisierung und Hetze nicht zur Sprache kommen konnten bzw. unbeantwortet blieben. So konnte der Aufbau demokratischer Strukturen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung nicht vorangetrieben werden, das Projekt einer gemeinsamen Zeitung wurde nicht behandelt und es ist nicht gelungen, sich gründlich mit den Angriffen und Spaltungsversuchen, die von seiten der BBU Wüstenhagens gegen die entschiedenen AKW-Gegner vorgebracht werden, auseinanderzusetzen.

Im Bestreben, von vornherein die Bedeutung des Bundeskongresses herabzumindern — am liebsten hätten sie ihn zu einer unverbindlichen Diskussionsveranstaltung umfunktioniert — war die Gruppe um den AK Politische Ökologie (Kern des sogenannten Hamburger „Montagsplenum") federführend. Diese Gruppe hat bereits vor dem Kongreß öffentlich erklärt, daß sie sich an gefaßte Mehrheitsbeschüsse nicht halten würden. Auf dieser Linie versuchten sie zu Anfang das Delegiertenprinzip aus den Angeln zu heben (stimmberechtigt sollten stattdessen a l l e Anwesenden sein), und nachdem dies mit 200 zu 8 (!) Stimmen abgelehnt wurde, versuchten sie diesen Beschluß dadurch kaputt zu machen, daß sie zu Anfang des 2. Konferenztages geklaute Stimmkarten an alle Anwesenden verteilten. Ein Versuch, der allerdings kläglich scheiterte.

Nachdem dieses Störmanöver, das auf keinerlei Sympathie bei den Anwesenden stieß, das aber über Stunden weitere Abstimmungen verunmöglichte, durch Ausgabe neuer Stimmkarten beseitigt war, wurde von dieser Gruppe zu lautstarken „Argumenten" wie dem Einsatz eines Nebelhorns gegriffen, und schließlich zog die Gruppe aus.

Am selben Strang der Sabotage des Bundeskongresses zog der KBW (zehnmal mehr Sprecher als Delegierte!), der zum Frust vieler Delegierter beitrug, indem er in penetranter Weise immer wieder wiederholte, daß er die einzige Kraft sei, die den Zusammenschluß von Arbeitern und Bauern vorantreiben könne usw. usf.

Einzig die „KPD" versuchte (völlig vergeblich) krampfhaft, diesen Kongreß das aufzujubeln, was er leider nicht leisten konnte: bindendes Beschlußorgan für die Arbeit der Bürgerinitiativen als Ausdruck von Einheit und Stärke der Bewegung zu sein. Im Grunde stand damit die „KPD" im stärksten Widerspruch zu den Leuten um den „AK Politische Ökologie", was sie jedoch nicht daran hinderte, am Rande des Kongresses und in den Atempausen alle Versuche der Verbrüderung und Anbiederung an die „Politische Ökologie" zu unternehmen. Gemeinsamer Nenner auch hier: Der Versuch, in einer Negativ-Koalition gegen den KB zu hetzen! Ob dieses ungleiche Paar eine glückliche Ehe führen wird? ...

In den Kreisen des „AK Politische Ökologie" diente die Chaotisierung des Bundeskongresses vordergründig zur Schürung von Unzufriedenheit. In völliger Verdrehung der Tatsachen versuchte diese Gruppe, den KB für den chaotischen und unsolidarischen Verlauf des Kongresses verantwortlich zu machen, um über diesen Weg national zur Spaltung der Anti-AKW-Bewegung und zu Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen Kommunisten zu gelangen. Welche inhaltlichen Vorstellungen sich hinter diesem Vorgehen verbergen, wurde in jüngster Zeit zunehmend deutlich: Die Einladung des profilierten Sozialdemokraten Lars Henning (maßgeblicher Spalter der 3. Brokdorfaktion am 19.2.) auf das Hamburger „Montagsplenum" und die spürbare Zustimmung gegenüber Freunden von Wüstenhagens BBU auf dem Kongreß, sind deutliche Fingerzeige, genauso wie die explizite Ablehnung, auf dem Kongreß über die Planung weiterer Großaktionen zu beschließen. Stand bislang die Hetze gegen den KB in keinem Verhältnis zu den öffentlich ausgetragenen politischen Differenzen, wird auch bald in den inhaltlichen Fragen Flagge gezeigt werden. ...

Atomalarm-Übungen in Hamburgs Angestelltenbetrieben

Erschreckendes tat sich in den Wochen vor dem 1.Mai in mehreren Betrieben und Berufsschulen in Hamburg.

Nachdem Mitglieder der Bürgerinitiative „Angestellte gegen AKWs" Flugblätter verteilt hatten, aus denen ersichtlich wurde, welche Katastrophenmaßnahmen Polizei und Bundeswehr ergreifen würden, wenn ein Atomunfall geschieht, wurde dieser Fall dann durchgespielt.

In den Betrieben der Iduna-Versicherungen und coop-Hamburg lief folgendes ab:

Zur Mittagszeit „drangen" AKW-Gegner, verkleidet als Angehörige der Bundeswehr und der örtlichen Polizei in die Betriebskantinen ein. Den zum größten Teil erschreckten Angestellten wurde laut verkündet, daß sich im AKW Stade, nahe bei Hamburg ein großer Unfall ereignet habe. Mehrere radioaktiv verseuchte Menschen seien geflohen und es bestehe der dringende Verdacht, daß sich diese Personen in den jeweiligen Betrieben aufhalten. Es entstand dann ein kleiner Tumult vor den Türen und mehrewals „radioaktiv verseucht" gekennzeichnete Personen betraten die Kantinen, verfolgt von „Polizisten". Währenddessen gab der „Sprecher der ABC-Schutzeinheiten" weitere Verhaltensmaßregeln bekannt. So z B., daß getreu den Katastrophenplänen sich das Management und die Abteilungsleiter bereit halten müßten zum sofortigen Abtransport aus dem gefährdeten Gebiet. Alle anderen hätten in ihre Büros zu gehen und zu warten. Der Genuß von Frischnahrung wurde untersagt.

Zu diesem Zeitpunkt begann en die „verstrahlten Menschen" (immer noch vefolgt quer durch die Kantinen von der „Polizei") Flugblätter zu verteilen, in denen ausführlich auf die Gefährlichkeit der AKWs hingewiesen wurde. Aufgerufen wurde zu Treffen der BUU-Initiative „Angestellte". Nach ca. 3-4 Minuten verließen „Bundeswehr", „Polizei" und „Verstrahlte" den Ort des Geschehens.

Ähnliches tat sich in den Berufsschulen des Einzelhandels und der Versicherungen, in jeweils einer Pause. Die Aufregung in den Kantinen war recht groß. Viele Kollegen und AKW-Gegner zeigten sich erfreut über diese Form der Aufklärung über die Gefährlichkeit von AKWs. Allerdings kam es auch zu Reaktionen, wo Kollegen an wirkliche Behördenaktionen glaubten und vor Schreck ihr Mittagessen stehen ließen.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

***

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

***

Demonstration gegen das geplante AKW Rehling

Unter der Hauptparole „Schluß mit dem Atomwahnsinn!" demonstrierten am 14.Mai etwa 1 000 Menschen in Augsburg gegen die Absicht, in Rehling (nördl. von Augsburg), ein AKW zu bauen. Aufgerufen zu Demonstration und Kundgebung hatten 8 Initiativen aus Augsburg und Umgebung. Zahlreiche Transparente bestimmten das Bild, die Demonstration machte insgesamt einen recht kämpferischen Eindruck. Von den Parolen sind insbesondere zu erwähnen: „Atom schafft keine Arbeitsplätze – nur Arbeitslose und mehr Hetze", „Die Regierung investiert, die Kernkraft-Lobby profitiert" und „Nicht Rehling, nicht Brokdorf und auch nicht Wyhl – nirgends Atomkraft ist unser Ziel". Es waren aber auch Sprüche zu hören, daß man jetzt „das Wachstum stoppen" müßte, mit dem „Wachstum" könne es ja auch nicht mehr so weitergehen, man müsse „den Gürtel enger schnallen" usw., die vor allem vonden in einigen der örtlichen BIs führenden konservativen Kräften („Bund Naturschutz") kamen. Am Ende der Demonstration gingen etwa 50 Leute unter roten Transparenten, in erster Linie vom KBW mobilisiert.

Auf der Abschlußkundgebung sprach u.a. „Atom-Meier" von den Wyhler BIs.

(nach einem Bericht aus Augsburg)

***

6 000 protestierten gegen AKWs

Stuttgart. 4000 Demonstranten folgten einem Aufruf verschiedener Bürgerinitiativen zu einer landesweiten Anti-AKW-Demonstration am 14.5. An der abschließenden Kundgebung beteiligten sich etwa 6 000 Menschen.

Aufgerufen hatten hierzu die „Gewaltfreie Bürgerinitiative Stuttgart", verschiedene BBU-„Initiativen" von Wüstenhagen, der WSL, „gewaltfreie" Gruppen sowie mehrere von MSB/SHB gestellte Hochschul-Asten. Auf der zweistündigen Abschlußkundgebung sprachen Wüstenhagens Stellvertreter Sternstein vom BBU, Haverbeck vom WSL, Jean-Jaques Rettig als Vertreter der elsässischen Bürgerinitiativen, Sprcher der Mannheimer Gewerkschaftsinitiative und des Freiburger Brecht-Theaters.

Vor der Demonstration hatten die Initiatoren versucht, die AKW-Gegner auf „Gewaltfreiheit" festzulegen. Auf Vorbereitungstreffen wurden Vertreter von BIs, die sich nicht auf „Gewaltfreiheit" festlegen lassen und ihre Vorstellungen für die Kundgebung abgewürgt. Ein BUU-Sprecher aus Norddeutschland wurde abgelehnt. Dennoch hatten eine Reihe fortschrittlicherer BIs aufgerufen, sich in Stuttgart unter eigenen Parolen ohne Einengung zu beteiligen. Und tatsächlich überwogen auf der Demonstration in Stuttgart die Parolen, die bei den Aktionen in Brokdorf und Grohnde mitgeführt wurden. Verschiedene Sprecher der Kundgebung wie Rettich, die GI Mannheim und die Rednerin vom Brecht-Theater hoben sich auch positiv von den übrigen Rednern ab. Abgeblockt (wegen „Zeitmangel") wurde ein Sprecher der Demonstration in Ohu vom letzten Wochenende. Die Demonstration und die Umstände ihres Zustandekommens sind für eine Reihe von BIs Anlaß, den Aufbau eines Landesverbandes voranzutreiben, um eine stärkere Zusammenarbeit herzustellen und zu verhindern, daß mit undemokratischem Vorgehen sich Ereignisse wie vor der Stuttgarter Aktion wiederholen.

***

Pfingstlager in der Asse

Am 23.4. fand in Branschweig die erste Bezirkskonferenz der umliegenden BIs zur Problematik der Atommülleinlagerung in der Asse statt.

Zu dieser Konferenz hatte die BI Salzgitter eingeladen. Es waren Vertreter aus Braunschweig, Gifhorn, Wolfsburg, Hildesheim, Clausthal, Teile vom AKU Wolfenbüttel und der BI Wendessen aus der Asse anwesend.

Anfangs wurde die Situation in Wolfenbüttel diskutiert, wo es mittlerweile zu zwei Spaltungen des Arbeitskreises gekommen war. (Die erste Spaltung wurde von DKP-Leuten vollzogen) Die zweite Spaltung wurde vom KBW veranstaltet, der den AKU Wolfenbüttel für aufgelöst erklärte und eine eigene BI gründete. Nach dieser Klärung wurden folgende Vorschläge für den gemeinsamen Kampf gemacht.

Bis Pfingsten solle eine Broschüre erstellt werden, in der die Gefahren der Einlagerung im Salzbergwerk-Asse aufgezeigt werden. Der zweite konkrete Beschluß sieht vor, daß in Zusammenarbeit aller BIs zu Pfingsten in der Asse ein Lager organisiert werden soll. Informationsstände, Kulturbeiträge und Sport-, Spiel-Aktionen sollen dazu beitragen, den Widerstand gegen die Atommülleinlagerung zu verbreitern. Der KBW mußte wie immer sein Sektierertum unter Beweis stellen. Über die BI Wendessen ließ er eine Erklärung abgeben, in der es sinngemäß heißt: Solche Mätzchen wie Pfingstlager würden nur dem Opportunismus in der Anti-AKW-Bewegung den Weg ebnen. Nach dieser Erklärung, sich nicht an diesem Pfingstlager zu beteiligen, verließen die KBWler unter Beifall den Konferenzort.

Insgesamt ist diese Konferenz ein Erfolg gewesen und kann als Anfang für eine koordinierte Zusammenarbeit im Widerstand gegen die Atommülleinlagerung in der Asse gewertet werden. Die Aktivitäten jedenfalls laufen sehr gut an.

KB/Gruppe Braunschweig

koordinierte Zusammenarbeit im Widerstand gegen die Atommülleinlagerung in der Asse gewertet werden. Die Aktivitäten jedenfalls laufen sehr gut an.

KB/Gruppe Braunschweig

***

Großes Anti-Atom-Fest in Oldenburg

Nach einmonatiger Vorarbeit fand am 7.Mai in Oldenburg ein ganztägiges Anti-Atom-Fest statt, das insgesamt als Erfolg für die Bürgerinitiative Umweltschutz Oldenburg (BUO) verbucht werden kann. Von morgens um 10 bis nachmittags um 17 Uhr war der Fußgängerbereich der Oldenburger Innenstadt von den ca. 13 Informations- und Verkaufsständen der BUO geprägt. Außerdem wurden in dem überfüllten Einkaufszentrum ein umfangreiches Theater- und Musikprogramm durchgeführt. An der Fete abends in der Uni nahmen insgesamt bis zu 1 000 Leute und mehr teil. Bis in den frühen Morgen wurde gefeiert.

Neben den verschiedenen Verkaufsständen gab es eine große Ausstellung zu alternativer Energie. U.a. war ein selbstgebauter, funktionierender Sonnenkollektor installiert worden. Einige Frauen hatten einen Infostand aufgebaut, womit die spezielle Frauenagitation erstmals – allerdings noch ohne größere Unterstützung in der BUO – zum Tragen kam. Gleichzeitig hatten die Frauen für Kinder ein Anti-AKW-Kaspertheater vorbereitet. Ein Stand informierte über den Polizeiterror bei den Großaktionen (Brokdorf, Grohnde) und über die Kriminalisierung von AKW-Gegnern.

Diese Aktivitäten wurden von mehreren Musikgruppen mit Anti-AKW-Songs und anderen politischen Liedern unterstützt. Das Musik- und Theaterprogramm wurde zeitweise von mehreren hundert Menschen zugleich verfolgt. Die Theatergruppe inszenierte einen Auftritt Matthöfers, der den „Dialog mit dem Bürger" übte und dabei von der Polizei geschützt wurde. Inmitten seines Auftritts platzte ein Katastrophenalarm – entsprechende Anweisungen wurden gegeben ... Schließlich führten ein AKW-Befürworter und ein AKW-Gegner im Boxring einen „Kampf der Argumente" vor.

KB/Gruppe Oldenburg

***

Aufhebung des Haftbefehls gegen Christian – Keine Anklage wegen „versuchten Totschlages"

Hannover. Am letzten Montag (9.5.) wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom Richter der Haftbefehl gegen Christian aufgehoben. Von den im Zusammenhang mit der Demonstration gegen das Atomkraftwerk Grohnde verhafteten 26 Personen war Christian einer von den beiden, bei denen es angeblich einen *„Verdacht auf versuchten Totschlag"* geben sollte. Nach Abschluß der Ermittlungen hat aber die Beweislage erbracht, daß der Staatsanwalt eine Anklage wegen „versuchten Totschlags" nicht erheben kann. So läßt z.B. die Spur an einem Polizeihelm nicht die Annahme eines Totschlag-Vorsatzes zu. Im Übrigen konnte sich der Bulle, der angeblich von Christian „totgeschlagen" werden sollte, überhaupt nicht erinnern, wer, womit zugeschlagen hatte.

Die Aufhebung des Haftbefehls und der damit verbundenen wöchentlichen Meldepflicht war vorher von jeweils über 300 Demonstranten gefordert worden, die Christian auf seinem Weg durch die Innenstadt zum Polizeirevier begleiteten. Während dieser Demonstration wurden Anti-AKW-Lieder gesungen, Flugblätter zu den Kriminalisierungsversuchen an Passanten verteilt und Kundgebungen durchgeführt.

Das Vorhaben der Staatsanwaltschaft, AKW-Gegner mit besonders drastischen strafrechtlichen Sanktionen zu verfolgen, mißlingt immer mehr. Christian kann jetzt nur noch wegen eines Deliktes aus dem politischen Strafrecht angeklagt werden. Aber auch die „Beweise", daß ein „schwerer Landfriedensbruch" vorliegen soll, werden wir entkräften.

Die Hilflosigkeit des Staatsanwaltes, der Öffentlichkeit keine „aussichtsreichen Ermittlungserfolge" vorweisen zu können, zeigt sich auch an einem anderen Punkt. Nur um die Statistik der laufenden Ermittlungsverfahren zu „verbessern" und um die Basis der Anti-AKW-Bewegung zu verunsichern, werden in den letzten Tagen absolut seiltänzerische Verfahren eingeleitet. So z.B. gegen angeblich Mitglieder des Verkehrsausschusses wegen „Amtsanmaßung" durch die übernommene Verkehrslenkung oder wegen „Nötigung", vermutlich, weil ein Dorfpolizist von der Kreuzung gebeten wurde, damit der Verkehr besser zum Bauplatz geleitet werden konnte.

Wenden wir uns gegen jeden Versuch der Kriminalisierung der AKW-Gegner, wie sie versucht wird durch Verfahren gegen Einzelpersonen oder durch Verunsicherung und Diffamierung der Basis.

Solidarität ist unsere Stärke !

KB/Gruppe Hannover

***

Ausschlußverfahren gegen Peter H., Betriebsrat der Dresdner Bank

Hamburg. Wie wir bereits im vorletzten ARBEITERKAMPF berichteten, wurde von der rechten Mehrheit im Betriebsrat der Dresdner Bank - Hamburg (DAGler und HBV-Mitglieder) gegen das Mitglied der BI „Angestellte gegen AKWs" ein Ausschlußantrag aus dem Betriebsrat gestellt. Die Begründung basiert darauf, daß der Kollege Peter H. Flugblätter

von der rechten Mehrheit im Betriebsrat der Dresdner Bank - Hamburg (DAGler und HBV-Mitglieder) gegen das Mitglied der BI „Angestellte gegen AKWs" ein Ausschlußantrag aus dem Betriebsrat gestellt. Die Begründung basiert darauf, daß der Kollege Peter H. Flugblätter

der BUU-Hamburg und de BI „Angestellte" verteilte, worin nach Brokdorf (19.2.) aufgerufen wird. Ferner wirft man ihm vor, im Betrieb über Brokdorf etc. zu diskutieren und für die Mitarbeit in der BI zu agitieren. Gestützt wird der Ausschlußantrag vor dem Arbeitsgericht auf Paragraphen des Strafgesetzbuches und daraus „abgeleitet" Verstöße gegen das BetrVG (darunter „Landfriedensbruch" u.ä. und Verbot der „parteipolitischen Betätigung" im Betrieb)

Am 30.3.77 zog die Gewerkschaftsführung der HBV nach. Das Mitglied des Ortsverwaltungsvorstandes und Mitglied des BR der Dresdner Bank Harald Lohse brachte auf einer Vertrauenskörper-Sitzung den Antrag ein, ein Gewerkschafts-Ausschlußverfahren gegen Peter anzustrengen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit der rechten HBV-Betriebsräte und Vertrauensleute angenommen.

Solidarität mit Peter H.

Wie wir im AK 102 darstellten, haben bereits mehrere Hamburger Bürgerinitiativen ihre Solidarität erklärt. Am 31.3.77 verabschiedete das Delegiertenplenum der BUU-Hamburg einstimmig eine Protesterklärung, die hervorhebt, daß hier ein Kollege und AKW-Gegner exemplarisch herausgegriffen und getroffen werden soll.

Weitere Gruppen der Hamburger BUU haben ihre Solidarität mit Peter erklärt und die Widerstandsfront verbreitert.

Ohne Gegenstimmen bei 3-4 Enthaltungen und 61 Fürstimmen protestierte am 26.4.77 die Mitgliederversammlung der Fachgruppe Großhandel in der HBV gegen das Amtsenthebungsverfahren und den Gewerkschaftsausschlußantrag.

Die BI Angestellte hat zu Peters „Fall" eine Dokumentation erstellt, die vor allem in den Betrieben verkauft wird. Die BI führt am 16.5.77 um 18.30 Uhr in der ESG(Hamburg) eine Veranstaltung durch, die auch der direkten Vorbereitung des ersten Prozesses am 18.5.77 vor dem Hamburger Arbeitsgericht dienen soll.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

***



Österreich: Zentrale Aktion am AKW Zwentendorf

Am 16.4. hielt die „Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner" (IÖAG) in Tulln ihre 2. Konferenz ab. An ihr beteiligten sich über 60 BI-Vertreter aus allen Landesteilen, dazu Beobachter verschiedener gerade erst gegründeter Anti-AKW-Gruppen, u.a. auch aus der Umgebung vom AKW-Zwentendorf und der geplanten Mülldeponie im Waldviertel.

Als wichtigstes wurde mit nur einer Gegenstimme für den 12. Juni eine zentrale Demonstration am Bauplatz des AKW-Zwentendorf beschlossen. Zu ihr wird in den nächsten Wochen mit Veranstaltungen und Aktionen in ganz Österreich mobilisiert.

Am Bauplatz selber und in den umliegenden Dörfern soll ein breites Informations- und Kulturprogramm für Aufklärung und Stimmung sorgen. Ein Besetzungsversuch ist ausdrücklich „zu diesem Zeitpunkt" nicht geplant (den Wortlaut des Aufrufes s. Kasten). Allen Beteuerungen der Kreisky-Regierung zum Trotz, sie werde erst nach vollständigem Abschluß der (scheindemokratischen) Informations- und Meinungsfindungskampagne über AKWs in der Bevölkerung ihre Politik in Sachen Kernenergie festlegen, ist in Zwentendorf zum Sommer bereits der 1. Probelauf angekündigt. Gegenwärtig werden die Brennelemente eingesetzt; die Überlandleitungen, die den vom AKW produzierten Strom abnehmen sollen, wurden „den ganzen Winter über in Sonderschichten fertiggestellt."

Die IÖAG bekräftigte nochmals, daß sie nicht bereit ist, Kreiskys Mauschel-und Umarmungstaktik mitzumachen. Nach Abschluß der Regierungsveranstaltungen zur Kernenergie soll jetzt die „Auswertungsphase" von AKW-Befürwortern und -Gegnern hinter geschlossenen Türen stattfinden. Die IÖAG wird sich nur daran beteiligen, wenn dort 1. „die verantwortlichen Politiker Rede und Antwort stehen", 2. „wenn die Veranstaltungen öffentlich sind und im ORF direkt übertragen werden" und 3. „es in Zwentendorf keinen ‚Probebetrieb' gibt".

Um eine bessere Koordination und gegenseitige Information der AKW-Gegner zu gewährleisten, wählten die Konferenzteilnehmer einen Koordinierungsausschuß, der auf der Grundlage der gefaßten Beschlüsse arbeiten soll.

WSL-Provokation

Eine üble Provokation gegen die gesamte Anti-AKW-Bewegung versuchte auf der Konferenz der WSL-Landesleiter für Wien, Hendl.

Er rief zu einer „Antikommunistischen Atomgegnerfront" gemeinsam mit den ANR-Faschisten auf unter dem Motto: „Wehret den Anfängen". (Die „Aktion Neue Rechte" (ANR) ist gerade in den letzten Wochen an der Wiener Uni durch massive Schlägertrupps und faschistische Hetze gegen demokratische Studenten bekannt geworden – siehe AK 103).

Schon bei der Vorbereitung der Anti-AKW-Demonstration am 24.3. in Wien hatte dieser WSL-Vogel die ANR zur Beteiligung an der Aktionseinheit eingeladen – gegen den ausdrücklichen Willen des „Arbeitskreis Atomenergie Wien" (AKAE), in dem er mitarbeitet.

Weder damals noch auf der IÖAG-Konferenz konnte er mit diesen Provokationen landen. Ein solcher Kerl gehört allerdings unserer Meinung nach gleich in den Hintern getreten und nach Hause geschickt, damit er keinen weiteren Schaden anrichten kann!

(Informationen und Zitate alle aus: „rotfront", Mai 77).

Österreich-Kommission
KB / Gruppe Bremen

Das Millionending von Bergkamen – kapitalistischer Alltag

Es paßte wie bestellt: Eine „Bürgerinitiative" hatte sich bestechen lassen. Mit 1,5 Millionen. 20 000 pro Nase, je 40 000 Mark für die drei Sprecher der „Bürgerinitiative". Kein Wunder, daß der „Skandal" tagelang die bürgerliche Presse beschäftigte und vielfache Gelegenheit bot zu bissigen Seitenhieben gegen „Bürgerinitiativen" allgemein, speziell natürlich gegen die Anti-AKW-Bewegung.

Am Ende werden die Leute von der Bergkamener „Bürgerinitiative" wohl kein Geld sehen, sondern müssen noch froh sein, wenn die inzwischen gegen sie eingeleiteten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wegen versuchter Erpressung nicht zu einer Verurteilung führen.

Das Ganze ist ein klassisches Lehrstück in Sachen Kapitalismus, und es lohnt sich, dabei auch einige Details näher zu betrachten, die nicht gerade im Mittelpunkt der bürgerlichen Berichterstattung standen.

Die Geschichte begann damit, daß die STEAG, Tochtergesellschaft der Ruhrkohle AG, vor drei-vier Jahren das Projekt eines Kohlekraftwerks unmittelbar am Rande des Bergkamener Stadtteils Heil ins Auge faßte. Die Ruhrkohle AG erreichte von der Stadtverwaltung die Zustimmung zu diesem Projekt, indem sie drohte, anderenfalls ihre Zeche „Monopol" bei Bergkamen stillzulegen und die 3 000 dort beschäftigten Arbeiter zu entlassen („Welt", 7.5.)

Solche Tauschgeschäfte sind im Kapitalismus normal. Niemand wird die Ruhrkohle AG deswegen der Erpressung schelten wollen. Dabei drückte die Stadtverwaltung offenbar, was Umweltschutz-Bestimmungen angeht, beide Augen zu. Selbst die „Frankfurter Allgemeine" („FAZ") räumt ein: **„An guten Gründen für den Umweltschutz hat es gerade hier zwischen Ruhr, Emscher und Lippe keinen Mangel"** (2.5.77). Schwefel und Kohlendioxyd sollen durch das geplante Kraftwerk die Luft zusätzlich verpesten, und einige Bewohner

von Heil werden wohl auch zum Weg- keinen Mangel" (2.5.77). Schwefel

und Kohlendioxyd sollen durch das geplante Kraftwerk die Luft zusätzlich verpesten, und einige Bewohner von Heil werden wohl auch zum Wegziehen gezwungen sein.

Es gründete sich also eine „Initiative gegen den Bau des geplanten Kohlekraftwerks", mit zunächst etwa 230 Mitgliedern. Als sich die Auseinandersetzungen hinschleppten, bildete die örtliche SPD schließlich eine Arbeitsgruppe, die in Heil von Haus zu Haus zog und die BI-Mitglieder beschwatzte, im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze usw.usf. ihren Einspruch zurückzuziehen. Das mögliche Risiko hoher Prozeßkosten tat ein Übriges, so daß am Ende nur noch 72 Mitglieder übrig blieben.

Am 10.1.77 erteilte das Gewerbeaufsichtsamt Soest daraufhin die Genehmigung für den Kraftwerksbau. Am 7.2. legte die BI Widerspruch dagegen ein. Es begannen Verhandlungen zwischen STEAG-Ruhrkohle AG, „Bürgerinitiative" und Stadtverwaltung. Am 12. 3. kam es zur „Einigung", **„weil der STEAG-Vorstand unmißverständlich erklärte, wenn die Einsprüche nicht an diesem Tag zurückgezogen werden, sei das Projekt gestorben"** (Stadtdirektor Brüggemann, SPD, lt. „Welt", 7.5.). Auch dies wird niemand der STEAG als Erpressung auslegen wollen. Denn so ist's halt im Kapitalismus Sitte.

Es kam dann das folgende Geschäft zustande: 1,5 Mio. zur Verteilung an die verbliebenen 72 Mitglieder, 400 000 Mark zur „Abfindung" der übrigen 623 Bewohner von Heil, 600 000 Mark an die Stadt Bergkamen, *„für Infrastrukturmaßnahmen, die der gesamten Bevölkerung zugute kommen würden"* („Rhein. Post", 4.5.), zusammen 2,5 Mio Mark. Außerdem soll die STEAG auch eine „Anliegergemeinschaft" bereits mit 800 000 Mark entschädigt haben, so daß sich eine Gesamtsumme von 3,34 Mio Mark ergibt („Westf. Rundschau", 2.5.). Für die STEAG-Ruhrkohle AG ist selbst diese Summe nur ein Trinkgeld, gemessen an den geschätzten Baukosten des Kraftwerks, die mit 1,3 Milliarden („Welt", 2.5.) bis 1,5 Milliarden („Süddt. Zeitung", 3.5.) angegeben werden – die Abfindungssumme macht also noch nicht einmal ein halbes Prozent der Investitionskosten aus. Daß die STEAG diesen kleinen Einsatz vielfach durch Investitionshilfen des Staates, Steuererleichterungen, Kreditvergünstigungen usw. wieder herein bekommt, gehört zum Geschäft. Man wird auch dies weder Bestechung noch Erpressung nennen dürfen, denn daß der bürgerliche Staat die Kapitalisten reichlich dafür belohnt, damit sie „Arbeitsplätze schaffen", gehört zu den Selbstverständlichkeiten dieses Systems.

Nun, das Abkommen zwischen der STEAG, der Stadtverwaltung und der BI – nachträglich als „Bestechungsskandal" usw. bezeichnet – war geschlossen, und die SPD-Stadtverwaltung sollte als ehrlicher Hehler die Verteilung und Auszahlung der Gelder übernehmen, die von der STEAG zunächst auf ein Sperrkonto gezahlt wurden. Damit die Sache nicht raus kam, soll zwischen allen Beteiligten *„bei Zustimmung zu einer Konventionalstrafe von 100 000 Mark bei Zuwiderhandlung absolutes Stillschweigen vereinbart worden"* sein („Ruhrnachrichten", 3.5.).

Am 2.Mai sollte vereinbarungsgemäß Zahltag sein. Die CDU war zwar über das Geschäft informiert, legte sich aber plötzlich quer: Bei „interfraktionellen Gesprächen" am 22. und 26.April sprach sich die CDU gegen eine Auszahlung aus. Stadtdirektor Brüggemann von der SPD wollte zunächst zur Absicherung nicht bloß einen Mehrheitsbeschluß (die SPD hat in Bergkamen die absolute Mehrheit), sondern einen einstimmigen Beschluß. Als aber auch ein Treffen am 28.April kein Ergebnis brachte, soll der SPD-Fraktionsvorsitzende Avemann erklärt haben: **„Wir zahlen**

aus" (lt. „Hellweger Anzeiger", 5.5. Als aber auch ein Treffen am 28.April kein Ergebnis brachte, soll der SPD-Fraktionsvorsitzende Avemann erklärt haben: „Wir zahlen

aus" (lt. „Hellweger Anzeiger", 5.5.

Zwei Tage später war der „Skandal" da. Gezielt informiert und auf den Weg gebracht, „enthüllte" eine Lokalzeitung die „Bestechungsaffäre". Dies war am Sonnabend. Und am Montag drauf, 2.Mai, dem ursprünglich vereinbarten Zahltag, war der „Skandal" der Aufmacher der bundesdeutschen Tagespresse. Das scheinheilige Gezeter der gesamten bürgerlichen Szene, das daraufhin einsetzte und tagelang nicht verstummte, ist bekannt. Die SPD-Stadtverwaltung freilich bestätigte sich selbst, sie habe sich *„im Interesse von 11 000 Arbeitsplätzen nicht anders verhalten können". „Die SPD billigt dieses Vorgehen jedenfalls mit allen Konsequenzen"*, erklärte der selbst in der Sache engagierte Fraktionsvorsitzende Avemann, während er die „Bürgerinitiative" als *„Verein für legale Erpressung"* bezeichnete („Hellweger Anzeiger", 5.5.). Sein Stellvertreter Beckmann wetterte gar: *„Wenn Leute, deren Studium auch mit unseren Steuergroschen finanziert wird, so etwas tun, dann muß man sie. voll zur Verantwortung ziehen. Solchen Leuten muß das Handwerk gelegt werden!"* („Hellw. Anzeiger", 6.5.). Auch die Gewerkschaftsbosse waren voller Verständnis für die Stadtverwaltung und voller „Empörung" über die BI. IG Bergbau und Energie-Vorstandsmitglied Alker dankte der Stadtverwaltung *„für die Rettung und Sicherung von 11.000 Arbeitsplätzen."* IG-BE-Sprecher Niggemeier erklärte: *„Die IG Bergbau dankt dafür, daß die Einsprüche ausgeräumt wurden, unter welchen Umständen das geschah, entzieht sich unserer Kenntnis"* („Hamburger Abendblatt"3.5.). Dafür warf IGBE-Vorstandsmitglied Grüner der BI *„Chicagoer Gangstermethoden"* vor und meinte: *„Wer mit Tausenden von Arbeitsplätzen spielt, hat sich damit außerhalb der Gemeinschaft gestellt"* („Hellweger Anzeiger" 5.5.).

Nur die CDU brach den Konsens und wollte den „Skandal" zusätzlich noch zur Stimmungsmache gegen die SPD benutzen. Dazu bemerkte die stockreaktionäre „FAZ" nur souverän: „„Daß die opponierende CDU von einem Skandal spricht, wird man pflichtgemäßes Rollenspiel nennen können" (2.5.).

Peinlichkeit am Rande, daß auch der stellvertretende Ortsvorsitzende der SPD von Heil, Dirk Wörner, unter den „gekauften" BI-Mitgliedern ist, was den Bürgermeister Kook in heiligem Zorn ausrufen ließ: *„Raus mit dem Mann"* („Welt" 5.5.). Nicht für die bürgerliche Presse interessant war dagegen die Tatsache, daß offenbar die gesamte SPD-Partei- und Verwaltungsbürokratie von Bergkamen aufs engste mit der Ruhrkohle AG verfilzt ist – über Betriebsratposten, Aufsichtsratposten usw. Sofern auch die CDU anteilig am Kuchen beteiligt ist (woran kaum zu zweifeln ist) handelt es sich bei diesen Dingen nicht etwa um Korruption, sondern um die Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital, womöglich gar um qualifizierte Mitbestimmung.

Der ganze „Skandal" wäre für die Bourgeoisie kaum fruchtbar, wenn er nicht massiv gegen die Bürgerinitiativen insgesamt, vor allem gegen die Anti-AKW-Bewegung ausgenutzt würde: „Bei den Bürgerinitiativen ist leider manchmal alles Gold, was glänzt" („Welt"3.5.). Der Bogen zu den „Chaoten" war im Handumdrehen geschlagen: *„Berufs-Umweltschützer, korrupte Umweltschützer, die sich ihren Protest für 40 000 Mark abkaufen lassen, sind ganz offensichtlich genauso eine Gefahr für die urplötzlich zu einem politischen Faktum gewordene Bürgerrechtsbewegung wie ihre Unterwanderung durch linksradikale Gruppen"* („Welt"3.5.). Mit meisterhaft gespielter Naivität fragte die

wordene Bürgerrechtsbewegung wie ihre Unterwanderung durch linksradikale Gruppen" („Welt"3.5.). Mit meisterhaft gespielter Naivität fragte die

„Welt": *„Machen es andere Städte genauso? Werden die Unternehmen, die Energie und Arbeitsplätze im allgemienen Interesse schaffen sollen, grundsätzlich erst einmal ausgenommen? Um dann noch, womöglich als Korruptionäre beschimpft zu werden? Eine Überprüfung tut not"* (5.5.). Wenn schon ein Unternehmen so hochherzig ist, dort Arbeitsplätze zu schaffen, „dann müsse auch von den Bürgern dieser strukturschwachen Region Einsicht erwartet werden" („Welt" 2.5.), daß sie noch mehr Gift schlucken müssen. Offen verkündet die „Welt" gar, der ganze Ärger sei bloß *„verursacht durch ein Emissionsschutzgesetz (Gesetz über den Ausstoß giftiger Stoffe - Anm. AK)"*, das die Gesellschaft für jeden erpreßbar macht". (7.5.). Konsequenzen sind schon in Vorbereitung: NRW's Arbeits- und Sozialminister Fahrtmann kündigte Initiativen der Regierung an, um die rechtliche Unsicherheit bei solchen Bauvorhaben zu beseitigen oder zu mildern". Er schlug vor, *„das Oberverwaltungsgericht als einzige Tatsacheninstanz in solchen Verfahren einzuführen"* („SZ"13.5.). D.h., das Genehmigungsverfahren soll stark vereinfacht werden, „Fehlurteile" durch die unteren Instanzen sollen ausgeschaltet und das ganze Verfahren abgekürzt werden.

Wie gesagt, das alles ist ein kleines Stück konkreter Kapitalismus.



Über die Methoden der STEAG bei ‚Industrieansiedlungen' und speziell im Umgang mit Bürgerinitiativen informiert das Buch von Günter Wallraff und Jens Hagen, **„Was wollt ihr denn, ihr lebt ja noch", rowohlt-Verlag, Hamburg 1973**. Das Buch behandelt den (bisher erfolgreichen) Kampf der Bevölkerung gegen ein Kohlekraftwerks-Projekt der STEAG in Voerde.

Anti—Atompfingstmarsch in der Schweiz

Anti—Atompfingstmarsch in der Schweiz

Am 28.Mai – 30.Mai findet in der Schweiz ein großer Pfingstmarsch der AKW-Gegner statt. Die Route verläuft von Kaiseraugst, dem Symbol des schweizerischen Widerstands gegen AKWs, nach Goesgen und führt an mehreren AKW- und Wiederaufbereitungsstandorten vorbei. Erst Mitte April wurde für das AKW Leibstadt, einer der Orte des Pfingstmarschs, die zweite Teilbaubewilligung erteilt. Das hierfür zuständige „Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement" bearbeitet zur Zeit zwei Gesuche für Nuklearbaubewilligungen der AKWs Kaiseraugst und Graben, ein Gesuch für die Inbetriebnahmebewilligung des AKW-Goesgen (alles Orte, durch die der Pfingstmarsch führt) und ein Standortbewilligungsgesuch für das AKW Rüthi SG.

Der Pfingstmarsch steht unter der Hauptforderung „VierJahreBaustop". Initiatoren und Träger des Marsches verfolgen, wie dem Aufruf zu entnehmen ist, eine reformistische Stoßrichtung. Sie fordern eine „Denkpause" beim Atomprogramm und legen in ihrer Argumentation den Schwerpunkt auf einen „gesunden menschlichen Lebensraum" und der „Begegnung mit der Natur". Ausdrücklich betont wird, die *„Entschlossenheit, sich mit gewaltfreien Mitteln gegen die Umweltzerstörung zu wehren"*. Übereinstimmung mit reformistischen Kräften a' la Wüstenhagen in der BRD zeigen die Forderungen *„Keine Atomkraftwerke gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung"* und *„Lösungen des Atommüll-Problems dürfen in aller Interesse vor allem nicht unter Zeitdruck gesucht werden..."*

Teile der schweizerischen Linken – das focus Kollektiv, der Zeitdienst, die POCH – haben zur Teilnahme am Pfingstmarsch aufgerufen.

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Montalto

In Montalto di Castro (Latium) soll Italiens erstes großes Atomkraftwerk entstehen (Bisher gibt es in Italien nur drei kleine Reaktoren). Gegen dieses Projekt haben bereits mehrere Demonstrationen stattgefunden. Obwohl zur Zeit aus verschiedenen rechtlichen Gründen das Genehmigungsverfahren ruht, hat kürzlich ohne viel Aufsehen der erste Schritt zum Bau des AKW begonnen – Der staatliche Energie-Konzern ENEL, der das AKW betreiben will, hat mit dem Aufkauf des benötigten Grund und Bodens begonnen. Die benötigten 360 ha bestehen aus 55 kleinen „Parzellen" von 2 bis 8 ha, von denen etwa die Hälfte den Bauern selbst gehören, während die andere Hälfte von Pächtern bewirtschaftet wird. Die ENEL hat zunächst einen ha-Preis geboten, der dreimal so hoch ist wie der tatsächliche aktuelle Bodenpreis. Darauf sind vor allem die Bodenbesitzer angesprungen, die ihr Land nicht selbst bebauen, sondern es verpachtet haben, während sich die meisten Bauern noch nicht zum Verkauf bereit erklärt haben und die Pächter natürlich sehr aufgebracht sind. Die ENEL hat so etwa 25 „Parzellen" bisher aufkaufen können, dem Rest droht sie mit Enteignung zum aktuellen Bodenpreis. (nach „il manifesto", 19.4.)

DKP-Schläger

Friedlich sind die Leute von der DKP/SDAJ nur, solange es um den Kampf gegen das mörderische Atomprogramm des BRD-Imperialismus geht. Durchaus mit handfester Gewalt wird von den Revisionisten jedoch gegen konsequente AKW-Gegner (im DKP-Jargon „Chaoten") vorgegangen. Dafür zwei Beispiele aus jüngster Zeit:

1. In Detmold dreschen DKP-Schläger auf Flugblattverteiler des AK-Umweltschutz Detmold ein, die auf einer 1.Mai-Fete der DGB-Jugend (!) gegen die DGB-Führung agitieren wollten. Flugblätter wurden von diesen „Ordnern" zerrissen ....

2. Mit Fußtritten und Schlägen wurden Mitglieder der BUU-Gruppe Ahrensburg traktiert, als sie es wagten, vor einer SDAJ-Veranstaltung ihre Zeitung „Atom-Knall" sowie Flugblätter anzubieten. BI-Material und einige AKs wurden von den revisionistischen Schlägern „beschlagnahmt".

Nach Berichten von Genossen aus Detmold und Hamburg/Eimsbüttel

Geheime Uranlieferung an Israel

Ende April veröffentlichten einige amerikanische Zeitungen auf der Grundlage von CIA-Berichten, daß 1968 eine Ladung von 200 Tonnen Uran von einem westdeutschen Frachter verschwunden sei (FR 2.5.).

Mit diesen verspäteten Enthüllungen soll versucht werden, *„das europäische Kontrollsystem für die Überwachung der Uranlieferung in Mißkredit zu bringen und Argumente für eine Lieferverweigerung, zumindest aber für ein schärferes Kontrollsystem zu gewinnen"* („FAZ", 3.5.).

Was hat es mit diesem „geheimnisvollen " Verschwinden des Urans auf sich?

Im Jahr 1968 verkaufte die Firma Asmara Chemie in Hettenhain 200 Tonnen Natururan an eine Mailänder Firma. Das Uran hat zwar den Antwerpener Hafen verlassen, ist allerdings nie in Genua, von wo es nach Mailand transportiert werden sollte, angekommen.

Nachforschungen haben ergeben, daß sowohl dem Logbuch, als dem Maschinenbuch des Frachters nicht mehr zu entnehmen ist, wohin die Reise damals ging.

Es gilt heute als sicher, daß *„seine Fracht möglicherweise nach Israel gelangt (ist), dessen Kernzentrum Dimona das Uran verwenden könnte"* („Spiegel" 9.5.77). Bestätigt wird das von den Aussagen eines früheren israelischen Geheimdienstagenten gegenüber norwegischen Gerichten, an der Umleitung des Schiffes nach Israel beteiligt gewesen zu sein (FR" 10. und 12.5.).

Der EG-Kommissar Haferkamp, Chef der Kontrollbehörde Euratom, erklärte, der Verbleib des Urans sei *„nie aufgeklärt worden – allerdings deuteten alle Anzeichen auf Israel als Empfängerland hin"*(FR 13.5.). Die EG-Kommission stellte 1970 weitere Ermittlungen *„wegen mangelnder Kooperation der nationalen Geheimdienste"* ein (FAZ 9.5.).

Die „diskrete Behandlung" des Falles soll damals von den USA veranlaßt worden sein. (FR" 7.5.).

Die Tatsache, daß der Verlust des Urans sehr schnell von allen Beteiligten zu den Akten gelegt wurde, läßt vermuten, daß bekannt war, wohin das Uran gegangen ist, und daß es sich dabei um eine der üblichen Uranlieferungen nach Israel gehandelt hat.

Zionisten bauen mit Hilfe der US- und EG-Imperialisten ihr Kernwaffenpotential aus

Zionisten bauen mit Hilfe der US- und EG-Imperialisten ihr Kernwaffenpotential aus

Ihre Bedeutung bekommen diese Enthüllungen besonders dadurch, daß die Zionisten seit Anfang der 60er Jahre „einen Natur-Uran-Reaktor" besitzen, *„dessen Brennstoffabfälle theoretisch für die Herstellung atomarer Sprengsätze aufbereitet werden können"* (FR 3.5.).

Daß diese Brennstoffabfälle nicht nur „theoretisch", sondern höchst praktisch zur Herstellung atomarer Sprengsätze benutzt werden, geht aus Berichten der Zeitschrift „TIME" im vergangenen Jahr hervor. Demnach verfügt Israel *„gegenwärtig über 13 Atombomben...., von denen jede ähnlich der Hiroshima-Bombe, eine Sprengkraft von 20 000 Tonnen des herkömmlichen Sprengstoffes TNT hat"* (nach FR 6.4.77).

Inzwischen haben die Zionisten nach einer Reihe von Dementis jedoch zu verstehen gegeben, *„ daß es über ein Atompotential verfüge"* (Maariv, nach Mainzer Anzeiger vom 6.4.77).

Darüberhinaus ist Anfang April'77 (ebenfalls aufgrund von Enthüllungen des Magazins TIME) bekannt geworden, daß die Zionisten im Oktoberkrieg 1973 beinahe ihre A-Bomben eingesetzt hätten.

„Zu dem ‚Beinahe-Atomwaffen-Einsatz' im Jahre 1973 kam es TIME zufolge, als die israelischen Truppen am Suezkanal und auf den Golanhöhen von den arabischen Armeen zurückgedrängt wurden. Daraufhin habe die damalige Ministerpräsidentin Golda Meir Verteidigungsminister Dayan angewiesen, die 13 Atombomben einsatzbereit zu machen ... Ehe jedoch die Zünder eingesetzt worden seien, habe sich die militärische Lage zugunsten Israels verlagert, so daß die Regierung auf den Einsatz der Bomben verzichtet habe" (nach „Süddeutsche Zeitung" 6.4.77).

AKW-Nein-Kommission

„Arbeiterbund" wirbt weiter für AKWs

Mit der Schlagzeile „Für Atomenergie und Sozialismus" setzte sich der südbayrische „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der DKP" in seiner Zeitung ‚KAZ' vom 6. März voll in die Scheiße: „Im Kapitalismus haben wir keinen Grund, uns zu einer Bewegung der ‚Atomkraftgegner' zu rechnen, ebensowenig wie wir Grund gehabt hätten, uns zu einer Bewegung von ‚Elektrizitätsgegnern' zu rechnen... Wir beschuldigen die Kapitalisten nicht der Nutzung der Atomenergie. Wir beschuldigen sie auch nicht nur, daß sie daraus natürlich nur für sich Nutzen zu ziehen trachten... Wir beschuldigen die Kapitalisten vielmehr der u n g e n ü g e n d e n Nutzung der Atomenergie!".



1615/1616 Galilei : Die Erde dreht sich um die Sonne- Die Bischöfe lachen, die Inquisition verdammt Galilei...



1835 - die erste Eisenbahn in Fürth Das Bürgertum dazu: der Mensch wird nie mehr als 20 Km/h fahren können....



Das Schneiderlein von Ulm - die ersten Flugversuche. Die Bischöfe dazu : der Mensch wird nie fliegen können...

1977 - Atomkraftgegner : Fortsetzung einer schlechten Tradition..

Hosen runter – entlarvende Karikatur aus der Münchner „KAZ" vom 17.4.77

Diese sensationellen Thesen haben selbst unter den an herbe Überraschungen gewöhnten Anhängern des „Arbeiterbund" einiges Erstaunen ausgelöst. In den Ausgaben der ‚KAZ' vom 3. und 17. April werden daher, zusammen mit dem Abdruck von Leserbriefen, nochmals die Thesen breitgetreten. Was da angeboten wird, kann sich an Plattheit und Demagogie mit jeder Hochglanz-Broschüre der AKW-Betreiber messen: Kühn wird der Vergleich gezogen mit dem Feuer, *„das unseren Vorfahren mindestens genauso gefährlich erscheinen mußte, wie manchen heute die Atomkraft erscheint"*. Die Eisenbahnen und Webstühle seien schließlich am Anfang auch auf Widerstand gestoßen. Und: *„Was veranlaßte die Menschen, nicht auf dem Erdboden zu bleiben, sondern das Fliegen zu erlernen? An ‚Warnern' hat es dabei nie gefehlt"* (‚KAZ', 17. April). Die AKW's seien eben ein „technischer Fortschritt", also müsse die Arbeiterklasse natürlich d a f ü r sein. „In dem Widerstand gegen die friedliche Nutzung der Atomkraft, wie er gegen sie von solchen vorgebracht wird, die es eigentlich besser wissen müßten, kommt eine Haltung zum Ausdruck, welche die Arbeiterklasse in keiner Frage ihres Kampfs gebrauchen kann" (‚KAZ', 17. April).

Zu „solchen, die es eigentlich besser wissen müßten", zählt der „Arbeiterbund" in erster Linie den KB. Der KB setze sich *„die Mütze der vorkapitalistischen, mittelalterlichen Kirchenmänner auf"*. *„Wie reaktionär er darin schon geworden ist, zeigt gerade sein ‚schlagendes' Argument, daß mit den KKWs ja auch der Stoff für Atombomben produziert werden kann – als ob die Atombomben nicht schon tonnenweise auf den westdeutschen Militärflughäfen herumliegen würden und als ob nicht gerade der Kapitalismus die friedliche Nutzung der Atomenergie erst als ‚Abfallprodukt' der militärischen entdeckte"* (‚KAZ', 17. April).

Wie „ fortschrittlich" hingegen der „Arbeiterbund" ist, zeigt sich anscheinend darin, daß ihn der Griff des BRD-Imperialismus nach e i g e n e n Atomwaffen nicht mehr kümmert, nach der Devise: Es liegt eh schon so viel von dem Zeug herum, da kommt's auf ein paar Atomwaffen in e i g e n e r Verfügungsgewalt des BRD-Imperialismus auch nicht mehr an!

Ganz wohl scheint den „Arbeiterbund"-Führern bei dieser Sache aber doch nicht zu sein. So las man in der ‚KAZ' vom 3. April plötzlich – versteckt in einem Wust von krausem Geschwätz – überraschenderweise auch die Aussage: „Jawohl, vor die Wahl gestellt: Ist so ein Kernkraftwerk wie in Wyhl oder Brokdorf geplant oder keines, sind wir gegen den Bau d i e s e r Kraftwerke". Also doch? Ja aber, wie?... Jedenfalls: Am K a m p f gegen das Atom-Programm des BRD-Imperialismus nimmt der „Arbeiterbund" n i c h t teil, soviel steht schon fest. Im Gegenteil: Er diffamiert s ä m t l i c h e AKW-Gegner, speziell aber die Kommunisten unter ihnen, als fortschrittsfeindliche Idioten und Maschinenstürmer (siehe dazu auch die hier abgedruckte vielsagende Karikatur aus der ‚KAZ' vom 17. April!).

Wenn es dem „Arbeiterbund" nur darum ginge, daß möglicherweise (!) unter sozialistischen Bedingungen die friedliche Nutzung der Atomkraft eine Perspektive hat, so bräuchte er jedenfalls nicht gegen den KB zu polemisieren (d a r i n würden wir ihm nämlich zustimmen!), und er könnte sich auch seine sonstigen Anpinkeleien gegen die Anti-AKW-Bewegung schenken, da diese Frage gar nicht zur Diskussion steht. Selbst da, wo einzelne AKW-Gegner unsinnige Parolen vertreten wie „Atomkraftwerke sind Teufelswerk", richtet sich doch offensichtlich ihr konkreter Kampf gegen tatsächlich bestehende, also unter kapitalistischen Bedingungen betriebene AKW's. Wem also schadet nach Meinung der „Arbeiterbund"-Führer heute dieser Kampf – außer den Kapitalisten?!...

Liest man die letzten Ausgaben der ‚KAZ', verfolgt man die (glücklicherweise seltenen) Auftritte des „Arbeiterbund" in der Anti-AKW-Bewegung, so stellt man fest: Der „Arbeiterbund" verbreitet k e i n e Erkenntnisse über die Gefahren der Atomkraft unter kapitalistischen Bedingungen, sondern lenkt davon ab. Der „Arbeiterbund" verbreitet ebenso k e i n e Erkenntnisse über den Platz des Bonner Atom-Programms im aggressiv-expansionistischen Konzept des BRD-Imperialismus und über die Pläne zur Produktion e i g e n e r Atomwaffen. Der „Arbeiterbund" verbreitet auch k e i n e Erkenntnisse über die zwischenimperialistischen Widersprüche auf diesem Sektor, k e i n e Erkenntnisee über die schädliche Rolle der DKP in der Anti-AKW-Bewegung, k e i n e Erkenntnisse über tatsächlich in der Anti-AKW-Bewegung vorhandene reaktionäre Strömungen, Manöver der Faschisten usw.

S t a t t d e s s e n sieht der „Arbeiterbund" seine e i n z i g e Aufgabe darin, sich mit seinem Geschwätz über den „technischen Fortschritt" und die Entwicklung der Produktivkräfte der Anti-AKW-Bewegung in den Weg zu stellen, sie von ihrem Kampf abzubringen, die Bewegung insgesamt und speziell die Kommunisten in ihr zu diffamieren. Wem soll das nutzen? Doch nicht etwa der Arbeiterklasse?!...

Abgesehen von den düsteren Motiven, die hinter diesem Vorgehen vermutet werden müssen, zeigt der Begründungszusammenhang der „Arbeiterbund"-Führer ein völlig falsches Bild von den Aufgaben der Kommunisten in den Klassenkämpfen. Denken wir diesen Begründungszusammenhang mal etwas weiter: Dann müßten wir z.B. sagen, daß der Widerstand der Indianer-Völker gegen den Bau der Eisenbahnen durch Nordamerika und allgemein gegen das Vordringen der „europäischen Zivilisation" ein r e a k t i o n ä r e r Kampf war, da die Eisenbahnen etc. eben den „technischen Fortschritt" verkörperten. Oder wir müßten z.B. arbeitslosen oder von Entlassungen bedrohten Kollegen sagen, daß Rationalisierung „an sich" doch eine gute und fortschrittliche Sache sei und daß es rückständig von ihnen sei, wenn sie sich dagegen wehren. Dem kleinen Bauern, der vom Kapitalismus ruiniert wird, müßten wir sagen, daß das eben „der Fortschritt" sei, usw. usf.

Es liegt auf der Hand, daß das nicht die Politik der Kommunisten sein kann. Nun ist wissenschaftlich bewiesen, daß unter kapitalistischen Bedingungen der Betrieb von Atomkraftwerken eine große Gefährdung darstellt. Aber nehmen wir ruhig mal einen Moment an, das wäre gar nicht der Fall, sondern die AKW-Gegner wären allesamt einer bloßen Hysterie aufgesessen. Selbst d a n n wäre es bestimmt nicht die Hauptaufgabe der Kommunisten, die „unwissenden", „rückständigen" AKW-Gegner eifrigst über ihren Irrtum aufzuklären und für die Segnungen des „technischen Fortschritts" zu werben. Denn Tatsache ist, daß die Anti-AKW-Bewegung dem BRD-Imperialismus an einem wesentlichen Punkt seines aggressiv-expansionistischen Konzepts Sand ins Getriebe streut. Das a l l e i n ist schon ein wichtiger positiver Faktor. Hinzu kommt, daß an dieser Frage neue Schichten der Bevölkerung an den antikapitalistischen Kampf herangeführt werden, neue Menschen für die kommunistische Politik gewonnen werden. Sich einer solchen Bewegung mit Aufklärer-Pose entgegenzustellen und sie mit Hinweis auf den „technischen Fortschritt" vom Kampf abbringen zu wollen, ist im besten Fall eine extreme Dummheit, im schlimmeren Fall eine bewußte politische Provokation. Die Reaktion der „Arbeiterbund"-Anhänger und ‚KAZ'-Leser zeigt allerdings, daß die „Arbeiterbund"-Führer diesmal offenbar etwas zu weit gegangen sind. Helfen wir nach, damit sie sich daran politisch das Genick brechen!

München – ungesundes Klima?

Liegt es am Klima? In München sind neben dem „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der DKP" weitere AKW-Befürworter im marxistischen Mäntelchen aufgetaucht. Die immer mehr abhebende „Marxistische Studenten-Zeitung" (MSZ) München hat u.a. folgende tiefsinnigen Gedanken zum Thema geäußert (Der Text geht danach noch seitenlang genauso weiter und ist von den Verfassern mit Sicherheit völlig ernst gemeint!): *„Die Angst vor dem Atom, das reaktionäre Aufbegehren von Bürgern gegen die Anwendung der modernen Naturwissenschaft beruht auf dem Einverständnis mit den gesellschaftlichen Zwecken, die den Grund für die Gefahren ausmachen, welche mit der Kernspaltung heute verbunden sind. Die Gegner von Kernkraftwerden, die an der rücksichtslosen Anwendung der Atomphysik immerhin bemerken, daß den Agenten von Staat und Kapital an ihrer Sicherheit nicht allzuviel liegt, propagieren ihre Sehnsucht nach einem Leben ohne solche Gefahren in Gestalt des Wunsches nach einem Staat, der durch den Verzicht auf die Entwicklung der Produktivkräfte den Interessen seiner Bürger entspricht. Nicht bereit zu der schlichten Einsicht, daß eine von den sonstigen Geschäften der Individuen getrennten Staatsgewalt, die nicht g e g e n sie vorgeht, die nicht darüber wacht, daß sie ihren Schaden, die Beschränkung ihrer materiellen Interessen hinnehmen, die überflüssigste Sache von der Welt wäre, befleissigen sie sich einzig der Demonstration dessen, daß sie Individuen sind"* (MSZ, 29.4.). Bei so einem hochgetürkten flachen Geschwätz könnten einem die hemdsärmeligen AKW-Befürworter vom „Arbeiterbund" fast noch sympathisch werden!





Hamburg: 7.500 Menschen auf der Abschlußkundgebung der „Aktionseinheit"

Überschattet waren die Ereignisse des diesjährigen 1. Mai durch den Feuer-Überfall türkischer Faschisten auf die mehrhunderttausendköpfige Arbeiterdemonstration in Istanbul, bei der 40 Arbeiter von diesen Halunken im Regierungsauftrag ermordet wurden und von dem Polizei-Überfall auf die verbotene Mai-Demonstration in San-Salvador, bei der acht Demonstranten erschossen wurden. Überschattet sind die Mai-Ereignisse auch von den brutalen und mit Waffengewalt vorgetragenen Polizei-Überfällen auf die verbotenen Mai-Demonstrationen in Italien und Spanien.

Was die BRD anbelangt, so läßt sich — bei einigen Ausnahmen — auch nicht viel Gutes berichten. Die ständige Abnahme der Teilnehmerzahlen auf den DGB-Veranstaltungen ging in vielen Städten Hand in Hand mit der verschärfung der Repression gegen die gewerkschaftsoppositionelle Linke, die insgesamt etwas stärker als letztes Jahr auftrat. Neben den in der BRD schon üblichen An- und Übergriffen von Bullen, DGB-„Ordnern" (vielerorts durch DKP-Schlägertrupps ergänzt) gegen linke Demonstranten, hat es in diesem Jahr vor allem Angriffe und Verhaftungen von uniformierten Soldaten gegeben, selbst in solchen Fällen, wo diese allein auf offiziellen DGB-Veranstaltungen anwesend waren (z.B. Oldenburg).

Viele DGB-Demonstrationen standen im Zeichen des breiten Kampfes gegen das Atomprogramm der BRD, vor allem gegen den Bau von AKWs (Atomkraftwerken).

Wie schon „Tradition", soll unsere nachfolgende Berichterstattung über Demonstrationen, Veranstaltungen und Kundgebungen in den verschiedenen westdeutschen Städten und Westberlin den Lesern Einblick geben, sowohl in den aktuellen Stand der westdeutschen Arbeiterbewegung als auch in die Aktivitäten der verschiedenen linken und revolutionären Fraktionen. Dies fällt dieses Jahr insofern schwerer, als z.B. der KBW in seiner Presse überhaupt keinerlei Zahlenangaben mehr macht (nachdem wir ihn im letzten Jahr einer maßlosen Aufschneiderei überführen konnten) und die „KPD" zu extrem „unseriöser" Berichterstattung übergegangen ist. Nicht nur wir, sondern auch KBW und „KPD" haben versucht, möglichst breite Aktionseinheiten mit anderen Kräften der Linken herzustellen, die „KPD" hat dafür extra eine sog. „Minimal-Plattform" veröffentlicht. Daß dies Unterfangen bei KBW und „KPD" mit ganz geringen Ausnahmen voll in die Hose gegangen ist (und sie am 1. Mai in der Regel mit Unter-Organisationen und majorisierten Komitees etc. dastanden), demonstriert die Isoliertheit der politischen Linie beider Gruppierungen.

Der 1. Mai gibt immer einen recht guten Einblick in die Mobilisierungskraft der einzelnen Gruppierungen der Linken, was von der Qualität ihrer politischen Aussagen selbstverständlich nicht zu trennen ist. Nach unseren Berechnungen hat der KBW in der gesamten BRD und Westberlin nicht viel mehr als 5—6.000 Leute zu seinen Veranstaltungen mobilisieren können; nur in einer einzigen Stadt (Freiburg) hat er seinen Einfluß ausbauen können und nur in ganz wenigen Städten (z.B. Frankfurt) hat er nur wenig verloren. Die „KPD" behauptet, insgesamt etwa 4.500—5.000 Leute unter ihre Forderungen gebracht zu haben. Alle Einzel-Angaben dieser „Partei" sind zwischen 30 und 50 % hochgeschönt worden, in Westberlin noch stärker. — An den diesjährigen Mai-Aktionen, die von uns initiiert, bzw. mitgetragen wurden, haben sich insgesamt fast 30.000 Leute beteiligt. Das ist erheblich mehr, als der Rest der Linken (außerhalb von DKP und Jusos) zusammengenommen auf die Beine gebracht hat und bedeutet für uns mehr als eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr. Diese Zahl (30.000) steht in einem besseren Verhältnis als 1:10 zur Mitgliederzahl unserer Gruppen und übersteigt nennenswert die Auflage unserer zentralen Zeitung ARBEITERKAMPF. Hierin kommt unseres Erachtens die Bündnisfähigkeit des KB gegenüber anderen Gruppen und Initiativen zum Ausdruck.

Trotz des Erfolges muß festgestellt werden, daß nicht einmal die Hälfte der KB-Gruppen ihre örtlichen Bündnis- und Mobilisierungsmöglichkeiten erreicht haben. Von guten bis zufriedenstellenden Mobilisierungs-Ergebnissen kann man im Grunde nur von Flensburg, Bremen, Hamburg, Westberlin, Lüneburg, Bielefeld, Osnabrück und einigen sehr kleinen Gruppen in NRW und Bayern sprechen.

Schleswig-Holstein

Itzehoe. An der DGB-Demo beteiligten sich bloß 200 Leute (1976: 1.000), davon etwa 60 unter oppositionellen Parolen (40 köpfiger KBW-Block, der Rest unter Anti-AKW-Parolen). Auf Anordnung der DGB-Ordner wurden 100 Bullen gegen die oppositionellen Demonstranten eingesetzt. Ein Demonstrant wurde verhaftet.

Kiel. Nur 400 Leute besuchten die DGB-Kundgebung (1976: 1.000). Neben einem kleinem Häufchen DKP'ler und DGB-Funktionären waren im wesentlichen ausschließlich Linke. Nach der Kundgebung führte der KBW noch eine Demo mit 150 Anhängern durch (1976: 450), während die „KPD/ML" abseits vom „Regierungs-Mai" mit 250 Mitgliedern aus ganz Schleswig-Holstein demonstrierte (1976: 350). Der KB veranstaltete in Aktionseinheit mit Frauen- und Anti-AKW-Gruppen eine Mai-Veranstaltung mit 300 Teilnehmern (1976: 130).

Lübeck. 350 Leute folgten der DGB-Demo (1976: 400 auf der DGB-Jugend-Demo), darunter ein oppositioneller Block einer vom KB initiierter Aktionseinheit mit Spontis, Frauenzentrum (FZ) und Lübecker BUU-Gruppe. Der linke Block war mit 160 Leuten angesichts von vier Mai-Mobilisierungs-Veranstaltungen nur schwach besucht: Kurz vorm 1. Mai gab es eine Mai-Veranstaltung einer Krankenhaus-Gruppe mit 30, eine Metaller-Veranstaltung (Kollegen-Gruppe Dräger) ebenfalls mit 30, und schließlich die Hauptveranstaltung der Mai-Aktionseinheit mit 500 Teilnehmern.

Flensburg. Erstmals seit vielen Jahren gab es in Flensburg wieder eine DGB-Kundgebung. Der DGB sah sich dazu durch die von Jahr zu Jahr stärker werdenden, vom KB initiierten Mai-Demos veranlaßt, um „den Linken nicht die Straße zu überlassen." Es kamen insgesamt 1.000 Leute zur somit bestbesuchtesten DGB-Veranstaltung in Schleswig-Holstein in diesem Jahr. Der KB hat auch dieses Jahr wiederum eine linke Aktionseinheit zusammen mit Frauen-, Internationalismus- und Schüler-Gruppen, Bürgerinitiativen etc. aus Flensburg und Umgebung gebildet. Die Flensburger Aktionseinheit wurde auch von den KB-Sympathisantengruppen und -kollektiven aus Kappeln, Leck, Viöl, Husum, Sörup/Satrup, Niebüll, Sylt, Süderlygum und Süderbrarup unterstützt, wenn auch diese „regionale" Mobilisierung erheblich hinter ihren Möglichkeiten zurückblieb. Die AE demonstrierte geschlossen zur DGB-Kundgebung und nach dieser zur eigenen Kundgebung. Hieran nahmen 530 Leute teil (1976: 330).

Elmshorn. 160 Leute beteiligten sich an einer linken Mai-Demo, nachdem vom DGB keinerlei Mai-Aktivitäten zu erwarten waren. Initiiert von den KB-Ortsgruppen Elmshorn, Pinneberg und Quickborn bildete sich eine Aktionseinheit, an der Bürgerinitiativen, Jugendzentren, eine Frauengruppe und eine Schülerzeitung aus diesem Raum teilnahmen und die gemeinsam Demo und Kundgebung trugen. KBW'ler dieser Gegend haben aktiv gegen diese Demo gehetzt („gewerkschaftsfeindlich", „KB-Laden") und zur DGB-Kundgebung nach Neumünster aufgerufen.

Neumünster. 350- 400 Teilnehmer hatte diese DGB-Demo, darunter einige oppositionelle Blöcke: Die etwa 20 KBW-Anhänger waren besonderes Aggressionsobjekt der DGB-Ordner und schließlich herbeigerufener Bullen, die dann drei uniformierte Soldaten aus dem KBW-Block heraus verhafteten. Ein Block junger Lehrer demonstrierte gegen die Berufsverbote und etwa 25 AKW-Gegner demonstrierten für die Ziele der BUU.

Neben diesen Mai-Aktivitäten gab es noch eine Reihe kleinerer Veranstaltungen, die entweder von örtlichen KB-Gruppen, oder Jugendzentren und Bürgerinitiativen, in denen KB-Sympathisanten mitarbeiten, veranstaltet wurden. So z.B. Mai-Veranstaltungen des KB in Mölln (35 Teilnehmer) und Eutin (60 Teilnehmer), des Jugendzentrums in Niebüll (mit 35 Teilnehmern) oder der Bürgerinitiative in Neustadt (mit 30 - 40 Teilnehmern) etc.

Insgesamt haben etwa 1.600 bis 1.700 Leute aus Schleswig-Holstein an Mai-Veranstaltungen des KB bzw. an Aktionseinheiten, die von uns mitgetragen wurden, teilgenommen. Das sind gegenüber 750 bis 800 Leuten im letzten Jahr etwas mehr als doppelt soviele. Dennoch sind – mit Ausnahme der Demos in Flensburg und Elmshorn, sowie der zentralen Veranstaltung in Lübeck – unsere Mobilisierungsmöglichkeiten in diesem Bundesland keineswegs erreicht worden. Von einem Mobilisierungserfolg können wir nur begrenzt sprechen.

Niedersachsen

Hannover. Der übliche Sternmarsch zum Klagesmarkt, auf dem dann traditionell die DGB-Kundgebung stattfindet, kam dieses Jahr leicht aus dem Gleichgewicht:

Der KB hatte frühzeitig einen einheitlichen Anti-AKW-Block zum 1. Mai propagiert und entsprechende Beschlüsse konnten auch auf dem Plenum der BI's gefaßt werden. Die AKW-Gegner Hannovers wollten sich mehrheitlich der ÖTV/GEW-Demo anschließen. Als die ÖTV-Führer beim Treffpunkt das immer zahlreichere Erscheinen von Linken unter den bekannten Anti-AKW-Parolen registrieren mußten, bliesen sie zum vorzeitigen Abmarsch und verschwanden mit 100-150 Getreuen (und Lautsprechern etc.) Richtung Klagesmarkt. Unter den „alleingelassenen" Linken herrschte vorübergehend ein etwas kopfloses Durcheinander. Man wartete ab. Schließlich konnten die Genossen beherzt die Spitze eines Demozuges bilden und es formte sich dann eine 1.000-köpfige oppositionelle Demo, vorweg der Anti-AKW-Block mit etwa 700 Teilnehmern, dann der „Partei-Block" der „KPD" (6 Reihen), danach ein Block der GEW.

Als die oppositionelle Demo auf dem Klagesmarkt eintraf, war die DGB-Kundgebung vor etwa 1.500 Zuhörern schon im Gange. Im Demo-Zug der IGM war es zuvor gegen einen kleinen oppositionellen Block aus AKW-Gegnern und klassenkämpferischen türkischen Kollegen zu massiven Übergriffen durch DGB-„Ordner" und IGM-Führer gekommen, linke Transparente wurden heruntergerissen.

Nach der Kundgebung gab es leider keinen einheitlichen Abmarsch (noch Kundgebung) der Hannoveraner Linken. Eine Sponti-Strömung der BI wollte ein eigenes Fest („gemütliches Beisammensein ohne Politik") im Anschluß an die DGB-Kundgebung veranstalten und marschierten mit 130 Leuten zum JZ Kornstraße. Die in Hannover recht stark vertretenen Falken bestanden auf Durchführung ihres traditionellen Ausländer-Festes, daß schließlich von KB, SB, GIM und anderen Gruppen unterstützt wurde. Man zog in einer 750-köpfigen Demo – dabei sehr viele Ausländer-Gruppen – zum JZ Lister Turm.

Die „KPD" führte mit 100-120 Anhängern aus Niedersachsen, darunter recht viele Ausländer, ihre eigene Anschluß-Demo durch. Am 29. 4. führte der KBW seine zentrale Veranstaltung mit einem „ZK"-Sprecher durch, zu der regional mobilisiert wurde. Es kamen 250 Leute aus einem Dutzend niedersächsischer Städte. Das Hannoveraner Mai-Fest des KBW wurde von 150 Leuten besucht, das des KAB„D" von 100-120 (1976: 50).

Hildesheim. Die DGB-Kundgebung fand mit 900 Teilnehmern in einem Zelt statt (1976: 400). Eine oppositionelle Demo, zu der die BI und KB aufriefen und der sich der KBW anschloß, führte mit etwa 150 Teilnehmern zum Zelt. – Ein Mai-Fest, das vom KB initiiert und mit 320 Teilnehmern ausgezeichnet besucht war, wurde aktiv von der „Hilderheimer Initiativ-Zeitung", dem SB, einigen Frauengruppen und der BI mitgetragen. Der Gedanke einer solidarischen Zusammenarbeit der Hildesheimer Linken ist gestärkt worden.

Braunschweig. Zur DGB-Kundgebung kamen gut 3.000 Leute, etwa ebensoviele wie letztes Jahr. – Der KB baute eine Aktionseinheit („Mai-Initiative") auf, an der – nach einigem Hin und Her – schließlich neben dem KB noch eine Basis-Gruppe (Fachhochschule), eine Sponti- Gruppe („Guter Morgen") und die Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden teilnahmen. Die Mai-AE organisierte eine kleine Demo zur DGB-Kundgebung mit 60-70 Leuten, um dort gemeinsam – gegen z.T. brutale Schläger-Einsätze der DGB-Ordner – die Parolen der Anti-AKW-Bewegung zur Geltung zu bringen, was denn auch recht gut gelang. – Eine Mai-Veranstaltung derselben Organisatoren wurde von weiteren linken Hildesheimer Basis-Gruppierungen unterstützt und war mit über 250 Teilnehmern gut besucht.

Wolfsburg. An der DGB-Demo und -Kundgebung nahmen 800-900 Leute teil (1976: 4.000), darunter einige oppositionelle Blöcke: etwa 50 AKW-Gegner (KB u.a.), 20 beim KBW und mehrere Ausländer-Gruppen (v.a. Italiener).

Eine gemeinsame Mai-Veranstaltung (110 Teilnehmer) wurde von KB, SB, AK gegen Atomenergie und FG Wolfsburg durchgeführt.

Salzgitter. Dieses Jahr kamen nur 200 Leute zur DGB-Demo (1976: 800). Das Mai-Fest der IGM-Jugend wurde von 100-150 Jugendlichen besucht; es kam hier zu tätlichen Angriffen von Jusos und SDAJ'lern auf die AKW-Gegner.

Göttingen. 3.000 Leute – 1.000 mehr als letztes Jahr – demonstrierten beim DGB. Wie üblich, waren die gewerkschafts-offiziellen Positionen (SPD und DKP) weitgehend isoliert. Die Linken beherrschten den ganzen Zug. – Leider ist es wiederum nicht zu einer offiziellen Mai-AE der Linken gekommen, was dem Opportunismus der örtlichen SB und GIM-Gruppen ebenso geschuldet ist, wie auch der weitgehenden Untätigkeit der KB-Ortsgruppe in dieser Sache.

SB und GIM unterstützten den GEW-Block (500 Beteiligte). Der gleichstarke Anti-AKW-Block wurde z.T. vom KB mitgetragen, ebenso der 50-köpfige Frauenblock. – Nach der Demo gab es die üblichen Schlußkundgebungen des KBW und KB mit je 300 Teilnehmern. – Nachmittags veranstalteten die Göttinger Linken (außer KBW) ein Straßenfest, mit „laufender" Beteiligung und abends organisierte der AStA (der wesentlich von den KB-Studenten mitgetragen wird) eine Mai-Veranstaltung mit 500 Leuten.

Osnabrück. Der DGB machte nichts, der KBW führte eine „AE-Demo" mit 150 Leuten durch, bei der einige Anhänger der örtlichen BI samt ihren Fahnen und Transparenten aus dem Zug geprügelt wurden.

Eine Mai-Aktionseinheit aus Internationalismus-Gruppen (Chile und Afrika), dem Frauenzentrum, der BI, SZ (SB), Basisgruppe ESG, CISNU und KB führten eine erfolgreiche Veranstaltung mit 600 Teilnehmern durch.

Stade. Auch hier verzichtete der DGB auf alle Aktivitäten. Die Ortsgruppen des KB aus Stade, Cuxhaven,

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Bremervörde und Buxtehude bildeten mit örtlichen BI's und Frauengruppen eine AE und führten eine, leider nur schlecht besuchte Demo mit 100 Leuten in Stade durch. Als ausgesprochen gelungen kann dagegen die Mai-Veranstaltung der AE am Nachmittag mit 250 Teilnehmern bewertet werden.

Bad Pyrmont. Hier führte die KB-Gruppe in Aktionseinheit mit örtlichen Kräften eine kleine Mai-Veranstaltung mit ca. 40 Teilnehmern durch.

Lüneburg. Zur DGB-Kundgebung kamen 350 Leute (1976: 800), in dem von der KB-Ortsgruppe propagierten oppositionellen Block waren etwa 100. Im Anschluß an die DGB-Kundgebung führten wir eine kleine Demo zur eigenen Abschlußkundgebung durch. Hieran nahmen 200 Leute teil, ein für Lüneburger Verhältnisse toller Erfolg. Vom KBW war dieses Jahr nichts mehr zu sehen, während er noch im letzten Jahr eine eigene Abschlußkundgebung mit fast 80 Leuten abhielt.

Am Nachmittag führte der KB in Aktionseinheit mit örtlichen Frauen- und Anti-AKW-Gruppen eine Mai-Veranstaltung durch, zu der auch eine Gruppe aus Visselhövede und Walsrode eintraf. Etwa 250 Leute nahmen daran teil.

Hann.Münden. An der DGB-Kundgebung nahmen etwa 300 Leute teil, wobei von Ordnern ein KBW-Transparent brutal rausgeprügelt wurde. – Die örtliche BI trat mit Unterstützung der KB-Sympathisanten auf der Kundgebung mit eigenem Transparent auf und veranstaltete am Nachmittag eine kleine Veranstaltung mit 30 Teilnehmern.

In einer ganzen Reihe kleinerer Ortschaften Niedersachsens gab es noch Mai-Veranstaltungen, kleine Feste, Diskussionsrunden etc., die von örtlichen Kräften unserer Organisation unterstützt wurden. Insgesamt haben dieses Jahr über 3.000 Menschen aus Niedersachsen an Mai-Aktivitäten unserer Organisation, bzw. solchen Veranstaltungen, die von uns mitgetragen wurden, teilgenommen. Dies bedeutet eine Vervierfachung gegenüber dem letzten Jahr (700). Kritisch allerdings muß vermerkt werden, daß gerade unsere größeren Ortsgruppen (v.a. Hannover und Göttingen) wenig Phantasie und Energie beim Umsetzen unserer politischen Leitlinien zum 1. Mai bewiesen haben. Beiden Gruppen gelang es z.B. nicht – bzw. haben erst gar keine Anstrengungen in diese Richtung unternommen – örtliche Aktionseinheiten auf gleichberechtigter Basis
ternommen – örtliche Aktionseinheiten auf gleichberechtigter Basis
der Beteiligten aufzubauen.

Hessen

Frankfurt. Zur größten Mai-Demo in Hessen rief der DGB in Frankfurt auf. Es kamen etwa 8 - 10.000 (1976: 15.000).

Wie schon in den Vorjahren, war nicht der DGB, sondern zahlreiche linke Initiativen aus diversen sozialen Bereichen der Hauptmobilisator zur Demo. Diese Kräfte bestimmten dann auch das Bild von Demo und Kundgebung (ohne freilich auf die DGB-Reden irgendeinen Einfluß zu haben). Wie bisher, ist es auch in diesem Jahr wieder nicht möglich gewesen, die unterschiedlichen linken Initiativen zu einem einheitlichen und geschlossenem Auftreten zu bringen.

Ein kleiner Lichtblick war dabei eine linke Aktionseinheit, die von KB, einigen kleineren örtlichen trotzkistischen Gruppen (Spartacusbund, SAG, GAD und „Freitagsgruppe"), revolutionären Ausländergruppen, sowie dem Vorstand des Stadtschülerrats gebildet wurde. Am Block dieser AE, sowie deren abschließender Demo und Kundgebung beteiligten sich 500 Leute. Am Block von KBW & Co. beteiligten sich 400 Menschen. Stark vertreten waren die „Kita"-Eltern („Kita" = Kindertagesheim), sowie die AKW-Gegner.

Auf dem Römerberg (Abschlußkundgebung des DGB) überfiel eine Bullenhorde mit Knüppeln und „chemischer Keule" die Demonstranten. Es gab zahlreiche Verletzte; ein von Bullen-Knüppeln schwerverletzter DGB-Ordner mußte für mehrere Tage ins Krankenhaus; der DGB distanzierte sich (unter dem Druck der protestierenden Menge) von dieser Polizei-Provokation; die Bullen wurden schließlich vom tatkräftigen und gemeinsamen Vorgehen vieler Demonstranten zurückgeschlagen.

Zur Mai-Veranstaltung der AE (KB etc.) erschienen etwa 700 Personen, zur regionalen Mai-Veranstaltung des KBW (mit Schmierer als Star) kamen 3-400.

Darmstadt. Zur zweitstärksten hessischen Demo kamen 3 - 4.000 Leute (1976: 1.500), davon insgesamt etwa 700 Linke, die meisten auf dem Zug verstreut. Die Mai-Aktionseinheit bildete einen geschlossenen Block von etwa 250 Leuten, sie führte nach der DGB-Abschlußkundgebung eine kleine Demo und eigene Kundgebung durch.

Diese AE kam auf Initiative unserer Ortsgruppe zustande; außer uns beteiligten sich noch türkische und palästinensische Genossen, Basisgruppe EFH, die Stadtgruppe des SZ (SB), sowie die Frauen-AE.

Zur Veranstaltung der Mai-AE am Nachmittag kamen 600 Menschen, ein für Darmstädter Verhältnisse außerordentlicher Erfolg. Es gab Lieder, politisches Theater, sowie Reden des KB und der Türken und palästinenser (Ablehnungsfront).

Mehrere Mai-Veranstaltungen fanden am 30.4. statt, die alle erheblich kleiner als die der Mai-AE waren: „KPD/ML" – 50, DKP – 200, Jusos – 60, KBW – 100. Das Mai-Fest des KBW hatte 100-150 Besucher.

Marburg. Die traditionell von DGB und AStA (MSB/SHB – DKP-Sympathisanten) durchgeführte Mai-Kundgebung wurde von 800 Leuten besucht (1976: 1.200). Die von uns unterstützte BI machte einen Agitationsstand.

Wetzlar. Hier fand wiederum die zentrale Mittelhessen-Demo statt. Es kamen 3.000 Leute (1976: 2.500), davon etwa 1.000 Linke. Der KBW demonstrierte unter Parolen zur „Einheitsschule". AKW-Gegner bildeten einen 50-köpfigen Block, der durch KB-Sympathisanten aus Butzbach und Gießen unterstützt wurde. In Gießen selbst waren auf einer schlecht besuchten DGB-Kundgebung Büchertische des KBW und KB (zu AKW-Fragen) aufgestellt.

Kassel. An der DGB-Demo nahmen 2.000 Personen teil, das sind 1.000 weniger als 1976. Die KB-Ortsgruppe führte eine Kundgebung mit 140 Leuten durch. Die Kasseler AKW-Bewegung hat diese Demo nicht genutzt, das SB verzichtete auf das Mitführen entsprechender Transparente – wegen der „gewerkschaftlichen Einheit"; eine BI rief zu einem Anti-Atom-Spaziergang anderswo auf. Auch KBW und die Ex-KAB„D"-Gruppe „verschwanden" in der „gewerkschaftlichen Einheit".

In Hessen hat der KB verschiedene kleinere Aktivitäten entfaltet (z.B. in Wetzlar, Gießen, Marburg) und eigenständig oder in Aktionseinheit mit örtlichen Gruppierungen in drei Städten Kundgebungen oder Veranstaltungen durchgeführt. Insgesamt haben sich daran 1.400 bis 1.500 Personen beteiligt. Das ist gegenüber letztem Jahr (knapp 200 Leute) eine beachtliche Steigerung.
beachtliche Steigerung.



Hamburg: Mit scharfen Hunden und Knüppeln gingen die Bullen gegen die Demonstranten vorm Haus des DGB vor, als dem Atomminister Matthöfer mehrere Farbeier um die Ohren flogen (siehe nebenstehendes Bild!)

Baden-Württemberg

Stuttgart. An der DGB-Demo beteiligten sich etwa 2 - 3.000 Leute, darunter stärkere Blöcke des KAB„D" und des KBW und kleinere Blöcke der Antirepressionsgruppe, des Frauenzentrums und der Hausbesetzer (letztere von den KB-Sympathisanten unterstützt).

Linke Blöcke der Ausländer bestimmten wiederum entscheidend das Bild der Demo. Auf dem Kundgebungsplatz hatten praktisch alle linken Gruppen ihre Agitationsstände aufgebaut, auch die beiden pseudo-„linken" Provokateurgruppen MLD und EAP. – Die „KPD" machte ihre eigene Demo im Anschluß an die DGB-Kundgebung mit etwa 2-300 Anhängern aus dem ganzen Bundesland.

Der KAB„D" führte traditionell wieder seine Mai-Veranstaltung durch, die mit etwa 1.000 Leuten wiederum gut besucht war. Kleinere Mai-Veranstaltungen machten auch der KBW und die Falken.

Pforzheim. Die Kundgebung des DGB war mit 150-200 Teilnehmern wiederum schlecht besucht. Der Charakter dieser Kundgebung erinnerte fatal an Veranstaltungen der DAF im „Dritten Reich". Brutale Überfälle von „Ordnern" des DGB und Bullen waren das alles beherrschende Bild. Zusammengeprügelt wurde alles, was nicht direkte Regierungs-Propaganda war. Außer der SPD durfte niemand Flugblätter verteilen. Das Verbot dazu erhielt sogar die DKP. Jede Formierung der Linken auf dem Platz wurde schon im Ansatz auseinandergeschlagen, einige wurden verhaftet. – Auch die Vorbereitungen zum 1. Mai seitens der Linken wurden durch massiven Druck auf einzelne Jugendzentren, auf die DGB-Jugend, die Jusos und Judos etc.pp. praktisch unterbunden. Der geplante Raum z.B. für unsere beabsichtigte Mai-Veranstaltung wurde uns kurz vorher wieder entzogen. Zu einer von uns improvisierten Diskussionsrunde um die Vorfälle am 1. Mai in Pforzheim kamen etwa 30 Leute, z.T. als Repräsentanten verschiedener linker Gruppen. Sie wollen jetzt eine gemeinsame Dokumentation dazu herausbringen.

***

Karlsruhe. Auf der DGB-Demo waren 1.500-2.000 Leute, darunter einige starke KBW-Blöcke; im KAB„D"-Block demonstrierten etwa 50, in den von uns unterstützten, bzw. mitgetragenen Frauenblock und JZ-Block („Werkstatt") zusammen etwa 60 Leute. Die DGB-Kundgebung (3-4.000 Leute) ging nach den Reden in ein Volksfest über, das bis abends lief. Die DGB-Führer waren im Gegensatz zu ihren Pforzheimer Kollegen recht liberal und duldeten Info-Stände aller linken Gruppen auf dem Fest. – Zum Mai-Fest des JZ „Werkstatt", das auch von uns unterstützt wurde, erschienen 100 Jugendliche.

***

Heidelberg. Wie üblich führte der DGB hier seine Saal-Veranstaltung mit etwa 400 Getreuen durch. Der KBW hat in dieser, seiner Hochburg, wieder zur Demo aufgerufen. Ihm folgten 700 Leute (1976: 1.500). Die in Heidelberg stark vertretenen „Sponti"-Strömungen haben sich diesmal darauf beschränkt, ein Fest mit 1.500 Leuten zu veranstalten, das zudem noch recht unpolitisch war. Unsere Sympathisanten haben
war. Unsere Sympathisanten haben
am Fest teilgenommen, unsere Presse verkauft und mit den Leuten zu diskutieren versucht. Es sind starke resignative und entpolitisierende Tendenzen unter den „Spontis" nicht zu übersehen.

***

Tübingen. An der DGB-Demo nahmen 500 Leute teil (Kundgebung 1.000), die meisten von ihnen waren Linke; etwa 250 Leute demonstrierten im KAB„D"-Block, kleinere Trupps bildeten die DKP, die „KPD", die GIM, das SZ (SB).

***

Freiburg. Der DGB feierte wie üblich im Saal, der KBW rief zur Demo auf. Es kamen insgesamt etwa 650 Leute, davon demonstrierten 500 im Block des KBW, 70 im Block der Mai-AE (KB, GIM, MIR, Ost-Timor-Komitee). Diesem Block folgten kleinere Blöcke der AKW-Gegner (30), ÖTV-Opposition (30) und JZ (20).

Der eigenen Abschlußkundgebung der AE folgten 150 Leute. Sowohl hier, als auch beim KBW, konnte je ein Vertreter der AKW-Gegner sprechen. Die Freiburger „Spontis" (FAUST) hatten alle Aktivitäten zum 1. Mai abgesetzt. Die GIM hat – obwohl wieder vom KBW verprügelt – nachträglich wohl bedauert, an der AE und speziell der eigenen Kundgebung teilgenommen zu haben.

Der allgemeine Rückgang bei der Beteiligung an DGB-Veranstaltungen hat sich auch in diesem Bundesland stark bemerkbar gemacht. Die Position der Linken sind – im Gegensatz zu anderen Regionen – nicht stärker geworden. Die Dominanz von KAB„D" und KBW sind geblieben, wenn auch der letztere im Vergleich zum Vorjahr viel Federn lassen mußte. Resignation und Entpolitisierung ist die Haupttendenz unter den „Spontis", v.a. in den Uni-Städten Heidelberg, Tübingen und Freiburg. Die KB-Sympathisanten-Gruppen sind noch immer zu schwach, um dieser Entwicklung Nennenswertes entgegenzustellen. In mehreren Städten versuchten die KB-Sympathisanten unter Einbeziehung der örtlichen Linken Aktionseinheiten herzustellen, es gelang aber – mit Ausnahme des beschriebenen Erfolges in Freiburg – nirgendwo.

Bremen, Hamburg, Westberlin

Bremerhaven. Der DGB hatte zum Hafenkonzert geladen. Knapp 300 kamen. – Der KB hatte zusammen mit zwei Anti-AKW-Gruppen und einer Frauengruppe eine Mai-AE gebildet. Die Demo der AE mit gerade 100 Leuten war allerdings ein Schlag ins Wasser. Man blieb in den eigenen Reihen (wenn überhaupt). Auch die Veranstaltung der AE mit etwa 200 Teilnehmern ist für Bremerhavener Verhältnisse ein kleiner Lichtblick gewesen.



Bremen-Nord. Zur DGB-Demo erschienen fast doppelt so viele wie letztes Jahr: 2.000 Leute, hauptsächlich Arbeiter vom Vulkan. Der fortschrittliche BR-Vorsitzende vom Vulkan (Bettelhäuser) stellte sich in seiner Rede als offizieller DGB-Redner auf die Seite der AKW-Gegner!

***

Bremen. Auch hier demonstrierten doppelt so viele wie letztes Jahr, etwa 8.000. Der KB bildete zusammen mit örtlichen Frauen- und Anti-AKW-Gruppen, sowie der kleinen trotzkistischen Gruppe Spartacusbund eine Mai-AE. Im Block der AE marschierten 900-1.000 Genossen (1976: 200). Die AE organisierte anschließend eine eigene Demo und Kundgebung. – Stark an Glanz verloren hat der KBW. In seinem Block marschierten etwa 250 Leute, nicht mal 400 Leute besuchten seine Kundgebung im Anschluß an die DGB-Veranstaltung (1976: 600; 1975: 1.500). Das Mai-Fest der BBA (Bremer AKW-Gegner) war mit 2.000 Leuten ein voller Erfolg. – Die „KPD/ML" marschierte abseits vom Geschehen mit immerhin noch 100 Anhängern, die „KPD" mobilisierte nach Hamburg.

***

Hamburg. Es gab wiederum zwei DGB-Demos, die zur selben Kundgebung führten. Auf der DGB-Jugend-Demo waren maximal 10.-12.000 Leute, an der besser organisierten ÖTV/IGM-Demo beteiligten sich knapp 10.000 Menschen. Beide Demos waren stark von oppositionellen Parolen etc. geprägt. Mehr als zwei Drittel aller Demonstranten trugen die bekannten Anti-AKW-Plaketten, während man die offiziellen DGB-Mai-Plaketten kaum sah. 20.-25.000 Leute nahmen an der Kundgebung teil, die für den DGB zur Katastrophe wurde. Alle Reden wurden immer wieder von massiven Sprechchören unterbrochen. Die Rede von Atom-Minister Matthöfer (Star der Veranstaltung) ging in einem nie gehörten Lärm-Orkan und im Hagel der Farbbeutel unter. Sie mußte abgebrochen werden.

Mehr als 7.000 Menschen folgten nach der Kundgebung dem Aufruf der Hamburger Aktionseinheit zur eigenständigen Demo und Kundgebung (1976: knapp 6.000). Diese AE – bereits traditioneller Bestandteil der Hamburger Linken – wurde wiederum vom KB initiiert. An ihr nahmen schließlich über 150 Betriebs-, Gewerkschafts-, Frauen-, Jugend-, Schülergruppen, Bürgerinitiativen (BUU) und Ausländerorganisationen teil.Leider waren auch dieses Jahr außer dem KB keine anderen politischen Organisationen mit von der Partie (KBW und „KPD" waren unerwünscht, SB und GIM lehnten ab).

Als Erfolg, der auch die positivsten Erwartungen noch übertraf, muß das Mai-Fest der AE eingeschätzt werden: Trotz relativ hoher Eintrittspreise (5 DM) kamen 12.-13.000 Leute in die z.T. hoffnungslos überfüllten vier Messehallen, Konferenzräume etc. (1976: 5.000). Der finanzielle Überschuß von über 20.000 DM konnte dem Kinderhaus Heinrichstraße übergeben werden, das der Hamburger Senat finanziell austrocknen und kaputtmachen will.

Der KBW veranstaltete nach der DGB-Kundgebung seine eigene Ansprache an die Volksmassen. 100 Anhänger hörten ihm dabei auch dieses Jahr wieder zu. Die „KPD" demonstrierte mit 150 - 200 Anhängern aus Norddeutschland unter ihren bekannten vaterländischen Ladenhütern.

Während eine kleine Gruppe Hamburger Anarchisten sich der AE-Demo anschloß, verweigerte sich eine etwa 200 Leute starke Gruppe von Super-„Spontis", die seit geraumer Zeit in der Hamburger „Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe – BUU" herumlärmt und sich „nicht vor den Karren des KB spannen lassen will". Mit dieser Gruppierung, die auf dem Delegierten-Plenum der Hamburger BUU stark überrepräsentiert ist, gab es zuvor scharfe Auseinandersetzungen um eine Beteiligung der BUU an den Mai-Aktivitäten der AE. Die BUU entschied sich mit großer Mehrheit für eine Beteiligung an der AE.

***

Westberlin. Aus Angst vor der starken westberliner Linken haben sich die DGB-Führer auch dieses Jahr wieder in ihren Festsaal verkrochen (bei geladenen und kontrollierten Gästen). Die fehlende Massenwirkung haben sie dann wieder durch Übertragungen in Rundfunk und Fernsehen wettzumachen versucht. Das klappte dieses Jahr nicht so gut, weil die von ihnen engagierte fortschrittliche Politrock-Gruppe „Schmetterlinge" aus Wien im Rahmen ihres Auftritts für die am nächsten Tag stattfindende Demo der GEW und Mai-Initiative („Gewerkschaftsfeine" lt. DGB-Führung) aufrief. Übers regionale Fernsehen, versteht sich.

Insgesamt demonstrierten in Westberlin am 1. Mai etwa 35.-40.000 Menschen (1976: 20.-25.000), also mehr als in jeder westdeutschen Großstadt, die offiziellen DGB-Veranstaltungen einbezogen. Die stärkste von drei Demonstrationen war die der Westberliner GEW (die gerade aus dem DGB ausgeschlossen wurde) und der Mai-Initiative. Hieran beteiligten sich etwa 25.000 Menschen. Bei der SEW-Demo liefen etwa 10.000 Leute mit, etwas weniger als im letzten Jahr. Zur kurzfristig angesagten Demo der IG Chemie kamen etwa 3-4.000 Menschen. Diese Demo

Fortsetzung auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

war aus Anlaß der drohenden Schliessung der „Spinne" (Spinnstoff-Fabrik) angesetzt worden, mit dem nicht zu übersehenden Hintergedanken einer Spaltung der linken Demo an dieser Frage. Zur „Spinne"-Demo riefen aber nur die organisierten Reformisten auf, nämlich SPD, KBW und Jusos.

Die GEW-Demo war so gegliedert, daß nach der GEW einzelne Gewerkschaftsblöcke gebildet wurden, in die sich die demonstrationswilligen Mitglieder der Einzelgewerkschaften einreihen konnten. Besonders groß war hier der Block der ÖTV.

Den Schluß bildete der Block der Mai-Initiative mit 7.000 Demonstranten, dabei ein Frauenblock von knapp 1.500. Die Mai-Initiative mit ist eine Aktionseinheit von KB, GIM, Spartacusbund sowie vielen Einzelinitiativen aus verschiedenen sozialen Bereichen (Betriebe, Gewerkschaften, Schulen), AKW-Gegner, Bürgerinitiativen, Frauengruppen, internationalistische Komitees, Sponti-Gruppen und Komitees gegen die Repression auf verschiedenen Gebieten.Außer den drei Erstgenannten nahmen keine politischen Organisationen an dem Bündnis teil, die „KPD" wollte ganz gern, war aber unerwünscht, der KBW hetzte gegen die Mai-AE und zur GIM muß leider gesagt werden, daß sie mehr Belastung war als Partner: Die GIM versuchte mit Krampf die Vaterlandsverteidiger ins Bündnis zu ziehen (um es so zu sprengen), sabotierte dann weitgehend die Mobilisierung und hatte sich schließlich auch nicht am Mai-Block der AE beteiligt, sondern sich zusammen mit anderen Trotzkisten (TLD) abgesondert. Den großartigen Erfolg dieses 7.000 Leute starken Blocks (1976: unter 1.000) konnte die GIM trotzdem nicht schmälern.

Die Mai-Veranstaltung der AE war ebenfalls mit 4.000 Teilnehmern ein guter Erfolg.

Die „KPD" hat nach der Kundgebung noch mit 800, allerhöchstens 1.000 Anhängern ihre eigene Demo durchgeführt; sie selbst sprach später von 2.400 Demonstranten, was aber ein Witz ist.

Insgesamt muß der Mobilisierungs-Erfolg unserer Ortsgruppen in den westdeutschen Stadtstaaten – mit Ausnahme von Bremerhaven – als außerordentlich eingeschätzt werden. Er hat unsere Erwartungen z.T. erheblich übertroffen.

Nordrhein-Westfahlen

Nordrhein-Westfahlen

Münster. Zur DGB-Demo kamen 700 bis 800 Leute, fast ausschließlich Linke. Unser Bemühen um eine breite AE der Linken scheiterte; Spontis, GIM und SB-nahe Gruppe lehnten mit der Begründung ab, daß am 1. Mai nur (ökonomische) „Arbeiterforderungen" erhoben werden dürften, was wir nicht akzeptieren. Der am Ort einflußreiche AK Umwelt (AKW-Gegner) lehnte wegen Berührungsängsten mit dem KB ab, er verzichtete sogar auf das Mittragen von Anti-AKW-Parolen. So kam schließlich nur ein kleines Bündnis zwischen KB, CISNU und der Gruppen Frauenpolitik zustande. Außer Beteiligung an der Demo organisierte die AE noch eine Veranstaltung, die mit 100 Leuten mäßig besucht war.

Bielefeld. Zur DGB-Demo kamen 2—3.000 Leute (1976: 6.000, 1975: 25.000). Während der Hauptrede (des ex-DGB-Chefs Rosenberg) zog der linke Block (Mai-AE) geschlossen mit 700 bis 800 Teilnehmern zur eigenen Kundgebung ab. Auf ihr sprechen nacheinander ein Vertreter des KB, ein Vertreter der AKW-Gegner, eine Vertreterin der Frauen und ein Vertreter von „AKAFRIK" (Aktionskomitee Afrika). Diese Gruppen hatte zuvor mit weiteren örtlichen Initiativen eine Aktionseinheit zum 1. Mai hergestellt und gemeinsam mobilisiert. Heftig dagegen hat das SB geschossen. Ihm gelang es dann leider, die Basisgruppen an der Uni wieder aus der AE herauszubrechen.

Nach der Kundgebung organisierte die AE ein Straßenfest, was „durchlaufend" von vielen Hundert Menschen besucht wurde. — Negativ muß angemerkt werden, daß diese erfolgreiche Mobilisierung und die Initiative zur Bildung einer Mai-AE gegen den tendenziellen Widerstand unserer Ortsgruppe von der Leitung des KB durchgesetzt werden mußte. Unsere Bielefelder Genossen schätzten die Möglichkeiten beim Aufbau einer AE anfangs sehr negativ ein.

Extertal. Das dortige Jugendzentrum organisierte eine Mai-Veranstaltung zusammen mit der „Bad Pyrmonter Mädchengruppe" und der „Theatergruppe des KB Göttingen". Die Veranstaltung hatte etwa 100 Teilnehmer und brachte während der Frauen- und AKW-Diskussion die ebenfalls anwesenden Vertreter von DKP, SDAJ und Jusos leicht ins Schleudern.

Hamm. Der DGB veranstaltete ein Straßenfest mit 100 Leuten. Eine kleine AE örtlicher linker Initiativen, in denen unsere Genossen arbeiten, organisierte eine Mai-Veranstaltung mit knapp 100 Leuten.

Wuppertal. Auf einer DGB-Demo waren 500 bis 600 Leute (1976: 2.000), ein oppositioneller Block (AE) umfaßte 50 Leute und der KBW war mit zehn Anhängern vertreten. DGB-Parolen beherrschten das Bild.

Dortmund. Bei schwacher Vertretung der Linken, kamen 4.000 zur DGB-Demo, knapp doppelt soviele wie letztes Jahr. Nachmittags fand ein DGB-Jugendtreff mit Festcharakter statt, das von fast 10.000 Menschen besucht wurde. Dazu mobilisierten alle Gruppen der Linken und der Reformisten (Jusos, DGB-Jugend, Naturfreunde, Falken). DKP/SDAJ waren recht stark vertreten.

Hagen. 500 kamen zur DGB-Demo, halbsoviele wie 1976, davon 100 im oppositionellen Block („Volksblatt", Frauengruppe, AKW-Gegner). Zur Mai-Veranstaltung der linken Frauengruppen kamen 80 Frauen. — 1.000 bis 1.500 Leute kamen zum Volksfest des DGB.

Essen. Zur DGB-Demo kamen 1.000 bis 1.500 Leute, 2.000 waren es auf der Abschluß-Kundgebung, davon 150 Leute im oppositionellen Block, der gemeinsam von den Gruppen im Spanischen Zentrum, den FZ, der Anti-AKW-Gruppe und dem KB getragen wurde. Das Mai-Fest desselben Kreises wurde von 400 bis 500 Leuten besucht.

Duisburg. An beiden DGB-Demos nahmen zusammen etwa 2.500 bis 3.000 Leute teil, halbsoviel wie letztes Jahr, ein kleiner oppositioneller Block wurde von fortschrittlichen Türken, den Falken, AKW-Gegnern, KB und einigen KAB„D"lern getragen.

Düsseldorf. Der DGB verzichtete auf eine Demo und rief bloß zur Kundgebung auf. Darauf haben die „Falken" eine reformistische AE initiiert, die schnell von der DKP dominiert wurde,
bung auf. Darauf haben die „Falken" eine reformistische AE initiiert, die schnell von der DKP dominiert wurde,
was die AE-Plattform belegte. Außer „Falken" und DKP waren noch SHB und Jusos von der Partie. Die Demo der AE führte mit etwa 1.500 Leuten zur DGB-Kundgebung (insges. 2.000). Auf der Demo bildete sich ein linker Oppositions-Block mit immerhin 200 Teilnehmern aus Sponti- und Frauengruppen, der GIM, KB-Sympathisanten und anderen Initiativen.

Bochum. Neben zwei kleineren DGB-Demos (je 150) waren auf der traditionellen DGB-Demo 1.500 bis 2.000 Leute, etwas mehr als im letzten Jahr. Die oppositionellen Blöcke marschierten am Schluß: KBW (50), KB (50), Uni-Spontis (30—40), danach die AE der „ML"er, nämlich: „KPD" (unter 20), KGB/E (25), GIM (unter zehn) AG Ges. (30—40). — Star-Redner war Willy Brandt. — Auf der Kundgebung der „ML"er waren 200 Leute, auf der Mai-Veranstaltung des KB (in Aktionseinheit mit MIR und CISNU) waren es 250. — Die KB Ortsgruppe machte den Fehler, viel zu viel Zeit und Energie bei Versuchen zu verschwenden, mit einem Teil der „ML"-Gruppen an einer AE (wie im letzten Jahr) zu basteln. Erst kurz vorm 1. Mai wurde dieser Fehler in einer öffentlichen und selbstkritischen Stellungnahme korrigiert. Für den Versuch des Aufbaus einer breiteren Mai-AE war dann aber keine Zeit mehr vorhanden.

Köln. Hier fand die „zentrale" DGB-Veranstaltung für 1977 statt. Demo und Kundgebung wurde aber gerade von 3.500 Leuten besucht, davon noch etwa 1.000 Linke, obgleich Kanzler Schmidt und DGB-Boß Vetter als Stars groß angekündigt waren. Die Reden Schmidts und Vetters gingen immer wieder in den Protest-Chören der Linken unter.

Stärkste Fraktion der Linken war die „KPD", die dazu regional mobilisierte (etwa 300 bis 400). Der KBW war mit etwa 150 bis 200 Anhängern in mehreren kleinen Trupps vertreten und mit jeweils 100 bis 150 Teilnehmern traten ein Frauenblock und ein Block von AKW-Gegnern auf. Der KB nahm in Aktionseinheit mit CISNU, Arbeiter- und Studentenverein der Türkei, ÄSU (Äthiopier) und GIM ebenfalls an der der Demo teil, wenn auch mit geringer Wirkung.

Daneben fanden zahlreiche kleine Mai-Veranstaltungen statt, z.B. in *Aachen* eine DGB-Jugenddemo mit nur 100 Leuten (im wesentlichen die organisierten Linken), in Waltrop eine Veranstaltung der dortigen Frauengruppe mit 60 Teilnehmern, in Oberkassel ein von uns unterstütztes Mai-Fest der AKW-Gegner mit 200 Teilnehmern, eine seit vielen Jahren erste DGB-Demo in Wetter mit etwa 150 Leuten, eine von uns mit unterstützte Veranstaltung der Frauengruppe und Anti-AKW-Initiative in Mönchengladbach mit 50 Leuten usw. usf.

Insgesamt fällt auf, daß die Beteiligung an den DGB-Veranstaltungen gerade in NRW, der Hochburg der westdeutschen Arbeiterbewegung, extrem schwach besucht waren. Dies war zu erwarten und ist bei der Politik der DGB-Führer in den letzten Jahren auch nicht weiter verwunderlich; daran hat auch der Großeinsatz sozialdemokratischer Führer wie Brandt, Schmidt und Vetter nichts ändern können.

Die Positionen der Linken haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verbessert, die DKP scheint erheblich schwächer als letztes Jahr in Erscheinung getreten zu sein. Der politische Einfluß des KB hat sich gegenüber dem Vorjahr auf recht viele Städte im Ruhrgebiet ausdehnen können, die einzelnen örtlichen Gruppen und Sympathisanten-Kollektive sind aber noch sehr schwach und können noch nicht als wesentlicher politischer Faktor in Erscheinung treten. Gewachsen ist unser Einfluß vor allem im Norden dieses Bundeslandes und der Mobilisierungserfolg in Bielefeld ist dabei hervorstechendes Merkmal; demgegenüber stagnierte unser Einfluß in Bochum, unserer ältesten NRW-Ortsgruppe. An von uns mitgetragenen Mai-Veranstaltungen in NRW haben wenig mehr als 1.500 Menschen teilgenommen.

Bayern

München. Zur DGB-Kundgebung kamen etwa 10.000 Leute (1976: 15.000), nach Westberlin und Hamburg das drittbeste Mobilisierungsergebnis in der BRD. Einer vom AB (= „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD") angeführte Demo nach der Kundgebung folgten etwa 1.000 Leute,
bund für den Wiederaufbau der KPD") angeführte Demo nach der Kundgebung folgten etwa 1.000 Leute,
davon verkrümelten sich aber 600 noch bevor der AB-Sprecher seine Rede begann. Dieser Umstand hat seine Ursachen in der Vorbereitung dieser Demo durch den AB. Dieser hatte jede Form einer Aktionseinheit abgelehnt, Nicht-AB'ler hätten nicht reden dürfen (um den „gewerkschaftlichen Charakter" der AB-Kundgebung nicht zu gefährden). — Unsere Sympathisanten-Gruppe hat dagegen — ohne Erfolg — eine demokratische AE durchzusetzen versucht. Allerdings kam die Initiative unsererseits zu spät. Darüberhinaus hatten Teile der Linken (vor allem Spontis und AKW-Gegner) kein Interesse am 1. Mai und andere Gruppen — vor allem das Ausländerkomitee (Linke Ausländergruppen, GIM, SB, KB) hatte dem AB schon gewisse Zusagen gemacht und es war bisher gewissermaßen „Tradition", daß sich die Linken der stärksten Gruppe am Ort, dem AB, anschlossen. — Das Mai-Fest des AB wurde von 500 Leuten besucht, davon etwa 150 Ausländer. Die „KPD" demonstrierte mit etwa 200 Anhängern aus Bayern im Anschluß an die DGB-Kundgebung.

Nürnberg. 1.500 Menschen nahmen an der DGB-Demo teil, darunter mehrere oppositionelle Blöcke: Ein Ausländer-Block (Spanier, Türken und Kurden), der von der örtlichen AB-Gruppe unterstützt wurde; ein Block des KBW (plus Komitees) mit 50 Leuten und dann zwei Blöcke, um dessen Zustandekommen sich unsere Ortsgruppe verdient gemacht hat: ein immerhin 70-köpfiger Frauenblock und ein Anti-AKW-Block mit 200 Leuten. — Nach der Kundgebung versuchten noch einige KB-Genossen einen vorher nicht abgesprochenen gemeinsamen linken Protest-Abzug zu organisieren, was aber mit bloß 100 Leuten ins Wasser gefallen ist, weil dies von den meisten Linken überhaupt nicht bemerkt wurde.

Würzburg. Neben einer DGB-Saalfeier kam es zu einer Mai-Aktionseinheit örtlicher Initiativen (u.a. Frauen, AKW-Gegner, Anti-Repressionsgruppen), die von SB und KB unterstützt wurde. Das Mai-Fest war mit 200 Leuten gut besucht.

Erlangen. Außer einer DGB-Saalveranstaltung (auf der es zu brutalen Übergriffen gegen AKW-Gegner kam und auf der sich DGB-Sprecher wild tobend für den Bau von AKWs und für den „Radikalen-Erlaß" einsetzten) führte die DGB-Jugend ein Fest durch, auf der oppositionelle Propaganda und z.B. ein Info-Tisch der AKW-Gegner gestattet wurden.

Bamberg. Neben der DGB-Saalveranstaltung rief die DGB-Jugend zu einer Demo auf, zu der 200 Leute kamen und auf der nur ein kleiner Frauenblock mit oppositionellen Parolen auftrat. Die AKW-Gegner wurden zuvor durch wilde Drohungen eingeschüchtert, so daß sie wegblieben. — Eine von unseren Sympathisanten auf die Beine gebrachte „Mai-Initiative" hat unter der Parole „Der 1. Mai bleibt rot, nicht schwarz-rot-gold" zu einer Veranstaltung aufgerufen, die mit 60 Leuten erstaunlich gut besucht war.

Landshut. BI (AKW-Gegner) und Frauengruppe Landshut, führten eine Mai-Veranstaltung durch, die von uns unterstützt wurde und von etwa 50 Leuten besucht wurde.

In einer Reihe weiterer bayrischer Städte gab es kleinere DGB-Demos (Regensburg, Augsburg u.a.) und sonstige Veranstaltungen, sowie kleinere Treffs der Linken, vor allem des AB und des KAB„D". Alles in allem bewegen sich die Teilnehmerzahlen auf den DGB-Veranstaltungen — mit Ausnahme von München und Nürnberg — gewissermaßen am „Existenzminimum": Noch geringer geht's nicht, könnte man sagen. Unser Einfluß ist gegenüber dem Vorjahr etwas gestiegen und hat sich auf weitere Städte Bayerns ausgebreitet. Dennoch sind unsere bayrischen Gruppen und Kollektive (mit Ausnahme der Nürnberger Ortsgruppe) noch sehr schwach, was für Bayern allerdings auch für sämtliche andere Fraktionen der Linken gilt.

SPENDENLISTE

Nachstehend geben wir die seit der letzten Veröffentlichung neu eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen bekannt. Die Veröffentlichung der Spendeneingänge soll der Kontrolle durch die Spender und Empfänger dienen.

Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus sowie dem Kampf der Arbeiterklasse und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Wir bitten alle Spender, bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken; ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können. Alle Spenden werden von uns ohne jeden Abzug weitergeleitet.

Für MIR, Chile

KB/Gruppe Stade	100,—
KB/Gruppe Eutin	154,—
H.B., Hamburg	400,—
C.B., Hamburg	30,—
A.L., Eystrup	1.000,—
N.N., Westberlin	300,—
Sammlung Mai-Demonstration Hamburg	1.717,98
Hoechst-Stand, Mai-Fest, Hamburg	55,—
Sammlung AE-Demonstration, Hamburg	440,—
Nelkenverkauf Hamburg	315,—
KB/Gruppe Hannover	130,—
Hoechst-Stand, Mai-Fest, Hamburg	55,—
Sammlung AE-Demonstration, Hamburg	440,—
Nelkenverkauf Hamburg	315,—
KB/Gruppe Hannover	130,—
Frauenveranstaltung Bremen 11.3.77	340,50
KB/Gruppe Elmshorn	80,—
Summe	5.062,48
Damit erhöht sich unser gesamtes Spendenaufkommen für den MIR auf	DM 289.534,48

Für PFLP, Palästina

H.J. B., Westberlin	100,—
H.J. B., Westberlin	100,—
Getränkeverkauf Brokdorf-Veranstaltung vom KB/SSB/FHSS in Westberlin 11.2.77	180,—
KB/Gruppe Stade	100,—
Frauenfest St. Georg, Hamburg am 11.3.77	164,40
Sammlung SSB Medizin	6,50
C.B., Hamburg	30,—
F., Nürnberg	24,60
SSB Schüler, Hamburg	100,—
E.A., Hamburg	20,—
WG „Rote Sophie", Kiel	39,60
SSB Studenten, Hamburg	40,—
Wohngemeinschaft Hamburg	32,50
H.J. B., Westberlin	100,—
KB/Gruppe Oldenburg	250,—
KB/Gruppe Bremen	1.081,50
Summe	2.369,10
Damit erhöht sich das gesamte Spendenaufkommen für PFLP auf	DM 119.183,17

Für Frente Polisario, West-Sahara

R W., Westberlin	25.—
KB/Gruppe Oldenburg	250,—
WG „Rote Sophie", Kiel	30,22
N.N.	50,—
Genossin aus Eimsbüttel	100,—
Summe	455,22
Damit erhöht sich das gesamte Spendenaufkommen für Frente Polisario auf	DM 26.590,58

Für SWAPO, Namibia

R.C., Osnabrück	50,—
Damit erhöht sich das gesamte Spendenaufkommen für SWAPO auf	DM 4.739,80

Für FLNC, Zaire

E.A., Hamburg	20,—
AStA HfbK, Hamburg	72,—
Summe	92,-

Für EPLF, Eritrea

A.L., Hannover	118,—
Damit erhöht sich das gesamte Spendenaufkommen für EPLF auf	DM 8.366,—

Blutmai in Istanbul



Faschistischer Anschlag forderte 34 Tote und über 200 Verletzte

Der erste Mai in der Türkei stand im Zeichen einer breiten anwachsenden antifaschistischen Massenbewegung. Über 400.000 Menschen demonstrierten allein in Istanbul.

Das blutige Attentat auf die dortige 1.Mai-Demonstration zeigt auf der anderen Seite wie akut heute die Gefahr eines Faschismus in der Türkei ist.

„Wir sind Arbeiter, wir sind stark"

Zu der Demonstration am 1. Mai hatten die Disk (Revolutionäre Gewerkschaftskonföderation) sowie weitere hundert Organisationen aufgerufen. Unter ihnen waren Frauen-, Jugend- und Berufsverbände. Auch alle revisionistischen und revolutionären Organisationen riefen zur Demonstration auf. Schon vor dem 1.Mai war eine massenhafte Beteiligung abzusehen. Allein zu den Wahlkundgebungen des Oppositionsführers Ecevit (CHP, republikanische Volkspartei) kamen über 250.000 Menschen. 400.000 demonstrierten dann am 1. Mai unter den Parolen *„Wir verhindern den Durchbruch des Faschismus"*, *„Die DGM* (Staatssicherheitsgerichte) *haben wir erledigt, jetzt ist der MESS dran"* (der MESS ist ein Zusammenschluß von Kapitalisten der Metallindustrie zum Zwecke der Aussperrung), *„Wir sind Arbeiter, wir sind stark, wir sind die führende Kraft der Revolution"* („Cumhuriyet", „Cum.", 2.5.77).

Diese antifaschistische Demonstration war die Antwort auf den faschistischen Terror der „Grauen Wölfe" und die Politik der nationalistischen Front-Regierung. Sie war zudem Beweis dafür, daß dieser Terror, der in den letzten anderthalb Jahren über 300 Tote gefordert hatte, den Kampf der fortschrittlichen, antifa-

dem Beweis dafür, daß dieser Terror, der in den letzten anderthalb Jahren über 300 Tote gefordert hatte, den Kampf der fortschrittlichen, antifa-

schistischen und revolutuionären Menschen nicht eingeschüchtert hatte, sondern eine breitere Mobilisierung schaffte.

An dieser1.Mai-Demonstration nahmen doppelt so viele Menschen teil wie im letzten Jahr.

Generalstabsmäßiger Putsch

Am Ende der Kundgebung auf dem Taksim-Platz in Istanbul wurde plötzlich bei der Rede des Vorsitzenden der „Disk", Türkler, das Feuer von zwei Seiten eröffnet. Heckenschützen schossen vom Hotel Interconti und aus zwei vorbeifahrenden Autos mit Maschinenpistolen in die Menge. Die nun in Panik geratene Menge wurde von Polizei und faschistischen Kommandos angegriffen. Dabei wurden Tränengas und Polizeipanzer eingesetzt. In die Seitengassen flüchtende Demonstranten wurden von Polizeisperren und Schüssen zurückgedrängt. Über 200, zum Teil schwer verletzte Menschen und 34 Tote forderte dieser Anschlag. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die meisten Menschen nicht durch Kugeln starben, sondern unter die von der Polizei eingesetzten Panzer gerieten. Sechs Menschen wurden erschossen, 28 durch Polzeipanzer und in der Panik erdrückt, zerquetscht und zertrampelt.

So planmäßig wie dieser blutige Anschlag von Polizei und Faschisten organisiert war, so war es auch der weitere Ablauf. Noch auf dem Kundgebungsplatz nahm uniformierte und zivile Polizei Verhaftungen vor.

Vom Militär wurden Straßensperren errichtet, die die Demonstranten abfingen. Über 500 Demonstranten wurden verhaftet (laut telefonischer Rückfrage bei den Zeitungen „Cumhuriyet" und „Miliyet" vom 1.5.77). Bis heute sind noch 17 Menschen in Haft.

Der Polizeiterror setzt sich fort

Auch in den Tagen nach dem 1.Mai glich Istanbul einem Militärlager. Zusätzlich zu Polizei und Militär waren noch über 3.000 Mann paramilitärischer Einheiten, in denen vorzugsweise die faschistischen „Grauen Wölfe" organisiert sind, eingesetzt. Die Hochschulen wurden geschlossen und Studentenheime durchsucht.

Gegen den Bürgermeister von Istanbul wurde vom Gouverneur von Istanbul eine amtliche Untersuchung eingeleitet, da er den Veranstaltern der Demonstration die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel erlaubte. Gegen den Vorstand der „Disk" ist eine Anklage wegen der Vorfälle am 1. Mai erlassen worden. Zudem wurde er unter Polizeiaufsicht gestellt.

MHP-Führer Türkes, Führer der „Grauen Wölfe" hat das Verbot der „Disk" und der „CHP" gefordert („Le Monde", 4.5.77 und „Süddeutsche Zeitung", „SZ", 3.5.77).

Deutlich wurde die andauernde Unterdrückung auch bei den Begräbnissen. Bei dem Begräbnis der 16jährigen Jale Jesimil wurden die Teilnehmer in übelster und diskriminierender Form angegriffen. Unter dem Vorwand einen Linken, der kurze Zeit vorher auf einen Bullen geschossen haben soll, zu suchen, mußten sich alle am Begräbnis teilnehmenden Menschen auf den Boden hocken. Bullen mit Maschinenpistolen (s. Bild) durchsuchten dann jeden einzelnen nach Waffen. Gefunden wurde nichts.

Eine Journalistin der fortschrittlichen Zeitung „Cumhuriyet" wurde von Bullen verprügelt, weil sei die Polizeiaktion fotographierte.

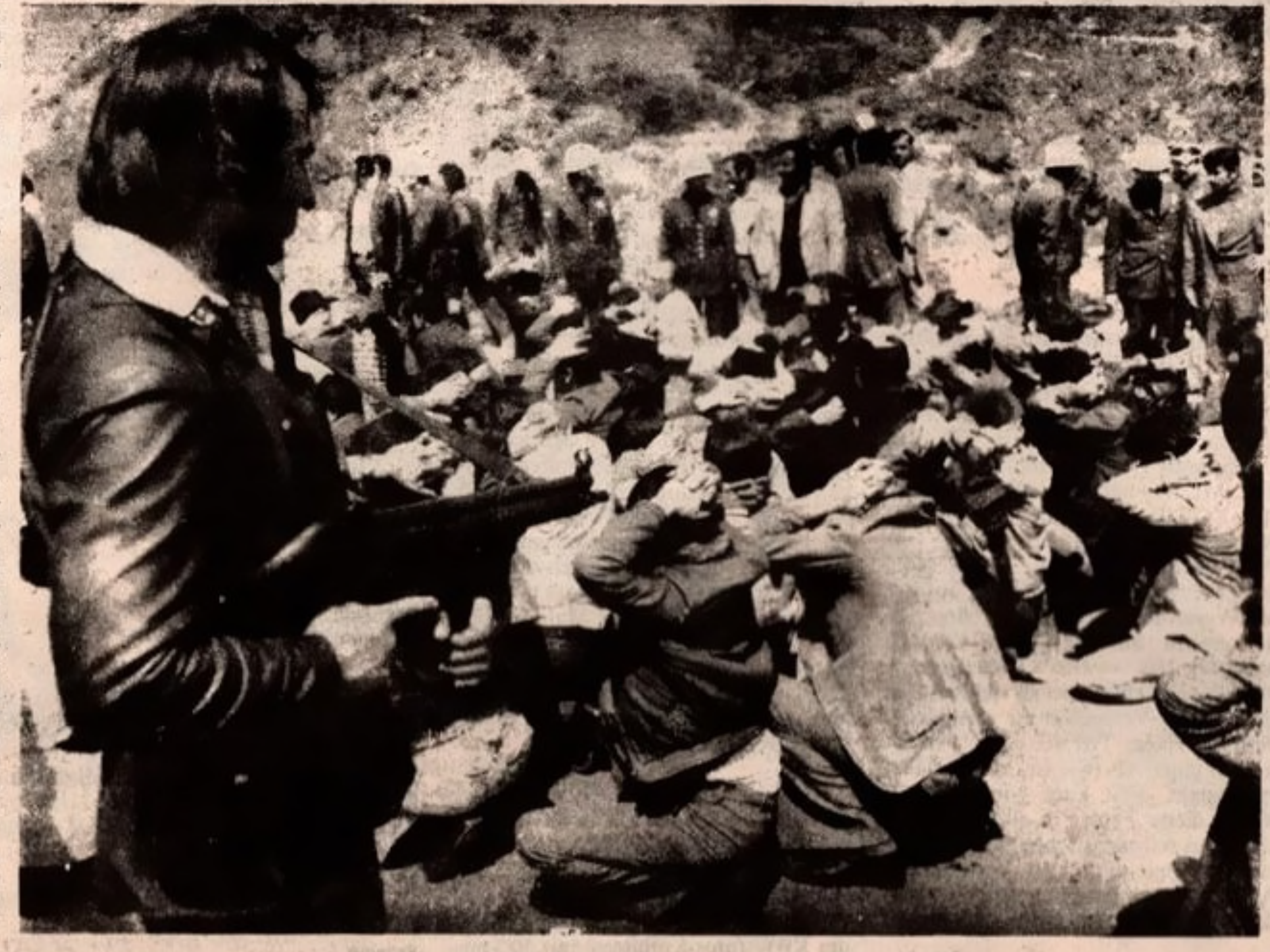
Mit der Begründung *„Ihr schreibt in eurer Zeitung immer gegen uns"*, wurde sie so zusammengeschlagen, daß sie 14 Tage im Krankenhaus liegen mußte. Der Direktor der Politischen Polizei wünschte ihr gute Besserung und meinte, daß *„solche Sachen schon passieren könnten"* („Cum.", 5.5.77).

schaffen. Wesentlich scheint aber, daß diese Berichterstattung mit zu dem planmäßigen Putschmanöver am 1. Mai gehörte. Nicht zum ersten Mal werden letztlich faschistische Putsche mit den Gewalttätigkeiten der Linken begründet. Hier gibt es in der Geschichte etliche Beispiele.

Ziel dieses faschistischen Anschlages ist, durch gezielten Terror den bevorstehenden Sieg des sozialdemokratischen Oppositionsführers Ecevit zu verhindern. Hierbei bleibt den faschistischen Kräften nur noch der Terror, da sie innerhalb der Bevölkerung über keine Massenansätze verfügen. Es ist damit zu rechnen, daß dieses Attentat noch lange nicht der Höhepunkt der faschistischen Aktivitäten bis zu den Wahlen am 5. Juni war.

Die gute Zusammenarbeit von Faschisten, Polizei und Armeeinheiten deutet auf die Gefahr eines faschistischen Putsches in naher Zukunft hin. In diesem Zusammenhang sind auch die Attentatsversuche auf Ecevit zu sehen. Allein seit der Eröffnung des blutigen Wahlkampfes sind von Regierungsanhängern und „Grauen Wölfen" drei Attentatsversuche auf Ecevit unternommen worden. Hierbei war das Ziel immer die Einschüchterung der Massen, die zu Hundertausenden auf Ecevits Versammlungen kamen und gegen die sich der ganze faschistische Terror richtet.

Es bleibt abzuwarten, wie die Linke darauf reagiert. Bisher haben lediglich die TSIP (Sozialistische Arbeiterpartei) und der TÖP-DER (Lehrerverband) einen halb- bzw. ganztägigen Generalstreik gefordert.



Das Gerücht mit den „Maoisten"

Schon kurz nach dem Überfall auf dem Taksim wurde im türkischen Rundfunk und Fernsehen (TRT) die Lüge verbreitet, daß rivalisierende linke Gruppen, vor allem die Maoisten, das Feuer auf die Demonstranten eröffnet hätten. Diese Lüge, die durch die Geschehnisse sofort entkräftbar ist, wurde leider auch von Teilen der Linken, insbesondere der revisionistischen Linken aufgenommen (siehe hierzu Artikel in diesem AK).

Ziel dieser Meldung war zum einen, die polizeistaatlichen Zustände zu begründen und zum anderen, Konflikte innerhalb der Linken zu

Nur ein entschlossenes Vorgehen kann das Vorhaben der faschistischen Kräfte und der herrschenden Klassen scheitern lassen. Nur durch die Organisierung weiterer breiter Massenaktionen kann der Erfolg des 1. Mai 1977 ausgebaut werden und die ermordeten Genossen gerächt werden.

Sofortiges Verbot der faschistischen MHP und der Grauen Wölfe!

Sofortige Verhaftung der verantwortlichen Politiker wie Demirel und Türkes!

Kampf dem Faschismus!

Für den Aufbau einer breiten, antifaschistischen Einheitsfront!

Griechenland/Türkei-Kommission

Der Blutmai und die Linken

Nach dem faschistischen Attentat auf die 1. Mai-Demonstration in Istanbul (siehe Artikel in diesem AK) wurde seitens der nationalistischen Front-Regierung (MC–Regierung) die Lüge verbreitet, daß „Maoisten" den Anschlag verübt hätten. Es ist traurig und kennzeichnend zugleich, daß ein Großteil der Linken in der Türkei, vor allem die Revisionisten, aber auch bisher im antifaschistischen Kampf herausragende Massenorganisationen wie der TÖP-DER (Lehrer-Verband) sich dieser Argumentation anschlossen.

Doch bei diesem Anschlag wird aus dem Vorgehen der Bullen und aus Augenzeugenberichten, die eindeutig sagen, daß es auf dieser Demonstration zu keiner Auseinandersetzung unter den Linken kam, deutlich, um welche Handschrift es sich handelt.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist voll mit Beispielen faschistischer Provokationen, die anschliessend den Linken angelastet wurden. Um so verantwortungsloser ist deshalb die Stellungnahme derjenigen, die versuchen dieses grausame Attentat zur Abrechnung mit der revolutionären Linken auszunutzen. Die Verantwortungslosigkeit wird auch daran sichtbar, daß mehr über „Maoisten" in den Stellungnahmen geschrieben wird, anstatt den jetzt notwendigen Kampf gegen diesen 1. Mai-Putsch zu organisieren.

Im folgenden die Stellungnahmen:

Gewerkschafts- und Berufsverbände

Der Disk-Führer Kemal Türkler (Revolutionäre Gewerkschafts-Konföderation) sprach in seiner ersten Stellungnahme davon, daß die Faschisten, Handlanger des CIA, und die Maoisten *„eine günstige Lage für den Faschismus geschaffen haben"* (laut telef. Bericht der „Vatan" vom 2.5.77).

In seiner zweiten Stellungnahme mußte er allerdings diesen Vorwurf gegenüber den Maoisten erheblich abschwächen. *„Dieses Komplott ist von der Monopolbourgeoisie herbeigeführt worden, CIA und MIT* (türkischer Geheimdienst) *haben den Anschlag organisiert, ihre Helfer waren Faschisten, Polizeispitzel und Maoisten."* Im weiteren gab er an, daß die Maoisten erst geschossen hätten, nachdem das Feuer auf die Demonstranten eröffnet worden sei.

„Das von der TRT (Türkischer Rundfunk und Fernsehen) *und der Presse ausgegebene Gerücht, der Kampf sei zwischen rivalisierenden linken Gruppen ausgebrochen ist falsch, denn die ‚Maoisten', egal aus welcher politischen Richtung sie kommen, können nicht willkürlich auf die Massen schießen, Sozialisten schießen nicht auf Massen"* („Cumhuriyet", 5.5.77). Sein Vorwurf gegen die „Maoisten" reduziert sich auf den Fakt, daß aus der Demonstration zurückgeschossen wurde.

Auch der TÖB-DER, TÜM-DER (Beamten) und andere Berufsverbände sprachen von einer „Provokation der Maoisten und Faschisten".

Revisionisten

Einhellig sprachen alle Revisionisten der TIP (Arbeiterpartei der Türkei) und TSIP (Sozialistische Arbeiterpartei) von einer maoistischen und faschistischen Provokation.

Die TSIP beschuldigte neben dem CIA auch die VR China als Drahtzieher.

Die TIP griff auch die CHP und Disk an. *„Die sozialdemokratische CHP wäre mitschuldig, da sie den Wahlen unter den Bedingungen einer MC-Regierung zusammen mit der Gerechtigkeitspartei (CAP) zugestimmt hat. Die Disk macht sich mitschuldig, da sie die CHP in diesem Vorhaben bedingungslos unter-*

Gerechtigkeitspartei (CAP) zugestimmt hat. Die Disk macht sich mitschuldig, da sie die CHP in diesem Vorhaben bedingungslos unter-

stützt."

Die revolutionären Organisationen

Die TEP (Partei der Werktätigen) schreibt: *„Es ist absolut sicher, daß es sich bei dem Angriff am 1. Mai um eine Aktion der faschistischen Front gehandelt hat. Die Aktion ist die Fortsetzung der Attentate auf Ecevit."*

Am weitestgehenden war die Stellungnahme der SDP (sozialistische revolutionäre Partei). *„Die Ereignisse am Taksim-Platz sind eine Provokation des CIA, der damit günstige Bedingungen für einen faschistischen Putsch schaffen will. Zudem versuchen andere Kreise (gemeint sind die Revisionisten) einen Keil zwischen die DISK-Basis und die revolutionäre Linke zu schlagen.*

Man wird erwarten können, daß noch andere Aktionen der herrschenden Klassen, wie auch die Anschläge auf Ecevit, den „Maoisten" angelastet werden."

Die Gruppen DGDF (revolutionäre Jugendkonföderation) und Kurtulus (revolutionäre Organisation innerhalb der Jugendbewegung) stimmten mit diesen Einschätzungen überein. (alle Angaben aus „Cumhuriyet", 4.5.77).

M L – er

Aus der ML-Szene haben sich die Gruppen Aydilnik und Halkin Sesi gemeldet. Diese Gruppen hatten auch schon am 30.4.77 in der sozialdemokratischen Zeitung „Miliyet" einen Aufruf drucken lassen, daß sich die Mitglieder der ML-Organisationen nicht zu Provokationen hinreißen lassen sollten.

Die Gruppe Aydilnik sprach von der größten Provokation, die die Völker der Türkei erlebt haben. Jeder der geschossen hat, ob bewußt oder unbewußt, sei ein Provokateur. Dieser Anschlag sei die Fortsetzung der Attentate auf Ecevit.

Im weiteren gingen auch die Gruppen Aydilnik und Halkin Sesi über Umwege der Zwecklüge der herrschenden Klassen auf den Leim. Sie verurteilten andere ML-Organisationen, daß sie nicht dem Aufruf gefolgt sind und ebenfalls geschossen hätten.

Fortsetzung auf Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

„Hiervon würden nur Demirel und Türkes profitieren" („Cumhuriyet" und „Miliyet" v. 4.5.77).

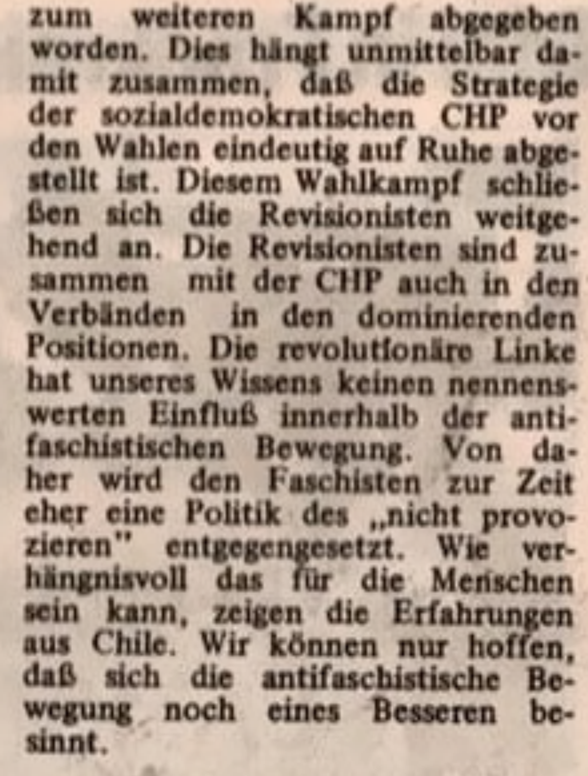
CHP

Ecevit, Vorsitzender der CHP (republikanische Volkspartei) forderte die Untersuchung der Vorfälle und war sicher, daß dadurch herauskomme, wer hinter den seit zwei Jahren laufenden Provokationen steht. *„Jeder Mensch möchte, daß die Demokratie weiter besteht. Man darf sich nicht provozieren lassen. Das Volk wird am 5. Juni mit den Faschisten durch die Abgabe seiner Stimmen abrechnen."*

Der antifaschistische Widerstand an die CHP gefesselt

Bisher ist von den Berufsverbänden und anderen Massenorganisationen keine Stellungnahme zum weiteren Kampf abgegeben worden. Dies hängt unmittelbar damit zusammen, daß die Strategie der sozialdemokratischen CHP vor den Wahlen eindeutig auf Ruhe abgestellt ist. Diesem Wahlkampf schließen sich die Revisionisten weitgehend an. Die Revisionisten sind zusammen mit der CHP auch in den Verbänden in den dominierenden Positionen. Die revolutionäre Linke hat unseres Wissens keinen nennenswerten Einfluß innerhalb der antifaschistischen Bewegung. Von daher wird den Faschisten zur Zeit eher eine Politik des „nicht provozieren" entgegengesetzt. Wie verhängnisvoll das für die Menschen sein kann, zeigen die Erfahrungen aus Chile. Wir können nur hoffen, daß sich die antifaschistische Bewegung noch eines Besseren besinnt.

Griechenland/Türkei-Kommission









Blutiger 1. Mai

Die Bilanz des 1. Mai in Spanien: **„Mehr als 200 Verletzte und mehrere hundert Verhaftete"** („El Pais" 3.5.77)!! Drei Tage nach der offiziellen Legalisierung der bisher illegalen Arbeitergewerkschaften in Spanien (der „Confederacion Comisiones Obreras", der UGT und der USO) zerschlugen die Guardia Civil und Spezialeinheiten zur „Unruhebekämpfung" mit äußerster Gewalt sämtliche Demonstrationsversuche der spanischen Arbeiter am internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, an dem sich insgesamt 2 Mio. spanische Werktätige beteiligten. *„Die Gewalttätigkeit war ungewöhnlich, schlimmer als in den härtesten Jahren der Diktatur"* äußerten Vertreter der legalisierten Gewerkschaftsverbände („El Pais", 3.5.77).

Insbesondere in Madrid kannte der Polizeiterror keine Grenzen. Die reformistischen Gewerkschaften (Comisiones Obreras, UGT, USO) hatten angesichts des Regierungsverbots für Kundgebungen unter freiem Himmel sich auf eine Kundgebung von nur einer halben Stunde (!) im Fußballstadion von Vallecas zurückgezogen. Ein „friedlicher Verlauf" sollte durch eigene Ordnerdienste (!!) gesichert werden... Doch selbst diese
gesichert werden... Doch selbst diese
Veranstaltung wurde mit brutaler Gewalt verhindert. Tausende von Arbeitern, die sich versammeln wollten, wurden mit Rauchbomben und Gummigeschossen immer wieder auseinandergetrieben. Die U-Bahnhöfe in der Umgebung wurden hermetisch von den Bullen abgeriegelt.

Der Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung", selbst ein Opfer des Polizeiterrors am 1. Mai (mit vorgehaltener Pistole wurde er gezwungen, sein Auto zu verlassen, das dann nach einem nicht vorhandenen Fotoapparat durchsucht wurde), berichtet:

„Selbst kleine Gruppen von Nachbarn wurden mit Rauchbomben und Gummiknüppeln auseinandergetrieben. Polizisten schossen sogar Rauchbomben auf obere Stockwerke, wenn die Bewohner nicht sofort nach Aufforderung von den Fenstern verschwanden (...) Selbst einzeln gehende Spaziergänger und junge Leute wurden ohne Vorwarnung brutal zusammengeschlagen. Auf Pressefotografen feuerten Polizisten Hartgummigeschosse ab. Ein Fotoreporter des Magazins „stern" wurde von drei Polizisten durch Schläge erheblich verletzt. Ein Film wurde aus seiner Kamera gerissen. Fernsehteams wurde das Filmen verboten..." („SZ", 2.5.77).

Auch gegen die Demonstrationsversuche der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaftsorganisation CNT, die zu einer Demo in der Madrider Innenstadt aufgerufen hatte, wurde massiv Polizei eingesetzt.

Unter den verletzten Demonstranten und Passanten in Madrid sind einige schwer- bis lebensgefährlich Verletzte! Einer wurde mit Hirnblutungen eingeliefert, ein anderer wurde so schwer an der Stirn verletzt, daß er wahrscheinlich seine Sehfähigkeit verlieren wird!

Das war der 1. Mai in Spaniens Hauptstadt, dem Sitz derjenigen Herren Regierungsverantwortlichen, deren demokratische Gesinnung zwei Wochen zuvor beim Juan Carlos-Besuch in der BRD so heuchlerisch gelobt wurde!

Angesichts der Regierungs-Provokation am 1. Mai haben die reformistischen Gewerkschaftszentralen den
stischen Gewerkschaftszentralen den
Schwanz eingekniffen. Marcelino Camacho, prominenter Revi-Führer des Comisiones Obreras-Verbandes äußerte, die Arbeiter dürften nicht zu einer politischen Destabilisierung beitragen... Er lehnte den Vorschlag einiger „Radikaler" in der Gewerkschaft ab, aufgrund der Vorfälle am 1. Mai einen Generalstreik auszurufen, denn *„die Antwort wird angemessen sein, ohne auf die Provokationstaktik hereinzufallen, die einen Pinochet in unserem Land rechtfertigen würde"* (Camacho zitiert nach „El Pais", 3.5.77).

Mit der abstrakten Gefahr eines Pinochet läßt sich seitens der Revisionisten wohl jede Form des Verzichts auf eine konsequente Klassenpolitik rechtfertigen – und das, wo die großen und kleinen Pinochets in Spanien noch gar nicht abgedankt haben.

Spanien-Kommission

1. Mai in Griechenland

Das Vorgehen der Führung der GSEE (griechischer Gewerkschaftsbund) zum 1.Mai war ausgesprochen provokativ: **Verbot jeglicher „regierungsfeindlicher Parolen und Transparente"** (!) in den 1.Mai-Veranstaltungen. Im vorigen Jahr noch hatten Reformisten und Revisionisten die rechte GSEE-Spitze allein gelassen, was zu deren gründlicher Blamage mit einer Versammlung auf einem Sportplatz mit einigen hundert treuen Anhängern führte, während zu den Linken über 30.000 kamen.

In diesem Jahr versammelten sich auf der Maikundgebung lediglich die Organisierten und ein paar Gewerkschaften (somatia), die trotzdem mobilisiert hatten – insgesamt 15.000 bis höchstens 20.000, also rund die Hälfte des schon mageren Vorjahresergebnisses (nach Angaben der „Sosialistikij Poria" gar nur 8.000!).

Eine besonders üble Rolle spielten die Ordner der KKE. Es kam zu handfesten Schlägereien, als sie versuchten, Mitglieder verschiedener revolutionärer Organisationen daran zu hindern, gegen die Regierung gerichtete Transparente auf den Platz zu tragen. Die KKE entsprach damit ihrer inzwischen weitverbreiteten Taktik in den Gewerkschaften, Teile der reaktionären Karamanlis-Politik aktiv und mit rücksichtsloser Machtpolitik, wenn's sein muß auch mit direkter Gewalt, durchzusetzen. Damit ist ihre Rolle wesentlich negativer einzschätzen als die der KKE/Inland, die solche Methoden nicht anwendet, sich in ihrer Politik des „historischen Kompromisses" mit Karamanlis auf Worte beschränkt, und ihre Absichten auch klar und deutlich darstellt, während die KKE eine scheinradikale Phraseologie an den Tag legt.

Auch den Linken gelang es nicht, den Verschaukelungsmanövern eine Alternative entgegenzustellen. Sie riefen ihre Parolen, und während der offiziellen Gewerkschaftsrede leerte sich der Platz zusehends.

Die K.O. „Majchitis" beteiligte sich von vorneherein nicht an der Sache, sondern führte eine Privatkundgebung mit wenigen hundert Leuten kurz vor dem Rathausplatz durch, an dessen Betreten sie starke Polizeikräfte in der üblichen Knüppelmontur hinderten.

Daß sie praktisch unter sich blieben, liegt wohl vor allem an der Tatsache, daß sie fast ausschließlich eine Trauerfeier für den in der Nacht zum 1.Mai vergangenen Jahres von Bullen ermordeten „Majchitis"-Genossen Sidheris daraus machten.

Im Anschluß an die Kundgebungen prügelten die Bullen auf abziehende Demonstranten ein. Willkürlich wurden junge Leute aus Straßencafes heraus verhaftet.

Die Ereignisse zeigen deutlich, daß sich der halbfaschistische Staatsapparat umso stärker fühlt, je schwächer und unentschlossener die Linke den antifaschistischen Kampf führt. Insgesamt waren diese Bullenübergriffe eindeutig Beweis für die Stärke des Staatsapparates.

Griechenland/Türkei-Kommission

1.Mai in Rom

Polizeiaufmarsch, Demonstrationsverbot und Massenfestnahmen an diesem 1. Mai auch in Rom – erstmals seit dem Sturz des Faschismus, wie die italienischen Genossen dazu bemerken.

Nachdem Mitte April in Rom bei einer Schießerei ein Polizist getötet wurde, hatte die Regierung ein totales Demonstrationsverbot für Rom bis Ende Mai verhängt. Als erstes fielen die traditionellen Massendemonstration zum 25. April weg, dem Jahrestag der Befreiung Italiens vom Faschismus.

Die Organisationen der revolutionären Linken und „autonome Gruppen" unternahmen daraufhin eine Initiative, um wenigstens am 1. Mai trotz Verbot eine Demonstration durchzuführen. Dies veranlaßte wiederum Gewerkschaften und Behörden zur Geschäftigkeit, so daß die Gewerkschaften schließlich eine Ausnahme-Genehmigung erhielten, am 1. Mai auf der Piazza S. Giovanni eine Kundgebung durchzuführen. Avanguardia Oparaia, PDUP und „manifesto"-Gruppe beschlossen, sich an dieser Kundgebung zu beteiligen, während die „Autonomen" an dem ursprünglichen Aufruf festhielten, sich an der Piazza Vittorio zu sammeln. Die Genossen von Lotta Continua waren in dieser Frage gespalten.

Am 1. Mai waren dann etwa 15.000 Menschen auf der Kundgebung der Gewerkschaften, davon ein Viertel – lt. LC – Genossen der revolutionären Linken. Die Gewerkschaften und die PCI hatten einen großen (lt. LC mindestens 2.000 Mann!), mit Knüppeln bewaffneten „Ordnerdienst" aufgestellt, der in mehreren Reihen hintereinander den Platz mehrfach „abschirmte" und „Kontrollen" und „Durchsuchungen" vornahm.

Um den Platz herum und an der nahegelegenen Piazza Vittorio ein riesiges Polizeiaufgebot. Jeder Versuch der „Autonomen", sich zu sammeln, wurde auseinandergeknüppelt. Es gab die ersten massenhaften Festnahmen. Schließlich massive Attacke der Polizei auf die noch verbliebenen „Autonomen", einzelnen Genossen von LC usw. Daraufhin versuchten diese, auf die Piazza S. Giovanni zu entkommen. Dort aber stand dicht an dicht der „Ordnerdienst" der Gewerkschaften und der PCI, der seinerseits auf die Flüchtenden einprügelte und sie wieder zurück in Richtutng der Polizei-Ketten trieb. Den Menschen auf der Kundgebung wurde dazu vorgelogen, die „Autonomen" hätten versucht, sie anzugreifen, man habe die „Provokation" aber „zurückgewiesen".

Am Ende meldete die Polizei 291 Festnahmen. Eine nicht überschaubare Zahl von Menschen war verletzt worden. Ein Vorgeschmack auf die Realisierung des „historischen Kompromiß"!



1. Mai in Spanien: Ein Verletzter wird in Sicherheit gebracht.

Erfolge der linken Aktionseinheit am 1. Mai!

Anläßlich des 1. Mai kam in Dänemark eine relativ breite Aktionseinheit linker Organisationen zustande. Daran waren beteiligt: KA-ml, KF, RSF (Trotzkisten), SF (linke Sozialdemokraten), VS (Linkssozialisten), Forbundet Socialisterne. An der Demonstration der Aktionseinheit am 1. Mai beteiligten sich in Kopenhagen 30.000 Menschen . In Aarhus (einer Stadt mit 200.000 Einwohnern) folgten 17.000 Menschen dem Demonstrationsaufruf. In Odense waren es 1.000 .

Die Aktionseinheit hatte sich auf eine Reihe von Forderungen geeinigt, deren Hauptparole war *„Für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse – für Sozialismus!“*. Die weiteren Forderungen und Parolen in Kopenhagen und Aarhus waren:
„KAMPF DER EINKOMMENSPOLITIK – GEGEN DIE OFFENSIVE DER BOURGEOISIE – BRECHT DIE KLASSENZUSAMMENARBEIT!“

In Aarhus wurden zusätzlich noch Parolen gegen die Klassenzusammenarbeit der sozialdemokratischen Regierung und der LO-Führung (LO – Dachverband der dänischen Gewerkschaften) mitgetragen. Es wurden Forderungen aufgestellt nach Einführung eines Mindestlohns von 35 kr./Std., gegen Angriffe der Regierung auf die Tarifautonomie, gegen die Kriminalisierung von Streiks und Blockadeaktionen der dänischen Arbeiterklasse, gegen das Eingreifen des Arbeitsgerichts in die Kämpfe der Arbeiter.

Diese Forderungen haben ihren Hintergrund in den Kämpfen gegen das „Augustabkommen“ der sozialdemokratischen Regierung und den Kämpfen gegen die Massenentlassungen bei „Berlingske Tidende“.

Außerdem wurden die Forderungen aufgestellt „ARBEITER – ARBEITSLOSE, GEMEINSAMER KAMPF!“, verbunden mit Zusatzforderungen zur Verbesserung der Lage der Arbeitslosen; „KAMPF DEM WOHNUNGSGESETZ!“, verbunden mit der Forderung nach Mietstop und Aufruf zur Unterstützung der Boykottaktionen gegen die steigenden Mieten, die in den Studentenwohnheimen begannen und sich im ganzen Land ausbreiteten. In der letzten Zeit sind die Mieten in Dänemark teilweise um 200% erhöht worden. Es wurden Forderungen aufge-

wohnheimen begannen und sich im ganzen Land ausbreiteten. In der letzten Zeit sind die Mieten in Dänemark teilweise um 200% erhöht worden. Es wurden Forderungen aufge-

stellt gegen die massiven Verschlechterungen auf dem sozialen Sektor wie Abbau von Kindertagesstätten, „Spar“-politik auf dem Gesundheitssektor und Lehrerarbeitslosigkeit. Die Forderungen der Frauen standen unter der Hauptparole „KEIN FRAUENKAMPF OHNE KLASSENKAMPF – KEIN KLASSENKAMPF OHNE FRAUENKAMPF!“: gegen die Frauenunterdrückung am Arbeitsplatz, gleicher Lohn für gleicheArbeit!

Außerdem wurden die Parolen ausgegeben „NEIN ZUR ATOMKRAFT!“ und „KAMPF DEM IMPERIALISMUS – STÄRKT DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!“ Im einzelnen wurde gefordert: Bekämpft die Nato, die ein Instrument des Imperialismus ist; bekämpft die EG – nein zur politischen Union; nein zur EG–Armee; volles Selbstbestimmungsrecht für Grönland und die Färöer-Inseln!

Neben den Demonstrationen der Aktionseinheit gab es Demonstrationen der DKP (revisionistische Partei) und z.T. der Sozialdemokraten. Die DKP hatte die Beteiligung an der linken Aktionseinheit mit der Begründung abgelehnt, daß die Sozialdemokraten daran nicht beteiligt seien, was die Sozialdemokraten ihrerseits natürlich nicht hinderte, ein Zusammengehen mit der DKP abzulehnen. Auf der Mai-Demonstration der DKP in Kopenhagen waren 20.000, im letzten Jahr hatten immerhin noch 40.000 Menschen an der Demonstration der DKP teilgenommen. Die Sozialdemokraten führten in Kopenhagen eine Demonstration mit 1.000 Teilnehmern durch, aufgerufen hatten sie unter dem Aushängeschild LO, was sie alljährlich tun. Die Sozialdemokraten führten ihre Demonstration unter der Hauptparole *„Kampf den Egoisten“* durch. Unter den Egoisten verstehen sie *„die Rechten und die Linken, die sich nicht der staatlichen Einkommenspolitik fügen wollen“*. Nur an einem Ort, in Frederiksund, riefen DKP, SF, VS und Sozialdemokraten zu einer gemeinsamen Demonstration auf, wofür sich die örtlichen Sozialdemokraten auch gleich eine Rüge im Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei einhandelten.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei einhandelten.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

1. Mai in Frankreich



Frauenblock 1. Mai in Paris
„Was versteckt sich hinter der Liebe?“ Putzen, Bügeln, Treppen hochgehen, Treppen runtergehen, kochen, streicheln, wiegen, sich hingeben, sich vergessen ...

Insgesamt sind die Teilnehmerzahlen an den 1.Mai Demonstrationen dieses Jahres in Frankreich hinter den erreichten Zahlen beim Generalstreik vom 7.Oktober zurückgeblieben.

Neu war dieorganisierte Teilnahme in Form von Blocks an den Mai-Demonstrationen seitens der Frauengruppen und Organisationen.

Ebenfalls neu ist das Zustandekommen von gemeinsamen Blocks der revolutionären Organisationen, die zu den Kommunalwahlen in Form eines Wahlbündnisses kandidiert hatten (OCT, LCR, LO).

In Paris demonstrierten insgesamt 150.000 Menschen (am 7.Oktober waren es nahezu 500.000!),vornweg marschierten die Pariser Sektionen der CGT- und CFDT-Gewerkschaften mit dem Transparent: „Setzen wir der Sparpolitik ein Ende, kämpfen wir für ein anderes Leben – mit dem Gemeinsamen Regierungsprogramm“. Gleich hinterher konnte man die Druckarbeiter vom „Parisien Libéré“ sehen, die nun im 24. Monat ihres Kampfes gegen Entlassungen stehen.

Der Druckerblock soll nach den Berichten der Tageszeitung „Rouge“ (Zeitung der trotzkistischen LCR) einer der kämpferischsten überhaupt gewesen sein. Auf ihrem Lautsprecherwagen hing ein Transparent mit der Aufschrift: „Der Kampf ist hart, aber nicht traurig!“.

Die CFDT-Sektionen riefen vor allem antimilitaristische Parolen, aufgrund des letzten Pariser Streiks der Müllarbeiter, wo in gewohnter Manier Soldaten als Streikbrecher eingesetzt wurden: „Soldat, unter der Uniform, bleibst du ein Arbeiter!“.

Aber besonderes Aufsehen erregte der Frauenblock, an dem zwischen 6.000 und 8.000 Frauen teilnahmen. Sie trugen Transparente wie: „Spalte ich mich von dir ab, Genosse Mann, wenn ich behaupte, ich werde stärker ausgebeutet als du?“, oder, „In der Küche, im Betrieb: wir müssen alle gemeinsam kämpfen!“, und „Papa, Schatz, Chef: Schluß damit – mit unseren Kämpfen verändern wir das Leben!“.

Hinter dem Frauenblock lief der Block der Revolutionäre, der zwischen 15.000 und 20.000 Menschen umfaßte, was ein eindeutiger Erfolg ist und für die Effektivität der Aktionseinheitspolitik spricht. Ihre Parolen waren:
„Um aus der Krise rauszukommen: der Sozialsmus!“. „Une seule Solution: la Revolution!“ (Eine einzige

einheitspolitik spricht. Ihre Parolen waren:
„Um aus der Krise rauszukommen: der Sozialsmus!“. „Une seule Solution: la Revolution!“ (Eine einzige

Lösung: die Revolution!). An der Spitze des Blocks wurde ein Transparent getragen: „Wir werden nicht bis 1978 abwarten!“

Ein „Zwischenfall“ in der normannischen Stadt Rouen illustriert die Lehren, die die Reformisten aus den Kommunalwahlen gezogen haben: Dort wurde kurzerhand das „Projekt“ einer Mai-Demonstration von den lokalen Gewerkschaftsfunktionären der CGT für nichtig erklärt, und stattdessen eine Hetzkundgebung nach altbewährtem Muster gegen die „Gauchistes“ (Linksradikalen) abgehalten!

Dennoch konnten auch dort die linken Organisationen eine eigene Demonstration organisieren, woran sich 2.500 Menschen beteiligten, und die aufgrund der vorausgegangenen Hetze am Versammlungsort sehr kämpferisch war. Laut „Le Monde“ und auch „Rouge“ war ein kleiner Hauch vom Mai 68 mit von der Partie ...

Bei den Demonstrationen in anderen Städten müssen die Frauenblöcke besonders erwähnt werden: 250 Frauen in Marseille, 150 in Montpellier und in Nantes 200.

Frankreich-Kommission
KB/ Gruppe Frankfurt

1. Mai in Asien

Vietnam. Mehr als 30.000 Menschen nah- gerechten Kämpfe, die von den Völkern

1. Mai in Asien

Vietnam. Mehr als 30.000 Menschen nahmen in Ho-Chi-Minh-Stadt (Saigon) an den Feierlichkeiten zum 1. Mai und zum zweiten Jahrestag der Befreiung Südvietnams teil.

In Hanoi fanden zahlreiche kulturelle und sportliche Veranstaltungen statt („SWB“, 3.5.77).

•••

Vientiane. An der Maikundgebung in der laotischen Hauptstadt, die von den Gewerkschaften und der Stadt- und Provinzverwaltung veranstaltet wurde, nahmen über 100.000 Menschen teil. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes grüßte die Brüdervölker von Vietnam und Kambodscha, der Sowjetunion und Chinas. An die Adresse Thailands sagte er: *„Wir verurteilen entschieden alle provokatorischen, herausfordernden Pläne und feindlichen Akte, die von den thailändischen Reaktionären begangen werden, die die im Ausland lebenden laotischen Reaktionäre unterstützen und ermutigen, gegen die VDR Laos zu wirken. Wir unterstützen den Kampf des thailändischen Volkes für Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt. Wir unterstützen die gerechten Kämpfe, die von den Völkern in den verschiedenen südostasiatischen Staaten für nationale Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden und Neutralität und gegen die Anwesenheit imperialistischer Basen und imperialistischer Expeditionen auf ihrem Territorium geführt werden“* („Radio Vientiane“ nach „SWB“, 3.5.77).

•••

Japan. In Japan wurden am diesjährigen 1. Mai in 1.264 Orten Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt. Nach Angaben der Veranstaltungsleiter hatten sich insgesamt sieben Millionen Menschen beteiligt, während in Polizeiberichten nur von zwei Millionen die Rede ist. In Tokyo waren 500.000 Arbeiter und Angestellte auf der Maikundgebung (220.000 laut Polizeibericht). Für Osaka liegen uns nur die polizeilichen Angaben von 200.000 vor (nach „Asahi Shinbun“, Tagesausgabe, 2.5.77 und „The Japan Times“, 2.5.77).

Die Forderungen und Parolen, die mitgetragen wurden, betrafen die Lohnraubabschlüsse der letzten drei Jahre, Arbeitsplatzsicherheit, bessere Ausbildungsmöglichkeiten und Umweltschutzmaßnahmen. Auch in diesem Jahr traten politische Forderungen stark in den Vordergrund. (Die Hauptforderungen der letzten Maidemonstration richteten sich gegen die Verantwortlichen der Lockheed-Schmiergeldaffäre, namentlich gegen den damaligen Ministerpräsidenten Miki.) So wurden insbesondere die Interessen der japanischen Fischer bei der Neufestlegung der Fischereizonen durch die USA und UdSSR zum Ausdruck gebracht.

Von den vier großen Gewerkschaftsverbänden, die zum 1. Mai aufriefen, wurden die Kundgebungen angesichts der bevorstehenden Oberhauswahlen überwiegend als Wahlplattform für die Oppositionsparteien zur Verfügung gestellt. Alle vier großen Oppositionsparteien JSP (Sozialisten), Komeito („saubere“ Regierungspartei), DSP (demokratische Sozialisten) und JCP (Revisionisten) riefen zu einer geschlossenen Front der Arbeiter gegen die regierende rechtskonservative LDP auf. Der DSP-Sprecher sprach sogar von einer einheitlichen Front „demokratischer Arbeiter“, womit eindeutig nicht Kommunisten gemeint sind. Auch von den Gewerkschaftsrednern wurde die Ablösung der LDP-Herrschaft gefordert und der sich anbahnende „reformistische“ Weg verherrlicht. Es ist deutlich geworden, daß der internationale Kampftag der Arbeiter auch in Japan gemeinsam von den Gewerkschaftsverbänden und bürgerlichen Parteien für ihre eigene Machtpolitik genutzt wird. Unter dem Schlagwort „Reformismus“ soll die kapitalistische Ausbeutungspolitik den Arbeitern wieder schmackhaft gemacht werden.

Asien-Kommission

1. Mai in der Schweiz

Es liegen bisher nur Angaben der bürgerlichen Presse vor:

Zürich: ca. 5000 auf Demonstration und Kundgebung. Redner: Nationalrätin Hedi Lang, SPS und mehrere Gewerkschaftssprecher.
Linke sei "unverhältnismäßig stark" repräsentiert gewesen.

Bern: 4000 auf Demonstration und Kundgebung. Redner: SPS-Nationalrat Ritschard und Gewerkschaftsvertreter.

Winterthur: Saalkundgebung des Gewerkschaftsbundes . Redner: der Vorsitzende der Gewerkschaft Bau und Holz. Teilnehmerzahl nicht bekannt.

Basel: 3000 bei eisigem Wetter. Redner außer Gewerkschaftern Nationalrat Müller,SPS.

Zug: Wegen regnerischem Wetter wurde die Kundgebung abgesagt.

Lausanne: 2000, Redner: Revi-Sekretär Contini (PDA) und SPS-Nationalrat Ziegler vom linken Flügel.

Biel: Demonstration mit ca. 500 Teilnehmer .

Zu Aktivitäten von Linken wird nur von Bern, Basel und Zürich berichtet, daß diese durch Zwischenrufe und Pfiffe ihren Unmut bekundeten.

Berichterstattung der Poch zum 1.Mai

In Basel hatten POCH und PdA offensichtlich je einen Redner. Der PdA-Sprecher betonte die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der POCH, was diese in einem Kommentar als eine "bemerkenswerte" Neuorientierung vermerkte, und mit "Befriedigung zur Kenntnis nahm". (POCH-Zeitung, 5.5.). Zu den Maiaktivitäten der POCH selber vermittelt die Zeitung nur ein unvollständiges Bild:
–In Winterthur wurde ein Mai-Solidaritätsfest von 200 Personen besucht. Veranstalter waren außer der POCH,die PCE, PCI, die revisionistische PdA, die trotzkistische RML, eine Frauen- und eine Arbeitergruppe.
–In Biel besuchten ca. 400 Personen das Maifest von POCH, PCI,PCE und der chilenischen PC sowie von Ausländergruppen.

In Zürich und Basel fanden vor dem 1. Mai „Vorfeiern“ der POCH statt, deren Stärke nicht angegeben wird. (POCH-Zeitung, 5.5. und 12.5.).

Nachtrag: Offensichtlich verstärkt sich die Zusammenarbeit zwischen der stark mit den sog. "Eurokommunisten" zusammenarbeitenden POCH und der revisionistischen PdA. In der POCH-Zeitung vom 12.5. veröffentlich die POB (Progressive Organisation Basel) eine Erklärung, in der das Angebot der Zusammenarbeit zwischen POCH und PdA begrüßt wird: "In Kenntnis entsprechender Vorstöße der POCH begrüßen wir diese Haltung der PdA außerordentlich. Im festen Willen weiterhin ihren festen Beitrag zu leisten zur ständigen Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Parteien Im Hinblick auf ein organisatorisches Zusammenwachsen der antiimperialistischen Linken, wird die POB den zentralen Organen der POCH vorschlagen, erneute Initiativen gegenüber der mit ihr in einem engen Bündnis stehenden PSA (autonome sozialistische Partei) und der Partei der Arbeit zur Entfaltung eines offenen und kameradschaftlichen Gesprächs zwischen diesen Parteien zu ergreifen."

Der Redner der PdA hatte auf der Maikundgebung unter anderem gesagt: "Die progressiven Organisationen haben im Dezember 76 ein antimonopolistisches Programm angenommen, das eine ähnliche Stoßrichtung hat wie die PdA-Thesen aus dem Jahr 71. Wir sind der Meinung, daß die Existenz von zwei Parteien mit einem kommunistischen Selbstverständnis, mit einer weitgehend identischen Praxis angesichts der bürgerlichen Offensive einen unhaltbaren Luxus bedeutet." (PZ, 12.5.)

F. Polisario: 1. Mai-Aktion gegen Zouerate

Am 1. Mai haben die Streitkräfte der F. Polisario einen großen Angriff gegen den für Mauretanien wichtigen Eisenerz-Ort Zouerate gemacht. Zouerate wurde dabei praktisch zerstört. Gemäß dem Kommunique der F. Polisario wurden 75 Mauretanier getötet, die gesamte Ausrüstung des Luftwaffenstützpunktes erbeutet, zwei Flugzeuge, das Gebäude des Stützpunktes, ein Bahnhof und ein Elektrizitätswerk, das für die Eisenerzminen notwendig ist,zerstört.

Nach Meldungen der mauretanischen Nachrichtenagentur sollen beim Rückzug der Polisario-Streitkräfte insgesamt hundert Guerillas von den mauretanischen Truppen getötet worden sein (Süddeutsche Zeitung, SZ, 7.5.77). Diese Meldung wird jedoch durch ein Plisario Kommunique nicht bestätigt (El pais, 6.5.77).

Zouerate galt bisher als die am besten befestigte Stadt Mauretaniens! Dies war nicht der erste, allerdings der erfolgreichste Angriff der F. Polisario gegen dieses wichtigste Industriezentrum Mauretaniens. Am 30. Dezember 76 hatten die saharauischen Streitkräfte das Elektrizitätswerk sowie die Benzinbehälter aus 50 Mörsern beschossen. Auch die Eisenerzbahn wurde kürzlich erneut mit Kanonen angegriffen und die Stollen der Minen wurden Mitte April ausgeräumt und angesteckt (El Pais, 5.5.77).

Die 1. Mai-Aktion der F. Polisario rief die französische Regierung auf den Plan. Denn es waren ein französisches Ärzteehepaar getötet worden und weitere 6 Franzosen von der Polisario „entführt“ worden. Die französische Regierung dementierte natürlich die Aussage der F. Polisario, daß im Minengebiet von Zouerate 150 französische Soldaten stationiert seien, um gegen die Saharauis zu kämpfen. Der französische Außenminister behauptete, es handele sich lediglich um Zivilisten und „Techniker“. Rund 400 Angehörige dieser harmlosen „Techniker“ wurden inzwischen nach Paris evakuiert (Frankfurter Rundschau, FR, 5.5.77).

Das Schicksal der sechs Franzosen hängt *„von der Entscheidung der Regierung der DARS ab, die eine Antwort auf die Haltung von Paris sein wird“*, teilte die F. Polisario in einem Kommunique mit (El Pais, 6.5.77).

Ganz offensichtlich will die F. Polisario die Pariser Regierung dazu bringen, ihre in letzter Zeit enorm angestiegenen Waffenlieferungen für Marokko und Mauretanien auszusetzen.

Die französische Regierung hat Algerien, das die F. Polisario unterstützt, für den Angriff auf Zouerate verantwortlich gemacht. Die algerische Regierung betrachtet dies als eine offene Provokation. Angesichts der Tatsache, daß Frankreich im Fall Zaire ja bereits demonstriert hat, daß es entschlossen ist, in die innerafrikanischen Konflikte militärisch zu intervenieren, ist die Gefahr, daß die „Entente Paris-Rabat-Nouakchott“ zu einer weiteren imperialistischen Intervention in Afrika führt, nicht von der Hand zu weisen. Die algerische und libysche Regierung haben Verbindung aufgenommen, da *„die imperialistische Aggression, die sich in Afrika entwickelt, beide Länder beunruhigt“* – so ein Sprecher der algerischen Regierung (El pais, 5.5.77).

Afrika-Kommission

Gegen den Strom schwimmen!

Keine Gnade für Alt-Nazis und ihre Helfer!





Seit mehreren Monaten liegt der Arbeiterkampf im „Rechtsstreit" mit dem Nazi-Mörder Rosenbaum. Rosenbaum hat mindestens 148 Juden eigenhändig umgebracht. Nach 15 Jahren Haft wurde er am 9.12.76 zunächst für ein halbes Jahr freigelassen, nachdem er nach Angaben anderer Gefangener schon während der Haftzeit diverse Hafterleichterungen bekam. Angeblich soll Rosenbaum heute „ein anderer Mensch" geworden sein. Genauer sprach der rechtspolitische Sprecher des NDR, Dr. W. Hill, in einem Rundfunk-Interview aus, wie das zu verstehen ist: *„Wir müssen davon ausgehen, daß ein Mensch nach 15 Jahren Haft gesühnt hat, objektiv gesühnt hat. Wie es in Wirklichkeit in seinem Innern aussieht, ist eine andere Sache".* Daher sei die öffentliche Brandmarkung Rosenbaums als Bestie ein *„umgedrehter Faschismus."*

Vor dem Hintergrund einer solchen „öffentlichen Meinung" geht die Justiz auf Antrag des Nazis zivil- und strafrechtlich gegen den AK vor:

- Es soll verboten sein, zu behaupten, daß Rosenbaum im Knast begünstigt wurde;
- es soll verboten sein, Rosenbaums Verbrechen in Zusammenhang mit seinem Namen und seiner Adresse zu nennen;
- der Ausdruck „Bestie" für den hundertfachen Mörder soll eine strafrechtlich relevante „Beleidigung" sein;
- der Nachdruck eines Artikels von Peggy Parnass im AK, der schon zuvor in „konkret" und im „Extra Dienst" gestanden hatte, wurde uns als Bruch des Verbots angelastet.

Die Justiz scheint gewillt, diesen Nazi-Mörder gegen jeden öffentlichen Angriff abzuschirmen, damit nur ja seine „Resozialisierung" nicht gefährdet wird. Dabei ist das Begnadigungsverfahren offiziell noch nicht einmal abgeschlossen: Noch in diesem Monat muß die „Gnaden-Kommission" entscheiden, ob der Nazi wieder in den Knast soll oder nicht...

Unsere Meinung dazu ist eindeutig: Rosenbaums Verbrechen sind nicht zu sühnen. Er muß zurück in den Knast! Keine Gnade für Faschisten, weder für alte noch für neue!

Die Erfahrungen des „Unterstützungsausschusses Arbeiterkampf gegen Rosenbaum" zeigen allerdings, daß diese Forderung heute keineswegs populär ist, und zwar weder in der Linken noch in der übrigen demokratischen Öffentlichkeit.

Erfreulich ist immerhin, daß „Extra Dienst", „konkret" und „tat" Notizen zum Fall Rosenbaum brachten. Insgesamt aber sind die Bemühungen des Unterstützungsausschusses, die „Gnadenpraxis" des Staatsapparats sowie die drohende Kriminalisierung antifaschistischer Berichterstattung breiter bekanntzumachen, noch nicht auf fruchtbaren Boden gefallen.

Sogar unter Mitgliedern unserer eigenen Organisation kann man Standpunkte hören wie: „Der Opa stirbt doch sowieso bald", oder: Solche Entlassungen seien doch heute die Regel, um die „Person" des einzelnen Faschisten gehe es doch nicht usw. Die Liberalen ergänzen diese Reihe mit dem Argument, 15 Jahre seien genug.

Alle diese Argumente, sowie auch das bloße unbegründete Desinteresse an diesen Vorgängen, bedeuten in der Konsequenz, vor der heute von der Bourgeoisie betriebenen Verharmlosung des Faschismus und dem Wieder-Hoffähig-Machen faschistischer Ideologie zurückzuweichen.



Nazi-Mörder Rosenbaum

Rosenbaum – Spitze des Eisbergs

Die Freilassung, die Begünstigung oder auch die Nichtverfolgung von Faschisten des Naziregimes ist in keiner Weise ein einmaliger Skandal. Eine gründliche Verfolgung der Nazi-Faschisten hat in diesem Land nie stattgefunden. Die vom „Potsdamer Abkommen" vorgesehene „Entnazifizierung" war bereits bei der Durchführung der Nürnberger Prozesse eine Farce. Zwar wurden etliche hohe Funktionäre des Nazi-Staatsapparats verurteilt und einige auch hingerichtet. Gleichzeitig aber konnten die Hauptverbrecher wie Flick, Thyssen usw., die Hitler an die Macht gebracht hatten und die an Krieg und KZs verdient hatten, ihre neuen Imperien aufbauen. Gleichzeitig wurden die Kader des SD und der GeStaPo in den „neuen" westdeutschen Staatsapparat überführt. Aus dem Mitarbeiterstab der Kanzlei des „Führers" ist niemand verurteilt worden.

Ebenso aus dem Reichsaußenministerium Ribbentrops niemand, aus dem Ministerium für besetzte Gebiete niemand, aus dem „Stab Reichsführer SS-Himmler" niemand, aus dem Teilnehmer-Kreis der Wannsee-Konferenz, die die Ausrottung der Juden beschloß, niemand (aus VVN-„Dokumentation über die Verfolgung der Nazi-Verbrechen durch die bundesdeutsche Justiz").

In den letzten Jahren hat die Verharmlosung der Nazi-Verbrechen erneute Blüten getrieben. Trotz Aufforderung durch die französische Regierung z.B., die der Bundesregierung eine Namensliste von 1.026 Faschisten übergab, die in Frankreich wegen Kriegsverbrechen verurteilt wurden, aber in die BRD flüchten konnten, unternahm die BRD-Justiz nichts.

Wo es trotz allem zu „Ermittlungen" kam, wurden Prozesse verschleppt oder endeten mit Freispruch. So endete 1976 in Hamburg nach dreieinhalb Jahren der Prozess gegen den ehemaligen Hauptsturmführer und Kommandanten des SS-Ausbildungslagers Trawinke (Polen), Karl Streibel, mit Freispruch.

So geht das weiter: Von 170 Wächtern des KZ Kulendorf niemand verurteilt, von 380 Wächtern des KZ Mauthausen sieben verurteilt, von 200 Wächtern des KZ Natzweiler – Struthof drei verurteilt; von 1300 beschuldigten Nazi-Mördern des KZ Majdanek nach 30jährigen „Ermittlungen" gegen 387 Personen standen dann ganze 15 der Verbrecher vor Gericht. Die Angeklagten befinden sich mittlerweile auf freiem Fuß.

Aber damit nicht genug: Von den 71 zu lebenslänglich verurteilten NS-Mördern sind bis 1973 mindestens 36 begnadigt worden („Hamburger Morgenpost", 2.1.77). Seit 1973 sind allein in Hamburg vier weitere NS-Verbrecher freigelassen oder ähnlich wie Rosenbaum „beurlaubt" worden.

Neben Fällen der Begünstigung, vorzeitigen Entlassung usw. sind zahllose Fälle zu nennen, wo wider besseres Wissen faschistische Verbrecher gar nicht erst gerichtlich erfaßt werden. Das letzte Beispiel ist der frühere Chef der GeStaPo von Jesenica (im faschistisch besetzten Slowenien), Clement Druschke. Er lebt heute seelenruhig als Schankwirt einer Kneipe in Heidelberg.

Die Verbrechen, die an Millionen Menschen von solchen Bestien im Dienst des Faschismus begangen worden sind, können niemals als „bewältigt" beiseite geschoben werden.

Es ist eine Notwendigkeit, Faschismus nicht nur allgemein, sondern auch in seinen konkreten, von konkreten Personen begangenen Bestialitäten immer wieder ins Bewußtsein zurückzurufen. Nur so wird über die Zahlenkolonnen von Millionen Toten hin faßbar, was Faschismus bedeutet.

Alt-Nazis – ungefährliche „Opas" und „Omas"?

Der prominenteste Alt-Nazi, der noch hinter Gittern sitzt, ist der ehemalige „Stellvertreter des Führers", Rudolf Hess. Er ist persönlich mitverantwortlich für die Greuel des Hitler-Faschismus. Sein Motto: „Ich bereue nichts!" Trotzdem stellen sich Spitzenpolitiker der BRD der Reihe nach von Schmidt über Genscher bis zu StrauSS in der größten Frechheit hin und befürworten seine Entlassung „aus humanitären Gründen". Eine vom Sohn des Hess und vom ehemaligen Justizminister Bucher geleitete Zentrale „Freiheit für Rudolf Hess" macht seit Jahren breite öffentliche Kampagnen, die auch weit in liberale und kirchliche Kreise hineinreichen.

Der Kern der „Hilfsgemeinschaft" wird von bekannten Faschisten gebildet. Sie unterhält außerdem rege Verbindungen mit faschistischen Kontaktpersonen im Ausland. Ihre Kampagnen werden von Kräften wie der NPD, der Roeder-Christophersen-Bande, der „Aktion Oder Neiße", „Wiking Jugend" usw. mitgetragen.

Was von einer eventuellen Begnadigung des „armen alten Mannes" zu erwarten wäre, zeigen anschaulich die Entlassungen von Speer und Baldur von Schirach aus der Spandauer Haft. Kaum entlassen, ging Schirach vor ein paar Jahren auf Tournee, wurde im Triumphzug von einer Revanchisten- und Faschisten-Veranstaltung zur nächsten gereicht, konferierte mit „seriösen Kreisen" und bekam schließlich einen lukrativen Job in der Industrie von seinen alten Freunden angeboten. Speers „Memoiren" wurden auf der Stelle ein Bestseller.

Jeder entlassene, jeder nicht verfolgte Alt-Nazi ist ein Sieg für die Reaktion und wird von den faschistischen Gruppen und Organisationen als Ermutigung verstanden. Und nicht nur die aus den Gefängnissen entlassenen Nazis, sondern auch die, die dank der west-alliierten Rücksichten nur kurzfristig oder überhaupt nicht festgesetzt wurden, stehen heute an der Spitze neo-nazistischer und revanchistischer Umtriebe. Noch als halbe Leichen werden sie wie z.B. der Hitler-Nachfolger „Großadmiral" Dönitz, als Denkmal der „großen Zeit" des „Deutschen Reiches" von einer Hitler-Geburtstagsfeier zur nächsten, von einem „Traditionstreffen" militaristischer und nazistischer Soldatenverbände, von einem SS-HIAG-Treffen zum nächsten gekarrt. Das „Fliegeridol" Rudel legt ein beredtes Zeugnis dafür ab, wie tief solche Gestalten heute in das gesellschaftliche Gefüge der Bundesrepublik, speziell der Bundeswehr, einwirken.

Die Tradition der westdeutschen Faschisten ist ungebrochen. Die Alt-Faschisten können heute ungehindert als Ziehväter faschistischen Gedankenguts und „Vorbilder" des Nachwuchses agieren. Wer sie als harmlose „Opas" und „Omas" begnadigen, beziehungsweise unverfolgt lassen möchte, schreibt sich als Demokrat oder Kommunist auf lange Sicht sein eigenes Vernichtungsurteil.

Der Kampf gegen die Rehabilitierungspraktiken gegenüber Alt-Faschisten darf nicht nur von ihrer unmittelbaren Gefährlichkeit ausgehen, sondern muß auch berücksichtigen, daß jeder Schritt zur Legitimierung faschistischer Umtriebe gleichbedeutend ist mit der Gewöhnung an eine weitere Faschisierung von Staat und Gesellschaft insgesamt.

Dregger:

„Ob es nun Hua-kuo-Feng ist oder der Schah, sie schätzen mich beide"

Der neue CDU-Landeschef in Hessen und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, versucht sich jetzt auch in der Außenpolitik zu profilieren. Dabei werden interessante Aspekte deutlich für den Fall, daß die CDU Gelegenheit erhält, ihre Vorstellungen zu verwirklichen.

Dregger machte eine Reise durch den Nahen Osten und besuchte Syrien, Libanon, Ägypten, Iran und Irak. Besonders beeindruckt war er von der Politik des Schah im Iran, einem *„der stabilsten Länder der freien Welt"*. Er kündigte an, *„daß er die Beziehungen zwischen CDU und der vor zwei Jahren vom Schah gegründeten Einheitspartei Rastakhiz (Auferstehung) enger gestalten wolle"* („Welt," 18.4.77). Bei dieser von der SAVAK (iranischer Geheimdienst) gegründeten Zwangspartei ist das Besondere, daß j e d e r iranische Bürger in ihr Mitglied sein muß. Der Iran unterhält ein Heer von Spitzeln und ist das Land mit der höchsten Rate an politischen Gefangenen in der ganzen Welt. Also ganz nach dem Geschmack Dreggers!

Angesichts der *„Herausforderung des Ostens"* (Interview, „FAZ", 29.4.77) und einer Bevölkerung, die *„auf einen Krieg psychologisch nicht vorbereitet ist"*, empfiehlt Dregger eine „undogmatische Außenpolitik", die stärker als bisher „Verantwortung" in der Welt übernehmen müsse.

So besuchte er dann auch gleich noch die syrische Regierung und die „Libanesische Front", den Zusammenschluß der faschistischen Schlächter. Besonders favorisierte er dabei den Führer der National-Liberalen Partei, Camille Chamun, der zur Zeit ihr Sprecher ist. Dregger äußerte, die Mission der syrischen „Friedenstruppe" im Libanon sei bisher konstruktiv und wünschte eine Erneuerung des libanesischen „Nationalpakts" von 1943, der das gesellschaftliche Ungleichgewicht zwischen „Christen" und „Muslim" zementiert hatte. Gleichzeitig ließ er sich von Syrien im Falle eines Mini-Staates im West-Jordanland die Auflösung der Palästinenserlager versprechen, denn man dürfe nicht immer nur von den Rechten der Palästinenser reden, sondern auch von ihren Pflichten. Dregger selbst faßte seine Bemühungen um die Sammlung von Gleichgesinnten bei seinem Bericht vor Journalisten in Bonn folgendermaßen zusammen: *„Ob es nun Hua Kuo-feng ist oder der Schah, sie schätzen mich beide"*.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Faschisten „resozialisieren"?

Befürworter der staatlichen „Gnaden"praxis gegenüber den Nazi-Verbrechern bezeichnen sich gern als Vertreter eines „modernen", „aufgeklärten" und „humanen" Strafvollzugs, der den Rachegedanken durch den Gedanken der Resozialisierung ersetzt habe. So der ehemalige Präsident Heinemann (Befürworter der Freilassung von Hess!) in einem Aufsatz, den er noch als Justizminister schrieb:

„Der Sinn des Strafrechts sollte nicht mehr darin erblickt werden, dem Rechtsbrecher Übel anzutun zur Vergeltung für ein von ihm getanes Übel, worin die klassische Strafrechtsphilosophie den metaphysischen Grund der Strafe sah. Der Zielgedanke sollte vielmehr sein, den besserungsfähigen Täter wieder für die Gesellschaft zurückzugewinnen und diese vor unverbesserlichen Tätern durch Sicherungsmaßnahmen zu schützen."

Seit 1969 wird in der BRD nach einer von SPD/FDP durchgebrachten Strafrechtsreform „resozialisiert". Mit der neuen Reform des Strafvollzugsgesetzes vom 16.3.76 wird als Ziel des Strafvollzugs postuliert: *„Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen ..."* Das sind hohe Ziele, und da wir in der BRD bekanntlich in einer Demokratie leben, in der jedem das gleiche Recht zusteht, werden auf dieser Grundlage alle Gefangenen gleichmäßig „resozialisiert". Nur einige etwas mehr, denn die Sache hat einen ganz kleinen Haken: Als resozialisierungsfähig gelten nur diejenigen Gefangenen, die stabile soziale Verhältnisse außerhalb des Knastes als Stütze nach der Freilassung haben. Solche Stützen hat z.B. der Mörder Rosenbaum. Er besitzt eine florierende Kaufhandelsgesellschaft, hat Familie, die sein Geschäft betreibt, hat einflußreiche Freunde. Einen solchen Mann in die kapitalistische Gesellschaft zu „resozialisieren" – das scheint für das „liberale" Strafrecht überhaupt kein Problem.

Ganz anders sieht es mit der Resozialisierung „normaler" Strafgefangener, kleiner Diebe oder auch Gewalttätern aus. Sie sind in der Regel bereits vor ihrer Straffälligkeit unfreiwillige Produkte bzw. Opfer der herrschenden Verhältnisse. Sie haben nur in den seltensten Fällen einen stabilen sozialen, finanziell abgesicherten Hintergrund.

Aus Knastzeitungen und Berichten ehemaliger Häftlinge wird deutlich, was hierzulande für den normalen Strafvollzug „Resozialisierung" bedeutet:

„Vielmehr bedeutet Resozialisierung nichts anderes als Wiedereingliederung in den Produktionsprozess, und wer eignet sich besser zum Ausbeuten als Gefangene? Sämtliche gesellschaftlichen Vorurteile sind Vorteile für den Unternehmer. Er kann den Gefangenen auf den schlechtesten Arbeitsplatz stellen und die Gefängnisse haben gute Vorarbeit geleistet. ...Die Gefangenen durften zwar etwas lernen, aber meistens handelt es sich um Kurse oder den Schulabschluß. Mit der Schule hat noch keiner einen Beruf und mit einem Kursus, sagen wir mal Metallbearbeitung, steht er genauso beruflos da. ... Hört er (der Kapitalist – Anm. AK) *dann noch, daß der Kurs im Knast absolviert wurde, stellt er den Arbeiter erst gar nicht ein, es sei denn, er hat gerade einen Platz, den ein anderer nicht einnehmen möchte. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch der Gefangene des Platzes müde wird und wieder rückfällig wird. Oder der Gefangene wurde im Knast im Zuge der Resozialisierung so weit gebrochen, daß er alles widerspruchslos hinnimmt, damit er wenigstens diesen schlechten Arbeitsplatz behalten kann"* (Aus „Gegenknast", Nr.3). Wer sich in diesem Sinne nicht „resozialisieren" läßt, sondern sich gegen Haftbedingungen, Schikanen usw. im Knast auflehnt, wird diszipliniert, Sonderbehandlungen ausgesetzt, in Isolier-Zellen gesperrt, bleibt bis zum Tod hinter Gittern.

Keine „Resozialisierung" politischer Gefangener

Während den Nazi-Massenmördern goldene Brücken zurück ins „bürgerliche Leben" gebaut werden und womöglich die bloße Erwähnung ihrer grausigen Bluttaten unterdrückt werden soll (um die „armen alten" Herrschaften nicht zu kränken), wird genau gleichzeitig von CDU/CSU und SPD hervorgehoben, daß es für die Gefangenen der „RAF" und ähnlicher Gruppen selbstverständlich keine normalerweise übliche vorzeitige Entlassung geben könne, das sie voll ihre Strafen absitzen müßten, und daß vor allem die zu lebenslang verurteilten Gefangenen auch wirklich lebenslang im Knast bleiben müßten. Da dürfe es keine Gnade geben. Um dies auch wirklich sicherzustellen, hat man jetzt den Hauptangeklagten der „RAF" nicht bloß lebenslänglich, bzw. gleich zweimal lebenslänglich, sondern auch noch 15 Jahre obendrauf aufgebrummt.

Nicht bloß die CDU/CSU-Scharfmacher machen dafür Stimmung, sondern auch die SPD ist mit von der Partie. Die DGB-Zeitung „Welt der Arbeit" schrieb nach dem Urteil von Stammheim ganz offen: *„Kein Mensch denkt an eine Resozialisierung der anarchistischen Gewalttäter. Niemand wird sie jemals vorzeitig begnadigen und als geläutert aus der Haft entlassen wollen"* (6.5.77). Das ist die bürgerliche „Gleichheit vor dem Gesetz": Im Fall der tausendfachen Nazi-Mörder wird auf die „Gleichheit" gepocht und „Resozialisierung" geboten. Im Fall der politischen Gefangenen der „RAF" u.a. wird auf die Gleichheit geschissen. Diejenigen Liberalen, die sich aus Kurzsichtigkeit für die „Resozialisierung" der Nazi-Mörder einsetzen („jeder muß die gleiche Chance haben"), sollten sich darüber klar werden, daß in diesem Staat immer noch die Bourgeoisie bestimmt, w e r „resozialisiert" wird und wer nicht. Diese Liberalen helfen den alten und neuen Faschisten, ohne daß dies den anderen Gefangenen („kriminellen" oder politischen) etwas nützen würde.

Kriminalisierung der Nazi-Gegner

Während Springers Zeitungen unbeanstandet den „Skandal" der Begnadigung Rosenbaums „anprangern" konnten, bis sie ihr Ziel – den Sturz des relativ liberalen Justizsenators Klug (FDP) – erreicht hatten, wird am ARBEITERKAMPF exemplarisch versucht, antifaschistische

emplarisch versucht, antifaschistische

Enthüllungspropaganda zu kriminalisieren. Dabei ist der AK austauschbar. Morgen könnte es „konkret", den „Extra Dienst" oder ein anderes Presseorgan im liberaleren Spektrum der Medien treffen.

In den letzten Jahren geht der Staatsapparat zunehmend dazu über, antifaschistische Berichterstattung und Aktion zu verfolgen.

Wir wollen nur auf einige herausragende Beispiele verweisen:

– So wurden Serge und Beate Klarsfeld 1971 zu zwei Monaten ohne Bewährung wegen Körperverletzung verurteilt, weil sie in einer spektakulären Einzelaktion versucht hatten, den ehemaligen GeStaPo-Chef Lischka nach Frankreich zu entführen. Lischka ist dort zum Tode verurteilt worden, konnte sich aber der französischen Gerichtsbarkeit entziehen. Die Klarsfelds wollten mit ihrer Aktion gegen die Verschleppung der Verfolgung von NS-Verbrechern in der BRD protestieren.

Beate und Serge Klarsfeld sind auch Zielscheibe einer infamen Kampagne des Antisemiten Frey und seiner „Deutschen Volksunion". Bei einer der vielen provokatorischen Rudel-Lobhudel-Veranstaltungen der DVU in München wurde Serge K. tätlich angegriffen. Nazi-Frey höhnte anschließend in seiner Presse, wenn dieser „Rechtsbrecher" eine „Ohrfeige erhalten hat, dann hat er sie wohlverdient". Inzwischen laufen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen – nicht gegen Frey, sondern wieder gegen die Klarsfelds.

– Der gleiche Frey hat die Staatsanwaltschaft wenige Wochen vorher dazu veranlaßt, gegen uns zu ermitteln, weil der AK anläßlich des gewaltsamen Todes des SS-Mörders Peiper geschrieben hatte: *„Sollte tatsächlich Peiper von Antifaschisten hingerichtet worden sein, so können wir nur sagen: Bravo!"*. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den AK wegen „öffentlicher Billigung von Gewalt".

– Gegen den Chefredakteur der antifaschistischen Wochenzeitung „die tat" erhob die Staatsanwaltschaft kürzlich auf Anzeige des Alt-Nazis Erwin Schönborn Anzeige wegen angeblichen Mordes an einem Mitgefangenen Carlebachs im KZ Buchenwald, obwohl Schönborn einen schon vor ein paar Jahren gemachten Versuch in derselben Sache zurückziehen und sich öffentlich von seinen Behauptungen distanzieren mußte. Eine Gegenklage Carlebachs wegen falscher Anschuldigungen wurde zurückgewiesen!

Die Begünstigung von Aufmärschen der Alt-Faschisten durch die Polizei, die darauf folgende Begünstigung der Faschisten durch die Justiz und die Verurteilung der Anti-Faschisten sind in den letzten Jahren in der BRD zunehmend gängige Praxis geworden. Besonders haarsträubendes Beispiel dafür ist die Verurteilung von Mirgliedern der „KPD", die 1973 bei der Abräumung eines NPD-Standes in eine Schlägerei mit den Faschisten und der Polizei verwickelt wurden. Am 7.11.74 sprach der als „Klarsfeld-Richter" bekanntgewordene Dr. Victor Somoskeoy ein empörendes Urteil aus:

Insgesamt 28 Monate Gefängnis ohne Bewährung für fünf Angeklagte. Die NPD blieb ungeschoren. Die von den Verteidigern eingelegte Revision wurde im Juli '76 vom Bundesgerichtshof als „offensichtlich unbegründet" zurückgewiesen. Jetzt erhielten die fünf Verurteilten die Vorladung, die Haft anzutreten.

Die Repressionen werden heute an der kommunistischen Presse, an einzelnen kommunistischen und antifaschistischen Gruppen vorexerziert, in der Hoffnung, daß sich mit diesen Angegriffenen die liberale Öffentlichkeit nicht solidarisiert, sondern eingeschüchtert oder wegen antikommunistischer Vorbehalte zurückweicht. Angesichts dieser Tatsache wird ein intensives Bemühen um das Zustandekommen einer antifaschistischen Aktionseinheit aller demokratischen und kommunistischen Kräfte zu einem Gebot der Stunde.

„Unterstützungsausschuß ‚Arbeiterkampf gegen Rosenbaum' "

Rosenbaum immer frecher

Der NS-Verbrecher Rosenbaum möchte noch mehr Antifaschisten bestrafen lassen. Deshalb hat er jetzt Strafanzeige, formal gegen Unbekannt

Strafanzeige, formal gegen Unbekannt

gestellt. Die Strafanzeige richtet sich aber gegen den ranghöchsten Mediziner im Hamburger Strafvollzug, Dr. Mendel Friedland. Nach Meinung des Faschisten soll die Äußerung des Dr. Friedland: „Wenn er (Rosenbaum) soviel Mitleid, das er für sich selbst aufbringt, für seine Opfer aufgebracht hätte, dann würden sie alle noch leben", bestraft werden. Daß es Rosenbaum nicht um nur diese Aussage geht, liegt auf der Hand: Ein wesentlicher Aspekt dürfte vielmehr sein, daß Dr. Friedland Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde ist und dem Direktorium des Zentralrats der Juden in Westdeutschland angehört. Rosenbaums Rassismus und Judenhaß ist eben nicht „resozialisierbar". Selbst Springers „Hamburger Abendblatt" nannte den Angriff „überaus peinlich". Weiter wußte sie aus Senatskreisen zu berichten, daß dort wenig Neigung bestehe, Rosenbaums „Haftunterbrechung" zu verlängern. Nanu? Der Senat muß am 24. Mai darüber entscheiden.

Rosenbaum - Begünstigung noch übertroffen

In der BRD werden Altnazis nicht nur begünstigt, sondern einige von ihnen werden erst gar nicht verfolgt. In der Nähe von Heidelberg lebt einer von ihnen völlig unbehelligt, und das offenbar seit Jahren. Es handelt sich um den früheren Chef der GESTAPO von Jesenice im faschistisch besetzten Slowenien (Jugoslawien), Clement Druschke.

Druschke ist verantwortlich für die Deportation tausender slowenischer Bürger, für die Ermordung hunderter jugoslawischer Partisanen und Patrioten. Unter anderem wird ihm zur Last gelegt, am 27. Juli 1942 in dem Ort Hrusica ein Massaker an 45 slowenischen Zivilisten veranlaßt zu haben. Er hatte dieses Massaker als „Vergeltung" für einen angeblichen Partisanenangriff auf sein Auto ausgegeben. In Wirklichkeit – so enthüllte kürzlich ein früherer Angehöriger von Druschkes Dienststelle in einem Interview mit einer österreichischen Zeitung – war durch die Unvorsichtigkeit des Gestapo-Chefs eine Handgranate im Auto explodiert, wobei ein faschistischer Polizeioffizier getötet wurde. Um von seiner Verantwortung abzulenken, erfand Druschke den Partisanenüberfall und veranlaßte den Massenmord an den slowenischen Zivilisten.

Druschke ist heute Inhaber der „Waldschenke" nahe bei Heidelberg.

Offensichtlich haben innerhalb von 30 Jahren Bundesregierung und Behörden keinen Finger krumm gemacht, Druschke ausfindig zu machen, obwohl sein einziges „Versteckspiel" anscheinend darin bestand, kein Namensschild an der Tür seiner Gaststätte anzubringen; Rechnungen in seiner „Waldschenke" allerdings zeichnet er mit seinem vollen Namen.

Bei diesem Verhalten der BRD-Behörden wäre Druschke wohl heute noch „unentdeckt", wenn sich die jugoslawischen Landsleute seiner Opfer auf die Hilfe eben dieser Behörden verlassen hätten. Schon 1947 setzte Jugoslawien den Mörder von Jesenice auf die internationale Kriegsverbrecherliste. Dennoch blieben alle späteren Fahndungsersuchen bei Behörden der BRD wie bei der Zentralstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg erfolglos. Druschke war angeblich verschwunden.

Schließlich riß den Jugoslawen die Geduld: Was den Behörden der BRD jahrzehntelang nicht „gelang", erbrachte eine Routinearbeit vom Schreibtisch aus: Nach Durchsicht mehrerer Telefonbücher und etlichen Telefonaten mit Inhabern des Namens Druschke war der Gesuchte eingekreist. Die letzte Bestätigung brachte ein Augenzeuge, der nach Heidelberg fuhr und Druschke identifizierte.

Nach anfänglichem Leugnen gab Druschke zu, der gesuchte Gestapo-Dienststellenleiter von Jesenice zu sein, jedoch bestritt er, die Massenmorde ausgeführt und verantwortet zu haben. Daß er mit gezogener Pistole neben einem Haufen von Leichen gesehen wurde, begründet nach Ansicht der Staatsanwaltschaft in Heidelberg – der zuständigen Strafverfolgungsbehörde in der BRD – noch keinen Haftbefehl. Nicht einmal die erwiesene Tatsache, daß Druschke zahlreiche Slowenen umgebracht hat, würde nach Ansicht der BRD-Staatsanwälte eine Inhaftierung und Verurteilung rechtfertigen. „Zuerst müssen die strafrechtlichen Kriterien eines Mordes erfüllt sein", erklärte dazu Oberstaatsanwalt Dr. Schäfer. Denn: „Alles andere wäre Totschlag und damit verjährt".



Die „Waldschenke" des NS-Verbrechers Druschke

Die „Waldschenke" des NS-Verbrechers Druschke

Dieser NS-Verbrecher braucht nicht einmal die Ächtung durch die Heidelberger Öffentlichkeit zu fürchten. Die lokale Presse hat bisher so diskret über den Fall „berichtet", daß weder der Name des Beschuldigten noch sein Lokal bekannt geworden sind. Das sollte schleunigst geändert werden (womit wir eine Aufforderung an Heidelberger fortschrittliche Zeitungen verbinden), damit dazu beigetragen wird, daß Druschke schnellstmöglich in den Knast wandert und dort bis zu seinem Ende nicht mehr rauskommt.

(Fakten nach „Deutsche Volkszeitung", 28.4.77).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ein Schwein namens Röhl

Zum 1. Todestag von Ulrike Meinhof brachte die Hamburger „Morgenpost" (SPD-nahe) am 9. Mai einen Artikel *„Psycho-Terror in der Zelle trieb Ulrike Meinhof in den Tod"*. Gemeint ist damit natürlich der „Psycho-Terror", der angeblich auf Ulrike von den Mitgefangenen der „RAF" ausgeübt wurde, und nicht etwa die unmenschlichen Haftbedingungen. Der Artikel der „Morgenpost" war nicht namentlich gezeichnet.

Am nächsten Tag erschien eine – erheblich längere – Fassung desselben Artikels in der „Frankfurter Rundschau". Überschrift: *„Ulrike Meinhof und die Stammheimer Mord-Legende"*. Diesmal war auch der Verfasser angegeben: Klaus Rainer Röhl, früherer Ehemann von Ulrike und Vater ihrer Kinder, Herausgeber der Zeitschrift „das da".

Für Röhl ist alles klar: Da *„das gerichtsmedizinische Gutachten keinerlei Fremdeinwirkung feststellte"*, war es unzweifelhaft Selbstmord. Wer dran zweifelt, wird von Röhl gleich als „Sympathisant" denunziert. Den Selbstmord anzuzweifeln, gar Untersuchungs-Komitees zu gründen, sei *„ein äußerst gefährliches und zumindest leichtfertiges Unternehmen: Unter Berufung auf den angeblichen Mord der Staatsschutzbehörden an Ulrike Meinhof zieht ein Rachekommando durch die Bundesrepublik, dem bereits drei Menschen zum Opfer fielen"* – Buback und seine Begleitung. Eine derart miese Denunziation der Untersuchungs-Komitees zum Tode von Ulrike hat es unseres Wissens bisher noch nicht einmal in der Springer-Presse gegeben.

Röhl zitiert dann lang und breit aus internen Briefen der Gefangenen, die im wesentlichen schon seit einem Jahr bekannt sind, und die schon damals beweisen sollten, daß Ulrike vor allem an ständigen Anmachen durch Gudrun Ensslin kaputt gegangen sei. Während Röhl bemüht ist, Gudrun Ensslin als fieses Biest dar zustellen, die aus reinem Sadismus Ulrike bis zum Selbstmord quälte, geht aber selbst aus den von Röhl zitierten Texten etwas ganz anderes eindeutig hervor: Gegenseitige Aggressionen und Anmachen z w i s c h e n beiden Frauen, die man selbst mit Röhl'scher Intelligenz ohne weiteres als Ergebnis der zermürbenden Haftbedingungen (über lange Zeiträume sogar Einzelhaft und Isolation!) erkennen könnte, wenn man ehrlich und ohne blinden Haß an die Sache herangehen würde. Aber Röhl e r w ä h n t die Haftbedingungen der „RAF"-Gefangenen nicht einmal, sondern schreibt im Gegenteil noch zynisch: *„Klügere Intellektuelle, die selber nicht mehr an den geheimnisvollen Mörder vom CIA glauben, fügen hilfsweise hinzu, Ulrike M. sei durch die Haftbedingungen ermordet worden. Ein Jahr nach ihrem Tod hat sich schon eine Legende um den Tod Ulrike Meinhofs gesponnen, die niemand aufzulösen wünscht"*. Die unmenschlichen Haftbedingungen eine Legende?!...

Röhl schreckt vor nichts zurück: Selbst die Tatsache, daß einige Rundfunk-Journalisten die These vom Selbstmord nicht hundertprozentig gläubig übernehmen, empört den Röhl: *„Rundfunkanstalten, eingeschüchtert von so viel aufwendiger Propaganda, sprechen von ‚Ulrike Meinhof, die sich nach Angaben der Behörden das Leben nahm'"*. Gemeint ist tatsächlich die „aufwendige Propaganda", die laut Röhl angeblich von den Gegnern der Selbstmord-These betrieben wird. Als ob es nicht in Wahrheit gerade umgekehrt wäre, daß nämlich derzeit insbesondere von der CDU/CSU eine massive Einschüchterungskampagne

Fortsetzung auf Seite 17

„Schweigende Mehrheit '77" - schwach auf der Brust

Karlsruhe. Nach dem Buback-Attentat haben die Herrschenden versucht, in Karlsruhe die „schweigende Mehrheit" zu mobilisieren. Unter der Parole „Für Freiheit und Demokratie - gegen Terror und Gewalt" fand am Samstag, 16.4., ein Schweigemarsch durch die Innenstadt zum „Tatort" statt. Aufgerufen hatten SPD, FDP, CDU, die Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenorganisationen und der DGB.

„Polizeipräsidium und Polizeibehörde haben ... diese gemeinsame Aktion der Parteien als ‚hervorragende Idee' bezeichnet und ihre Unterstützung zugesagt" („Badische Neueste Nachrichten"/BNN, 15.4.).

Mobilisiert hatten alle über die „BNN" (örtliche Presse), die am 14.4. verkündete, *„diese Demonstration könnte ein Signal werden"* für die *„Aufrüttelung zur Geschlossenheit im Abwehrkampf gegen die Feinde der Freiheit"*!

Das geplante Signal ist jedoch ausgeblieben: Auf dem Schweigemarsch waren 3 - 4.000 Leute (die bürgerliche Presse behauptet 8.000). Für eine Stadt mit 250.000 Einwohnern - zusätzlich wurde noch im Landkreis mobilisiert - ein eher mageres Ergebnis.

Schon vor Beginn des Schweigemarsches hatten Bullen einen Stand der „KPD" abgeräumt. Am Marktplatz wurde ein Flugblattverteiler des KBW von ca. 150 aufgehetzten Menschen umringt, die ihm die Flugblätter wegnahmen und zertrampelten; von den Bullen wurde er daraufhin in „Sicherheitsgewahrsam" genommen.

Nach dem Marsch gab es an der Hauptpost einen weiteren Zwischenfall: Aus einer aufgebrachten Diskussionsgruppe um einen „KVZ"-Verkäufer holte jemand die Bullen; er wollte gegen den KBWler Anzeige erstatten, weil dieser angeblich gesagt hatte, um den Buback sei's nicht schade. Als wir anfingen, die Vorgänge zu fotografieren, wurden wir von 2 Typen verfolgt (ob Rechte oder Zivilbullen) oder sonstwas, wissen wir noch nicht), die zunächst auf mich die Bullen hetzten, und dann den anderen Genossen, nachdem dieser sie fotografiert hatte, festhielten, bis die Bullen kamen. Unsere Personalien wurden aufgenommen, und die beiden Typen, die den anderen Genossen festgehalten hatten, forderten die Bullen auf, ihnen dessen Name und Adresse aufzuschreiben, was die Bullen dann auch tatsächlich getan haben!

Abgesehen von derartigen „Ereignissen am Rande" war der Schweigemarsch für die Bourgeoisie aufgrund der geringen Beteiligung kein Erfolg. Sie hatte aber immerhin in dieser Woche das politische Klima geschaffen, in dem die Faschisten meinten, es sei an der Zeit, aus ihren Löchern zu kriechen:

Am Mittwoch während der „Trauerfeier" wurde in der Innenstadt ein Flugblatt der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft" (DVG) verteilt, in dem diese sich selbst ganz offen als geeigneten Nachfolger für Hitler anpries und die Morde der SA und SS verherrlichte. Verantwortlich zeichnete ein gewisser Werner Braun, der in Karlsruhe auch schon mal für die „Jungen Nationaldemokraten" kandidiert haben soll.

Eine Genossin aus Karlsruhe

CDU fordert „Sicherheitsverwahrung" für „terroristische Gewalttäter"

„Sicherheitsverwahrung" - d. h. Fortsetzung des Knasts nach Verbüßung der Strafe auf unbestimmte Zeit - für „terroristische Gewalttäter" schon nach der ersten Verurteilung - das ist einer der herausragenden Punkte im Gesetzespaket „zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens", das die CDU/CSU am 5.5.77 nach längerer propagandistischer Vorbereitung in den Bundestag eingebracht hat.

Im Hintergrund dieser Forderung nach der „Sicherheitsverwahrung" - deren verschärfte Fortsetzung nur noch in der Wiedereinführung von KZs zu denken wäre - steht die Tatsache, daß in absehbarer Zeit die ersten „terroristischen Gewalttäter" - unter ihnen als erster Rolf Pohle - freigelassen werden müssen - eine für die Bourgeoisie sicher unangenehme Geschichte ...

Neben dieser Forderung nach „Sicherheitsverwahrung" enthalten die Gesetzesentwürfe der CDU/CSU all die Forderungen, die die CDU/CSU spätestens seit der Demonstration von Grohnde am 19.3.77 erhoben hatte:

- Verschärfung des Demonstrationsstrafrechtes: Es soll in Zukunft jeder Teilnehmer einer „gewalttätigen Demonstration" abgeurteilt werden können, ohne daß ein individueller Schuldbeweis erbracht werden muß.
- Die Gespräche zwischen Angeklagten und Verteidigern sollen überwacht werden können;
- Verkürzung der Dauer von „Mammutprozessen";
- Einschränkung der Möglichkeit, auf Bewährung aus dem Knast zu kommen;
- Erhöhung der Strafen für Geiselnahme und erpresserischen Menschenraub („SZ", 27.4.77).

Trotz vieler inhaltlicher Übereinstimmung (so z. B. in der Frage der Verteidigerüberwachung) scheinen die Regierungsparteien heute insgesamt nicht bereit zu sein, diesen Gesetzesentwurf mitzutragen.

Während die CDU/CSU die Gelegenheit ergreift, um sich als „Partei von Recht und Ordnung" zu profilieren, legt die SPD und FDP offensichtlich Wert darauf, nicht durch überhastete Maßnahmen auf der gesetzlichen Ebene den aufkeimenden Protest in der demokratischen Öffentlichkeit noch zu schüren.

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Bullenüberfall in Dortmund

Nachdem das Kollektiv der Dortmunder Bücherstube vor einiger Zeit eine Broschüre gegen den Paragraphen 88a und 130 herausgegeben hatte, standen seit dem 28. April ständig mehrere Polizeiwagen vor der Tür. Jeder Kunde wurde fotographiert und teilweise wurden Kunden und Mitarbeiter der Bücherstube verfolgt. Selbst nachts wurde die Bücherstube von Polizisten mit Kötern „bewacht".

Um sich dagegen zur Wehr zu setzen und Öffentlichkeit zu schaffen, beschloß das Kollektiv des Ladens kurzfristig, am Abend des 29.4. ein Anti-Observationsfest zu machen. - Gegen 21.00Uhr waren dann auch etwa 200 Menschen vor dem Laden versammelt, die feierten und zu Anti-AKW-Liedern tanzten. Um diese Zeit riegelten Polizeiwagen sämtliche Zufahrtsstraßen zum Laden ab und beobachteten zunächst das Geschehen. Gegen 22Uhr rückte dann eine Hundertschaft an und ging brutal gegen die Menge los. Vor allem die Musiker, die ungeschützt am Straßenrand standen, wurden herausgegriffen und zu den Polizeiwagen geschleppt. Knüppel und „chemische Keule" wurden eingesetzt; zwei Menschen mußten mit Augenverletzungen im Krankenhaus behandelt werden.

Die Demonstranten versuchten zunächst durch Hinsetzen das Abfahren der Polizeifahrzeuge zu verhindern nächst durch Hinsetzen das Abfahren der Polizeifahrzeuge zu verhindern, was aber nicht gelang. Danach bildete sich ein Demonstrationszug zum Polizeipräsidium, wo die Festgenommenen gerade entlassen wurden.

AntiFa aktuell

Mit einer neuen Wellen von Anschlägen und Schmierereien taten sich die Faschisten anläßlich des Hitler-Geburtstages und der Heß-Kampagne hervor: Mitte und Ende April wurden in Hannover in breitem Umfang Hakenkreuze und faschistische Parolen wie „Juda verrecke" und „Es lebe die NSDAP" geschmiert. Zusätzlich wurde der jüdische Friedhof mit teilweise metergroßen Parolen und Hakenkreuzen verschandelt und teilweise zerstört. Verantwortlich für diese Provokationen erklärte sich die „NSDAP/AO". Ein Zeuge, der die faschistischen Schweinereien beobachtete, wurde von drei Faschisten mit Schußwaffen bedroht. Inzwischen hat die Polizei einen 42jährigen Mann, der Mitglied der NPD ist, festgenommen. In seiner Wohnung wurden größere Mengen der benutzten Farbe, Flugblätter der „NSDAP/AO" und eine Pistole gefunden.

Auch in Hamburg/Harburg wurden am 4.5. auf dem neuen Friedhof über 50 Hakenkreuze geschmiert. Es ist damit allein in Hamburg die vierte Schändung mit faschistischem Dreck in wenigen Wochen.

***

An „Führers Geburtstag", dem 20. April, wurden die Scheiben des DKP-Büros in der Hamburger Osterbekstraße eingeschlagen. Als Visitenkarte hinterließen die Täter Aufkleber der „NSDAP/AO". Auf einer spontanen Protestversammlung vor dem Büro fanden sich 60 Menschen zusammen. (Nach dem Bericht eines DKP-Genossen).

***

Anfang des Jahres hatte die antifaschistische Wochenzeitung „die tat" Orte und Zeitpunkte für mittlerweile weit über 20 geplante Treffen der HIAG (Nachfolgeorganisation der SS) veröffentlicht und zu konkreten Schritten zu deren Verhinderung aufgerufen.

Mittlerweile hat es in mehreren Orten antifaschistische Aktionseinheiten gegeben, die zum Teil Erfolge zu verzeichnen hatten:

Radolfzell/Bodensee. Nach der Veröffentlichung des Termins des geplanten SS-Treffens bildete sich auf Initiative von VVN-Mitgliedern ein antifaschistischer Arbeitskreis, zusammen mit Jusos und Gewerkschaftern. Unter Mobilisierung der sammen mit Jusos und Gewerkschaftern. Unter Mobilisierung der bürgerlichen Presse (SPD-nah) und des Auslands (die Faschisten wollten ihr Treffen ersatzweise in der Schweiz durchführen) erreichten die Antifaschisten, daß die HIAG das Treffen absagte, obwohl bis zum Schluß der CDU-Bürgermeister für die Faschisten eintrat („tat", 13.5.77). Der Arbeitskreis ruft dazu auf, auch nach diesem Erfolg weiter wachsam zu sein.

Göppingen. Der Protest eines Arbeitskreises aus Mitgliedern von VVN, DGB, Jusos, Judos, Naturfreunde, amnesty international und dem Arbeitskreis Frieden führte dazu, daß der Hotelbesitzer in Wiesensteig der HIAG den Raum wieder entzog. Der Arbeitskreis will nun darauf achten, daß das Treffen auch nicht zu anderer Zeit an einem anderen Ort durchgeführt werden kann.

Dossenheim. VVN, SDAJ und der SPD-Ortsverein organisierten am 22. April eine Kundgebung gegen ein SS-Treffen. Auch die SPD-Delegiertenkonferenz Rhein-Neckar solidarisierte sich mit dem Protest („tat", 6.5.77).

Nassau. Für den 28.5. ist in Nassau/Lahn von Sozialdemokraten zu einer Demonstration gegen ein geplantes SS-Treffen aufgerufen worden.

Italien/Südtirol. Die regionalen Verbände der Widerstandskämpfer in Südtirol haben Aktionen gegen ein SS-Treffen angekündigt für den Fall, daß es nicht verboten wird.

Wittich. VVN, Jusos und Schüler eines Gymnasiums haben sich unter der Parole „Nazis raus aus Wittich" zu einer Aktion zusammengetan, mit dem Ziel, den NPD-Landesparteitag zu verhindern. Am 14.5. sollen ab 9 Uhr Informationsstände stattfinden mit anschließender Demonstration.
(Alle Angaben nach „tat", 6.5. und 13.5.77).

***

Für den 7. Mai hatten die „Jungen Nationaldemokraten" der NPD in Dachau – dem Standort eines der ersten Nazi-KZs – eine Demonstration geplant. Gegen diese ungeheure Provokation hatte die VVN zu einer Aktionseinheit aufgerufen, der sich ua. die Jusos Südbayern, die Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten, SPD-Mitglieder, Gewerkschafter und das „Anti-Strauss-Komitee" anschlossen.

Der SPD-Landesvorsitzende Rothermund protestierte genauso gegen die Faschistenprovokation wie der Dachauer Bürgermeister. International wurden die Proteste von der französischen Widerstandsorganisation FNDIRP unterstützt.

Unter diesem Druck verlegte die JN ihr Treffen nach Fürstenfeldbruck.

Aber auch dort wurden die Faschisten von mehreren Hundert Antifaschisten empfangen, die zuvor am Mahnmal Herbertshausen eine tifaschisten empfangen, die zuvor am Mahnmal Herbertshausen eine Kundgebung abgehalten hatten.

Trotz massiven Polizeischutzes und des Einsatzes von Gesichtsmasken, Kampfanzügen usw. gelang es den Faschisten nicht, ihre Kundgebung abzuhalten: Sie zogen sich mit Deckung massiver Polizeieinheiten nach Odelzhausen (bei Fürstenfeldbruck) zurück, wo sie, weitab vom Schuß ihre Landeskonferenz abhielten („tat", 13.5.77).

Fortsetzung von Seite 16

ausgeht, um den Rundfunk total gleichzuschalten, und um. z.B. im Rundfunk jedes kritische Wort über die Haftbedingungen zu unterdrükken.

Wie kann jemand bloß so ein Schwein sein? Nun, 1. ist dieses Schwein ein Sozialdemokrat. Als solcher m u ß es für ihn Selbstmord gewesen sein, weil ein nachweisbarer Mord an Ulrike Meinhof – oder nur der Verdacht, es könnte Mord gewesen sein, oder auch nur der Hinweis auf die Haftbedingungen – Proteste und Aktionen hervorrufen könnte. 2. fühlt sich dieses Schwein auch als „Mann". Und als solcher hat er wahrscheinlich bis heute nicht einmal ansatzweise begriffen, welch schwere Mitschuld er zweifellos an dem tragischen Entschluß von Ulrike hatte, „in den Untergrund zu gehen". Noch nach ihrem Tode „beschützt" er Ulrike auf pervers-chauvinistische Art und Weise, indem er sich anmaßt, als Interpret ihres Denkens und Wollens aufzutreten, während er den Kampfgefährten Ulrikes vorwirft, sie *„spannen Ulrike Meinhof auch nach ihrem Tode für ihre Ziele ein"*. Eben d i e Ziele, für die Ulrike tatsächlich zu kämpfen meinte und an deren Ende ihr Tod stand. Aber als „Mann" unter der Devise „Meine Frau tut sowas nicht" hält Röhl immer noch an der von ihm schon seit Jahren vertretenen Darstellung fest, Ulrike sei das arme Hascherl gewesen, das dumm und gutmütig in die Hände schlechter Menschen geraten sei. Die Tote kann sich dagegen nicht wehren, und der Leichenfledderer Röhl wird zweifellos noch oft sein grausiges Geschäft betreiben.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Rummel um „den Alten"

In sämtlichen Tageszeitungen vom 3.5.77 wird die jüngste Folge der Fernseh-Krimi-Serie „Der Alte" mit empörten Kommentaren bedacht. Aller Empörung voran die „Gewerkschaft der Polizei" und der Bund Deutscher Kriminalbeamter. Beide Gruppen empören sich scheinheilig, die im Film dargestellten Ermittlungsmethoden seien gesetzeswidrig; entsprechende Handlungen von Polizisten würden in Wirklichkeit zumindest mit einer Disziplinarstrafe, wenn nicht gar mit Entlassung geahndet.

Zu den Vorwürfen im Einzelnen:

– Der „Alte" warf im Film einem Verdächtigen ohne den Hauch eines Beweises an den Kopf: „Ich halte Sie für den Mörder!" Dazu meinte ein Polizeisprecher, in Wirklichkeit würde solch Verhalten mit einem Disziplinarverfahren bedacht. **Es war aber von keinem Verfahren die Rede, als im Rahmen der Fahndung nach den Buback-Mördern ein Mitglied eines Frankfurter Jugendzentrums sich bei einer Razzia von einem Bullen sagen lassen mußte: „Du hast den Buback erschossen, gib's doch zu" („Frankfurter Rundschau", 13.4.77).**

– Ein Polizist der Fernsehserie gab sich gegenüber einer Verdächtigen fälschlicherweise als Ausländerpolizist aus, um sich zu tarnen. Dies sei „Amtsanmaßung", jeder Polizist müsse sich korrekt ausweisen. **In Wirklichkeit ist es heute tagtägliche Praxis, daß die Bullen sich überhaupt nicht ausweisen, sondern stattdessen mit Vorliebe als „Dienstnummer" 4711 angeben. Das können Hunderte von AKW-Gegnern bezeugen und Tausende andere Menschen, die bei Razzien, Demonstrationen und Kontrollen in JZs betroffen waren. Und danach kräht kein Hahn!**

– Der „Alte" ließ den Verdächtigen immer wieder einsperren – ohne Schuldbeweis. Dafür würde ein Beamter in der Realität wegen Freiheitsberaubung suspendiert werden und mit einer Gefängnisstrafe rechnen müssen – so behauptete die „Bild". **Am 19.2.77 haben MEK-Polizisten in Wilster mehrere Demonstranten auf offener Straße gekidnappt, sogar ohne daß etwas gegen sie vorlag – Freiheitsberaubung! Aber die Landesregierung antwortet auf eine entsprechende Anzeige: „Sie (die Landesregierung) weist Angriffe gegen die Polizei zurück, die bei den Demonstrationen vom 19. Februar 1977 vorbildlich ihre Pflicht getan hat".**

Wir meinen: Gegen die rotzfreche Propagierung des Rechtsbruches durch Polizisten in der Fernsehserie „Der Alte" und in vielen anderen Kriminalserien (insbesondere in amerikanischen) müssen wir uns wehren. Der Protest der Polizei„gewerkschaft" jedoch ist geheuchelt und gelogen, weil genau die Verhaltensweisen, die sie scheinheilig als unrealistisch und diffamierend beklagen, seit langem trauriger Bestandteil des Polizeialltages sind.

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Ein Lied von Rosa und Ulrike

Wenn Rosa Ulrike träfe
die könnte sie gut verstehn
Rosa würde sagen: „Ulrike,
nun ist es wieder geschehn."

Rosa würde sagen: „Ulrike,
doch du hast Fehler gemacht."
Aber Rosa würde sagen:
„Ulrike, doch auch dich hat man - nur anders - umgebracht."

Und warum würde Rosa das sagen ?
Weil auch sie eine Staatsfeindin war
Rosa würde sagen: „Ulrike,
für die sind wir eine Gefahr."

Rosa würde sagen; „Ulrike,
mit uns ist es nicht vorbei."
Rosa würde sagen: „Ulrike,
einmal wird auch dieses Land noch frei."

Rosa würde sagen: „Ulrike,
die Fehler, die zähl'n jetzt nicht allein."
Rosa würde sagen: „Ulrike,
es ist schwer sich zu befrein."

Rosa würde sagen: „Ulrike,
es ist schwer sich in Deutschland zu befrein!"

Erich Fried

Vergleiche in Arbeitsgerichtsprozessen?

Im ARBEITERKAMPF 96 vom 10.1. war unter der Überschrift „Abfindungen – um den Betriebsfrieden zu erhalten" ein Artikel über die Fälle von zwei Kollegen erschienen, die aufgrund von Abfindungsvergleichen aus „ihren" Betrieben ausgeschieden waren.

Zur Bereitschaft der Arbeitgeber, die (nach „üblichen" Maßstäben) relativ hohen Abfindungen zu zahlen, wurde lediglich vermerkt, daß sich die Kapitalisten „nicht lumpen ließen, um eine weitere Auseinandersetzung in einem Kündigungsschutzprozeß zu verhindern".

Zu diesem Artikel ist uns von einem Rechtsanwalt, der Erfahrung bei der Führung von Kündigungsschutzprozessen hat, eine Kritik zugegangen, die wir im Kern für richtig halten und die wir im Folgenden auszugsweise abdrucken:

1. Aussage des Artikels
Der Unternehmer zahlt in Kündigungsschutzprozessen Abfindungen, um den „Betriebsfrieden" zu erhalten. Die Herstellung des Betriebsfriedens geschieht in der Entfernung von fortschrittlichen und kritischen Kollegen aus dem Betrieb, um die kapitalistische Ausbeutung ungestört betreiben zu können.

Diese Aussage ist richtig. Sie legt an, daß die Abfindung eine besondere F o r m der Durchsetzung des Rausschmisses ist. Sie ist das justizförmige Mittel seiner Durchsetzung, wenn die juristische Niederlage des Unternehmers wahrscheinlich ist. Sie ist daher eine besonders widerwärtige Form der Unterdrückung und Spiegelung gesellschaftlicher Machtverhältnisse, indem sich der Unternehmer vom Arbeiter auch dann freikaufen kann, wenn der Arbeiter nach gesetzlichen Maßstäben ein Recht zur beschäftigung hat. Der Arbeiter verkauft mit der Vereinbarung einer Abfindung nicht seine Arbeitskraft (höchstens für die Zukunft seine eigene und die seiner Kollegen für einen niedrigeren Preis als bisher), sondern sein Recht und seine Möglichkeit, in diesem Betrieb zu arbeiten, gegen die Ausbeutung zu kömpfen und den Widerstand zu organisieren. Mit der Abfindung tritt daher der Arbeiter aus dem Klassenkampf innerhalb jenes Betriebes heraus, dessen Bedingungen er besonders gut kannte und mit dessen Arbeitern er am engsten verbunden war.

Der Kauf setzt Käuflichkeit voraus, die mit dem Zwang zu notwendiger Reproduktion der Arbeitskraft nichts zu tun hat. Die Grundlage dieser Käuflichkeit ist der politische Opportunismus. Die geistige Haltung zu diesem Opportunismus ist der kleinbürgerliche Individualismus. Dem abgefunden Arbeiter erscheint der augenblickliche (Klein-)Besitz erstrebenswerter als die Klassensolidarität..Prinzipiell ist daher jedem Abfindungsangebot fest entgegenzutreten. Es ist die Aufgabe jeder revo-
erstrebenswerter als die Klassensolidarität..Prinzipiell ist daher jedem Abfindungsangebot fest entgegenzutreten. Es ist die Aufgabe jeder revo-
lutionären Organisation, ihren Mitgliedern und Kollegen in den Betrieben Klarheit über die Bedeutung der Abfindung zu verschaffen und sie im Widerstand gegen das Sich-Abfinden-Lassen zu festigen.

Mein erster Punkt der Kritik ist, daß eine Klarheit über die Abfindung bereits im zweiten Absatz des Artikels verloren gegangen ist. Abfindungen würden gezahlt, „um eine weitere Auseinandersetzung in einem Kündigungsschutzprozeß zu verhindern".

Die Unternehmer scheuen jedoch nicht die j u r i s t i s c h e n Auseinandersetzungen vor den bürgerlichen Gerichten, sondern ausschließlich die p o l i t i s c h e n Kämpfe in den Betrieben und auf der Straße und alles, was diese Kämpfe fördert. Der Streit in Prozessen kann nur untergeordnet förderlich sein und nur wenig die Unternehmer treffen, so daß sie auch Abfindungen niemals zahlen, um die juristische Auseinandersetzung zu verhindern. Die Geschäfte der Kapitalisten in Prozessen besorgen dafür bezahlte juristische Handlanger nebenbei.

2. Aussage des Artikels
Mit 10 000 DM Abfindung hätten die Edeka-Versicherungskapitalisten einen hohen Preis gezahlt, der die Begründung der Kündigung mit Rationalisierung und Kostenersparnis entlarven würde.

Durch die Verknüpfung einer ohnehin ständig drohenden erneuten Kündigung nach gewonnenem Kündigungsschutzprozeß mit einem für den Arbeiter imponierenden Betrag wird die Abfindung als Niederlage des Unternehmers ausgegeben: Wie sieht es damit aus?

Auch mit dieser Abfindung hat nur der Kapitalist ein Geschäft gemacht und der Kollege hat in seine eigene Niederlage noch eingewilligt. Wer wie ihr so argumentiert oder auch nur den Anschein solcher Argumentation zuläßt, entfernt sich vom Boden des wissenschaftlichen Sozialismus. Mit dem Kauf der schöpferischen Kraft des Arbeiters macht der Kapitalist das Geschäft seines Lebens. „Sobald die Arbeit des Arbeiters beginnt, hat sie bereits aufgehört, ihm zu gehören," sagt Karl Marx in Bezug auf kapitalistische Prokuktionsverhältnisse. Aber ebenso braucht das Kapital von Zeit zu Zeit eine Verringerung der Arbeitermasse: „Der industrielle Krieg (der Kapitalisten) hat das eigentümliche, daß die Schlachten in ihm gewonnen werden weniger durch Anwerben als durch Abdanken der Arbeiterarmee. Die Feldherren, die Kapitalisten, wetteifern untereinander, wer am meisten Industrie-Soldaten entlassen kann. Die Ökonomen erzählen uns allerdings, daß die durch Maschinen überflüssig gewordenen Arbeiter neue Beschäftigungszweige finden ... Gesetzt aber, daß die durch Maschinerie direkt aus der Arbeit Verdrängten und der ganze Teil der neuen Generation, der schon auf diesen Dienst lauert, eine neue Beschäftigung finden. Glaubt man, daß dieselbe so hoch bezahlt werden wird, wie die verlorengegangne? ... Wie könnte also eine Arbeitermasse, die durch Maschinerie aus einem Industriezweig herausgeworfen ist, in einem anderen Zuflucht finden, es sei denn, daß er niedriger, schlechter bezahlt ist?" (Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital, 1849)

Die Darstellung im Artikel leugnet an seinen beiden Beispielen praktisch diese Zusammenhänge und daß auch eine hohe Abfindung an dem Wesen
Die Darstellung im Artikel leugnet an seinen beiden Beispielen praktisch diese Zusammenhänge und daß auch eine hohe Abfindung an dem Wesen
der Entlassung nichts ändert und daß Entlassungen den Preis für die Arbeitskraft verringern. Im zweiten Beispiel scheint der Sieg des Kollegen Betriebsrat besonders ruhmreich zu sein, weil er eine noch höhere Abfindung erzielen konnte und „ohnehin seinen Job an den Nagel hängen" wollte. Wollt ihr bestreiten, was K.Marx dazu sagte:
„Der Arbeiter verläßt den Kapitalisten, dem er sich vermietet, sooft er will, und der Kapitalist entläßt ihn, sooft er es für gut findet, sobald er keinen Nutzen oder nicht den beabsichtigten Nutzen mehr aus ihm zieht. Aber der Arbeiter ... kann nicht die ganze Klasse der Käufer, d.h. die Kapitalistenklasse verlassen, ohne auf seine Existenz zu verzichten" oder wurde der Kollege für Redaktionsarbeit freigestellt

Jede Abfindung ist daher ein Sieg des „bei Strafe seines Unterganges" zu Rationalisierung und Entlassung von Arbeitern gezwungenen Konkurrenzkapitalisten und eine schwere Niederlage des Sich-Abfinden-Lassens und d e r politischen Linie, die an den konreten Beispielen weder ideologische Klarheit betreibt noch festen Widerstand zu organisieren sucht.

...

Ist nicht aber vielleicht doch die Höhe der Abfindung eine kleine Niederlage des Kapitalisten ?

Abfindungsvergleiche werden regelmäßig erst in einem fortgeschrittenen Stadium des Prozesses geschlossen. Der Kollege ist zu diesem Zeitpunkt häufig schon mehr als ein Jahr aus dem Betrieb. Würde der Unternehmer den Prozeß verlieren, müßte er von dem Zeitpunkt der Kündigung an den gesamten Arbeitslohn bei Verlust der Ausbeutung für diese Zeit zahlen. Ein Beispiel:

Die Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG kündigte einem Schlosser und Betriebsratsmitglied zum 31.3. 75. Sie verlor den Kündigungsschutzprozeß am 27.10.76 in zweiter Instanz und mußte ca. 40 000 DM Lohn nachzahlen.

Habt ihr schon mal gehört, daß einem Arbeiter eine solche Summe an Abfindung gezahlt worden wäre? Selbst Abfindungen von 10 000 DM und mehr widersprechen nicht meiner Feststellung im „Arbeitsrecht-info Nr.8", daß der Kündigungsrechtsstreit zum Abfindungsstreit mit Schleuderpreisen für die langjährig ausgebeutete Arbeitskraft verkommt. Auch relativ hohe Abfindungen sind völlig ungeeignet, Kündigungsgründe der Rationalisierung und der Kostenersparnis als „Vorgeschoben" zu entlarven, wie ihr behauptet habt.

...

Der Kritik, die dem prinzipienlosen Opportunismus des Artikels gilt, ist auch nicht entgegenzuhalten, die Gesetze würden eben den Kapitalisten dienen, die Diktatur der Betriebe sei brutal und ein gekündigter Kollege müsse sich irgendwann einmal um einen anderen Arbeitsplatz kümmern. Ihr wißt, daß er dies tun kann, ohne seinen früheren Arbeitsplatz aufgeben zu müssen. Am dümmsten wäre eine Erwiderung, die darauf hinweist, daß es in Einzelfällen besondere Bedingungen geben kann, die eine Abfindung auch politisch rechtfertigen könnten. Es kann immer solche besonderen Bedingungen geben. Sie muß man aber präzise benennen und an ihnen gerade klar machen, was das allgemeine Prinzip ist. Ein Job, den ein BR-Mitglied ohnehin an den Nagel hängen will, und eine Argumentation von Arbeitsrichtern und Kapitalisten, daß ohnehin eine
an den Nagel hängen will, und eine Argumentation von Arbeitsrichtern und Kapitalisten, daß ohnehin eine
erneute Kündigung drohe, sind keine solchen Bedingungen. Nur der kann sie für solche halten, dem das allgemeine Prinzip nicht klar ist oder der nichts für die Einsicht in dieses Prinzip tun will.

Die Bereitschaft zu Abfindungen ist prinzipiell falsch. Eine politische Linie, die relativ hohe Abfindungen (gemessen an den bürgerlichen Gesetzen) für eine Niederlage der Kapitalisten ausgibt, ist unverzeihlich. Wie soll sie Genossen und Kollegen in den Betrieben befähigen, nicht nur den „tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital" mutig und fest Widerstand zu leisten? Uwe Maeffert

Freiheitsberaubung gerichtlich sanktioniert

Zu je 3.600 DM ersatzweise 4 Monate Haft sind am 8. März zwei Anwälte vom Westberliner Landgericht wegen übler Nachrede gem. §186StGB verurteilt worden. Die üble Nachrede wird darin gesehen, daß die Anwälte im Rahmen der Interessenvertretung einer Mandantin eine Richterin der Freiheitsberaubung und Körperverletzung beschuldigt hatten.

In der BRD und Westberlin häufen sich in letzter Zeit Verfahren solcher Art, durch die linke oder auch nur konsequente Anwälte dazu „hingeschüchtert" werden sollen, bei offensichtlicher Mißachtung von Rechten der Mandanten durch die Gerichte nicht mehr offensiv aufzutreten (s. AK's Nr. 91/92 zum Prozeß gegen RA Schily). An solche Strafverfahren schließen sich dann die standesgerichtlichen Ehrengerichtsverfahren an (s. AK Nr. 97 „Linke Anwälte sind nicht mehr standesgemäß") – allein in Berlin laufen zur Zeit 300 (!) solcher Verfahren. Die autoritäre Staatsauffassung, die hinter solchen Maßnahmen steht, geben am besten die Worte des Richters des o.g. Urteils wieder: „*Es geht nicht an, als Rechtsanwalt den entscheidenden Richter, der eine andere Rechtsauffassung vertritt, der Freiheitsberaubung und der Manipulation zu bezichtigen. Durch dieses Verhalten und nicht umgekehrt, wie die Angeklagten behaupten, wird der demokratische Rechtsstaat gefährdet.*"

Aber auch die Hintergrundsgeschichte ist beispielhaft für die Rechtlosigkeit der Leute, die in irgendeiner Weise aus dem Rahmen der öffentlichen Ordnung fallen.

Die Mandantin der Anwälte, Frau K. führte in der Tat ein ungewöhnliches Leben. Nach ihrem Studium der Germanistik und der Kunstgeschichte warf sie ihre ganze bürgerliche Lebensweise über Bord und zog von nun an mit einem Kinderwagen, worin sie ihr gesamtes Hab und Gut verstaute, durch Berlin. Sie bettelte und hielt außerdem Passanten an, um mit ihnen über das Leben, die Gesellschaft usw. zu diskutieren. Diese Lebensweise, in der einerseits Elemente ganz „normaler" Stadtstreicherei aber andererseits auch intellektuelle Züge enthalten waren, machte Frau K. vom Aspekt der öffentlichen Ordnung aus nicht mehr kategorisierbar, was für sie bedeutet, daß sie von der Polizei aufgegriffen und in eine psychiatrische Anstalt zwangseingewiesen wurde.

Eine solche Maßnahme ist allerdings nach unseren Gesetzen nicht ohne weiteres möglich, da nach Art. 2 GG jeder das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit sowie auf Freiheit seiner Person hat; dieses Recht ist grundsätzlich unverletzlich, es kann nur auf Grund von Gesetzen eingeschränkt werden. Als einzig mögliche Grundlage hätte hier das Unterbringungsgesetz in Betracht kommen können; da aber die Voraussetzungen dieses Gesetzes nicht für den Fall der Frau K. zutrafen, fühlten sich die zuständigen Behörden zu folgender Konstruktion veranlaßt:

Daß Frau K. psychisch krank ist, zeigt die Tatsache, daß sie trotz ihrer akademischen Ausbildung zur Stadtstreicherin geworden sei. Diese psychische Krankheit (sie wurde einfach „Restschizophrenie" genannt – ein Begriff, der weder in der medizinischen noch psychologischen Wissenschaft existiert!) beinhalte, daß Frau K. nicht erkennen kann, daß es zu ihrem Wohle sei, wieder ein normales Leben zu führen. Die Behörden bestellten für Frau K. einen Pfleger, als Vertreter ihrer „objektiven" Interessen, d.h. der für sie in eine Einweisung und eine Behandlung mit Psychopharmaka einwilligte (hohe Dosen von Melleril und Haloperidol haben bei Frau K. zu lang anhaltenden Lähmungserscheinungen geführt).

Durch diese geschickte Konstruktion ist Frau K. also gar keine Person mehr, sondern erst dann wieder, wenn sie einen Pfleger hat, der für sie entscheidet – ja und dann lassen sich die Gesetze des bürgerlichen Rechtsstaates wieder spielend anwenden, weil der Pfleger ein Angestellter der Verwaltung ist; „Frau K. entscheidet" also nun nach staatlicher Auffassung von Recht und Ordnung.

Wenn nun Anwälte versuchen, gegen solche Praktiken rechtlich vorzugehen (hier sind die Anwälte durch alle Rechtsinstanzen gegangen), stoßen sie bei Richtern und Verwaltung nur auf taube Ohren; nennen sie das, was an der Frau geschieht beim Namen, nämlich Freiheitsberaubung und Körperverletzung, werden sie verknackt. Immerhin werden mittlerweile bei Teilen der fortschrittlichen Richterschaft Stimmen laut, daß die oben geschilderten Einweisungspraktiken sich nicht mehr mit dem GG vereinbaren ließen. Aber dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es systemimmanente Tendenz unseres Staates ist, Leute, die das Bild der öffentlichen Ordnung stören, einfach aus der Öffentlichkeit zu entfernen und in irgendwelchen Anstalten verschwinden zu lassen. Entsprechend hoch werden dann die sanktioniert, die versuchen, diese gewollte Nicht- Öffentlichkeit wieder öffentlich zu machen.

Eine Genossin des SSB/Jura aus Westberlin

26.5.: Prozeß gegen den KB

26.5.: Prozeß gegen den KB

aufgrund der Brokdorf-Berichterstattung

Wie wir schon in ARBEITERKAMPF 102 berichteten, erhielt der presserechtlich Verantwortliche des KOMMUNISTISCHEN BUNDES mit Datum vom 21.3.77 einen Strafbefehl vom Amtsgericht Itzehoe.

Für ein Flugblatt über den Polizeieinsatz am 30.10.76 in Brokdorf, der zur Räumung des Platzes führte, sollen wir 1.800 DM bezahlen oder Kai Ehlers (der presserechtlich Verantwortliche für den KB) soll für 60 Tage ersatzweise in den Knast gehen. Begründung: Mit dem Flugblatt hätten wir am 9.11. andere (sprich die Polizei, Anm. AK) beleidigt ...

Über unseren Einspruch soll nun am 26.5.77 vor dem Amtsgericht Itzehoe um 13 Uhr verhandelt werden!

Neben unserer Vorbereitung auf diesen Prozeß muß durch eine entsprechende Öffentlichkeit verhindert werden, daß es der Klassenjustiz gelingt, die unglaubliche Polizeibrutalität am 30.10.76 und unser Widerstandsrecht gegen Atomanlagen zu bestreiten, indem dem Strafbefehl stattgegeben wird.

In diesem Sinne begrüßen wir eine Resolution der Marschenkonferenz, in der es u. a. heißt:

„Stellvertretend für die breite Berichterstattung in Presse, Fernsehen, Radio und Infos der BUU bekommt Kai Ehlers ... einen Strafbefehl ... Uns ist klar, daß bei den laufenden Prozessen nicht die Einzelpersonen wie Fritz Storim, Jens Pommerenke oder Kai Ehlers vor der Anklagebank stehen, sondern die gesamte AKW-Bewegung.

Wir werden deshalb in Itzehoe zum Prozeß gegen Kai mobilisieren und Gegenöffentlichkeit schaffen. Auch Zeugen und Beweise für die Richtigkeit der Kritik werden beschafft werden müssen."

An dieser Stelle fordern wir noch einmal alle AKW-Gegner auf, sich mit den jeweilig von der Kriminalisierung Betroffenen zu solidarisieren und die einzelnen Fälle darzustellen und zu veröffentlichen; um auch gerade anläßlich der ersten Prozesse gegen einzelne AKW-Gegner eine entsprechende Öffentlichkeit – auch direkt in der Verhandlung zu schaffen.

Solidarität mit Kai Ehlers und allen anderen verfolgten AKW-Gegnern! Kommt am 26. Mai zum Prozeß nach Itzehoe!

211,90 DM Bußgeld wegen Stellschild

Einen Bußgeldbescheid über DM 211,90 bekam ein Genosse, weil er beim Verkauf vom ARBEITERKAMPF in der Emder Innenstadt Stellschilder als Agitationshilfe aufgestellt hatte.

Dieses Vorgehen der Justiz bedeutet eine weitere Einschränkung der Meinungsfreiheit unter dem Vorwand eines Verstoßes gegen das Straßennutzungsrecht. Verkäufer von linken Zeitungen sollen durch hohe Geldbußen eingeschüchtert werden; die Verbreitung von fortschrittlichen Zeitungen soll durch drastische Geldstrafen verhindert werden.

Wir werden uns unser Recht auf freie Meinungsäußerung nicht nehmen lassen und haben inzwischen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid eingelegt.

KB/ Gruppe Emden

600 DM Strafe wegen Protest auf einer CDU-Veranstaltung!

Am 4. und 13. April fanden vor dem Flensburger Amtsgericht zwei Verhandlungen gegen eine Frau statt, die beschuldigt wurde, eine CDU-Kundgebung mit Kohl gestört zu haben. Diese Kundgebung hatte am 7. September 1976 stattgefunden; von den 2.000 Teilnehmern hatten über die Hälfte mit Sprechchören und Pfeifkonzerten gegen den Kohl-Auftritt protestiert. Nun wurde die Frau zu einer Geldstrafe von 600 DM verknackt, nachdem sie vorher einen Strafbefehl von 800 DM erhalten hatte, gegen den sie Widerspruch einlegte. Zu den 600 DM kommen noch Verfahrenskosten usw. hinzu, so daß sich die tatsächliche Summe auf ca. 1.200 DM beläuft. Der Frau wurde in dem Prozeß vorgeworfen, gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben. Sieben Bullen wurden als Zeugen aufgeboten. Dabei ging es hauptsächlich um ein Megaphon, das sie eingesetzt haben soll, um „grobe Störungen" zu verursachen.

Im wesentlichen stützte sich das Gericht auf die Aussagen des Einsatzleiters Kirst, der immerhin einige interessante Fakten zu Tage förderte: Er habe alles ganz genau gesehen, von einer am Nordermarkt (Kundgebungsort) gelegenen Wohnung aus. Von da aus, einer eigens von den Bullen zum Zweck der Bespitzelung von Kundgebungen angemieteten Wohnung, wurde der Polizeieinsatz geleitet. Fotografiert wurde natürlich ebenfalls, aber die Bullen waren trotzdem nicht in der Lage, in dem Prozeß die Angeklagte „belastendes" Fotomaterial vorzulegen.

Daß Kohl auf dieser Kundgebung wie immer kräftig gegen die Linken gehetzt hatte – „die Jugendlichen müssen von der Straße geholt werden, damit sie nicht solchen linken Rattenfängern wie Ihnen auf den Leim gehen!" – interessierte das Gericht schon gar nicht.

KB/ Gruppe Flensburg



Klassenjustiz

Der Schauprozeß

Am 28.4.77 wurden Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin wegen angeblichen Mordes und Mordversuchs, Sprengstoffverbrechen und der Gründung einer „kriminellen Vereinigung" zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt. Damit endete der zweijährige Stammheimer Prozeß, bei dem das Urteil nicht nur nach unserer Behauptung von vornherein feststand. Einer der wenigen noch liberalen Richter charakterisierte dies mit dem zynischen englischen Spruch: „Give him a fair trial and hang him!" (Gib ihm einen fairen Prozeß und häng ihn auf). Im Ausland rief dieser Prozeß zu recht Erinnerungen an die Nazi-Justiz wach, und er wurde kommentiert mit Überschriften wie „Hexenjagd in Deutschland", Dampfhammer gegen eine Hornisse" usw.

Der Stammheimer Prozeß wurde vom Staat aber vor allem auch als Begleitmusik zur Durchsetzung einer

hammer gegen eine Hornisse" usw.

Der Stammheimer Prozeß wurde vom Staat aber vor allem auch als Begleitmusik zur Durchsetzung einer

Vielzahl reaktionärer Maßnahmen genutzt. Von der weitgehenden Liquidierung der Verteidigerrechte bis zu internationalen Verträgen über die „Bekämpfung des Terrorismus".

Im folgenden wollen wir noch einmal die wesentlichen Stationen dieses Prozesses nachzeichnen.

Beschränkung der Verteidigerrechte von Anfang an

Noch vor Beginn des Prozesses und bereits dreijähriger „Untersuchungshaft" der Gefangenen wurde mit dem Ausschluß von Verteidigern begonnen: am 16.4.75 Groenewold, am 2.5.75 Croissant, am 16.5.75 Ströbele (gegen alle drei laufen auch Strafverfahren nach § 129, „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung"). Sie wurden entfernt, weil man ihnen eine bis heute nicht bewiesene strafbare Zusammenarbeit mit ihren Mandanten vorwarf. Um die „Rechtsstaatlichkeit" dieses Vorgehens zu wahren, wurden flugs im parlamentarischen Sprint eigens dafür gemachte Gesetze verabschiedet. Das Wort vom „Stammheimer Landrecht" kam auf. Für den Ausschluß von Rechtsanwalt Ströbele wurde ein Brief von ihm vom Februar '73 herangezogen, in dem er die Angeklagten aufforderte, sich „mal grundsätzliche Gedanken zur Funktion der Anwälte" zu machen, und hinzufügte, daß diese „wohl kaum ... als Speerspitze der Revolution oder der RAF" dienen könnten. Richard Schmidt, bis zu seiner Pensionierung Präsident eben jenes Stuttgarter Oberlandesgerichts, vor dem die RAF-Angeklagten standen, schrieb recht offen in der „Stuttgarter Zeitung": *„Daß das Prozeßgericht selbst über die Zulässigkeit des Auftretens eines zugelassenen Anwalts entscheiden darf, hat es seit dem Volksgerichtshof nicht mehr gegeben."*

Andreas Baader war somit die ersten Prozeßtage ohne einen Verteidiger seiner Wahl. Lediglich zwei ihm vom Gericht aufgezwungene Anwälte waren anwesend.

Am 23.6.75 werden auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft Büros und Wohnungen der ausgeschlossenen Anwälte durchsucht, Ströbele und Croissant verhaftet. Stereotype Begründung: „Verdacht der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung". In Heidelberg wird das Büro der in Stuttgart-Stammheim G. Ensslin verteidigenden Anwältin Marie-Luise Becker durchsucht. Um sich einen Einblick in die Prozeßführungspläne der Verteidiger verschaffen zu können, werden Unterlagen aus laufenden Prozessen mitgenommen.

Kurze Zeit später müssen die Rechtsanwälte wieder freigelassen werden. Croissant wird später noch einmal verhaftet, dann wieder gegen Kaution freigelassen. Bis Dezember 1976 laufen gegen alle Rechtsanwälte, die im RAF-Prozeß verteidigt haben, Ehrengerichtsverfahren (bis auf Schily). Bis zum Ende des Prozesses können sich lediglich zwei

wälte, die im RAF-Prozeß verteidigt haben, Ehrengerichtsverfahren (bis auf Schily). Bis zum Ende des

Prozesses können sich lediglich zwei Wahlverteidiger halten: Schily und Heldmann.

Ziemlich zu Beginn des Prozesses stellt Heldmann, der neue Wahlverteidiger Baaders, den Antrag, man möge die Verhandlung um zehn Tage unterbrechen, damit er Gelegenheit habe, sich wenigstens die allernotwendigsten Informationen für die Verteidigung seines neuen Mandanten zu besorgen. Der zweite Strafsenat lehnt den Antrag ab. Heldmann erinnerte in seiner Erklärung vor Gericht an die ungeheuerliche Tatsache, daß Generalbundesanwalt Buback in seinem Interview mit dem „Stern" (24/75, S. 128) Baader eine ausreichende Verteidigungsmöglichkeit rundweg abgesprochen hatte – ein Vorgang, der in „normalen bürgerlichen Demokratien" sofort zum Rücktritt des „Obersten Anklägers" geführt hätte.

Erst Ausschluß der Verteidiger, dann Ausschluß der Angeklagten selbst

18.6.75: Ulrike Meinhof fordert für sich und die anderen drei Genossen eine ärztliche Untersuchung durch Ärzte ihres Vertrauens. Das Gericht antwortet mit offenem Hohn: „Frau Meinhof und Herr Baader haben bislang nicht erkennen lassen, daß bei ihnen schwere geistige und körperliche Schäden vorliegen."

Als schließlich und endlich das Gericht sich doch dazu gezwungen sieht, seine Zustimmung zur Begutachtung der Angeklagten durch unabhängige Ärzte zu geben, stellten diese fest, was eh' schon der berühmte „Blinde mit dem Stock" sehen konnte: daß alle vier Angeklagten sich in einem allgemeinen Erschöpfungszustand befanden; sie litten unter Konzentrationsschwäche, leichter Ermüdbarkeit und teilweise an Schwindelgefühl. Die Gutachter kamen zu dem Ergebnis, daß die Verhandlung nur an drei Tagen pro Woche für jeweils drei Stunden durchgeführt werden konnte. Ausschlaggebende Ursache für den schlechten Gesundheitszustand der Gefangenen war nach Meinung der Gutachter die Isolationshaft. Statt den Prozeß zwecks ärztlicher Behandlung der Angeklagten für einige Wochen auszusetzen, sieht das Oberlandesgericht Stuttgart in Übereinstimmung mit dem Bundesgerichtshof die Anwendung des neu geschaffenen § 231 STPO als erforderlich an, obwohl der Bezug darauf völlig willkürlich ist. § 231a STPO besagt, daß auf die Anwesenheit des Abgeklagten verzichtet werden kann, wenn dieser sich vorsätzlich und schuldhaft in einen Zustand der Verhandlungsunfähigkeit versetzt hat und dadurch bewußt die ordnungsgemäße Durchführung oder Fortsetzung der Hauptverhandlung vereitelt. Daß die alleinige Verantwortung für die Isolationshaft beim BKA und den anderen Staatsschützern liegt und nicht bei den Angeklagten, ist offensichtlich. Die Staatsschützer konstruieren jedoch eine „besondere Gefährlichkeit" der Angeklagten, daraus leiten sie die Notwendigkeit der Isolationshaft ab, ergo: die Angeklagten sind selber schuld, warum sind sie halt so „gefährlich". Außerdem begegnet Oberstaatsanwalt Zeiss dem Vorwurf der langjährigen totalen Isolation der Gefangenen damit, daß Baader, Ensslin, Meinhof und Raspe ja durch einen Zentimeterschlitz in der Tür von Zelle zu Zelle Rufkontakt gehabt hätten – soll man dieses öffentlich vorgetragene „Argument" eines erwachsenen Menschen wirklich als ernsthaft betrachten?

Konsequenz: die Angeklagten werden aus ihrem Prozeß ausgeschlossen, er läuft vorerst ohne sie weiter ab – ein Geisterprozeß!

Am 28.8.75 enthüllt Rechtsanwalt Schily einen weiteren Skandal: In Bruchsal ist bereits vor Abschluß des Prozesses ein Trakt mit acht Isolierzellen gebaut worden. Generalbundesanwalt Wunder: „blanke Spinnerei". Am nächsten Tag gibt er zu, daß dieser Trakt gebaut wurde ... allerdings nicht für die Angeklagten (!). Welch ein Zufall, daß es sich gerade um acht Zellen handelte: Vier Genossen standen in Stammheim vor Gericht; zu Beginn des Baus lebte auch Holger Meins noch; der zweite Prozeß in Kaiserslautern gegen die Genossen Grashoff, Jüschke, Grundmann hatte gerade begonnen. Der Antrag Schillys, das Verfahren einzustellen, weil hierdurch die Vorverurteilung der Angeklagten überdeutlich feststand, wurde abgelehnt.

Abgelehnt wurde auch der Beweisantrag Schily's vom 5.5.76, den ehemaligen US-Präsidenten Nixon und verschiedene US-Militärs als Zeugen zu vernehmen: die Verteidigung wollte damit beweisen, daß vom Heidelberger US-Hauptquartier aus über einen Computer Bombenangriffe gegen das vietnamesische Volk gesteuert wurden, und daß die Zerstörung dieses Computers durch einen Bombenanschlag der RAF im Mai 1972 mithin eine Aktion gegen die Kriegsverbrechen der USA war.

„Kronzeugen": gekaufte Aussagen

Die offene Verhöhnung des bürgerlichen Rechtsstaates wurde weiterhin deutlich an der „Kronzeugen"-Frage. Die bürgerliche Presse jubelte von einer „sensationellen Wende im BM-Prozeß", als bekannt wurde, daß Gerhard Müller als „Kronzeuge" aussagen würde.

Es kann aufgrund von Zeugenaussagen angenommen werden, daß Müller in Hamburg den Polizisten Schmid erschossen hat. Vom Bundesjustizministerium wurden diese Akten zur „Geheimsache" erklärt, damit die Staatsanwaltschaft im Strafverfahren gegen Müller vor dem Landgericht Hamburg Freispruch von der Mordanklage beantragen konnte.

Müller fing dann bereitwillig an, Geschichten zu erzählen. So behauptete er z. B., Andreas Baader hätte die seit 1971 vermißte Ingeborg Barz durch „Genickschuß hingerichtet"; bis bald darauf herauskam, daß Ingeborg Barz noch 1973 und 1974 mehrfach gesehen worden war, zu einer Zeit also, als Baader schon lange verhaftet war. Rechtsanwalt Ströbele sagte vor Gericht als Zeuge aus, daß Müller ihm detailliert geschildert habe, in welcher Weise ihm Vernehmungsbeamte Straferlaß, Geld und Pressekontakte angeboten hätten, sofern er aussage. Dabei war von einem Strafrabatt von 50 % die Rede. Auch aufgrund der belastenden Aussage solch eines Vogels wie Müller wurde Ströbele vom Verfahren ausgeschlossen!

Mit dem nächsten Kronzeugen, Dirk Hoff, sollten Reinfälle wie bei Müller nicht passieren; er sollte perfekter auftreten. Nur – er erschien einfach zu perfekt. Während er in seiner mehrstündigen Aussage vor Gericht alle technischen Vorgänge sehr frei erläuterte, hielt er sich bei der Schilderung aller angeblichen Erlebnisse mit Gruppenmitgliedern wörtlich an den Text früherer Protokolle, die zudem noch in der typischen Amtssprache der Juristen gehalten waren. Nach Aussagen eines Zellennachbarn, Gerd Jacob, hat Hoff die belastenden Aussagen damit begründet, das Bundeskriminalamt habe ihm gedroht, seiner amerikanischen Freundin die Aufenthaltserlaubnis zu entziehen. Im Falle eines Geständnisses aber könne man ihm helfen, nach seiner Freilassung eine sichere Existenz in den USA aufzubauen.

Von diesem Zeugen Jacob wußten lange Zeit nur das Gericht und die Bundesanwaltschaft. Der Verteidigung wurde bewußt der wichtige Aktenteil vorenthalten, in dem Jacob sich zur Aussage bereit erklärte. Der aus diesem Grund gestellte Befangenheitsantrag gegen Prinzing wurde natürlich abgelehnt!

Schon im AK 62 wurde ausgeführt, daß mit der Einführung eines „Kronzeugen" das Spitzelwesen in den linken Gruppen ungeheuer vorangetrieben werden soll, indem Spitzel und Provokateure als „Kronzeugen" straffrei bleiben.

Prinzings Ende

Das Plädoyer der Bundesanwaltschaft im Oktober '76 stützt sich in wesentlichen Teilen auf die „Zeugenaussagen" Gerhard Müllers, was anzeigt, daß die Indizienkette doch nicht so „lückenlos" sein konnte, wie behauptet wurde. Sogar der Tod von Ulrike Meinhof, der trotz seiner Ungeklärtheit nach wie vor als „Selbstmord" dargestellt wird, wurde ausgeschlachtet, um die Angeklagten als „Kriminelle" zu diffamieren, denen die Genossin Ulrike „aufgesessen" sei. Das Gericht hatte auch mit der Ablehnung der Verteidigeranträge auf Aussetzung der Verhandlungen nach dem Tod Ulrike Meinhofs bewiesen, daß ihm nicht einmal Leben oder Tod der Angeklagten das geringste ausmachten.

13.12.76: Die Verteidiger geben eine Pressekonferenz, auf der sie gegen die „Hosenladenverordnung" protestieren. Bei der Durchsuchung der Rechtsanwälte auf dem Weg zu ihren Mandanten wurde von ihnen verlangt, erstens die Schuhe auszuziehen, zweitens die Hose zu öffnen! „Begründung" der neuen Schikane: Es seien Fotos aus Stammheimer Zellen bei der Festnahme Haags gefunden worden. Das Croissant-Büro wies die Behauptung zurück: die Bilder waren bei einem Mitarbeiter des Croissant-Büros gefunden worden. Es waren Portraitbilder der RAF-Genossen, die am 17.12.76 von der Internationalen Untersuchungskommission zur Feststellung der Todesursache von Ulrike Meinhof begutachtet werden sollten. Die Bilder zeigen so enge Maschendrahtgitter, daß der aus Handtüchern gebildete Strick nur mit Werkzeug ins Gitter einzufädeln gewesen wäre. Entsprechende Werkzeuge wurden nie gefunden.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß der frühere Wahlverteidiger Ulrike Meinhofs, Professor Azzola, gut zwei Monate nach ihrem Tod, am 20.7.76 die Verteidigung niederlegte. Azzola, der dann G. Ensslin verteidigte, fühlte sich nach eigenen Aussagen von der Bundesanwaltschaft verfolgt. Gegenüber der „Frankfurter Rundschau" erklärte er: „In diesem Verfahren kann man nicht mehr angstfrei reden. Und ohne freies Wort gibt es keine Verteidigung".

9.1.77: Pressekonferenz der Wahlverteidiger. Es wird enthüllt, daß Albrecht Mayer, Mitglied des 3. Strafsenats des BGH, zuständig für alle Beschwerden der Verteidigung, vertrauliche Prozeßunterlagen aus Stammheim, die nicht einmal den Verteidigern bekannt waren, an den Chefredakteur der „Welt", Kremp, schickte. Ziel: Ausschluß des Wahlverteidigers Schily aufgrund von Aussagen des „Kronzeugen" Gerhard Müller. Mayer forderte diese vertraulichen Unterlagen von Prinzing an, der sie ihm zuschickte, ergänzt mit handschriftlichen Anmerkungen gegen Schily. Mayer wird strafversetzt, das ist alles. Am Rande sei erwähnt, daß dieser 3. Strafsenat jetzt zuständig dafür ist, ob die eingelegte Revision der Verteidigung berechtigt ist.

21.1.77: Prinzing will in einem Telefongespräch Pflichtverteidiger Künzel überreden, einen Befangenheitsantrag gegen ihn zurückzuziehen. Prinzing in dem Gespräch: er unterscheide zwischen „diesen" (Pflichtverteidigern) und „jenen" Anwälten (Wahlverteidigern). Ein Antrag eines Wahlverteidigers sei ihm relativ schnuppe, während ihn Künzels Antrag schwer getroffen habe. Daraufhin wird der 8.. (!) Befangenheitsantrag gegen Prinzing gestellt, diesmal mit Erfolg. Vorher hatte er neben der ständigen Behinderung der Verteidigung nachweislich Protokolle gefälscht. Neuer Vorsitzender Richter wurde Eberhard Foth; er wurde als einziger Beisitzender Richter in Stammheim – erfolglos – von den Wahlverteidigern für befangen erklärt, weil er sein Mißfallen gegen deren Anträge allzu deutlich geäußert hatte.

Anfang März wird bekannt:

gen deren Anträge allzu deutlich geäußert hatte.

Anfang März wird bekannt:

22 Tage lang waren Gespräche zwischen den Stammheimer RAF-Genossen und ihren Verteidigern abgehört und mitgeschnitten worden. Verantwortlich: Innenminister Schieß und Justizminister Bender aus Baden-Württemberg. Staatssekretär Schüler bestätigt, daß der BND beteiligt war. Erklärung der Anwälte:

1.) Sie werden im Stammheimer Prozeß nicht mehr als Verteidiger auftreten, allerdings nach wie vor die Gefangenen verteidigen, um den Charakter des Schauprozesses deutlich zu machen.

2.) Klage auf Herausgabe der Tonbänder.

3.) Die Abhöraktion hat bewiesen, daß die Geheimdienste jederzeit ungehindert Zutritt zu den Zellen der RAF-Gefangenen hatten. Dadurch wird die These von der Ermordung Ulrike Meinhofs erhärtet.

29.3.77: Erneuter Hungerstreik der Stammheimer Genossen, u. a. stellten sie die Forderungen: Behandlung nach den Mindestgarantien der Genfer Konvention, Abschaffung der Isolation und der Gruppenisolation; die Untersuchung des Todes von Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof durch eine internationale Untersuchungskommission (zur gesamten Erklärung der RAF siehe AK 102).

7.4.77: Ohne den Schimmer eines Verdachts wird anläßlich der Buback-Erschießung über die Stammheimer Häftlinge verschärfte Isolation verhängt; ein Racheakt.

28.4.77: Das Urteil wird verkündet. Richter Foth fühlte sich bemüßigt, auszurufen: „Manche werden fragen, wo bleibt die Politik? Dort, wo sie hingehört: Draußen vor der Tür des Gerichtssaals."

Daß dieser Prozeß nichts mit Politik zu tun gehabt hätte, wird indes keinem ernsthaften Menschen weiszumachen sein. Was dieser Prozeß demonstrieren sollte, hat u.a. Bundesanwalt Wunder selbst recht klar ausgedrückt: „Ein Widerstandsrecht gegen den Rechtsstaat, der jede Kritik toleriert und Möglichkeiten zu Reformen bietet, gibt es nicht."

IKAH-Hamburg

EEN DUITS PROCES

EEN DUITS PROCES



„Tief gesunken ist das Land, wo die Rechtsprechung kriminelle Züge zeigt" – so kommentierte der Karikaturist Opland in der niederländischen (links-) sozialdemokratischen Tageszeitung „Volkskrant" (29.4.) den BM-Prozeß!

Nachrichten aus dem Knast

Hungerstreik in Werl

Am 1. Mai sind in Werl über 30 Gefangene in einen dreitägigen Hungerstreik getreten, um ihrer Forderung nach Abschaffung der Isolierstation B I Nachdruck zu verleihen. Als der Hungerstreik in Werl bekannt wurde, schlossen sich eine ganz Reihe weiterer Gefangener an. Nach bisher vorliegenden Informationen waren über 50 Gefangene im Hungerstreik.

Unter der gleichen Forderung hatten bereits vom 23. bis 27.3.77 15 Gefangene gestreikt. Er wurde abgebrochen, als ein nach B I „strafversetzter" Gefangener zurückverlegt worden war. (siehe AK 103).

Anläßlich des jüngsten Streiks gaben die Gefangenen eine Erklärung ab, in der sie noch einmal ziemlich drastisch die Zustände in B I schildern (siehe auch AK 101). Davon nur einige Beispiele: *„Der Gefangene Hans Latnörg war fast ein Jahrzehnt in B I. Er ist schizophren (sagen die Psychiater). Weil das Bett im Landeskrankenhaus Eikelborn am Tag 25 Mark mehr kostet, wurde er in B I „verwahrt" und abgespritzt. Niemand half ihm. Niemand kümmerte sich um ihn. Zuletzt war er auf 45 kg abgemagert, aß sehr selten und war nicht mehr in der Lage, seine Notdurft selbst zu verrichten. Er mußte – das ist wörtlich zu nehmen – in der eigenen Scheiße liegen."*

Niemand half ihm. Niemand kümmerte sich um ihn. Zuletzt war er auf 45 kg abgemagert, aß sehr selten und war nicht mehr in der Lage, seine Notdurft selbst zu verrichten. Er mußte – das ist wörtlich zu nehmen – in der eigenen Scheiße liegen."

„Der Psychologe Schloplick: ... ‚Unheilbare Fälle. Denen können wir beim bestem Willen nicht helfen. Die sind hier auf dem toten Gleis. Zu diesen Gefangenen gehört bespielsweise unser Kollege Ali Atalay, 40 Jahre, Vater von vier Kindern, Lebenslänglicher. Er soll 1973 Selbstmordabsichten geäußert haben. Dann fing er an, nachts zu sprechen in seiner Einzelzelle, sich mit dem Lautsprecher zu unterhalten. Zweimal zerschlug er auch das Zellenfenster. Da haben sie ihn in die Isolierstation verschleppt. Da sitzt er nun schon seit 1973. Da wird er nur „ruhiggestellt", mit einem speziellen Präparat abgespritzt. Jetzt ist er völlig apatisch, hat die Zähne verloren und hält schon freiwillig den Arm zum Spritzen hin ... An Atalay wird die „Langzeitwirkung eines Mittels" erprobt (Diplompsychologe Rathert)."

„Unsere Forderungen: Schluß mit den Willkürakten in Werl, Schluß mit den Arreststrafen vom Fließband durch die Herren Ihle, Neu, Mühle, Anders, Hübner! Abschaffung der psychiatrischen Isolierstation B I; Verbringung der Kranken in anständige Krankenhäuser, wo man ihnen helfen kann; Abschaffung der Spezialisolierzellen; Abschaffung der Isolierhaft – für alle Gefangenen!"

Zwei Tage vor Beginn der Streiks wurden drei Gefangene verschleppt. Von zweien weiß man noch nicht, wohin. Einer von ihnen ist Manfred Becker (verg. AK 103), dessen Rückverlegung aus BI im letzten Hungerstreik durchgesetzt worden war. Der dritte Gefangene ist Peter-Paul Zahl. Er wurde – ohne Anwalt oder Verwandte benachrichtigen zu können – nach Bochum verlegt. Bei der Gelegenheit wurden wieder einmal Bücher, Schreibmaschine, Zeitschriften, Zeitungen, Briefe „zur Habe" genommen. Die Initiativgruppe Peter Paul Zahl verschickte dazu nebenstehendes Gedicht. PP's neue Anschrift lautet: JVA, Krümmede 3, 463 Bochum

Die Broschüre JVA Werl gibt es über den „Anderen Buchladen", Zülpicherstr. 197; 5000 Köln 41

• • •

Dachbesteigung in Tegel

Am 1. Mai stiegen drei Gefangene des Hauses III Bernd Brzozowski, Jürgen Ische und Gert Brall auf das Dach des Tegeler Gefängnisses. Sie verlangten die Rückverlegung der Mitgefangenen Drowski, Neuendorf und Sontag. Diese drei, die die unzensierte Gefangenenzeitung „Durchblick" herausgeben, waren in die Untersuchungshaftanstalt Moabit verlegt worden, eben weil sie diese Gefangenenzeitung machen. Sie befinden sich dort seit Anfang April im Hungerstreik und haben einen Durststreik angekündigt. Die zweite Forderung war die Bekanntgabe eines 55 Punkte umfassenden Kataloges von Forderungen, die die **„im Strafvollzugsgesetz garantierten Rechte"** beinhalten, sowie ein Gespräch mit dem angeblich liberalen Justizsenator Baumann und eine Zusage, nach der Dachbesteigungen nicht gemaßregelt zu werden.

Als ein Anwalt zur Vermittlung erschienen war, gab der Leiter von Haus III, Maier sein Ehrenwort, der Gefangene Brzozowski dürfe nach einem Gespräch mit dem Anwalt zu-

steigungen nicht gemaßregelt zu werden.

Als ein Anwalt zur Vermittlung erschienen war, gab der Leiter von Haus III, Maier sein Ehrenwort, der Gefangene Brzozowski dürfe nach einem Gespräch mit dem Anwalt zu-

nächst ungehindert wieder auf's Dach. Doch der „Ehrenmann" brach sein Ehrenwort. Auch der Justizsenator lehnte jedes Einlenken ab, nicht einmal zu Verhandlungen mit dem Anwalt Brzozowski's war er bereit. Statt dessen wurden die beiden anderen Gefangenen in einem Großeinsatz von Polizei und Feuerwehr vom Dach geholt. RA Ziegler dazu: *„Es wurde die Gefahr in Kauf genommen, daß Menschen umkommen, obwohl die Forderungen offensichtlich gerechtfertigt waren. Darüberhinaus ist in der Zukunft jede Möglichkeit, in einer ähnlich Konfliktlage unter Einschaltung der Anwälte zu verhandeln und eine ungefährliche Konfliktlösung herbeizuführen, durch den Wortbruch der Anstaltsleitung ganz erheblich eingeschränkt. Es scheint, daß dies dem Wunsch geopfert wurde, hier auch um einen hohen Preis exemplarisch Härte zu demonstrieren."*

• • •

Schwalmstadt. Günter Hanisch, der im vergangenen Jahr den Leiter der JVA Butzbach, Künkeler, erschossen hatte und daraufhin nach Schwalmstadt verlegt und dort elf Monate isoliert wurde, kann seit dem 26.4. wieder mit anderen Gefangenen zusammenkommen. Es besteht allerdings weiterhin die Gefahr einer Zwangspsychiatrisierung: Schneller, der Leiter des Landeskrankenhauses Eickelborn, soll Günter Hanisch „begutachten".

Zur Erinnerung: In Eickelborn starb Jürgen Bartsch während der Kastration. Wie aus dem Artikel über den Knast Werl und die dortige Isolierstation B I hervorgeht, werden Gefangene, die für nicht „heilbar" gehalten werden, und für die folglich die Betten in Eickelborn „zu teuer" sind, auf die „Endstation B I" nach Werl verlegt.

IKAH Hamburg

Über das Reisen in die Verbannung

Peter Paul Zahl

I

laotse „gürtete den schuh"
als er gegangen wurde
seine begleiter:
ein ochs und ein knabe

II

brecht ließ die virginia
kalt werden zwischen den lippen
als er gegangen wurde
ihn begleiteten hier und da
sein sohn die frauen
auch freunde und immer
das rollbild vom zweifler

III

ich dagegen reise komfortabel
und nie allein
wenn ich gegangen werde
hin und her
reise in hand und auch in fußschellen
im hubschrauber oder per bus
im konvoi
für meine sicherheit
sorgen die schützer
des staates mit funk
spezialausbildung und mpi's

IV

noch nie
war der dichter
so wertvoll
wie heute

Essenstreik in der JVA Vierlande

Hamburg/Vierlande. Am 15.4.77 fand ein Gefangener der Jugendstrafanstalt Vierlande in seinem Essen ein nicht zu definierendes Stück Irgendwas mit langen schwarzen Borsten dran, vermutlich das Hinterteil einer Maus.

Angewidert verweigerten daraufmehrere Gefangene, vor allem von der Station A 2, das Essen. Dieser (Mittags-)Essenstreik als Antwort auf das insgesamt mangelhafte Essen griff schnell um sich, so daß einige Tage später weit mehr als die Hälfte der Strafgefangenen im Streik stand, die Station A 2 geschlossen.

Dabei wurden noch mehr Sauereien bekannt: So war auf der Station B 4 eine gebratene Scholle ausgegeben worden, die mit Stücken einer Rasierklinge garniert war, Stücke von Fingernägeln waren im Quark gefunden worden und irgendwo soll mal ein ganzes Ochsenauge in der Suppe geschwommen sein.

Diese Vorfälle sind aber nur die am meisten ins Auge springenden Punkte einer insgesamt miserablen Verpflegung: Das Essen, das in der Großküche der Nachbaranstalt (ehemaliges KZ Neuengamme) hergestellt wird, ist in der Regel ein zusammengekochter Matsch, aus dem die letzten Vitamine auch noch herausgekocht worden sind, Bratkartoffeln erinnern häufig eher an zerkleinerte Kohlen als an Kartoffeln, und die Essensbehälter werden so früh aufgefüllt, daß das Essen bei der Ausgabe zumeist nur noch lauwarm ist.

Erschwerend für die Gefangenen kommt dabei hinzu, daß sie nicht wie andere, die im Betrieb durch Großküchen verpflegt werden, die Mängel ausgleichen können, sie sind dieser Situation ausgesetzt. Häufige Folge sind Hautausschläge und Fettansatz, denn Kalorien sind das einzige, was dieses Essen zu bieten hat.

Wie reagierte die Anstalt?

Die ersten Tage wurde die Aktion der Jugendlichen kaum ernst genommen, man ging davon aus, daß der Hunger die Streikfront schon brechen würde. Als diese aber mit der Zeit immer breiter und fester wurde, einzelne sogar in den vollen Hungerstreik traten und die Station A 2 auf einer Stationsversammlung beschloß, geschlossen das Essen zu verweigern, wurden andere Mittel versucht:

So verteilte z.B. ein Beamter die von der Station A 2 verweigerten Eier als „Bonbons" auf anderen Stationen.

Die Station A 2 beschloß daraufhin, nicht nur das Essen zu verweigern, sondern es zu zerstören, um es damit für die Bestechung anderer Gefangener unbrauchbar zu machen.

Nun setzte eine massive Hetze von nahezu allen Mitarbeitern der Anstalt ein. Bei allem „Verständnis für die Ursachen des Streiks" – dies ginge zu weit. Die ganze Aktion, die sehr solidarisch und bei jeder Entscheidung durch eindeutige Mehrheiten beschlossen worden war, wurde zum Machwerk einiger Rädelsführer umgedichtet, die nur auf der Grundlage von Unterdrückung die Beschlüsse durchgesetzt haben. Namentlich ein Gefangener, der schon häufiger unliebsam „aufgefallen" war, wurde zum Buhmann aufgebaut, „begründet" wurde das dann zu guter Letzt noch damit, daß er in dem Vertreterkollektiv, das die Gefangenen sich gewählt hatten, die meisten Stimmen bekommen hatte. Die ansonsten recht liberale Anstaltsleitung sprach ihm dann auch noch jegliche politische Motivation ab und erklärte seine Aktivitäten mit „Geltungsbedürfnis" und verlangte eine psychiatrische Untersuchung!!

(Sie „begründete" dann allerdings diesen Vorschlag damit, daß diese Begutachtung ihm bei seinem bevorstehenden Gerichtstermin nutzen könne!)

Um mal deutlich zu machen, welches „Klima" mittlerweile in der Anstalt herrscht: Als der Betreffende zur Untersuchung sollte, schallte es über Lautsprecher durchs ganze Haus: „N.R., runter zum Irrenarzt". Der betreffende Aufsichtsbeamte ließ sich natürlich nicht mehr feststellen.

Die Untersuchung ergab, daß der Jugendliche völlig normal ist. Dafür muß er jetzt aber in der Untersuchungshaftanstalt bleiben, für die Jugendanstalt Vierlande stellt er eine Gefahr für die Sicherheit und Ordnung dar!!!

Unterstützung von „draußen"

Während der Aktion hatten die Jugendlichen versucht, eine breite Öffentlichkeit zu finden.

Zum einen waren Briefe an öffentliche und behördliche Stellen herausgegangen, u.a. an die Gesundheitssenatorin mit der Aufforderung, schnellstens eine Untersuchungskommission in die Anstalt zu schicken, die das Essen untersuchen sollte.

Zum anderen aber waren die Informationen auch über Briefe und Urlauber nach draußen gelangt mit dem Ergebnis, daß etliche Initiativen von draußen in Gang kamen, die die Aktion der Jugendlichen unterstützten. An mehreren Bereichen der Uni wurden und werden Unterschriften für eine Solidaritätsresolution gesammelt. Briefe, die von einzelnen Initiativen zur Unterstützung an fast alle Jugendlichen geschickt worden waren, wurden allerdings von der Anstaltsleitung angehalten. Da die ganzen Briefe nicht spurlos verschwinden konnten, versuchte sie, ihr Verhalten auf einer Versammlung der Angeschriebenen zu begründen: Die Briefe sind angehalten worden, weil kein Absender drauf stand!!

Diese durchsichtige Argumentation hatte natürlich keinen Erfolg und der Zweck der Briefe, die Streikfront durch Solidarität von draußen zu stärken, wurde durch dies Vorgehen der Leitung eher noch gefördert statt verhindert.

Wie soll es weitergehen?

Während der Auseinandersetzung hatten die Jugendlichen ihre Forderungen ausgearbeitet:

Regelmäßige Hygienekontrolle der Küche.
– Mitgestaltungsrecht beim Speiseplan
– Essenkontrolle durch ein gewähltes Gremium
– Bei jeder Mahlzeit ein Kalorien- und Vitaminspiegel
– Mehr Obst
– Mehr Gemüse
– Zulassung von Gewürzen

12 Tage nach Beginn der Essensverweigerung wurde der Streik vorläufig eingestellt. Dabei wurden folgende ergänzende Forderungen aufgestellt:

– Regelmäßige Aussprache mit dem Wirtschaftsinspektor der anderen Anstalt.
– Kontrolle der Speisezubereitung durch den Anstaltsbeirat.

Mittlerweile sind weitere Forderungen gestellt worden, die die Hygiene auf den Stationen betreffen und die endlich eine Gefangenenvertretung verlangen, die nicht nur wie die bisherige „Vertretung" Mitsprache-„recht", sondern Entscheidungsbefugnis fordern.

Bisher haben sich die Gefangenen nicht spalten lassen, die „Stimmung ist gut".

Unterstützen können wir am besten dadurch, daß wir die Unterschriftenlisten mit unterschreiben oder an die Stationen AI, AII, AIII + AIV schreiben.

Neuengammer Heerweg 57
205 Hamburg 80

Nach Berichten von Gefangenen der Strafanstalt Vierlande

Auch ein Jahr danach

Die Frage bleibt: Ulrike Meinhof ermordet?

Aktion der Jugendlichen unterstütz- der Strafanstalt Vierlande

Auch ein Jahr danach

Die Frage bleibt: Ulrike Meinhof ermordet?

Am 9. Mai war es genau 1 Jahr her, daß Ulrike Meinhof tot in ihrer Zelle aufgefunden wurde. Ulrike war das zweite Todesopfer der ursprünglichs Genoss(inn)en, die in Stammheim abgeurteilt werden sollten: Bereits vor Prozeßeröffnung, am 9.11.74, starb Holger Meins nach 2 Monaten Hungerstreik. In den letzten zwei Wochen dieses Hungerstreiks war Holger zwangsernährt worden - allerdings mit weniger Kalorien, als für sein Überleben nötig gewesen wären.

Als Ulrike am 9.5.76 tot aufgefunden wurde, kam bereits vier (!) Minuten später bei der Nachrichtenagentur die Meldung an, sie hätte sich selbst am Fensterkreuz mit einem Handtuch erhängt. Aber es gab weder ein Fensterkreuz noch Handtücher in der Zelle. Die Mitgefangenen durften sie nicht mehr sehen. Bei der Obduktion, die sofort gemacht wurde, wurden einige Körperteile entfernt, und konnten deshalb bei der nur schwer durchzusetzenden Nachobduktion nicht untersucht werden, die von Ärzten durchgeführt wurde, die die Verteidigung beauftragt hatte. Aus den beiden Befunden geht zumindest soviel hervor, das die Selbstmordthese mehr als zweifelhaft erscheinen läßt:

Ulrike soll sich erhängt haben; da sie jedoch noch mit einem Fuß auf dem Hocker stand, hätte sie durch Ersticken sterben müssen: Es lagen allerdings keine Merkmale von Ersticken vor, sondern von Druck auf die Halsschlagader, was dem Erhängen entspricht! Dergleichen Ungereimtheiten gibt es eine Menge.

Dies und die Tatsache, daß die Zelle eilends renoviert wurde, lassen manchen Schluß zu, nur nicht den, daß Ulrike Selbstmord begangen hat!

Ende August '76 stellte sich eine Internationale Untersuchungskommission (IUK) der Öffentlichkeit vor, die diese „Ungereimtheiten" überprüfen will. Dieser Kommission gehören u. a. eine Reihe bekannter Professoren und Rechtsanwälte Westeuropas an. In einer Erklärung der IUK heißt es sehr richtig, daß es zur Aufklärung des Todes von Ulrike Meinhof nötig sei, ebenfalls die Todesumstände von Holger Meins, Katharina Hammerschmidt und Siegfried Hausner zu untersuchen!

Für nicht unerheblich, was die völlige Geringschätzung des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit von Ulrike Meinhof betrifft, halten wir auch nach wie vor die früheren Versuche der Bundesanwaltschaft, zwangsweise Ulrikes Schädel öffnen zu lassen, um ihr „Unzurechnungsfähigkeit" wegen eines bereits 1962 operierten Tumors „nachzuweisen". Diese Pläne konnten seinerzeit nur aufgrund eines breiten öffentlichen Protests verhindert werden; und ein Gutachter der Verteidigung wies damals darauf hin, daß für jeden ärztlichen Eingriff (auch eine Narkose) die Einwilligung des Patienten erforderlich ist - alles andere war geplante Körperverletzung.

Die Genossin Ulrike, die schon während der Kampagnen gegen Springer und die Notstandsgesetze aktiv gegen die polizeistaatliche Entwicklung der BRD eingetreten ist, wird immer als eine der unsrigen in unserem Gedächtnis bleiben. Insbesondere werden wir ihren Namen auch gegen die Schweinereien eines Klaus-Rainer Röhl verteidigen, von dem sie sich glücklicherweise schon vor Jahren getrennt hat, und der gerade jetzt anläßlich ihres ersten Todestages wieder einen widerwärtigen Drecksartikel im „Spiegel" veröffentlicht hat, in dem er die anderen RAF-Genossen für Ulrikes Tod verantwortlich zu machen versucht.

IKAH - Hamburg

Demonstration gegen Isolationshaft

Frankfurt. Am 27.4. fand am Vorabend der Urteilsverkündung in Stammheim eine Demonstration zur Unterstützung des Hungerstreiks mit ca. 2000 Teilnehmern statt. Aufgerufen hatte der Frankfurter AStA, unterstützt wurde die Demonstration von Teilen der Spontis, Spartacus und KB. Vor der Demonstration hatte es ziemlich starke Befürchtungen gegeben, sie könnte von der Polizei brutal zerschlagen werden. Dies hat sicherlich viele von einer Teilnahme abgehalten. Die Polizei war zwar massiv aufgefahren, um alle möglichen „Objekte" zu „schützen", griff den geschlossenen Demonstrationszug aber nicht an. Zwei Tage später kamen über 1000 zu einer Veranstaltung mit Stammheimer Wahlverteidigern, die ihre Stellungnahme zum gesamten Verfahren abgaben. Insbesondere RA Schily leistete eine ausgezeichnete Analyse „deutscher Rechtsprechung", indem er die Handhabung bestimmter Begriffe - „Terrorismus", „kriminelle Gewalttäter" usw. – untersuchte, die inzwischen in den allgemeinen Sprachgebrauch übergegangen sind. Gewalt ist zulässig, wies Schily anhand von Beispielen aus der Nazizeit und ihrer heutigen Beurteilung durch die Gerichte nach, wenn sie sich im Rahmen der „gültigen staatlichen Normen" (also auch der des NS-Staates) bewegt. Gewalt ist aber „kriminell,", sobald sie sich gegen den Staat richtet.

So wurde in Stuttgart jede politische Verteidigung unterbunden. Unter großem Beifall sprach Schily diesem Gericht das Recht ab, über die Gefangenen zu richten.

KB/Gruppe Frankfurt.

Berufsverbote

Freiburg. Norbert M., Sprecher der Freiburger Bürgerinitiative gegen Berufsverbote, wird von der Anwaltskammer die Zulassung als Rechtsanwalt verweigert. Die Freiburger Bürgerinitiative hatte in einem Flugblatt, für das er verantwortlich zeichnete, Namen von mehreren Beamten veröffentlicht, die Anhörungsgespräche durchgeführt hatten. Daraufhin hatte ihn ein Gericht wegen „Beamtenbeleidigung" zu 600 DM Geldstrafe, ersatzweise 20 Tage Haft, verurteilt. Gegen dieses Urteil ging Norbert M. in die Berufung; die Anwaltskammer nahm jetzt dieses schwebende Verfahren zum Anlaß, ihm die Zulassung zu verweigern.

•••

Freiburg. Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim hat das Berufsverbot für Kurt F. wegen DKP-Mitgliedschaft jetzt endgültig bestätigt. Kurt F. hatte vor Gericht erklärt, daß er das Programm der DKP nicht für verfassungswidrig halte. Im Falle einer verfassungswidrigen Entwicklung der DKP werde er sofort mit dieser brechen. Das Gericht entschied jedoch, daß die Tatsache, *„daß ein Beamter oder Beamtenanwärter die Ziele einer ‚verfassungsfeindlichen' Partei für verfassungsgemäß halte, ... gegen die Annahme (spricht), daß sich der Beamte künftig verfassungstreu verhalten werde"* („FR", 3.5.77). Vorgeworfen wurde ihm, daß er als Mitglied der DKP deren Ziele, die in einer *„tiefgreifenden Veränderung des gesamten Bildungs- und Berufsbildungssystems ... und der Befreiung des Bildungswesens aus der Abhängigkeit vom kapitalistischen Profit"* bestünden, vertreten müsse. Eine Revision dieses Urteils wird nicht zugelassen.

•••

Münster. In der letzten Woche hat Wissenschaftsminister Rau endgültig das Berufsverbot für Peter M., der bislang als Assistent am soziologischen Institut einen Lehrauftrag hatte, verhängt. M. ist Mitglied der DKP. Rektor Hoffmann hat daraufhin sofort den Lehrauftrag gestoppt, der Orientierungskurs, der eine Pflichtveranstaltung ist, läuft nicht weiter und die Kommilitonen, die ihn besuchen müssen, können ein Semester in den Wind schreiben.

KB-Sympathisanten Münster

•••

Schleswig. Die Lehramtskandidatin Marie-Louise S. hatte am 6. Mai '77 vor dem Verwaltungsgericht Schleswig ihren Verhandlungstermin über ihre Klage auf Einstellung in den Schuldienst. Nach dem Staatsexamen an der PH Kiel wurde sie am 9. August '74 zu einem Anhörungsgespräch vorgeladen. Dieses fand jedoch nicht statt, da sie auf einem Rechtsbeistand bei dem Gespräch bestand. In einem zweiten Anhörungsgespräch am 29. August '74 wurde ihr dann folgendes vorgeworfen:

– Eintritt in den MSB Spartakus im Juni '72
– Kandidatur für das Stupa im Juni '72 und '73
– Unterzeichnung eines Wahlaufrufs für die DKP im November '72
– Unterzeichnung eines Frauenwahlaufrufs, der übrigens nie veröffentlicht wurde.

Am 29. November '74 bekam sie ihren Ablehnungsbescheid, gegen den ihre Rechtsanwälte sofort Widerspruch einlegten.

Am 6. Mai '77, drei Jahre (!) nach dem Staatsexamen, kam es zur Gerichtsverhandlung. Vor dem Verwaltungsgericht Schleswig wurde die Klage und damit die Einstellung abgelehnt, weil sie und ihr Rechtsanwalt auf die Frage nach der Mitgliedschaft in MSB oder DKP keine Antwort gaben. Der Vertreter des Landesschulamtes bezeichnete sie als „kämpferische Marxistin und Aktivistin" innerhalb von MSB und DKP.

Im Fall der Susanne S., deren Prozeß am gleichen Tag und Ort stattfand, wurde allerdings das Landesschulamt dazu verurteilt, sie *„zum nächstmöglichen Termin"* einzustellen. *„Die Klägerin hatte beteuert und belegt, seit 1974 nicht mehr Mitglied des Marxistischen Studentenbundes (MSB) Spartakus zu sein."* („Lübecker Nachrichten", 7.5.77).

Für das LSA war dieser Austritt allerdings *„nur aus taktischen Gründen erfolgt"* („Kieler Nachrichten", 7.5.77).

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Kiel

•••

Keine Fahrkarte? Berufsverbot!

Eine Kinderpflegerin hat sich vor mehreren Wochen bei der „Vereinigung städtischer Kinder- und Jugendheime Hamburg" für eine Planstelle beworben. Dem Betriebsrat wurde jetzt mitgeteilt, daß die Geschäftsleitung diese Kollegin nicht einstellen will, weil sie wegen Schwarzfahrens bei der HVV (Hamburger Verkehrsverbund) verurteilt worden ist!!!

Gehören politische Ablehnungen von Bewerbern mittlerweile schon zum Alltagsgeschäft der Geschäftsleitung der „Vereinigung" (ca. 15 Kolleginnen und Kollegen sind wegen ihrer politischen Einstellung schon abgewiesen worden!), so stellt dieser aktuelle Fall zweifellos einen neuen Höhepunkt im Vorgehen der Geschäftsleitung dar.

Die Kollegin muß jetzt damit rechnen, daß sie ihren Beruf nicht mehr ausüben kann, denn wer mit der angeführten Begründung bei der „Vereinigung" keinen Arbeitsplatz bekommt, kann mit ziemlicher Sicherheit davon ausgehen, daß er auch woanders keinen findet. Staat und Kirche besitzen in der Kindererziehung das Monopol in der BRD, und daß zwischen beiden „Monopolisten" Absprachen stattfinden, um fortschrittliche Kollegen nicht einzustellen, ist so sicher wie das „Amen" in der Kirche!

„Staatstreue" bedeutet offensichtlich noch weit mehr, als mit dem Grundgesetz unterm Arm herumzulaufen.

Erzieherzelle „Vereinigung"
KB/Gruppe Hamburg

MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS



Selbstorganisation der Zivildienstleistenden gegen Entspannungsschwindel

Nach dem Bundeskongreß der Selbstorganisation (SO) '73, auf dem die Linken eine deutliche Mehrheit hatten, gelang es den DKP-Kräften, die SO weitgehend auf ihre Linie zu bringen. Mitbestimmungsforderungen und „gewerkschaftliche Orientierung" wurden genauso in die Plattform aufgenommen wie Abrüstungsforderungen, weil durch die KSZE „zum ersten Mal reale Voraussetzungen gegeben (sind), aus Europa einen Erdteil des Friedens zu machen" (aus „Unser Leitfaden" der SO von '75). Durch diese Entwicklung sollte die SO direkt in die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) integriert werden.

Ganz im Gegensatz dazu gelang es auf der 2. Bundesdelegiertenkonferenz '77 am 7./8. Mai in Frankfurt eine Resolution zu verabschieden, in der es heißt:

„Ein starkes antimilitaristisches Bewußtsein in der Bevölkerung und
„Ein starkes antimilitaristisches Bewußtsein in der Bevölkerung und
eine breite Friedensbewegung sind der beste Garant dafür, die Herrschenden an ihren expansiven und kriegerischen Zielen zu hindern. Darum begreift sich die SO als Teil dieser Bewegung ... Gerade aber diejenigen, die seit Jahren fieberhaft aufrüsten, sich mit militärischem und wirtschaftlichem Druck in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischen und im eigenen Lande demokratische Rechte abbauen und die Rechtsentwicklung betreiben, reden sehr viel von „Entspannung", „Normalisierung" und „Menschenrechten", um von ihren tatsächlichen Zielen abzulenken.

Hier kann die Aufgabe der antimilitaristischen Kräfte und der Friedenskräfte nur darin bestehen, die hinter einer Schwindelfassade versteckten Kriegsvorbereitungen schonungslos an die Öffentlichkeit zu bringen!

Das Kommitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit hat für Mitte Mai zu Demonstrationen unter der Parole: Beendet das Wettrüsten aufgerufen.

In dem Aufruf kommen gewaltige Illusionen über die derzeitige Lage zum Ausdruck. ... Friedensverträge, Nichtangriffspakte usw. hat es besonders zahlreich vor den beiden Weltkriegen gegeben, um die jeweiligen Kriegsvorbereitungen zu vertuschen.

Ebenso fällt in dem Aufruf die Funktion der Bundeswehr zur Aufrechterhaltung dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vollständig unter den Tisch ... Eine Beteiligung von SO-Gruppen an den Demonstrationen sollte daher vorrangig die wachsende Kriegsgefahr, den Entspannungsschwindel und die Bürgerkriegsvorbereitungen anprangern."
(angenommen mit 23:11 Stimmen bei wenigen Enthaltungen, für die Resolution stimmten u.a. Vertreter aus München, Kaiserslautern, Ham-
bei wenigen Enthaltungen, für die Resolution stimmten u.a. Vertreter aus München, Kaiserslautern, Ham-
burg, Karlsruhe, Braunschweig, Kassel, Leverkusen, Köln).

In der DFG-VK und der DKP laufen zur Zeit die Vorbereitungen für die Abrüstungsdemonstrationen auf Hochtouren, weshalb der Beschluß der SO, die bisher bei diesen Aktionen immer problemlos mitgezogen hatte, dort nur als Provokation aufgefaßt werden kann. „Ihre" SO wagt es, sich selbstständig zu machen!

Es ist damit zu rechnen, daß bei der nächsten Konferenz (Juli) versucht wird, diesen Beschluß und die Russell-Tribunal-Resolution wieder zu kippen. AK-Leser, die Zivildienst leisten, sollten darum unbedingt in den SO-Gruppen mitarbeiten, um die Linken zu stärken.

(Kontaktadresse der Hamburger SO: Antimilitarismusgruppe in der ESG, Grindelallee 9, 2 Hbg 13)

Neuer Gesetzentwurf zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes

Von einer freien Wahl kann keine Rede sein!

Nachdem im letzten Jahr die Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer (KDVer) an der Ablehnung des Bundesrates und der darauf folgenden Weigerung des Bundespräsidenten, den Gesetzentwurf wegen „verfassungsrechtlicher Bedenken" doch noch abzusegnen, gescheitert war, fand am 17.3.1977 nun die 1. Lesung eines neuen SPD/FDP-Entwurfs statt. Alternativ dazu legte die CSU/CDU einen eigenen Entwurf vor.

Das Ziel beider Entwürfe ist es, dem KDVer „bei der Wahrnehmung des Grundrechts, den Kriegsdienst zu verweigern, nicht noch länger die rechtsstaatlichen Verfassungsgrundsätze vorzuenthalten", den bisherigen „Massenverschleiß von Gewissen ... für die Zukunft zu verhindern", „die doch recht zweifelhaften Verfahren für KDVer (zu) beseitigen", um „die jungen Menschen nicht mehr in Gewissensnöte (zu) zwingen" (so u.a. der SPD-Abgeordnete Biermann am 17.3.77 im Bundestag). Bei einer derartigen Erkenntnis der bisherigen Situation ist es eigentlich nur verwunderlich, daß die Gewissensinquisition nicht schon längst abgeschafft ist.

Aber natürlich geht es den bürgerlichen Parteien gar nicht um eine freie Entscheidungsmöglichkeit zwischen Zivildienst und Kriegsdienst, um eine generelle Abschaffung der Gewissens-„prüfung".

Vielmehr werden sie durch die Umstände – der Personalbedarf der Bundeswehr ist gedeckt, ohne daß alle verfügbaren Kräfte einberufen werden können, während angesichts der Sparpolitik im sozialen Bereich der Bedarf an Zivildienstleistenden als billige Arbeitskräfte steigt – in die glückliche Lage versetzt, unbedenklich mal wieder einen Hauch von Liberalität zu verbreiten. Dahinter verbirgt sich aber unverhohlen die Absicht, der heutigen Wehrungerechtigkeit durch die Einbeziehung aller verfügbaren Kräfte in irgendeine Form des „Dienstes am Volk" ein Ende zu bereiten. Diese traute Zweisamkeit endet aber schon da, wo es um die längerfristige Absicherung des „Verteidigungsauftrags der Bundeswehr" geht, d.h. um die geeignetsten Mittel und Wege, den Personalbedarf der Bundeswehr jederzeit sicherzustellen.

Aus diesem Grund haben SPD/FDP in ihren Gesetzentwurf einige neue Sicherungen eingebaut. So sieht der Entwurf im einzelnen vor:

- die Dauer des Zivildienstes wird zur Abschreckung von heute 16 auf 18 Monate verlängert;
- das Prüfungsverfahren wird ausgesetzt; es genügt, die Absicht, den Kriegsdienst zu verweigern, gegenüber dem Kreiswehrersatzamt schriftlich zu erklären. Die rechtskräftige Anerkennung als KDVer erfolgt mit der Einberufung zum Zivildienst oder automatisch nach dem Verstreichen einer Zweijahrsfrist nach Abgabe der Erklärung.
- bereits zur Bundeswehr einberufene Kriegsdienstverweigerer müssen sich einem „modifiziertem Prüfungsverfahren" unterziehen, in dem „die Ernsthaftigkeit der Berufung auf Artikel 4 Abs. 3 GG geprüft (wird)" (Gesetzentwurf).
- **die Bundesregierung wird „ermächtigt, durch Rechtsverordnung das ... Prüfungsverfahren ... wiedereinzuführen, wenn die Sicherstellung des Verteidigungsauftrages nicht gewährleistet ist"** (SPD-Biermann, s.o.).

SPD/FDP wollen, daß durch „Aussetzung des Prüfungsverfahrens", „der Einsatz von Zivildienstleistenden in adäquaten Diensten ... ausgeweitet" und gleichzeitig der Bestand und der Ausbau der Bundeswehr gesichert wird denn: „Es ist auch nicht richtig, von einer freien Wahl zu sprechen. Denn solange kein Zivildienstverhältnis besteht oder solange eine Frist von zwei Jaren für die Annahme zum Zivildienst nicht abgelaufen ist, ist ein KDVer kein anerkannter Verweigerer und steht als Wehrpflichtiger im Zugriff der Bundeswehr (!!)", der durch die Wiedereinführung des Prüfungsverfahrens jederzeit erweitert werden kann (FDP-Hölscher, s.o.).

In diesem Gesetzwerk sieht die CSU/CDU vor allem die Gefahr, „daß jede Änderung unseres Wehrpflichtsystems ... psychologisch und politisch nach innen und außen die Frage aufwirft, ob unser Verteidigungswille noch vorhanden ist" (CDU-Frau Tübler, s.o.).

Deshalb schlägt die CSU/CDU vor, die Wahrnehmung des Grundrechts auf KDV **u n m i t t e l b a r** von der Bedarfslage der Bundeswehr abhängig zu machen, in dem den Kreiswehrersatzämtern die Möglichkeit gegeben wird, „die Gewissensentscheidung eines Antragstellers nur dann zu überprüfen, wenn er als Soldat benötigt wird, und ihn andernfalls je nach Bedarf in den Zivildienst zu überführen" (CDU-Entwurf). Der CDU geht es dabei vor allem darum, nach der beruflichen oder sonstigen Qualifikation eines Antagstellers beeinflussen zu können, wo er Dienst leistet, um so z.B. einem „Abiturientenschwund" bei der Bundeswehr von Beginn an einen Riegel vorzuschieben. Gleichzeitig erspart dieser Entwurf die angesichts des heutigen Gelabers von „mehr-Rechtsstaatlichkeit-verwirklichen" eher peinliche Wiedereinführung des Prüfungsverfahrens im „Falle eines Falles", in dem die Aussetzung der Prüfung von vorneherein zur Ausnahmeregelung gemacht wird.

Man sieht: in der Sache sind sich die bürgerlichen Parteien auch hier einig, die Auseinandersetzung wird lediglich um die geeigneten Mittel und Wege geführt.

Von einer Freigabe des Rechts auf KDV kann keine Rede sein!

(Alle Zitate aus: „der zivildienst", Zeitschrift des „Bundesamtes für den Zivildienst" für ZDL, Nr. 4/77).

Ein ZDL
KB/ Gruppe Bremerhaven

6 Zivildienstleistende gefeuert

Die Zivildienstleistenden (ZDL) der prominenten Privatklinik Dr. Guth (Hamburg Klein-Flottbek) wurden zu Ostern ohne Begründung oder Vorwarnung rausgeschmissen. Sie waren der Nobelklinik unbequem geworden, weil sie unbeeindruckt von den Einschüchterungsmaßnahmen (z.B. Rausschmiß des Vertrauensmannes Ende letzten Jahres) die skandalösen Zustände an der Klinik kritisierten.

- Die ZDLer mußten Blutkonserven in einer alten Reisetasche mit der S- Bahn befördern (Normalerweise wird Blut mit Kühltasche und PKW transportiert)
- Defekte Türsicherung im Röntgenraum, wodurch man öfter mal „seine Dosis" wegbekam.
- ZDLer mußten gleichzeitg Bewegungsübungen im Schwimmbecken überwachen und im Nebenraum bei der Bestrahlung helfen. Hier fehlte sogar eine Notrufeinrichtung.

Im Rahmen der erfolgreichen Protestaktion gegen die Strafversetzung ihres Vertrauensmannes wurden die Zustände an der Klinik in die Öffentlichkeit getragen, wodurch natürlich der „gute Ruf" der Klinik gelitten hatte. Der Klinikleitung wurde klar, daß man mit den ZDLern, die eigentlich nur billige Arbeitskräfte sein sollten, nur „Ärger hatte". Das Dr. Guth'sche Maß lief über, als an seinem neuen Gartenzaun über Nacht von Unbekannten ein Schild angebracht wurde: „Achtung! Hier verlassen sie den demokratischen Sektor der Klinik Dr. Guth. Die Klinikleitung", und am nächsten Tag von noch unbekannteren Übeltätern der Zaun fein säuberlich in zwei Teile zerschnitten und zur Seite gezogen worden war. Das konnten nur die ZDLer gewesen sein. Dr. Guth persönlich schmiß sie sofort raus.

Wenn damit tatsächlich erreicht ist, daß an der Privatklinik Dr. Guth keine ZDLer mehr aufgenommen werden, um so besser. Allerdings wird an diesem Fall sehr deutlich, wie die Dienststellen mit „ihren" ZDLern herumspringen können und wie sie dabei vom Bundesamt für Zivildienst unterstützt werden : Das Allgemeine Krankenhaus Altona bekam die bundesamtliche Anweisung, trotz 6 freien Plätzen nur einen der Guth-ZDLer einzustellen.

Antimilitarismus-Kommission
KB Hamburg

Faschisten aus aller Welt bei der Bundeswehr

Offiziere aus Diktaturen können bei der Bundeswehr die „Demokratie kennenlernen", sagte Leber in Bezug auf die Teilnahme des Faschisten Kraushaar (chilenischer Oberstleutnant) an einem einjährigen Führungslehrgang der Bundeswehr in Hamburg. Kraushaar scheint viel gelernt zu haben, denn inzwischen ist er wieder in Chile und kommandiert dort ein geheimes Konzentrationslager (nach: „die tat", 4.3.77, laut einem Bericht einer UN-Arbeitsgruppe)! Dieser Artikel soll weitere Beziehungen der Bundeswehr zu faschistischen Ländern aufdecken und etwas über Sinn und Zweck dieser Beziehungen berichten.

Chile: Schon beste Kontakte seit dem faschistischen Putsch

Der „Deutsch-Chilenische Freundeskreis e.V." wurde 1965 gegründet. Mitbegründer war der ehemalige Heeresinspekteur A.Schnez (1970/71 wegen eines offen faschistischen Auftritts – *„die Bundeswehr könne die Maske der inneren Führung endlich ablegen"* – aus dem Verkehr gezogen, später als „graue Eminenz" auf der Hardthöhe).

Während der Allende-Zeit war es relativ ruhig um diesen Verein, jedoch schon einen Monat nach dem Putsch 1973 kamen die Ratten aus ihren Löchern und übergaben dem Junta-General Mendoza demonstrativ das Ergebnis einer Geldsammlung. Weiter erstreckte sich die Tätigkeit dieses Vereins auf den Vertrieb von Junta-freundlichen Propagandabroschüren, in denen die Erfolge der chilenischen Faschisten gelobt werden.

Mit von der Partie sind die Herren:

- Freiherr von Kühlmann-Stumm, CDU, Landbesitz (Schenkungen) in Chile.
- Erich Mende, CDU sowie Ex-Major und Ritterkreuzträger der Nazi-Wehrmacht.
- Heinrich Gewandt, CDU, Vorstandsmitglied des „Freundeskreises" (in Juntakreisen bekannt als „der Dicke mit dem Geld").
- Vizeadmiral Heinz Kühnle, Inspekteur der Bundesmarine.
- Oberst a.D. Fichtner, langjähriger Münchner Standortkommandant.
- Brigadegeneral F.Beermann (verstorben), SPD-MdB.

Außerdem gehören *„mindestens 20 weitere Offiziere"*, aktive und Reservisten, dem 250 Mann starken Verein an. Dazu gehören auch Industrielle, Kaufleute, Ministerialbeamte (Matthöfer, damals noch Staatssekretär, trat 1973 aus), sowie acht Konsuln für Chile in der BRD.

(Angaben nach „Bundeswehr in der Demokratie" von Moneta, Horn, Hansen).

Der Fall Kraushaar

Die von einer relativ breiten Öffentlichkeit verurteilte Ausbildung des chilenischen Militärs bei der Bundeswehr hat als Affäre noch kein Ende.

Nicht nur, daß Kraushaar inzwischen KZ-Kommandant ist, sondern auch ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen den NDR-Reporter, der die Abschiedsrede Kraushaars in Hamburg vor Offizieren im Wortlaut veröffentlicht hat, sorgen dafür.

Inzwischen gibt es jedoch schon einen zweiten Fall Kraushaar.

Der Fall Ackerknecht

Seit einigen Wochen ist Oberst Ackerknecht chilenischer Militärattache der Botschaft in Bonn. Vorher war Ackerknecht Standortkommandant der Region Rancangua in Chile, und damit verantwortlich für die Verhaftung von mindestens 3.500 Antifaschisten, für Folter und Mord an Gefangenen. *„Zu den gängigsten Verhörmethoden habe gehört, die Häftlinge zum Verzehr von Exkrementen zu zwingen. Einem Gemeinderat seien beispielsweise sämtliche Finger gebrochen worden, ein Regierungsvertreter sei so lange an den Achseln aufgehängt worden, bis sich diese in eiternde Wunden verwandelt hätten"* („FR" vom 22.4.77).

Exilchilenen, die diesen Fall an die Öffentlichkeit brachten und die Ausweisung forderten, erhielten Drohbriefe, deren Absender sie in Ackerknecht vermuten. Er soll Mitglied der chilenischen Gestapo DINA sein. Dieser Verbrecher nahm 1970/71 (während der Allende-Zeit!) an einem Lehrgang der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese teil, hat also offenbar auch aus der Demokratie der BRD „gelernt" („FR" vom 22.4.77).

Wenn von amtlichen Stellen zu hören ist, daß die Vorwürfe gegen Ackerknecht „neu" seien, so ist dies nachweislich falsch: Noch als Ackerknecht in Chile war, nur wenige Monate nach dem Militärputsch, wurden seine Verbrechen und sein Name bereits im „Stern" genannt (Nr.13/1974; siehe auch unseren Artikel im AK 47, Juli 1974). Die Bundesregierung muß also von vornherein gewußt haben, was für einen Schlächter sie als Militärattache akkreditiert.

Einen Militärattache der BRD in Chile gibt es selbstverständlich auch. Bundeswehr-Oberst Klaus wurde dort mit dem Verdienstorden „Stern für Verdienste im Militär" von den Faschisten ausgezeichnet. Es drängt sich die Frage auf, wofür dieser Orden gesteckt wurde! Vielleicht für die Teilnahme an den Junta-Feierlichkeiten zum ersten Jahrestag des Putsches, denen die Botschafter Großbritanniens und der Benelux-Länder demonstrativ fernblieben? („die tat", 12.4.74).

Da die BRD mit allen Ländern, zu denen sie diplomatische Beziehungen unterhält, Militärs und in der Regel auch Polizei-Offiziere austauscht, tauchen auch argentinische, brasilianische und paraguayische Offiziere in den Kasernen auf.

Im August 1976 machte sich der argentinische Major im Generalstab Caceres mit dem *„Versorgungsablauf von Kampfeinheiten"* bei der Panzerbrigade 140 in Koblenz vertraut (nach „die tat", 3.9.76).

Seit 1969, dem Amtsantritt der Sozialdemokraten, werden regelmässig Offiziere aus Paraguay ausgebildet. Seit dem 1.1.74 sogar im Rahmen eines Militärhilfeprogramms, bei dessen Abschluß der BRD-Botschafter H.C.Becker erklärte: *„Die heutige Unterschrift ist mir keine Pflicht, sondern eine Herzensangelegenheit in meiner Eigenschaft als Reserveoffizier des deutschen Heeres. Ich bin sehr glücklich, mit dem Heer eines Landes zusammenzuarbeiten, daß eine so ruhmreiche Tradition hat"* („Stern", 19/77). *„Militär und Polizei sind die sichersten Stützen des Regimes, und sie funktionieren exakt, nicht zuletzt dank der BRD"*, kommentiert der „Stern" (ebenda).

Die Kontakte zum südafrikanischen Vorster-Regime waren wohl selbst dem Kriegsministerium zu brisant, drum ließ man den Luftwaffen-General Rall einen Besuch beim Atomforschungszentrum in Pretoria „privat" veranstalten. Als Demokraten diesen „Besuch" an die Öffentlichkeit brachten, zog man es vor, Rall aus dem aktiven Dienst zu ziehen.

Ein Bericht des „Extra Dienst" vom 19.12.75 beweist die Vermittlung eines ehemaligen Bundeswehrangehörigen an die Luftwaffe der südafrikanischen Faschisten. Vermittelt hatte der Militärattache der Bonner Botschaft in Pretoria, Brigadegeneral Hamman.

Im Oktober 1975 besuchte ein Offizier des rhodesischen Rassistenregimes die Panzergrenadierbrigade 32 in Bremen, wo er die Übung „Weiße Birke" beobachtete („KVZ", Okt. 75).

Daß der Iran ebenfalls zu den auserkorenen Ländern gehört, mit denen Militärs ausgetauscht werden, spricht für sich. Ein Oberleutnant der Reserve schrieb in einem Leserbrief an die „FR" vom 27.9.75: *„Ich habe selbst gesehen, wie südkoreanische und persische Folteroffiziere westdeutschen Gesinnungsgenossen beibrachten, wie man das jeweilige Folterobjekt je nach Bedarf zum Reden oder zum Schweigen bringt!"*

Im April 76 meldete der „Schlagbolzen" (Mittenwalder Soldatenzeitung) den Besuch des kommandierenden Generals der Leibgarde des Schah von Persien, Biglari, beim Gebirgsjägerbataillon 221.

Beim Ahlener Panzergrenadierbataillon 191 war 1974 der südkoreanische Oberleutnant Choe zu Gast. Im Rahmen der Ausbildungshilfe für Süd-Korea legte er die Prüfung für sämtliche Bundeswehr-Führerscheine ab. Die Bundeswehr-Zeitung „Heer" 11/74 dazu: Die Koreaner sollen sich *„Wissen zum Nutzen ihrer Armee aneignen"*. Einer faschistischen Armee also, die j e d e demokratische Regung im Lande zu ersticken versucht!

So war der Offizier auch sehr erstaunt über die „große persönliche Freiheit der bundesdeutschen Soldaten. In Südkorea sehe das anders aus" (ebenda).

In Indonesien wurden vor über 10 Jahren mehr als 500.000 Menschen bei einem Militärputsch hingemordet. Die Zeitschrift „Indonesian Tribune" 1/73 berichtet über Elite-Truppen (Vietnam-Erfahrung) der indonesischen Armee: *„Wie in Indonesien allgemein bekannt, stellen diese Truppen die reaktionärsten und brutalsten Einheiten dar, die das Regime als Hauptmittel einsetzt, um furchtbare Grausamkeiten und brutale Massaker am Volk auszurichten. Als Kommandeur dieser Abteilung hat das Regime einen Armeeoffizier des Kommandos für strategische Armeereserven, Brigadegeneral Wijoga ernannt, der seine Offiziersausbildung in den USA und in Westdeutschland erhalten hat"* (zit. nach „Rote Fahne", KAB„D", 27.9.1975).

Ein indonesischer Oberstleutnant und ein südkoreanischer Generalmajor kamen im September 1976 in die Mittenwalder Kaserne, um eine Rekrutenbesichtigung vorzunehmen (nach „Schlagbolzen" 14, Sept. 76, Mittenwalder Soldatenzeitung)!

Nachdem der Generalinspekteur des Heeres, Hildebrandt, Anfang 76 anläßlich des Jahrestages des spanischen Faschismus in Madrid von der Ehrentribüne neben Franco stehend eine Militärparade abnahm, wurde kurze Zeit später wieder ein Soldat gefeuert. Es war ein Gefreiter, der gegen die Faschistenkumpanei protestiert und die Ablösung Hildebrandts gefordert hatte (AK 79).

Ein halbes Jahr später, Leber schwamm noch mitten in seiner Rudel-Affäre (Alt-Nazi, der bei der Bundeswehr gastierte), bahnte sich ein neuer Skandal an. Der Oberstleutnant Heilmann vom Heeresführungsstab sollte öffentlich den spanischen Orden „La Cruz del Merito Militar"-Erster Klasse erhalten. Zahlreiche Journalisten waren geladen. Militärattache Jaime Farre: *„Wenn ich einen Wunsch hatte im Verteidigungsministerium, hat er mir das erledigt"*. Leber (*„Das würde mir gerade noch fehlen"*) protestierte, und so fand die Verleihung im kleinen Rahmen in aller Stille und in Anwesenheit von Franco's Ex-Sicherheitschef Victor Castro statt (nach „Stern", vom 25.11.76).

Die Teilnehmerliste des Führungslehrganges für ausländische Offiziere 1975/76 in Hamburg vervollständigt das Bild: Neben anderen waren es Teilnehmer aus Indonesien, den Philippinen, Iran, Brasilien, Chile (Kraushaar), Süd-Korea und Argentinien.

Höchste Auszeichnungen gleich von zwei faschistischen Regimen erhielt der Generalstabsarzt Dr.med. Heinz S.Fuchs, Chef des Sanitätsamtes der Bundeswehr und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrtmedizin e.V. Die Süd-Koreanische Medizinische Gesellschaft in Seoul wählte ihn zum Ehrenmitglied und die indonesische Luftwaffe ernannte ihn zum Fliegerarzt. So ohne Scham vermeldet in dem Informationsblatt des Kriegsministeriums „Bw-Aktuell" vom 18.2.77.

Kampf der Kumpanei mit den Faschisten

Diese „zufällige" Auflistung von Fakten über die Zusammenarbeit und Unterstützung der Bundeswehr von und mit Faschisten in aller Welt zeigt deutlich, daß das „Modell Deutschland" der Schmidt-Regierung aus weit mehr als nur den Berufsverboten besteht!

Da wir vorhaben, dieses Thema dem „Russell-Tribunal gegen die Repression in der BRD" vorzulegen, bitten wir alle Freunde und Genossen, uns dafür in Frage kommendes Material zuzuschicken (Verlagsadresse).

Antimilitarismuskommission
KB/Gruppe Hamburg

Holländische Soldaten in der BRD demonstrieren für 100 Tage Urlaub



Hamburg. Am 30.April – einem Tag vor dem 1.Mai organisierte die niederländische Soldatengewerkschaft VVDM in Hamburg eine Demonstration von ca. 600 in der BRD stationierten niederländischen Soldaten. Die Soldaten demonstrierten in Zivil, einige hatten jedoch ihr Barret (Militärmütze) dabei. Die Forderungen der Demonstration waren: 100 Tage Urlaub und Erhöhung der Auslandszulage von 15 auf 20%. Auf der Demonstration wurden weiter die allgemein in der VVDM verankerten Forderungen (Forderung nach Kompensation und Parolen gegen den militärischen Drill) gerufen.

Bei ihrem konkreten aktuellen Anliegen geht es um folgendes. In den Niederlanden selbst hat die VVDM durch ihren erfolgreichen Kampf durchsetzen können, daß jeder Soldat an allen Wochenenden grundsätzlich dienstfrei hat, wodurch die Forderung nach 100 Tagen Urlaub zustandekommt. Für die in der BRD stationierten niederländischen Soldaten, die in die NATO integriert sind, gilt diese Regelung nicht, denn die NATO verlangt eine Dienstbereitschaft auch an den Wochenenden. Die niederländischen Soldaten konnten bereits im vorigen Jahr durch eine Demonstration in Bremen und durch eine „Besetzung" des Innenhofes des Parlaments in Den Haag den Wochenendurlaub von 64 auf 78 Tage ausdehnen. Sie verlangen aber ebenso wie in den Niederlanden 100 Tage.

Zum zweiten fordern die Soldaten eine Erhöhung der Auslandszulage von 15% (=93 Gulden) auf 20%, während das „Verteidigungs"ministerium eine Senkung auf 80 Gulden plant. Diese Auslandszulage soll die erhöhten Ausgaben, die mit der Stationierung im Ausland verbunden sind (die hohen Reisekosten sind nur ein Punkt) decken, was natürlich nicht der Fall ist. Außerdem wehrt sich die VVDM gegen den Plan, unverheirateten Soldaten weniger zu zahlen als Verheirateten.

Die Demonstration führte von der Moorweide zum Hauptbahnhof. Danach wurde im Winterhuder Fährhaus eine Veranstaltung durchgeführt. Auf dieser Veranstaltung herrschte eine kämpferische Stimmung, jede Grußadresse aus den Kasernen wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Beiträge hoben vor allem die besondere Isolation der niederländischen Soldaten in der BRD hervor, wo sie außer der Kaserne und dem nächsten Dorf nicht sonderlich viel von der BRD mitbekommen. Der BVD, die niederländische sozialistische Soldatenorganisation, die vor allem innerhalb der VVDM arbeitet, hob in seiner Grußadresse einerseits die Aggressivität der NATO hervor und wies darüberhinaus auf die auf dem letzten VVDM-Kongreß verabschiedeten grundsätzlichen Forderungen zur Auslandsstationierung hin:

- keine unfreiwillige Stationierung in der BRD
- gegen die Truppenstationierung in der BRD grundsätzlich, Rückzug der niederländischen Armee
- kurzfristig: Forderung nach guter Urlaubsregelung.

Auch diese Grußadresse wurde mit Beifall aufgenommen. Zum Schluß der Veranstaltung wurde eine Grußadresse einer Hamburger Soldatenveranstaltung zur Vorbereitung des 1.Mai verlesen.

An der Demonstration beteiligten sich auch mehrere westdeutsche Soldaten.

Ein Vertreter des BVD, der an der Mai-Demonstration der Hamburger Aktionseinheit teilnahm, wünschte in seiner Grußadresse der Aktionseinheit einen kämpferischen und revolutionären 1.Mai und betonte die Notwendigkeit der verstärkten Zusammenarbeit zwischen niederländischen und westdeutschen Soldaten.

Antimilitarismuskommission
KB/Gruppe Hamburg

Unterdrückung von Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden.

Der AMAK (Antimilitaristischer Arbeitskreis) Bremen bittet alle Personen, Gruppen und Organisationen, die entweder Material haben oder aus eigener Erfahrung über die Unterdrükkung der freien Handlung, Meinungsäußerung und Gewissensentscheidung als KDV und ZDL berichten können, dies dem AMAK mitzuteilen bzw. zu schicken.

Geplant ist eine umfassende Dokumentation, die über Broschüren, Video und Foto zum Einsatz in Schulen, Jugendgruppen, Bürgerinitiativen usw. genutzt werden soll.

Eine Beteiligung interessierter Personen am Russel-Tribunal gegen die Repression in der BRD ist ebenfalls vorgeshen.

Alle Angaben werden bis zur Genehmigung durch den/die Informanten vertraulich behandelt. Weitere Informationen über Anfrage bei:
AMAK-Bremen, Heinrichstr. 21
2800 Bremen, BDP-Haus,
Tel. 0421/ 234002

Das kurze „Morgenrot" der Hamburger Morgenpost

Zur Kündigung des stellvertretenden Chefredakteurs Jürgen Saupe



Hamburg: Die „Hamburger Morgenpost", letztes Flaggschiff der einst marktbeherrschenden, aber über Jahre heruntergewirtschafteteten SPD-Tagespresse, ist wieder einmal im Gerede. Im März beurlaubte Chefredakteur Conrad Ahlers seinen Stellvertreter und Ressortleiter für Politik, Jürgen Saupe, mit der Begründung, er habe nicht die erforderliche Qualifikation für sein Amt. In der Verhandlung über die einstweilige Verfügung, die Saupe gegen die Suspendierung einlegen ließ, wurde die Kündigung nachgereicht. Derzeit läuft Saupes Kündigungsschutzklage. Sein Vertrag ist bis Ende 1978 datiert. Ein finanzieller Vergleich wird wohl den Schlußstrich ziehen.

Der Fall Saupe hat mehr als juristische Konsequenzen. „Machen Sie eine Zeitung für mündige Bürger" – mit diesem frommen Wunsch hatte Wilhelm Dröscher, SPD-Schatzmeister und Medienverantwortlicher, im Oktober vergangenen Jahres den „konkret"-Autor Saupe auf den Posten des „Mopo"-Vize gehievt und den bis dahin amtierenden reaktionären Ex-Bild-Mann Reinhold Stimpert geschaßt. Ein sanftes „Morgenrot" erschien den Bonner SPD-Oberen wohl opportun, um das Blatt aus den roten Zahlen herauszuführen. (Schon Ende 1975 waren die beiden Verlagsgeschäftsführer durch den vom Gruner+Jahr-Verlag kommenden Bernd Klosterfelde ersetzt worden, der eine „Anpassung der Morgenpost an den Hamburger Zeitungsmarkt und das veränderte Informationsbedürfnis der Leser" versprach).

Der traditionell rechtslastigen Hamburger SPD-Führung indes paßte der neue Stellvertreter Saupe, der kurz zuvor durch den Artikel „Indizien und Fakten zum Vorwurf Mord" über Ulrike Meinhof („konkret" 9/76) Aufmerksamkeit erregt hatte, nicht ins Kalkül. Der damalige Chefredakteur Bodo Grosch provozierte den ersten Eklat, indem er Saupe aufgrund des „konkret"-Artikels als unzuverlässigen Garanten für die „sozialdemokratische Grundhaltung" des Blattes erklärte. Während die übrige Presse einen „Linksrutsch" witterte und die Hamburger Konkurrenz „Bild" Saupe als „Linksradikalen" und „Baader-Meinhof-Sympathisanten" titulierte, stellte sich Geschäftsführer Klosterfeld scheinbar voll hinter den neuen Mann („*Als Autor von ‚konkret' befindet er sich in bester Gesellschaft. Ich brauche nur Namen wie Böll zu nennen*"). Unter der Hand wurde aber ein Kompromiß ausgehandelt. Chefredakteur Grosch mußte gehen. An seine Stelle trat kommissarisch Conrad Ahlers, Ex-Regierungssprecher und jetziger SPD-Bundestagabgeordneter, um den „linken" Saupe zu „neutralisieren". In der Tat erwies sich der rechte SPD-Mann Ahlers sehr schnell als strammer Zuchtmeister des parteilosen Vize, der nicht geneigt war, sich bei der Hamburger SPD- und Gewerkschaftsführung anzubiedern, sondern eigene, eher liberale als linke und recht schwankende Meinungen vertrat. So fanden sich neben durchaus arbeitnehmerfreundlichen Kommentaren des Jürgen Saupe solche vom Schlage „Brokdorf und die Angst" nach der zweiten Brokdorf-Demonstration, wo es u.a. hieß: „*Den Chaoten geht es nicht um das Kernkraftwerk. Sie nützen legitime Bürgeraktionen, um durch Krawalle auch bei friedlichen Menschen, die sich für ihre Interessen einsetzen, Aggressionen zu wecken.*"

Wie weit hier von oben Zensur stattfand, ist nicht im einzelnen nachweisbar. Bekannt ist, daß Ahlers nicht nur Berichte redigierte, sondern auch Kommentare zensierte. Bezeichnend für das Tauziehen zwischen den Standpunkten zumindest einiger „Morgenpost"-Schreiber und den gegenteiligen Interessen der Hamburger SPD-Führung ist die Klage eines Kollegen über die Methode der „verkappten Gegendarstellung". „*Jedesmal, wenn man einen fortschrittlichen Artikel durchbringt, erscheint prompt am nächsten Tag eine vom Senat lancierte Stellungnahme, die das Gegenteil besagt.*" Ein Beispiel dafür bot die Berichterstattung über die Hamburger Anti-AKW-Demonstration im Januar, nach deren Auflösung ein brutaler Bulleneinsatz auf Demonstrationsteilnehmer erfolgt war. Der „Mopo"-Artikel am Tag danach informierte recht genau über den Hergang der Ereignisse und zitierte als Betroffenen Fritz Storim. Der letzte Absatz, in dem nach Angaben der Polizei die Zahl der verletzten Bullen genannt war, fiel durch eine technische Panne weg. Dies wurde Saupe, der den Artikel bearbeitet hatte, als Manipulation angekreidet. Tags darauf las man in der „Morgenpost" einen großen Bericht über die bei dem Einsatz verletzten Polizisten. Ein Foto, das einen am Kopf „getroffenen" Bullen zeigte, war gestellt.

Wenn sich dennoch insgesamt in der kurzen Saupe-Ära das Spektrum der „Morgenpost durch kritische Leserbriefe, eine größere Zahl politischer Meldungen und regelmäßiger Kommentare zu politischen Fragen vom Schmonzetten-Stil vorher und nachher abhob, so lag das wohl an den vertraglich vereinbarten weitreichenden Kompetenzen des „Mopo"-Stellvertreters. Und so brachte Ahlers ihn denn auch zu Fall, indem er dessen Befugnisse mehr und mehr einschränkte. Als Saupe dagegen durch seinen Anwalt Beschwerde einlegte, wurde er mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Ein von ihm nicht akzeptiertes Friedensangebot von Ahlers, Leiter eines freien Autorenteams für übergreifende Ressorthemen zu werden, beweist deutlich, daß es darum ging, ihm seinen politischen Einfluß auf das Blatt zu nehmen.

Saupe teilt damit das Schicksal sehr vieler Kollegen, die im Zuge der seit vielen Jahren betriebenen Entpolitisierung der „Mopo" auf der Strecke geblieben sind.

„Mopos" „neuer Kurs" in die Sackgasse

Quittiert wurde dieser Prozeß in der vor 27 Jahren als erster deutscher Boulevardzeitung gegründeten „Hamburger Morgenpost" durch einen permanenten Auflagenschwund. Nach dem Rekord von 350.000 im Jahre 1967 reduzierte sich die Auflage auf heute 235.000 verkaufte Exemplare, während Springers „Bild", die einst das Erfolgsrezept der „Mopo" kopiert hatte, auf 540.000 stieg (nach „Vorwärts", 4.1.76). Statt eine arbeitnehmerfreundliche Alternative zu „Bild" zu bieten, wie es Redakteure immer wieder forderten, trat 1972 der damalige Chefredakteur Wolf Heckmann mit der neuen Konzeption einer Unterhaltungspostille nach dem Motto „Menschen wie du und ich" an. Daraufhin reichten die Kollegen des Ressorts Politik und Magazin geschlossen ihre Kündigungen ein. Ihr Protest aber blieb folgenlos, weil er nur auf die Forderung redaktioneller Mitbestimmung abzielte, ohne die politischen Hintergründe des scheinbar unpolitischen neuen Kurses öffentlich darzulegen.

Weil Heckmann das Geschäft der Entpolitisierung nicht elegant genug betrieb – so machte er auf einer Protestversammlung der Hamburger Deutschen Journalisten-Union 1972 eine lächerliche Figur – wurde er durch den „unpolitisch-rechten Bodo Grosch" („Vorwärts") ersetzt. SPD-hörige Illusionisten glaubten seinerzeit noch, das alles geschähe gar nicht im Einverständnis mit der Partei. Das läge nur an einzelnen Irrgängern wie dem damaligen Medienverantwortlichen Alfred Nau, die eine falsche Politik betrieben.

Spätestens 1973 wurde ein anderes Kalkül deutlich. Damals berichtete die „Mopo" kritisch über die mieterfeindliche Politik der „Bewobau", einer Tochtergesellschaft der SPD-eigenen „Neuen Heimat". Andreas Conradi schrieb dazu in dem Kommentar „Zugzwang", die Sache könne nicht durch Polizeigewalt, sondern nur durch eine andere Politik bereinigt werden. Prompt griff die Parteispitze hart durch: Die beiden verantwortlichen Redakteure wurden entlassen. Und die Hamburger SPD-Größen wehklagten: „Das ist nicht mehr unsere Zeitung". Kurz vor den Bürgerschaftswahlen 1974 wollte die Hamburger SPD-Führung es nicht zulassen, daß ihr Partei-Organ Praktiken enthüllte, die deutlich machten, wie fadenscheinig der sozialdemokratische Anspruch ist, die Interessen der Arbeiter gegen die des Kapitals zu vertreten. Die „Morgenpost" überschlug sich fortan – mit immer weniger Ausnahmen – in Lobpreisungen der Hamburger Senatspolitik.

Und wieder wurde die verunsicherte Redaktion besänftigt mit der Hoffnung auf redaktionelle Mitbestimmung. Der damalige Hamburger dju-Vorstand tönte im Verein mit den Jusos: „*Mit einem gesetzlich abgesicherten Redaktionsstatut hätte es diese Entlassungen nicht gegeben.*" Darüberhinaus forderte ein Ausschuß der SPD-Bundestagsfraktion unter Berufung auf die Parteitagsbeschlüsse von 1971 bezeichnenderweise den Abschluß eines Redaktionsstatuts, weil es in der „Morgenpost" eine „*zu wenig politisch akzentuierte Führung der Redaktion*" und eine „*fehlende Detaillierung dessen, was sozialdemokratische Grundhaltung bedeute*", gebe. Am 30.9.1974 bekam die Hamburger „Morgenpost" ein von oben diktiertes Redaktionsstatut, abgeschlossen zwischen der IG Druck und Papier als „Tarifvertrag zwischen Verleger und Redaktion". Danach hatte der von der Redaktion gewählte Ausschuß bei Entscheidungen über leitende Redakteure ein Anhörungsrecht. Ein Passus besagte: „*Bei Streitfällen soll der Chefredakteur nicht gegen die Mehrheit des Redaktionsausschusses entscheiden.*"

Der Streitfall kam im September 1975, als Chefredakteur Grosch gegen das Mehrheitsvotum des Redaktionsausschusses Peter Maahn zum Lokalchef und Reinhold Stimpert zum stellvertretenden Chefredakteur machte. Der Protest gegen Stimpert begründete sich auf die immer stärkere Anpassung an die mächtige und offen reaktionäre Konkurrenz „Bild". Stimpert kam von „Bild", und im Laufe der Zeit folgten immer mehr Redakteure von diesem Hetzblatt. Mopo-Kollegen dagegen wechselten zu „Bild" über, ein anschaulicher Beweis für die politische Annäherung an das „Bild"-Niveau.

Es gelang der Redaktionsleitung damals, in der systematisch ausgepowerten Redaktion, eine Zweidrittelmehrheit für die Kündigung des Redaktionsstatuts zu mobilisieren. Der Abwärtstrend des Blattes hielt an. Es hielt sich auch die Hoffnung auf ein neues, besseres Redaktionsstatut unter der Regie des neuen Medienverantwortlichen Wilhelm Dröscher. Wie wenig auch das neue Statut wert und wie gebremst der Reformwille des Herrn Dröscher ist, hat sich am Fall Saupe gezeigt. Am 5.April drohten vier Mitglieder des fünfköpfigen Redaktionsausschusses – der fünfte war im Urlaub – ihren Rücktritt zum 1.Mai an: „*Der Redaktionsausschuß mißbilligt auf das schärfste das Verhalten von Chefredakteur und Verlagsleiter in der Angelegenheit Jürgen Saupe. Die gewählte Form der Auseinandersetzung zielt darauf ab, einen Kollegen menschlich, beruflich und moralisch fertigzumachen. Der Redaktionsausschuß befürchtet, daß solche persönlichen Verunglimpfungen auch jeden anderen Kollegen treffen können. Die unbefristete Suspendierung Jürgen Saupes ist entgegen den Bestimmungen des Redaktionsstatuts ausgesprochen worden ... Durch dieses Vorgehen ist erneut bewiesen, daß die Verantwortlichen sich nicht an das Redaktionsstatut, das geltendes Arbeitsrecht ist, halten.*"

Aus seinem Urlaubsort Positano, wo Ahlers dieses Schreiben erhielt, ließ er schriftlich wissen, daß ein Rücktritt des Redaktionsausschusses in seinen Augen „*angesichts der ungeklärten Rechtslage zur Beruhigung beitragen würde*". Im gleichen Schreiben beschuldigt er den Redaktionsausschuß, in „*völlig einseitiger Weise in ein schwebendes Verfahren eingegriffen zu haben ... Es ist für mich auch als sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter selbstverständlich, mich an die Mitbestimmungsregelungen zu halten. Ich habe dies auch nach bestem Wissen und Gewissen getan. Diese Regelungen können aber dann nicht durchgreifen, wenn die Existenz eines Betriebes und seiner Arbeitsplätze dadurch bedroht werden, daß ein Redakteur eingestellt und mit einer Machtvollkommenheit ausgestattet wurde, der er in keinem Fall gerecht werden konnte ...*".

Aus dem Urlaub zurück, fuhr Ahlers in der Redaktionskonferenz schwerere Geschütze auf. Als sich die vier Ausschußmitglieder nicht von ihrem Schreiben distanzieren wollten, drohte er ihnen mit einer Klage wegen Beleidigung und Verleumdung. Der Redaktionsausschuß trat am 1.Mai zurück und grenzte sich in der Weise von seiner Stellungnahme ab, indem er Ahlers nicht mehr eine „Absicht" unterstellt, dem Kollegen Saupe zu schaden.

Ahlers, lange Zeit nur bis Herbst dieses Jahres als Chefredakteur der Morgenpost im Gespräch, wird nunmehr das Steuer mindestens bis Frühjahr 1978 fest in der Hand halten. Zu diesem Zeitpunkt finden wieder die Bürgerschaftswahlen in der Hansestadt statt ...

Journalisten-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

CDU fordert: „Radikalenerlaß für den NDR"

Im Rahmen der Jagd auf die Redakteure und Journalisten, die sich noch nicht durch die Hetze und Demagogie der CDU haben einschüchtern lassen, forderte nun der niedersächsische CDU-Landtagsabgeordnete Hans Feindt, Mitglied auch des NDR-Rundfunkrates, den NDR-Intendanten Neuffer auf, bei Neueinstellungen von Redakteuren nach den Praktiken der Berufsverbote-Richtlinien vorzugehen!

Beim NDR-Hamburg haben, so Feindt, „*Personen die Möglichkeit zur Mitarbeit gehabt, die ganz eindeutig unter die Bestimmungen des Radikalenerlasses fallen*" („Welt", 26.3.77).

„Überprüfung der Verfassungstreue aller Bewerber ..."

Daß diese Forderung keineswegs nur ein vereinzelter Vorstoß eines besonders „eifrigen" CDU-Vogels ist, sondern vielmehr der Beginn einer weiteren, massiven Kampagne gegen den NDR zu sein scheint, verdeutlichte ein Feldzug der CDU/CSU-gesteuerten „Aktion Funk und Fernsehen" (AFF) im Juli 1975 gegen ARD- und ZDF-Redakteure. In einem Schreiben an sämtliche Intendanten und Ministerpräsidenten der Länder forderte die AFF offen die Anwendung von Berufsverbote-Praktiken gegen Journalisten!

Die AFF damals:

„*Wir fordern von den ARD-Anstalten und dem ZDF: Erstens:*

Ein koordiniertes Verfahren zur Überprüfung der Verfassungstreue aller Bewerber zur Anstellung entsprechend dem gemeinsamen Beschluß der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 28.1.72.

Zweitens:

Eine Überprüfung aller Bediensteten, ob sie den vom Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluß vom 25.7.1975 norminierten Anforderungen genügen.

Drittens:

Eine schriftliche Treueerklärung insbesondere der Bediensteten im Programmbereich, durch die sich diese Mitarbeiter zur engagierten Verteidigung des Grundgesetzes, der jeweiligen Landesverfassung und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichten.

Viertens:

Lösung der Anstellungsverhältnisse derjenigen Bediensteten, die die vom Bundesverfassungsgericht bekräftigten Anforderungen des sog. ‚Radikalenerlasses' nicht erfüllen, oder sich weigern, die geforderte Treueerklärung abzugeben.

Fünftens:

Keine Beschäftigung von ‚freien Mitarbeitern' und keine publizistischen Aufträge an Personen, die diesen Staat und seine Verfassungsorgane angreifen oder diffamieren" (aus: „Was ist mit unserem Rundfunk los?", München, 1976).

Bürgerinitiative „Gegen Demokratie in den Sendern" !!!

Der Haltung des damaligen ARD-Intendanten Bausch, „die Sache nicht (zu) beantworten", wurde eine handfeste und üble Drohung entgegengesetzt: Ex-CDU-Generalsekretär Biedenkopf: „*Sechzig Prozent der neuen CDU-Mitglieder sind bereit, in Briefen an Massenmedien kritisch zu politischen Sendungen Stellung zu nehmen. Hier scheint ein Potential für eine auf die Massenmedien gerichtete besondere Art von Bürgerinitiativen zu entstehen*" (ebenda).

Auch in Norddeutschland berufen sich die Rechten mehr und mehr auf die Haltung einer „Öffentlichkeit", der man einreden will, das Programm des NDR würde heute ausschließlich von Anarchisten, Kommunisten und Linkssozialisten gemacht.

Daß die Tendenz schon seit längerem in genau die entgegegesetzte Richtung geht, geschweige denn, daß man die Behauptungen beweisen könnte, tut der Hetze keinen Abbruch.

Wichtigstes Mittel zur Stimmungsmache ist die Springer-Presse, insbesondere die „Welt" und ihr Hamburg-Teil: „*Empört reagieren in den letzten Tagen NDR-Hörer in Anrufen bei der WELT auf ‚unverhohlene Sympathie-Bezeugungen von Reportern für Gewalttäter*", („Welt", 24.3.77). Da taucht sie auf, die „schweigende Mehrheit", die sich „in Sorge um Freiheit und Demokratie" an das Springer-Blatt wendet. Ist das der Beginn der „Bürgerinitiativen zur völligen Gleichschaltung von Rundfunk und Fernsehen"?

Die Pläne der Rechten öffentlich machen!

Die Parallele zu bayrischen und faschistischen Vorgängen ist erschütternd, zeigt aber um so deutlicher, was uns blüht, wenn dem Treiben von StrauSS, Stoltenberg, Albrecht und den ihnen geistigen Verwandten nicht eine breite demokratische Öffentlichkeit entgegentritt!

CDU-„Medienexperte" Christian Schwarz-Schilling: „*Geblieben ist die Erkenntnis, daß die Unionsparteien als einzige politische Gruppierung es wirklich ernst meint mit der Freiheit des gesprochenen und gedruckten Wortes*" (aus „Was ist ... los?"). Dazu ein Wort eines der geistigen Ziehväter der Rechten in der BRD und Nazi-Medienminister, Goebbels: „*Der Betrug muß so groß angelegt werden, daß niemand auf den Gedanken kommt, es handele sich um Betrug*" (ebenda).

Die Repression und Zensur in den Medien muß öffentlich gemacht werden, damit der Betrug von allen als solcher erkannt und bekämpft werden kann!

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

2. Juni 1967

Vor zehn Jahren:

Tod von Benno Ohnesorg

Am 2. Juni jährt sich zum zehnten Mal der Tag, an dem Benno Ohnesorg in Westberlin von dem Kriminalbeamten Kurras während einer Demonstration gegen den Schahbesuch erschossen wurde. Der Täter wurde ein halbes Jahr später freigesprochen. Dies war nach 15 Jahren das erste Mal, daß von der westdeutschen Polizei ein Teilnehmer einer politischen Kundgebung erschossen worden war. Mit dem brutalen Polizeieinsatz am 2. Juni, der Eskalation der staatlichen Gewalt in den Jahren 67/68/69 und der Verabschiedung der Notstandsgesetze wurde der Anfang einer Entwicklung gemacht, die heute unter dem knappen Begriff „Modell Deutschland" zusammengefaßt werden kann: ein hochgerüsteter Unterdrückungsapparat, Radikalenerlasse in fast allen gesellschaftlichen Bereichen Zensur und Gleichschaltung der bürgerlichen Presse usw. Aber nicht nur im militärischen Bereich hat die Bourgeoisie die Zeit genutzt. Mit einer systematisch angelegten Anti-„Terroristen"-Kampagne versuchte sie, die Mehrheit der Bevölkerung auf ihren Kurs der Faschisierung von Staat und Gesellschaft einzuschwören, wobei sie gleichzeitig die gesetzlichen Grundlagen für eine noch schärfere Unterdrückung aller demokratischen Bestrebungen schaffte.

Aber der 2.Juni steht auch für den Beginn einer neuen antikapitalistischen Bewegung in der BRD, nachdem diese durch die Illegalisierung der KPD weitgehend zurückgedrängt werden konnte. Im Zusammenhang mit der Studentenrevolte entwickelten sich die meisten heute arbeitenden linken und revolutionären Gruppen.

Nachdem es der Bourgeoisie am Ende der Studentenrevolte und der APO gelang, die Linke in die Defensive zu drängen, gibt es heute in einigen gesellschaftlichen Bereichen und politischen Sektoren wieder Ansätze, die zeigen, daß der Widerstand gegen dieses „Modell Deutschland" im Wachsen ist: Als Beispiele seien hier genannt der Kampf gegen die Atomkraftwerke, die bisher größte Massenbewegung seit dem Kampf gegen die Remilitarisierung, die Kämpfe an den Hochschulen und der sich entwickelnde Kampf gegen die Repression. Nicht zu Unrecht befürchtet die bürgerliche Presse heute das Entstehen einer „neuen APO".

Wir meinen, daß der 2.Juni Anlaß sein sollte, um einerseits den Kampf gegen die Repression zu verstärken und andererseits Bilanz über zehn Jahre linke Politik zu ziehen. Wir wenden uns deshalb an alle Sektoren der Linken mit der Aufforderung, aus Anlaß des 2.Juni gemeinsame Aktionen und Diskussionen durchzuführen. Wir schlagen die Durchführung einer Demonstration in Westberlin vor, die zum Ort der Erschießung von Benno Ohnesorg führen und von einer Aktionseinheit der Westberliner Linken organisiert werden sollte.

Als Ausdruck unserer Solidarität mit den politischen Gefangenen in der BRD, die allesamt engagierte Kämpfer in der APO waren, schlagen wir vor, Horst Mahler (Rechtsanwalt im Westberliner SDS), Karl-Heinz Roth (ehemaliger SDS-Sprecher, Hamburg) und Fritz Teufel (Westberliner Kommune I) als Sprecher zu benennen und Hafturlaub für sie zu fordern, damit sie auf dieser Veranstaltung zu uns sprechen können.

Außerdem schlagen wir eine Diskussion mit Vertretern der „alten" und „neuen" Studentenbewegung vor, um die Erfahrungen von damals in der richtigen Weise zu nutzen.

Am 26. Mai 1967 trat der Schah von Orte zu schaffen, um sie von Demon-

Am 26. Mai 1967 trat der Schah von Persien auf Einladung der damaligen Großen Koalition von SPD und CDU einen Staatsbesuch in der BRD an. Schon Wochen vorher hatten insbesondere demokratische iranische Studenten in der BRD gegen diesen



Der Täter wurde freigesprochen, wer die Tat heute als Mord bezeichnet, muß mit einem Gerichtsverfahren rechnen.

Besuch protestiert. In verschiedenen Orten seiner einwöchigen Rundreise wurden Protestveranstaltungen organisiert.

Für den Schah wurde »Sicherheitsstufe eins« ausgegeben, was hieß, daß im ganzen Bundesgebiet ca. 30.000 Polizeibeamte in Bereitschaft versetzt wurden, um den Staatsgast vor unliebsamen Protesten zu schützen.

Für alles wurde vor dem Besuch gesorgt: Während von den ca. 6.000 in der BRD lebenden Iranern mindestens ein Drittel politisch überprüft wurden, den größten Teil verboten wurde, während des Schahbesuchs ihren Aufenthaltsort zu verlassen, in mehreren hundert Fällen sogar versucht wurde, die oppositionellen Iraner an andere Orte zu schaffen, um sie von Demonstrationen fernzuhalten, in einigen zig Fällen Vorbeugehaft verhängt wurde, reiste gleichzeitig eine etwa 1.100 Mann starke Hilfstruppe des Schahs kurz vor dem Besuch aus dem Iran ein (»FR«, 28.5.67).

Für die gesamte Besuchsroute wurden besondere »Sicherheitsvorkehrungen« getroffen, die soweit gingen, daß in Aachen rund ums Rathaus sämtliche Fenster geschlossen bleiben mußten und im Rheingau die Menschen aufgefordert wurden, *»ihr Augenmerk auf das Einschleichen von fremden Elementen zu richten«*(Flugblatt der Polizei, zitiert nach »Süddeutsche Zeitung« vom 28.5.67). In Bonn wurden 61 westdeutsche und iranische Studenten verhaftet, weil sie einen Kranz mit der Inschrift »Den Opfern der Schah-Tyrannei« niederlegen wollten.

Zum Einsatz dieses aufgefahrenen Gewaltapparates kam es aber erst in vollem Ausmaß am 2. Juni in Westberlin.

SAVAK-Agenten prügeln im Schutz der Polizei

Als der Schah am Freitagmorgen in Westberlin eintraf, wurde er in einem Autokorso durch die Innenstadt zum Rathaus Schöneberg gefahren. Am Straßenrand standen einige tausend Schaulustige, darunter sehr viele Demonstranten gegen den Schahbesuch, vor allem Studenten. Die Polizei hatte ganze Truppen »schahfreundlicher« Iraner (zum großen Teil mitgereiste SAVAK-Agenten) vor den Absperrungen postiert. Als die Rufe *»Nieder mit dem Schah«* aus der Menge immer lauter wurden, *»stürzten sich plötzlich die Iraner auf die dichtgedrängten Neugierigen und Demonstranten und schlugen mit Stahlruten, Totschlägern und Holzlatten auf sie ein«* (»Die Zeit«, 9.6.67). Sowohl die Weigerung der Polizei, die Schlägertrupps zu verhaften, oder zumindest ihre Namen aufzunehmen, als auch die Tatsache, daß diese Truppen aus dem Innenraum der Absperrung heraus operieren konnten, beweist, daß hier eine planmäßige Provokation von westdeutscher Polizei und iranischem Geheimdienst durchgeführt wurde.

„Füchsejagden" in der Bismarckstraße

Für Freitagabend war der Schah in der Oper angekündigt. Tausende Demonstranten hatten sich hier schon seit Stunden versammelt. Sie wurden von der Polizei auf die gegenüberliegende Seite der Bismarckstraße zwischen spanische Reiter und einen übermannshohen Zaun gedrängt, so daß die Flucht nach hinten abgeschnitten war. Ein Polizei-Reservist berichtete später:

»Bevor der Schah an der Oper eintraf, begann ein Polizeikommando von dem Grundstück aus, das hinter dem Bauzaun liegt, auf dem Bauzaun und auf den Bäumen sitzende Jugendliche herunterzutreiben. Beamte kletterten dazu selbst auf den Zaun, schlugen die Jugendlichen mit den Fäusten und Gummiknüppeln und schubsten sie von oben herunter ... Ein anderer beugte sich über den Bauzaun und schlug mit dem Gummiknüppel unten zusammengedrängt Stehenden auf die Köpfe ...« (Aussage des Polizeireservisten Horst Wodke, zitiert nach »Hamburger Extrablatt«, Zeitung des Hamburger AStA für die Bevölkerung zur Information über den Polizeieinsatz in Westberlin und Hamburg).

Durch diese Provokationen wurde die Empörung unter den Demonstranten immer größer.

Um 19.56 Uhr hielt der Wagen mit dem Schah vor der Oper. Vereinzelt flogen Mehlbeutel und Tomaten, ohne daß es allerdings zu einer größeren Auseinandersetzung kam. *»Zwischen 19.57 Uhr und 20.09 Uhr herrscht Aufbruchstimmung. Der Schah ist in der Oper, die Demonstranten beginnen seitlich in die Krumme Straße abzuwandern. Die Parole 'Zehn Uhr wiederkommen' wird durchgegeben«* (»Die Zeit«, 9.6.67).

Soweit sollte es jedoch nicht kommen. Die Polizei hatte offensichtlich nur solange abgewartet, bis der Schah in der Oper verschwunden war, *»um dem Kaiserpaar den Anblick einer Straßenschlacht zu ersparen«* (ebenda). Denn sofort als sich die Türen geschlossen hatten, wurde der Befehl »Knüppel frei« ausgegeben, also zu



SAVAK-Agenten mit Stahlruten und Kanthölzern gegen die Demonstranten — im Schutz der Polizei

einem Zeitpunkt, wo der »eigentliche« Auftrag (oder vielmehr der, der immer vorgegeben wird) erfüllt war: Der Schah war sicher in der Oper.

Schah war sicher in der Oper.

Um 20.09 Uhr begann das Massaker. Ohne Ankündigung durch den Polizeilautsprecher, ohne Warnung durch einzelne Polizisten und ohne akuten Anlaß rückte die Polizei mit Gummiknüppel und Reiterstaffeln gegen die abwandernden Demonstranten vor. Als die Bullen an den Absperrungen ankommen und die dahinterstehenden Menschen schlagen, setzen diese sich auf den Boden, *»aber die Polizisten schlagen mit äußerster Kraft, schlagen auf Ohnmächtige, auf Liegende, auf Studenten, die ihren zusammengebrochenen Kommilitonen helfen wollen«* (zitiert nach »Frankfurter Rundschau«, Sondernummer zu den Westberliner Ereignissen).

Aus diesem Kessel gibt es für die Demonstranten keine Flucht. Denn während in ihrem Rücken der unüberwindliche Bauzaun steht, werden sie von beiden Seiten der Bismarckstraße von der Polizei angegriffen. *»Während im mittleren Abschnitt die Prügelei im vollen Gange ist, nähert sich von der Wilmersdorfer Straße her ein Polizeiwagen und fordert über Lautsprecher die Demonstranten auf, die Bismarck-Straße zu räumen."* Dies können sie allerdings nur noch zur Krummen Straße hin, wo *»sie* (die Polizisten) *eine Gasse bilden und einander die fliehenden Demonstranten zuprügeln«* (»Die Zeit«).

Die Polizisten werden gleichzeitig durch mehrmals wiederholte Meldungen scharf gemacht, daß ein Polizist erstochen worden sei.

Später wurde zugegeben, daß es während der ganzen Demonstration nicht einmal eine Drohung mit einem Messer gegeben hat (Polizeipräsident auf einer Pressekonferenz).

Die Demonstranten drängen jetzt in panischer Angst in Richtung Krumme Straße. Dort werden sie von Greiftrupps von uniformierten und zivilen Bullen erwartet und einzeln zusammengeschlagen. Dazu benutzten sie einen dunklen Parkplatz, der von der Krummen Straße abging.

Nach späteren Zeugenaussagen muß sich hier um ca. 20.30 Uhr etwa folgendes abgespielt haben: *»Auf dem Grundstück war ein großes Getümmel zwischen Polizisten und Demonstranten. Als ich mich zur Straße wandte,*

ten. Als ich mich zur Straße wandte,

lief ein Mann im roten Hemd an mir vorbei. Zwei oder drei Kollegen wollten ihn greifen. Und plötzlich hörte ich dicht hinter mir einen Schuß. Und dann sah ich den Mann am Boden liegen. Ich weiß jetzt, daß es Benno Ohnesorg war«(ein Polizeizeuge vor Gericht, zitiert nach „Berliner Zeitung"). Die spätere Obduktion der Leiche ergab, daß Benno Ohnesorg vor seinem Tod brutal geschlagen worden ist und daß der Schuß von unten nach oben in seinen Hinterkopf eingedrungen ist.

Daß heißt, er muß entweder vornübergebeugt auf der Flucht gewesen sein oder schon am Boden gelegen haben, als der Schuß abgegeben wurde.

Auf einer Demonstration gegen den Schah von Persien in West-Berlin ist

Benno Ohnesorg

stud. phil., 26 Jahre

durch die Kugel eines Kriminalbeamten getötet worden. Er machte lediglich von seinem demokratischen Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch. Wir beklagen seinen Tod.

Allgemeiner Studentenausschuß der Freien Universität Berlin (AStA)
Gerhard Baum für den Bundesvorstand der Deutschen Jungdemokraten
Dr. Andreas Buro für den Zentralen Ausschuß der Kampagne für Abrüstung
Christian Götz, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen
Rainer Haun, Geschäftsführer der Humanistischen Union
Liberaler Studentenbund Deutschlands, Bundesvorstand
Dr. Herbert Mochalski für die Kirchlichen Bruderschaften
Erich Nitzling für den Bezirksausschuß der Jungsozialisten Hessen-Süd
Hinrich Oetjen, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft Chemie, Papier, Keramik
Helmut Reiche für den Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes
Heinrich-Constantin Rohrbach, Generalsekretär der Evangelischen Studentengemeinden
Helmut Schauer, Sekretär des Kuratoriums Notstand der Demokratie
Johannes Schlaghecke, Bundesvorsitzender des Studentenverbandes Deutscher Ingenieurschulen
Hermann Schmidt, Landesvorsitzender des Sozialdemokratischen Hochschulbundes Hessen
Dr. theol. Hannelis Schulte für den Bundesvorstand der Deutschen Friedensgesellschaft
Reinhold Settele für den Bundesvorstand des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer
Kurt Sprenger für die Bundesjugendleitung der Naturfreundejugend Deutschlands
H. M. Vogel für den Bundesvorstand der Internationale der Kriegsdienstgegner
Gerhard Weber, Generalsekretär des CVJM, Hamburg
Welt-Organisation der Mütter aller Nationen (WOMAN)
Karl Zeifang, Bundesjugendleiter der Solidaritätsjugend

Eine Lüge ist auf jeden Fall die Behauptung von Kurras, er sei von mehreren Demonstranten bedrängt worden, wobei ihn zwei mit dem Messer bedroht hätten, und er in dieser Situation (also in jeden Fall auf stehende Menschen) geschossen habe. Dem Mitglied des Westberliner Abgeordnetenhauses Löffler erklärte ein Oberwachtmeister später: *»Warum hat der Kriminalbeamte nur geschossen? Wir hatten den Demonstranten doch schon sicher«* (zitiert nach ,,FR'', 5.5.67).

Vertuschungsmanöver

Einen Toten und 47 Festnahmen hat es bei dieser Demonstration gegeben, die Verletzten sind von der Polizei nie gezählt worden.

In den Samstagszeitungen wurde jedoch nichts über den Tod von Benno Ohnesorg berichtet. Bis spät in die Nacht hinein wurde diese Nachricht von der Polizei unterdrückt. Erst durch die Nachforschungen des Rechtsanwalts Horst Mahler gelingt es, den Namen des Toten zu veröffentlichen. Von da an setzt eine systematische Kampagne zur Verschleierung dieser Terrortat an. Während der Täter auf freien Fuß gelassen wurde und sich so mit seinen Kumpanen in aller Ruhe absprechen konnte, wurden von der Polizei nach und nach fünf verschiedene Versionen über den Tod verbreitet:

1. Benno sei an einem Schädelbasisbruch gestorben. Um diese These zu belegen, wird die Schußwunde vernäht, Knochensplitter werden entfernt. In einer Nachobduktion wird jedoch eindeutig festgestellt, daß Benno einer Schußverletzung erlag.
2. Er sei in Notwehr erschossen worden, weil der Beamte lebensgefährlich bedrängt worden sei. Vor Gericht wird später festgestellt, daß, wenn überhaupt jemals eine gefährliche Situation für Kurras entstanden sei, diese zum Tatzeitpunkt auf jeden Fall schon beseitigt war.
3. Er sei bei einem Warnschuß von einem Querschläger getroffen worden. Diese Version wurde später zurückgenommen.
4. Der Schuß hätte sich versehentlich im Handgemenge gelöst, wobei keinerlei Erklärung dafür abgegeben werden konnte, weshalb Kurras die Waffe zog.
5. Der Innensenator, Büsch, schloß plötzlich nicht mehr aus, daß der Bericht des Beamten falsch sei.

Von der gesamten Westberliner Regierung wurde das Verhalten und das Vorgehen der Polizei nachträglich gerechtfertigt. Der damalige Bürgermeister, Pastor Albertz, sagte noch am nächsten Tag: *»Ich sage ausdrücklich und mit Nachdruck, daß ich das Verhalten der Polizei billige, und daß ich mich durch eigenen Augenschein überzeugt habe, daß sich die Polizei bis auf die Grenze des Zumutbaren zurückgehalten hat.«*
Albertz allerdings, der offensichtlich
auf die Grenze des Zumutbaren zurückgehalten hat.«
Albertz allerdings, der offensichtlich
von der Polizeiführung mit falschen Berichten versorgt worden war, warnt heute eindringlich vor einer Entwicklung zum Polizeistaat.

Der Westberliner Senat verhängte nach diesen Ausschreitungen der Polizei ein generelles Demonstrationsverbot über die ganze Stadt. Selbst Trauerkundgebungen am Ort der Erschießung wurden verboten.

Der Kampf um die Wahrheit

Die Presse, in Westberlin zu drei Vierteln von Springer beherrscht, verbreitete in den nächsten Tagen jeweils die Fassung des Polizeisprechers. Erst durch die eigenständige Aufklärungsarbeit von Rechtsanwalt Mahler mit Unterstützung vieler Studenten, gelang es überhaupt, die Wahrheit ans Licht zu holen. Eigenständig wurden Zeugen gesucht, Protokolle angefertigt usw., und der Presse die Ergebnisse vorgelegt.

Dabei schälte sich immer klarer heraus, daß die ,,Notwehr''-Version der Polizei wie ein Kartenhaus zusammenbrechen mußte. Kurras behauptete immer wieder, daß er zunächst einen Warnschuß abgegeben habe und dann erst den tödlichen Schuß. Von den ca. 60 Zeugen, die vor Gericht aussagten, hat allerdings nur einer einen zweiten Schuß gehört, und der stand 150m vom Tatort entfernt. Weiterhin behauptete Kurras, von zwei Demonstranten mit dem Messer bedroht worden zu sein — bei keinem der Demonstranten, die sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Hof aufgehalten hatten, wurde jedoch ein Messer gefunden.

Unter dem Druck dieser Fakten brachen auch die ,,liberalen'' Zeitungen ihr Schweigen. Aus Sorge, daß bei einer Vertuschung dieser Tat die Wogen an den Unis noch höher schlagen könnten, fordern sie jetzt die Verurteilung von Kurras.

Der Staatsanwalt forderte schließlich acht Monate mit dreijähriger Bewährung wegen ,,fahrlässiger Tötung''.

Das Gericht jedoch sprach Kurras frei, da nicht einwandfrei nachzuweisen gewesen sei, daß er sich nicht in einer Notwehrsituation befunden habe. Mit diesem Urteil wurde die Grundlage für viele weitere gelegt, wenn es um Anklage gegen Polizisten wegen Mordes, Totschlags oder Tötung ging. Benno Ohnesorg in ,,Notwehr'' in den Hinterkopf geschossen — diese Logik spricht ein klares Urteil über die westdeutsche Klassenjustiz.

Kurras rein!

Während Kurras sofort nach seiner Tat frei herumlaufen konnte, obwohl er das Leben eines Menschen auf dem Gewissen hatte, wurde ein anderer für fast vier Monate in Untersuchungshaft gehalten: Fritz Teufel. Am 3. Juni wurde er wegen Landfriedensbruch verhaftet. Vorgeworfen wurde ihm, während der Demonstra-

Fritz Teufel — wie er leibte und lebte

tion vor der Oper einen Stein auf die Polizisten geworfen zu haben. Hinzu kamen ,,Delikte'' aus früherer Zeit: beim Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey in Westberlin hatte er ein ,,Puddingattentat'' verübt, und mit der ,,Kommune I'' hatte er ein Flugblatt mit der Parole *»Wann brennen Berlins Kaufhäuser?«* herausgegeben. Mehrere Anträge von
Flugblatt mit der Parole *»Wann brennen Berlins Kaufhäuser?«* herausgegeben. Mehrere Anträge von
Horst Mahler, Teufel aus Haft freizukriegen, wurden abgelehnt.

Die Studenten der FU ließen ihn jedoch nicht im Stich. Am 20. Juni organisierten sie einen Hungerstreik, um auf diesen schreienden Wider-



Karl-Heinz Roth 1969: 18 Monate fahndete die Polizei vergeblich nach ihm (wegen Verletzung der Bannmeile ums Rathaus) dann stellte er sich freiwillig.

spruch aufmerksam zu machen. Sie forderten die sofortige Freilassung von Fritz Teufel, die Absetzung von Albertz, Büsch und anderen Verantwortlichen.

Volle zwei Monate hat die Justiz gebraucht, bis sie überhaupt bereit war, die Entlastungsgründe der Verteidigung anzuhören. Damals noch eine Besonderheit, ist dies heute in politischen Prozessen ebenfalls schon zur Selbstverständlichkeit geworden.

Erst im November wurde dann der Prozeß aufgenommen, gerade als Kurras freigesprochen worden war. An den Universitäten begann man allerdings, sich eine eigene Meinung über die Justiz zu bilden. Am 27.11. organsierte der AStA ein Teach-In zum Teufel-Prozeß, woran 2.500 Studenten teilnahmen. Nach der V eranstaltung zogen die Teilnehmer zum Gerichtsgebäude, wo sie von einem starken Polizeiaufgebot erwartet wurden. Da sich die Studenten nicht aufhalten lassen wollten, zum Gerichtsgebäude zu marschieren, wurde von der Polizei wiederum der Knüppel gezogen und die Wasserwerferaufgefahren. In einer mehrstündigen Straßenschlacht wurden die Studenten zurückgeschlagen.

Deutlich war jedoch geworden, daß die Westberliner Studenten bereit waren, in Solidaritätsaktionen für Fritz Teufel zu treten. Nicht zuletzt wird es auch gerade diese Solidarität gewesen sein, die im Dezember dann zu seinem Freispruch führten. Der Staatsanwalt hatte fünf Monate ohne Bewährung beantragt, mit der denkwürdigen Begründung: *»Der Angeklagte befindet sich auf einem gefährlichen Weg. Er ist politisch stark engagiert und fanatisch. Seine Ideen sind noch unausgegoren. Ich kann deshalb einer Strafaussetzung auf Bewährung nicht zustimmen«* (zitiert nach ,,Berliner Morgenpost'', 15.12. 1967).

2. Juni - Anfang der Studentenrevolte

2. Juni - Anfang der Studentenrevolte

Bis zum Sommer 1967 hatte sich die Studentenbewegung zwar gegenüber den vorherigen Jahren stark verbreitert und eine radikalere Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen entwickelt - dies vor allem angesichts der Großen Koalition in Bonn - aber bis zu diesem Zeitpunkt war es noch nicht zu direkten und militanten Zusammenstößen mit dem Staatsapparat gekommen.

Die Ereignisse um den 2. Juni, die Wiederholung ähnlicher Polizeieinsätze in anderen Städten, so z.B. am 3.6. gleich nach dem Tod von Benno Ohresorg in Hamburg, der Freispruch von Kurras u.a.m. haben dann zu einer Radikalisierung der Studentenbewegung geführt.Schloß der damalige Hamburger AStA z.B. seine Ausführungen über den Tod von Benno noch



Doch, doch: er ist es — uns Rudi hebt beim Teufelprozeß die Gitter aus den Angeln

mit den Worten: *»Wir müssen uns von so unqualifizierten Mitteln wie Tomaten- und Eierwürfen distanzieren«* (zitiert aus einem Papier des AStA für die Studentenschaft, in dem über die Westberliner Ereignisse berichtet wurde),so kam es in den folgenden Monaten immer häufiger auch zu direkten Aktionen wie Vorlesungssprengungen, Belagerung von Professorenversammlungen usw.. Waren die Aktionen vom 2. Juni nur als Protest gegen den Schah gedacht, kam es in der Folgezeit ebenso zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die sich gegen die Polizeiwillkür selbst richteten wie z.B. der Versuch, beim Prozeß gegen Teufel die Polizeiketten zu durchbrechen.

In dieser Zeit wurde in der Studentenbewegung die Frage ,,Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen'' aufgeworfen.

Wenn die Herrschenden heute den sogenannten ,,Terrorismus'' als Vorwand für die Faschisierung von Staat und Gesellschaft aufbauen, so muß ihnen entgegengehalten werden, daß all diejenigen, die heute als ,,Terroristen'' im Knast sitzen, ihr politisches Engagement in der Studentenbewegung begonnen haben. Und alle waren sie ,,friedliebende'' Menschen, die sich wie z.B. Ulrike Meinhof gegen die sozialen Ungerechtigkeiten aufgelehnt hatten, die mit der Demokratie ernst machen wollten. Daß die Studentenbewegung später zur Durchsetzung ihrer Ziele auch zu gewaltsamen Mittel gegriffen hat, ist aus der Erkenntnis geschehen, daß die Bourgeoisie letztlich keinen anderen Weg zuläßt.

Gerade deshalb sind wir auch heute mit denjenigen Genossinnen und Genossen solidarisch, die heute im Knast sitzen, über bestehende politische Differenzen hinweg.

Besetzung des Hochschulamts

Bremen. Am 1. Mai demonstrierten über 1.000 Studenten gegen den Entwurf für ein neues Bremer Hochschul-Gesetz (BHG).

Schon im letzten Semester wurde gegen dieses Gesetz gestreikt. Mit der Demonstration am 12.5., die anläßlich einer Anhörung zum BHG angesetzt worden war, wurde nun der erste Schritt im Sommersemester unternommen, um den Kampf gegen die reaktionäre Hochschulformierung wieder mit mehr Schwung und größeren Aktionen aufzunehmen. Etliche Studenten hatten sich speziell ausgerüstet. So war es möglich, am Büro des CDU-Landesverbandes einmal kurz haltzumachen. Es prangt jetzt dort eine Inschrift: »CDU - Wanze der Nation« - nicht zuletzt in »Auszeichnung« der Spitzeldienste des CDU-Studentenverbandes RCDS an den Universitäten. Diesmal konnten auch die sonst ungehindert arbeitenden Polizeifotografen nicht recht froh werden. In Erwägung, daß man sich die Fotografiererei nicht länger gefallen lassen wollte, wurden sie mit rohen Eiern bombardiert.

Auch ein Sprecher der CDU, der ebenso wie »Kollegen« von SPD und FDP bei der Abschlußkundgebung mal ans Mikrofon gelassen wurde, sah sich mit einem Hagel von Eiern konfron-
ebenso wie »Kollegen« von SPD und FDP bei der Abschlußkundgebung mal ans Mikrofon gelassen wurde, sah sich mit einem Hagel von Eiern konfron-
tiert.

Knapp 200 Lehrerstudenten formierten sich nach der Kundgebung zu einem Zug und marschierten zum Amtssitz des Hochschulsenators Franke, um ein paar Auskünfte über die in Arbeit befindliche Lehrerprüfungsordnung zu holen.

Nach Rangeleien mit der bereits anwesenden Polizei und einem kurzen Sitzstreik auf der Straße wurden schließlich alle in Frankes Sitzungssaal gelassen. Es stellte sich heraus, daß der Herr Senator nicht anwesend war. Seine »rechte Hand«, ein Senatsdirektor Hoffmann, wollte nur soviel sagen, daß er nicht zuständig sei, nichts wüßte, es noch gar keinen Entwurf für die Prüfungsordnung gebe usw.

Es wurde beschlossen, so lange diesen Sitzungssaal besetzt zu halten, bis genaue Angaben über die Pläne des Senats vorlägen. Zwei Fässer Bier für das leibliche Wohl wurden herbeigeschafft, das Mobiliar den Bedürfnissen entsprechend beiseite geräumt und bereits überlegt, wie eine eventuelle Übernachtung zu bewerkstelligen wäre.Dank eines Telefons im Raum konnte Kontakt zur Außenwelt hergestellt werden. Die Studentenausschüsse sämtlicher Bremer Hochschulen wurden benachrichtigt, außerdem die Presse und Radio Bremen. Der ASTA der Universität wurde gebeten, etwas zu Essen zu besorgen. Durch die Bekanntgabe der Besetzung mobilisiert, trafen noch weitere Studenten ein und verstärkten die Besetzer. Daraufhin marschierte wieder Polizei vor dem Gebäude auf und sperrte es vollständig ab. Ein langer MEK-Bulle postierte sich in der Tür. Inzwischen trafen Kommilitonen mit großen Behältern Erbsensuppe ein. Die Bullen wollten die Suppe jedoch nicht durchlassen. Auch Senatsdirektor Hoffmann entschied: Keine Erbsensuppe im Ministerium.

Bei dem Versuch, einen direkt vor den Bullen abgestellten Suppenbehälter durch deren Beine nach innen zu ziehen, wurde der größte Teil der heißen Suppe ausgekippt, - über die Beine der Bullen und leider auch einiger Kommilitonen. Beim anschließenden Versuch, den MEK-Bullen aus der Tür zu schmeißen und die Tür von innen zuzudrücken, vergaß ein Bulle, seine Hand rechtzeitig wegzuziehen - sie sah nachher arg zugerichtet aus.

Nach den Kämpfen um Suppe und Tür zogen wir uns in den Sitzungssaal zurück, sangen Lieder und diskutierten. Draußen wurden mehr Polizeikräfte aufgefahren. Gegen 16.00 Uhr marschierten, in Formation und mit den Knüppeln in der Hand MEK-Bullen auf.

Es wurde beschlossen, nur ,,passiven Widerstand'' zu leisten. Per Megaphon aus dem Fenster wurden die draußen in großer Zahl stehenden Leute - Passanten und Studenten - von den Vorgängen unterrichtet. Das Mobiliar im Raum wurde vollends beiseite geräumt, wir setzten uns auf den Boden und hakten uns zu Ketten ein.
den Vorgängen unterrichtet. Das Mobiliar im Raum wurde vollends beiseite geräumt, wir setzten uns auf den Boden und hakten uns zu Ketten ein.
»Wehrt euch - leistet Widerstand« singend erwarteten wir die MEK-Schläger. Doch wer kam plötzlich zur Tür herein ? »Unser« Senator Franke! Er erklärte sich zur »Diskussion« bereit. D.h., auch er wollte nicht recht zuständig sein, verwies an seinen Kollegen Schulsenator und beteuerte, es gebe keinen Entwurf für die neue Lehrerprüfungsordnung. Nach langem Bohren und Hin und Her rückte er schließlich mit seinen Plänen heraus. Wir sollen eine Prüfungsordnung bekommen, nach der ein Höchstmaß politischer Kontrolle unserer Studieninhalte möglich ist, auch nach Abschluß des Studiums.

Leistungsnachweise, die während des Studiums erbracht wurden, werden in der Prüfung nur noch zu 25 % bewertet, mit einer 5 in einem der Prüfungsfächer soll man diesen Teil wiederholen, es wird Regelstudienzeit von 9 Semestern eingeführt usw. Nach diesen Auskünften wurde die Besetzung abgebrochen, um am nächsten Tag in der Uni über Gegenmaßnahmen zu beraten.

Mit ca. 250 Studenten wurde am nächsten Tag ein Teach-in durchgeführt. Allgemeiner Konsens war, daß die Offenbarungen Frankes mit Streik beantwortet werden müssen. Sehr rasch sollen nun Vollversammlungen der Bereiche stattfinden, auf denen Anträge für unbefristeten Streik vorgelegt werden. Danach muß schnellstens eine Vollversammlung aller Uni-Studenten einberufen werden, die den Vollstreik beschließt.

Es scheint, die bisherige (trügerische) Ruhe dieses Semesters an den Bremer Hochschulen ist vorbei!

Hochschulgruppe
KB / Gruppe Bremen





Stahlkrise: Massenentlassungen und 50 % Kurzarbeiter

Die Feststellung, daß sich die westeuropäische Stahlindustrie in der schwersten Krise ihrer Geschichte befindet, trifft ohne Übertreibung zu. Gekennzeichnet ist die Krise durch zunehmende Verschuldung, Auftragsbestände, die allenfalls noch zwei bis drei Wochen reichen, Kapazitäten, die nur noch gut zur Hälfte ausgelastet sind, und Kurzarbeit, die mittlerweile 50% der gesamten 700 000 Stahlarbeiter in der EG betrifft (Angaben „FR" 2.5.).

Kaum besser, jedenfalls für die Arbeiter, ist die Lage in der westdeutschen Stahlindustrie. Ende Februar waren 65 000 Stahlarbeiter von insgesamt 210 000 (also fast jeder dritte) von Kurzarbeit betroffen. Darüberhinaus hat die Kurzarbeit in einigen Konzernen bereits die gesetzlich zulässige Höchstdauer von 24 Monaten erreicht.

Der hauptsächliche Grund für die Krise liegt in weltweiten Überkapazitäten und einer verschärften Konkurrenz auf dem Weltstahlmarkt. Dieser Konkurrenzkampf hat zur Neuverteilung des internationalen Marktes,und zwar zu Ungunsten der westeuropäischen Stahlkonzerne geführt. So stieg die Importquote der BRD in den letzten drei Jahren von etwa 25 auf über 30%. Und Klöckner-Chef Glenow klagte, *„die BRD als traditionell zweitgrößter Stahlexporteur führte erstmals über weite Strekken des Jahres 1976 mehr ein als aus"* („Spiegel" 14/77).

Dieser Entwicklung wollen die westeuropäischen Stahlkonzerne mit Rationalisierungen großen Stils begegnen. Geplant sind Stillegungen bzw. Reduzierungen ganzer Regionen. Aufrechterhalten werden sollen nur noch die rentablesten Anlagen. Ansonsten sind Neuinvestitionen beabsichtigt. Klar ist, daß dieser Kurs allein zur Lasten der Arbeiter und Angestellten geht. So gingen in der BRD in den letzten Jahren etwa 28 000 Arbeitsplätze verloren. Bisher konnten allerdings durch Ausnutzung der „natürlichen Fluktuation" und vorzeitiges Ausscheiden (in der Stahlindustrie arbeiten nur noch wenige Kollegen, die älter als 59 sind) spektakuläre Massenentlassungen vermieden werden. Diese stehen jedoch jetzt bevor: Neunkirchner Eisenwe r ke 900, Stahlwerke Röchling-Burbach 1300, Mannesmann-Reisholz 1800, Klöckner Maxhütte 1200 und bei Thyssen 2500.

In Frankreich soll mit staatlicher Hilfe in Höhe von 12 Mrd. Francs die Modernisierung der Stahlindustrie durchgesetzt werden. Dadurch wird jeder zehnte Arbeitsplatz verloren gehen, allein in Lothringen etwa 13 400. Die Realisierung wird den französischen Konzernen aber sicher nicht leicht fallen, denn besonders hier ist mit erheblichem Widerstand der Arbeiter zu rechnen, was sich in örtlichen Aktionen und dem Protestmarsch der Arbeiter auf Paris bereits angedeutet hat. Der Konflikt könnte sich darüberhinaus zur echten Kraftprobe ausweiten und zur Ablösung der Barre-Regierung durch das Linksbündnis spätestens nach den nächsten Parlamentswahlen erheblich beitragen.

Der belgische Staat will drei großen Hüttenwerken im Raum Lüttich und Charleroi Anleihen über 9,3 Mrd. fr geben. Hier sind zur Zeit etwa 35 000 Arbeiter beschäftigt.

Das Investitionsprogramm des luxemburgischen Arbed-Konzerns sieht den Bau von zwei Hochöfen vor, was die Schliessung von zwölf bestehenden Hochöfen zur Folge hat. Unabhängig davon wurde die Belegschaft um zehn Prozent auf 24 974 Arbeiter reduziert.

Der EG-Krisenplan

Anfang Mai hat die EG-Kommission umfangreiche Maßnahmen zur Sanierung der europäischen Stahlindustrie verabschiedet: Die Einführung von Mindestpreisen für Betonstahl war dabei die wichtigste Entscheidung. Außerdem wurde die Veröffentlichung von freiwillig einzuhaltenden Mindest-Orientierungspreisen für eine Reihe von Walzstahlerzeugnissen beschlossen sowie die Einführung automatischer Lizenzen beim Walzstahlimport, Umstrukturierungskredite und eine Koordinierung der nationalen Stahlbeihilfeprogramme (Angaben nach „Handelsblatt", 6.5.).

Die EG-Kapitalisten haben damit ihren restriktiven Kurs erheblich verstärkt, nachdem bereits im Januar freiwillige Produktionsquoten eingeführt wurden, die allerdings ohne Bedeutung blieben. Sinn dieser Maßnahmen ist die Ausschaltung der internationalen Konkurrenz, um den westeuropäischen Konzernen ungestört die Durchführung der geplanten Umstrukturierung zu ermöglichen.

Die Einführung von Mindestpreisen wurde gegen den Willen der westdeutschen Stahlkapitalisten beschlossen, die diesen Plänen von Anfang an ablehnend gegenüberstanden und die Durchsetzung lange Zeit erfolgreich verhindert haben. Die westdeutschen Stahlkapitalisten treten nach eigenen Aussagen für eine *„marktwirtschaftliche Lösung der konjunkturellen und strukturellen Probleme ein, sowie für eigene Anstrengungen der Unternehmen"* („FAZ" 4.5.).
Und zynisch fügte der Sprecher der Vereinigung G.TH. Wuppermann hinzu: *„Die Ablehnung entspricht unserer liberalen Haltung in der Wirtschafts- und Handelspolitik"* („FAZ" 21.4.).

In Wirklichkeit steckt hinter der ablehnenden Haltung eine Politik der Stärke. Für die westdeutsche Stahlindustrie ist der Ausbau ihrer Vormachtsstellung in Europa aufgrund der Schwäche der europäischen Konkurrenten jetzt besonders günstig. Auf diese Pläne wirken sich die Beschlüsse der EG-Kommission nachteilig aus.

Aus diesen Gründen ziehen die BRD-Konzerne nationale Lösungen vor, die dem Streben nach Vormachtstellung Rechnung tragen. Im März besprachen laut „Spiegel Nr. 14/77" die westdeutschen Stahlbosse die Möglichkeit, durch Fusion von Krupp, Klöckner und Salzgitter einen weiteren Stahlgiganten zu schaffen, der mit einer Rohstahlproduktion von 11,5 Mill. Tonnen zum zweitgrößten Stahlkonzern der BRD aufsteigen würde. Noch wird eine derartige Fusion offiziell heftig dementiert, aber die expansiven Pläne der westdeutschen Kapitalisten sprechen für einen solchen Zusammenschluß. Außerdem bestehen seit der Einrichtung der Stahlkontore, die der damalige Wirtschaftminister Schiller als „Trainingszentren für spätere Fusionen" bezeichnete, zwischen den genannten Firmen weitgehende Absprachen. Nationale Konkurrenz und Wettbewerb sind längst vergessen.

Internationaler Metallgewerkschaftsbund: Treue Diener ihrer Herren

Am 13.April kamen Metallgewerkschafter aus rund sechzig Ländern Europas, Nord- und Südamerikas, Afrikas und Asiens im Rahmen des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) in Frankfurt zusammen, um über die weltweite Stahlkrise und die sich daraus ergebenden Probleme für die Arbeiter zu beraten.

Angesichts einer für die Stahlarbeiter äußerst bedrohlichen Situation eigentlich eine begrüßenswerte Initiative. Aber anstatt über internationale Kampfformen zu beraten, wurden Pläne zur Neuordnung des internationalen Stahlmarktes geschmiedet. Zu diesem Zweck wird eine Art „internationaler konzertierter Aktion" von Regierungen, Gewerkschaften und Stahlkapitalisten angestrebt. *„Eine Weltstahlkonferenz auf der Ebene der OECD sei nunmehr unaufschiebbar und sollte von den Regierungen dringend einberufen werden"* („Welt" 15.4.).

Daß die Stahlarbeiter von einer solchen Konferenz, falls sie überhaupt jemals zustande kommt, nichts zu erwarten haben, ist bekannt, und besonders die westdeutschen Kollegen verfügen über reichhaltige Erfahrungen, wie in „ konzertierten Aktionen " die Kapitalisten ihre Pläne durchgesetzt haben.

Noch dreister wurden die IMB-Gewerkschafter, als sie die Entwicklungsländer und revisionistischen Staaten zu den Hauptschuldigen der Stahlkrise erklärten. *„Wir sind nicht dagegen, daß die Entwicklungsländer Stahlwerke bauen, aber wir sind dagegen, daß sie für den Export gebaut werden"*, sagte der amerikanische Generalsekretär Reben. Deutliche Kritik übte er auch an den Staatshandelsländern, die wegen des Devisenvorteils Dumping betrieben und Stahl unter den Gestehungskosten verkauften („Welt" 15.4.).

An dieser Stelle wird deutlich, welchen Herren die IMB-Gewerkschaftsführer dienen und wie skrupellos diese Herren „ihren" nationalen Kapitalisten im weltweiten Konkurrenzkampf zur Seite stehen.

Das eigentliche Ziel der Konferenz auszudrücken, blieb dem IG Metall Vorsitzenden, IMB-Präsident Loderer, vorbehalten: *„ Wo eine Kapazität langfristig nicht mehr sinnvoll ist, dort werde sich die IG Metall einem Abbau nicht widersetzen. Die Gewerkschaft bemühe sich aber, drohende Entlassungen zeitlich so zu strecken, daß sie „unblutig" verlaufen, und zwar durch Ausnutzung der natürlichen Fluktuation."* („FAZ" 15.4.)

Das ist genau das Konzept, nach dem in der westdeutschen Stahlindustrie tausende von Arbeitsplätzen vernichtet wurden. Loderer wünscht, daß dieses Konzept internationale Anwendung findet und vor allem auch für die Zukunft beibehalten wird. Vermieden werden sollen auf alle Fälle drastische Maßnahmen, was jedoch aufgrund der sich verschärfenden Stahlkrise zunehmend schwieriger wird. Gelingt dies nicht, dann besteht die Gefahr, daß die Stahlkrise nicht nur zur Vernichtung von tausenden von Arbeitsplätzen führt, sondern auch das Ansehen und Image von Loderer und seinen Gesinnungsfreunden erheblichen Schaden nimmt. Daß es dazu auch kommt, ist neben dem Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze eine weitere Aufgabe der Stahlarbeiter.

„Vertraue nie - auf Thyssen-Garantie"!

Am 15.April demonstrierten ca. 4 000 Stahlarbeiter – nahezu die gesamte Frühschicht – gegen die nunmehr von den Thyssen-Kapitalisten bestätigte Stillegung des Siemens-Martin-Stahlwerkes in Oberhausen.

Die Arbeiter und Angestellten marschierten vor das Gebäude, in dem Kapitalisten und Betriebsrat erste Gespräche über die Thyssen-Pläne führten.

Das Stahlwerk soll angeblich stillgelegt werden, weil das Unternehmen aus Gründen der Unwirtschaftlichkeit dem gerichtlich verfügten Bau einer Entstaubungsanlage nicht nachkommen will. Statt des stillgelegten Siemens-Martin-Stahlwerkes soll ein neues „Mini-Stahlwerk" mit einer Produktion von 50 000 Monatstonnen (knapp 10 000 mehr als im „alten" Werk) gebaut werden, *„für dessen Betrieb ‚mit Sicherheit' wenniger Arbeitnehmer als bisher benötigt würden"* („Frankfurter Rundschau" 16.4.77).

Mindestens 4 000 Arbeitsplätze sind betroffen. Trotzdem behauptet Vorstandssprecher Dr. Kürten, durch die Stillegung werde niemand arbeitslos und Ersatzpläne seien vorhanden. Bloß – in Oberhausen gibt es keine anderen Arbeitsplätze: 4.500 Arbeitsplätze sind bereits bei der Zusammenlegung der Hüttenwerke Oberhausen mit Thyssen in den Jahren 1968 – 71 verlorengegangen. Seit Beginn der Stahlkrise Ende 1974 wurden rund 8 000 Arbeitsplätze vernichtet . Insofern ist die „Thyssen-Garantie" nichts als Demagogie.

Wie so oft in letzter Zeit setzt die IGM-Führung sich gern an die Spitze des Protestes der Kollegen. So versicherte Rudolf Judith (geschäftsführendes IGM-Vorstandsmitglied) den Thyssen-Betriebsräten, *„ daß der IGM-Vorstand den Kampf um die Erhaltung der Stahlbasis in Oberhausen mit den geeignet erscheinenden Mitteln unterstützen werde"* („Metall" 9/77).

Wie diese „geeigneten Mittel" aussehen werden, hat die IGM-Führung auch schon verlauten lassen: Da Thyssen auch dieses „Mini"-Stahlwerk nur bauen will„*wenn Betriebsrat und die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat einer Umwandlung des Betriebes in eine Betriebsführungsgesellschaft der TN-Abteilung Verkehr zustimmen"* („Metall" 9/77), ist schon klar, wie es laufen wird. Die IG-Metall-Führung wird nach einiger Zeit auch diesen Plänen zustimmen, denn nach der derzeitigen Logik der IGM-Spitzenfunktionäre ist dies ja besser, als gar keine neuen Arbeitsplätze. Was die Umwandlung des Betriebes bedeutet, können wir der „Metall" (9/77) selbst entnehmen: *„Der IG-Metall-Vorstand hat unterdes den ATH-Vorstand vor derartigen Absichten gewarnt, weil eine derartige Umwandlung, wie sie schon einmal im sogenannten „Hattinger Modell" durchgeführt worden war, zu einer Beeinträchtigung der Mitbestimmungsmöglichkeiten in diesem Unternehmen führe. Gerade das „Hattinger Modell" habe deutlich gemacht, daß zwar die Mitbestimmungsorgane formal erhalten bleiben, aber so gut wie keine Mitbestimmungsmöglichkeiten gegeben sind, da die Entscheidungen auf anderer Ebene fielen."*

Wenn die IGM-Führung diesen Plänen zustimmen sollte, dann hat Thyssen einen direkten Komplizen für die Stillegung gewonnen und es ist wieder einmal deutlich geworden, welchen Wert die Mitbestimmung für die Kollegen der Montan-Industrie eigentlich hat!

Metallkommission



1 300 Entlassungen bei Röchling-Burbach

Mit einer Verzögerung von vier Wochen hat jetzt der Aufsichtsrat die beabsichtigte Teilstillegung genehmigt. Hierdurch werden im Werk 1300 Arbeitsplätze vernichtet. Entlassen werden sollen vor allem Kollegen, mit derem „Leistungsbild" der Konzern nicht zufrieden ist.

Weitere Entlassungen bei Hoesch

Bis 1979 sollen bei Hoesch in der gesamten kaufmännischen und Technischen Verwaltung 1050 Arbeitsplätze eingespart werden. Das Konzept, mit dessen Verwirklichung bereits begonnen wurde, sieht von 1977 bis 1979 einen jährlichen Abbau von 350 Stellen vor.

Unabhängig davon plant der deutsch-niederländische Stahlkonzern Estel, zu dem Hoesch und Hoogovens gehören, die Gesamtbelegschaft bis zum Jahresende um weitere 1000 Beschäftigte zu reduzieren. Die Estel-Belegschaft wäre dann von 1975 bis 1977 um insgesamt 4200 Arbeiter geschrumpft.

Das Werk Wuppertal der Hoesch Siegerlandwerke AG wird seinen Betrieb zum 31. März 1978 einstellen. Das teilte die Werksleitung den 133 Beschäftigten im Anschluß an eine Betriebsversammlung mit.

Die Hasper Hütte in Hagen plant Kapazitäten einzuschränken, was die Vernichtung von 200 der zur Zeit etwa 1000 Arbeitsplätze zur Folge hätte.

Weitere Kurzarbeit bei Krupp

Rund 7000 Arbeiter und Angestellte der Krupp Hüttenwerke AG in Bochum und Rheinhausen werden bis Juni bzw. Juli weiter Kurzarbeit machen müssen.

Millionen Steuergelder für Rationalisierungen und Entlassungen im Schiffbau

Anfang März kündigte die Bundesregierung an,die Zuschüsse für Schiffahrt und Schiffbau um 50 Millionen auf 230 Mio. DM zu erhöhen. Außerdem sollen sich die 4 Küstenländer mit insgesamt 25 Mio. DM an diesem „Hilfsprogramm" beteiligen. Die beiden SPD-regierten Länder Hamburg und Bremen zogen sofort mit, Niedersachsen und Schleswig-Holstein lehnten ab.

Begründet werden die Subventionen mit der schlechten Auftragslage der Werften und Sicherung der Arbeitsplätze für Werftarbeiten. In diesem Sinne werden die Subventionen auch von der IGM-Führung begrüßt.

Der Hamburger DGB-Chef Saalfeld bezeichnete dann auch den Beschluß von Niedersachsen und Schleswig Holstein, sich nicht zu beteiligen, als „skandalös und arbeitnehmerfeindlich". In Emden wurden die Werftarbeiter mobilisiert, um für höhere Subventionen auf die Straße zu gehen. Den Kampf gegen die Entlassungen habend die Gewerkschaftsführer aufgegeben, dafür kämpfen sie jetzt um Subventionen für die Werftkapitalisten.

Während auf der anderen Seite die Entlassungen weitergehen. „Bild", 26.4. 77: *„Bis 1980 können es 15 000 Mann sein, die gekündigt werden"*, sagt die DAG.

„Wir rechnen noch mit 4000 Entlassungen", sagt die IGM.

„Rund 4000 Arbeitsplätze werden aber noch eingespart werden müssen", sagt Dr. Werner Bartels (Vorsitzender des Verbands der Deutschen Schiffbauindustrie).

Darüber gibt's keine Diskussionen mehr, höchstens über die Zahl der Entlassungen. Einig sind sich der Kapitlaistenverband, SPD und IGM-Führung in der Auffassung, daß die Werften „gesundschrumpfen" müssen, um zu leistungsfähigeren Einheiten zu kommen. Und diesem Zweck dient auch die Förderung durch Reederei- und Werftsubventionen.

Metall-Kommission

Erfolgreicher Streik gegen Kündigung

Haller, Stuttgart. Die fristlose Kündigung des VK-Vorsitzenden Werner Hübner mußte nach einem 7-tägigen Streik zurückgenommen werden.

An dem Streik beteiligten sich 142 der 145 Kollegen, von denen 140 gewerkschaftlich organisiert sind.

Die 106 Angestellten der Fahrzeugbau-Firma beteiligten sich nicht. Zu den Kampfmaßnahmen war es gekommen, weil der Kapitalist Haller am 5. April W. Hübner kündigte. Der VK-Vorsitzende hatte sich gegen eine Zeitaufnahme gewand. Ein Refa-Mann hatte die Zeiten von einem neben Hübner arbeitenden Kollegen aufgenommen ohne diesen, den Betriebsrat und die Akkordkommission zu verständigen, also ein eindeutiger Verstoß gegen den Tarifvertrag.

Seit dem Kriseneinbruch im Jahre 1973 gab es immer wieder Auseinandersetzungen zwischen den Kollegen und der Geschäftsleitung. Nachdem die Kollegen 1973 Überstunden leisten mußten, 1975/76 zur Kurzarbeit gezwungen wurden, wird jetzt in 4 Tagen soviel produziert wie früher in 5 Tagen.

Der Betriebsrat weigert sich in dieser Situation, seine Zustimmung zu Überstunden zu geben und verlangte stattdessen Neueinstellungen. Vor diesem Hintergrund wird klar, daß die Entlassung von W. Hübner gegen die gesamte Belegschaft gerichtet war.

Der Kapitalist Haller war zu der Zeit gerade auf Sylt und verbrachte dort seinen Frühjahrsurlaub, den er „leider" am dritten Streiktag abbrechen mußte.

Aus Sylt zurück, holte er sich gleich Verstärkung vom Unternehmerverband und verkündete kraftmeierisch, daß er die Kündigung nicht zurücknehme und den Streik sechs Wochen lang aushalten würde.

Am 14. April ging Kapitalist Haller mit Unterstützung des Kapitalistenverbandes aus Baden-Würtemberg in die Verhandlung. Dort versuchte Haller die fristlose Kündigung in eine fristgerechte umzuwandeln und bot eine „Abfindung" an (von 50.000 DM soll die Rede gewesen sein). Darauf haben sich der BR und W. Hübner nicht eingelassen. Tags darauf fand vor dem Werkstor eine Kundgebung mit 300 bis 400 Teilnehmern statt. Der Kapitalist Haller gibt nach, W. Hübner wird wieder eingestellt!

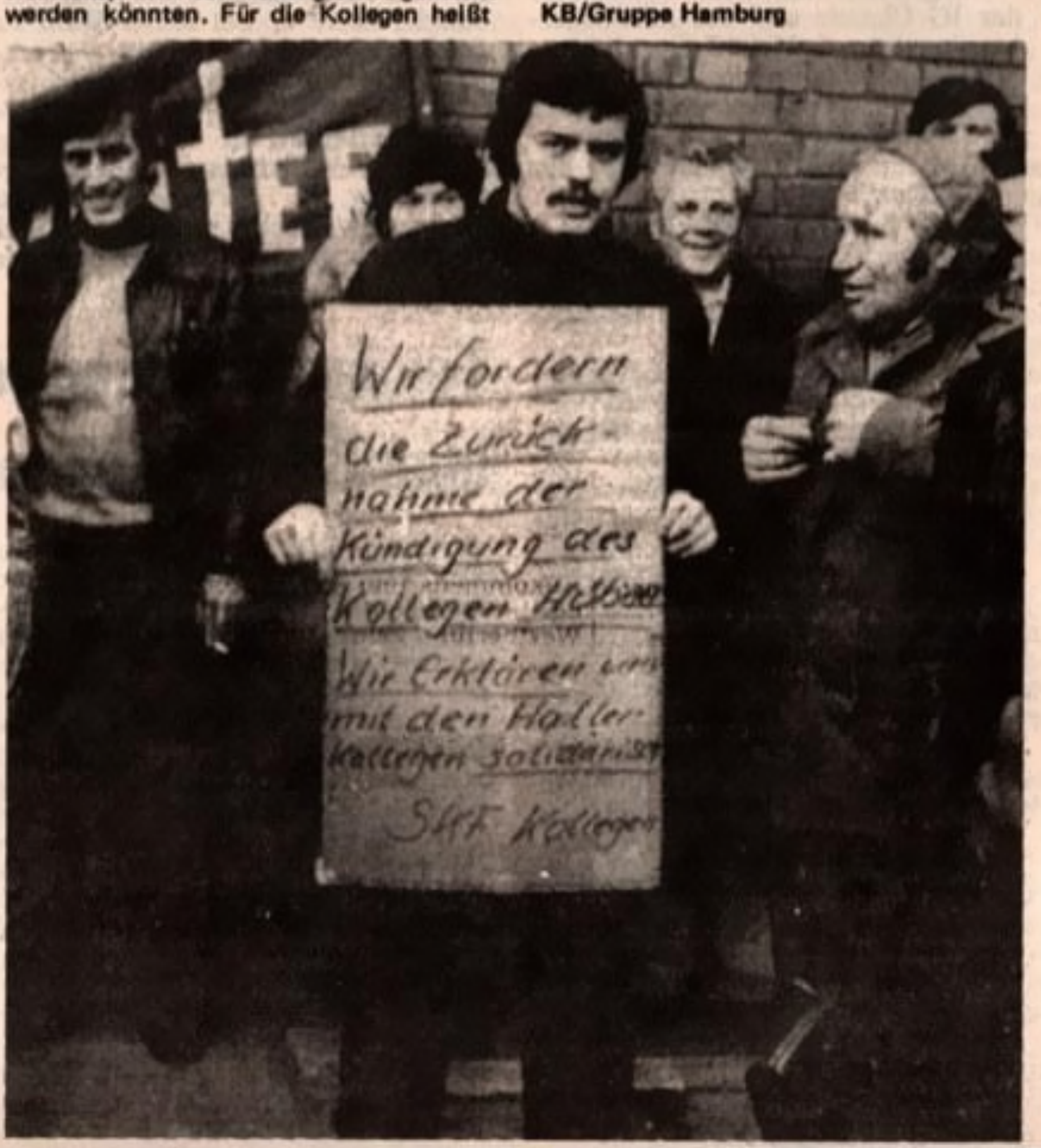
Aber der Friede dauert nicht lange. Eine Woche später soll Hübner erneut gehen. Haller erklärte, daß die Zurücknahme der fristlosen Kündigung unter erpresserischem Druck der IG Metall zustande kam und er sich nicht mehr daran gebunden fühle. Nachdem die Kollegen auch jetzt wieder drei Tage lang gestreikt hatten, mußte Haller nun endgültig die Kündigung zurücknehmen, nachdem er vorher noch versuchte, dem VK-Vorsitzenden einen Arbeitsvertrag mit Bedingungen wie dreimonatige Probezeit ohne Kündigungsfrist aufzuzwingen.

Besonders traurig in diesem Streik ist das Verhalten der IG Metall-Führung. Anstatt die Kollegen bei ihrem Streik zu unterstützen und für die Forderung der Kollegen nach der bedingungslosen Zurücknahme der Kündigung einzutreten, hat die IGM-Führung mit dem Kapitalist Haller verhandelt und einen „Einigungsvorschlag" anerkannt, der praktisch die Kündigung von Hübner bedeutet hätte. Nur weil W. Hübner standhaft blieb und diesen Einigungsvorschlag ablehnte, ist er noch im Betrieb.

Die IGM-Führer haben die beiden Streiks offiziell nicht anerkannt mit der Begründung, daß sonst eventuell Schadensersatzansprüche von Haller geltend gemacht werden könnten. Für die Kollegen heißt das, daß sie keinen Pfennig Streikunterstützung von der IG Metall erhalten, obwohl sie jahrzehntelang ihren Beitrag geleistet haben. Daher ist es für die Kollegen eine besondere Unterstützung gewesen das aus den umliegenden Betrieben Solidaritätsadressen und Spenden eintrafen. Etwa 20 000 DM wurden überwiesen.

Die IGM-Verwaltungsstelle Stuttgart ist die größte IGM-Verwaltungsstelle überhaupt. Vor diesem Hintergrund ist es einfach ein Skandal, wenn zur Demonstration und Kundgebung nur 400 Menschen kamen – nachdem die IGM-Führer nach ihren Aussagen die gesamten Mitglieder der IGM dazu aufgerufen hatten. Daß nur so wenig kamen, liegt sicherlich nicht an den Kollegen, sondern an der Demobilisierung der IGM-Führer.

Metall Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Automobilindustrie:
Der Gewinn rollt und rollt und rollt ...

Rationalisierungen und Arbeitshetze bestimmen das Bild in den Automobilfabriken. Aus diesem Grund hat der Betriebsrat von Opel Bochum am 25.4. Sonderschichten abgelehnt. Für die Kapitalisten ist die Situation eine grundsätzlich andere. Profite – Riesenprofite bestimmen hier das Bild. Am besten steht sich der VW-Konzern, der im letzten Jahr 1 Milliarde DM Gewinn herauswirtschaftete! Dieses beste Jahr seit Bestehen des VW-Konzerns verschafft den Aktionären eine Dividendenzahlung von 10 Prozent. An der Börse wird die 50 DM-Aktie zu einem Jahreshöchstsatz von 175 DM gehandelt. Der Konzernumsatz stieg von 19 Milliarden auf 21 Milliarden DM an.

Das Eigenkapital kletterte von 2 Milliarden auf 3 Milliarden DM.

Der Gewinn, umgerechnet auf eine 50 DM-Aktie, erreicht 48,50 DM.

Daß diese Gewinne jeden fünften Arbeitsplatz des VW-Konzerns kosteten, ist allerorts bekannt. Auch die Ausbeutung der Arbeiter in den Werken steigt. Trotz der gegenüber 1975 um über 7000 Arbeiter verringerten Belegschaft sind 200 000 Autos mehr vom Band gelaufen („UZ", 4.5.77).

Daß dieser Gewinnboom auch langfristig abgesichert ist, ist das Hauptanliegen der VW-Kapitalisten. Der VW-Konzern steht zur Zeit mit acht Ländern in Verhandlungen über neu einzurichtende Montagewerke.

Dafür müssen natürlich auch die inländischen Werke verkleinert werden. In Emden hat diese Politik mittlerweile katastrophale Auswirkungen erreicht. Ostfriesland steht an der Spitze der Arbeitslosenstatistik. In Emden hat die Arbeitslosenquote die schwindelerregende Höhe von 12,4% erreicht! In Leer sind es sogar 14,7%. Besonders angeschissen sind wieder mal die Jugendlichen, hier liegt die Arbeitslosenquote bei 17 – 18% !! („UZ", 29.4.77).

In Wolfsburg haben sich für die 425 freien Ausbildungsplätze fast 1 700 junge Kollegen gemeldet. Allein für 52 Industriekaufmann-Ausbildungsplätze haben sich 482 Arbeitssuchende beworben, darunter 82 Abiturienten. Für 25 Bürogehilfenen-Ausbildungsplätze haben sich 245 Mädchen beworben. Also auf einen Ausbildungsplatz kommen bei VW zehn Bewerber („Metall", 8/77) !

Allein im Kasseler Werk konnte nach mehrmonatigen Auseinandersetzungen erreicht werden, daß der VW-Betrieb 31 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Das ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. In Kassel sind weit über 1 000 Jugendliche ohne Arbeit. Allein 350 Werksangehörige von VW-Kassel suchen für ihre Kinder noch Ausbildungsplätze („UZ", 29.4.77).

Metallkommission
KB/Gruppe Hamburg

Streik und Demonstration gegen Entlassungen

Emden. Am 26.4.77, als bekannt wurde, daß Niedersachsen und Schleswig-Holstein sich nicht an den Reedersubventionen beteiligen wollen, mobilisierten die Betriebsräte die Arbeiter der Emdener Werften für einen Warnstreik mit einer Demonstration in die Stadt zum DGB-Haus.

Es beteiligten sich über 4000 Kollegen der Thyssen-Nordseewerke, von Shulte + Bruns und von der Cassens-Werft. Die Beteiligung der Kollegen lag bei über 80%! (Allein bei den Thyssen-Nordseewerken sollen bis September über 600 Arbeiter entlassen werden).

Die Sozialdemokratischen Betriebsräte versuchten den Protest der Werftarbeiter gegen Entlassungen und Kurzarbeit, in Protest gegen die CDU-Landesregierung zu lenken und höhere Subventionen für den Schiffbau zu fordern. So wurden u.a. auf Transparenten zusätzliche Industriebetriebe gefordert (linke Transparente wurden nicht geduldet). Das Haupttransparent war: „Hamburg und Bremen zahlt Reederhilfe; Niedersachsen weigert sich; Wettbewerbsverzerrung um 2 1/2 %; größte Gefahr für unsere Arbeitsplätze."

So war es nur konsequent, als der Betriebsratsvorsitzende von Thyssen-Nordseewerke, Gehlfuß, bedauerte, daß die Arbeitgeber nicht mitdemonstrierten, sie seien doch auch betroffen ...

Ein Genosse aus Emden

CHEMIE

Spinnstoffabrik Zehlendorf: Massenentlassungen angekündigt!

Westberlin. Am 12.4.77 kündete der Vorstand der Hoechst-Kapitalisten die Massenentlassung von 710 der 1060 Arbeiter der Spinnstofffabrik Zehlendorf in Westberlin an. Die „Spinne" ist nach Schering der bisher zweitgrößte Chemiebetrieb Westberlins und durch den Hoechst-Konzern 1961 übernommen worden. Betroffen von den Massenentlassungen sind insbesondere die ausländischen Kollegen, von denen allein 350 gefeuert werden sollen.

Das große Geschäft der Hoechst-Kapitalisten

Vorstandsvorsitzender Sammet begründete die Massenentlassungen mit der weltweiten Krise der Chemiefaserindustrie, wovon jetzt auch die „Spinne" betroffen sei.

Tatsächlich hat der rapide Arbeitsplatzabbau allerdings schon gleich nach der Übernahme des Betriebes durch Hoechst im Jahre 1961 begonnen, als bei der „Spinne" noch 1.600 Kollegen beschäftigt waren. Die wichtigsten Stationen der umfangreichen Rationalisierungen waren:

+ noch 1967 erklärte der Hoechst-Vorstand, die „Spinne" werde zum „Trevira-Zentrum" in der BRD
+ zwei Jahre später dann wurde bereits die Zellwollproduktion eingestellt und nach Kehlheim verlagert,
+ 1970 erfolgte die Einstellung der Perlon-Draht-Produktion und wurde nach Portugal verlagert,
+ 1971 wurde die Perlon-Seide-Produktion eingestellt,
+ 1975 wurde das Berliner Plastic-Werk, eine 100%ige Tochter der „Spinne", (PVC-Folienproduktion) geschlossen
+ und 1976 wurde die Perlon-Teppichgarn-Produktion eingestellt und mit umfangreichen Rationalisierungen im Trevira-Bereich angefangen.

Schon bis zu diesem Zeitpunkt rationalisierten die Hoechst-Kapitalisten rund 600 Kollegen aus dem Betrieb! Die Hoechst-Kapitalisten erklärten zu den jetzt geplanten 700 Entlassungen, daß dies die „letzten seien" und mit der Rest-Belegschaft von 350 Kollegen weiterproduziert werden würde. Allerdings sind diese Aussagen zu bezweifeln: Die Hoechst-Kapitalisten erklärten nämlich schon in diesem Zusammenhang, daß die Produktion „veraltet" sei und meinten zynisch, daß sie sich *„der besonderen Rolle Berlins verantwortlich"* zeigen würden („Tagesspiegel", 14.4.77).

Das ganze Krisengerede ist vollkommener Blödsinn, denn die Hoechst-Kapitalisten machten Millionen-Umsätze vor allem mit den Steuergeldern aus der westdeutschen Arbeiterklasse. So wies die Bilanz der „Spinne" im Zeitraum von 1967 bis 1971 einen „Verlust" von 2 Millionen DM aus, denen 75 (!) Millionen DM A b s c h r e i b u n g e n gegenüberstanden. Im Zeitraum von 1972 bis 1976 stiegen die „Verluste" angeblich auf 84 Mio. DM an und die Abschreibungen beliefen sich auf 93 Mio. DM! Diese Zahlen kommen deshalb zustande, weil die Kapitalisten in Westberlin Abschreibungs-Sonderbestimmungen erhalten, die um das 10-fache (!) höher liegen als in der BRD!

Das heißt, die Profite der Hoechst-Kapitalisten sind großzügig von Westberliner Senat und Steuergeldern aus der westdeutschen Arbeiterklasse im Rahmen der sog. „Berlin-Hilfe" finanziert worden!

Die Massenentlassungen bei „Spinne" sind nicht von den Hoechst-Bossen allein, sondern mit dem gesamten „Arbeitgeberverband der chemischen Industrie" abgesprochen worden! Denn gleichzeitig mit der Ankündigung der Entlassungen ließ dieser Chemiekapitalistenverband ein Schreiben an alle Westberliner Unternehmen heraus mit der Aufforderung, den *„Entlassenen Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen"* („Tagesspiegel", „Tsp.", 14.4.77). „Großzügig" bot Hoechst den Entlassenen noch Arbeitsplätze im Raum Frankfurt (!) an.

Die Heuchelei des Westberliner Senats

Zunächst äußerte beispielsweise Wirtschaftssenator Lüder (FDP) sein *„Bedauern"* und Senatsdirektor Schlegel stellte fest, daß man *„nichts dagegen machen"* könne („Tsp.", 14.4.).

Erst als die Massenentlassungen breiter bekannt wurden und auch die „Spinne"-Kollegen anfingen, sich durch kleinere betriebliche Aktionen gegen die Entlassungen zu wehren, polte der gesamte Westberliner Senat auf „kämpferisch" um. *„Berlin einig gegen Massenentlassungen"* lautete die Schlagzeile in der „Berliner Morgenpost", die „Industrie- und Handelskammer" äußerte ebenfalls sein „Bedauern" und alle tönten in dieses Konzert mit ein. Der damalige „Regierende Bürgermeister" Schütz, Wohlrabe von der CDU und Schlegel (FDP) ließen sich denn auch die Betriebsversammlung bei „Spinne" am 14.4. nicht entgehen. Schütz sprach auf der Betriebsversammlung von *„einer Rücksichtslosigkeit sondergleichen"* („Tsp.", 15.4.). Allerdings ließ FDP-Schlegel auf der Betriebsversammlung die Katze aus dem Sack, als er erklärte, daß sich Hoechst *„trotz eines vereinbarten (!!) Verfahrens nicht rechtzeitig an den Senat gewandt"* habe („Tsp.", 15.4.).

Die Spezialdemokraten orientierten sogleich auf Eingreifen der Bundesregierung und Schütz „protestierte" selbst bei Wirtschaftsminister Friedrichs. Dieser wiederum schrieb einen Brief an Sammet, Vorsitzender der Hoechst AG, mit folgendem bemerkenswerten Inhalt: *„Das Gremium der Berlin-Beauftragten* (dort sitzen Kapitalisten und Vertreter des Senats zusammen, um über die Wirtschaftslage in Westberlin zu plaudern) *verfolgt ja gerade den Zweck, nicht nur durch Diskussionen ..., sondern auch und gerade in ... Gesprächen derart spektakulären (!) Betriebsumstellungen vorzubeugen, wenn sie sich schon betriebswirtschaftlich (!) nicht vermeiden lassen"* („Tsp.", 22.4.).

Es müsse – so in dem Brief weiter – *„einem Vertrauensschwund zu Lasten Berlins vorgebeugt"* werden. Friedrichs meinte, *„es hätte nahe gelegen, wenn Ihr Konzern ... wenigsten am Rand das Gespräch ... mit mir gesucht hätte, schon um einen Überraschungseffekt und die von keiner Seite gewollte Unruhe und Unsicherheit in der Öffentlichkeit ... auszuschließen"*.

Und in einer „Erklärung der Beliner SPD" vom 13.4. heißt es u.a.: *„Niemand (!?) bestreitet einem Unternehmen das Recht, eine unrationelle Fertigung stillzulegen"*.

Anschließend strapaziert die SPD in ihrer Erklärung in chauvinistischer Weise die „Berlin-Verantwortung.. und endet mit dem denkwürdigen Satz: *„Berlin lebt nicht von Bekenntnissen, Berlin lebt von Entscheidungen für diese Stadt"*.

Gewerkschaftsführung bläst ins selbe Horn!

Die IG Chemie-Führung erklärte auf der erwähnten Betriebsversammlung durch ihren Sekretär Wingefeld, daß *„der Beschluß des Hoechst-Konzerns nicht kampflos hingenommen"* werde. („Tsp.", 15.4.). In einer „Erklärung der IG Chemie Berlin" erklärt diese, daß die *„Haltung der Hoechst AG die Vermutung der IG Chemie bestätige, daß sich Hoechst aus Berlin ganz zurückziehen will. Diesen Verdacht könne die Hoechst AG nur"* durch *„Zusagen für die Verlagerung von Ersatzproduktionen nach Berlin machen, welche die .. Arbeitsplätze sichert"*. Ferner will *„die IG Chemie dieses Verhalten nicht länger hinnehmen"* und damit *„sind die verantwortlichen (?) Politiker ... aufgefordert, ... Schritte einzuleiten"*.

In die gleiche Kerbe haut denn auch der Hauptvorstand der IG Chemie, die in ihrer „Erklärung" vom 18.4. *„alle Möglichkeiten ausschöpfen"* will, nämlich *„mit Nachdruck"* an *„die Hoechst AG sowie an die verantwortlichen Politiker in Berlin und an die Bundesregierung"* zu *„appellieren"*.

Die bisherigen Kampfmaßnahmen der „Spinne"-Kollegen sahen bisher so aus, daß sie am 14.4. vor dem Fabriktor standen und mit Transparenten gegen ihre Entlassungen protestierten. In vielen Abteilungen hängen Parolen gegen die Massenentlassungen.

Am 19.4. – anläßlich einer Aufsichtsratssitzung – führten 400 Kollegen einen Warnstreik durch und forderten den Aufsichtsrat auf, sich blicken zu lassen. Die Hauptparole während des einstündigen Warnstreiks lautete: „Keine Entlassungen!"

Eine Abordnung von Betriebsräten, Vertrauensleuten und einigen Kollegen besuchte den Hoechst-Konzern in Frankfurt, zog vor das Vorstandsgebäude und forderte ebenfalls die Zurücknahme der Entlassungen. Der Gesamtbetriebsrat der Hoechst AG – in dem in großer Mehrheit die rechten Sozialdemokraten den Ton angeben, erklärte sich einstimmig „solidarisch", ihre „Kampfmaßnahmen" unterscheiden sich aber in keiner Weise von denen der Senatsherren. So *„appellierte der Gesamtbetriebsrat an das Bundeswirtschaftsmininisterium und die Fraktionen der im Bundestag vertretenen Parteien, „neue Industrien in Berlin anzusiedeln"* („Tagesspiegel", 23.4.).

Der 1. Mai

Bisher hat sich gezeigt, daß die Gewerkschaftsführung das Heft ziemlich fest in der Hand hat und die „Kampfmaßnahmen" von der Gewerkschaftsführung ausgelöst worden sind. Maßnahmen freilich, die sich schon gar nicht mehr gegen die Entlassungen richten, sondern in „Appellen" an die „Verantwortlichen".

Dabei kam der Gewerkschaftsführung der 1. Mai wie gerufen. Die Westberliner Gewerkschaftsführung führte ja bekanntlich keine Demonstration am 1. Mai durch, weil dort nur *„unter Hammer und Sichel"* demonstriert werde (DGB-Vorsitzender Sickert).

Erst wenige Tage v o r dem 1. Mai beschloß dann die IG Chemie, in Zehlendorf eine 1. Mai-Demonstration im Zeichen des Kampfes gegen die Entlassungen bei der „Spinne" durchzuführen. Der Vorstand der HBV schloß sich dem zunächst an, wurde dann aber von der Gewerkschaftsführung wieder zurückgepfiffen. Entscheidend dabei ist, daß selbst die IG Chemie-Führer n i c h t s für eine Mobilisierung taten – kein Flugblatt, nichts. Trotzdem sprach sich die Demonstration schnell herum, und es kamen ca. 3 – 4.000 Menschen, darunter etwa 200 „Spinne"-Kollegen.

Die Demonstration war durch sehr kämpferische Parolen gegen die Entlassungen gekennzeichnet, wenn auch die IG Chemie-Führung mit schwarz-rot-goldener Fahne erschien. Außerdem stellte die Gewerkschaftsführung Hunderte von Ordnern bereit, um die „Chaoten" abzudrängen – was ihnen auch gelang.

Der KBW zur „Spinne": Der KBW spinnt!

Während die IG Chemie-Führung nicht für die „Spinne"-Demonstration mobilisierte, tat dies um so kräftiger der KBW. Dieser hatte schon vorher breit erklärt, daß er sich nicht an der großen GEW-Demonstration beteiligen werde und an der „1. Mai-Initiative" (einem Zusammenschluß von 30 Gruppen, Initiativen und Organisationen, darunter auch der KB) kritisierte, daß sie mit der GEW zusammen die *„Arbeiterbewegung spalten"* wolle. Es sei noch einmal daran erinnert, daß der KBW den ausgeschlossenen Westberliner Landesverband der GEW als Organisation bezeichnet, in dem *„Feinde der Arbeiterbewegung"* sitzen und *„gegen das gewerkschaftsfeindliche Tun"* (!) sind („KVZ", 31.3.77). Genau wie Frister und Co.!

So propagierte der KBW denn vielfach den *„Kampf um die Gewerkschaftseinheit"* und wollte den DGB *„durch sture und beharrliche Nötigung zwingen, doch zur Demonstration aufzurufen"* („KVZ"-Ortsbeilage, 7.4.77). In zahlreichen „Offenen Briefen" an den DGB wurden die „Erfolge" im „Kampf um die Gewerkschaftseinheit" verkündet und erklärt, *„zur Not auch ohne den Segen der Sozialdemokraten zu demonstrieren"* („Knüppel-Vor-Zeitung", ebenda).

Tatsächlich war sich der KBW ziemlich ratlos; sie hatten selbst zu keiner Demonstration aufgerufen und es blieb ihnen höchstens noch der Weg, s i c h s e l b s t als „Gewerkschaftsbewegung" am 1. Mai herauszuputzen – was allerdings kläglich gescheitert wäre.

Just in diesem Augenblick kam der „rettende Anker" der IG Chemie-Führer: n u n hatte der KBW ja doch noch „seine" Gewerkschaftsdemonstration – freilich unverhofft und ohne sein Zutun.

Hoch erfreut hieß es dann gleich in einem Sonderflugblatt, daß die „Spinne"-

Fortsetzung auf Seite 28

Fortsetzung von Seite 27

Demonstration ein *„großer Erfolg der Arbeiterbewegung im Kampf um die Gewerkschaften"* sei. Großkotzig wurde verkündet, daß *„die HBV-Führung"* dem *„Druck der Arbeiterbewegung bereits nachgeben"* mußte.

Denkste! HBV zog sich wieder zurück! Schon freute sich der KBW, weil die *„Gewerkschaftsdemonstration ein Schlag ins Gesicht der Spalter"* sei usw. Der KBW ließ es sich nicht nehmen, daß die GEW-Demonstration ein *„Kampf gegen die Spinnearbeiter und gegen die Gewerkschaften"* sei („KVZ", 30.4.).
Dabei wurden auf der GEW-Demonstration selber Transparente gegen die Entlassungen bei „Spinne" getragen und auf der Abschlußkundgebung eine Solidaritätsadresse verlesen.

Lehnt der KBW bekanntermaßen „oppositionelle" Demonstrationen am 1. Mai ab, die ja gerade auch die Opposition gegen die Repression in den Gewerkschaften bildet, so leistete er sich zu „Spinne" selber noch einige besondere Klöpse.

So druckte der KBW reihenweise Reden usw. des Betriebsratsvorsitzenden bei „Spinne", Kammrad, kommentarlos ab, obwohl er der SEW – also den vom KBW so geschmähten Revisionisten! – nahesteht. Der KBW meint dazu nur, daß Kammrad ein *„Interview in der 'Wahrheit'* (Zeitung der SEW) gegeben hat, *„was uns als solches nicht im geringsten stört"* („KVZ", 28.4.). Hört, hört! Doch es kommt noch besser.

„Entscheidend ist, was er sagt (!), und das sind im Kern die Äußerungen eines klassenbewußten Arbeiters". („KVZ", ebenda).

Wenn der KBW neuerdings dazu übergeht, Gewerkschaftsführer, Betriebsräte usw. nach ihren W o r t e n zu messen, dann gehört ja auch Vetter zu den „klassenbewußten Arbeitern", denn auch er hat zig-mal recht „kämpferische" Reden geschwungen.

KBW auf neuen Ufern ...

Eine weitere Köstlichkeit, die wir dem Leser nicht vorenthalten wollen, befindet sich in den Fluglättern zu „Spinne". So heißt es in der „Chemietarifkampfinformation" Nr. 4 zu den Gewerkschaftsführern der IG Chemie, Kolitsch und Wingefeld, daß aus den Herren Sozialdemokraten *„Ratlosigkeit"* (!) spricht, wenn sie *„laue Protestbriefe"* an die Kollegen verschicken.
Zu deutsch: wenn die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung bewußt den Kampf gegen die Massenentlassungen sabotiert, so *„spricht aus ihnen Ratlosigkeit"*.

Sind das nun Aussagen von Jusos oder von nützlichen Idioten?!

KB/ Gruppe Westberlin

Sechs Ausschlüsse bei der IG Chemie

Frankfurt. Gegen sechs IG Chemie Mitglieder aus dem Hauptwerk der Hoechst AG in Frankfurt ist jetzt der Ausschluß durch den Hauptvorstand beschlossen worden. Bemerkenswert an diesem Ausschluß ist, daß unter den sechs Kollegen sich auch mittlere Funktionäre der SPD und der Gewerkschaft befinden.
- Dr. R. war Mitglied der Vertrauensleuteleitung Hoechst, Vorsitzender der Berufsgruppe „Angestellte Akademiker in der IG Chemie" der Verwaltungsstelle Frankfurt, ist Vorsitzender des SPD-Ortsbezirks Hofheim Nord und der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD" („AfA") in Hofheim;
- V.T. war Mitglied des Verwaltungsstellenvorstands Frankfurt der IG Chemie und des AfA-Unterbezirksvorstands Main-Taunus;
- H.-W.K. war Vorsitzender der Berufsgruppe „Laboranten in der IG Chemie" und ist SPD-Mitglied;
- G.v.O. war Vertrauensfrau der IG Chemie;
- A.M.-M. ist Betriebsrat bei Hoechst;
- D.W. ist Vorstandmitglied des Bundes für Volksbildung in Frankfurt – Hoechst.

Die Ausschlußbegründung lautet darauf, sie hätten im Betrieb eine „oppositionelle Gewerkschaftsgruppe" gebildet, die auch einen Vorstand gewählt habe. Außerdem wird den Kollegen vorgeworfen, ein *„Willensbildungs- und Informationssystem zur betrieblichen und überbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit entwickelt zu haben"*, *„einen Organisationsplan entwickelt zu haben, der neun InfoGruppen mit 73 Namen und Gebäude- und Telefonnummern enthalte"*, *„durch Flugblätter eine eigene Informationspolitik zu betreiben"* und *„sie seien Initiatoren und Anführer der Gruppe, die den Versuch unternommen hat, eine Gewerkschaft in der Gewerkschaft zu gründen, um dadurch eine 'Machtergreifung' auf schleichendem Wege zu erreichen"*. Tatsächlich haben die Kollegen z.T. mit bis zu fünfzig anderen Kollegen Flugblätter zum Mitarbeitergespräch (ein neues Beurteilungssystem für Angestellte bei Hoechst) herausgegeben.

In diesem Flugblatt wurde u.a. auch der Betriebsrat angegriffen, der diesem „Mitarbeitergespräch" zugestimmt hat.

Weiter kritisierten die Kollegen sehr scharf den Betriebsratsvorsitzenden Rolf Brand, daß er mit falschen Wahlversprechen an die Macht gekommen ist. So hat Brand z.B. versprochen, nicht für den Aufsichtsrat zu kandidieren, weil er nicht wie andere Kollegen eine „Ämterhäufung" betreiben wolle. Kurz nach der BR-Wahl kandidierte er dann für den Aufsichtsrat!

Die Gruppe hat u.a. mit Hilfe eidesstattlicher Erklärungen versucht, die Vorwürfe zu entkräften. Sie erreichte damit immerhin, daß die Hauptvorstandsentscheidung sehr knapp ausfiel: 13 für Ausschluß, 11 dagegen, 1 Enthaltung.

Die Gruppe scheint über recht gute Kontakte, offensichtlich über die SPD, zum Hauptvorstand zu verfügen, denn es ist uns bisher kein Fall bekannt, daß ein Linker mit einer so knappen Stimmenmehrheit ausgeschlossen wurde.

Andererseits scheint auch Brand in der IG Chemie nicht sehr beliebt zu sein. Selbst Mitglied des Hauptvorstands, hatte er bei seiner Wahl zu diesem Gremium auf dem Gewerkschaftstag Schwierigkeiten bekommen: die jetzt ausgeschlossenen Kollegen verteilten an die Delegierten des Gewerkschaftstages eine Dokumentation, in der das Verhalten Brands bei Hoechst entlarvt wird und die eine genaue Darstellung der Ereignisse um den Ausschluß bis zum September 1976 enthält. Offensichtlich auf Grund dieser Information wurde Brand im ersten Wahlgang nicht in den Vorstand gewählt. Erst in einem zweiten Wahlgang erreichte er die notwendige Stimmenzahl dadurch, daß ein völlig unbekannter und unprofilierter Gegenkandidat aufgestellt wurde.

Seit Erscheinen der Dokumentation scheint sich die Gruppe von der Öffentlichkeitsarbeit zurückgezogen zu haben; jedenfalls ist uns kein weiteres Flugblatt zu innerbetrieblichen Auseinandersetzungen, als auch zu den gewerkschaftlichen Vorgängen bekannt. Die Kollegen werden dadurch vielleicht sogar die Rücknahme ihres Ausschlusses mit Hilfe des Beschwerdeausschusses erreichen können (den B.-Ausschuß haben sie angerufen), aber sicher nur um den Preis, die oppositionelle gewerkschaftliche Arbeit einstellen zu müssen.

Chemiekomitee
KB/ Gruppe Hamburg

Frauen als Werbeobjekt vom Texaco-Betriebsrat abgelehnt

Hamburg. Die Texaco stellt seit einigen Jahren nach Erprobung in den skandinavischen Ländern auch in der Bundesrepublik Frauen ein, die im Texaco-Maßanzug auf Motorrollern Geschäftsleute im PKW an ihren Bestimmungsort lotsen sollen. Unter dem Deckmantel, Fremden einen Service in den Städten anzubieten, stehen sie an Bahnhöfen und anderen Verkehrsknotenpunkten, um Werbedienste anzubieten. Der Hamburger Betriebsrat der Texaco, dem diese Einstellungen zur Zustimmung vorgelegt wurden, holte in diesem Jahr den verantwortlichen Werbeleiter in eine Sitzung und verlangte Auskunft, weshalb die Unternehmensleitung sich ausschließlich auf junge Frauen festlege.

Wir geben einige Kernaussagen aus der Fülle seiner Ergüsse wieder: *„Man wolle rasserein sein. Jungen störten das einheitliche Bild. Man suche junge attraktive Mädchen aus, weil sie ein größeres Interesse bei Touristen weckten.*

Damen hätten ein stärkeres Einfühlungsvermögen und seien bereiter, auf Wünsche der Touristen einzugehen." Auf den Einwand eines Betriebsratsmitgliedes, die Texaco biete damit Frauen als Sexualobjekt und Lockvogel an, widersprach der Werbeleiter entschieden mit der Begründung: *„Die jungen Mädchen haben Uniformen an, keine Bikinis."*

Das Einstellungsverfahren sieht so aus, daß sich der Werbeleiter eine Liste jobsuchender Studentinnen vorlegen läßt und seine Auswahl nach den beigefügten Fotos trifft. Die Mehrheit der Betriebsrätinnen und Betriebsräte – Oppositionelle, IG Chemie und Teile der DAG – verurteilte diese Einsätze als Diskriminierung von Frauen in der Gesellschaft und lehnte alle Einstellungen ab.

Die betriebsverfassungsrechtliche Begründung des Widerspruchs wurde aus dem Paragraphen 75 BVG abgeleitet, in dem es heißt:

„Arbeitgeber und Betriebsrat haben darüber zu wachen, daß alle im Betrieb tätigen Personen nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit behandelt werden, insbesondere daß jede unterschiedliche Behandlung von Personen wegen ihrer Abstammung, Religion, Nationalität, Herkunft, politischen oder gewerkschaftlichen Betätigung oder Einstellung oder wegen ihres Geschlechts (!) unterbleibt ... Arbeitgeber und Betriebsrat haben die freie Entfaltung der Persöhnlichkeit der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer zu schützen und zu fördern."

Wir wissen, daß dieser Text bisher eine reine Alibifunktion darstellte, daß tatsächlich Frauen, Ausländer und Linke in den Betrieben besondere Nachteile erleiden und daß der Kampf gegen die Benachteiligung nicht über das Betriebsverfassungsgesetz aufgenommen werden kann. Dennoch halten wir auch die Ausschöpfung dieser Scheinparagraphen für einen richtigen Schritt. Wir warten gespannt auf die Reaktion der auf diesen Paragraphen verpflichteten Kapitalisten, Gewerkschaftsbürokraten und eventuell der Gerichtsbarkeit.

Betriebszelle Texaco
BK/Gruppe Hamburg

dung: *„Die jungen Mädchen haben Uniformen an, keine Bikinis."*
Das Einstellungsverfahren sieht so aus, daß sich der Werbeleiter eine Liste jobsuchender Studentinnen vorlegen läßt und seine Auswahl nach den beigefügten Fotos trifft. Die Mehrheit der Betriebsrätinnen und Betriebsräte – Oppositionelle, IG
warten gespannt auf die Reaktion der auf diesen Paragraphen verpflichteten Kapitalisten, Gewerkschaftsbürokraten und eventuell der Gerichtsbarkeit.
Betriebszelle Texaco
BK/Gruppe Hamburg

Texaco-Kollegen entscheiden über Geräuschanlage

Hamburg. Seit zwei Monaten sitzen die Angestellten der Hamburger Texaco in einem neuen Verwaltungsgebäude in der City Nord. Die Arbeitsbedingungen haben sich für alle Kollegen erheblich verschlechtert. Dazu tragen Großräume bei, in denen hunderte von Kollegen eng beieinander sitzen müssen, in denen die klimatischen Bedingungen zu einem erheblich gestiegenem Krankheitsstand geführt haben und in denen eine Beschallungsanlage dafür sorgen soll, daß keiner den anderen akustisch stört und dadurch von der Arbeit abhält.

Diese Beschallungsanlage – über jeden Arbeitsplatz wurden zwei Lautsprecher montiert – war Gegenstand eines seit fast einem Jahr andauernden Protestes der Kollegen.

Die erste Betriebsversammlung im neuen Gebäude war von diesem Protest geprägt. Unter starkem Beifall schilderte ein oppositionelles Betriebsratsmitglied die Arbeitsbedingungen in den Stockwerken und forderte, die Anlage zum Schweigen zu bringen. Alle folgenden Wortmeldungen der Kollegen hatten die gleiche Forderung zum Inhalt. Unter diesem Druck sah sich der Vertreter der Geschäftsleitung zu einem Kompromißvorschlag gezwungen. Er sagte zu, die Geräuschanlage werde unter Beteiligung der Kollegenschaft an- oder abgefahren. Inzwischen wurde ein Testprogramm vorgelegt. Danach soll die Beschallungsanlage eine Woche ausbleiben und anschliessend vier Wochen mit unterschiedlichen Lautstärken gefahren werden. Am Schluß dieser Aktion wird eine Befragung der gesamten Kollegenschaft durchgeführt, die darüber entscheiden soll, ob die Anlage zukünftig stumm bleibt.

Der bisherige Erfolg im Kampf gegen diese menschenunwürdige Anlage fußt auf eine lang andauernde Informationsarbeit der gewerkschaftsoppositionellen Betriebsgruppe, die u.a. Kollegenproteste zusammenfaßte und einen auf Betriebsversammlungen einheitlich getragenen Protest der Kollegenschaft und des Betriebsrates. Gegen diese Geschlossenheit konnten die Propagandabroschüren der Geschäftsleitung, in denen die Geräuschbelästigung widersinnig als „Rosa Rauschen" angeboten wurde, bis heute wenig ausrichten.

Betriebszelle Texaco
KB/ Gruppe Hamburg

HBV

HBV

Groß- und Außenhandel: Schwerer Stand für HBV-Führer

Hamburg. Am 27.4.1977 fand die letzte Mitgliederversammlung (MGV) der Fachgruppe Großhandel der HBV in Hamburg statt. In allen Punkten zeigten die anwesenden 65 Kolleginnen und Kollegen daß sie nach wie vor nicht bereit sind, sich der Politik der Gewerkschaftsführung unterzuordnen.

Mit 56 Für-Stimmen wurde der DGB aufgefordert, Atomminister Matthöfer als Kundgebungsredner am 1. Mai auszuladen; die IG Metall wurde aufgefordert, ein Ausschlußverfahren gegen den AKW-Gegner Heinz Brand zurückzunehmen. Eindeutig wurde sich mit dem Betriebsratmitglied P.H. solidarisiert.

Zu größeren Auseinandersetzung mit dem Fachsekretär Klaas kam es an dem Punkt Tarifrunde.

Hier hatte die vorletzte MGV am 21.2.77 eine neue Tarifkommission (TK) gewählt, und dieser Kommission bindend mit auf den Weg gegeben, eine Festgeldforderung von DM 180.– für alle zu fordern. Landesbezirksleiter Krause setzte sich über den Mitgliederbeschluß hinweg und bestätigte die neuen Mitglieder kurzerhand nicht. Über die alte TK ließ er eine Forderung von ca. 8,5 % verabschieden.

Auf dieser MGV drückten die Kollegen ihren Protest so aus, daß sie nochmals eindeutig die von ihnen gewählte Kommission bestätigten und noch neue Kollegen dazubestimmten. Als Reaktion darauf teilte Klaas mit, daß der Ortsvorstand in Kürze neue Richtlinien über die Wahl und Zusammensetzung der TK verabschieden würde.

Danach käme es dann mit Sicherheit zu Neuwahlen nach einem Prinzip, das vorher die Gewerkschaftsführer ausgeklüngelt haben.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Chemie-Bilanz 1976: Die Profite können nicht mehr verschleiert werden

Während die Chemie-Tarifrunde auf vollen Touren läuft und der Bezirk Hessen bereits mit 7% abgeschlossen hat und dieser Lohnraubabschluß damit begründet wird, daß die Arbeiter und Angestellten wegen der schlechten Konjunktur etc. nicht zulangen dürfen, verarscht die chemische Industrie die Kollegen, indem sie gerade jetzt ihre Bilanzen veröffentlicht, aus denen eindeutig hervorgeht, daß die Kapitalisten 1976 mindestens genausoviel wie 1974 (dem bisher besten „Chemiejahr") verdienten, wenn nicht noch mehr. Folgende Zahlen sollen das verdeutlichen:

Bayer AG. Der Gewinn nach Steuern betrug bei Bayer-Welt DM 523 Mio (+55,7%) und bei der Bayer AG (BRD) 377 Mio DM (+26,9%). Die Dividende wird von 14 auf 16% angehoben.
Goldschmidt AG. Der Umsatz erhöhte sich um 15,5% auf 401 Mio DM. Die Dividende wird von 8 auf 12 % erhöht.
Merck AG. Der Umsatz erhöhte sich um 16% auf 856 Mio DM.
Schering AG. Der Bilanzgewinn erhöhte sich von 43,97 Mio auf 44,73 Mio DM. Die Dividende von 20% bleibt konstant.
Süd-Chemie. Der Umsatz stieg auf 162,3 Mio DM (Vorjahr 140,2). Die Dividende steigt von 18 auf 22%.
Henkel AG. Der Umsatz stieg um 10% auf 2,8 Mrd. DM.
Dow Chemical. Die Konzernumsätze stiegen um 15,6%.
BASF AG. Der Gewinn erhöhte sich auf 607 Mio DM (Vorjahr 375 Mio). Die Dividende steigt von 14 auf 17%.
Degussa AG. Die Dividende erhöht sich von 15 auf 18%.
3M, Deutschland. Der Umsatz ist um 15,3% auf 584 Mio DM gestiegen.
Hüls GmbH. Der Umsatz ist um 12% auf 366 Mio DM gestiegen (gehört zur Hälfte Bayer).
Riedel de Haen AG. Der Umsatz ist um 3,6% gestiegen (147 Mio DM). Die Dividende beträgt 10% (gehört über Cassella zu Hoechst.
Kali-Chemie. Die Dividende erhöht sich von 12 auf 18%.
Kali und Salz AG. Der Umsatz hat sich von 6,9 Mio DM auf 19,8 Mio DM erhöht.
Norddeutsche Affinerie. Der Umsatz hat sich von 1,47 Mrd. auf 1,55 Mrd DM erhöht.
Dr. Kurt Herberts (Hoechst Konzern). Der Umsatz stieg um 16,8% auf 480,8 Mio DM.
Hoechst AG. Die Dividende wird von 14 auf 16% erhöht.

Chemiekomitee
KB/ Gruppe Hamburg

Mitgliederversammlung im Einzelhandel

Hamburg. Am 27.4.1977 fand die letzte Mitgliederversammlung (MGV) der Fachgruppe Einzelhandel der HBV-Hamburg statt. 76 Kolleginnen und Kollegen nahmen daran teil, darunter viele Abteilungsleiter. Gleich beim ersten Tagesordnungspunkt steckten die Gewerkschaftsführer ab, in welchem Klima sie nur noch bereit sind, MGV's durchzuführen. 5 Mitglieder des Fachgruppenvorstandes und Delegierte zur Delegiertenversammlung der Hamburger Ortsverwaltung waren zu wählen. Vorausbestimmte Kandidaten durften sich vorstellen (Name, Ämter etc.), eine Diskussion fand nicht statt. Die Forderung von Kollegen, man müsse über die Kandidaten diskutieren und sie fragen, was für Vorstellungen sie hätten, wurde mit dem Argument abgelehnt, wer hier in der Versammlung neu sei, der habe Pech gehabt und könne sich ja enthalten!

Eine Mehrheit fand auch der Antrag, künftig nur noch zwei MGV's (statt bisher vier) im Jahr durchzuführen.

Unter dem Punkt Tarife wurde mehrmals die Diskussion darüber gefordert, wieso eigentlich die Tarifkommission und die Gewerkschaftsführung eine Prozentforderung beschlossen hat, obwohl bekannt ist, daß im Einzelhandel vor allem Frauen arbeiten. Und diese werden am schlechtesten bezahlt.

Sichtlich unangenehm berührt „übersah" Fachsekretär Berthold Cohn zuerst höflich aber bestimmt die Offenlegung der Benachteiligung der Kolleginnen schon in der Forderungsaustellung bekannte dann aber in der ihm eigenen Form Farbe: Wir behandeln die Frauen wie die Männer; für beide machen wir das gleiche.

Es gibt keinen Unterschied, für beide fordern wir Prozente!

Handels-Zelle/HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Traube, Kassebohm und kein Ende

Die Kriminalisierung von Menschen in der BRD, die für bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung kämpfen, zieht neue Kreise. Nach Bestätigung des Bundeskriminalamt (BKA) sind Privat- und Bürotelefone von Fluglotsen, die im „Verband deutscher Flugleiter" (VDF) organisiert sind, abgehört worden. Es handele sich um einen „alltäglichen, ganz normalen Fall der Überwachung" (von November '73 bis Januar '74) sagte ein Sprecher des Justizministerium dazu (nach „FR" 11.5.). Begründet wird diese Bespitzelung *„wegen des Verdachts einer von den Fluglotsen verabredeten Nötigung und Erpressung der Bundesregierung"* („FR", 11.5.). Diese gemeine Beschuldigung (Nötigung und Erpressung) bezieht sich auf den Kampf der Fluglotsen, den sie 1973/74 gegen die Bummelei des Staates führten. Die Fluglotsen waren und sind unterbezahlt. Dazu kommt die enorme Überlastung, gerade angesichts der chaotischen Situation in der Flugsicherung der BRD. Zusammenstöße und Beinahe-Zusammenstöße (im letzten Jahr gab es 221 Beinahe-Zusammenstöße vor allem wegen der Trennung von Zivil- und Militärluftsicherung!) lassen die Lotsen ständig mit einem Bein im Knast stehen. Inzwischen wurde ihnen dazu noch ein Maulkorberlaß verpaßt, damit sie nicht mehr über die wahnsinnige Situation der Flugsicherung öffentlich berichten können (s. AK 103). *„Ein deutscher Fluglotse muß die Bewegungen von bis zu 15 Flugzeugen im Luftraum gleichzeitig überwachen, obwohl es nach einem Gutachten nicht mehr als vier sein sollten. Und sie verdienen weniger als ihre westeuropäischen Kollegen – ein Belgier beispielsweise erhält das dreifache Gehalt.*

In den sechziger Jahren wurden die deutschen Fluglotsen gegen ihren Willen verbeamtet, damit sie das Streikrecht verloren. Die Bundesregierung machte ihnen später Zusagen, versprach neue Laufbahn- und Besoldungsregelungen, aber sie hielt sich nicht daran" („Quick", Nr. 21).

Dagegen kämpften 1973 die Fluglotsen, machten Dienst nach Vorschrift und meldeten sich dann krank, wenn sie es auch waren, also häufig.

Mit Schadensersatzansprüchen von Fluggesellschaften und Flughafenunternehmern wurde dann versucht, die Fluglotsen exemplarisch und zur Abschreckung vor ähnlichen Aktionen in die Knie zu zwingen. Einen Teilerfolg konnten die Lotsen dabei bisher erzielen: Die Schadensersatzansprüche brauchen sie nicht zu bezahlen. Das Oberlandesgericht in Köln hat die Klage des Flughafen Hannover (*„Einnahmeausfall 779.000 DM"*) gegen die Lotsen abgelehnt und die Bundesregierung dazu verpflichtet, die Ersatzansprüche zu zahlen (nach „Hamburger Abendblatt", 26.3.77).

Die Lauschangriffe auf diverse Flugleiter-Funktionäre wurden damals gestartet, um zu beweisen, daß der VDF die Aktionen „organisierte und koordinierte". Aus diesem Grund hat *„die Bundesanwaltschaft gegen den VDF-Vorsitzenden Kassebohm und andere Fluglotsen ein Ermittlungsverfahren wegen 'versuchter Nötigung von Verfassungsorganen (§ 106 StGB) und Erpressung (§ 253 StGB)' eingeleitet, daß nach Angaben von Bundesanwalt Fischer bis heute noch andauert"* („FR", 11.5.)!

Bekannt wurde die Abhörspitzelei durch einen Artikel in der „Quick" Nr. 21. Nach dieser Darstellung erfolgte die Lauschaktion sogar nach § 129 StGB – wegen Verdachts der „Bildung einer kriminellen Vereinigung"! Diese Behauptung hat das BKA „zurückgewiesen". Sie wird aber durch die Tatsache, daß BKA-Präsident Herold versucht, die Veröffentlichung zu unterdrücken, nur noch glaubhafter.

„Herold stellte am Dienstag bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München Strafantrag wegen Beleidigung und übler Nachrede (!) *gegen sämtliche Personen, die an der Abfassung und Verbreitung* (?!) *des Artikels ‚Abgehört' in der Illustrierten Quick beteiligt waren"* („FR", 11.5.).

Das abgehört wurde, bestreiten diese Spitzel nicht. Die Veröffentlichungen aber fassen sie als „Beleidigung" und „üble Nachrede" auf. Die Staatsschutzleute vom BKA haben damit immerhin schon erreicht, daß dieser „Fall" schon nach einem Tag wieder aus den Schlagzeilen der großen bürgerlichen Zeitungen verschwand!

Nach Traube, Kassebohm und einigen mit Sicherheit in die Tausende gehenden Lauschangriffen – wer ist der Nächste?

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg

EA – Soko 10/73 Wiesbaden, den 6. Januar 1974

Betr.: Observationsantrag vom 6.1.1974;
hier: Verzeichnis der abzuklärenden Objekte als Anlage zum Observationsantrag

I. Rhein-Main-Gebiet:
1. Eckhard Krüger, 6233 Kelkheim/Taunus, Am Münsterer Wald 1
2. Wolfgang Kassebohm, 6 Frankfurt/M.-Heddernheim, Im Uhrig 2
3. Wolfgang Heim, 6 Frankfurt/M.-Nied, [illegible] 10.
4. Dietrich Engelmann, 6 Frankfurt/M.-Niederrad, Reichsforststr. 30.
5. Hans Stang, 6092 Kelsterbach, Mauerstr. 10.
6. Günter Wendel, 6111 Richen, Altheimerstr. 5.
7. Klaus Piotrowsky, 6451 Bruchköbel, Marienburgstr. 3 a.
8. Heinz Kind, 8751 Pflaumheim (b. Aschaffenburg), Wolsbachring 13.

II. Nordrhein-Westfalen:
1. Günther Simon, 505 Porz-Ensen, Mathildenstr. 44.
2. Egbert Just, 5201 Neunkirchen (über Köln), Hohn 29.
3. Jürgen Beul, 4 Düsseldorf, Neusser Str. 121.
4. Klaus Holbig, 4 Düsseldorf, Dorotheenstr. 18.

III. Norddeutschland:
1. Manfred Wellerdiek, 3 Hannover, Erikastr. 11.
2. Norbert Ehring, 3012 Langenhagen, Heinkenstr. 11.
2. Norbert Ehring, 3012 Langenhagen, Heinkenstr. 11.
3. Jochen Diekmann, 3012 Langenhagen, Heinkenstr. 11.
4. Geschäftsräume des Verbandes deutscher Flugleiter e.V., 3012 Langenhagen, Mühlenweg 41.
5. Dieter Göpel, 28 Bremen, Maierstr. 214.
6. Lothar Schauer, 28 Bremen 61, Agnes-Heineken-Str. 11.
7. Lothar Schauer, 3001 Kaltenweide, Am Osterberg 131 (Wohnungsinhaber ist gleiche Person wie unter Punkt III.6. Schauer soll die Absicht haben, von der einen in die andere Wohnung umzuziehen.)
8. Werner Schrieber, 2 Hamburg 71, Wiedehopfstieg 17.

IV. Süddeutschland:
1. Hans Joachim Pescht, 8 München 40, Morawitzkistr. 4.
2. Frank Walter, 8011 Schwaberwegen, Burkenstr. 9 (östl. von München an der B 12).

Im Auftrage:
(Haberschinsky)

Das Abhören der Fluglotsentelefone reichte den Spitzeln nicht. Sonderkommission 10 der Ermittlungsabteilung des BKA stellte Antrag auf Beschatten einiger Fluglotsen. Eine Durchsuchung ihrer Wohnungen soll dann später jedoch abgeblasen worden sein (aus „Quick", Nr. 21, 12.5.77).

85-Stunden-Woche: Das ist Mord!

Bereits die dritte Verhandlungsrunde über einen neuen Bundesmanteltarifvertrag (BMT) für den Güter- und Möbelfernverkehr ist von Speditionskapitalisten und ÖTV-Führern ohne Ergebnis abgebrochen und auf den 2. Juni verschoben worden.

Die Kapitalisten wollen anscheinend die provokatorische Forderung nach noch längerer Arbeitszeit, d.h. 15-Stunden-Schichten (!), statt bisher 12-Stunden-Schichten und damit noch größeren Streß und Gefahren für die Kollegen durchsetzen.

Im ÖTV-Magazin vom Mai wird eine Arbeitszeit der Fernfahrer angegeben, die bis zu 85 Stunden(!) in der Woche erreichen soll. Wenn wir davon ausgehen, daß diese Zahl tatsächlich der Wahrheit nahe kommt, so fragt man sich, wie dies überhaupt zu leisten ist!? Selbstverständlich muß bei dieser Arbeitszeit die festgelegte Schichtzeit von 12 Stunden täglich weit überzogen und/oder 7 Tage gearbeitet werden. Dazu kommt, daß jederzeit Tag und Nacht gefahren werden muß, ohne Nachtarbeitszuschlag!

Daß bei den geraden, hunderte von Kilometern langen Autobahnstrecken der eine oder andere Kollege einfach einschläft, ist nur logisch – die Konsequenzen kann man sich ausmalen: Das ist Mord!

Und nicht nur die Fernfahrer sind gefährdet, ebenso die anderen Verkehrsteilnehmer.

Die ÖTV-Führer fordern u.a.:

- *„Die höchstzulässige tägliche Arbeitszeit auf elf Stunden* (!) *zu begrenzen;*
- *die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit auf 44 Stunden festzulegen;*
- *die höchstzulässige Arbeitszeit in der Woche auf 55 Stunden* (!) *zu begrenzen;*
- *die Kabinenzeit auf 15 Stunden in der Woche einzuschränken;*
- *die zusammenhängende wöchentliche Ruhezeit von bisher 24 auf mindestens 40 Stunden zu verlängern;*
- *Arbeitsschichten von 22 auf 18 Stunden zu begrenzen, wenn das Fahrzeug mit zwei Fahrern besetzt und mit einer Schlafkabine ausgerüstet ist;*
- *den Zusatzurlaub um einen Tag zu erhöhen und*
- *einen Nachtarbeitszuschlag von 20 % zu vereinbaren"* („ÖTV-Magazin", Mai 1977).



Diese mageren Forderungen, die von vornherein schon voll von Zugeständnissen sind, gedenken die ÖTV-Fürsten nicht etwa mit der Kampfkraft, sondern mit der „Schreibkraft" der Kollegen durchzusetzen, denn:

„Die Mitglieder der Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV fordern die Fernfahrer auf, durch Zuschriften (!) *an die zuständigen Bezirks- und Kreisverwaltungen der Gewerkschaft ÖTV die Kommission bei weiteren Verhandlungen zu unterstützen"* („ÖTV-Magazin", Mai 77).

Das ist eine glatte Verarschung der Kollegen!

Das es sich hierbei um eine reine Hinhaltetaktik handelt, ist offensichtlich.

Deshalb: Mit 100.000 PS in die 4. Verhandlungsrunde!

ÖTV-Kommission

Wie geht's uns denn? Och, heut' nur wenig Strahlung

Nachden letzten Strahlenunfällen am AK St. Georg auf der Station M, wo in den Bestrahlungszimmern „dank" total unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen Patienten und Personal hohen Dosen radioaktiver Strahlung ausgesetzt waren, (dazu auch AK 100), gibt es nun einen neuen Strahlenskandal. Schüler der MTA-Schule am Krankenhaus mußten feststellen, daß einer ihrer Pausenräume eine Strahlung von 30 Milliröntgen aufweist. Aufmerksam geworden waren die Schüler durch eine Radiologie-Lehrassistentin, die zufällig in den Aufenthaltsraum schaute, und bemerkte: *„Ach, setzen Sie sich doch lieber an einen anderen Tisch, dort drunter, wo Sie sitzen, ist das radioaktive Material für die Röntgen-Diagnostik gelagert"*. Andere befragte Lehrassistenten bestätigten dies, meinten aber, die Schüler sollten mal nicht die mögliche Strahlung messen. *„Sie werden sonst noch hysterisch ..."* Es ist also für den Schulbetrieb wichtiger, die Schüler verhalten sich schön ruhig und kauen ihr Schulbrot in radioaktiver Umgebung weiter. Welch Zynismus auf dem Hintergrund, daß den MTA-Schülern ständig vorgehalten wird, daß sie „im Dienste der Gesundheit" das Beste leisten müßten. Von den Verantwortlichen werden b e w u ß t gefährliche Strahlenschäden bei den Schülern riskiert. Mehrere Schüler ließen sich durch das Beschwichtigungsgerede der Lehrassistenten nicht einschüchtern und führten eine Strahlenmessung durch. Ergebnis: Nach wenigen Tagen war der Pausenraum sang- und klanglos abgeschlossen worden. Ist natürlich klar, daß die Schul- und Krankenhausleitung nicht viel Wirbel darum haben will, wenn sie radioaktives Material im uralten Keller des Krankenhauses lagert, wo noch nicht mal eine erforderliche Bleidecke eingezogen ist.

Übrigens: Über dem radioaktivverseuchten Pausenraum befindet sich die gynäkologische Abteilung des St. Georger Krankenhauses!

Eine Schülerin der MTA-Schule

Urabstimmung bei fliegendem Personal

Lufthansa. Bei der DLH läuft bis zum 26. Mai eine Urabstimmung der DAG-Mitglieder des Bordpersonals (Cockpit- und Kabinenpersonal). Stimmen 75 % mit „Ja", kann es ab Anfang Juni zum Streik kommen.

Seit vier Monaten findet der Tarifkampf nun schon statt. Für das Bodenpersonal hatten die ÖTV-Führer die Tarifrunde bereits am 5.4.77 beendet, indem sie den Schlichtungsspruch annahmen. Das Ergebnis war eine Erhöhung, je nach Einkommen von 5,3 bis 6,9 % abgestuft, und 200 DM Urlaubsgeld für alle.

„Cockpit e.V." und DAG lehnen die gestaffelte Lohnerhöhung ab und verlangen 11,5 % einheitlich. Jedoch geht es bei der Urabstimmung hauptsächlich um den Manteltarifvertrag. Die Besatzungen, vor allem der Kurzstreckenflugzeuge, fordern bessere Arbeitszeitbedingungen und Einsatzpläne. Die Piloten der Kurzstrecken wollen eine Angleichung an die Arbeitsbedingungen der Kollegen der Langstrecke. Denn gegenüber Langstrecken fallen bei Kurzstreckenflügen am Tag mehrere Starts und Landungen (bis zu sechs) an. Diese höhere Belastung führt nicht zuletzt zu einer Beeinträchtigung der Flugsicherheit.

Die bei Lufthansa schon immer dagewesene Spaltung zwischen dem Boden- und Bordpersonal wird durch die jetzige Situation vom Lufthansa-Vorstand und auch von der ÖTV-Führung zu vertiefen versucht. Ihre Argumentation gegen die Urabstimmung der DAG gleicht sich haargenau. Beide in dem Sinne, daß sich ein eventueller Streik der Flieger auf dem Rücken der übrigen Belegschaften abspielt. Dem DLH-Vorstand geht es darum, die Forderungen der Piloten nicht voll zu erfüllen, die ÖTV-Führung hält dagegen, daß es sich um die Konkurrenz der DAG handelt. Ohne Zweifel ist die von der DAG vertretene „Vereinigung Cockpit" eine berufsständische Organisation, die gemeinsame Forderungen und Aktionen mit dem Bodenpersonal so schnell nicht machen werden. Andererseits ist es von der ÖTV-Führung zutiefst spalterisch, die berechtigten Manteltarifforderungen der Piloten als *„zu Lasten des Bodenpersonals"* („ÖTV-Info") zu bezeichnen. So schreiben die ÖTV-Oberen weiter: *„Die ‚Vereinigung Cockpit' in der DAG versucht sich hier zu Lasten des Bodenpersonals einen Vorteil zu erschleichen, der zu tiefen sozialen Unruhen innerhalb der Gesamtbelegschaft führen muß. Mit ihrem Verhalten sprengen die Piloten der ‚Vereinigung Cockpit' die Solidarität aller Arbeitnehmer und bringen sich selbst ins Abseits."*

Der Lufthansa-Vorstand schreibt: *„Wo bleibt unser Ansehen bei unseren Kunden und in der Öffentlichkeit? Wo bleibt unsere Solidarität* (?) *gegenüber den Kollegen am Boden, mit denen uns Zusammenarbeit und Wertschätzung verbindet?"* („Argumente", Nr. 1).

Wohl wissend, daß dieses Geschwätz niemanden so recht überzeugen wird, drohen die Kapitalisten dann offen mit den möglichen Folgen eines Streiks:

„Die Lufthansa ‚danach' wird nicht mehr so sein wie heute. Die Lufthansa muß in den nächsten Wochen Geld ausgeben, um in der ihr aufgezwungenen Situation angemessen reagieren zu können. Wir meinen aber, dieses Geld ist sinnvoll investiert" („Argumente", Nr. 1).

Sollte es ab Juni zu einem Streik der fliegenden Kollegen kommen, werden sie von der Presse und der ÖTV-Führung mit denselben Geschichten überschüttet, wie die Fluglotsen bei ihrem Kampf '73.

Man sollte sich daran erinnern, daß der Kampf der Fluglotsen damals mit allen Mitteln der bürgerlichen Politik verteufelt wurde und eine massive Kampagne zur Einschränkung des Streikrechts lief. Mit ihren Warnungen vor „sozialen Unruhen innerhalb der Gesamtbelegschaft" liegen da auch die ÖTV-Führer mal wieder voll auf Linie.

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV-Kreisvorstand Karlsruhe setzt „Schieß-Erlaß" durch

Vier Mitglieder der ÖTV-Abteilung Sozialarbeit in Karlsruhe, darunter der Vorsitzende, wurden im November 1976 aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. In seiner zusammenfantasierten Ausschlußbegründung entblödete sich der Kreisvorstand nicht, den Abteilungsvorsitzenden gleich der Agitation für KBW und „KPD" zu beschuldigen – wohl nach der Überlegung: „doppelt hält besser". Dazu paßt treffend das Eingeständnis, wonach von den 20 Kreisvorstandsmitgliedern die den Ausschluß beschlossen haben, überhaupt nur sechs genauere Kenntnisse des „Beweismaterials" und des „Sachverhalts" hatten.

Was die Gewerkschaftsführer zu ihrem Amok-Lauf veranlaßt hat, war die Tatsache, daß sie wieder einmal bei der Durchsetzung der Regierungspolitik, diesmal einer CDU-Landesregierung, ertappt und kritisiert worden waren.

Mitglieder der Abteilung Sozialarbeit hatten Kenntnis davon erhalten, daß der ‚Schieß-Erlaß' (eine harte CDU-Variante der Berufsverbote) auch auf die Sozialarbeiter angewendet werden sollte! Sie gaben Informationen sofort an den Kreisvorstand weiter mit der Forderung, gemäß den Beschlüssen des letzten Gewerkschaftstages alle Kräfte gegen diese Verschärfung der Einstellungspraxis zu mobilisieren. Der Kreisvorstand gab sich „skeptisch". Als es Sozialarbeitern gelang, ein druckfrisches Exemplar der neuen Formulare zur Anwendung des ‚Schieß-Erlasses' aus der Druckerei des Personalamtes der Stadt zu beschaffen, beharrte der Kreisvorstand immer noch auf seinen „Zweifeln".

Unmittelbar vor der Delegiertenversammlung, auf der die Kollegen diese Sache auf die Tagesordnung bringen wollten, wurden sie ausgeschlossen! Gegen das Vorgehen des Kreisvorstandes hat sich ein relativ breiter Protest geäußert, u.a. von der

- Betriebsgruppe beim Verein für Jugendhilfe,
- Betriebsgruppe bei der Sozial- und Jugendbehörde,
- Betriebsgruppe Stadtamt Durlach,
- Fachabteilung Richter und Staatsanwälte und dem
- Bezirksvorstand der Abteilung Sozialarbeit Baden-Württemberg incl. des hauptamtlichen Sekretärs Kröcher.

Am 9.11. war auf der unter Rekord-Beteiligung verlaufenen MV der Abteilung Sozialarbeit derartig Stimmung, daß sich der Kreisvorsitzende nach drei Stunden Beschuß das Eingeständnis abrang, bei den Ausgeschlossenen handele es sich um „gute Gewerkschafter". Aber auf die hartnäckigen Forderungen nach Beweisen und Erläuterungen der Vorwürfe war außer Sprüchen nichts konkretes zu hören.

Inzwischen, seit dem 1.1.77, wird der ‚Schieß-Erlaß' bei Einstellungen im Bereich Sozialarbeit angewandt. In der Praxis sieht das so aus:

„Durch die Einleitung der Ausschlußverfahren wird der Boden für Berufsverbote vorbereitet: Schon drei Tage nachdem die Kollegen ihren ‚blauen Brief' erhielten, äußerte der Dienstherr, daß Sozialarbeiter, die aus der Gewerkschaft ausgeschlossen sind, auch für die Stadt nicht tragbar seien ..."! (Informationen aus: „Päd-extra Sozialarbeit" 5/77).

ÖTV-Kommission

ÖTV-Führer für mehr Kripo

Hamburg. In Gesprächen mit den Parteien will sich die ÖTV-Führung dafür einsetzen, daß 150 Planstellen zusätzlich für die Kriminalpolizei bewilligt werden: *„Immer mehr Beamte werden für den Personen- und Objektschutz benötigt"* („Hamburger Abendblatt", 15.4.77), begründet Geschäftsführer Mielke diese Forderung. Während die ÖTV-Führer in allen anderen Bereichen die unsoziale „Spar"politik des Senats gegen die Bevölkerung unterstützen, können sie sich hier gar nicht genug für die „Kollegen von der Polizei" einsetzen.

Schon im November '76 forderten sie 600 Planstellen für Polizeibeamte, da sonst *„die Reformformel (?) 'Mehr Polizeipräsenz auf den Straßen' unhaltbar (sei)"* („Hamburger Abendblatt", 30.11.76).

300 Planstellen waren aber von der Innenbehörde „nur" vorgesehen. Die ÖTV-Führer sind nicht nur AKW-Befürworter, sondern tragen offen zur Aufrüstung des Staatsapparats z.B. gegen die Anti-AKW-Bewegung (s. „Personen- und Objektschutz") bei.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Tarifabschluß bei British Airways

Die Verhandlungen der ÖTV-Führer mit der Luftverkehrsgesellschaft British Airways haben für die Kollegen folgende Ergebnisse gebracht: Drei Prozent und 82 DM, 225 DM Urlaubsgeld (75 DM mehr als bisher) und Änderung der Schichtzulagen („ÖTV-Magazin", Mai 77).

Dies entspricht, bei geringfügigen Abweichungen, den Verhandlungsergebnissen der ÖTV bei der Lufthansa, mit dem Unterschied, daß hier ein Sockelbetrag statt einer reinen Prozent-Erhöhung vereinbart wurde.

Die Lohnleitlinie wurde auch hier nicht verlassen.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Lehrerstreik in Hamburg?

Hamburg. Angesichts der Verschärfung der Schulmisere, der massenhaften Arbeitslosigkeit für Junglehrer und aktuell anstehender Besoldungsverschlechterungen hat sich in der GEW die Forderung nach einem Streik durchgesetzt.

So trat auch der Landesvorstand auf der Vertrauensleuteversammlung (VV) am 2.5. für die Einleitung einer Urabstimmung ein, wollte aber einen Streik auf die Abwehr von Besoldungsverschlechterungen eingegrenzt wissen. Gegen den Vorstand wurde mit deutlicher Mehrheit (etwa zwei Drittel) beschlossen, bei einem Arbeitskampf auch die Forderung nach der Einstellung aller Lehrer, Erzieher und Sozialpädagogen und „keine Klasse über 25" aufzunehmen.

Nach der VV schreibt der Hamburger Vorsitzende Lemke an die Mitglieder: *„Mit der Formulierung dieser Streikziele ging die VV über den Antrag des Vorstandes hinaus. Sein Streikziel lautete: Abwehr der geplanten Besoldungsverschlechterungen! Entgegen dem Beschluß der VV hält es der Vorstand in Übereinstimmung mit den „Richtlinien der GEW für Arbeitskämpfe" für unerläßlich, die Kollegen auf ein präzise und eindeutig formuliertes Kampfziel hin zu mobilisieren. Es kann inhaltlich nur das zum Gegenstand haben, was - nach Ausschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten – auch tatsächlich zu erreichen ist."*

Wesentlich zwei Gründe bewegen Lemke und vor allem die rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsführer dazu, den Streik auf die Besoldungsfrage einzuschränken:

1. Die rechten SPDler wollen mit aller Macht verhindern, daß neben den materiellen Interessen der Lehrer bildungspolitische Themen den Streik bestimmen, da von ihnen politische Streiks grundsätzlich für „verfassungs widrig" erklärt werden. Die linken SPDler um Lemke weichen schon jetzt vor der Hetze und dem Druck zurück, der einen Streik mit bildungspolitischen Forderungen auf jeden Fall treffen würde.
2. Ein Streik, der sich lediglich gegen die Besoldungsverschlechterungen richtet, kann leichter wieder abgesetzt werden. Schon 1974 setzte der damalige Vorstand einen beschlossenen Streik aus, da die Bundesregierung die Entscheidung über die neue Besoldungsregelung noch einmal aufgeschoben hatte.

Vor den linken GEWlern steht jetzt die Aufgabe, die Überzeugungsarbeit für einen umfassenden Streik zu verstärken. Damit muß auch verhindert werden, daß in der GEW nur noch bei Lohnfragen über Kampfmaßnahmen beraten werden darf.

Von einer Reihe von linken Kollegen (vor allen Dingen Spontis) wird vertreten, daß ein Streik überhaupt nur dann sinnvoll sei, wenn die Forderungen gegen die Lehrerarbeitslosigkeit und für kleine Klassen als Streikziele festgelegt werden. Teilweise wird sogar die Forderung laut, den Streik von Seiten der Linken zu boykottieren, wenn diese Forderungen nicht aufgenommen werden. Begründet wird dies damit, daß ein Lohnkampf der Lehrer auf jeden Fall „isoliert" sei, daß andererseits mit weitergehenden Forderungen die Eltern und andere Teile der Bevölkerung auf die Seite der Lehrer zu ziehen wären.

Dies halten wir für sektiererisch und opportunistisch zugleich. Sektiererisch gegenüber den Kollegen, die heute zwar bereit sind, gegen die Besoldungsverschlechterungen zu streiken, aber aus verschiedensten Gründen einen umfassenden Streik noch nicht befürworten. Opportunistisch gegenüber der Hetze der bürgerlichen Presse, wobei die Eltern vorgeschoben werden; richtig ist zwar durch das Aufstellen von bildungspolitischen Forderungen größeren Teilen der arbeitenden Bevölkerung klarzumachen, daß es nicht um bornierte ständische Belange geht; niemand sollte sich jedoch Illusionen darüber machen, daß sich die bürgerliche Presse davon beeindrucken ließe - mußten doch die Müllarbeiter beim ÖTV-Streik die gleiche Hetze über sich ergehen lassen, obwohl sie keine „isolierten Intellektuellen" sind.

Nicht zuletzt kann aus einer solchen Argumentation nur die Rechte Profit ziehen, deren oberstes Ziel erst mal die Verhinderung j e d e s Streiks ist.

Darüberhinaus verkennen die Kollegen und Kolleginnen, daß die entscheidende Frage erst nach der Verabschiedung der Forderungen auf die Mitglieder zukommen wird, wenn es um die Durchsetzung des Streiks geht. Bisher ist dies in der Geschichte der GEW trotz mehrerer Anläufe von den Vorständen immer verhindert worden. Ob Streik gegen die Besoldungsverschlechterungen oder für die Einstellung aller Lehrer usw., die entscheidenden Diskussionen werden sich um die Frage drehen, ob Lehrer überhaupt streiken dürfen.

Die erste Kraftprobe wird dabei auf die streikbereiten Lehrer zukommen, wenn es gilt, die Urabstimmung am Arbeitsplatz, also in der Schule durchzuführen. In Westberlin ist dies 1974 vom Senat untersagt worden. Sogar vor der Schule wurden die Kollegen und Kolleginnen von der Polizei vertrieben. Dies muß in Hamburg verhindert werden!

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Leiter des Prüfungsamtes verurteilt

Hamburg. Am 29.4.77 fand im Strafjustizgebäude die Verhandlung gegen den Leiter des Lehrerprüfungsamtes, Jepsen, statt, der wegen „Verwahrungsbruch im Amte" angeklagt wurde. Jepsen, der für etliche politische Zensierungen von Examensarbeiten verantwortlich ist, hatte im Juli 76 ein Schriftstück, in dem er den Oberschulrat Albrecht zu einer politischen Herunterzensierung einer Examensarbeit aufgefordert hatte, vernichtet und durch einen „neutralen" Text ersetzt.

Die Examensarbeit des Studenten J.J., die schon von zwei Gutachtern mit 2 bzw. 3 beurteilt worden war, wurde von Jepsen dem Oberschulrat Albrecht, der bereits eine andere Arbeit desselben Studenten auf 5 herunterzensiert hatte, mit der Bemerkung zugeleitet: *„Da Ihnen der Stil des J.J. bereits bekannt ist, hoffe ich auf eine geringere Belastung für Sie".*

Albrecht erfüllte diesen kleinen Wunsch unter Gesinnungsbrüdern prompt und zensierte auch diese Arbeit mit 5. Als der Student J.J. aber vor Gericht ging, wurde Jepsen die Sache zu heiß und er ‚frisierte' die Akte.

Vor Gericht spielte er die Fälschung herunter: Es habe alles sehr schnell gehen müssen, damit dem Studenten bei der Aufnahme ins Referendariat keine Nachteile entstünden (eine dreiste Lüge angesichts der Tatsache, daß J.J. wegen der 5 in der Pädagogikarbeit schon längst durchgefallen war), und er habe nicht gewußt, daß der Zettel ein Bestandteil der Akte war (angesichts 32-jähriger Tätigkeit als Beamter!). Das Gericht schließlich verurteilte Jepsen - nicht wegen seiner Aufforderung zur politischen Zensur, sondern wegen seiner dilletantischen Versuche, dies zu vertuschen - zu 30 Tagessätzen a 120 DM. Das entspricht seinem Nettomonatsgehalt. Für das Delikt „Verwahrungsbruch" ist eine Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren im Gesetz vorgesehen. Die Peinlichkeit eines Strafprozesses wird Jepsen mehr getroffen haben als diese Geldbuße. Die „Referendar-Zeitung" hatte den Termin des Prozesses veröffentlicht, so daß einige Referendare in den Genuß dieses Prozesses kamen. Man fragt sich doch ob dieser Mann „auf dem Boden unserer rechtsstaatlichen Ordnung" ...usw. Die Antwort ist klar: Berufsverbot für Jepsen!

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Neue Ausschlüsse angedroht

Flensburg. Da die GEW-Studentengruppe nach wie vor einmütig hinter ihren fünf ausgeschlossenen Mitgliedern steht, darüberhinaus sogar beschlossen hat, zwei davon weiter mit den Aufgaben von Vorsitzenden zu betrauen, veranstaltete der Kreisvorstand am 9.5. eine „Diskussion" zum Thema „Unvereinbarkeitsbeschlüsse". Die GEW-Führer müssen diesen Dingen schon einige Bedeutung zugemessen haben, denn auf dem Podium saßen keine anderen als: Erich Frister, Bundesvorsitzender; Gerhard Jens, Landesvorsitzender; der Landesgeschäftsführer Grüner und der Kreisvorsitzende Swane.

Jens kündigte an, daß er von einem am 20.5. stattfindenden Gespräch des Landesvorstandes mit dem Vorstand der Studentengruppe abhängig machen wird, ob es weitere Ausschlüsse geben wird, da er es als „klaren Satzungsverstoß" ansieht, daß zwei Ausgeschlossene weiterhin im Vorstand sind.

Schon vor zwei Wochen hatte das Hauptausschußmitglied, Heinz Schlüter, verlauten lassen, daß ein Ausschluß gegen alle verbliebenen Vorstandsmitglieder zu erwägen sei, und daß, wenn die Namen bekannt seien, das Gleiche für alle Mitglieder der Studentengruppe gelte, die das Vorgehen des Vorstands der Studentengruppe unterstützt haben.

Frister erging sich in die ungeheuerliche Bemerkung: *„Wir wollen nicht solche Leute in der Gewerkschaft, die mit den Mördern Bubacks auf einer Stufe stehen."* Wenn die Gewerkschaftsführer allerdings gehofft hatten, mit diesem Auftritt die Mitglieder der Studentengruppe einzuschüchtern und spalten zu können, so haben sie sich geirrt. Im Gegenteil: Selbst bei bisher noch schwankenden Kollegen rief diese Veranstaltung Empörung hervor, so daß der Erfolg zunächst an die GEW-Studentengruppe geht.

PH-Zelle,
KB/Gruppe Flensburg

Urnenwahl - „demokratisch"?

Hamburg. Bei der Wahl zum Vorstand der GEW-Fachgruppe Hochschulen wurde der frühere fortschrittliche Vorsitzende abgewählt. Er unterlag dem Kandidaten der Rechten, Harro Plander, Professor an der Bundeswehrhochschule. Das kam so: In der GEW Hamburg wird mittlerweile nach dem Urnenwahlverfahren gewählt. D.h. daß nach den Wahlversammlungen, auf denen früher direkt gewählt wurde, noch zwei Tage lang Gelegenheit ist, seine Stimme in dafür aufgestellte Urnen abzugeben. Dieses Verfahren wurde von der GEW Bund beschlossen und in Hamburg von der „Alternative", einer rechten Fraktion gegen die „Volksfrontpolitik" des Vorstandes, durchgedrückt.

„Alternative"-Chef Jürgen Petersen, an der Uni als Spitzel und Denunziant bekannt, verstand es, die Fachgruppenwahl zu „managen". Zur Wahlversammlung erschien er gar nicht erst. Dafür schickte er einen Brief an einen dafür ausgewählten Kreis heraus, welche Kandidaten zu wählen seien und welche nicht. Aufgrund dieser „Empfehlung" rappelte sich dann offenbar ein Teil der schweigenden Mehrheit zum Wahlakt auf und verschaffte Plander die gewünschte Mehrheit. So wird auf der einen Seite gegen eine Teilnahme an den Fachgruppenversammlungen, auf denen „sowieso nur die Linksradikalen das Wort haben", Stimmung gemacht, auf der anderen Seite unter Umgehung der lästigen Diskussion Politik per Stimmzettel gemacht. Wozu überhaupt noch Versammlungen ... ?

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Referendarvorstand wiedergewählt

Hamburg. Auf der Vollversammlung der Lehrerreferendare Anfang April wurde der amtierende Referendarvorstand im „Amt" bestätigt. Das sogenannte „Gewerkschaftskollektiv' (kein offizielles Gewerkschaftskollektiv sondern „gewerkschaftlich orientiert"), eine an den Jusos und der DKP orientierte Gruppierung, kritisierte den alten Referendarvorstand vor allem wegen seiner Aktivitäten in der Anti-AKW-Bewegung. Damit habe er vom Kampf gegen Lehrerarbeitslosigkeit abgelenkt. Mit dieser Aufspaltung der Interessen der Referendare kamen sie allerdings nicht gut an. Völlig gegen sie kehrte sich die Stimmung, als bekannt wurde, daß sie bei der Vorbereitung eines Streiks der GEW gegen die Einbeziehung der Forderung nach Einstellung aller Lehrer eintreten.

Mit 135 : 108 Stimmen setzte sich das alte Kollektiv mit folgenden Schwerpunkten durch:

- Kampf der Lehrerarbeitslosigkeit; Vorbereitung eines Streiks gegen Besoldungsverschlechterungen, Lehrerarbeitslosigkeit und für kleinere Klassen
- Teilnahme an der Anti-AKW-Bewegung, wobei die letzten Brokdorf- und Grohnde-Aktionen als große Erfolge gewertet wurden
- Kampf der politischen Repression, insbesondere Unterstützung des geplanten Russell-Tribunals, wobei sich das Kollektiv für ein Tribunal über alle Aspekte der Repression ausspricht
- Kampf für die innergewerkschaftliche Demokratie, insbesondere gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und für die Wiederaufnahme der Westberliner GEW in den DGB.

20 Stimmen erhielt die „Liste Aktionsprogramm", eine dem KBW nahestehende Gruppierung - bei der letzten Wahl waren es noch 24.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

KBW-Forderung von SPD-Führer übernommen

Ein beliebtes Hobby des KBW, mit dem er immer wieder bei fortschrittlichen Menschen Verwirrung zu stiften versucht, sind seine „positiven" Forderungen. So zieht er angesichts der Lehrerarbeitslosigkeit als Patentlösung die Forderung nach Einbeziehung der Referendare in die Arbeitslosenversicherung aus der Tasche. Zuletzt wurde auf Betreiben des KBW diese Forderung auf der Teilpersonalversammlung der VR-Referendare am 21.4. verabschiedet.

Was davon zu halten ist, geht aus einem Brief des Bremer Bürgermeisters Koschnik an Maihofer und Ehrenberg vom 16.2. hervor. Hier schlägt Koschnik die *„Einbeziehung der Auszubildenden der 2.Phase in die Versicherungspflicht"* vor, um durch ein *„zivilrechtliches Ausbildungsverhältnis"* das Ausbildungsgeld „erheblich" senken zu können. Neben einer Senkung des Ausbildunggeldes und der Verpflichtung, Beiträge an die Sozialversicherung zu zahlen, soll den Referendaren dann das Arbeitslosengeld nicht mehr nach dem zu erwartetnden Einkommen berechnet werden, sondern nach dem aktuellen Ausbildungsgeld. Ein dreifacher Beschiß also, aber die KBW-Forderung wäre erfüllt. Kein Wunder, daß die „KVZ" vom 28.4. von den Vorschlägen Koschniks nur die Senkung des Ausbildungsgeldes erwähnt.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Bau

Kämpferische Tarifrunde

Am 29.4.77 – einen Tag vor Ablauf der diesjährigen Tarifrunde – wurde schnell noch ein „Verhandlungskompromiß" zwischen Baukapitalisten und IG Bau-Steine-Erden (BSE) geschlossen:

6,4 Prozent, 36 Tarifstundenlöhne als Anhebung des 13. Monatsgehalts und Anhebung der Facharbeiterlöhne auf Drei-Jahresbasis um jährlich 1,5 Prozent, beginnend am 1.5.77.

Der faule Kompromiß paßt durchaus in die von der „Konzertierten Aktion" abgesteckte „Tariflandschaft", aber einige Bauarbeiter dachten darüber anders: *„In den letzten Stunden der Verhandlung waren demonstrierende Bauarbeiter in die Vorräume gekommen und mußten von den Verhandlungsführern beruhigt werden"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2.5.77).

Auf „Beruhigung" ist auch die „Mitgliederbefragung" abgestellt, die die BSE-Führer bis zum 12.5. durchführen wollen, um sich den Segen der Basis zu holen. An eine Urabstimmung ist nicht gedacht. Bis zum 12.5. haben sie dafür freiwillig (!) die Friedenspflicht verlängert.

(Nach Redaktionsschluß: Laut „Frankfurter Rundschau", 13.5., wurde das Ergebnis „angenommen").

Am 6.4. waren die Schlichtungsverhandlungen im Bauhauptgewerbe ergebnislos abgebrochen worden. Die IG BSE hatte 8,5% Lohnerhöhung, Erhöhung des 13. Monatseinkommens und Verbesserung der „Lohnrelation für qualifizierte Fachkräfte" gefordert, die Kapitalisten hatten 4% geboten. Der Schlichtungsvorschlag hatte bei 6,1% und 160 DM Weihnachtsgeld gelegen.

Nachdem die IG-BSE-Verhandlungskommission mit dem Vorsitzenden Sperner an der Spitze dem Ergebnis schon zugestimmt hatte, lehnte die Große Tarifkommission mit 102 zu 17 ab („FAZ", 7.4.).

Die rasche „Kompromißbereitschaft" zeigt, daß es den BSE-Führern von Anfang an nicht um die Durchsetzung der von ihnen geforderten 8,5 Prozent ging. Vielmehr ist der BSE-Vorstand dieses Jahr auf die glorreiche Idee gekommen, Facharbeiter- und Bauwerkerlöhne auseinanderzudividieren. Die Bauwerker sollten nur 6,1 Prozent bekommen, während die Lohnrelation „für qualifizierte Fachkräfte" verbessert wird. Begründet wird diese Spaltungsabsicht damit, daß ohne diesen „Anreiz" die qualifizierten Fachkräfte vom Bau abwandern. Hier wie auch anderswo zerbrechen sich also die Gewerkschaftsführer die Köpfe der Kapitalisten!

Das Platzen der Schlichtung war – wie so manches Neue in dieser Tarifrunde – auf den wachsenden Druck der Kollegen zurückzuführen. Allein das Aufstellen einer Tarifforderung vor Beginn der Verhandlungen ist bei den BSE-Führern keine Selbstverständlichkeit.

In der Tarifrunde machten die Kollegen klar, daß es mit der Ruhe am Bau allmählich ein Ende hat. Bekannt geworden sind folgende Warnstreiks: 400 Kollegen am 30.3 auf sieben Großbaustellen in Hamburg; 1000 Kollegen am 19.4. wiederum in Hamburg sowie in Norderstedt.

In Hannover waren es am 26. und 27.4. 200 bzw. 500 streikende Bauarbeiter, in Wilhelmshaven am 28.4. ca. 150. In Oldenburg zogen am 28.4. rund 70 Kollegen (von etwa 15 Baustellen) vor das alte Landtagsgebäude. In Westberlin kündigten Mitglieder des Landesvorstandes BSE für den 2.Mai Schwerpunktstreiks auf vier Großbaustellen an.

Das waren – mit Ausnahme der Fliesenleger – die ersten Streiks im Bauhauptgewerbe nach dem Krieg überhaupt! Zudem haben die Streiks noch während der Friedenspflicht stattgefunden, also ohne den Startschuß der BSE-Offiziellen abzuwarten. Viele Zeitungsnotizen aus den letzten Wochen beweisen, daß auf etlichen Baustellen über die Durchführung von Streiks diskutiert wurde. Oftmals blieben Kollegen nach der Pause noch eine Weile in der Bude.

Auch auf andere Weise wurde die Kampfbereitschaft deutlich. Nach drei großen Kundgebungen Mitte März in Stuttgart, Dortmund und Hamburg, wo über 10.000 ehrenamtliche Funktionäre versammelt waren, gab es von Mitte bis Ende April in zahlreichen Städten Mitgliederversammlungen mit bisher nicht erreichter Beteiligung. Angesichts dieser Situation berieten die Kapitalisten bereits über Aussperrungsmaßnahmen („FAZ", 13.4.)!

Der Stimmung der Kollegen trugen die BSE-Führer Rechnung, indem sie ein Flugblatt mit § 18 der Satzung – Beihilfe im Arbeitskampf – breit verteilen ließen. Wohl erstmalig in ihrem Leben klebten die Funktionäre Plakate.

Allerdings wiegelten sie in dem Flugblatt gleich ab: *„Arbeitskämpfe dürfen nicht durchgeführt werden, solange Friedenspflicht besteht."*

Am 2.5.77 kamen in Westberlin ca. 250 Betriebsräte zur Betriebsrätekonferenz der BSE zusammen. Hier zeigte sich das Mißtrauen in die radikalen Sprüche des Landesvorstandes, da auf den Baustellen niemand auf die Organisierung von Streiks vorbereitet worden war. Obwohl nicht vorgesehen, wurde schließlich eine Abstimmung über die 6,4 Prozent herbeigeführt: Mit überwältigender Mehrheit abgelehnt!

Kollegen aus Westberlin und Wohnungskommission



Hamburger Bauarbeiter streiken.

Das Geschäft mit der Arbeitslosigkeit

In Niederbayern wurden zahlreiche Sanierungsaktionen örtlicher Bauunternehmer aufgedeckt: Für insgesamt 70 Millionen DM aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung für 1974/75 sollen angeblich 13.000 „neue Arbeitsplätze" geschaffen worden sein – allerdings konnte man keinen einzigen neuen Arbeitsplatz entdecken – im Gegenteil: 500 Arbeitsplätze wurden in Niederbayern in diesen Jahren vernichtet! Der Betrug mit den Arbeitsplätzen funktionierte nach einfachem Rezept: *„Am 26. Februar 1975 wurde unter der Handelsregister-Nummer B 4169 die Firma Denk & Deml eingetragen und für die 150 Bauarbeiter dieser neuen Firma beim Arbeitsamt Lohnkostenzuschuß beantragt. Die Firmeninhaber erhielten das Geld ..."* („Stern", 14.4.77). Während aber die alte Baufirma 180 Arbeiter hatte, beschäftigte die neue nur 150 – heute sind es nur noch 50. Dreistigkeit am Rande: Die Baumaschinen tragen bis heute die alte Firmierung Denk & Sohn.

Oder noch schlitzohriger: Zwei Passauer gründeten eine Baufirma, ließen sich Arbeitslose zuweisen, kassierten für 20 „Arbeitsplätze" rund 120.000 DM, meldeten nach sechs Wochen Konkurs an. Den Restlohn der Arbeiter bezahlte das Arbeitsamt als Konkursausfallgeld.

Größere Firmen machten es sich einfacher: Sie entließen Ende '74 einen Teil der Kollegen, stellten sie nach der saisonalen Winterflaute wieder ein und ergatterten erkleckliche Lohnkostenzuschüsse für „neue Arbeitsplätze".

Das Ausmaß dieser „Sanierungen" zeigen folgende Zahlen: Von Ende Januar bis Ende April 1975 wurden 28 neue Firmen ins Handelsregister eingetragen. Im Jahr 1976, in dem es keine Lohnkostenzuschüsse gab, wurden nur vier Bauunternehmen gegründet. Diese Zahlen für Passau und Umgebung finden ihre Entsprechung in ähnlichen Zahlen der benachbarten Arbeitsamtbezirke.

Die zuständige Arbeitsverwaltung sieht darin keinen Millionenskandal, obwohl auch nach ihrer Meinung einige Baufirmen versucht haben, die finanziellen Hilfen „unrechtmäßig auszunutzen". Soweit die Arbeitsämter hinter Betrügereien kommen, sind die Anträge zurückgewiesen worden – na bitte! – oder das gezahlte Geld ist zurückgefordert worden („FR", 16.4.77).

Interessant wäre zu wissen, wie die restlichen über 500 Millionen des „Arbeitsbeschaffungsprogramms" eingesetzt wurden ?!

Wohnungskommission

ausländische Arbeiter in der BRD



Türkische Arbeiter einbetoniert?

Sogenannte „illegale" ausländische Arbeiter, die eine Arbeitsverletzung erlitten oder gegen ihre totale Rechtlosigkeit protestierten, sind nach Aussagen eines Gummersbacher Bauunternehmers auf Baustellen bei lebendigem Leibe eingemauert worden. Er nannte mehrere Fälle:

- „In der Stützmauer ‚BW 62' an der Autobahn Köln-Olpe wurde der Türke Achmed Kosic im Sommer 1974 eingemauert.
- Im Fundament des Kernkraftwerkes Biblis, das 1972 gegossen wurde, liegt der Türke Ibrahim Selmon.
- Beim Bau des Münchner Olympia-stadions sind ‚zahlreiche Türken' in Betonpfeilern und Fundamenten verschwunden." („Hamburger Morgenpost", 22.4.77)

Inzwischen soll sich alles als „Gerücht" entpuppt haben, da der „Urheber der Schauergeschichte" verhaftet wurde und alles widerrufen hat („Spüddeutsche Zeitung", 5.5.77). - Die staatsanwaltlichen Nachforschungen wurden eingestellt.

Das Geschäft mit den „Illegalen"

Beim Geschäft mit den „Illegalen" wird dem Staat reichlich Geld vorenthalten: *„Allein in neun Monaten, so errechneten Steuerfahnder vom Frankfurter Finanzamt Börse, gingen dem Staat Steuerforderungen in Höhe von rund neun Millionen Mark verloren"* („Frankfurter Rundschau", - 19.4.77). Nur aus diesem Grund gehen Polizei und Justiz hin und wieder gegen die illegalen Arbeitsvermittler vor.

Das große Geschäft machen die Sklavenhändler, die sog. „Subunternehmer", die skrupellos die Notlage von Ausländern ohne gültige Papiere ausnutzen, indem sie sie an große Baufirmen „verleihen". Die Arbeiter bekommen nur einen Bruchteil des Geldes, das der Sklavenhändler kassiert. Allein in Frankfurt gibt es ca. 50, im ganzen Rhein-Main-Gebiet ca. 300 dieser Sklavenhändler. („FR", 19.4.)

Ebenso profitieren von der Not der „Illegalen" die großen Baukapitalisten, die ihre Stammbelegschaft verkleinern und viele - besonders Terminarbeiten - nur noch mit den „illegalen" Leiharbeitern durchführen. Für die ausländischen Arbeiter wird weder die Krankenkasse noch andere Sozialabgaben bezahlt und nach Ende der Arbeit werden sie wieder auf die Straße geschmissen. Niedrige Kosten, keinerlei Arbeiterrechte - ein paradiesischer Zustand für die Kapitalisten!

Gegen diese kriminellen Praktiken sind die Behörden angeblich „machtlos": *„Denn dem Risiko, die gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz [AÜG] verstoßende Entleihung von Nicht-EG-Ausländern könnte aufgedeckt werden, beugen die Großfirmen vor: mit sog. Werksverträg en, mit denen das AÜG umgangen werden kann. Denn Werksverträge unterliegen nicht dem AÜG, so daß auch Arbeiter aus Nicht-EG-Ländern auf dieser Basis verliehen werden kännen. [...] Den fingierten Werksvertrag als solchen zu entlarven, ist für die Ermittlungsbehörden oft ein hoffnungsloses Unterfangen."* („FR", 20.4.77). Man bedenke nur, wie wenig Kosten- und Personalaufwand staatlicherseits gescheut wird, um Tausende von fortschrittlichen Menschen auf Schritt und Tritt vom Verfassungsschutz be spitzeln zu lassen!

Ein paar ergebnislose Ermittlungen gegen die Sklavenhändler, und ach außen ist der Schein gewahrt; schließlich profitiert der Staat indirekt vom Elend der „Illegalen" mit, denn nicht nur auf kleinen Privatbaustellen, sondern für große Bauvorhaben mit öffentlichen Auftraggebern (Autobahn, AKW Biblis, s.o.) wurden die „Illegalen" ausgeliehen!

Die Illegalen



Als „Terroristen" angekommene ausländische Arbeiter werden gleich in die Fänge der Sklavenhändler gelotst.

Politische Kontrolle türkischer Lehrer

In einer Presse-Mitteilung informiert die GEW Frankfurt über eine neue Maßnahme, mit der politisch mißliebige Lehrer kaltgestellt werden sollen. Alle Lehrer, die nicht von den türkischen Behörden in die BRD geschickt worden, sondern direkt von den hessischen Behörden eingestellt wurden, sollen die Rückführung in das türkische Beamtenverhältnis beantragen, eine als administrative Maßnahme getarnte politische Kontrolle. Dazu sagen die Betroffenen: *„Die Lehrer aus der Türkei erkennen weder die jetzige türkische Regierung, noch ihre sogenannten Kulturbeauftragten als zuständig an für Angelegenheiten der türkischen Kinder und Lehrer im hessischen Schulwesen. Die sog. türkischen Kulturbeauftragten verschicken an die türkischen Lehrer Publikationen des türkischen* Kultusministeriums, die Propaganda für die Ideologie der nationalistischen Bewegungspartei machen, mit der Aufforderung, türkische Schulkinder zum Abonnement zu veranlassen.

Die türkischen *Lehrer weisen ausdrücklich auch diese Versuche des türkischen Kultusministeriums zurück, die im hessischen Schuldienst stehenden Lehrer zur Indokrtination der Schulkinder zu mißbrauchen."* (nach „ID", Nr. 172/173)

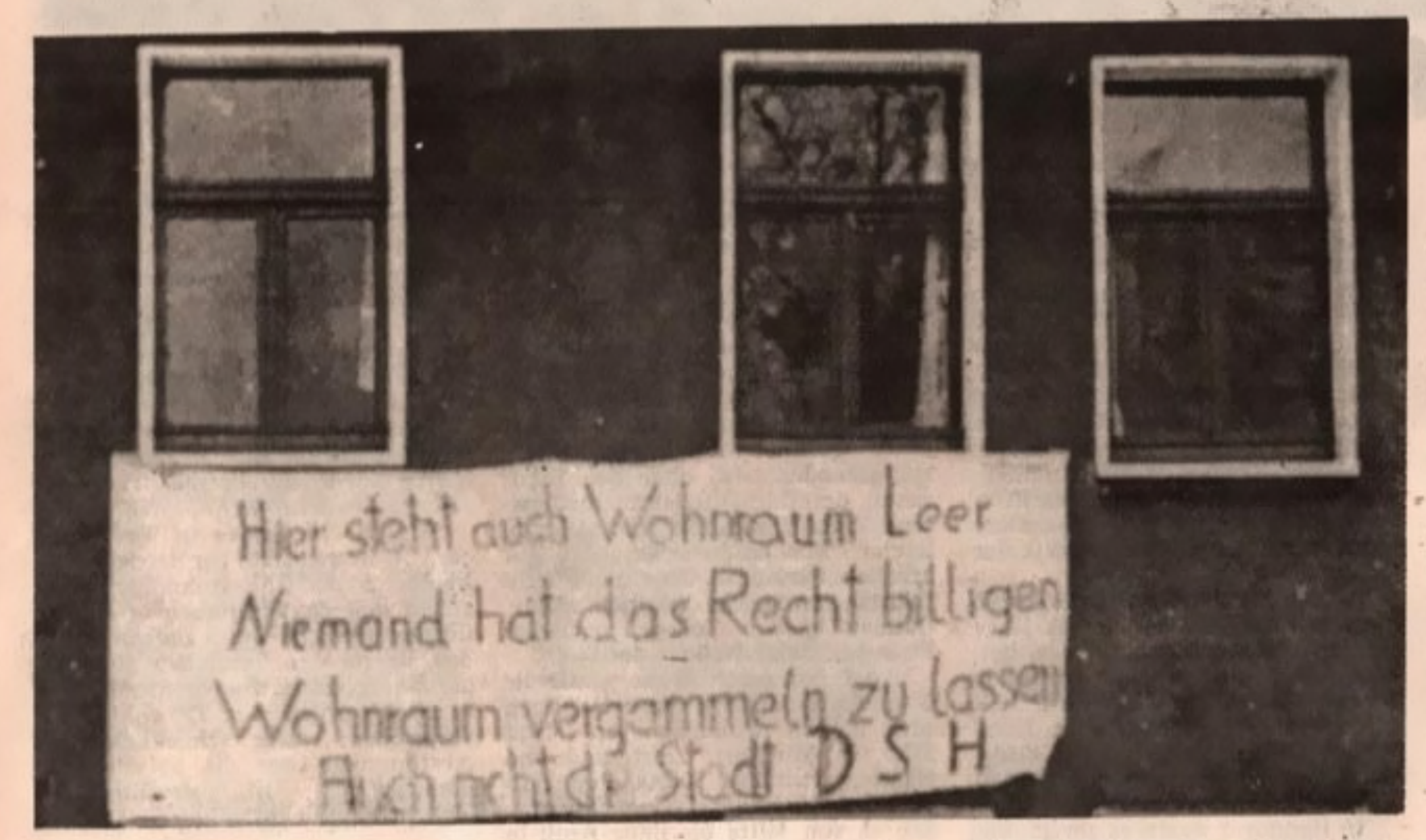
Ausländerkommission,
KB/ Gruppe Hamburg

Reaktionäre türkische Schulbücher

Hannover: Zahlreiche Beispiele für den Versuch der reaktionären Verhetzung von türkischen Schulkindern finden sich in zwei Schulbüchern, die vom türkischen Kultusminister Ali Nail Erdem neu herausgebracht worden sind. Im neuen „Buch der Sitten" — ene Sorte Schulbuch, die es bisher nicht gab — heißt es: *„Ein Arbeiter kann nie so wertvoll sein, wie ein Doktor."* und im Philosophiebuch: *„Die Aleviten brechen ständig die Ehe, bei ihnen ist das erlaubt!"* (Aleviten und Sunniten sind unterschiedliche Richtungen innerhalb des Islam — anm. AK) Gegen diese spalterische religiöse Hetze fand im Januar in Hannover eine Versammlung von 500 alevitischen Türken statt. *„Sie protestierten ... gegen die neuen Schulbücher der letzten Oberschulklassen und forderten den Rücktritt der ‚Nationalistischen Front', die ‚in der Türkei die konfessionelle Spaltung betreibt."* 8„Miliyet", 17.1.77). Es wurde eine Unterschriftensammlung zur Abschaffung der Schulbücher beschlossen (nach „Neue Stimme", Nr. 13, - April/Mai 1977)

Ausländer-Kommission

Hausbesetzung gegen brutale Sanierungspraxis



Dortmund. Zum 25.4. hatte die Dortmunder Selbsthilfe (DSH) – eine Gruppe, die eine Arbeit unter ehemaligen Heiminsassen, Drogenabhängigen, Arbeitslosen etc. macht und seit Jahren massiven Angriffen von Seiten der Stadt und der Polizei ausgesetzt ist – die Besetzung eines leerstehenden Hauses angekündigt. Der Protest der DSH richtete sich gegen die Kahlschlagsanierung im Norden Dortmunds, einem traditionellen Arbeiterviertel. Seit 1960 ist dort geplant, 80 bis 100 Häuser (z.T. noch keine 20 Jahre alt und mit allen Sanitäreinrichtungen!) abzureißen, um auf dem Gelände ein riesiges Schulzentrum zu errichten. Zwar ist zwischenzeitlich der Stadt das Geld für den Schulneubau „ausgegangen" und „*es soll nur noch eine acht-klassige Grundschule gebaut werden, die aber genauso gut auf anderen unbebauten Flächen in der Umgebung entstehen könnte*" (Flugblatt der DSH, 10.5.77), aber ungeachtet dessen ließ die Stadt bis Anfang 1977 die Hälfte der Häuser abreißen. So werden Tatsachen geschaffen.

Die DSH hatte immer wieder gegen den Abriß protestiert. Aber: „*Transparente, die wir an vom Abriß bedrohte Häuser hingen, wurden wiederholt in kürzester Zeit von einer von der Stadt beauftragten Firma abgerissen*" (wie alle anderen nicht näher bezeichneten Zitate aus „Klüngelkerl Extra"). Zwei Tage vor der schließlich angekündigten Besetzung eines leerstehenden Hauses reagierte die Stadt sehr schnell. Unter Aufsicht von Zivilpolizei hauten Bauarbeiter sieben Häuser kurz und klein. „*Fenster wurden zerschlagen, Fensterrahmen herausgerissen, Türen und Türrahmen zerhackt, Löcher in die Wände geschlagen, Wasserleitungen zerstört, Spülbecken und Klos zerhauen. Anschliessend wurden die Fenster und Türen im Erdgeschoss zugemauert.*" Eine ungeheure Menschenverachtung kennzeichnete die Zerstörung. „*Die Treuhand* (verwaltet die Häuser im Auftrag der Stadt) *hatte es einfach nicht für nötig gehalten, der Baufirma mitzuteilen, daß das Haus noch bewohnt ist. So konnten die alten Leute, er 82, sie 78 Jahre alt, beide schwer herzkrank, nur durch Zufall verhindern, daß die Arbeiter mit ihren Vorschlaghämmern in ihr Wohnzimmer und in ihren Flur reinkloppten. Wären sie nicht zu Hause gewesen, hätten sie in Schuttbergen wohnen müssen. Seit Freitag haben sie kein Wasser mehr in der Wohnung, da man es ihnen abstellte.*"

25.4.77: In eine von der Polizei gestellte Falle gingen die mutmaßlichen Besetzer nicht. „*In der Nacht von Sonntag auf Montag stiegen Polizisten in die leerstehenden Häuser ein. 5 Stunden lang, von 4 bis 9 Uhr warteten sie vergeblich auf die vermeintlichen Hausbesetzer. Bis in die späten Abendstunden wimmelte es von Zivilpolizei.*"

7.5.77: Am Samstag wurde schließlich die Besetzung des Hauses Düppelstr. 33 durchgeführt. Ziel war es, das Haus zu renovieren und wieder bewohnbar zu machen.

9.5.77: Mit dem Leiter des Bauordnungsamtes an der Spitze rückte die Feuerwehr zur Räumung des Hauses an. Angesichts der über 100 Demonstranten vor dem Haus rückten sie geschlossen wieder ab.

10.5.77: Wohl etwas in Sicherheit gewiegt vom Erfolg des Vortages waren in der Nacht nur 12 Besetzer im Haus. Als um 6 Uhr ca. 50 Bullen eines Bochumer Sonderkommandos das Haus stürmten, waren die Besetzer zur kampflosen Aufgabe gezwungen. Sie wurden vorläufig festgenommen und ausgiebig fotografiert. Am Abend fand vor dem Haus eine Kundgebung mit ca. 100 Teilnehmern statt. Anschließend wurde eine Bürgerinitiative gegründet. Die DSH schreibt in einem Flugblatt: Damit ist der Kampf aber nicht zu Ende!

Der bisherige Erfolg der Aktionen ist darin zu sehen, daß eine breite Solidarisierung entsteht. „*Was sonst den Unwillen der Bevölkerung erregt, fand in diesem Fall die volle Sympathie der Bürger in den drei Straßen*" („Westfälische Rundschau", 10.5.77). Das muß sogar die bürgerliche Presse zugestehen. Und auch von der großen Zahl Dortmunder Mieterinitiativen, die bislang eher auf die Gerichte vertrauten, wurde diese direkte Widerstandsaktion nicht abgelehnt, vielmehr boten deren Sprecher „den Betroffenen ihre Hilfe im Kampf gegen den Abriß an".

Schluß mit dem Abriß im Dortmunder Norden!

Ein Dortmunder Genosse

Wohngeld ging zurück

Das Wohngeld, mit dem aus Steuermitteln die horrenden Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt subventioniert werden, ging zurück. 1976 sind von Bund und Ländern 1,62 Milliarden DM, gegenüber 1,654 in 1975 gezahlt worden und das, obwohl die Mieten laufend steigen. Der Grund dafür ist einfach: die nominellen Löhne und Gehälter steigen, während auf der anderen Seite die Bedarfssätze für den Erhalt von Wohngeld nicht angehoben wurden. Auch 'ne Art von Sparpolitik.

Wohnungskommission

Kaußen muß 1,6 Millionen zahlen

Man traut seinen Augen kaum: die Behörden sind gegen den berüchtigten Miethai Kaußen vorgegangen. Kaußen hatte in den Westberliner Stadtteilen Schöneberg und Wilmersdorf 59 Wohnungen gekauft, um sie für 250 DM pro Bett im Monat an ausländische Kollegen zu vermieten (Hamburger Mieterzeitung 4/77). Nachdem diese Pläne vom Westberliner Senat verboten worden waren, ließ Kaußen die Wohnungen leer stehen. Schließlich wurde nach Anzeigen aus der Bevölkerung das Landesamt für Wohnungswesen aktiv, da die vier Häuser der Zweckentfremdungsverordnung unterliegen, die vorschreibt, daß ein Leerstehenlassen von Wohnraum über drei Monate genehmigt werden muß. Daran hatte Kaußen sich nicht gehalten und war zu 1,6 Millionen DM Zwangs- und Bußgeld verurteilt worden, die erst zwangsweise eingetrieben werden mußten und die die Wiedervermietung erzwingen sollen. In mehreren anderen Fällen soll noch gegen Kaußen wegen Leerstehenlassen von Wohnungen ermittelt werden.

Wohnungskommission

Bauplatzbesetzung in Köln-Nippes



Die Besatzer errichteten ein Freundschaftshaus und diskutierten das weitere Vorgehen.

Bagger rückten am 5.5. frühmorgens im Kölner Stadtteil Nippes an der Inneren Kanalstraße an, um ca. 200 Schrebergärten, Kinderspielplätze, Sportanlagen, ein Jugendheim und Grünflächen für den seit 1974 vom SPD-FDP-Stadtrat beschlossenen Bau einer Stadtautobahn, die von weiten Teilen der dort ansässigen Bevölkerung abgelehnt wird, zu planieren.

Gegen die Planierarbeiten, die quasi in einer „Nacht und Nebelaktion" vorgenommen wurden, protestierten zunächst ein Dutzend Jugendliche, die von der Polizei jedoch verjagt wurden.

Am nächsten Tag besetzten 45 Leute den Platz. Von 50 Bullen, die mit Schäferhunden anrückten, wurden sie vom Platz vertrieben.

Bei diesem Bullenaufgebot blieb den Platzbesetzern nur noch die Möglichkeit, die Öffentlichkeit durch eilig gefertigte Transparente zu informieren. Gegen die Platzbesetzer wurde von der Stadt Anzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt. Am folgenden Samstag beteiligten sich vier Stadtteilgruppen an einem Informationsfest auf den Wiesen des Grüngürtels. Trotz des Aufgebots von sechs Mannschaftswagen und vier berittenen Bullen feierten ca. 500 Leute auf dem Bauplatz und informierten und diskutierten mit den Vorbeigehenden. Sie errichteten ein Freundschaftshaus, pflanzten ausgerissene Bäume neu ein, und ca. 20 Leute bauten ihre Zelte auf, um übers Wochenende den Platz zu halten. Die Bullen hielten sich zunächst zurück und zogen gegen Abend ab.

Am Montag gegen 7 Uhr fanden sich wieder ca. 500 Demonstranten ein, die durch passiven Widerstand den Platz besetzen wollten. Kurz darauf rückten Bagger und ca. 200 Bullen an, um den Platz zu räumen. Sie forderten die Besetzer auf, den Platz zu verlassen, ließen ihnen jedoch keine Möglichkeit dem nachzukommen. Sie hatten knapp zwei Minuten Zeit, die Zelte abzubauen, bevor die Bullen ihr Kommando erhielten: „Keinen rauslassen". Gezielt wurde auf die Leute eingeschlagen; Demonstranten wurden zusammengeknüppelt und anschließend teils an den Haaren zu den Polizeifahrzeugen geschleppt. 60 Festgenommene wurden anschließend in einer Polizeiwache in 3-6-Mannzellen inhaftiert. Einige wurden nach der erkennungsdienstlichen Behandlung nach vier Stunden entlassen, andere erst nach sieben bis acht Stunden.

Im Laufe des Nachmittags versammelten sich 500 Menschen, um an einer Kundgebung teilzunehmen. Über Videorecorder wurde der Bulleneinsatz von frühmorgens gezeigt und anschließend spontan zu einer Demo durch Nippes aufgerufen, an der sich die meisten beteiligten.

KB-Sympathisanten Köln

Hausbesitzeroffensive gegen Kündigungsschutzgesetz

Mit nur 390.000 fertiggestellten Wohnungen war in der BRD 1976 der geringste Wohnraumzuwachs seit 25 Jahren zu verzeichnen (1956 bis 1974 wurden durchschnittlich 600.000 Wohnungen pro Jahr gebaut). Diese Entwicklung wird von den Hausbesitzern zum Vorwand genommen, das seit 1975 geltende 2. Wohnraumkündigungsschutzgesetz für diese Entwicklung verantwortlich zu machen: „*Der privat finanzierte Wohnungsmarkt ist tot. Das kann der Konjunktur nicht angelastet werden. Ein vermeintlich soziales Miet- und Mietpreisrecht hat in kurzer Zeit dafür gesorgt, daß keine Spargroschen mehr in den freifinanzierten Mehrfamilienhausbau fließen*" („Welt", 14.2.76; der Artikel ist bezeichnenderweise „Wohnen in Freiheit" überschrieben). Und Oscar Schneider (CSU, Vorsitzender des Bauausschusses des Bundestages) fordert: „*Im Wohnungsbau muß die Marktwirtschaft wieder hergestellt werden.*"



So machen die Hausbesitzer Stimmung gegen den minimalsten Kündigungsschutz!

Angriffspunkte der Hausbesitzer und ihrer Lobby sind das „Gesetz zur Regelung der Miethöhe" (MHG), das zur Durchsetzung einer Mieterhöhung bestimmte, allerdings leicht zu erfüllende Anforderungen an den Vermieter stellt und vor allem der ebenfalls im 2. Wohnraumkündigungsschutzgesetz verankerte Kündigungsschutz, der für die Mieter einen relativen Schutz vor allzu willkürlichen Kündigungen der Vermieter beinhaltet, vor allem ist es verboten, zu kündigen, um eine Mieterhöhung durchzusetzen. Besonders diese Bestimmung ist den Hausbesitzern ein Dorn im Auge und veranlaßt sie zu der demagogischen Behauptung, ihre „rechtliche Qualität" liege unter der der Mieter (vergleiche „Welt", 14.2.76)! Zur Begründung der Forderung nach einer Abänderung des geltenden Mietrechts zugunsten der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer wird der rapide sinkende Wohnungsbau herangezogen. Das ist nur allzu scheinheilig, denn während der letzten Jahre des sogenannten Lücke-Plans (Lücke war der damalige CDU-Wohnungsbauminister) in der 2. Hälfte der sechziger Jahre wurden in der BRD trotz des stark eingeschränkten Kündigungsschutzes weniger Wohnungen gebaut als in den Jahren zuvor!

Es geht den Hausbesitzern also darum, mit „ihren" Wohnungen schalten und walten zu können, ohne auf gesetzliche Bestimmungen Rücksicht nehmen zu müssen, deshalb die ganze Polemik gegen den angeblichen „Dirigismus", gegen die „Planwirtschaft" etc.

Sie erheben neben der Einschränkung des Kündigungsschutzes vor allem die Forderung nach „*Entpolitisierung der Mieten*" („Welt", 25.11.76), was darauf hinzielt, den Wohnraum als normale Ware ohne jede Einschränkung zu betrachten und zu verschachern. Kann ein Mieter keine höhere Miete zahlen, so wünschen sich die Hausbesitzer ein Mietrecht, das ihnen erlaubt, diesen Mieter zu feuern und sich einen zahlungskräftigen hereinzuholen. Hier gilt es, wachsam zu sein und die noch bestehenden Mieterrechte zu verteidigen.

Wohnungskommission



Frauen



Walpurgisnacht gegen „Männergewalt..

Jährlich werden in der BRD lt. „Stern" 35.000 Frauen vergewaltigt, alle 15 Minuten eine. 7.000 davon haben 1974 Anzeige erstattet, 700 angezeigte Vergewaltiger wurden verurteilt. *„Bei keinem Delikt ist die Verurteilungsquote so niedrig"* (Rolf Butzmühlen, 1975: Vergewaltigung).

Viele Frauen haben ein ungutes Gefühl, wenn sie am Abend allein durch unbelebte Straßen oder einen Park gehen, viele kaufen sich lieber eine teure Bahnfahrkarte als das Risiko der Vergewaltigung beim Trampen einzugehen. Da Frauen in dieser Gesellschaft mit Vergewaltigung rechnen müssen, sind sie in ihrer Bewegungsfreiheit besonders eingeschränkt.

Paragraph 177 (Strafgesetzbuch) stellt Vergewaltigung unter Strafe:

„Wer eine Frau mit Gewalt oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben zum a u ß e r e h e l i c h e n (Hervorhebung d. Verfasserin) *Beischlaf mit ihm oder einem Dritten nötigt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren bestraft".*

Vergewaltigung in der Ehe gibt es für die bürgerliche Gesetzgebung nicht.

Unter Vergewaltigung stellen sich viele in erster Linie ein Delikt vor, das bei Dunkelheit auf der Straße von einem dem Opfer unbekannten Täter begangen wird, wobei es den Täter urplötzlich überkommt oder er krank ist. Zudem hat die Frau nach Ansicht vieler Leute und besonders der Gerichte die Vergewaltigung meist selbst provoziert.

Im Gegensatz zu dieser in der Presse gestützten Ansicht läuft die typische Vergewaltigung ganz anders ab: Opfer und Täter kennen sich; die Vergewaltigung findet nicht auf der Straße statt; sie ist geplant; der Täter ist ein ganz „normaler" Mensch; von Provokation durch die Frau kann natürlich keine Rede sein (Wir werden in einem späteren Artikel näher auf diese Zusammenhänge eingehen).

Die ganze Frauenfeindlichkeit der bürgerlichen Justiz entlarvt sich besonders gut an einem Urteil, über das wir bereits im AK 88, Sept. 76 berichteten:

Ein Mann, der seine geschiedene Frau verprügelt und vergewaltigt hatte, wurde nicht verurteilt, da das Scheidungsurteil noch nicht rechtskräftig war und der Mann daher immer noch sein „eheliches Recht" auf Mißhandlung und Vergewaltigung ausüben durfte.

Auch die Polizei steht natürlich nicht auf der Seite der Frau.

Die Gruppe „Frauen gegen Vergewaltigung" des FZ Bielefeld faßt die Erfahrungen so zusammen: *„Eine Möglichkeit, sich zu wehren, ist es, eine Anzeige zu erstatten. Es ist jedoch nicht überraschend, daß sehr wenige Frauen eine Vergewaltigung zur Anzeige bringen. Viele Frauen haben die Erfahrungen gemacht, daß die Vernehmung durch die Polizei und vor dem Gericht erniedrigender waren als die Vergewaltigung selbst."*

Es ist nur logisch, daß die Frauen sich gegen diese Form ihrer Unterdrückung wehren.



„Walpurgisnacht" in Westberlin

Die Aktionen

Auf dem Kongreß, der im März '77 unter Beteiligung vieler Frauengruppen in München stattfand, wurde der Vorschlag einer nationalen Aktion gegen Vergewaltigung am 30.4., der Walpurgisnacht, gemacht. Verkleidet als Hexen sollten in möglichst vielen Städten der BRD die Frauen nächtliche Umzüge machen.

Obwohl kaum öffentlich mobilisiert wurde und zum größten Teil nur Frauen aus der „Szene" kamen, waren die Demonstrationen doch relativ groß und konnten in vielen Städten durchgeführt werden.

Hier die wichtigsten Umzüge:
Westberlin mit 3 - 4.000 Frauen,
Frankfurt mit 2.000,
München mit 1.000,
Aachen mit 5 - 700,
Hamburg mit 5 - 600,
Bremen 450,
Köln 400,
Essen 200,
Bochum 150,
Kassel 80 - 100,
Kiel 60 - 70 Frauen.

Weitere, zum Teil sicher auch recht starke Züge fanden statt in Freiburg, Karlsruhe, Tübingen, Saarbrücken u. a. sowie ein kleiner Zug der Hanauer FG mit 15 Frauen

Folgende Parolen wurden getragen, gesungen oder gerufen:

- Frauen gegen Männergewalt.
- Frauen erobern die Nacht.
- Gegen Vergewaltiger.
- Wenn wir Nein sagen, meinen wir Nein.
- Ausgangssperre bei Dunkelheit ist das Los der Weiblichkeit.
- Frauen kommt her, wir tun uns zusammen.
- Männer verpißt euch, und die Welt vergißt euch.
- Männer kommt her, wir schlagen euch zusammen.
- Wehrt euch, leistet Widerstand gegen Vergewaltigung im Land.
- Wehrt euch, leistet Widerstand ge-

- Männer kommt her, wir schlagen euch zusammen.
- Wehrt euch, leistet Widerstand gegen Vergewaltigung im Land.

- Wehrt euch, leistet Widerstand gegen die Scheißmänner im Land, laßt die Pfeile fliegen, laßt die Pfeile fliegen.
- Entwaffnet Vergewaltiger (geschwungene Scheren und Doppeläxte ließen eine Doppeldeutigkeit dieser Parole nicht zu).
- Selbstverteidigung ist nicht nur ein Sport, sondern jagt auch die Männer fort.
- Die Hexen kehren zurück, diesmal bleiben sie.
- Frauen erhebt euch, und die Welt erlebt euch.
- Frauenliebe ist unsere Stärke.
- Schlagt die Frauenfeinde, wo ihr sie trefft.
- Trauschein ist kein Hauschein.
- Gegen § 218.

Die Demonstrationsrouten führten fast überall entweder durch die sogenannten Vergnügungsviertel oder durch die menschenleere City.

Meist waren die Teilnehmerinnen angemalt oder als Hexen verkleidet; langes und lautes Gekreische bestimmte in vielen Fällen den akustischen Eindruck, den man vom Zug erhalten konnte.

In Bremen fand eine Verbrennung des „Playboys" statt, anderswo wanderten auch BHs ins Feuer. Flugblätter wurden vielfach nicht verteilt, weder während der Aktion noch vorher. Auch Diskussionen mit den Passanten fanden kaum statt.

Es ging den Aktivistinnen der Walpurgisnacht wohl nicht so sehr um Aufklärung über die gesellschaftlichen Ursachen von Vergewaltigung und um die Einbeziehung breiter Kreise von Frauen in einen Kampf gegen diese besonders brutale Form der Unterdrückung der Frau, sondern die Demonstrantinnen wollten „endlich mal was für sich selbst machen", „endlich mal Spaß haben".

Ihren Spaß haben diese Frauen sicherlich gehabt, guter Stimmung waren sie alle; so ein bißchen Walpurgisnacht-Stimmung ist sicher aufgekommen. So viel Gelegenheit zu einer größeren Gaudi haben wir Frauen ja nicht, wie z. B. die Männer mit ihrem Fußball: Schon auf der Fahrt ins Stadion ist da Stimmung.

Entpolitisierung der Frauenbewegung ?

Die ganze Angelegenheit muß auch auf dem Hintergrund gesehen werden, daß zu anderen Themen der besonderen Unterdrückung der Frau nichts mehr läuft; der Kampf gegen § 218 ist bei dem überwiegenden Teil der Veranstalterinnen dieser Aktion eingeschlafen: In Kassel hat es z. B. Öffentlichkeitsarbeit noch nie gegeben, auch zum Jahrestag des BVG-Urteils am 25.2. wollten die Frauen weder gemeinsam mit dem KB noch allein etwas machen.

Auch in Kiel war die letzte Aktion, die man vom FZ gesehen hat, eine Aktion in der Innenstadt gegen den Muttertag des Jahres 1976. In Hamburg sieht es nicht besser aus.

Wie aus den Parolen hervorgeht - sie sind wohl recht vollständig zitiert - haben sie eine ziemlich eindeutige Stoßrichtung: nämlich gegen „d e n M a n n". Es gab unseres Wissens keine einzige Parole, die sich gegen die Behandlung vergewaltigter Frauen durch Polizei und Justiz richtet, obwohl die Sauereien, die sich der Staats-apparat gegenüber den Frauen erlaubt, den Demonstrantinnen natürlich bekannt sind.

Es gab keine einzige Parole, die auch nur andeutungsweise auf die gesellschaftlichen Ursachen von Vergewaltigung einging. Auch die Flugblätter, soweit welche gemacht wurden, enthielten darüber n i c h t s.

„Sie demonstrierten gegen Kriminalität und schossen mit Säure"

„Sie demonstrierten gegen Kriminalität und schossen mit Säure"

Das Presseecho war entsprechend: Die mangelnde Abgrenzung gegen den Ruf nach mehr Polizei und Law and Order machte es der reaktionären Presse möglich, die Demonstrationen in diese Richtung zu interpretieren, ohne dabei in direkten Widerspruch zu den Aktionen zu geraten und offen lügen zu müssen.

So wußte die „Welt" am 2.5.77 zu berichten, die Frauen hätten *„für mehr Sicherheit für Frauen auf nächtlichen Straßen demonstriert"*! Laut „WAZ" (Regionalteil Essen) vom 2.5. hätten die Frauen dafür demonstriert, *„ ... daß endlich etwas Ausschlaggebendes gegen Überfälle, Raub und Vergewaltigung unternommen wird"!* Die „FAZ" meinte (2.5.): *„Es ging ihnen vor allem um Maßnahmen gegen Sexualverbrecher..*, und in der Überschrift: *„Frauen protestierten auf der Straße gegen Kriminalität"*. Auch die „FR" vom 2.5. meinte: *„In Flugblättern verlangten die Frauen, nachts w i e d e r* (Hervorhebg. d. Verfasserin) *ohne Angst durch Straßen gehen zu können"!* Da fragt sich doch die Leserin und der Leser: Wann ging das denn schon mal, vielleicht unter Adolf ? ...

Was legt denn diese Berichterstattung anderes nahe als den Ruf nach mehr Polizei und dem starken Staat?

Gerade diese Frauen aber wissen am besten, daß es auf keinen Fall der Polizeiapparat und die Justiz sind, die Frauen vor Vergewaltigung schützen. Daß sie diese Erkenntnis nicht auf die Straße getragen haben, hat sie nicht davor geschützt, daß ihre Aktionen von der bürgerlichen Presse nicht nur mißinterpretiert, sondern auch noch zu „Krawallen" umgelogen wurden: Ob nun die Hamburger „Morgenpost" (2.5.) oder die Berliner „BZ" den Vogel abschießen in puncto Hetze gegen Frauen, die sich gegen ihre

Fortsetzung auf Seite 34

„Emma"

Seit Anfang des Jahres ist die Frauen-

Seit Anfang des Jahres ist die Frauen-bewegung um eine weitere Frauenzeitung reicher geworden: „Emma", Herausgeberin Alice Schwarzer, hat sich ins Zeug gelegt und ist mit einer Auflage von inzwischen 300.000 Exemplaren an den Start gegangen. Erstellt von Profi-Journalistinnen („Wir wollen auch guten Journalismus machen"), soll mit „Emma" die Frau zwischen acht und 80 angesprochen werden. Alice Schwarzer hat sich vorgenommen, Frauen eine Alternative zu „Brigitte" und „Für sie" zu bieten.

Was ist dran an „Emma"?

Sieht man sich die „herkömmlichen" feministischen Frauenzeitungen an, so wird schnell klar, daß „Emma" keineswegs zu diesen zu rechnen ist.

Zum einen ist sie keine Frauenzeitung, die sich an eine spezielle Leserinnenschar richtet, wie z.B. die „Lesbenpresse". Andererseits sichert sich „Emma" durch eine breitere, lockere Themenauswahl Leserinnen, die nicht unbedingt in Frauengruppen organisiert sind oder bereits zum Umfeld der Feministinnen zu zählen sind. Schrieben wir bereits in AK 98 zur ersten Nummer, daß sie „ziemlich gemischt" sei, so ist dieses Konzept bislang durchgehalten worden. Artikel zu Putzfrauen, Sekretärinnen, Prostituierten, die ihren Alltag schildern, Artikel zu Frauen im Knast, zu Alkoholikerinnen und ihren Problemen wechseln sich ab mit Themen wie Frauenhäuser, Penetration, Hausfrauenlohn, die im engeren Sinne umstrittene Themen der Frauenbewegung sind, auch wenn diese Differenzen nicht offen diskutiert und ausgetragen werden. Außerdem Artikel über die Situation der Frauen in Vietnam und China, die sich vor allen Dingen dadurch positiv abheben, daß sie nicht den üblichen Antikommunismus betreiben, auch wenn die gleichberechtigte Situation der Vietnamesinnen nicht mit dem Sozialismus, sondern mit angeblichen Restbeständen des Matriarchats in Verbindung gebracht wird. Allgemein politische, nicht frauenspezifische Themen fehlen auch nicht gänzlich, so z.B. der „Fall Traube" und die Abhöraffäre, oder Atomkraftwerke.

Ziemlich unangenehm sind die Artikel von Alice Schwarzer selber, sei es zum Thema „Männerjustiz", wo der Anspruch, aus der Sicht der Frauen schreiben zu wollen, zu totaler Blindheit und Fehleinschätzungen führt, oder Alices Hang zum Star-

sei es zum Thema „Männerjustiz", wo der Anspruch, aus der Sicht der Frauen schreiben zu wollen, zu totaler Blindheit und Fehleinschätzungen führt, oder Alices Hang zum Star-kult zusammen mit Romy Schneider, die sich beide als „meist gehaßte Frauen" in der BRD einführten. Auf derselben Ebene liegt es außerdem, wenn sich Alice prinzipiell die Seite 3 zugesteht, ähnlich wie man es z.B. von Herrn Nannen vom „Stern" gewohnt ist.

Alles in allem ist „Emma" eine Frauenzeitung, die bunt gemischt Information und Unterhaltung bringt, mit dem Ziel, das „weibliche Selbstgefühl" zu stärken. Keineswegs jedoch eine feministische Zeitschrift, die für sich beanspruchen könnte, Zeitung „der" Frauenbewegung zu sein. Ob sich „Emma" mit diesem eher anspruchslosen Konzept jedoch mit einer Auflage von 300.000 halten kann, ist fraglich. Die Auseinandersetzung innerhalb der Frauenbewegung um „Emma", sowie eine anfängliche Neugier vieler Frauen, decken vorerst diese Auflage ab. Daß „Emma" nicht den reaktionären Kram a la „Schwarze Botin" drauf hat, die von der Ausrottung der Männer träumt, macht sie zwar angenehmer, aber auf die Dauer werden auch gerade linke Frauen die Grenzen von „Emma" ablehnen.

Die Reaktion der bürgerlichen Presse

Einigen Wirbel hat das Erscheinen von „Emma" in der bürgerlichen Presse ausgelöst. Vom „Handelsblatt" bis hin zu „Pardon" wurden Kommentare abgegeben.

Am Widerwärtigsten natürlich die rechtsradikale „National-Zeitung", die in einem ellenlangen Artikel Gebärfreudigkeit, Mutterrolle, Ehe und Ähnliches hochhält und die „Naturwidrigkeit" von „Emma" angreift. Alice Schwarzer und ähnliche „Emanzen" sollten sich, so die „National-Zeitung", lieber Vorbilder wie Kaiserin Maria Theresia oder Leni Riefenstahl nehmen.

Herablassend arrogant und geifernd waren die Artikel in Springers „Welt" sowie in der „Frankfurter Allgemeinen", die klar zu dem Urteil kommen, daß „Emma" zur „offenen Rebellion" anstifte und von daher nicht in die Hände „unserer Frauen" gehöre. Für Axel Cäsars Schreiberlinge ist Alice Schwarzer *„die Verkörperung des weiblichen Widerstandes gegen den männlichen Imperialismus"* und außerdem kommen die alten Rezepte, daß alle „Emma"-Frauen erstmal in den Osten gehen sollen, um dann festzustellen, wie – ach so gut – es uns doch hier geht.

mus" und außerdem kommen die alten Rezepte, daß alle „Emma"-Frauen erstmal in den Osten gehen sollen, um dann festzustellen, wie – ach so gut – es uns doch hier geht.

War ähnlicher Schmutz auf eine auflagenstarke zumal von ausschließlich Frauen konzipierte Zeitung zu erwarten, erstaunt erstmal die Stellungnahme von Zeitungen wie „Pardon" und „konkret", die ebenfalls kein gutes Haar an „Emma" lassen. In „Pardon" wird unter der Überschrift „Nie wieder Emma" über „Emma" platt hergezogen, mit Anmachen wie *„Schülerzeitungsniveau", „schlechter Journalismus", „reißerische Überschriften"*. „konkret" fährt ähnlich ab, wenn sie in „Emma" schlicht und einfach eine Zeitung „von Frauen g e g e n Frauen" sieht und einfach behauptet, daß man dies ja schon an dem „wohlwollenden" Echo in der bürgerlichen Presse sehen könnte. Tatsächlich war aber in Wirklichkeit dieses Echo insgesamt durchaus nicht wohlwollend. Warum bloß?...

Wahrscheinlich dürfte bei diesen Totalverrissen der „Emma" durch „konkret" und „Pardon" nicht zuletzt auch schiere Konkurrenz-Angst eine Rolle gespielt haben.

Bleibt noch zu sagen, daß sich auch der DGB zu Wort gemeldet hat und in der „Welt der Arbeit" beklagt, daß nicht von Partnerschaft, sondern nur von Feminismus die Rede sei. Für wie dumm will man hier die Frauen verkaufen? Gerade die Herren vom DGB-Vorstand zeichnen sich doch unter anderem dadurch aus, daß sie die Politik mit der Unterbezahlung, mit den Rausschmissen aus den Betrieben in der Praxis mittragen und auch zum § 218 ähnlich frauenfeindliche Standpunkte wie die bürgerlichen Parteien vertreten.

Bleibt abzuwarten, was aus der Vorankündigung aus der letzten „Emma" wird, sich auch mehr und verstärkt zu Themen wie „Berufsverbote" zu Wort zu melden. Bislang jedoch bringt „Emma" den Frauen kaum Nutzen, aber auch kaum Schaden.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von Seite 33

Unterdrückung in irgendeiner Weise zur Wehr setzen, wollen wir hier nicht entscheiden. Die „Mopo" schreibt unter der Überschrift „Frauen gegen Polizisten": *„Erst demonstrierten sie mit einem Protestmarsch gegen prügelnde, gewalttätige Männer. Dann schlugen zwei der ‚Frauenrechtlerinnen' zwei Hamburger Polizisten krankenhausreif ...".*

Schön wär's, am Schreibtisch hetzt es sich immer noch am besten. Die Schmierfinken dieses sozialdemokratischen Hetzblattes sollten sich nicht wundern, wenn sie eines Tages nur noch auf Umwegen in ihre Redaktionsräume gelangen können.

Und die Überschrift der Westberliner „BZ": *„Sie warfen mit brennenden Fackeln, demolierten Autos und schossen mit Säure".* Eine weitere Verarschung der Frauen durfte nicht fehlen: *„In eine Kneipenschlägerei schlug der weibliche Protest um ... Frauen verdroschen Männer, die es sich gefallen ließen, weil sie dazu erzogen wurden, daß ‚man keine Frau schlägt' "* („Westfälische Rundschau").

Diese Reaktion zeigt: Selbst da, wo jemand noch nicht einmal gegen die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse rebelliert, sondern nur gegen einige ihrer Symptome, reagieren die Herrschenden gereizt und mit systematischer Diffamierung. Ein Grund mehr, sich nicht bloß mit einzelnen Symptomen, sondern auch mal mit den dahinter stehenden gesellschaftlichen Verhältnissen zu befassen, sie öffentlich zur Sprache zu bringen und den Kampf dagegen aufzunehmen.

Angesprochen auf den vollständigen Mangel an gesellschaftskritischem Inhalt bei sämtlichen Demonstrationen, antwortete manche Frau: Ja, richtig, das sei wohl vergessen worden, dieser Punkt habe tatsächlich gefehlt. Zweifellos meinen sie es ehrlich. Ebenso zweifellos ist aber auch, daß die I n i t i a t o r i n n e n dieser Aktion ganz b e w u ß t ausschließlich gegen „den Mann" gerichtete Parolen verbreiteten und die Aktion damit weit hinter den politischen Erkenntnisstand zurückzuzerren versuchen, den die Frauenbewegung schon vor zwei Jahren über die gesellschaftlichen Bedingungen von Gewalt an Frauen hatte.

Wir haben uns an den Aktionen nicht beteiligt und das auch vorher politisch begründet. Daß dies von bestimmter Seite „falsch" verstanden würde, war nicht anders zu erwarten.

Kein Vorwurf schien manchen Frauen zu dumm zu sein, um damit Stimmung gegen den KB zu machen: Wir hätten behauptet, alle lesbischen Frauen seien Kleinbürgerinnen. Wir hätten behauptet, alle autonomen Frauengruppen seien lesbisch und kleinbürgerlich. So einen Stuß kann nur jemand verbreiten, der es entweder auf Demagogie anlegt, oder der nicht zu lesen versteht.

Unsere Haltung dazu ist seit langem klar: Uns ist es schnurzpiepe, ob Frauen Frauen lieben, ob sie Männer lieben, oder ob sie Frauen u n d Männer lieben, oder was sonst. Umgekehrt gibt es e i n i g e lesbische Frauen (keineswegs alle, nicht mal besonders viele!), die das Lesbischsein als d i e entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung einer feministischen Politik ansehen, die sich verächtlich gegenüber anderen Frauen verhalten, und die vor allem ihr Lesbischsein als Instrument einer nicht bloß männerfeindlichen, sondern auch stramm antikommunistischen Politik einsetzen. Mit anderen Worten: Lesbischsein schützt vor Torheit nicht!

Und an diesem Punkt machen wir in der Tat keinerlei Kompromiß.

Frauengruppe
KB / Gruppe Hamburg

Neues Scheidungsrecht: Alter Wein in neuen Schläuchen

Nach mehrjähriger gemeinsamer Bastelei haben SPD/FDP und CDU/CSU ein „neues" Ehe- und Scheidungsgesetz verabschiedet, das am 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten wird. Wir haben während der Entstehungszeit des Gesetzes öfter über die Auseinandersetzungen der Parteien und über die sogenannten reformierten Paragraphen berichtet. Dabei haben sich verschiedene Fehler eingeschlichen, die z.T. auf die lücken- und lügenhafte Berichterstattung der bürgerlichen Presse, zum Teil auf eigene Schlampereien zurückzuführen sind und die wir hiermit korrigieren wollen.

Wir möchten an dieser Stelle der Jura-Frauengruppe (Hamburg) und dem IKAH („Arbeiterhilfe") für ihre richtigstellenden Informationen danken.

Der Kern des neuen Gesetzes ist die Ersetzung des „Schuldprinzips" durch das „Zerrüttungsprinzip", was aber nicht bedeutet, daß eine Scheidung nun so leicht wie eine Eheschließung wird. Nur dort, wo eine Ehe faktisch nicht mehr besteht, wo ihre Aufrechterhaltung zur offensichtlichen Farce wird, soll die Scheidung erleichtert, bzw. ermöglicht werden, auch wenn ein Partner die Einwilligung verweigert.

Nach wie vor gilt das Prinzip: „Die Ehe wird auf Lebenszeit geschlossen" (BGB, § 1353). Der gesamte Komplex des Ehe- und Scheidungsgesetzes dient der Aufrechterhaltung und Stabilisierung der bürgerlichen Ehe und Familie, der Regenerierung der kapitalistischen Gesellschaft.

Von dem vielgepriesenen „Zerrüttungsprinzip", das angeblich u.a. das „Waschen von schmutziger Wäsche" vor Gericht überflüssig machen sollte, ist nicht viel übrig geblieben. Es wird in Zukunft nur keinen Schuldspruch mehr geben, und die Unterhaltszahlungen an die Frau sind nun nicht mehr von ihrer Schuld oder Unschuld abhängig. Ab Juli '77 soll es nur noch nach „Bedürftigkeit" der Partner gehen.

Eine Ehe wird in Zukunft geschieden, wenn sie „zerrüttet" ist; sie gilt als zerrüttet, wenn die Ehepartner ein Jahr (einvernehmliche Scheidung) oder drei Jahre (bei Widerspruch des einen Partners) getrennt leben. An diesem Punkt ist unsere Berichterstattung fehlerhaft gewesen; wir interpretierten diese Annahme als unabdingbare Voraussetzung für eine Scheidung. Eine Scheidung ist natürlich auch vor Ablauf dieser Trennungszeiten möglich, nur muß dann die Zerrüttung der Ehe vor dem Familienrichter nachgewiesen werden. Und da wird dann wieder „schmutzige Wäsche gewaschen" und von hinten herum kommt auch wieder der Schuldvorwurf zum Tragen.

Während der andernfalls fälligen Trennungszeit müßten die Ehepartner einen getrennten Haushalt führen. Es ist aber nicht zwingend notwendig, daß sie in getrennten Wohnungen leben, wie wir früher geschrieben hatten.

Getrennter Haushalt, das heißt: getrennt wirtschaften und in getrennten Räumen leben. Das führt natürlich, besonders in einer Familie mit Kindern, womöglich noch in sowieso schon beengten Wohnverhältnissen, zu unerträglichen Schwierigkeiten und ist praktisch für Arbeiterfamilien kaum möglich. Es werden also in erster Linie die Bourgeoisie und die Mittelschichten sein, die von den neuen „Erleichterungen" profitieren werden.

Auf weitere Einzelheiten wollen wir hier nicht eingehen und verweisen interessierte Leser an den „Scheidungsratgeber", den die Jura-Frauengruppe Hamburg herausgegeben hat.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Da staunt frau:

Ganz neue Töne beim KBW?

„Wir haben an dieser Demonstration teilgenommen. Wir denken inzwischen, die ganze Sache hat eine Stoßrichtung gegen die Reichen, gegen die Bourgeois, gegen ihre Menschenverachtung. So muß man sie dann auch führen".

Das schreibt die „KVZ" des KBW vom 5. Mai. Von welcher Demonstration ist die Rede? Von der „Walpurgisnacht"-Demonstration in Frankfurt.

Da staunt frau! Ausgerechnet der KBW, der bisher die ganze Frauenbewegung in Bausch und Bogen als teuflische Ausgeburt der Bourgeoisie und des „KB Nord" abgetan hat? Der mit dem Fischmehl? Ja, genau der!

Und frau darf weiterstaunen: *„Wir finden, daß unsere Organisation in der Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung Fehler gemacht hat. Es ist rechts, sich von den doofen Ideen einiger offensichtlicher Bourgeoisschlampen an der Spitze über den sozialen Charakter einer Bewegung täuschen zu lassen. Es gibt noch viele Fragen in diesem Zusammenhang. Man sollte etwas mehr darüber reden".* Schreibt die „KVZ"! Und nicht irgendwer, sondern die „Zentrale Redaktion" der Zeitung zeichnet dafür verantwortlich. Große Unruhe unter dem Himmel?! ... *„Weil wir Kommunisten nicht nur für die Einheit der Ausgebeuteten und Unterdrückten sind, sondern oftmals mehr die Spaltung fürchten, als wirklich für die Einheit eintreten, sind wir gegenüber der Frauenbewegung oft so aufgetreten: Was Ihr tun müßt, ist, Euch mit den Männern im Klassenkampf zusammenschließen, und die besondere Unterdrückung der Frau ist zweitrangig. Ein Problem als ‚zweitrangig' zu bezeichnen, ist auch keine Methode, es zu lösen".* Auch „KVZ". Da bleibt wirklich kein Stein auf dem anderen. Freilich der Nachholbedarf ist gewaltig: **„Unter vielen Frauen, mit denen wir gesprochen haben, war kaum eine, die den KBW nicht gekannt und als ‚frauenfeindlich' bezeichnet hätte" („KVZ").**

Was tut sich da? Über die volle Tragweite der Sache läßt sich vorerst nur spekulieren. Hatte Fochler am Demo-Rand ein „Aha-Erlebnis" oder steckt noch mehr dahinter? Sicher ist jedenfalls: Der KBW hat sich der Frauenbewegung wohlwollend angenommen, um den Frauen zu erklären, wofür sie im Grunde kämpfen: *„Wenn sich jetzt die jungen Mädchen in Tausendschaften von den Männern abgrenzen, praktisch schaut es so aus, daß sie sich von den Reichen abgrenzen, und dabei wird es der Natur der Sache nach auch enden"* („KVZ"). Da heißt es zwar: „In jedem Mann steckt ein Vergewaltiger", „Entwaffnet Vergewaltiger" usw. Der KBW lotet aber tiefer: Wie setzt sich die Bewegung sozial zusammen? Ausgemacht hat der KBW Angestellte der *„mittleren Etagen der kapitalistischen Produktionsstätten"* sowie *„Kindergärtnerinnen, Lehrerinnen, Krankenschwestern".* Alle diese Frauen suchen – so analysiert es jedenfalls der KBW – den *„Ausweg nach oben".* Dahin führe im Kapitalismus nur ein Weg, nämlich durch die Betten der Bourgeoisie. Diese Frauen seien deshalb für die Bourgeoisie *„das Freiwild ihrer sportlichen Frauenjagd".* Und d a s , so meint der KBW, sei der wirkliche Hintergrund der Demonstration.

Es ist eigentlich ganz einfach: Die Zahl der Kapitalisten ist in diesem Land nicht besonders groß und jede Massenbewegung besteht notwendigerweise in erster Linie aus Lohnabhängigen. Und wogegen kämpfen Lohnabhängige natürlich? Gegen ihre Ausbeuter, das weiß doch jedes Kind. Damit liegt ein brauchbares Interpretations-Schema für jede beliebige Massenbewegung vor.

Es ist nun aber in der grauen Wirklichkeit so, daß Dinge wie die „Walpurgisnacht" keineswegs zu einem besseren Verständnis der Klassenwidersprüche h i n f ü h r e n , sondern eindeutig davon w e g z e r r e n . Wenn der KBW in den letzten zwei Jahren die Entwicklung der Frauenbewegung wirklich beobachtet hätte, statt die Augen zu schließen und dann die Finsternis als den Zustand der Bewegung zu bezeichnen, könnte er das womöglich begreifen. Wenn der KBW das Differenzieren gelernt hätte, statt die Frauenbewegung von Anfang an als „einheitlich reaktionäre Masse" anzugehen, wüßte er auch, welche Strömung in der Frauenbewegung sich mit solchen Dingen durchzusetzen versucht. Das geht nicht bloß gegen „Männergewalt" schlechthin, sondern richtet sich fast ausschließlich gegen die „Männergewalt" aus den lohnabhängigen Teilen des Volkes. Denn der Bourgeois und seine Direktoren brauchen in der Regel nicht Frauen in dunklen Straßen und Parks aufzulauern. Sie haben „feinere" Mittel und Wege.

Die Überlegungen der Fochler und Schmierer in dieser Sache lassen sich ahnen: Solange die Frauenbewegung noch halbwegs einen antikapitalistischen Anspruch hat, wittert der KBW die bösen Geister des „KB Nord", muß also strikt dagegen Stellung nehmen. Erst jetzt, wo Teile der Frauenbewegung völlig auf den antikapitalistischen Anspruch verzichten, „den Mann als solchen" angreifen und antikommunistische Abgrenzungsbeschlüsse nach dem Vorbild der SPD fassen, sieht der KBW wieder freie Bahn, um neu ins Geschäft zu kommen. Das ist schon eine tolle Politik.

Erzählt wird, daß Fochler den ARBEITERKAMPF aufmerksam durchsieht, um dann das genaue G e g e n t e i l zu schreiben. Dieses Gerücht könnte stimmen.

Sicher ist jedenfalls, daß diese „neue Linie" des KBW wirklich völlig neu und wahrscheinlich ein Augenblicks-Einfall ist. So wird beispielsweise in der Bezirksbeilage Rhein der „KVZ" vom 5. Mai noch frisch im alten Pöbelton gewettert: *„Frauendemonstration – zutiefst reaktionär".* Die „Walpurgisnacht"-Aktion sei *„tatsächlich eine großartige Sache für die Bourgeoisie". „Unter dem fortschrittlichen Mäntelchen nach ‚Befreiung der Frau', versteckt sich der reaktionäre Ruf nach uneingeschränkter Kontrolle des bürgerlichen Staates in alle Angelegenheiten des Volkes". „Die Frauengruppen verfolgen zutiefst reaktionäre Ziele, man muß sie bekämpfen".* Wer dort am 5. Mai die „KVZ" zusammen mit der Beilage gekauft hat, mag sich gewundert haben.

Es wird amüsant sein, den weiteren Fortgang dieser Angelegenheit zu beobachten.

Und frau darf weiterstaunen: „Wir finden, daß unsere Organisation in der Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung Fehler gemacht hat. Es ist rechts, sich von den doofen Ideen einiger offensichtlicher Bour-
„Kindergärtnerinnen, Lehrerinnen, Krankenschwestern". Alle diese Frauen suchen – so analysiert es jedenfalls der KBW – den „Ausweg nach oben". Dahin führe im Kapitalismus nur ein Weg, nämlich durch
muß also strikt dagegen Stellung nehmen. Erst jetzt, wo Teile der Frauenbewegung völlig auf den antikapitalistischen Anspruch verzichten, „den Mann als solchen" angreifen und antikommunistische Abgrenzungsbe-



Kongress der „Demokratischen Fraueninitiative" in Oberhausen

Am 16. April fand – in der revisio-
Kongress der „Demokratischen Fraueninitiative" in Oberhausen

Am 16. April fand – in der revisionistischen Presse lange vorher und nachher bejubelt und breitgetreten – der Kongress der „Demokratischen Fraueninitiative" in Oberhausen statt. Mehr als 1.000 Frauen beteiligten sich an dem Kongress und den verschiedenen Arbeitsgruppen (Bildung und Ausbildung, Frau und Gesellschaft, Frau und Familie, Frau und Arbeitswelt). Obwohl sich der Kongress noch mit einer Reihe von bekannten Namen parteipolitisch unabhängiger Frauen schmücken konnte, ist das Unternehmen (hervorgegangen aus der „Initiative Internationales Jahr der Frau '75") fest in den Händen der DKP. So wurde von vornherein und während des ganzen Kongresses auch immer wieder der Schwur aufs Grundgesetz abgelegt. Da sei die Gleichberechtigung von Mann und Frau ja schon festgelegt; jetzt gelte es, „den Verfassungsauftrag zu erfüllen". Die DKP-Frauen brachten den Kongress schließlich noch dazu, ein Telegramm an Helmut Schmidt und an den Bundestag zu schicken, mit der Aufforderung, „sich für die Gleichberechtigung der Frau in allen Bereichen der Gesellschaft einzusetzen." Eine der typischen DKP-„Aktionen", von denen sich die Revisionisten offenbar besondere Werbewirksamkeit versprechen!

In den Arbeitsgruppen wurde freilich teilweise noch einigermaßen freimütig und kontrovers diskutiert. So konnte es z.B. noch unterlaufen, daß in der Arbeitsgruppe Frau und Familie die völlige Abschaffung des § 218 (anstelle der von der DKP befürworteten „Fristenregelung") gefordert wurde. Es war auch insgesamt auf dem Kongress davon die Rede, daß die „Demokratische Fraueninitiative" bereit sei „mit allen demokratischen Gruppen" zusammenzuarbeiten und sich auch mit autonomen Frauengruppen über unterschiedliche Standpunkte auseinandersetzen möchte. Frau kann allerdings jetzt schon sicher sein, daß auch für die „Demokratische Fraueninitiative" strikt die berüchtigte „These 41" der DKP gelten wird (keinerlei Zusammenarbeit mit Organisationen links von der DKP), und daß die Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung weiterhin vorwiegend mit dem Holzhammer geführt werden wird.

Und der Laden soll sich politisch natürlich s c h n e l l rentieren. So wurde schon auf dem Kongress verkündet, daß der Kampf der Frau um Gleichberechtigung „eng verbunden" sei „mit dem Kampf um Frieden, Abrüstung und Entspannung". Konkret: Kaum haben sich örtliche Kreise der „Demokratischen Fraueninitiative" nach dem Kongress konstituiert, steht schon die erste Aufgabe an: Mobilisierung für die DKP-„Abrüstungs"-Demonstrationen am 21. Mai in Bremen, Essen, Frankfurt und München.

Dieses Vorgehen scheint vielleicht blöder und offensichtlicher, als es in Wirklichkeit ist. Jedenfalls sollte die Gefahr nicht unterschätzt werden, daß sich Frauen, die vom „Femi-Trip" frustiert sind und endlich mal wieder „richtige Politik machen" wollen, zunächst mal hier engagieren. Frauen, Augen und Ohren auf!

Erste Veranstaltung der Frauengruppe Husum

Am Montag, dem 9.5., führte die Husumer Frauengruppe ihre erste öffentliche Veranstaltung durch. Die Gruppe hatte sich nach dem Flensburger 8. März-Fest gegründet. Zu der Veranstaltung kamen 70 Menschen, über die Hälfte waren Frauen. Auf der Veranstaltung wurde der Film „Wer braucht wen?" gezeigt, der vom Kampf gegen Akkordschinderei in einem Westberliner Frauenbetrieb handelt. Die Frauengruppe hatte die Veranstaltung vorbereitet durch einen Info-Stand in der Innenstadt, Plakate an den Schulen und persönliche Einladungen. Auf der Veranstaltung ergab sich eine rege Diskussion um die Ziele der Frauengruppe. Da sich auch viele dort anwesende Männer weiter über die Arbeit der Frauengruppe informieren wollen, wird jetzt einmal im Monat eine Frauengruppensitzung mit Männern durchgeführt.

Frauenkommission
KB / Gruppe Flensburg

DKP kontra Feminismus - Vom Regen in die Traufe!

Vom Abwirtschaften der feministischen Szene versucht die DKP zu profitieren. Als Leitfaden zur geistigen Aufrüstung soll dabei insbesondere das Taschenbuch *„Frauen kontra Männer – Sackgasse oder Ausweg?"* dienen, das in der gewohnt platten Form die wesentlichen Argumentationslinien der DKP zur Frauenfrage enthält.

Die Verfasserinnen des Buches – Florence Herve und Marianne Konze – sind dem üblichen Rezept der DKP im Umgang mit dem politischen Gegner gefolgt: Möglichst wenig differenzieren, möglichst wenig k o n k r e t e Auseinandersetzung! So taucht als aktuelle Sprecherin des „Neo-Feminismus" im ganzen Buch immer nur die unvermeidliche Alice Schwarzer mit dem „Kleinen Unterschied" auf. Der Feminismus wird nur in verallgemeinernder Weise beschrieben; auf konkrete Differenzierungen, verschiedene Strömungen der Frauenbewegung usw. wird mit keinem Wort eingegangen. Der gerechte Kampf von Frauen gegen ihre besondere Unterdrückung – u.a. auch durch die Männer – wird pauschal mit den Thesen der Schwarzer und allerlei „neo-feministischen" Exzessen munter in einen Topf geworfen.

Woher kommt der Feminismus?

Den ersten schweren „Irrtum" begehen die Verfasserinnen bereits bei der gesellschaftlichen Herleitung des Feminismus. Sie behaupten nämlich: *„Der Neo-Feminismus ... findet das stärkste Echo in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik, also in Ländern, wo zwar die Widersprüche des kapitalistischen Systems sich beträchtlich verschärft haben, wo aber gleichzeitig das Klassenbewußtsein relativ schwach entwickelt ist..."* (S. 30). Diese Interpretation ist in ihrer Beschränktheit falsch und leitet zu falschen Schlußfolgerungen über. Glatt „übersehen" haben die Verfasserinnen nämlich die Tatsache, daß es die auf Massenebene stärkste feministische Bewegung gar nicht in der BRD, sondern ausgerechnet in Italien gibt – also in einem Land mit einem hochentwickelten Stand der Klassenkämpfe, einer starken „Kommunistischen" Partei usw. Es drängt sich also der Verdacht auf, daß sich der Feminismus nicht einfach als Produkt mangelnden Klassenbewußtseins deuten läßt, sondern daß er vor allem eine Antwort der Frauen auf ihre reale besondere Unterdrückung ist, daß er eine Antwort auf patriarchali-
deuten läßt, sondern daß er vor allem eine Antwort der Frauen auf ihre reale besondere Unterdrückung ist, daß er eine Antwort auf patriarchali-
sche Verhältnisse darstellt, und daß er folglich d o r t besonders stark auftritt, wo die patriarchalische Unterdrückung der Frau besonders stark ist (Italien, aber z.B. auch Spanien), und wo andererseits die Arbeiterbewegung zwar schon eine breite Mobilisierung der Frauen bewirkt hat, ohne aber dabei auf die besondere Unterdrückung der Frau befriedigende Antworten zu geben. Man kann vom Feminismus nicht sprechen, ohne das weitgehende Versagen der Arbeiterbewegung gegenüber der patriarchalischen Unterdrückung der Frau anzuerkennen. Die DKP indessen scheint sich darauf beschränken zu wollen, lediglich immer wieder allgemein die „gesellschaftlichen Ursachen" aller Übel hinzuweisen (alles löst sich dann erst im „realen Sozialismus"), ohne die besondere Unterdrückung der Frau wirklich ernst zu nehmen. Anscheinend wird die Auflehnung der Frauen nicht bloß gegen „die Bosse", sondern gelegentlich mal auch gegen die Kollegen geradezu als Störfaktor empfunden: *„... Denn wem nützt es, wenn behauptet wird, Arbeiter unterdrücken ihre Frauen, Kollegen diskriminieren die Kolleginnen?"* (S. 74). Da meint man doch, den Verein zur Förderung der Deutschen Fischmehlindustrie (KBW) zu hören! So auch, wenn die Verfasserinnen a u s s c h l i e ß l i c h hervorheben, daß die Frauen ihre Emanzipation g e m e i n s a m mit den Männern erkämpfen müßten. So richtig das insgesamt ist, so klar ist doch auch, daß die Frauen in vielen Einzelfragen auch g e g e n die Männer, gegen die Kollegen kämpfen müssen. Das ist ein Nebenwiderspruch, aber es i s t ein Widerspruch!

Die Verfasserinnen behaupten auch: *„Der Neo-Feminismus tritt gleichzeitig in der Zeit auf, da die Ausstrahlungskraft der sozialistischen Länder besonders wächst..."* (S. 30). Die lächerliche These von der „wachsenden Ausstrahlungskraft des realen Sozialismus" hält sich bei den Revisionisten seit Jahren mit einer erstaunlichen Hartnäckigkeit, obwohl offensichtlich ist, daß ganz im Gegenteil das negative „image" des „realen Sozialismus" als wichtiger stabilisierender Faktor für die kapitalistische Gesellschaft wirkt. Durch die „Menschenrechts"-Kampagne der Reaktion hat sich dieser Effekt in letzter Zeit noch weiter verstärkt. Das Erstarken feministischer Strömungen gerade in einem Land wie Italien ist also eher Ausdruck der Tatsache, daß sich viele Frauen vom „realen Sozialismus" gar nicht besonders angezogen fühlen.

Indem die Verfasserinnen des DKP-Taschenbuchs aber die gesellschaftlichen Ursachen des Feminismus falsch interpretieren (bzw. praktisch wegleugnen) und auch noch das Märchen von der „wachsenden Ausstrahlungskraft des realen Sozialismus" ins Spiel bringen, versuchen sie schließlich, den Feminismus ganz einfach als eine besonders geschickte Erfindung der Bourgeoisie abzutun, die sich nur dank mangelnden Klassenbewußtseins in Ländern wie den USA oder der BRD (Italien, Spanien, Frankreich usw. werden dabei „übersehen") ausbreiten konnte: *„In Konsequenz unterscheidet sich der Neo-Feminismus nicht von den Positionen der bürgerlichen Parteien und den Herrschenden in unserem Land. Insofern ist es kein Zufall, wenn feministische Kampfansagen und Aufstände bei den bürgerlichen Parteien auf Zustimmung stoßen"* (S. 75). *„Der Neo-Feminismus paßt hier vorzüglich ins Konzept der Regierenden und der Herrschenden"* (S. 76). *„Die Herrschenden nehmen mit Freude feministische Positionen wahr..."* (S. 77) usw. usf.

In diesem allgemeinen Geschwätz könnte man ohne Schaden das Wort „Feminismus" z.B. durch „Maoismus" oder „Trotzkismus" ersetzen – es ist die altbekannte abgedroschene Litanei, bei der inhaltliche Erbärmlichkeit durch Lautstärke und Eindringlichkeit sowie durch ständiges Wiederholen derselben Behauptung wettgemacht werden soll. Daß der Feminismus bei den Herrschenden durchaus nicht unbedingt auf jubelnde Zustimmung stößt, sondern oft genug Objekt übelster frauenfeindlicher Hetze ist, fällt dabei unter den Tisch.

Wir Kommunisten haben wahrlich Grund genug, den Feminismus abzulehnen, ohne uns derart mieser Formen der Polemik zu bedienen!

Das Frauenbild der DKP und der „reale Sozialismus"

Das Frauenbild der DKP und der „reale Sozialismus"

Damit frau weiß, was von ihr erwartet wird, hat die DKP schon 1970 auf einem „Frauenforum" ausführlich formuliert, wie *„Das Bild der Frau, das wir Kommunisten für erstrebenswert halten"*, aussehen soll: *„allseitig gebildet"* soll sie sein und *„selbstbewußt"* (S. 53). Wenn sie Mitglied der DKP werden will, muß sie außerdem noch *„klug"* sein (S. 80). Vor allem aber: *„Eine Frau, die als gleichberechtigte Partnerin und Gefährtin des Mannes das Zusammenleben in Ehe und Familie bereichert"* (S. 53). Also: lesbische Frauen oder alleinlebende Frauen, mögen sie ansonsten auch „selbstbewußt" und „klug" sein, entsprechen nicht dem *„Leitbild"* (S. 53). Aber auch alle anderen Frauen, die sich nicht auf Zweierbeziehung und *„Ehe und Familie"* festlegen lassen, haben keine Chance. Wohlgemerkt: Ehe allein tut's nicht, es muß auch mit Familie sein: *„Nicht Verweigerung der Mutterschaft bringt die Frau auf dem Weg der Befreiung weiter, sondern konkrete Maßnahmen zur Förderung der Familien, der Kinder und der berufstätigen Frau, die der Frau erst ermöglichen, die Mutterschaft nicht nur als Last zu empfinden, sondern als bereichernd, als wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentfaltung"* (S. 51). Schon wieder Fischmehl!

„Ehe und Familie" als L e i t b i l d zu fixieren – statt als e i n e mögliche Existenzform der Frau! – zeigt den Wunsch, an alten Normen festzuhalten, die allerdings – jedenfalls behauptet das die DKP – im „realen Sozialismus" eine ganz neuen Charakter kriegen: *„Hier wird einfach unterstellt, daß die Kleinfamilie die gleichen Inhalte, dieselbe Funktion wie die bürgerliche Familie im Kapitalismus hat. Verschwiegen wird, daß sich neue, qualitative Beziehungen entwickelt und schon bewährt haben. Mit der Entwicklung der Frau als gebildeter, qualifizierter Mensch wandeln sich die Beziehungen der Familienmitglieder, wird die Frau als Ehepartner, als Mutter, als Berufstätige und vollwertige Staatsbürgerin auch in der Familie geachtet"* (S. 66).

Daß es nur so idyllisch im „realen Sozialismus" denn wohl doch nicht zugeht, beweist der Prozentsatz an Ehescheidungen, der in der DDR etwa gleich hoch ist wie in der BRD.

Auch sonst ergeben sich Gemeinsamkeiten – scheinbare, versteht sich. Zum Beispiel: *„Nach Angaben der DDR ist es noch so, daß z.B. die Frauen 80 Prozent der Haushaltsaufgaben übernehmen"* (S. 66). Das ist aber halb so schlimm, denn: *„Hausarbeit im Kapitalismus ist eben nicht gleich Hausarbeit im Sozialismus"* (S. 67). Ein wahrhaft trostspendendes Wort! Die partnerschaftliche Teilung der Hausarbeit scheint den Verfasserinnen eh ein gemeinsam von Feministinnen und Bourgeoisie ausgeheckte Greuel zu sein (S. 75/76).

Die Verfasserinnen haben auch eine ihnen womöglich sogar plausibel erscheinende Erklärung für die bekannte Tatsache der *„Unterrepräsentation der Frauen in politischen Funktionen in den sozialistischen Ländern"* (S. 70), z.B. in den Politbüros oder in Ministerämtern. Macht fast gar nichts, denn: *„Nicht erfaßt wird, daß im sozialistischen Staat ‚Macht' nicht gleich ‚oben' ist und daß Frauen an Entscheidungen auf a l l e n Ebenen einen wichtigen Anteil haben"* (S. 70). Und: *„...daß entschieden wichtiger als einige ‚weiblich besetzte Ministersessel' und Staatssekretärämter die massenhafte*
Anteil haben" (S. 70). Und: „...daß entschieden wichtiger als einige ‚weiblich besetzte Ministersessel' und Staatssekretärämter die massenhafte
Teilnahme der Frauen an Entscheidungen auf allen politischen Ebenen ist, jenes Mitarbeiten, Mitplanen, Mitregieren, das die sozialistische Demokratie kennzeichnet" (S. 71). Abgesehen von der peinlichen Verlogenheit dieser Darstellung des „realen Sozialismus" in der DDR oder Sowjetunion, klärt das auch noch keineswegs die Frage, w a r u m dort so wenig Frauen Minister, Polibüro-Mitglied etc. sind. Man erfährt lediglich, daß diese Ämter ja eh gar nicht so wichtig seien. Wofür diese Posten dann überhaupt noch da sind, steht leider nicht in dem klugen Büchlein!...

Man kann zweifellos über die Stellung der Frau in den revisionistischen Staaten, verglichen zum Kapitalismus, manch Positives sagen. Aber sicher nicht so einen Blödsinn, wie hier zitiert, oder wie im folgenden Schnack: *„Nicht zuletzt der Erfolg der Sportlerinnen aus den sozialistischen Ländern bei den Olympischen Spielen in Montreal zeigt, wie die kulturellen Fähigkeiten von Frauen sich unter günstigen Bedingungen positiv entwickeln können"* (S. 60). Und Rosi Mittermaiers Goldene verdankt sie wahrscheinlich der segensreichen Herrschaft der CSU in Bayern?!...

... und was der DKP n i c h t gefällt

Eine angeblich speziell „feministische" Forderung ist für die DKP die Forderung nach **Bezahlung der Hausarbeit.** Das sei ja eine Illusion und übrigens auch eine Forderung der CDU/CSU. Statt eigener Argumente zitieren die Verfasserinnen dann eine längere Passage aus einer Erklärung der IG Metall, wonach die Hausarbeit im Gegensatz zur Kinderaufzucht keine gesellschaftliche Arbeit sei und folglich auch nicht gesellschaftlich zu entlohnen sei. Nur die Kindererziehung, nicht jedoch die Hausarbeit, sei eine gesellschaftliche Aufgabe, bestätigen die Verfasserinnen (S. 54/55).

Weit mehr noch als die Forderung nach Bezahlung der Hausarbeit empört sich die DKP jedoch über alle Parolen gegen den § 218, die über die von der DKP befürwortete „Fristenregelung" hinausgehen: *„Mit solchen Parolen wie ‚Mein Bauch gehört mir', ‚Ich habe abgetrieben', ‚Freigabe der Abtreibung' oder mit der Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Männern in der Aktion schränkten einige feministische Gruppen den Kampf um die Abschaffung des § 218 ein. ... Durch solche irreführenden Parolen, auch oft in anderen Fragen, besteht die Gefahr, daß feministische Gruppierungen von maoistischen, trotzkistischen Splittergruppen mißbraucht werden. Das hat sich in der Auseinandersetzung um den § 218 deutlich gezeigt"* (S. 55 und 58). Da sind mal alle Teufel beisammen. Was eine Parole wie „Mein Bauch gehört mir" oder „Ich habe abgetrieben" mit Maoismus zu tun haben soll, ist wahrscheinlich nicht mal den Verfasserinnen klar gewesen. Immerhin erfährt man, warum die Parole „Freigabe der Abtreibung" falsch sein soll. Nämlich: *„Diese sich revolutionär gebärdenden Kreise ... finden es besonders revolutionär, Schwangerschaftsabbrüche ohne zeitliche Begrenzung zu fordern. Sie tun so, als sei ein Schwangerschaftsabbruch in fortgeschrittener Schwangerschaft derselbe relativ leichte Eingriff wie während der ersten drei Monate. Das ist Heuchelei. Das ist gegen die Interessen der Frauen und gegen ihre Gesundheit gerichtet"* (S. 58). Dabei wird freilich verschwiegen, daß die Drei-Monats-
Das ist gegen die Interessen der Frauen und gegen ihre Gesundheit gerichtet" (S. 58). Dabei wird freilich verschwiegen, daß die Drei-Monats-
Grenze (die auch in der DDR gilt – daher der besondere Eifer der DKP in dieser Frage!) recht willkürlich gezogen ist. „Übersehen" wird auch, daß natürlich keine Frau aus lauter Lust und Laune („Weil's so schön ist") später abtreiben lassen will als unbedingt nötig, daß aber die Drei-Monats-Frist oft ein Mittel ist, um die Frau seitens der Ärzte etc. unheimlich unter Druck zu setzen, sie zusätzlichen Ängsten auszusetzen (kriegt sie noch rechtzeitig einen Platz im Krankenhaus usw.), und nicht selten auch ein besonders schmutziges Mittel, um der Frau durch Hinhalten und Verzögern gegen ihren Willen eine Geburt aufzuzwingen („Ja, jetzt ist es leider für eine Abtreibung zu spät!...").

Im übrigen stellt diese Passage ein geradezu klassisches Beispiel revisionistischer Polemik dar. Die „Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Männern" bespielsweise ausgerechnet in Verbindung mit „maoistischen Splittergruppen" zu nennen, ist völlig ohne Logik, ohne Sinn und Verstand. Und beim Stichwort „maoistische Splitterguppen" ist den Verfasserinnen ausgerechnet der KBW eingefallen, gegen dessen Volksentscheid-Parole sie wiederum heftig polemisieren, obwohl doch andererseits klar ist, daß der KBW Parolen „Mein Bauch gehört mir" und „Freigabe der Abtreibung", wie sie von den Verfasserinnen zitiert werden, immer abgelehnt und bekämpft hat. Aber das Rezept der DKP ist ja schon bekannt: Alles in einen Topf, ob's nun zusammengehört oder nicht!

Bewiesen wird durch diese Eintopf-Kocherei nur eines, daß nämlich gerade der Kampf gegen der § 218 eine der schwächsten Stellen der DKP ist und daß sie sich an diesem Punkt durch „Feministinnen", „Maoisten und Trotzkisten" besonders getroffen fühlt.

Rein in die DKP?

Und alles kommt, wie es kommen muß: Den Frauen werden die Ladenhüter der DKP als Lösung ihrer Probleme angeboten: *„Jeder Fortschritt im Kampf um die Gleichberechtigung der Frau kann nur durch das gemeinsame Wirken von Frauen und Männern gegen das Großkapital und seine Vertreter errungen werden und erfordert die M i t b e s t i m m u n g der Arbeiterklasse und ihrer gesellschaftlichen Organisationen.*

Jeder Schritt zur Durchsetzung demokratischer Grundrechte für die Frauen ist eng mit der Bewegung gegen die Macht des Großkapitals, für die Überführung der Schlüsselindustrien, der Rüstungsmonopole und Großbanken in öffentliches, demokratisch kontrolliertes Eigentum verknüpft.

Die Befreiung der Frau von Ausbeutung und Unterdrückung, ihre volle Gleichberechtigung und Emanzipation ist erst im Sozialismus möglich. Für diesen Kampf und die heute gegebenen Möglichkeiten, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Frauen und Mädchen in unserem Land entscheidend zu verbessern, braucht die DKP noch mehr engagierte, klassen- und selbstbewußte, kluge und fortschrittliche Frauen. ... Wer heute Unterstützung und Solidarität, gegenseitige Anerkennung, Achtung und Hilfe sucht, der findet sie in der DKP" (S. 79/80). Man könnte es auch knapper sagen: Kluge und fortschrittliche Frauen für stagnierendes Parteiunternehmen gesucht, Ehe und Familie erwünscht, vorzügliches Betriebsklima! ...

Dienen soll diesem Zweck auch der von der DKP arrangierte Oberhausener Frauenkongreß vom 16. April und die Gründung einer „Demokratischen Fraueninitiative", die als Vorstufe für eine DKP-eigene Frauenorganisation gedacht ist.

Dabei fällt auf, daß die DKP zur Zeit auf diesem Feld noch mit einer gewissen Zurückhaltung und Liberalität agiert. Dies spiegelte sich auch in den teilweise kontroversen Diskussionen auf dem Oberhausener Kongreß. Zum Beispiel: *„Manche finden, daß man sich nicht immer richtig zu den Feministinnen verhalte, zuwenig unterscheide und unnötige Gräben ziehe"*. Und eine der an den Vorbereitungen des Kongresses beteiligten Frauen, Marie Louise Berg, meint: *„Ich würde sagen, daß wir uns nicht arrogant von den Feministinnen absetzen sollen. Wir können übrigens sehr viel von ihnen lernen, z.B. die Gemeinsamkeit von Frauen..."* (beide Zitate aus der „Deutschen Volks-
sehr viel von ihnen lernen, z.B. die Gemeinsamkeit von Frauen..." (beide Zitate aus der „Deutschen Volks-
zeitung" vom 28.4.77). – Überhaupt hat die ansonsten ziemlich mit der DKP-„UZ" gleichgeschaltete „DVZ" in Sachen Frauenpolitik die Rolle einer demokratischen Spielwiese übernommen. So wurde dort sogar das DKP-Taschenbuch „Frauen kontra Männer..." vorsichtig kritisiert: Es gebe da *„einige ungenau herausgearbeitete Angriffe gegen die Feministinnen"* und: *„Dabei arbeiten die Autoren m.E. nicht differenziert genug heraus, daß das Aufbegehren dieser Frauen gegen konkrete Unterdrückung eine große soziale Energie zum Ausdruck bringt... Hier liegen genügend Ansatzpunkte für Bündnisse mit ihnen in fest umrissenen Aktionen mit genau formulierter Zielrichtung"* („DVZ", 10.3.77). Und während in der „UZ" die „Emma" von Alice Schwarzer unglaublich arrogant abgetan wurde (*„erheiternd"*, *„kabarettreif"* usw. – siehe „UZ" vom 4.2.77), erfuhr sie in der „DVZ" eine kritische Würdigung: *„Das Sympathische (!) des Blattes hat mit seinem Charakter zu tun. Unterdrückte, die ernsthaft um Befreiung kämpfen wollen, sind sachlich"*. *„Wenn ‚Emma' den Frauen hilft, ihr Unbehagen auszudrücken und in ein Verhalten einmünden zu lassen, das sich den allgemein demokratischen Bestrebungen zuordnet, kann die Zeitschrift eine positive Aufgabe erfüllen"* („DVZ", 10.2.77).

Die scheinbare Liberalität, die die DKP da noch walten läßt, entspricht einer schon bewährten Methode: Ebenso schein-liberal ging die DKP um 1970 mit großen Erfolg in der zerfallenden „APO" auf Fischzug. Dies ging so weit, daß etwa in Hamburg neu in die DKP eintretende „ML"er noch mehrere Monate Mao und Stalin für die Schulung verwenden durften. **Niemand sollte sich Illusionen darüber hingeben, daß die DKP ihre „Demokratische Fraueninitiative" schon ganz fest in der Hand hat, und daß dort anstelle lebhafter kontroverser Diskussionen bald die für alle DKP-Unternehmen typische Friedhofsruhe und Erstarrung eintreten wird.**

Frauen-Kurzmeldungen

Göttingen: Die Frauengruppe Medizin führte am 9.5. eine Veranstaltung durch, in der vor allem die Handhabung des § 218 in Göttingen und die Möglichkeiten und Schwierigkeiten von Frauen diskutiert wurden, die abtreiben wollen. Eingeladen und erschienen waren eine Ärztin von „pro familia" und ein niedergelassener Frauenarzt, die ebenfalls eingeladenen Ärzte aus der Uni-Frauenklinik kamen nicht. Die Veranstaltung war mit 250 Teilnehmern gut besucht.

Aus einem vorangegangenen Gespräch mit Ärzten der Frauenklinik und einer von uns durchgeführten Fragebogenaktion ging hervor, daß an der Frauenklinik seit Beginn eines breit angelegten Versuchs Schwangerschaften prinzipiell nur noch mit einem neu entwickelten Prostaglandin-Gel (das ist ein Hormon, das den Muttermund erweitert und wehenartige Schmerzen auslöst) und anschließender Ausschabung abgebrochen werden. Die mehrere Stunden anhaltenden sehr starken Schmerzen werden mit völlig unzureichenden Schmerzmitteln behandelt. Die Frauen werden dabei von Ärzten und Personal mit kaltschnäuzigen Bemerkungen wie „Wehen machen eben Schmerzen" oder „Wenn Sie Ihr Kind abtreiben, müssen Sie die Schmerzen schon in Kauf nehmen" abgespeist.

Unsere Fragebogenaktion ergab eindeutig, daß beinahe alle Frauen, die an der Uniklinik abgetrieben haben, die Behandlung als Strafe empfanden.

Von den 25 bis 30 Ärzten der Frauenklinik, die die einzige Stelle in Göttingen ist, wo Frauen abtreiben lassen können, sind nur vier der Assistenzärzte bereit, überhaupt Unterbrechungen bei sozialer Indikation vorzunehmen. Die wenigen Schwestern, die bereit sind, bei Abtreibungen zu assistieren – der größte Teil der Schwestern sind Diakonissen – traten vor kurzem in „Streik": Sie weigerten sich, weiterhin „so viele" Abbrüche durchführen zu müssen.

Es ist bekannt, daß die Frauenklinik viele Frauen abweist – in der Klinik sagte man uns allerdings, es seien seit der Neufassung des Paragraphen nur zwölf Frauen persönlich abgewiesen worden – und die ganze Behandlung darauf hinzielt, die Frauen einzuschüchtern und psychisch und physisch unter Druck zu setzen, so daß sehr viele Frauen von vornherein andere Kliniken aufsuchen oder nach Holland fahren.

Unsere Fragebogenaktion zur Behandlung beim Frauenarzt und über die Handhabung des § 218 in Göttingen, sowie diese Veranstaltung sind erste Ansätze, breiter bekannt zu machen, wie Frauen, die abtreiben wollen, eingeschüchtert und unterdrückt werden. Wir wollen in nächster Zeit weitere Aktionen gegen den § 218 machen.

Eine Genossin aus der FG Medizin/Göttingen

***

In **Frankfurt** wurden der Beratungsstelle der „pro familia" die Zuschüsse vom Bund um 20% gekürzt, weil sie „zu teuer" arbeiten würde („FR", 21.4.77).

In **Münster** mußte die Beratungsstelle sogar geschlossen werden, weil der Stadtrat die Finanzzuschüsse verweigerte. Und dies, obwohl seit dem Inkrafttreten des „neuen" § 218, Anfang Juni '76, die Zahl der Beratungen im gesamten Bundesgebiet um 700% angestiegen ist („FR", 7.5.77).

In Frankfurt führte die Streichung der Zuschüsse dazu, daß die Wartezeiten auf 14 Tage anstiegen. Das wiederum bedeutet, daß eine schwangere Frau, die einen Schwangerschaftsabbruch machen lassen will, noch mehr kostbare Zeit verliert, denn es bleiben der Frau nur 12 Wochen für eine Abtreibung.

Besonders bemerkenswert ist die Begründung, weshalb man der Beratungsstelle die Gelder kürzt: Die Ärzte sollen verstärkt die Schwangerschaftsberatung übernehmen („FR", 21.4.77).

Man kann sich lebhaft vorstellen, was damit auch in Zukunft auf uns Frauen zukommt, wenn man sich die bisherige Praxis der meisten Ärzte ansieht.

Nach Angaben von „pro familia" gibt es in Frankfurt nur drei Kliniken, die eine Abtreibung machen. Von ca. 550 von „pro familia" ausgestellten Indikationen sind nur etwa 200 behandelt worden. Ganze zwei oder drei Ärzte aus Hessen, so gibt das hessische Sozialministerium an, haben sich bisher für die Zulassung zum ambulanten Schwangerschaftsabbruch gemeldet.



Todesschuß auf Schüler - Verfahren eingestellt!

Am 9. Februar erschoß der Bulle Jürgen L ö r c h e r in einem Neubau in Rodenbach aus drei Metern Entfernung den 14jährigen Schüler Peter Lichtenberg, der gerade mit Mitschülern feierte (AK 101 u. 103).

Das Ermittlungsverfahren, das die Staatsanwaltschaft Hanau von vornherein nicht etwa wegen Mord, sondern lediglich wegen Verdachtes der fahrlässigen Tötung eingeleitet hatte, ist inzwischen eingestellt worden. Begründung: Lörcher habe sich subjektiv bedroht gefühlt, da der - unbewaffnete - Schüler seine Hand bewegt habe. Der Mord sei kein Mord, sondern eine Handlung in „Putativ"-Notwehr; „ein Verschulden des Polizeibeamten" könne nicht belegt werden („FR", 10.5.77).

Befragt von Journalisten, *„ob es denn heute lebensgefährlich sei, sich in der Nähe von Polizisten ‚schreckhaft zu bewegen'"*, antwortete der Staatsanwalt, die Journalisten sollten doch nicht „polemisieren" („FR", 10.5.77).



Nach dem Tod von Jürgen Lörcher demonstrierten Rodenbacher Jugendliche gegen den Polizei-Terror

Mit diesem Beschluß der Staatsanwaltschaft soll ein weiterer Polizeimord stillschweigend „begraben" werden. Entsprechend darf Bulle Lörcher schon seit Februar wieder Dienst tun. Dem Rechtsanwalt des Vaters von Peter Lichtenberg, der Mordanzeige erstattet hat, wird jede Akteneinsicht verweigert („ID", 8.4.77).

Damit über diesen Fall nicht so schnell Gras wächst, haben Jugendliche aus Rodenbach bislang zwei Demonstrationen veranstaltet.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Braune Indoktrination
Drei Meldungen aus Bayern

Wie ungehindert im CSU-regierten Bayern Kinder mit der Verherrlichung faschistischer Barbarei konfrontiert werden können, zeigen drei Meldungen aus der letzten Zeit.

tiert werden können, zeigen drei Meldungen aus der letzten Zeit.

Braune Lehrer ...

Ein Beispiel aus der „Provinz": in Esting (Kreis Fürstenfeldbruck) unterrichtet der Dorflehrer Günter Burkon. Burkon zeichnet schon seit längerem für Flugblätter der faschistischen „Aktion-Oder-Neisse" verantwortlich. Im Unterricht trägt er häufig ein Lederkoppel mit Reichsadler und Hakenkreuz - eine Praxis, die im Übrigen sogar gegen das bürgerliche Strafgesetzbuch (§ 86 a) verstößt. Seine Schüler zwingt er zu 30-km-Fußmärschen, Kinder müssen sich mit dem Pappschild „Staatlich geprüfter Faulenzer" auf den Schulhof stellen. Erübrigt sich zu erwähnen, daß er an seine Schüler Kopfnüsse, Schläge und Tritte in die Kniekehlen verteilt (alles laut „ppp", 2.3.77).

Die Reaktion der CSU-Ortsgrößen auf die Veröffentlichung dieser Praktiken durch einen SPD-Landtagsabgeordneten: Der Abgeordnete wurde beschimpft, weil er „einen verdienten Pädagogen in Verruf gebracht" habe! Burkon unterrichtet weiter („Tat", 11.3.1977).

Braunes Unterrichtsmaterial ...

Und damit solche Typen auch das „rechte Unterrichtsmaterial" zur Hand haben, verbreitet die „Bayerische Zentrale für politische Bildung" offen profaschistisches Propagandamaterial.

So wurde unter anderem eine Broschüre zum faschistischen Putsch in Chile verteilt, in der es u. a. über Präsident Allende heißt: *„Er führte ein Doppelleben und erinnerte in vielen Fällen an Hitler"*. Entsprechend handelte es sich beim Putsch auch nicht um ein faschistisches Blutbad, sondern die braunen Generale haben *„in Wirklichkeit eine vaterländische Tat vollbracht, die ganz groß in die Geschichte eingehen wird"*. Und weiter: *„Die Menschen haben wieder Freude an der*

bracht, die ganz groß in die Geschichte eingehen wird". Und weiter: „Die Menschen haben wieder Freude an der

Arbeit. Es wird herzlich gelacht. Chile ist wieder das schöne Chile, ein glückliches Abbild des Paradieses"!

Konsequent werden dann auch chilenische Verhältnisse für die BRD propagiert: *„Möglicherweise werden andere Länder noch viel von dem kleinen Chile lernen müssen"* (Alle Zitate n. „Welt der Arbeit", 25.3.77).

Material für „politische Bildung" an Schulen in der BRD!

Braunes Spielzeug

Und wo braune Lehrer und braune Unterrichtsinhalte gefördert werden, wird auch für die Freizeit der Kinder gesorgt. Wie bekannt, sind in letzter Zeit Kriegsspielzeuge mit Nazi-Emblemen groß im Kommen. Auf eine Anfrage im Bayrischen Landtag, ob solches Spielzeug nicht vielleicht verboten werden müßte, antwortete jetzt die CSU-Landesregierung: Ein Verbot kommt nur in Betracht, wenn „sicherheitstechnische Mängel" vorliegen („Tat", 22.4.77).

Während landauf, landab CDU/CSU und SPD im Kampf gegen „linke Indoktrination" durch Kinderläden und Kinderhäuser, Kindertheater, Kinderbücher etc. wetteifern, zeigen diese drei Alltagsmeldungen aus Bayern, in welchem Ausmaß Kinder in der BRD faschistischer Indoktrination ausgesetzt sind.

Dies macht es für uns umso wichtiger, unsere Kinder zum Widerstand gegen reaktionäre Lehrer, gegen Lehrinhalte, die Faschismus und Reaktion verherrlichen, gegen Kriegsspielzeug etc. zu erziehen. Der braunen Indoktrination keinen Fußbreit!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

„Schwarze Liste" gegen Schulbücher

„Schwarze Liste" gegen Schulbücher

„Der ‚Marsch der Linken durch die Institutionen' geht auch durch die Schulbücher! ... Es geht uns darum, weiterer Diffamierung und Denunzierung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in den Schulbüchern und anderen Lernmaterialien nicht länger tatenlos zuzusehen. Wir wollen durch Eigeninitiative eine Tendenz zum Besseren mit herbeiführen. Die Stunde für eine solche Aktion ist in der gegenwärtig labilen bildungspolitischen Lage günstig" („FR", 15.4.77).

Diese Sätze stammen aus einem Schreiben des Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrates, Philipp von Bismarck, mit dem er die „Aktion Schulbuch" einleitet.

Beigelegt ist ein Fragebogen, in dem die angeschriebenen CDU-Reaktionäre fortschrittliche oder zumindest fortschrittsverdächtige Schulbücher denunzieren sollen. Fragen aus diesem Bogen sind u.a.:

Titel des Sozialkunde-Buches, Schule und Lehrer, bei dem es benutzt wird, kritisierte Passagen, Verlag, Autor, Erscheinungsjahr. Gleichzeitig wird aufgefordert, reaktionäre Schulbücher bekannt zu machen, die den Vorstellungen der CDU-Reaktion entsprechen.

Ziel dieser Aktion ist offensichtlich die Erstellung einer „schwarzen Liste" von Sozialkundebüchern, und gleichzeitig vielleicht auch der Lehrer, die mit solchen Büchern arbeiten.

Darüberhinaus bietet sich für Herrn von Bismarck sicherlich die Möglichkeit, mit einigen Verlegern über denunzierte Bücher zu „sprechen".

Diese ganze Aktion wird sicherlich die Schulkampf-Kampagnen von rechts „bereichern".

Doch der Brief des Herrn von Bismarck ist so „engagiert" gehalten, daß vielleicht noch größere Träume dahinterstehen. Träumt der Herr Fürst vielleicht davon, wie weiland Göbbels vor einem Bücherscheiterhaufen zu stehen mit den bekannten Worten: *„Ich übergebe den Flammen die Werke des ..."*! In der Familientradition läge es bei den Bismarcks ja.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Und immer wieder Sparmaßnahmen!

Westberlin. 13 Sonderprojekte, Kinder- und Schülerläden in Moabit, Kreuzberg, Wedding und im Märkischen Viertel, die Kinder und Jugendliche zwischen zwei und 17 Jahren betreuen, sollen kein Geld für ihren Urlaub erhalten.

Der Ansatz der Sonderprojekte beinhaltet nicht nur die Erziehung der Kinder und Schularbeitenhilfe. *„Wir versuchen hier die Probleme der gesamten Familie, einschließlich des Wohn- und Freizeitbereichs, gemeinsam zu verbessern"*. Beispielsweise *„soll unnötiges autoritäres Verhalten abgebaut werden, Gruppenbewußtsein und soziales Verhalten vermittelt werden"* („Tagesspiegel", 5.5.77).

Aus diesem Grunde legen die Erzieher besonderen Wert darauf, *„gemeinsam mit den Kindern zu verreisen und diesen Urlaub auch selbst zu organisieren und zu gestalten"*!

Gerade für diese Kinder, die aus Gegenden kommen, wo es kaum Spielplätze, geschweige denn andere Einrichtungen für Kinder und Jugendliche gibt, und von denen die wenigsten Aussicht haben, gemeinsam mit den Eltern zu verreisen, ist dieser Urlaub besonders wichtig.

Hatte der Senat für Familie, Jugend und Sport in früheren Jahren (wobei das meiste Geld vom Hilfswerk Berlin kam) die Sonderprojekte in den vergangenen Jahren finanziert, so wurden im letzten Jahr die Mittel bereits stark gekürzt: Statt 186.000 DM Reisegeld für 600 Kinder nur noch insgesamt 80.000 DM. Und in diesem Jahr noch garnichts (beantragt sind 45.000 DM für 600 Kinder), weil das Hilfswerk sein Schwergewicht auf „Seniorenarbeit" verlagert habe.

Trickreich wird versucht, verschiedene Bereiche und Projekte gegeneinander auszuspielen.

Derzeit prüft der Senat angeblich noch, ob nicht doch andere Mittel zur Verfügung stehen ...

Wir wollen, daß alle Kinder ihren Urlaub machen können!

Kinder beleidigt? Leserbrief

Im AK 103 wird behauptet, daß der Chef des KBW, Joscha Schmierer, „heute vorwiegend in einer Kleinkindersprache schreibt"!

Als Erzieher in einer Kleinkindergruppe weise ich sicherlich auch im Einverständnis mit den von mir betreuten Kindern diese Diffamierung aller Kleinkinder der BRD entschieden zurück.

Zwischen der Sprache der Kleinkinder und der des Schmierer liegen Welten:

- das Kleinkind erweitert von Tag zu Tag seinen Sprachschatz, drückt sich zunehmend in vollständigen Sätzen etc. aus. Kurz: Es lernt etwas dazu.
- Demgegenüber haben wir immer wieder festgestellt, daß Schmierers „KVZ"-Phrasen von Tag zu Tag blödsinniger, abenteuerlicher und reaktionärer werden. Kurz: Der Mann lernt garantiert nichts dazu!

Die AK-Redaktion sei zur Richtigstellung aufgefordert!

rgenosse

Für besseres Leben der Kinder in Frankfurt!

Mit diesem Ziel gründete sich am 9. Mai in Frankfurt eine Bürgerinitiative, in der neben zahlreichen Eltern und Erziehern aus dem „Kita"-Projekt jetzt schon an die 15 verschiedenen Projekte und Initiativen aus dem Kinder- und Jugendbereich mitarbeiten - insgesamt ca. 120 Leute.

Die „Kita's" - ursprünglich ein „Reformprojekt" der SPD - bieten im Vergleich zu normalen Kindertagesheimen eine Reihe Vorteile für Kinder und Erzieher: Weniger Kinder pro Erzieher(in), mehr Platz, fortschrittliche Erziehungsansätze. Ihre drohende Beseitigung im Rahmen der „Sparpolitik" würde die Entlassung von Erzieher(innen) und die Wiedereinführung autoritärer Strukturen bedeuten. Deshalb hatten Eltern und Erzieher bereits am 1. Mai einen Kita-Block auf der DGB-Demonstration und am Nachmittag ein Kinderfest mit mehreren kleinen und großen Teilnehmern organisiert.

Neben den Kitas gibt es praktisch kein einziges Projekt mehr, das nicht von der miserablen finanziellen Ausstattung durch den SPD-Magistrat betroffen ist. Hinzu kommt noch, daß die CDU, die nach den letzten Kommunalwahlen die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung hat, schon seit Jahren die rigorose Kürzung und teilweise Streichung von Zuschüssen in diesem Bereich fordert.

Zumindest die Eltern und Erzieher aus dem Kita-Projekt betonen, daß es ihnen nicht nur um die Abwehr weiterer drohender Verschlechterungen geht. Ihrer Ansicht nach muß sich die Arbeit der BI nicht am „finanziell Machbaren" orientieren, sondern an dem, was die Kinder in Frankfurt tatsächlich brauchen.

Bezirksgruppe
KB / Gruppe Frankfurt

England / Irland

Hungerstreik gegen unmenschliche Haftbedingungen im Gefängnis Portlaoise



Teilnehmer einer Solidaritätsdemonstration für die sich im Hungerstreik befindlichen Gefangenen im Portlaoise Gefängnis, werden von der Polizei brutal zusammengeschlagen.

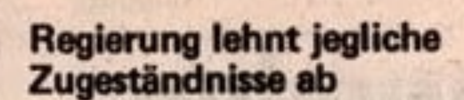
Irland. Anfang März traten 20 Häftlinge im Gefängnis Portlaoise in den Hungerstreik. Sie sind überwiegend der IRA Provisional zugehörig, unter ihnen David O'Connell und Kevin Mallon, beide hatten führende Positionen innerhalb der Provisionals inne. Am 22.4. beendeten die letzten 14 Gefangenen ihren Hungerstreik nach 47 Tagen. Die anderen sechs hatten bereits vorher aufgegeben. Die 20 Gefangenen hatte die ganze Zeit jegliche Nahrung und medizinische Versorgung abgelehnt und hatten nur von Wasser und Salz gelebt. Bei Abbruch des Hungerstreiks war der Zustand von drei Gefangenen so schlecht, daß sie nahe dem Tode waren. Der Hungerstreik richtete sich gegen die unmenschlichen Zustände im Portlaoise-Gefängnis. Es wurden gegen die unmenschlichen Zustände im Portlaoise-Gefängnis. Es wurden dabei folgende Schikanen angeklagt:

– Einzelhaft, sie kann von sieben Tagen bis zu sechs Wochen dauern. Die Zellen sind abseits von den anderen Gefangenen. Die ersten drei Tage dürfen die Gefangene die Zelle gar nicht verlassen und danach nur eine halbe Stunde am Tag allein spazieren gehen. In der Zelle sind tagsüber keine Möbel. Die Gefangenen in Einzelhaft bekommen keine Zigaretten, kein Schreibmaterial, keine Handarbeiten und auch Besuch und Briefe dürfen sie nicht empfangen. Ihre Isolierung ist vollkommen.

– „strip searches", das ist eine „Durchsuchung" der Gefangenen, bei der sie erstmal gezwungen werden, sich völlig nackt auszuziehen und dann von den Wärtern nachgeguckt wird, ob sie im After etwas versteckt hätten. Begründet wird diese Untersuchungsart offiziell damit, daß auf diese Weise Gefangene Explosionsmaterial ins Gefängnis gebracht hätten. Es werden aber nicht nur die Häftlinge durchsucht, die neu ankommen, sondern es ist eine tägliche Schikane gegenüber den Portlaoise-Gefangenen. Am meisten werden die Gefangenen, die in Einzelhaft sind damit schikaniert. Einige Häftlinge sind fünfmal innerhalb von 24 Stunden „durchsucht" worden. Das geschieht meistens so, daß sieben oder acht Wärter in die Zelle kommen, dem Gefangenen die Sachen vom Körper reißen, wenn er sich nicht freiwillig auszieht und ihn dann brutal „untersuchen". Neben den enormen Schmerzen, die so eine „Untersuchung" verursacht, kann es erhebliche gesundheitliche Schäden nach sich ziehen. Normalerweise darf so etwas nur von ärztlichem Personal durchgeführt werden.

– Besuchsbedingungen: Die Besucherzahl pro Tag ist beschränkt, so daß für Besucher, die teilweise stundenlange Anfahrten hinter sich haben, es völlig unsicher ist, ob sie überhaupt reingelassen werden. Wenn der Besucher dann nach teilweise stundenlangem Warten und einer gründlichen Durchsuchung endlich reingelassen wird, kann er mit seinem Verwandten nur durch ein dichtes Metallgitter sprechen. Es werden ohnehin nur engste Verwandte zugelassen. Während des Besuchs stehen ein bis zwei Wärter mit einem Notizblock daneben und notieren jedes Wort, das gesprochen wird.

Den im Hungerstreik befindlichen Gefangenen in Portlaoise wurde anfänglich jeder Besuch verwehrt. Den Verwandten wurde zur Bedingung gemacht, daß sie nur reinkämen, wenn sie die Gefangene auffordern würden, ihren Hungerstreik abzubrechen, was diese in den meisten Fällen ablehnten. Später, als der gesundheitliche Zustand der Gefangenen sich verschlechterte, wurden einige zugelassen.



Regierung lehnt jegliche Zugeständnisse ab

Zugeständnisse ab



Die Regierung verfolgte von Anfang an einen harten Kurs und machte deutlich, daß sie zu keinerlei Zugeständnissen bereit sei, selbst auf die Gefahr, daß einer der Gefangenen sterben würde. So sagte Justizsenator Coony Mitte April in einer „Warnung" an die Hungerstreikenden: *„Wenn einer von ihnen stirbt, tut es mir leid, aber die Verantwortung tragen sie selber. Es wird keine Zugeständnisse geben"* („Guardian", 18.4.77). Selbst die Minimalforderung der Gefangenen nach einer unabhängigen Untersuchungskommission über die Zustände im Gefängnis wurde kategorisch abgelehnt.

Nach Beendigung des Hungerstreiks wurde lediglich bekanntgegeben, die Praxis der „strip searches" etwas einzuschränken, aber keinesfalls abzuschaffen.

Mit dem Ziel, jegliche Solidarität mit den Hungerstreikenden zu unterbinden, wurde eine Solidaritätsdemonstration am 2. April vor dem Portlaoise-Gefängnis brutal zusammengeknüppelt. Das Ergebnis war, daß 60 Verletzte in das Krankenhaus eingeliefert werden mußten, teilweise mit sehr schweren Verletzungen, Rippenbrüchen u.ä.

Hinsichtlich der in diesem Jahr stattfindenden Wahlen will die südirische Regierung an einem harten Kurs der Politik von „Recht und Ordnung" festhalten. Kürzlich veröffentlichte sie Zahlen, die den „Erfolg" dieser Politik kennzeichnen sollen. Seit dem Beginn der Unruhen in Ulster 1969 hat die Regierung 170 Mio Pfund (umgerechnet etwa 850 Mio DM) für Sicherheitsmaßnahmen ausgegeben. Vor dem Sondergericht in Dublin wurden in den letzten vier Jahren etwa 1.000 Frauen und Männer angeklagt, wovon 700 zu hohen Strafen verurteilt wurden, 13 davon zu lebenslänglich. Davon im einzelnen 241 wegen Waffenbesitzes, 104 wegen Bombenexplosionen, die meisten jedoch, 275, wurden wegen Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation, in fast allen Fällen der IRA Provisional, angeklagt. Dazu muß man wissen, daß für den Beweis der Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation allein die Aussage eines Polizeioffiziers ausreicht. Allein aufgrund solcher Aussagen wurden 101 Verurteilungen ausgesprochen („Guardian", 13.4.77).

Irlandkommission

Trotz Demonstrationsverbot - breites Bündnis gegen Faschisten

England. Zum Feiertag der englischen Chauvinisten, dem St. Georgstag am 23. April, hatte die Nationale Front eine üble Provokation geplant: einen Marsch durch einen Nordlondoner Stadtteil mit besonders hohem Anteil an farbigen Einwanderern.

Trotz Demonstrationsverbot protestierten 3.500 Antifaschisten dagegen, und 1.200 Bullen waren zum Schutz der Faschisten aufgeboten („Guardian", 25.4.77). Die relativ breite Mobilisierung unter den Antifaschisten geht auf das Erfolgskonto einer breiten Aktionseinheit. Erstmals war es gelungen, im „Komitee 23. April" gegen die faschistische Gefahr sowohl Ortsgruppen der Labour-Party, Socialist Workers Party, International Marxist Group (GIM) und die Indische Arbeitergesellschaft Großbritanniens zusammenzuschließen. Allein die revisionistische KP zog offiziell nicht mit.

Auf einer Pressekonferenz äußerte ein örtlicher Labourkandidat: *„Wir wollen nicht die Fehler der Deutschen Arbeiterbewegung der 30er Jahre wiederholen. Dieselben Leute, die in Deutschland das Recht der Faschisten auf Redefreiheit verteidigten, landeten schließlich in den Gaskammern. Das lassen wir hier nicht zu"* („Guardian", 22.4.77).

England-Kommission

Ostertreffen der „Socialist Worker Party"

England: Über Ostern fand im Nordseebad Skegness das traditionelle Ostertreffen der „Socialist Worker Party" (SWP), früher „International Socialists", statt, zu dem ca. 1.500 Genossen und Sympathisanten kamen. Eingeladen war auch der KB, der sich mit zwei Genossen der England-Kommission beteiligte.

Den KB-Genossen wurde die Gelegenheit gegeben, wie auch letztes Jahr, eine kleine Ausstellung zu den Problemen der Bewegung in der BRD zu machen, unsere Zeitungen und Plakate anzubieten usw. Dieses Jahr wählten wir das Thema AKW's und hatten eine kleine Veranstaltung mit dem Grohnde-Film vorbereitet.

Zunächst war nur ein Raum mit ca. 20 Plätzen zur Verfügung gestellt worden. Als dann aber nach nur wenigen Stunden Mobilisierung etwa 70 Genossen an der Veranstaltung teilnehmen wollten, fand sich ein größerer Raum.

Der Film, der die Demo und Aktivitäten am Bauplatz sehr anschaulich zeigt, wurde begeistert aufgenommen und die anschließende Diskussion zeigte das große Interesse, das bei der Basis der SWP an dieser Frage besteht.

Für oder gegen Kernenergie?

Am folgenden Tage stand auf dem offiziellen Programm eine Veranstaltung mit dem Thema „Ist Wissenschaft neutral?" Der Versammlungsleiter von SWP stellte fest, daß es in der Organisation zum Thema AKWs zwei entgegengesetzte Standpunkte gibt. Dies war uns bereits aus der Lektüre der SWP-Zeitung „Socialist Worker" und auch an der Diskussion des Vortages deutlich geworden: Die offizielle Linie der SWP läuft in etwa darauf hinaus zu sagen, daß Wissenschaft und Technologie „neutral" seien, daß die Atomenergie von *„immensem möglichen Nutzen für die Menschheit ist, vorausgesetzt, daß die Sicherheit an erster Stelle steht.."* („SW", 4.12.76). In diesem Zusammenhang wäre es natürlich berechtigt, gegen den „Wahnsinn" von „Schnellen Brütern" zu kämpfen und gegen die Lagerung von Atommüll. Aber: *„Nicht die Technologie ist für die Ungeheuerlichkeiten verantwortlich, sie ist im wesentlichen nämlich dieselbe, ob sie zum Töten oder zum Heilen eingesetzt wird* („SW", 4.12.).

Die Veranstaltung in Skegness war von Kritikern (Wissenschaftler-Genossen aus der Gewerkschaft für wissenschaftlich und technisch qualifiziertes Personal) dieser Linie organisiert, und es entspann sich eine sehr kontroverse Diskussion zwischen leitenden Genossen von SWP und der Mehrheit der Veranstaltungsteilnehmer. Verfechter der These „Wissenschaft ist neutral" meinten, man müsse schließlich klar machen, daß die kapitalistische Produktion schließlich immer die Gesundheit der Arbeiter gefährde, außerdem gebe es in AKWs weniger Unfälle als in der Chemieindustrie oder im Bergbau. Durch die Propagierung der Gefährlichkeit von AKWs würde man von diesen Unfällen ablenken. Es käme darauf an, sich dafür einzusetzen, daß die Arbeiter die Kontrolle über die gesamte Produktion übernehmen...

Einer der Veranstalter wies darauf hin, daß Wissenschaft im Kapitalismus nie neutral sei, sie sei von der Industrie finanziert und würde in deren Interesse eingesetzt.

Interessant war auch die Stellungnahme eines Genossen der französischen Organisation „Lutte Ouvriere" (LO), der Bruderorganisation von SWP. Er fand eine pauschale Ablehnung der Atomenergie „absurd". Die Arbeiterklasse kümmere diese Sache gar nicht, und *„nicht zufällig beschäftigt sich damit besonders das Kleinbürgertum"*. Zur Frage der Atomwaffen führte der Genosse von LO aus, gerade weil es heute bereits genug Atombomben gebe, um die ganze Welt zu vernichten, komme es darauf an, Genossen in den AKWs zu haben, man müsse sich an den strategisch wichtigen Punkten in dieser Gesellschaft befinden. Man würde ja auch schließlich nicht die Arbeiter von den Rüstungsbetrieben fernhalten wollen. Ansonsten kümmere es die Bourgeoisie nicht, wenn man gegen AKWs demonstriere.

Insgesamt läßt sich sagen, daß diese Fragen in SWP sehr offen und kontrovers diskutiert werden und außerdem noch keine mit der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung vergleichbare Massenbewegung die linken Organisationen in England auf die Probe gestellt hat.

England-Kommission

Faschist Paisley

Faschist Paisley erlitt empfindliche Schlappe

In der Nacht vom 2. zum 3. Mai sollte in Nordirland, nach den Vorstellungen Paisleys der totale Generalstreik ausgerufen werden. Dem war vorausgegangen, daß eine Woche vorher in einer Belfaster Zeitung ein Ultimatum an die Britische Regierung veröffentlicht wurde. Dort hieß es: *„Im Namen der protestantischen Bevölkerung von Ulster machen wir Herrn Roy Mason* (britischer Nordirlandminister, Anm. AK) *darauf aufmerksam, daß er sieben Tage Zeit hat, eine machtvolle und effektive Offensive gegen die IRA zu starten..."* („Guardian", 26.4.77). Im weiteren wurde die Wiedereinsetzung der „Stormont-Regierung", d.h. der alleinigen Herrschaft der protestantischen Mehrheit über Nordirland, gefordert. 1972 wurde das „Stormont" von der britischen Regierung abgesetzt. Daraufhin unternahmen die Briten einige Versuche, in Nordirland eine Regierung aus protestantischen und katholischen Parteien, das sogenannte „power sharing", zustande zu bringen, was jedoch jeweils an der protestantischen Übermacht scheiterte. Seitdem steht Nordirland unter der direkten Kontrolle der britischen Regierung. 1974 wurde durch einen Generalstreik der Protestanten, der für den jetzigen Generalstreik als Vorbild dienen sollte, die erste Nordirische Provinzregierung, in der auch Vertreter katholischer Parteien vertreten waren, gestürzt.

Die Beteiligung an diesem sogenannten Generalstreik war von Anfang an sehr gering. Schon vor Streikbeginn wurden bei der größten Belfaster Schiffswerft mit 9.000 fast nur protestantischen Arbeitern und vier großen Kraftwerken Mehrheitsentscheidungen gegen den Streik getroffen. Im Laufe der Woche beteiligten sich zwar einige an dem Streik, teilweise jedoch erst, wie aus Pressemitteilungen hervorgeht, nach starken Einschüchterungskampagnen durch die Paisley-Fraktion und Terrordrohungen der paramilitärischen Organisation UDR. Etwas anders sah es scheinbar in den kleineren Städten Nordirlands aus. So wurde der Hafen Larne, nördlich von Belfast, über den ein Großteil der Rohstoffe für die Industrie eingeführt wird, für ein paar Tage lahmgelegt. Nach etwa einer Woche wurde der Streik dann endgültig abgebrochen, ohne daß Paisley seine Forderungen durch Lahmlegung der nordirischen Wirtschaft erreicht hätte. Für die im Verhältnis zum Streik von 1974 geringe Beteiligung liegt wohl die Hauptursache darin, daß es im wesentlichen ein Alleingang der Ultrarechten um Paisley war.

Den Streik von 1974 hatte der gesamte Block der protestantischen Parteien getragen. Diesmal war es im wesentlichen nur eine Koalition von Paisley, der UDR, eine paramilitärische Organisation, die für viele Terroranschläge auf Mitglieder der IRA verantwortlich ist und einigen kleinen protestantischen Terrorgruppen. Der Rest der protestantischen Parteien, die ihre Basis im Kleinbürgertum haben, sehen, ihre Interessen heute besser vertreten in einer Zusammenarbeit mit der britischen Regierung und nicht in einer Konfrontation. Ein weiterer Grund könnte sein, daß viele protestantische Arbeiter sich heute nicht mehr für Ziele gebrauchen lassen, die im wesentlichen nur darauf ausgerichtet sind, die IRA zu zerschlagen. Paisley droht bei Beginn des Streiks seinen Anhängern, sich bei einem Fehlschlag des Streiks von der Politik zurückzuziehen und sie „führerlos" zu lassen. Das wird er jetzt wohl tun müssen, nur gut so.

Von der britischen Regierung wurde von Anfang an, im Gegensatz zu 1974, ein sehr scharfer Kurs gegen diesen Streik gefahren. Sie wollte diesmal ihre Stärke demonstrieren. So wurden zu den 14.000 in Nordirland stationierten Soldaten noch 1.200 dazubeordert. 5.000 weitere standen in England bereit.

Insgesamt wurde davon geredet, daß 31.000 Mann, britische Truppen, Polizei und Freiwillige aufgeboten wurden zur Abwehr der Krise, d.h. einen Soldaten auf 50 Einwohner!

Irlandkommission

Skandinavien

Blockade bei „Berlingske Tidende" - Bulleneinsätze gegen Drucker

Dänemark. In der Nacht vom 24. auf den 25. April begannen bei „Berlingske Tidende" („BT") Blockadeaktionen der Drucker gegen die Auslieferung von Streikbrecherausgaben der „BT" und der „Sondags BT", die in der Bundesrepublik in Darmstadt gedruckt worden ist. Bei den Blockadeaktionen kam es zu den militantesten Auseinandersetzungen mit der Polizei seit 1970. Ca. 2.000 Menschen versuchten, z.T. erfolgreich, die Auslieferung zu verhindern. Mittlerweile hat Olaf Poulsen, „BT"-Manager, erklärt, daß der „Berlingske -Verlag" auf den Druck einer Notausgabe bis zur „entgültigen Lösung des Konflikts" verzichten wolle, jedoch die „Sondags-BT" weiterhin im Ausland (wahrscheinlich weiterhin in der BRD) gedruckt werden soll.

Der Kampf der BT-Arbeiter wird in einer Situation geführt, wo alle Gewerkschaftsführungen sich auf den Schlichtungsvorschlag von 6% eingelassen haben, der dem August-forling entspricht. Mittlerweile hat auch die Führung von „Grafisk Kartel" zugestimmt, den landesweiten Zeitungsstreik abbrechen zu lassen. Am Montag, den 25.4. , wurde einem Abkommen zugestimmt, das die Gleichstellung der Drucker mit den Arbeitern anderer Branchen vorsieht, also auch ein Tarifvertrag auf der Linie des Augugst-forling. Zum anderen wird den Druckern zugesichert, daß die Einführung neuer Technolgie nicht zu Lasten der Arbeiter in der Druckindustrie gehen soll. Vorausgegangen waren diesem Abschluß massive Drohungen des Kapitalistenverbandes, es den BT-Kapitalisten gleichzutun und ganze Belegschaften auf die Straße zu setzen. Seit dem 20.4. waren die Kapitalisten im ganzen Land darangegangen, Streikbrecherausgaben herstellen zu lassen, durch leitende Angestellte und dergleichen Gesindel. Gleichzeitig war der dänische Kapitalistenverband DA mit neuen „Forderungen" an die Arbeitsgerichte aufgekreuzt. So wurde verlangt, die Mitglieder des Typographenverbandes und des Lithographenverbandes zur Wiederaufnahme der Arbeit durch Bußgelder in Millionenhöhe zu zwingen. Außerdem wurde gefordert, daß die Strafen sofort nach einem Gerichtsurteil fällig werden, wodurch DA die Gewerkschaften und jeden einzelnen Kollegen ruinieren will. Denn haften soll nicht nur die Gewerkschaft für einen Arbeitskampf, sondern der einzelne Arbeiter.

Mit dem Abbruch des landesweiten Zeitungsstreiks sind die Kapitalisten vorläufig ein Stück weitergekommen mit ihrem Versuch, die Kampffront gegen die Massenentlassung bei „BT" und die Rationalisierung aufzuweichen. Denn die Zeitungsarbeiter waren erklärtermaßen nicht nur mit Lohnforderungen in den Kampf gegangen, sondern auch, um praktische Solidarität mit der BT-Belegschaft zu üben. Trotzdem hat sich bei den Blockadeaktionen eine breite Solidarität mit den BT-Arbeitern gezeigt.

Die Blockade vom 26. April

In der Nacht zum 25.4. hatten die Blockaden mit ca. 200 Druckern begonnen. Für die Nacht vom 25. zum 26. April wurden neue Aktionen angekündigt. 2.000 Menschen belagerten das Verlagshaus von „Berlingske Tidende". Es kam zu einer mehrstündigen Straßenschlacht zwischen Demonstranten und Bullen; die Bullen setzten Gummiknüppel ein und versuchten, die Demonstranten gewaltsam vom Verlagshaus wegzuschleppen. Mehrere Demonstranten und angeblich auch Polizisten wurden verletzt. Stapel der Streikbrecherausgabe von „Sondags BT" gingen in Flammen auf. Erst als sich am Vormittag des 26. April der überwiegende Teil der Demonstranten zurückgezogen hatte, gelang es den Berlingske-Kapitalisten, ihre Notausgaben ausliefern zu lassen, jedoch auch nicht mit dem gewünschten Erfolg. Denn nachdem die Lieferwagen schließlich zur „Bladkompagniet", der Verteilerstelle, angelangt waren, weigerten sich dort die Fahrer, die Streikbrecherausgaben auszuliefern. Hatte Olaf Poulsen noch zuvor verkündet, die 150.000 Exemplare sollten im ganzen Land vertrieben werden, wurde er bald eines besseren belehrt. Denn auch die Matrosen der Fährlinien von Seeland nach Fünen und Jütland weigerten sich, Laster mit der Streikbrecher-„BT" an Bord zu nehmen. Außerdem erklärten sich jetzt auch die Schlosser und Elektriker bei „BT" mit dem Kampf der entlassenen Drucker solidarisch und kündigten an, ebenfalls ihren Arbeitsplatz zu verlassen.

Am Nachmittag des 26. April demonstrierten 8.000 Menschen in Kopenhagen vor dem Gebäude des Kapitalistenverbandes ihre Solidarität mit den entlassenen „BT"-Arbeitern und gegen die Polizeieinsätze.

Ministerpräsident Anker Jorgensen erklärte die Aktionen der „BT"-Arbeiter für illegal und machte deutlich, daß die dänische Sozialdemokratie noch einen Zahn zulegen wird, um die Pläne der Kapitalisten durchzusetzen. Er erklärte: *„Ich bin sicher, daß die Situation von professionellen Unruhestiftern ausgenutzt wurde. Ich zweifle aber nicht daran, daß bei dieser Gelegenheit auch viele andere zur Stelle waren, die etwas anderes als die Unruhestifter wollten. Ihre Absicht war, den einen Partner des Konflikts zu unterstützen. Diesen will ich sagen: Es ist mißverstandene Solidarität, ungesetzliche Konflikte zu unterstützen. Das schadet auch den Möglichkeiten, Lösungen für die Probleme zu finden, die dem Konflikt zugrunde liegen."* Was das für „Lösungen" sind, machten die Kapitalisten noch vor Beginn der Blockadeaktionen deutlich. In einer Verhandlung zwischen der „BT"-Geschäftsleitung und „BT"-Klub verlangten sie nunmehr die Zustimmung der Gewerkschaft zu 400 (!) Entlassungen als Voraussetzung für die Wiedereinstellung der Belegschaft.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Lohndiktat per Gesetz durchgesetzt

Am 15. April wurde im dänischen Folketing ein Gesetz verabschiedet, das für die beiden kommenden Tarifjahre (das laufende hat am 1. März angefangen) Lohnerhöhungen von sechs Prozent vorsieht. Von diesen sechs Prozent werden vier Prozent als Teuerungszulage einkalkuliert, so daß als Reallohnerhöhung zwei Prozent berechnet werden. Das Gesetz wurde mit 102 Stimmen, und 20 Enthaltungen angenommen. Getragen wird es von den Parteien, die das „Augustforlig" tragen, das im August 1976 den Auftakt gab für enorme Angriffe gegen die Arbeiterklasse. Das August-forlig, das eben auch Lohn-„erhöhungen" von höchsten sechs Prozent vorsah, ist damit jetzt zum Gesetz erhoben. So machten sich auch die Sozialdemokraten, unter deren Federführung das August-forlig zustandekommen ist, stark für die Durchsetzung des neuen Tarifgesetzes als einzige Möglichkeit, um einen größeren Streik zu vermeiden. Die Politik der Sozialdemokraten wurde im Parlament unterstützt von den Konservativen,Centrum Demokratie und den Radikalen.Gegen das Gesetz stimmten die Christliche Volkspartei, Fortschrittspartei, Sozialistische Volkspartei, Retsforbundet sowie die DKP und Venstre Socialistern. Venstre, eine rechte bürgerliche Partei, enthielt sich der Stimme. Die Stellungnahmen der Reaktion zu dem Gesetz drückten die „Besorgnis" aus, daß es nicht dem August-forlig entsprechen würde, daß die Arbeiter sich trotz Gesetz mehr holen könnten usw. Die Sozialdemokratie war schnell zur Stelle, um zu beteuern, daß sie auf alle Fälle die Einhaltung des Abkommens garantieren wollen.

Das am 15. April verabschiedete Tarifgesetz geht auf den Vorschlag des staatlichen Schlichters zurück, der am Vortag Kapitalisten und Gewerkschaftsführern zur Beendigung des Tarifkonflikts und zur Abwendung eines größeren Arbeitskampfes unterbreitet worden war. Dieser Schlichtungsvorschlag und das neue Gesetz sehen außer dem sechs Prozent-Lohndiktat Maßnahmen zur Arbeitsplatzbeschaffung usw. vor. Das waren wohl auch die entscheidenden Trostpflästerchen, die der Arbeiterklasse angeboten wurden. Seit Monaten haben die dänischen Arbeiter gegen den Abbau von „Sozialleistungen" und Lohnraub gekämpft. Besonders richtete sich ihr Kampf gegen das August-forlig. Die LO-Führer hingegen machten sehr deutlich, daß es ihnen in den diesjährigen Tarifkämpfen wie auch in den Monaten zuvor nicht um ein Durchbrechen des Lohndiktats geht, sondern allein darum, im Rahmen des August-forlig „möglichst viel rauszuholen". Dieser Linie entsprechend stimmten sie auch dem Schlichtungsvorschlag zu.

Dies geschah vor dem Hintergrund eines zweiwöchigen Druckerstreiks, der sich gegen die Entlassung von 1.200 Arbeitern bei „Berlingske Tidende" und die Tarifpolitik der Kapitalisten richtete.

Die sozialdemokratische LO-Führung, an der Angst um die Arbeitsplätze anknüpfend, gab die Devise aus, daß ein größerer Streik auf alle Fälle zu vermeiden sei. Dabei kam ihnen die „harte Haltung" des Kapitalistenverbands entgegen, um den Arbeitern das Gesetz noch als Erfolg zu verkaufen. Der Kapitalistenverband lehnte den Schlichtungsvorschlag ab, weil ihm das immer noch zuviel war. Die LO-Führung holte sich in einer Urabstimmung die Zustimmung für den Schlichtungssvorschlag ein: 67% der Arbeiter stimmten dafür. Die LO-Führer, die schon vorher keinen Finger krumm gemacht haben zur Unterstützung der kämpfenden Drucker, haben mit der Zustimmung zu dem Schlichtungsvorschlag, zusätzlich zu dem Verrat an den Lohnforderungen der dänischen Arbeiter, einen Beitrag geleistet zur Isolierung der Drucker. Damit haben sie den Kapitalisten mit den Boden bereitet, auf dem sie den monatelangen Widerstand der BT-Arbeiter gegen das Rationalisierungsprogramm brechen wollen.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

„Wehrhafte Demokratie" - Marke Schweden

Schweden: Am 24. März besetzten ca. 150 Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren einen Wald in Alidhem, einer Vorstadt von Umea.

Die Stadtverwaltung hatte beschlossen, den Wald zu roden und ein Oberstufenzentrum für 650 Schüler zu errichten. Den Kindern von Alidhem würde dadurch aber das letzte natürliche Spielgebiet verlorengehen und sie könnten dann nur noch im Stadtzentrum herumhängen. Umwelt- und Gesundheitsbehörden sowie ca. 3.000 Einwohner hatten gegen den Bau protestiert, trotzdem sollte nun damit begonnen werden.

Als am 24. März Waldarbeiter anrückten, um die Bäume zu fällen, versammelten sich sofort 40 Kinder und bewarfen sie mit Schneebällen. Die Waldarbeiter flüchteten daraufhin aus dem Wald. Später am Abend bauten die Kinder Barrikaden, um keine Waldarbeiter mehr durchzulassen. Am nächsten Morgen erschien eine Räummaschine der Baufirma im Wald. Als der Fahrer aber ca. 50 Kinder vor sich sah, kehrte er sofort um. Danach hielten ca. 150 Kinder den Wald besetzt. Am Nachmittag veranstalteten sie in Alidhem eine Demonstration.

Mittlerweile fingen die Eltern an, ihre Kinder zu unterstützen. 3.000 Unterschriften gegen den Bau wurden gesammelt, 400 Personen waren jederzeit bereit, bei Gefahr die Besetzer zu unterstützen. So hatte das Kampf-Komitee eine Telefonkette organisiert und außerdem gasbetriebene Sirenen installiert, so daß die Verstärkung in kürzester Zeit alamiert werden konnte. Die Besetzer hatten den Politikern drei Alternativen für den Schulbau vorgelegt. Aber alle wurden abgelehnt. Im Wald selbst wurde ein Lagerplatz mit Feuer eingerichtet. Dieses Feuer hat drei Wochen lang ununterbrochen gebrannt: Es wurde zum Symbol der Besetzung.

Der Direktor der Schule von Alidhem erschien auf dem Platz, um die Kinder in die Schule zurückzuholen. Die Kinder antworteten ihm, daß sie hier im Wald mehr lernen würden als in seiner verfluchten Schule.



Protestestdemonstration gegen Bullenterror

Als der Direktor daraufhin mit der Po lizei drohte, meinten sie: Laß sie ruhig kommen, wir sind so viele, daß sie keinen Platz im Gefängnis haben.

Inzwischen wandte sich die Baufirma an den Polizeipräsidenten. 100 Bullen wurden in Alarmbereitschaft versetzt, fünf zivile Bullenwagen patroullierten ununterbrochen durch Alidhem. Der Polizeipräsident mußte für seine Aktion gegen die Besetzer Bullen aus einem Umkreis von 100 km heranakarren, da die meisten der einheimischen Polizi sten nach Diskussionen mit den Besetzern wenig Lust zu einem Einsatz gegen diese zeigten. Als der Zeitpunkt des geplanten Bulleneinsatzes durchsickerte, versammelten sich über 300 Personen im Wald. Daraufhin wurde die „Aktion" verschoben.

Nun begann in der Lokalpresse eine Hetzkampagne gegen die Kinder. Man sprach von „einer Minorität von Berufsdemonstranten", von „kommunistischer Unterwanderung", und davon, daß die Kinder von den Erwachsen en aufgehetzt worden seien. Außerdem würden die Kinder die Demokratie bedrohen.

Einige Tage später veranstalteten die Kinder wieder eine Demonstration, an der 470 Personen teilnahmen. Auf der Demonstration sprachen der Wortführer des inzwischen gebildeten Kampfkomitees (13 Jahre alt) und der stell vertretende Wortführer (11 Jahre alt). Auch in der Stadtverwaltung fing die Diskussion wieder an. Neben der VPK (Revisionisten), die schon immer gegen den Bau gestimmt hatten, waren mittlerweile auch einige Abgeordnete von Centern (Fälldins Partei) unsicher geworden. Nur die Sozialdemokraten hielten an ihrem Beschluß fest.

Unterstützung erhielten die Kinder auch noch von den Waldarbeitern. Sie erschienen im Wald und überreichten den Kindern ein Solidaritätsschreiben.

Am Mittwoch, dem 13. April, also drei Wochen nach der Besetzung, ho lten die Bullen zu ihrem entscheidenden Schlag gegen die Kinder aus. Völlig überraschend für die Kinder



„Rettet unseren Wald"

erschienen sie im Wald. Zuerst waren nur wenige Besetzer im Wald, aber schnell versammelten sich immer mehr. Sie begannen wieder mit einer Schneeballschlacht, um die Bullen zu vertreiben.

Aber am Nachmittag gelang es den Bullen, ein Siebtel des Waldes abzusperren. 40 Kinder wurden zum Verhör geschleppt. Man hatte dafür extra einen Raum hergerichtet. Den Kindern wurde Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen. Ein Kind wurde verhaftet, es hatte einen Chinaböller in einem Schneeball gesteckt.

Am Donnerstag erhielten die Bullen noch 40 Mann Verstärkung und der Wald wurde brutal „gesäubert". Noch mehr Verhaftungen wurden vorgenommen.

Aber die Besetzer waren sich einig, daß der Widerstand weitergehen mußte. Noch am Donnerstag fand in der Schule von Alidhem eine Protestversammlung statt. Man verurteilte, daß die Telefone der Besetzer abgehört und daß Demonstranten fotografiert wurden. Auch wies man alle Repressionen gegen die Besetzer zurück. Die Bullen wurden aufgefordert, nach Hause zu gehen und sich

Fortsetzung auf Seite 39

Fortsetzung von Seite 38

krank zu melden. Auf dieser Versammlung wurden auch einige Solidaritätsschreiben aus allen Teilen Schwedens vorgelesen. Anschließend machten die Teilnehmer (ca. 2.500 bis 3.000) eine Demonstration um das Waldgebiet. Am nächsten Tag wurde durch die Bullen der ganze Wald eingezäunt. Am Nachmittag fand eine Demonstration vor dem Rathaus statt. Man wollte mit Politikern sprechen, wurde aber nicht vorgelassen.

Am Sonntag, dem 17.4., führten die Besetzer eine Informationsveranstaltung mit 1.500 Menschen durch. Es wurden grundsätzliche Fragen der Besetzung und des Kampfes diskutiert. Eine Woche später, am 23.4, fand wiederum eine Demonstration statt mit 1.300 Teilnehmern. Inzwischen konnte ein Unterstützungsfonds angelegt werden, auf dem bereits 50.000 Skr eingingen.

Für die Zukunft sehen die Besetzer ihre Aufgaben darin, über ihren Kampf aufzuklären, eine breite Solidaritätsbewegung zu schaffen und anhand der Vorgänge eine grundsätzliche Debatte über die schwedische „Demokratie" zu führen (nach „Dagens Nyheter", 6.4., 14.4,15.4. und „Internationalen" Nr. 13,14.

Skandinavien- Kommission

Dänische Drucker sollen 10 Mio. Kr. Strafe zahlen!

Am 4. Mai gab es in Kopenhagen ein neues Arbeitsgerichtsurteil gegen die Drucker und ihre Gewerkschaften. Dieses Urteil zielt auf den finanziellen Ruin der kämpfenden Kollegen und der Gewerkschaften ab.

Das Arbeitsgericht kam mit der Urteilsbegründung und der Höhe der zu zahlenden Bußgelder in den wesentlichen Punkten den Forderungen des dänischen Kapitalistenverbandes nach. Ausdrücklich erklärte das Arbeitsgericht sämtliche Streiks und Gewerkschaftsversammlungen während der Arbeitszeit für illegal. Darunter fallen nicht nur die Solidaritätsstreiks für die BT-Arbeiter, sondern ebenfalls der Kampf der dänischen Drucker für mehr Lohn, weil dieser begonnen hatte, noch während die Verhandlungen liefen!

Das Urteil des Arbeitsgerichts ist eindeutig als Terrorurteil zu bezeichnen. „Neu" ist, daß nicht nur die Gewerkschaften verknackt werden, sondern jeder einzelne Kollege für den Streik haften soll. Insgesamt belaufen sich die Bußgelder auf über 10 Millionen kr.! Jeder Facharbeiter soll pro Streikstunde 16 kr. bezahlen, jeder Hilfsarbeiter 13,5 kr. Durchschnittlich sind das für jeden Druckarbeiter 120 Stunden, der höchste Anteil entfällt natürlich auf die BT-Arbeiter. Außerdem werden die Einzelgewerkschaften von Grafisk Kartel zur Kasse gebeten. So soll der Typographenbund 1 Million kr. zahlen, der Lithographenverband 250.000 kr. und die Gewerkschaft der Buchbinder und Kartonagearbeiter 100.000 kr.

Bemerkenswert ist auch, wie das Arbeitsgericht die Aufgaben der Gewerkschaften in den Streiks definiert haben will. Der Kapitalistenverband hatte die Kämpfe als eine systematische Aktion der Druckergewerkschaften bezeichnet, um die Betriebe zu ruinieren. Das Arbeitsgericht schloß sich dem weitgehend an, indem die Streiks als „Glieder einer geschlossenen Aktion" bezeichnet wurden. Zwar sei den Gewerkschaften nicht nachzuweisen, daß sie hinter den Arbeitsniederlegungen gestanden haben (!), aber die Führungen dieser Gewerkschaften hätten sich zu passiv verhalten. Ihre Aufgabe sei es, bei illegalen Streiks aktiv für die Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten. Als i-Punkt wurden die Gewerkschaften auch noch dazu verdonnert, die Unkosten für die Verhandlungen mit den Kapitalisten zu tragen.

Die Kapitalisten spekulieren jetzt darauf, auf Grundlage dieses Arbeitsgerichtsurteils die Verhandlungen zwischen BT-Geschäftsleitung und BT-Klub schnell zu ihren Gunsten entscheiden zu können. Die BT-Kapitalisten haben in diesen Verhandlungen mittlerweile das „Zugeständnis" gemacht, statt der in der letzten Zeit genannten Zahl von 450 Entlassungen die Belegschaft als Voraussetzung für eine Wiedereinstellung der Mehrheit um 220 zu reduzieren. Verhandlungsgegenstand von Seiten der Gewerkschaftsführung scheint das auch nicht mehr zu sein. Es geht jetzt um die Höhe der Abfindungen; die Gewerkschaftsführung verlangt für jeden einzelnen Kollegen, der entlassen wird, 90.000 kr.

Gleich nach dem Terrorurteil des Arbeitsgerichts traten die Kollegen der Druckerei B.J. Christensen in den Streik. Es werden weitere Arbeitsniederlegungen in der Druckindustrie erwartet.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

SKP will Frauenbewegung spalten

Die Oktober-Buchläden der SKP (Kommunistische Partei Schwedens/Vaterländer) weigerten sich, die letzte Nummer des „Kvinnobulletinen", die Zeitung der Frauen der Gruppe 8, zu verkaufen. Dies wurde damit begründet, daß die Zeitung antikommunistisch und feministisch sei und trotzkistische Ansichten zur Frauenbewegung propagieren würde.

In einem Brief der SKP an die Gruppe 8 wird besonders auf einige Artikel hingewiesen, die *«schlecht sind und einen Angriff auf den Kampf der Frauen für ihre Befreiung und den Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus darstellen»* („internationalen" Nr. 14/77).

Ein von der SKP „gerügter" Artikel setzte sich mit der Entwicklung der Situation der Frauen in China auseinander. Was natürlich in den Augen der eifrigen Nachbeter der Vorstandslinie der KPCh einer Verketzerung des Sozialismus gleichkommt. Die anderen „schlechten" Artikel befaßten sich mit dem Kampf von lesbischen Frauen und einer kritischen Würdigung eines Buches, das von SKP-Genossen geschrieben wurde; dieses Buch stellt im wesentlichen einen Angriff auf die heutige Frauenbewegung, speziell der Gruppe 8 dar.

Es scheint nun, daß die SKP mit ihrem Beschluß, das „Kvinnobulletinen" nicht zu vertreiben, nach jahrelangen Debatten nun endgültig Stellung zur Frauenbewegung bezogen hat. Dies wird auch deutlich an der Polemik gegen Sture Ring, der vor kurzem aus der SKP ausgetreten war, in der Schrift „Aus der kommunistischen Partei steigt eine bürgerliche Arbeiterpolitik hervor — eine Polemik gegen Sture Ring" heißt es: *«Gruppe 8, die Sture Ring immer als die „Speerspitze der Frauenbewegung" betrachtet hat, als „Massenorganisation", ist eine feministische Organisation, die die Frauenunterdrückung der Klassenunterdrückung in ihrer Praxis übergeordnet hat. Obwohl Grupoe 8 eine „sozialistische" Organisation ist, bezieht sie nicht Stellung gegen die beiden bürgerlichen Arbeiterparteien SAP (Sozialdemokraten) und VPK (Revisionisten), gegen den Sowjetrevisionismus und den sowjetischen Sozialimperialismus — Gruppe 8 nimmt auch nicht Stellung zur bewaffneten Revolution und der Diktatur des Proletariats»* (aus „internationalen" Nr. 14/77).

Weil die Gruppe 8 nicht bereit ist, die Sektenpositionen der SKP zu vertreten, versucht diese die Gruppe 8 zu spalten. In der oben genannten Polemik heißt es u.a. weiter: *«Die SKP wird eine proletarische Frauenbewegung aufbauen ... und bis auf weiteres in der Gruppe 8 arbeiten, um so viele Frauen wie möglich für eine richtige Linie zu gewinnen»*. In der Gruppe 8 tauchte die Frage auf, wie man sich gegenüber den Frauen, die „bis auf weiteres" in der Organisation bleiben und so viele Frauen wie möglich für eine „richtige Linie" gewinnen wollen, verhalten soll. Die Frauen entschieden sich für eine harte politische Auseinandersetzung mit den SKP-Frauen, um ihnen deutlich zu machen, daß eine Spaltung der Frauenbewegung den Kampf der Frauen für ihre Befreiung in keiner Weise von Nutzen ist. Gruppe 8 forderte alle SKP-Frauen auf, falls die SKP nicht mit ihrer sektiererischen und parteiegoistischen Linie bricht — was sicher nicht zu erwarten ist — aus der SKP auszutreten. Hoffentlich ziehen viele Frauen der SKP diese Konsequenz, das würde den Niedergang der Sektenpartei um einiges beschleunigen.

Skandinavienkommission

Frankreich

KPF: Die Macht der Unternehmer wird nicht angetastet

Eingeladen von der Unternehmerzeitung „Expansion", gab KPF-Chef Marchais am 21.April interessante Dinge von sich, für den Fall, daß die „Vereinigte Linke" die nächste Wahl gewinnt („Meinungsumfragen" geben ihr z.Zt. 56% der Stimmen). Marchais' Anliegen war es, die Unternehmer zuberuhigen:

„Das Ziel der Kommunisten, der Sozialismus, steht nicht auf der Tagesordnung. Das Gemeinsame Regierungsprogramm ist kein Gesellschaftsprojekt, sondern ein Regierungsprogramm für 5 Jahre."

Frage eines besorgten Unternehmers: „Sie schlagen im Gemeinsamen Regierungsprogramm vor, die Löhne zu erhöhen und einen Preisstop vorzunehmen. Wie werden wir denn weiter investieren können, wenn unsere Profite runtergehen?".

Antwort Marchais: *„Was die Frage der Löhne betrifft, schlagen wir sehr differenzierte Erhöhungen vor ...".* Zuvor hatte er schon erläutert: *„Wir behaupten nicht, daß es ein Luxusleben sein wird; außerdem sind sich die Arbeiter darüber bewußt: alles was sie wollen, ist normal leben zu können."*

Frage: „Sind Sie systematisch für die Garantie des Arbeitsplatzes mit gleichem Lohn, im gleichen Betrieb?"

Antwort Marchais: *„Was wir wollen, ist die Garantie des Arbeitsplatzes. Wird das immer im gleichen Betrieb möglich sein? Nein. Aber jedes Mal, wo es möglich sein wird, werden wir dafür eintreten."*

Schließlich: „Wer wird denn die Macht innerhalb der Betriebe haben, falls die Vereinigte Linke die Wahlen gewinnt?"

Antwort Marchais: *„Was wir wollen, das sind neue Rechte für die Werktätigen. Im Privatsektor der Wirtschaft werden diese neuen Rechte überhaupt nicht die Macht der Unternehmer antasten"* ... ! (alle Zitate aus Le Monde, 22.4.77)



KPF-Chef Marchais
Was wird aus dem Versprechen an die französische Arbeiterklasse?

Die Zahl der Nationalisierungen möchte die PCF jetzt im Falle einer „Linksregierung" von den vereinbarten 9 auf 15 erhöhen; hinzukommen sollen: Denain Nord-Est (Unisor), Marine-Wendel (Sacilor), Empain-Schneider (Creusot), Chiers-Chatillon CFP-Total und Peugeot-Citroen. Die PCF begründet das damit, daß vor 5 Jahren bei Aushandlung des „Gemeinsamen Regierungsprogramms" halt „Kompromisse" nötig gewesen seien, es heute aber die Erkenntnis gäbe, daß man die „Schlüsselsektoren der Industrie" nationalisieren müsse, wenn man „das Wesen der Wirtschaftspolitik tiefgreifend verändern" wolle.

Allerdings läßt die PCF solche Schlüsselmonopole wie z.B. Michelin, Hachette (Pressemonopol) usw. weiter aus dem Gespräch. Und sie möchte auch gern vergessen machen, daß sie v o r den Vereinbarungen mit der PS in ihrem eigenen Entwurf eines Regierungsprogramms 1971 noch 25 Nationalisierungen als Minimal (!)-konsens bezeichnet hat. Die PCF ignoriert selbst die in Chile gezogenen Erfahrungen, daß z.B. bei einer Verstaatlichung des Automobiltrusts Peugeot-Citroen, wenn gleichzeitig die Montagebetriebe in privater Hand belassen bleiben, weite Möglichkeiten einer permanenten Wirtschaftssabotage gegeben sind. Bei der Haltung, die PCF-Chef Marchais in dem erwähnten Interview mit der Kapitalistenzeitschrift kundgetan hat, läßt sich zu dem vermuten, daß auch in den möglicherweise verstaatlichten Betrieben die Restrukturierungs- und Rationalisierungspläne des französischen Kapitals („um der westdeutschen und japanischen Konkurrenz standzuhalten ...") in gleichem Umfang wie heute durchgezogen werden. Prinzipiell nicht anders sieht es schließlich auch bei dem h e u t e s c h o n verstaatlichten Automobilkonzern Renault aus.

Die ganzen Versprechen, die die PCF der französischen Arbeiterklasse macht, entlarven sich aber vollends als absurdes Theater, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die geplanten Nationalisierungen nur 1% (!) der französischen Wirtschaft ausmachen werden – wobei die PCF aber gleichwohl behauptet, daß dieses „1% ausreicht, um die Wirtschaft tiefgreifend zu beeinflussen". Schließlich: alle Unternehmer sollen natürlich generös entschädigt werden. 3 Milliarden Francs sollen ihnen dafür pro Jahr nachgeschmissen werden - eine Summe, die dem Jahreslohn von 150.000 Arbeitern entspricht, die den Mindestlohn erhalten! Nicht Enteignung der Ausbeuter steht auf dem Programm, wie es Marx und Engels im Kommunistischen Manifest geschrieben haben; sondern äußerstenfalls Entschädigung. Die PCF eilt mit Riesenschritten auf eine Klassenkollaboration zu, auf eine Rettung des französischen Kapitalismus im demagogisch beschworenen „nationalen Interesse".

Das letzte Meisterstück der PCF, um sich beim Kapital einzuschmeicheln, ist die Erklärung des ZK zur französischen Atombewaffnung: *„Sie stellt das einzige Mittel einer realen Abschreckung dar, über die das Land verfügt, um der Drohung eines Angriffs entgegenzutreten."* ... („FR, 13.5.77)! Eurokommunismus? Nein Danke!

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Gründung einer neuen Organisation: „Der Bund der Kommunisten für die Selbstverwaltung"

Als Schlußfolgerung der Ergebnisse der Kommunalwahlen (wo das linke Wahlbündnis „Pour le Socialisme" überraschende Erfolge erzielen konnte) hat die sogenannte „B-Tendenz" innerhalb der PSU ihre organisatorische Trennung von dieser Partei beschlossen.

Die „B.-Tendenz" (insgesamt gab es innerhalb der PSU drei Tendenzen: A, B, C) rekrutierte sich vor allem aus Genossinnen und Genossen der trotzkistischen AMR (Revolutionärer marxistischer Bund), die vor einigen Monaten geschlossen in die PSU eingetreten waren.

Während die A- und Mehrheitstendenz für eine Neuverhandlung des Gemeinsamen Regierungsprogramms ist, um mit den Parteien der Vereinigten Linken zu einem gemeinsamen Kompromiß zu kommen, traten die Genossen der „B-Tendenz" für eine Orientierung an die „Kräfte der Selbstverwaltung" ein. Das heißt: bereits auf dem nationalen PSU-Kongreß Ende Januar propagierten die B-Tendenzler den Zusammenschluß aller Kräfte für die Selbstverwaltung, womit vor allem eine Vereinigung mit der LCR (frz. Sektion der „IV. Internationale") angepeilt war. Am 7./8. Mai wurde nun von dieser Ex-„B-Tendenz" sowie einigen Genossen, die in der Zwischenzeit aus der LCR ausgetreten sind, die Gründung einer neuen Organisation beschlossen: „Organisation des communistes pour l'autogestion" (Union der Kommunisten für die Selbstverwaltung). Nach ihrem eigenen Verständnis wollen sie damit aber wohl mehr einen politisch sehr breitgefächerten Dachverband aufbauen; jedenfalls heißt es, daß diese Union „allen geöffnet bleiben (soll, unabhängig von ihrer Organisationszugehörigkeit".

Die Genossen wollen dabei die „Existenz einer kritischen Bewegung gegenüber den traditionellen (?) Organisationen" ausnutzen („rouge", 20.4.77). Besonders mißfällt ihnen der demokratische Zentralismus, weil dies die Unterordnung von Minderheiten unter mehrheitlich gefaßte Beschlüsse beinhaltet. Und sinnigerweise begründen sie ausgerechnet mit ihrer „Befürchtung der Unterdrückung von Minderheiten" ihre Ablehnung (!) von eigenständigen Zusammenschlüssen der Frauen innerhalb ihrer Organisation ... Einen politisch effektiveren Organisationsaufbau als den des demokratischen Zentralismus haben die Genossen auf ihrem Gründungskongreß allerdings auch nicht herausdiskutieren können: es blieb bei der vagen Angabe, daß es halt eine Partei gaaanz „neuen Typus" sein müsse. Die Berichte der linken französischen Presse beurteilen diesen Kongreß weitgehend als „unbefriedigend". Es ist auch fast schon abzusehen, daß die französische Linke mit dieser „Union" noch um einen weiteren Brodeltopf von „Tendenzen" reicher geworden ist.

KB/ Gruppe Frankfurt
Frankreich-Kommission

50.000 in Grenoble gegen faschistisches Attentat

Am 23.April explodierte vor der Börse in Grenoble eine Bombe, die die Hälfte des Gebäudes zerstörte. Dieses Attentat, wofür die faschistische Organisation „Front d'action fasciste" die Verantwortung übernahm, ist eins der schwersten seit langem in Frankreich.

Am 25.April demonstrierten schweigend 50.000 Menschen in Grenoble unter dem Transparent: „Schluß mit den faschistischen Attentaten".

Frankreich Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Niederlande / Belgien

20-Jahres-Feier der Pazifistisch-Sozialistischen Partei

NU kiezen linkse mensen
PSP 11
voor een werkelijk
socialistische politiek

„Jetzt wählen linke Leute PSP 11 für eine wirklich sozialistische Politik"

Am 16. April feierte die PSP in Utrecht in einer mit bis zu 2.800 Teilnehmern gut gefüllten Halle ihr 20-jähriges Bestehen. Bestehen. Neben zahlreichen PSP-Ständen, die über die Arbeit der Partei in der Zweiten Kammer und in verschiedenen Gemeindeparlamenten informierten (und - angesichts der nahen Wahl - auch zur Wahl der PSP "für eine wirklich sozialistische Politik" aufriefen) dokumentierten zahlreiche Arbeitsgruppen der PSP ihre Aktivitäten auf dem Gebiet der Frauenemanzipation, des Antiimperialismus, der Jugendarbeit, des Anti-Militarismus usw. Außerdem hatten mehrere "autonome" Frauengruppen Stände aufgebaut, fast alle antiimperialistischen Gruppen der Niederlande waren vertreten, eine ganze Anzahl von Umweltschutz- und Anti-Atom-Initiativen sowie eine Anarchistengruppe und der aus einer Abspaltung von der PSP entstandene "Internationale Kommunistenbund" (IV.Internationale). Als einzige westdeutsche Organisation hatte der KOMMUNISTISCHE BUND einen - durchweg gut besuchten - Stand aufgebaut. Es ist bezeichnend für die Besorgnis der Demokraten in den Niederlanden, daß die am Stand arbeitenden KB - Genossen häufig gefragt wurden, ob sie denn als Linke in der BRD "noch frei" auftreten können.

Die über zwölf Stunden dauernde Veranstaltung selbst war eine gelungene Mischung von politischen Beiträgen, wo insbesondere scharf mit der "sozialistischen" Politik der PvdA (niederländische Sozialdemokratie) ins Gericht gegangen wurde, der Europa-Sprecher der SWAPO, Katjavivi die Niederländer zu verstärkter Solidarität auch angesichts ihrer eigenen Erfahrungen mit den deutschen Faschisten aufrief und vielen kulturellen Beiträgen, die sich durch ihre ausgelassene Heiterkeit erfreulich von manchen westdeutschen ähnlichen Veranstaltungen abhoben.

Der Vorsitzende der PSP, Lambert Maartens, führte aus, daß die PSP-Politik sich jetzt mehr auf die Basis ausrichte. Nicht mehr ethische Argumentationen wie früher, sondern Arbeitsgruppen u.ä. zur Energiepolitik, zu sozialökonomischen Fragestellungen, eine stärkere Orientierung auf die Gewerkschaftsbewegung würden jetzt die PSP-Arbeit bestimmen.

Angesichts der fortschrittlichen Arbeit, wie sie allenthalben auf dem Fest dokumentiert wurde und auch angesichts der Tatsache, daß die beiden Vertreter der PSP in der Zweiten Kammer in den letzten 4 Jahren die konsequentesten Opponenten der sozialdemokratisch - konfessionellen Regierungspolitik waren, ist der demokratischen Bewegung in den Niederlanden zu wünschen, daß die PSP die Wahlen am 25. Mai erfolgreich besteht!

Niederlande - Kommission
KB/ Gruppe Hamburg



Katjavivi, Europa-Sprecher der SWAPO



Der KB-Stand auf dem Fest der PSP – gut besucht!

Wahlen in Belgien - ein Überblick

Am 17.4. standen in Belgien Parlamentswahlen an, die notwendig geworden waren, nachdem Ministerpräsident Tindemans im März das Parlament aufgelöst hatte – im wesentlichen, um die sich ausweitenden Massenstreikbewegung zu bremsen und die Basis für seine arbeiterfeindliche Krisenpolitik und die anstehende „Regionalisierung" zu erweitern, durch eine Einbeziehung der „Sozialistischen Partei" (BSP/PSB) in die Regierung. Die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hatten daraufhin gegen starken Widerstand der Basis die Streikbewegung abgebrochen und so einen wesentlichen Punkt in Tindemans' Strategie erfüllt.

Auch die BSP-Führer hatten schon vor der Wahl signalisiert, an einer „großen Koalition" interessiert zu sein.

Das Ergebnis der Wahl hat gezeigt, daß Tindemans Rechnung aufgegangen ist: Die Partei Tindemans, die flämische CVP hat sechs Sitze dazugewonnen, ihre Schwesterpartei in der Wallonie (PSC) zwei. Tindemans kann ohne Zweifel als Gewinner der Wahl angesehen werden – ein Umstand der einigermaßen erstaunt, wenn man bedenkt, daß Tindemans der Exponent der anti-sozialen Krisenpolitik ist, gegen die sich die Massenstreiks im März richteten. Eine Erklärung ist sicher die noch relativ feste politisch-ideologische Bindung der christlichen Arbeiterbewegung an die CVP (in Flandern ist der christliche Gewerkschaftsbund ACV mitgliedermäßig etwa gleich stark wie der sozialdemokratische ABVV),
Die CVP und natürlich die traditionell "linkere" wallonische PSC hatten auf scharfe anti-gewerkschaftliche Töne verzichtet und stattdessen mehr "Volkspartei-Image" und soziale Demagogie ins Spiel gebracht (Tindemans: "Wir haben vor allem die Welt menschlicher zu machen." FAZ, 19.4.77).

Die flämischen "Liberalen"(PVV) ganz auf dem rechten Flügel der bürgerlichen Parteien angesiedelt, haben dagegen stark verloren (minus 4 Sitze), ebenso die "Brüsseler Liberalen" (PL: minus 2). Die PRLW, eine vergleichbare Partei im wallonischen Landesteil, gewann im Gegensatz dazu 4 Sitze hinzu, im wesentlichen profitierte sie von dem Niedergang des "Rassemblement Wallon" (RW), das 8 Sitze verlor. Auch ihr flämisches Gegenstück, die "Volksunie" (VU), mußte Fe-
sentlichen profitierte sie von dem Niedergang des "Rassemblement Wallon" (RW), das 8 Sitze verlor. Auch ihr flämisches Gegenstück, die "Volksunie" (VU), mußte Fe-
dern lassen. Als einzige "Sprachenpartei" konnte die Brüsseler "Front der Frankophonen" sich um einen Sitz verbessern. Die PSB konnte sich nur um 3 Sitze verbessern. Es war erwartet worden, daß die "Sozialistische Partei" stärker vom Anwachsen der Klassenkämpfe und der zunehmenden Kritik an der Krisenpolitik der Kapitalisten profitieren würde. Mir ihrer zahmen Haltung gegenüber den Christdemokraten stellten die "Sozialisten" allerdings keine überzeugende Alternative in der gegenwärtigen Krise dar. Zusätzlich waren öffentlich keine Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung gestellt worden - ein Punkt, der von den Linken in der PSB (den Jungsozialisten, der Strömung um die Zeitschrift "Links" in Flandern) scharf kritisiert worden war, was sie allerdings nicht hinderte, trotzdem zur Wahl der PSB aufzurufen und Stimmen links davon als "verlorene Stimmen" abzutun (BPA, 14.4.77).

Für die Linke brachte die Wahl eher enttäuschende Ergebnisse: die Revisionisten (PCB) verloren 2 ihrer bisher 4 Sitze - ein Resultat ihrer opportunistischen Anbierdungspolitik an die PSB, die in einigen Punkten eine fast vollständige Übereinstimmung der Programme ergab (z.B. in der "Demokratisierung der Wirtschaft"). Bemerkenswerterweise konnten sich die Revisionisten in Lüttich verbessern, wo die Ortsgruppe in Opposition zur "eurorevisionistischen" Orientierung der Gesamtpartei steht. Seit 1965 (damals hatten sie 6 Sitze) haben die Revisionisten damit bei jeder Wahl verloren. Allerdings muß dazu gesagt werden, daß das belgische Wahlsystem extrem undemokratisch ist: so erhielt die PCB für ihre 151.ooo Stimmen nur 2 Sitze, während die PRLW mit knapp doppelt so vielen Stimmen siebenmal soviele Sitze bekam! Die Revisionisten verloren auch dort, wo sie mit Teilen der christlichen Linken Listenverbindungen eingingen. Ein Großteil der christlichen Linken hatte diesesmal Mal jedoch weder selständig noch in Wahlbündnissen kandidiert, um einen nach ihren Angaben notwendigen Prozeß der Verankerung und politischen Positionsbestimmung nicht zu gefährden ("Pour", 149).

Von den Verlusten der Revisionisten profitierten die Trotzkisten der RAL/RTL, die etwa 15.ooo Stimmen erreichten, damit jedoch hinter ihren eigenen Erwartungen zurückblieben.

Die AMADA ("ML-er") verloren in ihrer Hochburg Antwerpen die Hälfte ihrer Stimmen und sanken auf 1,4 %, erreichten damit aber noch immer ein Ergebnis, nach dem sich westdeutsche "ML-er" die Finger lecken würden. Dieser relativ große Einfluß geht zurück auf eine gewisse Verankerung unter den Werft- und Hafenarbeitern Antwerpens. Im Landesdurchschnitt erreichten sie o,2 - 0,3 %. Die Verluste wurden durch den rechten, "vaterländischen" Kurs der AMADA-Führer verursacht, die als eines ihrer Hauptziele im Wahlkampf die Propagierung einer "antihegemonistischen Front gegen die Expansionsbestrebungen der Sozialimperialisten" angaben (BPA, 14.4. 77)!

Zwei weitere "ML-Parteien" hatten sich ebenfalls zur Wahl gestellt (PCB-ML, UCmlB), blieben aber unbedeutend.

Wo die Ökologisten (im wesentlichen die Gruppen der "Freunde der Erde") sich zur Wahl stellten,erhielten sie auf Anhieb 1 - 2 % ! Natürlich sind diese Stimmen nicht ohne weiteres der Linken zuzurechnen; die Ökologie- Bewegung schwankt zwischen Positionen "zurück zur Natur" und weitergehenden Positionen, die das kapitalistische System für die Umweltzerstörung verantwortlich machen.

Auch in Belgien hat sich bestätigt, daß eine Radikalisierung der ökonomischen Kämpfe der Werktätigen sich nicht automatisch auf parlamentarischer Ebene in einem "Linksruck" fortsetzen muß - im Gegenteil: der "Zug zu den großen Parteien" hat den "Krisenmanagern" sogar noch Erfolg gebracht.

Belgien - Kommission
KB/ Gruppe Bremerhaven



Wahl-Plakat der PSB

Aussperrung in Belgien

Antwerpen..
Am 26.4.77 haben die Kapitalisten der Werften Boel in Temse und Cockerill - Yard in Hoboken bei Antwerpen die Belegschaften in ihrem seit 2 Monaten andauernden Kampf ausgesperrt. Davon sind je Werft 2.5oo Arbeiter und die 4oo Angestellten von Boel betroffen. Die 5oo Angestellten von Cockerill hatten, bevor die Aussperrung begann, einem Kompromißvorschlag der Geschäftsleitung zugestimmt.

Der Ursprung des Konflikts reicht in den Dezember 1976 zurück, als für 1977 im Metallsektor kein nationaler Tarifvertrag geschlossen werden konnte. Lediglich für die Provinz Antwerpen, zu der Cockerill gehört, war eine Übereinkunft zwischen dem Unternehmerverband Fabrimetal und der gemeinsamen Gewerkschaftsführung zustandegekommen. Die Boel-Arbeiter (Provinz Ostflandern) stellten deshalb eigene Forderungen auf, die erheblich über die Vereinbarungen für das benachbarte Cockerill hinausgingen (z.B. 10.000 FB statt 2.000 FB Prämie) und verliehen ihren Forderungen Druck durch Überstundenverweigerung, Bummelstreiks und Überraschungsaktionen. Dadurch ermutigt, zogen die Cockerill-Kollegen gegen den Widerstand der Gewerkschaftsführer nach, die sie auf den bereits abgeschlossenen Tarifvertrag festnageln wollten, was ihnen jedoch nicht gelang, hatten die Kollegen doch die hohen Gewinne der Kapitalisten von 1976 und die Lohnraubpolitik der Regierung Tindemans vor Augen.

Als am 17.März auch die Angestellten beschlossen, sich dem Streik anzuschließen, wurde es den Kapitalisten zu viel: sie drohten die Aussperrung an, worauf alle Arbeiter von Boel aus Protest spontan die Arbeit niederlegten. Auch jetzt noch riefen die Gewerkschaftsführer die Arbeiter auf, ihre Aktionen zu unterlassen, um ein "ruhigeres Klima für Verhandlungen" zu schaffen (BPA,v.21. 4.). Um es nicht zu noch größerer Unruhe kommen zu lassen, bereiteten die Kapitalisten die Aussperrung weiter vor, verlegten sie aber auf eine Woche nach dem Wahlsonntag, und schlossen am 26.4. die Tore beider Werften. Aus letzten Berichten ist jedoch eher ein Anwachsen der Kampfbereitschaft zu entnehmen als eine Einschüchterung der Kollegen durch diese Maßnahme.

Die Belegschaften sind relativ kampfstark: so streikten schon 1971 die Schiffbauer volle 11 Wochen, und im letzten Jahr streikten die Boel - Arbeiter gegen die Anwesenheit der Wachfirma "Intergarde" (s.AK 89). Der aktuelle Arbeitskampf ist im Zusammenhang mit weiteren Aktionen in ganz Belgien zu sehen, die sich in Form von Streiks und Besetzungen fast täglich in anderen Betrieben neu entwickeln, übertrifft diese jedoch in seiner Schärfe weit.

KB
Belgien - Kommission
KB/ Gruppe Bremerhaven

Österreich / Schweiz

SPÖ spaltet ihren Studentenverband

Österreich. Ähnlich wie die SPD-Führung bei uns die Parteilinke vor die Alternative stellt: kuschen oder raus! hat auch die SPÖ zum großen Rundschlag angesetzt. Betroffen ist als erster der VSStÖ (Verband sozialistischer Studenten Österreichs). Seit März sind die Beziehungen zwischen SPÖ-Führung und VSStÖ abgebrochen. Der SPÖ-Generalsekretär hat sämtliche Gelder gesperrt und eine weitere Zusammenarbeit von einem ausdrücklichen Versprechen sämtlicher VSStÖ-Sektionen abhängig gemacht, nie wieder etwas anderes zu wollen als die SPÖ-Führer. Im einzelnen wird gefordert: „daß der VSStÖ keine Demonstrationen unterstützt oder unterstützen darf, zu denen auch andere(linke) Organisationen aufrufen. Zweitens, daß der VSStÖ nur eine Autonomie in den Gremien der Hochschülerschaft genießt. Bei einer genaueren Auslegung dieser Bedingungen, darf der VSStÖ offensichtlich keine Bündnisse auf der Hochschule eingehen, sondern darf nur in den Gremien der Hochschülerschaft und der Universität, also beispielsweise im akademischen Senat, gemeinsam mit einer anderen Organisation abstimmen. Allerdings muß er auch darüber die SPÖ informieren. Das bedeutet, daß der VSStÖ gezwungen ist, auf den Hochschulen eine extrem sektiererische und im wesentlichen parlamentarische Strategie zu führen" (offensiv links, Nr. 33). Gleichzeitig haben Kreisky-Blecha & Co. mit dem Aufbau eines treuergebenen sozialdemokratischen Studentenverbandes (BSSTÖ) begonnen. Er kandidiert bereits zu den jetzigen Hochschulwahlen in Salzburg gegen die dortige „Linke Liste", in der auch der VSStÖ-Salzburg mitarbeitet. Falls es nicht gelingt, den VSStÖ gründlich klein zu kriegen wird vermutlich nach den Wahlen auch an den anderen Hochschulen dieser rechte Spalterverband aufgebaut werden.

Die SPÖ geht aufs ganze, denn: *„Das sind ja Kommunisten und der Haupträdelsführer sitzt in Salzburg"* (Kreisky, SPÖ-Chef, am 30.3., nach rotfront, Mai 77). Inzwischen ist dieser angebliche Bandenchef, Karl Öllinger, einer der 3 Bundessprecher des VSStÖ, schon aus der Partei ausgeschlossen worden.

Die jetzt eingeschlagene „Friß, Vogel, oder stirb"-Politik der SPÖ-Führung kommt nicht überraschend.

Teile des VSStÖ haben sich die rapide Rechtsentwicklung der SPÖ

Teile des VSStÖ haben sich die rapide Rechtsentwicklung der SPÖ der letzten Jahre nicht mehr in allen Punkten gefallen lassen. Zusammen mit anderen Demokraten und Kommunisten traten sie auch in der Öffentlichkeit u.a. gegen die faschistenfreundliche Slowenenpoltik der Regierung auf und beteiligten sich an Demonstrationen gegen die „Wehrgesetznovelle", durch die das angeblich neutrale Österreich zum Militäraufmarschplatz der Nato wird. Berichte und Enthüllungen vor allem in den „Sozialistischen Nachrichten" (SN) des linken VSStÖ Salzburg über die Ausplünderungspolitik der SP-Regierung zusammen mit den Kapitalisten, politischer Repression in Österreich oder offiziell geduldeter Umtriebe faschistischer und deutschnationaler Gruppen werden Kreisky und Blecha auch nicht gerade gefreut haben.

Die VSStÖ-Linke hat bis jetzt einen recht großen Einfluß auf die Politik der Bundesorganisation. 2 der 3 Bundessprecher werden gegenwärtig von ihnen gestellt, der dritte, ein rechter, ist inzwischen zurückgetreten. Diesen Einfluß zu brechen und die Linke erst zu isolieren und dann rauszuschmeißen, oder, wenns gar nicht anders geht, nach bundesdeutschem Muster einen rechten Spalterverband aufzubauen: das ist schon seit längerem die Strategie Blechas. Dabei kann er darauf bauen, daß auch viele



VSStÖ-Linke eher bereit sind, ihre politschen Überzeugungen „auf Zeit" über den Haufen zu werfen als aus der Partei ausgeschlossen zu werden. Denn ähnlich wie bei uns die Jusos meinen weite Teile von ihnen, daß revolutionäre Politik nur über die SPÖ zu machen sei, weil *„die überwältigende Mehrheit der österreichischen Arbeiter SP-Wähler oder Mitglieder sind. Da für uns der Sozialismus ohne diese Arbeiter unvorstellbar ist, arbeiten wir im VSStÖ"* (SN, 1 – 2/76). Was angesichts zunehmender Repressionsmaßnahmen der SP-Führung dabei herauskommt ist u.a. folgende bemerkenswerte Formulierung der Aufgaben: *„Man muß davon ausgehen, daß an der SPÖ kein Weg vorbeiführt und eine sinnvolle Strategie ‚mit, neben gegen und in der SPÖ' (!!?) wirksam sein muß ..."* (SN 1 – 2/76), *„solange die Möglichkeit der Einflußnahme an der Basis"* und *„die dazu notwendigen politischen und organisatorischen Voraussetzungen"* vorhanden sind (SN/ 5/ 76). Letztendlich läuft diese Überzeugung doch wieder auf die Illusion hinaus, irgendwann werde die Sozialdemokratie doch wieder zur revolutionären Partei, wenn die Linken sie nur lange genug piesacken.

Inzwischen scheint die Rechnung der SPÖ-Führung aufzugehen: Der VSStÖ ist heute faktisch bereits gespalten. Von den wichtigen Sektionen haben Wien und Linz das Ultimatum Blechas unterzeichnet und der Parteiführung ihre (ewige?) Treue gelobt. Die Wiener waren besonders eifrig und warfen gleich drei führende Linke aus dem VSStÖ raus. Dagegen weigern sich die Salzburger und Innsbrucker Gruppen zusammen mit den Bundesvorstandssprechern, der Aufforderung nach politischer Selbstkastration nachzukommen. Sie verlangen Zurücknahme der Parteiforderungen eine Neudiskussion über die Bezeihungen SPÖ - VSStÖ. Die von der Wiener Sektion ausgeschlossenen Linken wurden demonstrativ vom Salzburger VSStÖ wieder aufgenommen. Es ist allerdings mehr als fraglich, ob sie diese Kraftprobe mit der Parteiführung auch als Parteimitglieder beenden können.

Die Rechten waren nicht mal mehr bereit, einen Kompromißvorschlag der Linken anzuerkennen, nach dem es *„jeder Gruppe von Mitgliedern des VSStÖ erlaubt (ist), sich auf bestimmte Positionen zu einer Tendenz zusammenzuschließen"* (Beschluß des Zentralrats (VSStÖ) vom 8.2.77, nach SN, 1 – 2/77). Man sieht: Künftig soll es im VSStÖ nur noch eine Meinung geben dürfen: die von Kreisky und sonst keine.

Klar, daß das große Aufräumen im VSStÖ Beifall von der äußersten Rechten bekommt: Da wird die SP plötzlich als „staatragende Partei", welche „zweifelsfrei soziale und humanistische Traditionen zu wahren hat" gelobt, denn immerhin entledige sie sich „spät, aber nicht zu spät der kommunistischen Kaderschmiede" im VSStÖ (Die Aula 12/76, Zeitschrift der freiheitlichen Akademiker, nach SN, 1 – 2/77). Dank muß sein, denn es ist kein Geheimnis, daß die SPÖ ein gutes Herz für alte und neue Faschisten hat, wie z.B. ihre Minderheitenpolitik in Kärnten zeigt.

Österreich-Kommission KB/Gruppe Bremen



Staatsterror im Südjura



Hochausgerüstete Polizei beschießt Demonstranten mit Tränengasgranaten

Schweiz. Nachdem am 20.März in einer Volksabstimmung fast 80% der abstimmenden Bevölkerung im Nordjura die erste neue Verfassung für einen selbständigen Kanton Nord-Jura verabschiedet haben (siehe AK 102), haben die Repressionen gegen die jurassische Bevölkerung zugenommen. Die bisherige zuständige Regierung im Kanton Bern und pro-bernische Bewegung gegen die Autonomiebewegung im Jura wie die „Force democratique" („Demokratische Kraft") arbeiten hierbei eng zusammen. Sie werden dabei von der Bundesregierung unterstützt.

Mit der Volksabstimmung wurde gleichzeitig auch der Artikel 138 verabschiedet, der die Wiedervereinigung des geteilten Jura (Norden und Süden) zuläßt. Durch die Berner Kantonsregierung wird daraufhin der Begriff „Volk des Jura" aus der Verfassung gestrichen. Dies ist eine direkte, demonstrative Provokation gegen das jurassische Volk, das das Recht verlangt, die eigene kulturelle und sprachliche Entwicklung verwirklichen zu können und dabei seit Jahrzehnten unterdrückt wird. Abgelehnt wird ebenfalls der Wiedervereinigungsartikel, wobei der Bundesrat die Berner Regierung hierbei unterstützt, in dem der Nachweis versucht wird, dieser Artikel sei verfassungswidrig. Unterstützt werden diese Provokationen von der „Demokratischen Kraft", deren Anhänger immer wieder die Unterdrückung der Autonomiebewegung fordern und auch nicht davor zurückscheuen, offen die bewaffnete Niederschlagung der Autonomisten zu fordern.

Zunehmende Repression

Am 2. April wollten die Autonomiebewegungen in Moutier im Südjura gegen die neuerlichen Provokationen protestieren. Wie schon häufig in der Vergangenheit wurde ihnen dies von der Berner Regierung untersagt. Eine trotzdem stattfindende Demonstration wird von mehreren Hundertschaften der Polizei zerschlagen unter Einsatz von Schlagstöcken und Tränengasbomben. Am 16.April wird eine weitere geplante Kundgebung verboten. An diesem Tag werden etwa 1.000 Polizisten aus 10 Kantonen der Schweiz zusammengezogen. Die Stadt wird von bewaffneten Einheiten regelrecht belagert. Absperrungen mit Stacheldrahtrollen und Nagelbänderen werden errichtet, die Polizeieinheiten sind mit Maschinenpistolen, Granaten und Tränengasbomben ausgerüstet. Auch Hubschrauber und Panzerfahrzeuge wurden aufgeboten. Es kommt häufiger zu kleinen Gefechten mit Demonstranten, die sich mit Steinwürfen gegen das Bullenaufgebot zur Wehr setzen. Versuche von Demonstranten, sich zu sammeln, werden sofort zerschlagen.

„Terroristen"hetze

In der Presse wird versucht, den Kampf der Jura-Autonomisten durch „Terroristen"hetze zu diffamieren. Anlaß für die „Neue Züricher Zeitung" sind drei gefundene kleine Stahlkugeln. Empört sich der Zeitungsschreiber: *„Die Reichweite der Schleudern, die genau den bekannten Steinschleudern entsprechen, beträgt rund 80 Meter; auf eine Distanz von 30 oder 40 Metern kann ein Treffer sehr wohl tödlich sein. Die Polizisten wurden zudem mit Schottersteinen des Bahntrassees und aus der Höhe der Felsen mit Kalksteinbrocken bombardiert".* Garniert wird das ganze noch mit Horrormeldungen im typischen Hetzstil: *„In die erste Frontlinie stellt man meistens Frauen und Kinder, um die Polizisten beim Eingreifen zu behindern"* („NZZ", 25.4). Und fehlen dürfen auch nicht „ausländische Terroristen", nämlich „französische Berufsrevolutionäre".

Rechte Kräfte lenken ein

Mittlerweile ist es den Gegnern der Autonomiebewegung gelungen, die die Führer der Autonomistenorganisationen an den Verhandlungstisch zu holen. In einer „Konzertierten Konferenz" wurde vereinbart, auf alle Kundgebungen zu verzichten, bis ein „Ehrenkodex" ausgehandelt ist, der den Ablauf von Kundgebungen und Demonstrationen regeln soll. Dieser faule Kompromiß findet vor dem Hintergrund statt, daß die Pro-Berner ungehindert ihre reaktionären Hetzkundgebungen abhalten können, so z.B. am gleichen Tag, als die Kundgebung in Moutier verboten war. Innerhalb der Autonomistenbewegung gibt es starke rechte Kräfte, die immer wieder auf eine Aussöhnung mit den reaktionären Gegnern des jurassischen Volkes orientieren und sich nur so weit radikal geben, wie sie ihre erhoffte Führerschaft über einen selbständigen Kanton Jura erhalten müssen.

Schweiz-Kommission KB/Gruppe Bremen

Neues zur Waffenaffäre: Erst Lütgendorf - jetzt Kreisky

Wien. Weil Verteidigungsminister Lütgendorf heimlich Waffengeschäfte mit Syrien machte und damit die Neutralitätsbestimmungen Österreichs allzu deutlich verletzte, wurde nach breiten Protesten schließlich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß gegen ihn eingerichtet.

Selbst diesem Ausschuß wird es kaum gelingen, den Gestank von Bestechungen und Lügen zu parfümieren: Tatsache bleibt, daß die Syrer bei dem Überfall auf den Libanon mit den gelieferten österreichischen Gewehren linke Libanesen und Palästinenser erschossen haben.

Lütgendorf muß vermutlich seinen Hut nehmen.

Sein Chef, Bundeskanzler Kreisky, hatte, als die Geschäfte aufflogen, ganz den Biedermann herausgekehrt und die Absetzung des Ministers versprochen, falls die Vorwürfe sich als wahr erweisen würden.

Nun ist er selber nach Syrien auf Staatsbesuch gefahren. In seiner Begleitung: Generaldirektor Maizacher vom Steyr-Rüstungskonzern. Er will mit Kreiskys Genehmigung weitere 3.000 Scharfschützengewehre verkaufen, vom gleichen Typ wie die Lütgendorfs.

Kreisky hat sich vorher Expertisen sogenannter „unabhängiger" Gutachter eingeholt, die selbstverständlich übereinstimmend feststellten, daß die Steyr-Gewehre nur Sportwaffen sind. (Wozu die syrische Regierung in letzter Zeit einen solch rasanten Bedarf an Sportgewehren hat, ist allerdings schleierhaft.)

Verwunderlich an der ganzen Geschichte ist nicht, daß der „Biedermann" Kreisky Waffen an Palästinenserschlächter Assad liefert. Verwunderlich ist vielmehr die Dreistigkeit, mit der er die Gewehre just zu dem Zeitpunkt verscherbelt, zu dem sein Verteidigungsminister wegen der gleichen Sache vermutlich seinen Hut nehmen muß.

Genauso verrottet wie die DGB-Führung beispielsweise gegenüber dem Atomabkommen der Bundesregierung mit Brasilien verhielt sich ÖGB-Präsident Anton Benya bei den Waffengeschäften: Gegenüber leiser Kritik der Oppositionsparteien an Kreisky hatte der Gewerkschaftsboß „erregt wie selten ... auf die ‚Sicherung der ‚Arbeitsplätze' hingewiesen und vor einer ‚Kampagne' gegen das sich anbahnende zweite Waffengeschäft mit Syrien gewarnt: ‚Ich lasse uns (!) das nicht zusammenhauen' " (profil, 18/77).

Österreich-Kommission KB/Gruppe Bremen

Schweizer Drucker im Streik

Drei Tage lang erschienen Ende April in Genf keine Zeitungen, der Streikaufruf wurde fast hundertprozentig befolgt. Auch in Lausanne haben die in der Typographengewerkschaft organisierten Kollegen für mehrere Stunden gestreikt. Ihre Forderungen lauten:

– 40 Stunden-Woche

– Aufnahme Hilfsarbeiter in den Gesamtarbeitsvertrag.

In der Urabstimmung sprachen sich 90,8% der organisierten Typographen für Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung ihrer Forderungen aus. Zur Zeit wird weiter über die Forderungen verhandelt. Die Drucker sind zum Vollstreik bereit!

Griechenland/Türkei/Zypern

Parlamentswahlen in der Türkei

Mit Anbruch der letzten vier Wochen bis zum Wahltag am 5. Juni ist ein innenpolitisches Klima entstanden, das sich einerseits in einer wüsten Hetzkampagne gegen die CHP (republikanische Volkspartei) und die Linke seitens der Kapitalisten und der Regierung, andererseits in einer Verschärfung des faschistischen Mordterrors seitens der „Grauen Wölfe" mit Unterstützung der Demirel-Polizei, ausdrückt.

Ziel dieser Kampagne ist eine „Regierung mit Autorität" (Kapitalist Soysal, Vorsitzender einer gemeinsamen Holding der drei mächtigsten Kapitalgruppen). In dieser Formulierung blickt deutlich das Konzept der amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten durch, die für die Stabilisierung der Nato-Ostflanke und nicht zuletzt für die ungestörte Fortsetzung der Ausbeutung der Türkei eine Regierung brauchen, die in der Lage ist, eine „Befriedung" der innenpolitischen Auseinandersetzungen als Voraussetzung für die Sanierung der türkischen Staats- und Zahlungsbilanz durchzusetzen.

Rationierung der Energien und Einschränkung der Freiheiten

Kapitalvertreter wie Soysal formulieren dieses Konzept so: *„Manche Bücher nicht lesen zu dürfen, nicht mit Privatautos in die Stadt fahren zu dürfen, Beschränkung von Auslandsfahrten, Rationierung von Kraftstoffen, sind das Einschränkungen von Freiheiten? Absolut nicht! ... Ein Land wie die Türkei kann sich eine angelsächsische Freiheitshysterie nicht leisten. Die Gerichte haben mehrmals Anordnungen der Regierung für ungültig erklärt. Das geht nicht. Ein Land mit der Sozialökonomie der Türkei braucht eine Regierung mit Autorität, ein Kräfteverhältnis zwischen Gerichten und Staatsorganen, das zugunsten der Staatsorgane verschoben ist."*

Eine Regierung. die allein von
Regierung mit Autorität, ein Kräfteverhältnis zwischen Gerichten und Staatsorganen, das zugunsten der Staatsorgane verschoben ist."

Eine Regierung, die allein von CHP getragen wird, erscheint den Kapitalisten allerdings nicht stark genug gegenüber ihrer Basis, u.a. den Gewerkschaften und großen Massenorganisationen, da die Gefahr besteht, *„daß sie von den linken Parteien erpreßt wird, ihre Versprechungen einzulösen"* („Cumhuriyet" 17.-21.4.77). Imperialisten und türkische Kapitalisten sprechen sich trotzdem für einen „Versuch Ecevit" (Chef der republikanischen Volkspartei CHP) aus, worunter sie sich allerdings eine parlamentarische Konstellation wie in Italien vorstellen, wo die Hauptpartei des Kapitals das Sparprogramm und den Abbau der Demokratie durchzieht, mit Unterstützung der am meisten in der Bevölkerung verankerten Partei die aus der „Opposition" heraus Ordnungsfunktionen gegenüber den betroffenen Gewerkschaften und Massenorganisationen ausübt.

Aus Rücksicht auf die Basis lehnte Ecevit ein Zusammengehen mit der AP (rechte konservative Partei, „Gerechtigkeitspartei")ab:*„Eine Koalition mit der AP ist ein Traum. Wenn wir das machen, verraten wir uns, das Volk und die Demokratie"*, („Cumhuriyet, 8.5.). Ecevit lehnte aber eben nur die Koalition ab. Nach dem Konzept der „italienischen Lösung" hat sich jedoch die CHP schon bei der parlamentarischen Durchsetzung der vorgezogenen Wahlen verhalten: Zusammen mit den Stimmen der CHP wurde der 5. Juni als Termin festgesetzt.

Bei der Wählerbasis der CHP und bis hinein in Teile der CHP selbst wird jedoch dieses Konzept entschieden abgelehnt. Schon deshalb versucht Ecevit, die antifaschistische und gewerkschaftliche Massenbewegung mit Versprechungen auf sich zu ziehen. Die Forderungen dieser Bewegungen sind: Abschaffung der Notstandsparagraphen, Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und Tarifverhandlungen für Lehrer und Beamte, Schaffung von Arbeitsplätzen etc., was zusammengefaßt in der Parole wird: *„Wir werden die Regierung nicht als Partei sondern als Volk übernehmen"*, so Ecevit („Cumhuriyet" vom 28.3.77).

Drohung mit Militärregierung

An die Adresse der potentiellen CHP-Basis sind infolgedessen Diffamierungen und Drohungen seitens der Kapitalisten und Demirels gerichtet, die bezwecken, sie einer „italienischen Lösung" als kleineres Übel zu unterwerfen. Kapitalist Soysal hetzt: *„Es gibt in der Türkei Gruppen, die die Freiheit mißbrauchen"*und , um unmißverständlich daran zu erinnern, wie in der Türkei mit solchen Gruppen umgegangen werden kann: *„Die Demokratie ist eine Ordnung der Verbote"* (!). An die CHP-Wählerschaft insgesamt ist die Drohung gerichtet: *„Wenn das italienische Mo-*
Demokratie ist eine Ordnung der Verbote" (!). An die CHP-Wählerschaft insgesamt ist die Drohung gerichtet: *„Wenn das italienische Mo-*
dell nicht funktioniert, dann wird die Demokratie nicht mehr funktionieren und das Militär wird sich einmischen. Falls der ,Versuch Ecevit' nicht klappt, gibt es keinen anderen Ausweg". Rechtsaußen Demirel kündigte auch gleich an, mit wem es die CHP-Wähler zu tun bekommen: *„Die Wahlen sind eine Auseinandersetzung zwischen den Nationalisten und jenen, die den Kommunismus nicht als Gefahr ansehen wollen"* (alle Zitate „Cumhuriyet", 19.4.). Bekanntlich ist der „Kampf gegen den Kommunismus" die Hauptaufgabe der Grauen Wölfe.

In diesem Zusammenhang muß auch der gesteigerte Terror der „Grauen Wölfe" und die Angriffe der Bullen auf das Demonstrationsrecht, gerade auch nach dem 1. Mai gesehen werden.

Auch die Attentatsversuche gegen Ecevit, seit Wahlkampfbeginn sind es schon 3, sind im wesentlichen zur Einschüchterung der Linken und der potientellen CHP-Wählerschaft gedacht.

Die Faschisten rüsten für die gewaltsame Lösung

Im Zusammenhang mit dem Übertritt zweier prominenter faschistischer MHP- (Nationalistische Bewegungspartei) Parlamentarier in die AP („Gerechtigkeitspartei") bzw. MSP (Partei der Großgrundbesitzer) wurden weitere Fakten bekannt, die die Zielrichtung der MHP (faschistische Partei) aufzeigen.

In der Erklärung des ehemaligen Stellvertreters von Türkes und MHP-Abgeordneten Serdengetic heißt es: *„Der Parteivorstand ist der Meinung, daß die MHP desto mehr Stimmen bekommen wird, je mehr Menschen sterben. Die Jugend* (die „Grauen Wölfe") *werden dahingehend beeinflußt, daß das Ziel nicht mit den Urnen, sondern nur mit den Gewehrläufen erreicht werden kann. Das bewirkt, daß die Ereignisse größere Dimensionen annehmen. Dort wird jetzt diskutiert; Urne oder Gewehrläufe?"* („Cumhuriyet vom 21.4.77). Was sich durchgesetzt hat, hat wohl das Blutbad am 1. Mai gezeigt!

So kündigte Türkes, Führer der faschistischen MHP und der „Grauen Wölfe" schon das Blutbad an: *„Die CHP wird für die Toten verantwortlich sein, die am 5.6.77 an den Urnen sterben. Am Wahltag wird die nationalistische Bewegung an der Seite der legalen Staatskräfte stehen und ihnen behilflich sein. Sie wird aktiv sein, bis die Auszählung der Stimmen beendet ist"* („Cumhuriyet" v. 24.4.).

Die türkische Bourgeosie und auch die Imperialisten bevorzugen zwar die italienische Lösung, halten aber sehr konkret und bedrohlich die Keule des offenen Faschismus bereit!

Die Linke am Wahlausgang nicht beteiligt

Die Linke am Wahlausgang nicht beteiligt

Neben der CHP kandidiert auf Seiten der Linken nur noch die TIP (Arbeiterpartei der Türkei) . Die TIP gehört ihrer Linie nach zu den eurorevisionistischen Parteien und hat keine entscheidende Bedeutung für den Wahlausgang.

In ihrer Erklärung zu den Wahlen stellt sie sich als die *„einzige Vertreterin der nationalen Unabhängigkeit, der Demokratie und des Sozialismus"* heraus. Außer der Aussage, daß sie *„die Fahne des Sozialismus mitten im Parlament aufpflanzen wird und je stärker die TIP im Parlament vertreten sein wird, desto mehr demokratische Rechte und Freiheiten des werktätigen Volkes und Lebenssicherheit werden garantiert sein"* hat sie zu den konkreten Auseinandersetzungen nichts zu sagen.

Die TIP war von 1966 bis 1969 im Parlament schon mit 15 Abgeordneten vertreten, war allerings damals innerhalb der Jugend und der Linken breiter verankert, zumal sie damals noch eine revolutionäre Alternative bildete.

Alle anderen Gruppen und Parteien innerhalb der Linken kandidieren nicht. Die TSIP (sozialistische Arbeiterpartei) forderte die demokratischen Kräfte auf, eine erneute MC-Regierung unmöglich zu machen. Gegen die Faschisierung müsse eine Einheitsfront von Sozialisten und Sozialdemokraten geschlossen werden (aus „Kitle", Organ der TSIP). Die TSIP empfiehlt, fortschrittliche Kandidaten der CHP je nach den örtlichen Gegebenheiten zu wählen („Cumhuriyet, v. 5.5.77). Die TEP (Partei der Werktätigen) warnte davor, in den Wahlen eine mögliche Änderung der Verhältnisse in der Türkei zu erwarten. *„Sogar die positivste Regierung kann die Probleme nicht lösen. Die faschistische Front hat die Absicht mit ihren uniformierten und nichtuniformierten Unterdrückungs- und Terrororganisationen eine landesweite Einschüchterungsaktion zu organiseren, um die Wähler, die die Opposition wählen würden, von den Urnen fernzuhalten"*. TEP forderte zur Wahl der CHP und zur Gründung demokratischer Widerstandskomitees auf. („Ba. Türkiye" Nr. 16 v. 28.3.77).

Die DGDF (Revolutionäre Jugendförderation) schreibt in ihrer Zeitung „Devrimi Yol Nr. 1" vom 1.5.77: *„Die Wahlen werden der Bourgeoisie keine Lösung bringen, im Gegenteil werden sich die Widersprüche verschärfen. Vom Standpunkt der revolutionären Perspektive kommt es nicht in Frage, die bürgerlichen Parteien, die sich fortschrittlich gebärden, wie CHP und TIP, zu unterstützen. Die bürgerliche Politik der CHP zu entlarven, heißt jedoch nicht, sie nicht zu wählen. Heute hat die Wählerbasis der CHP eine antifaschistische Potenz. Die Revolutionäre müssen sich mit diesen Strömungen verbinden und an jeder Aktion dieser Basis teilnehmen. Auf allen CHP-Kundgebungen sollten Parolen gerufen werden, jedoch nicht mit dem Ziel die Kundgebung zu sa-*
tion dieser Basis teilnehmen. Auf allen CHP-Kundgebungen sollten Parolen gerufen werden, jedoch nicht mit dem Ziel die Kundgebung zu sa-
botieren.

Der Wahlkampf muß als Tribüne genutzt werden, um eine unabhängige, revolutionäre, politische Bewegung des Proletariats zu schaffen mit der Orientierung, den Kampf gegen den Faschismus zu führen".

Die Disk fordert ihre Mitglieder auf die CHP zu wählen, da die *„Verteidigung und Erweiterung der sozialen, demokratischen und politischen Rechte und Freiheiten der breiten Arbeiter- und Werktätigenmassen eines der wichtigsten Ziele des Kampfes für eine fortschrittliche, demokratische Gesellschaftsordnung ist, die den Übergang zum Sozialismus bedeuten. Deswegen hat die Disk beschlossen,bei diesen Wahlen die CHP zu unterstützen, da sie die einzige regierungsfähige demokratische Alternative ist."* An diese Wahl knüpft die Disk dann eine Reihe von politischen und gewerkschaftlichen Forderungen.

Am Bedeutungsvollsten erscheint uns die Initiative von 15 demokratischen fortschrittlichen und revolutionären Organisationen, die die nachstehende Erklärung zu den Wahlen herausgegeben haben. Diese erscheint uns auch als ein Ansatz der revolutionären Linken im Aufbau einer antifaschistischen Einheitsfront, die über die Wahlen hinaus Bestand haben muß.

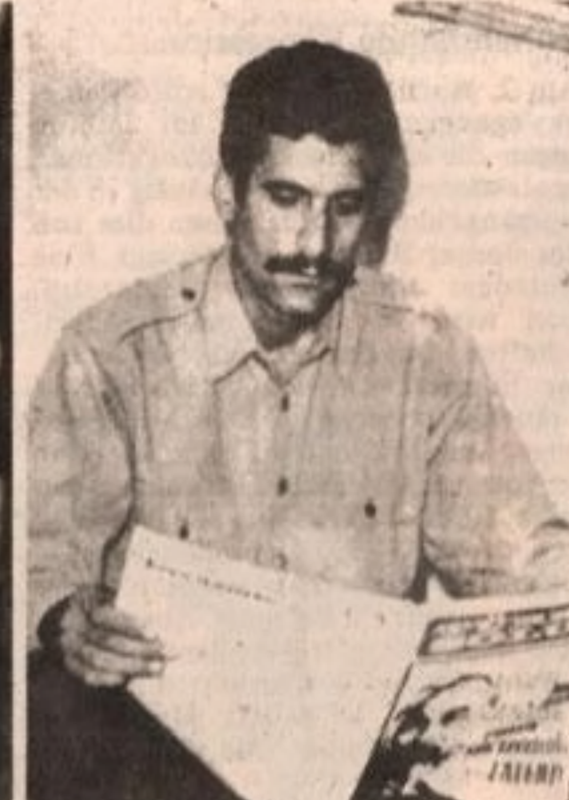
An der folgenden Erklärung waren u.a. beteiligt: Der TÖB-DER (Lehrerverband), TÜM-DER (Beamten) , Devrimi Gemclink (Revolutionäre Jugendkonförderation), revisionistischer und revolutionärer Frauenverein.

„Die Bedeutung der Wahlen 1977 ist für die Türkei sehr groß.
Aber die Auffassung „Wahlen gleich Befreiung" ist zu oberflächlich
Eine solche Auffassung ist nicht an die werktätigen Klassen und Massen gerichtet. Die Wahlen sind nur ein Mittel im langen Kampf, den die antiimperialistischen und antifaschistischen Kräfte vereinen, aber sie bedeuten nicht die Befreiung. In der gegenwärtigen Lage im Jahre 1977 sind die Wahlen ein wichtiges Sprungbrett zu Unäbhängigkeit und Demokratie.

Gegen die Krisen, die das imperialistische und kapitalistische System in unserem Land auch hervorrufen und gegen die faschistische Unterdrückung, die diese Krise hervorruft, kann nur der Kampf Erfolg haben, bei dem alle Kräfte für Demokratie unter der Führung der Arbeiterklasse teilnehmen. Wir als demokratische Massenorganisation halten es für gefährlich, daß die Wahlen unter einer MC-Regierung (nationale Front-Regierung) stattfinden, die die sichtbare Vertreterin der faschistischen Unterdrückung und des faschistischen Terrors ist. Wir werden in Zukunft für die untengenannten Ziele unseren antiimperialistischen und antifaschistischen Kampf für Unabhängigkeit und Demokratie führen:
- Recht aller Werktätigen für den Aufbau von Gewerkschaften und Recht auf Tarifverhandlungen
und Demokratie führen:
- Recht aller Werktätigen für den Aufbau von Gewerkschaften und Recht auf Tarifverhandlungen
- Verbot der Aussperrung
- Recht auf General- und Solidaritätsstreiks
- Aufhebung aller Gesetze, die die demokratischen Rechte und Freiheiten einschränken
- Amnestie für alle politischen Gefangenen
- Für das Recht der Beamten, Mitglied in politischen Parteien zu werden.
- Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre
- Schutz des Lebens in allen Schulen, Universitäten und Bildungseinrichtungen
- Säuberung des Staatsapparates von den Faschisten
- Unabhängigkeit der Rundfunkanstalt
- Beteiligung des Personals bei der Verwaltung der staatlichen Betriebe".

(„Cumhuriyet" v. April)

Griechenland/ Türkei-Kommission





Am 6. Mai 1972 wurden drei Genossen der THKO (eine Gruppe, die nach südamerikanischem Guerilla-Konzept arbeitete), Deniz Gezmis, Yusuf Aslam und Hüseyin Inan in Ankara hingerichtet.
Sie waren Opfer der Militärregierung, die einen offenen Terror gegen die linke Bewegung ausübte. Zahlreiche führende Genossen wurden ermordet (s.AK 102). Diesen Schlag hat die sich damals im Aufbau befindende revolutionäre Linke bis heute nicht überwunden.
Trotz weltweiten Protestes wurden sie hingerichtet.
Kampf dem Faschismus!
Hoch lebe die internationale Solidarität!

21. April in Griechenland

Am 21. April, dem 10. Jahrestag des faschistischen Militärputsches, fand im ganzen Land offenbar nur eine einzige (!) Kundgebung im Athener Stadtzentrum statt, mit 1000 bis 2000 Teilnehmern ....

In einigen wenigen Fällen hatten zwar demokratische Bürgermeister und Stadträte mittelgroße Versammlungen in Theatern u.ä. organisiert, die Arbeiter, Angestellten und Journalisten der Athener Tageszeitungen legten für zehn Minuten die Arbeit nieder und Rundfunk und Fernsehen unterbrachen das Abendprogramm für zehn Schweigeminuten. Angesichts der Massenmobilisierung zu den Jahrestagen des Novemberaufstands des Polytechnikums mit bis zu einer Million Demonstranten muß man das jedoch eher als formelle „Verlegenheitsaktion" bezeichnen.

Die allermeisten Organisationen der Linken beschränkten sich auf Versammlungen in Theatern u.ä. geschlossenen Räumen im Laufe dieser Tage.

Die KKE/ML („gemäßigte" MLer wie die portugiesische UDP) und EKKE („Schwester" der „KPD") und ihre Studentenorganisationen führten auf dem Vorplatz der Athener Universität im Stadtzentrum eine gemeinsame Kundgebung durch, zu der auch die K.O. „Majchitis" die eigenen Mitglieder hinmobilisiert hatte. Es kamen 1000 bis 2000 Leute, also höchstens der „engere Kreis" dieser Organisationen.

In Thessaloniki war überhaupt keine Versammlung unter freiem Himmel geplant, die Polizei beeilte sich jedoch, am Vortag ‚jedwede Demonstration oder Kundgebung auf öffentlichem Gelände", außer einem Platz vor der Universität, zu verbieten.

Die „Sosialistikji Poria" hatte einige Zeit vor dem 21. April versucht, eine Aktionseinheit für eine kämpferische Massenkundgebung oder Demonstration zustandezubekommen.

Weil sie damit auf totales Desinteresse stieß, verzichtete sie auf eigene Aktivitäten in diese Richtung und beteiligte sich auch nicht an der einzigen Kundgebung (s.o.), weil ihrer Meinung nach isolierte Aktionen mit nicht massenhafter Beteiligung Charakter und Inhalt des Jahrestages völlig entstellen würden. Stattdessen organisierte sie ein paar Tage später eine Diskussionsveranstaltung zu dem Thema.

Griechenland-Türkei-Kommission

Widerstand gegen Faschisten- und polizeiterror

In Usak (Westanatolien) griffen am 17. März die faschistischen „Grauen Wölfe" die Studentinnen des Pädagogischen Instituts an. Die Studentinnen wurden von den Faschisten brutal mißhandelt und vergewaltigt. Die vor dem Institut patroullierenden Bullen sahen sich trotz der Hilferufe nicht genötigt einzugreifen.

Daraufhin organisierten sich aus der Bevölkerung heraus Trupps, die den Studentinnen zu Hilfe kommen wollten. Die Faschisten eröffneten sofort das Feuer. Hierbei wurde ein Student schwer verletzt. Durch die Weigerung der Ärzte im örtlichen Krankenhaus, den Genossen zu behandeln, starb er an Blutverlust.

Dieses barbarische Verhalten der Ärzte steigerte den Haß der Bevölkerung. Spontan versammelte sich eine Menschenmenge von 5- 6.000 Menschen vor dem Krankenhaus, die sofort die Autos der faschistischen Ärzte zerstörten. Immer wieder wurden die Parolen „Nieder mit dem Faschismus" und „Der einzige Weg - Revolution" gerufen.

In einer später organisierten Demonstration, an der mehr als 10.000 Menschen teilnahmen, wurde der Sarg des Genossen in die Hochschule gebracht, an der der Ermordete studiert hatte. Dort wurde von mehreren tausend Menschen Gedenkwache gehalten. Die ganze Nacht hindurch wurden antifaschistische und revolutionäre Lieder gesungen.

Daraufhin wurde von dem Bezirksvorstand aus den umliegenden Bezirken 5.000 Gendarmen und 1.000 Bullen angefordert, die noch in der Nacht die Hochschule umkreisten und mit automatischen Waffen zu schießen beganngen. Gas- und Nebelbomben leiteten den Angriff auf die Schule ein. Dabei drangen die Bullen bis in den ersten Stock. Eine Schülerin wurde von den Bullen mit dem Gewehrkolben erschlagen, zahlreiche Antifaschisten verletzt. Über 200 Verhaftete wurden in einen Polizeikeller verfrachtet und dort gefoltert. Die Folterknechte benutzten dabei Gewehrkolben, Elektroschocks und die Bastonnade (Schläge auf die Fußsohlen).

Währenddessen verteidigten sich die im zweiten und dritten Stock befindlichen Menschen gegen die Bullen. Immer mehr Menschen versammelten sich vor dem Gebäude, so daß schließlich die Polizisten abziehen mußten. Daraufhin versammelten sich 8.000 Menschen vor der Bezirksverwaltung und forderten die Freilassung der Verhafteten. Obwohl die Bullen wiederum von den Schußwaffen Gebrauch machten, verließen die Demonstranten erst den Platz, als alle Verhafteten freigelassen wurden! Als die Gefolterten die Demonstranten erreichten, wurden wiederum Kampflieder angestimmt und immer wieder gerufen: „Nieder mit Faschismus", „Die Folterknechte werden zur Rechenschaft gezogen"!

Dieser erfolgreiche Widerstand hat die Kampfbereitschaft der Bevölkerung von Usak erhöht. Das zeigten die Beerdigungen, die zu gewaltigen antifaschistischen Demonstrationen wurden.

Zudem ist der Kampf der Bevölkerung von Usak ein Beispiel, wie dem faschistischen Terror der „Grauen Wölfe" und Polizeischergen entgegengetreten werden muß!

Griechenland/Türkei-Kommission

Strafverfolgung wegen des Mordes an Tsarouchas

Acht Offiziere, Unteroffiziere, ein Soldat und ein Polizist des Heeres und der Gendarmerie, von denen vier noch im Dienst sind, sollen in Thessaloniki wegen des Mordes an dem linken Rechtsanwalt und EDA-Abgeordneten Jorjios Tsarouchas vor Gericht gestellt werden. Tsarouchas war der Abgeord-

Jorjios Tsarouchas vor Gericht gestellt werden. Tsarouchas war der Abgeord-

te, der beim Mord an Lambrakjis 1962 in Thessaloniki („Z") von einigen Faschisten fälschlich zunächst für diesen gehalten und brutal zusammengeprügelt wurde. Er entrann damals nur knapp dem Tode.

Am Morgen des 9. Mai 1968 wurde der Mitbegründer der PAM (Patriotische Antidiktatorische Front) auf der Nationalstraße von Thessaloniki nach Athen in der Höhe von Larissa zusammen mit drei anderen Genossen verhaftet.

Sie wurden dann - gegen vier Uhr früh - in die Einrichtungen des 3. Armeekorps verschleppt und in dortige Büros des Geheimdienstes KYP in Isolation gehalten.

Es bestand der Befehl, „um jeden Preis" Informationen aus Tsarouchas herauszuquetschen. Als es dem Generalmajor der Gendarmerie Dhimitrios Stamatopoulos und dem Generalmajor der Infanterie Stefanos Karamberis (beide heute nicht mehr im Dienst) nicht gelang, ihn zum Reden zu bringen, übernahmen die Folterexperten Stavros Anastasiadhis (Oberstleutnant des Heeres) und Michail Kourkoulakos (Major) und andere Folteroffiziere ihre schmutzige Arbeit. (Anastasiadhis ist heute noch im Dienst!)

Zuerst wurde Tsarouchas verprügelt, mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert und von einem zu anderen gestoßen. Wie aus dem Bericht des Untersuchungsrichters und dem Strafverfolgungsbeschluß hervorgeht, wurden

tersuchungsrichters und dem Strafverfolgungsbeschluß hervorgeht, wurden

danach Schlaginstrumente aller Art verwendet. Anastasiadhis gab später gegenüber seinem „*kollegen*" Vasilios Karamitsos in einem vertraulichen Gespräch zu (gemäß der Aussage von Karamitsos): „*Ein wenig habe ich ihm draufgegeben, und er starb mir in den Händen weg ...*"

In der offiziellen Version war die Todesursache dann: „Herzanfall"!

Nach dem jetzigen Gerichtsbeschluß stellten Gerichtsmediziner 14 Wunden am Körper von Tsarouchas fest, die von wilder Mißhandlung herrührten.

Die laufende Strafverfolgung wurde verfügt gegen: Anastasiadhis, Kourkoulakos, Anastasios, Iliakopoulos (Feldwebel der Gendarmerie, noch im Dienst), Vasalios Dachalanis (Gendarm, im Dienst), Panajotis chadzitheodhorou, Fokjion Karapanou (Militärrichter a.D. im Generalmajorsrang), Stefanos Karamberis und Dhimitrios Stamatopoulos.

Michail Kourkoulakos, 45, ist ins Ausland geflohen, mit unbekanntem Aufenthaltsort, („Eleftherotipia", 30. 4.77).

Griechenland/Türkei-Kommission

Das baskische Volk kämpft für seine politischen Gefangenen

Das baskische Volk ist entschlossen, auch den letzten seiner Genossen aus den faschistischen Gefängnissen zu befreien. Der ganze Wahlrummel und alle versöhnlerischen Töne der reformistischen Opposition können dieses tapfere Volk nicht davon abhalten, für die Freiheit der „*besten Kämpfer gegen die Diktatur*" zu kämpfen, wie ein vor kurzem Amnestierter auf einer Pressekonferenz sagte. „*Wir haben die Hoffnung auf eine vollständige Amnestie verloren, aber das baskische Volk wird mit allen Mitteln versuchen, sie zu erreichen, obwohl wir wissen, welchen Preis wir noch dafür zu zahlen haben werden*" („El Pais", 6.5.77).

Eine ganz Reihe der bisher politisch Amnestierten sind nur in provisorischer Freiheit. Es wurde bisher nur etwa die Hälfte der insgesamt etwa 200 politischen Gefangenen freigelassen.

Im Baskenland ist die Forderung nach totaler Amnestie eng verknüpft mit den Forderungen nach Auflösung aller repressiven Organe, und der faschistischen Banden sowie der Errichtung eines wirklich demokratischen Systems in Spanien.

Um die Amnestie-Forderung durchzusetzen, haben die baskischen Pro-Amnestie-Komitees sowie die ganze baskische Linke zu einer Amnestie-Kampagne vom 8. bis 15. April aufgerufen, die mit einem Marsch auf die vier Hauptstädte der baskischen Provinzen enden soll. Wie die ARD-Tagesschau vom 13.5. meldete, haben die spanischen Bullen die Aktionen der baskischen Genossen mit massivem Terror zu unterdrücken versucht. Dabei wurde ein junges Mädchen von den Bullen erschossen...

Freiheit für das Baskenland!

Spanien-Kommission

Spanien

Santiago Carillo: Kniefall vor der Monarchie

Auf der ersten erweiterten Sitzung des Zentralkomitees der spanischen revisionistischen KP (PCE) nach der gerade erfolgten Legalisierung der Partei, vollzog die PCE unter der Führung des Euro„kommunisten"-Häuptlings Santiago Carrillo eine nochmalige scharfe Rechtswendung ihrer gesamten Politik.

Die ZK-Tagung war sicher nicht zufällig auf den 14./15. April gelegt worden: Der 14. April war der 46. Jahrestag der Ausrufung der 2. spanischen Republik, an dem rund 150 Menschen im ganzen Land wegen Verteilung republikanischer Propaganda und bei Demonstrationsversuchen verhaftet wurden. Drei Mitglieder der (nach wie vor nicht legalisierten) ORT wurden wegen Teilnahme an einem Büchertisch am Jahrestag der Republik ins Gefängnis geworfen, angeklagt des „Verbrechens gegen die Staatsform", worauf zwölf bis 20 Jahre Haft stehen („was tun", 28.4.77)!

Am 15. April hatten die „Confederacion Comisiones Obreras", die UGT und USO zu einem Kampftag für Gewerkschaftsfreiheit, Tarifautonomie und Mindestlöhne aufgerufen, an dem sich einige hunderttausend Arbeiter beteiligten.

An eben diesen Tagen verkündete die PCE ihre provokatorischen Thesen, in denen sie ihre Rolle als staatstragende Partei mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck brachte.

Santiago Carrillo faßte dies gegenüber der Presse folgendermaßen zusammen:

Seiner Meinung nach bedeutet die Legalisierung der PCE zwar noch nicht den „demokratischen Bruch" (er forderte in diesem Zusammenhang auch die Legalisierung aller

(er forderte in diesem Zusammenhang auch die Legalisierung aller

Parteien und Organisationen, die sie beantragt haben, also der revolutionären Linken), jedoch „*eine bedeutende Änderung der gesamten politischen Situation in Spanien*". „*Diese Änderung bedeutet die Einbeziehung der PCE in das nationale* (!) *Leben mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten* (!). *Und diese Änderung hat uns nach langen Überlegungen dazu gebracht, unsere Haltung gegenüber den Symbolen und Sinnbildern des Staates, der uns anerkennt, zu überdenken. Und da sie diesen Staat, der uns anerkennt, repräsentiert, haben wir beschlossen, die Fahne des spanischen Staates, die zweifarbige Fahne heute hier im Versammlungsraum des Zentralkomitees an die Seite der Fahne unserer Partei zu stellen, die rot ist und bleiben wird* (??) *mit Hammer und Sichel. In der Zukunft wird auf allen Parteiveranstaltungen neben unserer Fahne die Fahne mit den offiziellen Staatsfarben vorhanden sein*" („Mundo Obrero", 20.4.77).

Nun ist die gelb-rote Fahne des spanischen Staates wie kaum eine andere Nationalfahne ein Inbegriff des Franco-Faschismus gewesen, der errichtet wurde auf mehr als einer Million Leichen von Demokraten und Kommunisten der Republik im spanischen Bürgerkrieg (1936 bis 39).

Die gelb-rote Fahne ist der Inbegriff von 40 Jahren Folter, Gefängnis und Mord an spanischen Antifaschisten, das Symbol von Guardia-Civil-Terror sowie zugleich der Ausdruck der Unterdrückung der spanischen Nationalitäten unter die Knute des zentralisierten Polizei- und Unterdrückungsapparates von Madrid.

Für Carrillo ist sie heute jedoch „*die Fahne aller Spanier, unabhängig von ihren politischen Ideen*". Offenbar will Carrillo deutliche Zeichen setzen und nimmt auch einigen Widerstand der PCE-Basis, bzw. der regionalen PCE-Organisation in Kauf, die angesichts dieses ZK-Beschlusses recht „verwirrt" sind. 20 mittlere Funktionäre, langjährige Mitglieder der katalanischen PC (PSUC), die sich als „katalanische nationale Partei" versteht, meinten, daß die Parteibasis diesen Beschluß nicht akzeptieren wird („El Pais", 20.4.77). Ein Mitglied der PSUC äußerte: „*Keine demokratische katalanische Partei stellt die spanische Fahne bei ihren Versammlungen auf. Wenn die PSUC es tut, wird sie allein bleiben, ohne Mitglieder und ohne Sympathisanten*" („El Pais", 20.4.77).

Die katalanische PSUC ist übrigens wie alle anderen linken nationalistischen Organisationen noch nicht legalisiert. Wenn sie die ZK-Beschlüsse akzeptiert, wird es dann wohl auch nicht mehr viel an ihr zu legalisieren geben – auch eine Art der Liquidierung abweichender Meinungen innerhalb der PCE... Im Baskenland wird die PCE jetzt wohl vollends unterdurch sein. Dort haben in den vergangenen Monaten ganze Städte und Dörfer für das Hissen der baskischen Fahne (ikurrina auf den Rathäusern gekämpft!



Santiago Carrillo: Hofnarr der spanischen Monarchie

Und falls die PCE es mit dem Aufstellen der spanischen Nationalfahne in den Regionen nicht schafft, alle Anhänger der nationalen Autonomie zu vergraulen, dann schafft sie es bestimmt mit einigen weiteren Zitaten von Carrillo: „*Spanien ist eine historische Realität, die wir immer verteidigt haben und immer verteidigen werden und bei Aufrechterhaltung der Vielfalt* (der bunten Trachten? – AK) *der verschiedenen Völker Spaniens, sind wir überzeugt, daß wir energische und weitblickende Verteidiger unseres gemeinsamen Vaterlandes sind*" („Mundo Obrero", 20.4.77). Wenn das Aufstellen der Faschistenfahne auch der bisher provokatorischte Ausdruck der Versöhnung der spanischen PCE-Führung mit den alten Machthabern ist, so bilden die politischen Leitlinien dieser ZK-Tagung doch die eigentliche Grundlage dazu.

Carrillo kam in seiner Erklärung der ZK-Beschlüsse zur Feststellung, daß die Monarchie fortschreitend die demokratischen Freiheiten wiederherstelle, und da dies nach Carrillo so sei, könnten „*unsere Partei und die demokratischen Kräfte die Monarchie als ein konstitutionelles und demokratisches Regime betrachten (...) Es ist wahr, und die ganze Welt weiß es, daß wir die Republik verteidigt haben und daß die Ideen unserer Partei republikanisch sind, aber heute besteht die Wahl nicht zwischen Monarchie oder Republik, sondern zwischen Diktatur und Demokratie*" („Mundo Obrero", 20.4.77). Als wenn die Monarchie nicht die Fortsetzung der Diktatur wäre. Carrillo kann nur auf die Vergeßlichkeit der Menschen spekulieren.

„Konstitutionelle Monarchie" – das klingt wie „England" oder „Belgien" ... Warum also nicht? Der kleine Unterschied zu Spanien besteht nur darin, daß z.B. die englische Monarchie rein repräsentative Funktion hat und keine politischen Entscheidungen treffen kann, während der spanische König mit sämtlichen Vollmachten des Despoten Franco ausgestattet ist. Er ist z.B. oberster Armeechef, „*er wacht über die öffentliche Ordnung im Innern und die Sicherheit des Staates nach außen; in seinem Namen wird Recht gesprochen; er hat das Recht des Gnadenerlasses; er verteilt in Übereinstimmung mit den Gesetzen* (Francos – versteht sich – AK) *Posten, öffentliche Ämter und Ehren...*" (Art. 6 des Staatsgesetzes). Er kann also wie ein Herrscher des absolutistischen Zeitalters regieren. Vor allen Dingen ist der „idiotische König" (pelele), der von Franco erzogen und eingesetzt wurde, ein Ausdruck der Kontinuität des Franco-Regimes und macht diesem Auftrag alle Ehre. Immerhin hatte die PCE noch 1974, im Programm der „Demokratischen Junta" sowohl die Einsetzung einer Provisorischen Regierung gefordert, die dem Volk alle Freiheiten zurückgibt, sowie eine Volksabstimmung über die Staatsform gefordert. Heute jedoch ist für sie diese Monarchie selbst schon die Garantin der Demokratie und insofern auch nicht mehr durch Volksabstimmung infrage zu stellen.

So hat sich die spanische Monarchie durch die Legalisierung der PCE, für die hunderttausende spanische Demokraten mitgekämpft haben, in Gestalt des Santiago Carrillo wahrhaftig nicht mehr als einen brauchbaren Hofnarren eingekauft.

Auch die neue Verfassung stellt kein Problem für Carrillo dar. Der „konstitutionelle Pakt" wird in dem am 15. Juni zu wählenden Parlament ausgehandelt – wenn sich die Mehrheit der Abgeordneten dazu bereit findet... Die Rechte (von Fragas „Volksallianz" bis zum „Demokratischen Zentrum", für das Ministerpräsident Suarez kandidiert) wird mit absoluter Sicherheit eine ebenso absolute Mehrheit in diesem Gremium haben und kann Bisheriges ungebrochen fortsetzen.

mium haben und kann Bisheriges ungebrochen fortsetzen.

Aber wie sonst sollte Carrillo seine Politik der „Mäßigung" erklären, als mit immer neuen Illusionen und Versprechen auf Veränderungen von oben?

Einen unbestreitbaren Höhepunkt der Thesen der „königlichen Kommunistischen Partei" Spaniens stellen allerdings ihre Wahlaussagen bezüglich der „*Nationalen Verteidigung und der Öffentlichen Ordnung*" (Ziffer XVII) dar:

„*Modernisierung der Streitkräfte, um ihre höchstmögliche berufliche Qualifikation zu erreichen; Entwicklung einer nationalen militärischen Technologie und Industrie; Vergütungen, die eine volle und würdige Hingabe ermöglichen; engere Gestaltung der Beziehung Militär – Volk. ,All das, um die besten Bedingungen zur Verteidigung der Souveränität und des Staatsgebietes zu garantieren, im Falle, daß dies bedroht ist. Die PCE tritt für eine demokratische Politik der öffentlichen Ordnung ein und wird die Bürgerrechte und ökomischen Rechte derjenigen verteidigen, die die Einheiten mit dieser Funktion bilden*' " („Mundo Obrero", 20.4. 77 – der erste Teil ist von „MO" selbst zusammengefaßt).

Diese Haltung zu Spaniens faschistischen Streitkräften und Bürgerkriegspolizei läßt Schlimmes befürchten, sollte die PCE jemals in die reale Machtstellung ihrer italienischen Schwesterpartei kommen, die auf dem Gebiet der unmittelbaren Repression in den von ihr regierten Städten gegen spontane Bewegungen ja schon einiges vorgemacht hat. Doch angesichts der spanischen Verhältnisse ist die italienische Perspektive der „Mitregierung" erstmal ein ferner Wunschtraum, oder wie es die Genossen von der spanischen revolutionären Organisation MC ausdrückten:

„*Zweifellos gibt es einige, die denken, daß die Kommunistische Partei sich mit einem Schafspelz zu bedekken versucht, um den Reformwolf zu täuschen. Wir hingegen meinen, wenn die PCE den Schafspelz ablegt, wird nichts weiter als ein gehäutetes Schaf zum Vorschein kommen*" („Servir al pueblo", 2. Maihälfte 77).

Spanien-Kommission

Juan Carlos in der BRD: Ein „Bomben"geschäft

Juan Carlos, den die Spanier den „idiotischen König" nennen, hielt sich samt Familie vom 18.-22. April zu einem Staatsbesuch in der BRD auf. Seinem Besuch wurde von beiden Seiten höchste Bedeutung beigemessen; doch trotz aller höfischen Etikette, war klar, wer hier wen hofierte: Zum einen spielt die SPD/FDP-Regierung im Prozeß der spanischen sogenannten Demokratisierung die Rolle des Kronzeugen der Verteidigung und hat auch bei diesem Besuch wieder alles (Presse, Rundfunk, Fernsehen) in Bewegung gesetzt, um die Glaubwürdigkeit des Demokratisierungsprozesses in Spanien der westdeutschen Bevölkerung einzureden. Gleichzeitig hat die Wirtschaftsmacht BRD das entscheidende Wort bei der Frage des Wann und Wie von Spaniens Eintritt in die EG zu sagen sowie in Abstimmung mit den USA, das Wann und Wie von Spaniens Aufnahme in die NATO zu bestimmen. In diesen Fragen wurde Spanien wie bisher auf später vertröstet. Hingegen kam es hinter den Kulissen von Frackschleifen, Hauskonzerten und Galadiners zu handfesten wirtschaftlichen Absprachen, durch die sich die BRD-Imperialisten in hunderten von Millionen-Mark-Höhe in Spanien einkaufen. Das spektakulärste Geschäft, das mit diesem Besuch verknüpft ist, schloß die inzwischen berühmt-berüchtigte KWU ab: sie wird Spanien mit westdeutschen Atomkraftwerken beliefern - vier Stück an der Zahl!

In geradezu widerwärtiger Weise machte sich die westdeutsche Presse zur Propagandistin der spanischen Monarchie und deren politischen Programm. Der politisch total unfähige Franco-Zögling wurde dem westdeutschen Publikum nicht nur menschlich nahe gebracht (*„Der 1,92 Meter lange Bourbonensproß ist ein überdurchschnittlich guter Judoka, Segler und Skifahrer"*, Hamburger Morgenpost, 19.4.77), sondern auch politisch zum unumstrittenen *„Motor demokratischer Reformen"* hochgejubelt (Süddeutsche Zeitung-SZ-, 18.4.77). Den Gipfel an Verkommenheit leisteten sich mal wieder Springers Redakteure. Sie bemängelten spaltenweise, daß sich einige Bonner Prominente statt im Frack in Smoking und Fliege zum Gala-Dinner präsentierten, um damit ihre *„republikanische Gesinnung"* zu demonstrieren:

„Man hat sich seit langem daran gewöhnt, daß diese Republik ein gestörtes Verhältnis zur deutschen Tradition (!) hat. Doch offenbar nicht

„Man hat sich seit langem daran gewöhnt, daß diese Republik ein gestörtes Verhältnis zur deutschen Tradition (!) hat. Doch offenbar nicht nur zu ihr. Der Besuch des spanischen Königspaares ließ einen aufschlußreichen Blick in die verkrampfte Einstellung tun, die viele linke Reformer zu jeder Art von Tradition, der fremden wie der eigenen, haben" (Welt, 22.4.77). Die Sehnsucht nach Glanz und Gloria deutscher Kaiser- und anderer Reiche, wird von der Springerpresse offen zur Schau getragen.

Während Bundespräsident Scheel noch *„Augenmaß und Weitblick"* lobte, mit denen Spaniens König sein Land in die *„richtigen Bahnen"* lenke (SZ, 20.4.77), wurden hinter den Kulissen weitreichende politsche und wirtschaftliche Abmachungen getroffen. An einem vertraulichen „Arbeitsfrühstück" von Juan Carlos mit *„sieben sehr einflußreichen Persönlichkeiten der deutshcen Wirtschaftswelt"* nahmen in trauter Eintracht auch fünf führende Gewerkschaftsfunktionäre, darunter DGB-Chef Vetter ,teil (El Pais, 21.4.77).

Das große Atomgeschäft

„In die richtigen Bahnen" lenkte Juan Carlos die Geschicke Spaniens im Sinne der BRD-Imperialisten, indem er als „Gastgeschenk" bei der KWU zwei Atomkraftwerke mit einer Leistung von jeweils über 1000 Megawatt orderte. *„Und die Chancen stehen gut, daß die KWU auch für den Bau von zwei weiteren Großreaktoren den Zuschlag erhält, nachdem Friderichs dem Industrieminister Carlos', Perez Bricio, dafür großzügige Finanzhilfe aus Bonn versprochen hatte"* (Spiegel, 25.4.77). (Die KWU hatte gerade kurz zuvor grünes Licht für den Export eines Reaktors im Wert von 560 Mio. Mark nach Portugal erhalten!).

Wenige Tage später wurde bekannt, daß ein westdeutsches Banken-Konsortium Spanien einen Kredit in Höhe von 500 Mio. Mark gegeben hat, *„zur festgelegten Verwendung, die im Augenblick noch nicht bekannt ist"* (El Pais, 6.5.77). Der Gedanke liegt nicht allzu fern, daß hier ein Teil des spanischen Atomprogramms im eigenen Interesse vom BRD-Imperialismus vorgeschossen wird. Ob dies Milliardengeschäft nur der Anfang eines Einbruchs in die von den USA beherrschte AKW-Landschaft in Spanien ist, bleibt abzuwarten. Jedenfalls beschwert sich die spanische Großindustrie schon seit einiger Zeit über zu einengende Auflagen der US-Lieferanten, die zudem durch die neuen Maßnahmen Carters verschärft werden. In welchen Dimensionen über eventuelle Atomgeschäfte mit Spanien spekuliert wird, zeigt folgende Meldung:

„Der König selbst lehnte Spekulationen darüber ab, daß die Bundesrepublik als Lieferant für die bis Mitte der 80er Jahre geplanten 13 Kernkraftwerke in die Bresche springen solle, nachdem spanische Elektrizitätsgesellschaften damit gedroht haben, Aufträge bei den traditionellen US-Lieferfirmen Westinghouse und General Electric wegen politischer und technischer Schwierigkeiten zu stornieren" (PPP, 18.4.77). Spanien, das bisher nur 3 AKW's in Betrieb hat, will bis 1985 insgesamt 39 dieser mörderischen Anlagen fertiggestellt haben.



Schmidt: Immer eine Nasenlänge voraus . . .

Schmidt: Immer eine Nasenlänge voraus . . .

Was die „politischen und technischen" Schwierigkeiten mit den USA anbetrifft, so ergeben sie sich daraus, daß Spanien sich bisher geweigert hat, dem Atomwaffen-Sperrvertrag beizutreten und von den USA als ein Land betrachtet wird, das in Kürze in der Lage ist, selbst Atomwaffen herzustellen und weiterzuverbreiten. Spanien ist wegen seiner Westinghouse/Electric-Verträge verpflichtet, Uran einzig und allein aus den USA zu beziehen, sowie dessen Wiederaufbereitung nur mit Kenntnis und unter Kontrolle der USA durchzuführen (Diario 16, 14.4.77) – so sieht es das Kernkraft-Abkommen zwischen Spanien und den USA von 1974 vor. Inzwischen hat sich die neue Carter-Administration geweigert, die abgebrannten Brennelemente aus spanischen Kernkraftwerken wie bisher wieder aufzubereiten und droht im Falle, daß Spanien sie anderswo aufbereiten läßt, mit der Einstellung der Lieferungen an angereichertem Uran (El Pais, 12.4.77).

„Die Deutschen hingegen verkaufen ohne Bedingungen – ihre Kunden können das Uran von Kanada oder Südafrika (!) beziehen und es in der Bundesrepublik (wo denn, wie denn???), Frankreich oder der Sowjetunion (!) anreichern lassen" (Spiegel, 25.4.77).

Es ist bezeichnend, daß die BRD-Imperialisten bevorzugen, ihre Atomgeschäfte mit Ländern abzuschließen, die an keine internationalen Atomwaffen-Kontrollen gebunden sind (Brasilien, Iran, Spanien...)! Angeblich hat der spanische Industrieminister schon einen Vertrag mit der Sowjetunion in der Tasche, die dem zukünftigen NATO-Land Spanien das benötigte angereicherte Uran zusichert. Demnach zerbricht sich die Sowjetführung bei solchen Geschäften offenbar weniger den Kopf über die kriegerische Verwendung des Spaltmaterials als die USA... (Cambio 16, 1.5.77).

„Marshall-Plan" für Spanien

Spanien steht vor einer wirtschaftlich katastrophalen Situation. Es hat eine Inflationsrate von jährlich 30%, 6% Arbeitslosigkeit (die spanischen Arbeitsemigranten nicht mitgerechnet). Spanien hat Auslandsschulden und -verpflichtungen, die in diesem Jahr die 18 Milliarden-Dollar-Grenze überschreiten, ein jährliches (!) Handelsbilanzdefizit von 10 Milliarden Dollar (Cambio 16, 15.5.77).

Angesichts dieser Situation und den von den Imperialisten als günstig eingeschätzten politischen Verhältnissen in Spanien, ist offenbar ein internationales „Hilfsprogramm" für Spaniens notleidende Industrie im Anlaufen, das in der spanischen Presse schon mit dem „Marshall-Plan" für das heutige Westdeutschland nach '45 verglichen wird (ein ähnliches „Hilfsprogramm" läuft übrigens bereits für Portugal).

Die USA sollen sich zunächst zu einer 500 Mio. Dollar-Spritze bereit erklärt haben (El Pais, 8.5.77).

„Internationale Finanzkreise äußerten, daß dieser erste Kredit nur der Anfang einer langen Reihe von Deviseneingängen sei – mehr als 2 Milliarden – die die spanische Wirtschaft in den nächsten 2 Jahren in gewissen Abständen braucht" (Cambio, 15.4.77) .

In London wurde dem spanischen Präsidenten des Nationalen Industrieinstituts (INI) eine 60 Millionen-Dollar-Anleihe von 15 internationalen Banken überreicht, was derselbe zutreffend als einen Beweis *„des Vertrauens, das die Welt in die politische und ökonomische Zukunft Spaniens"* hat, wertete (El Pais, 6.5.77).

Außerdem soll der „Internationale Währungsfond" (IWF) mit einem Sonderhilfsprogramm für Spanien einspringen.

Japanische Finanzkreise werden Ende Mai mit Spanien einen Kredit zwischen 150 Mio. und 200 Mio. Dollar abschließen. Aus den Erfahrungen mit den BRD-Krediten an Italien ist bekannt, daß die Imperialisten das Geld nicht ohne bestimmte politische und wirtschaftliche Auflagen geben. So hat die spanische Oligarchie nach den Wahlen nichts Eiligeres vor, als einen „sozialen Pakt" auszuhandeln, der den ohnehin geringen Lohn der spanischen Arbeiter noch weiter senken soll.

Doch nicht nur der politische Einfluß, der über Kredite auf Spanien genommen werden kann, ist von In-

Doch nicht nur der politische Einfluß, der über Kredite auf Spanien genommen werden kann, ist von Interesse für EG- und US-Imperialismus. Die BRD kann auch zufrieden sein mit ihrem Handel mit Spanien. Während sie 1976 Waren im Wert von 4,9 Mrd. Mark lieferte, brauchte sie Spanien nur den Warengegenwert von 2,55 Mrd. Mark zu bezahlen. Die BRD ist der zweitgrößte Handelspartner Spaniens nach den USA. Der spanische Ministerpräsident Suarez, der sich Ende April zu einem Staatsbesuch in Washington aufhielt, „erinnerte" die versammelten Spitzenvertreter der US- Industrie (u.a. ITT, IBM, Mobil Oil, Firestone, Dow Chemical, usw. usw.), insbesondere daran, wie gut sich Spanien zum Investieren eignet, da ein freier Kapital- und Devisentransfer laut spanischer Gesetzgebung garantiert sei. Dieser Aufforderung ans internationale Kapital war gerade das Haus Ford mit einer 800 Mio. Dollar-Investition in Spanien nachgekommen.

Auch die Stuttgarter Mercedes-Bosse haben nach dem Besuch von Juan Carlos bekanntgegeben, daß sie ein großes Montagewerk auf den Kanarischen Inseln bauen wollen, das 5000 Arbeiter ausbeuten soll (El Pais, 5.5.77).

„Unser legaler Rahmen zur Aufnahme ausländischen Kapitals ist attraktiv und dessen Anwendung liberal", so warb Suarez in den USA für den Ausverkauf der spanischen Arbeitskraft und der Reichtümer des spanischen Volkes an die imperialistischen Konzerne, um den Bankrott der spanischen Oligarchie aufzuhalten.

In diesem Sinne war der Juan Carlos-Besuch in der BRD sicher nur der Auftakt für ein deutsch-spanisches Verhältnis, in dem sich die Abhängigkeit Spaniens ständig vergrößert und die Großmachtrolle der BRD-Imperialisten in Europa neue Dimensionen gewinnt.

Spanien-Kommission

Meldungen von der spanischen Anti-AKW-Front

Nationale Koordination der AKW-Gegner.

Am 1. Mai trafen sich in Soria etwa 100 Delegierte, die aus 24 spanischen Provinzen kamen, um die einzelnen örtlichen Initiativen aus ihrer Isolation herauszuführen und ein national koordiniertes Vorgehen gegen das spanische Atomprogramm zu erreichen. Es wurde die Herausgabe eines regelmäßigen Informationsblattes beschlossen, sowie die Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung aller Teilnehmer dieses Treffens.

Mitglieder des neugewählten Koordinationsausschusses erklärten, daß es ihnen u.a. darum gehe, zu verhindern, daß die Elektrizitätskonzerne, ihre Baupläne bei zu großem Widerstand der Bevölkerung einfach auf Zonen verlagern, wo weniger Widerstand zu erwarten sei.

„Wir wollen auch unsere Kontakte mit anderen Atomkraftgegnern im Ausland verstärken, die sich bereits in einem viel fortgeschritteneren Stadium befinden" (El Pais, 3.5.77).

Der Sprecher witzelte über ihre angebliche Finanzierung von CIA, KGB, Ölgesellschaften usw. und meinte: *„Leider kostet unser Kampf gegen die Atomkraftwerke nur unser eigenes Geld, aber um die deutsche Parole zu gebrauchen:,Lieber heute aktiv, als morgen radioaktiv' "* (El Pais, 3.5.77).

6.000 AKW-Gegner in Xove

Am 10. April (Ostersonntag) kam es in Galizien (Atlantikküste) zu einer großen Protestaktion gegen den geplanten Bau eines AKW's in der Nähe des Dorfes Xove (Provinz Lugo).

Aufgerufen zur Demonstration hatte die linke UPG (Union des Galizischen Volkes) und die ANPG (ein Zusammenschluß der galizischen Opposition). Im Schweigemarsch marschierten 4000 AKW-Gegner vom

(ein Zusammenschluß der galizischen Opposition). Im Schweigemarsch marschierten 4000 AKW-Gegner vom

Sammlungsort Videiro 12 Kilometer an der Küstenstraße längs nach Xove. Ein Genosse, der sich zu der Zeit in Spanien aufhielt, berichtet: *„Es war abgemacht worden, während des Marsches keine Transparente oder politischen Symbole mitzuführen oder Parolen zu rufen. Als dann aber die 4000 Marschierer auf dem Kirchplatz von Xove von weiteren 2000 AKW-Gegnern empfangen wurden, bekam die Kundgebung einen militanten Charakter: auf das verabredete Zeichen hin, das vom Kirchturm gegeben wurde, verwandelte sich der Schweigemarsch in eine Kundgebung von „AKW-Nein"- und „Galizien-Ja"-Rufen. Dutzende Transparente mit den galizischen Nationalfarben wurden entrollt...".*

Offenbar kam es in dieser Situation zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung zwischen linken Demonstranten und rechten Abwieglern der KP Galiziens (PCG). Deren Chef wollte reden, obwohl verabredet worden war, daß nur die Landarbeiter reden sollten. UPG-Genossen verhinderten seinen Auftritt mit der Begründung, daß *„er und seine Partei nur nach Xove gegangen sind, um zu provozieren und den Protest für sich zu kapitalisieren, für den sie bisher keinen Finger gekrümmt haben"* (Cambio16, 1.5.77).

Der PCG-Sprecher verteidigte sich, er habe nur das Megaphon nehmen wollen, um zur Ruhe aufzufordern und das Rufen politischer Parolen zu verhindern (!!). Die UPG habe die eigentlichen Ziele der Demonstration manipulieren wollen... (Cambio 16, 1.5.77). Die Politik der Revisionisten ist dieselbe über alle Grenzen hinweg.

PANORAMA NUCLEAR

Atomares Panorama in Spanien: 39 AKW's bis 1985

„Kleiner technischer Unfall"

In dem thermischen Kraftwerk Endesa (La Coruna) kam es zu einem radioaktiven Unfall. Die Fabrikleitung: *„....Wir verstehen nicht, warum es aufgrund eines so kleinen technischen Unfalls zu einer solchen Psychose kommen kann"* (El Pais, 28.4.77). Immerhin: *„In der Bevölkerung verbreitete sich das Gerücht (?!), 150 Personen seien radioaktiv befallen"* (Frankfurter Rundschau-FR-, 29.4.77). Der kleine technische Unfall bestand darin, daß ein Gammastrahlengerät, das zur Beobachtung eines defekten Dampfrohres eingesetzt worden war, 2 Tage lang im

mastrahlengerät, das zur Beobachtung eines defekten Dampfrohres eingesetzt worden war, 2 Tage lang im

Flur der Montagewerkstatt stehen gelassen wurde, obwohl bekannt war, daß es defekt war. Da keine Geiger-Zähler vorhanden waren, wurde die radioaktive Strahlung von den Arbeitern erst so spät bemerkt. Die ärztliche Untersuchung, die sie alle gefordert haben, werden sie wohl von der sich taub stellenden Firmenleitung nicht bekommen.

Spanien-Kommission

Massenhafte Streiks der Bauarbeiter

Im April zeigten besonders die spanischen Bauarbeiter aufs neue ihre Kampfbereitschaft, um ihre ökonomischen Forderungen durchzusetzen. Die größte Streikbeteiligung fand sich in Barcelona, wo ca. 130.000 Arbeiter über drei Wochen lang im Streik standen. Dort kam es auch zu stärkeren Auseinandersetzungen zwischen streikbereiten Arbeitern und Funktionären der Vereinigten Sozialistischen Partei von Katalonien (PSUC – katalonische Revisionisten), die vor allem während der letzten Woche andauernd zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderten. Auf den täglich stattfindenden Vesammlungen, auf denen jeweils rund 2.000 Arbeiter anwesend waren, wurde die PSUC bis zum 16.4. jedoch immer wieder deutlich überstimmt, und der Streik wurde mit einer konstanten Beteiligung fortgesetzt. Am 13.4. wurde ein PSUC-Mitglied geohrfeigt, das seinen Rücktritt aus dem Streikkomitee bekanntgab. (Im Streikkomitee stellte die PSUC 18 von 24 Mitgliedern, so daß das Komitee wegen der schnellen Radikalisierung der Kämpfe den Stand der Bewegung bald nicht mehr repräsentierte; kurz vor Ende des Streiks wurden 7 PSUC -Mitglieder von den Arbeitern rausgeworfen). Erst am 19.4. beschloß die Delegiertenversammlung den Abbruch des Streiks.

In Almeria streikten 10.000 von 12.000 Bauarbeitern vom 11.4. an über eine Woche, um einen einheitlichen Tarifvertrag und die Wiedereinstellung aller in den letzten Jahren entlassenen Arbeiter zu erzwingen. Zu weiteren Streiks kam es in Vigo, dort im Zusammenhang mit dem Kampftag für freie Gewerkschaften am 15.4. Mindestens 23 Arbeiter wurden verhaftet, ein Arbeiter wegen „Unverschämtheit" entlassen. Der Streik dauerte bis zum 19.4. an, ebenso wie in Barcelona. 29.000 Arbeiter (98% aller Beschäftigten) legten am 14.4. in Asturien die Arbeit nieder als Druckmittel für die Tarifverhandlungen am 30. April. Hauptforderungen waren: 27.000 Pts. Mindestlohn, voller Lohnausgleich bei Krankheit und im Ruhestand, Einführung der 40-Stunden-Woche u.a.

Gegen die Entlassung von mehreren streikenden Kollegen streikten in Vitoria am 19.4. bei Invisa 200 und bei Ural 106 Bauarbeiter. Auch in Madrid, Gerona und anderen Städten kam es zu Streiks, (in Madrid streikten mindestens 45.000) allerdings von kürzerer Dauer.

Spanien-Kommission

Streik der Madrider Feuerwehrleute

Derjenige Streik, der im April am meisten Aufsehen erregte, war der 9-tägige Streik der Madrider Feuerwehrleute („Bomberos"), der zunächst zu einer recht schnellen Radikalisierung führte, letztendlich aber in einer völligen Niederlage der 700 Beamten endete.

Am 11.4. verweigerten die Bomberos ihre Einsätze und Übungen („außer in dringenden Fällen"), um ihren bereits im letzten Oktober aufgestellten Forderungen Nachdruck zu verleihen: Angleichung an die anderen städtischen Beschäftigten, Umstrukturierung ihrer Arbeit, Lohnerhöhung, Bezahlung der häufigen Überstunden nach Gesetz, außerordentliche Zuwendungen, Essenszuschüsse u.a. Zu dieser kämpferischen Haltung kam es jedoch erst, nachdem über 500 (!) Eingaben der Bomberos bis zum Februar nicht die geringste Wirkung zeigten.

Die Antwort der Stadtverwaltung bestand darin, an die „Verpflichtungen" der Feuerwehrleute zu appellieren und in einem Besuch des Bürgermeisters gleich nach Beginn des Streiks, bei dem er den Bomberos – „meinen Bomberos" – die Zahlung von Essenszuschüssen anbot, sie aber gleichzeitig aufforderte, eine „legale" Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen zu wählen. Diese Aufforderung wurde ausdrücklich abgelehnt: *„Vorher wollen wir die Antwort auf unsere Petition hören. Wenn man die Kommission bilden würde, ohne daß man unsere Forderungen erfüllt, gehen wir das Risiko ein, daß man uns wieder betrügt"*, sagte ein Vertreter der Beamten. Stattdessen forderten die Bomberos direkte Verhandlungen mit dem Bürgermeister und gingen mit Transparenten auf die Straße: *„Mehr Taten, weniger Sprüche!" „Legalisierung unserer Vertreter", „Madrid unterstützt uns, der Bürgermeister nicht. Wir lieben Madrid, den Bürgermeister nicht!"* Am dritten Streiktag tauchten dann die Bullen vor den Wachen auf, um von den Bomberos die Herausgabe der Transparente zu verlangen. Nach kurzer Diskussion beschloß man dagegen, die Transparente nicht freiwillig herauszugeben, sich aber auch nicht zu wehren, wenn die Polizei sie von sich aus beschlagnahmt.

Der Konflikt verschärfte sich, als sich am 14.4. über 70 Beamte in der Nacht in ihren Wachen einschlossen. Am nächsten Morgen rückten Einheiten der „Anti-Unruhe-Truppe" der Polizei an, um die Wachen zu räumen. Nach 15minütigen Beratungen verließen die Bomberos die Wachen, nicht ohne ihre Gerätschaften, wie Spitzhacken, Seile, etc. mitzunehmen. 280 Soldaten aus drei Regimentern der Land- und Luftstreitkräfte übernahmen die geräumten Wachen, worauf es mindestens alle 15 Minuten einen Fehlalarm gab, um gegen diese Maßnahmen zu protestieren.

Die Bomberos zogen in Dreierreihen eingehakt in Richtung auf den Plaza de la Villa, um dort ihren Protest kundzutun, wurden jedoch von starken Polizeikräften daran gehindert, woraufhin sie sich in einer naheglegenen Kirche versammelten. Aus Solidarität mit den Bomberos führten die Arbeiter der Madrider Gartenbaubehörde einen einstündigen Streik durch.

Nachdem die Wachen geräumt waren und innerhalb der Bomberos bereits eine gewisse Unsicherheit entstanden war, wurde dies von der Gemeindeverwaltung genutzt, um Gerüchte in die Welt zu setzen, daß sich 75 % der Beamten bereits schriftlich damit einverstanden erklärt hatten, in die Wachen zurückzukehren und den Dienst wiederaufzunehmen. Doch erst nach diesen Gerüchten waren – nach Angaben von Vertretern der Bomberos – viele Feuerwehrleute bereit, ihre Rückkehr in die Wachen zu fordern. Als die Verwirrung perfekt war, schlug die Gemeindeverwaltung zu: 24 Bomberos wurden entlassen, massive Drohungen, Lügen und Einschüchterungen erreichten es, daß zunächst die Bomberos aus zwei Wachen, am 19.4., dann alle Bomberos zum Dienst zurückkehrten und die vom Bürgermeister geforderten Wahlen zu einer „legalen" Kommission durchführten. Zu einer breiten Solidaritätsbewegung mit den Entlassenen kam es nicht.

In seiner Position der Stärke nutzte der Gemeinderat die Niederlage der Bomberos, um gleich noch härter durchzugreifen: Am 25.4. wurden Anordnungen erlassen, um die Feuerwehrleute im Dienst noch weiter zu schikanieren. So werden während der 24-stündigen Bereitschaft Aufseher eingesetzt, die es verhindern, daß die Bomberos auch nur zum Einkaufen ihre Wachen kurz verlassen können, was vorher nie Grund für Konflikte gewesen war.

Spanien-Kommission

PSOE contra PLO - eine Nachlese

Ein recht bezeichnender Vorfall auf dem letzten Kongreß der spanischen sozialdemokratischen PSOE ist uns leider „durch die Lappen gegangen". Er ist aber auch jetzt noch aktuell, insofern er die Abhängigkeit dieser auf links getrimmten „sozialistischen Arbeiterpartei" von den Richtlinien der „Sozialistischen" Internationale und da insbesondere von den Positionen der bundesdeutschen SPD deutlich macht.

Der „Vorfall" wurde von der spanischen revolutionären Organisation MC („Kommunistische Bewegung") in ihrem Organ „Servir al pueblo" (2. Januarhälfte 1977) dokumentiert. Wir zitieren:

„In einer Mitteilung der PLO an unsere Partei erklärt diese die Position der Palästinenser und das Verhalten der Führer der PSOE. Gemäß dieser Mitteilung hatte das Mitglied der Exekutiv-Kommission und Sekretär für Außenbeziehungen der PSOE, Luis Yanez, in einem Gespräch mit den Palästinensern diese zum Kongreß und zu einer Rede dort eingeladen und gleichzeitig gesagt, daß sie verpflichtet seien, auch ein Mitglied der „Partei der Arbeit" Israels einzuladen. Der Sprecher der PSOE brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, daß diese zionistische Partei von den Palästinensern entlarvt würde und vom Kongreß ausgeschlossen würde, wie es vor kurzem auf dem Kongreß der Sozialistischen Jugend geschehen war. Soweit die Vorschläge. Als der Kongreß begonnen hatte und als die Rede der „Partei der Arbeit" Israels angekündigt wurde, zogen die Palästinenser aus dem Sitzungs-Saal aus, wobei sie großen Solidaritäts-Beifall von Teilen der Kongreßteilnehmer erhielten, begleitet von Parolen zur Unterstützung des palästinensischen Volkes und gegen den Zionismus. Mit den Palästinensern verließen die FLN, Algerien, und die Frente POLISARIO den Saal, sowie 30 Mitglieder der PSOE. In diesem Augenblick wandte sich der Herr Yanez an die Vertreter der PLO, verlangte eine Erklärung über sein Verhalten und sagte, daß das Exekutiv-Komitee der PSOE beschlossen hatte, den palästinensischen Vertretern den Zugang zum Kongreß zu verbieten, falls sie bei der Rede der Israelis ausziehen würden. Der Vertreter der PLO antwortete daraufhin, falls diese Drohung wahrgemacht würde, würden sie das Geschehene sofort auf einer Pressekonferenz bekanntmachen. Bei späteren Gesprächen mit leitenden Mitgliedern der PSOE zogen diese ihre Drohung zurück und garantierten den Palästinensern, daß sie auf der Klausur des Kongresses reden dürften. Die Rede konnte schließlich nicht gehalten werden, da sie im Programm gar nicht vorgesehen war" („Servir al pueblo", 2. Januarhälfte 1977).

Die MC merkt dazu richtigerweise an: *„Die offizielle Haltung der PSOE auf dem Kongreß zum palästinensischen Problem und trotz der Opposition eines bedeutenden Teils der Basis ignoriert in olympischer Weise das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und sein Recht auf einen demokratischen palästinensischen Staat. Sie sehen das Problem so: 'Die PSOE anerkennt die Notwendigkeit der unabhängigen Existenz beider Völker, des palästinensischen und des israelischen'.*

Bis dahin haben die außenpolitische Abhängigkeit und die ökonomische Unterstützung der Sozialistischen Internationale geführt, deren Rolle in der Dritten Welt, wo sie die zionistische Repression unterstützt und über die „Partei der Arbeit" Israels den rassistischen Regierungen von Rhodesien und Südafrika hilft, sich offen gegen die Sache der Befreiung der Völker richtet.

Spanien-Kommission

USA

Jimmy Carter und die Menschenrechte am Beispiel von Assata Shakur

Assata Shakur (29) ist führendes Mitglied der schwarzen Bürgerrechtsbewegung im Nordosten der USA, und damit den US-Imperialisten ein Dorn im Auge. Um Assata aus dem Verkehr zu ziehen, wurde das bewährte Mittel der Herrschenden eingesetzt: Sie stellten Assata unter Mordanklage. Die Parallele zum Fall Angela Davis ist unverkennbar. Im folgenden wollen wir diese „Mordanklage" kurz erläutern.

Vorgesetzter befiehlt eine falsche Zeugenaussage

Bereits 1971, nach der Verhaftung

„Wir sind keine Kriminellen"

Vorgesetzter befiehlt eine falsche Zeugenaussage

Bereits 1971, nach der Verhaftung

von Angela Davis, wurde Assata als „Negerterroristin" von den Staatsschützern gejagt. Am 2. Mai '73 wurden dann bei einer Polizeirazzia in New Jersey Assata und andere schwarze Bürgerrechtler gefaßt. Bei dieser Razzia wurde ein Bulle erschossen. Assata selbst wurde durch fünf Kugeln schwer verletzt. In dem Bericht eines anderen beteiligten Beamten beschrieb dieser als „Augenzeuge", daß Assata aus ihrer Handtasche einen Revolver gezogen und den besagten Bullen erschossen habe. Dieser „Augenzeugenbericht" war die einzige Grundlage für die Erhebung der Mordanklage. Aufgrund der Eigenheiten der amerikanischen Rechtsprechung sind aber solche Indizienprozesse möglich. Die Anklage gegen Assata war aber dermaßen zurechtgebogen, daß die 16 Geschworenen (es handelte sich um ausschließlich Weiße) sich drei Instanzen hindurch jedesmal zu einem Freispruch durchringen mußten! D.h., nach jedem Freispruch hat die Staatsanwaltschaft mit den gleichen „Beweisen" erneut Mordanklage erhoben, aber jeweils ohne Erfolg. Im vierten Anlauf ist es der Verteidigung im Kreuzverhör sogar gelungen, daß der Bulle, der den „Augenzeugenbericht" geschrieben

„Augenzeugenbericht" geschrieben

hatte, zugab, auf Befehl eines Vorgesetzten den Bericht geschrieben zu haben! Tatsächlich habe er weder gesehen, ob Assata eine Waffe bei sich gehabt und gezogen oder gar geschossen habe.

Der Prozeß dient der Verurteilung

Trotzdem ging die Pressekampagne gegen Assata weiter, der vorsitzende Richter Theodore Appleby verbot ihr sogar politische Stellungnahmen zu ihrem Fall. So schaffte es die amerikanische Klassenjustiz im vierten Prozeß, nach mittlerweile vierjähriger Untersuchungshaft,

verbot ihr sogar politische Stellungnahmen zu ihrem Fall. So schaffte es die amerikanische Klassenjustiz im vierten Prozeß, nach mittlerweile vierjähriger Untersuchungshaft,

mit der gleichen Anklage die Verurteilung Assata's zu lebenslangem Zuchthaus zu erreichen.

Hierzu läuft jetzt eine breite Bewegung in den USA an, um durch öffentlichen Druck, ähnlich wie im Fall Angela Davis, eine Zurücknahme dieses Terrorurteils zu erreichen!

Das ist nur ein Beispiel aus dem politischen Alltag in den USA. Ein Beispiel aus der Praxis solcher „Menschenrechtsfreunde" wie Jimmy Carter und Konsorten.



Freiheit für Assata, brecht die Ketten

Freiheit für Assata Shakur und alle politischen Gefangenen in den USA! (Angaben nach „Tat", 8.4.77 und „worker's world", 18.3.77).

USA-Kommission

„Wir sind keine Kriminellen"

In die Amnestie-Kampagnen zur Freilassung der politischen Gefangenen in Spanien haben sich in letzter Zeit zunehmend auch die „normalen" Gefangenen eingeschaltet, jene Gefangenen, die mit dem Stempel „Kriminelle" versehen bei den politischen Kampagnen in aller Regel „vergessen" wurden.

Die spanischen Strafgefangenen, die sich selbst als „soziale Gefangene" bezeichnen, haben vor einiger Zeit den „Ausschuß der Gefangenen im Kampf" – COPEL – gegründet, der sich für bessere Bedingungen in den Gefängnissen einsetzt und vor allem aber auch deutlich macht, daß die „sozialen Gefangenen" ebenfalls Opfer des kapitalistischen Gesellschaftssystems sind:

„Es stimmt, ich bin kein Krimineller, sondern ein 'sozialer Gefangener'. Meine Meinung ist generell, daß die Straftaten, vor allem die aus den Elendsvierteln und überfüllten Häusern kommen, immer das Ergebnis einer bestimmten sozialen Struktur sind. Die Verzweiflung, der Individualismus auf Leben und Tod, das Ausgestoßensein, sind einige von vielen Faktoren, die zusammen mit der krankmachenden herrschenden Kultur den jungen Menschen zum verzweifelten Verbrechen bringen. Wir dürfen nicht vergessen, daß das normale Verbrechen nichts anderes als eine verzweifelte Rebellion gegen eine Gesellschaft ist, die den Menschen nur als Mehrwertschaffenden betrachtet, eine Gesellschaft, in der die Jugend keinen Platz hat."

Diese Worte stammen von dem bekanntesten „sozialen Gefangenen" in Spanien, Eleuterio Sanchez, genannt „El Lute", dem Hühnerdieb aus Badajoz. Sein Lebensweg ist beispielhaft: verdammt zur Arbeitslosigkeit begann er mit dem Klauen von zwei Hühnern und wurde später wegen Einbruchs in ein Juweliergeschäft, bei dem ein Bulle ums Leben kam, zum Tode verurteilt, schließlich zu 35 Jahren „begnadigt". Mit spektakulären Ausbrüchen machte er zwischen 1966 und 1970 von sich reden. „El Lute" hat im Knast, wo er lesen und schreiben lernte, ein Buch geschrieben, das eine Anklage gegen ein unmenschliches und menschenzerstörendes System ist.
(Zitate: „Cambio 16", 17.4.77).

Freiheit für alle Gefangenen in Spanien!

Spanien-Kommission



Im Madrider Carabanchel-Gefängnis protestierten im Februar '77 300 soziale Gefangene gegen die Verlegung von 52 Mithäftlingen, die sich aktiv in der Gefangenen-Kampforganisation COPEL eingesetzt hatten.

Die „Drei von Charlotte"

„Sie haben 15 Pferde in einem Stall verbrannt. Nur Gott weiß, was sie mit Menschen tun würden" (Richter Snepp gegen die „Drei von Charlotte").

Im Frühjahr 1968 zwangen Schwarze mittels einer friedlichen Demonstration in Charlotte (North Carolina) den weißen Besitzer des Reitstalls Lazy B., seine Pferde auch an Schwarze zu vermieten. Im September 1968 brannte der Reitstall ab, wobei 15 Pferde getötet wurden.

Im Juli 1972 (!) erhebt die Staatsanwaltschaft Anklage gegen die Schwarzen James Earl Grant (39), Charles Parker (29) und Thomas James Reddy (32) wegen „Brandstiftung" im oben beschriebenen Fall. Diese Drei sind bedeutende Bürgerrechtskämpfer in North Carolina und die abenteuerliche Konstruktion der Anklage macht es für jeden offenkundig, daß hier wieder die amerikanische Klassenjustiz unbeugsamen Schwarzen das Rückgrat brechen will.

15.000 Dollar für zwei willfährige Kronzeugen

Gleich zu Beginn der Gerichtsverhandlung stellten die „Drei von Charlotte" überrascht fest, daß der ihnen unbekannte Clarence Harrison mit ihnen zusammen der besagten „Brandstiftung" angeklagt wurde. Dieser Harrison gab auch sofort seine Schuld zu, worauf sein Verfahren abgetrennt wurde, die Justiz ihn sofort auf freien Fuß setzte und er im Herbst 1972 zu sieben Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt wurde. Neben diesem „Zeugen" präsentierte die Staatsanwaltschaft noch zwei weitere „Zeugen", die Schwarzen Theodore A. Hood und Walter D. Washington. Sie bezichtigten sich ebenfalls der Brandstiftung am Reitstall, bekamen aber als Kronzeugen vom Gericht Straffreiheit zugesprochen. Die Staatsanwaltschaft hat sich hierbei angemessene Kronzeugen für dieses Verfahren gekauft: W.D. Washington wurde 1969 zu 20 - 25 Jahren Zuchthaus verurteilt (wegen Überfällen, Einbrüchen, Raub), aber auf Bewährung freigelassen; T.A. Hood wurde u.a. 1972 wegen Mordverdacht vorübergehend festgenommen.

1974, zwei Jahre nach Prozeßende, wurde publik, daß die Staatsanwaltschaft bei diesen zwei Schwarzen mit 15.000 Dollar ein wenig nachgeholfen hat, um sie zu Aussagen gegen die „Drei von Charlotte" zu gewinnen („Charlotte Observer", März '74).

Woran die Strafverfolgungsbehörden Interesse hatten, machte der stellvertretende Staatsanwalt William Austin klar: *„Sie (die „Drei von Charlotte") begingen einen Akt des politischen Terrors."* Die Geschworenen bei Gericht waren demzufolge Weiße – mit Ausnahme einer alten schwerhörigen schwarzen Frau, die nur mit Mühe dem Prozeßverlauf folgen konnte. So verwundert auch das 1973 „im Namen des Volkes" gesprochene Urteil nicht: Freiheitsstrafen zwischen 10 und 25 Jahren für die „Drei von Charlotte". Alle weiteren Gerichtsinstanzen haben dieses Urteil bestätigt. Das Bundesberufungsgericht befaßt sich jetzt mit diesem Fall.

Als nächste und endgültig letzte Instanz bleibt dann nur noch der Oberste Gerichtshof.

Und dabei erklärte doch Jimmy Carter, *„daß die Vereinigten Staaten von Amerika der Brennpunkt zur Erhaltung und zum Schutz der Menschenrechte sind. Ich bin stolz darauf."* (Angaben nach „FR", 22.4.77).

USA-Kommission



naher osten

Waffenstillstand der PLO-Führung verhindert Siege der Linken

Die schwersten Angriffe auf den palästinensisch-libanesischen Widerstand finden zur Zeit im Südlibanon statt. Dort versuchen die Faschisten mit massiver zionistischer Unterstützung vor allem die Ziele der Schwächung und Vernichtung der bewaffneten fortschrittlichen Kräfte und der Terrorisierung und Vertreibung der Bevölkerung durchzusetzen.



Am 4.4.77 war es den fortschrittlichen Kräften gelungen, die Ortschaft Taibe zu befreien; am 7.4. um 3.00 Uhr konnte Khiam mit schweren Verlusten auf Seiten der Faschisten befreit werden. Bent Jbeil, Deir Siriane, El Quaranta und Aitaroun konnten von den fortschrittlichen Kräften gehalten werden („Neues Deutschland", „ND", 7.4.77), ebenso konnten die strategisch wichtigen Rub-Falateen-Höhen wiedererobert werden („Süddeutsche Zeitung", 5.4.77).

Nach der Eroberung des Dorfes Khiam berichteten die linken libanesischen und palästinensischen Kämpfer: *„Unsere Position ist gut, auch psychisch. Das Dorf ist unter unserer Kontrolle. Wir haben keine Verwundeten. Bisher haben wir zehn israelische Gewehre erbeutet; wir suchen nach weiteren versteckten Waffen"* („Al Thawra-Mostamerra", „ATM", 16.4.77).

Ebenso erklärte der Kommandeur der palästinensischen und libanesischen Kämpfer aus dem Gebiet um Taibe, daß in Israel hergestellte Waffen und Munition beschlagnahmt werden konnte („ND", 20.4.77).

Weiter wurde berichtet, daß die libanesischen Faschisten die Bewohner südlibanesischer Ortschaften vertrieben haben, um diese dann gemeinsam mit den Zionisten zu besetzen („ND", 7.4.77).

Der größte Teil der Bevölkerung des Südlibanons ist bereits geflüchtet, um sich vor den Angriffen der Faschisten zu schützen. Die meisten der südlibanesischen Ortschaften, die von den fortschrittlichen Kräften gehalten werden, werden fortdauernd mit israelischem Artilleriefeuer belegt („ND", 14.4., 20.4., 29.4. und „Le Monde", 24./25.4.). Besonders betroffen sind dabei die Ortschaften Taibe, Bent Jbeil und Nabatijeh. Mit diesem systematischen Terror sind große Teile der Bevölkerung vertrieben worden.

PLO-Führung auf Seite der reaktionären Kräfte

Trotz der massiven militärischen Hilfe der Zionisten für die Faschisten konnten fortschrittliche Kräfte eine Reihe von Siegen erringen, die dazu führten, daß die faschistischen Stellungen im Südlibanon vom Hinterland abgeschnitten wurden („SZ", 18.4.77). In dieser Situation, die zu einer Befreiung des Südlibanons geführt hätte, wurde die PLO-Führung von Syrien erneut als „Ordnungsfaktor" eingesetzt. Nach einem Gespräch zwischen Arafat und Assad wurde ein Waffenstillstand angeordnet. *„In wenigen Tagen war es den Truppen der gemeinsamen fortschrittlichen Kräfte gelungen, Positionen der Falangisten und ihrer zionistischen Verbündeten zu schlagen und einige Orte wie Taibe, Khiam und mehrere Hügel bis hin zur Ortschaft Marjayoun zu befreien.*

In dieser Situation wurde der Waffenstillstand angeordnet, und man fragt sich, warum?

Die Befreiung des gesamten Südlibanon enthält für die arabischen Regierungen einschließlich der PLO die Gefahr einer Änderung des Kräfteverhältnisses im Libanon auf politischer und psychologischer Ebene. Deswegen haben sie sich darauf geeinigt, den Waffenstillstand anzuordnen, damit es den gemeinsamen fortschrittlichen Kräften nicht gelingt, das ganze Gebiet zu befreien" („ATM", 16.4.77).

Die Befreiung des gesamten Südlibanons würde den fortschrittlichen Kräften im ganzen Libanon Auftrieb und Ansporn sein. Dies aber liegt nicht im Interesse Syriens und der reaktionären arabischen Staaten, die alles daran setzen, die fortschrittlichen Kräfte im Libanon vernichtend zu schlagen, um mit der Einberufung der Genfer Konferenz den fortschrittlichen Kräften i h r e „friedliche Lösung" aufzuzwingen.

Dies liegt ebenso wenig im Interesse der Zionisten und der US-Imperialisten, die auf „sichere Grenzen" Israels angewiesen sind, um den Brückenkopf, den der zionistische Staat darstellt, zu stärken und weiter ausbauen zu können. So intervenierten die US-Imperialisten kurz vor dem Waffenstillstand und machten beim syrischen Regime die Interessen der Zionisten geltend. *„24 Stunden vor der Waffenstillstandsanordnung hatte der Botschafter der USA in Syrien Kontakt mit dem syrischen Außenministerium. Syrien wurde mitgeteilt, daß der Vormarsch der syrischen Truppen auf die Positionen der Falangisten Israel ärgern würde. Washington war von Israel gebeten worden, das Vordringen der Syrer zu stoppen... Die PLO-Führung wurde angerufen und von ihr wurde die Anordnung des Waffenstillstandes verlangt, der auch sofort erfolgte. Hier haben die Syrer wieder gezeigt, daß sie die einzige Kraft sind, die die Palästinenser unter ihre Kontrolle bringen kann"* („ATM", 16.4.77).

Syrien in gestärkter Position

Neben der sicheren Stütze, die das syrische Regime in der PLO-Führung hat, versucht es, die As-Saika-Verbände wieder als konterrevolutionäre Truppe aufzubauen. Anfang April waren 600 As-Saika-Angehörige in den Südlibanon geschickt worden, angeblich um die Offensive gegen die Faschisten zu unterstützen, wie hier die bürgerliche Presse verbreitete. Ihr wahres Gesicht haben diese Truppen bei der Durchsetzung des Waffenstillstandes gezeigt. Sie wurden gegen eine *„radikal eingestufte Palästinensergruppe"* eingesetzt, die sich nicht dem Waffenstillstandsabkommen unterordnen wollte. Die As-Saika-Truppen griffen mit Raketen, Handgranaten und Maschinengewehren an („dpa", 16.4.).

Desweiteren suchten die syrischen „Friedenstruppen" immer wieder nach Anlässen, um brutal gegen die fortschrittlichen Kräfte vorzugehen. Als zwei syrische Soldaten getötet wurden, die versucht hatten, Kämpfer der Ablehnungsfront zu entwaffnen und wegen „illegalen Waffenbesitzes" festzunehmen, diente das den syrischen Truppen als Vorwand, um eine blutige „Suchoperation" nach den Tätern in den Lagern Sabra und Chatila sowie in anderen Teilen Beiruts zu veranstalten. Dabei ging es vor allem darum, die Entwaffnung der fortschrittlichen Kräfte weiter zu treiben, u.a. wurde ein Waffenlager beschlagnahmt. Mindestens 80 Menschen wurden von den syrischen „Friedenstruppen" getötet, darunter zum größten Teil Zivilisten und sieben Kämpfer der Ablehnungsfront. Mehrere Personen wurden von den Syrern als vermeintliche Mörder verhaftet. Statt dieses blutige Vorgehen der syrischen Truppen zu verurteilen, bezeichnete Arafat das Morden nur als überflüssig, da die PLO die „Mörder" (!) der syrischen Soldaten selbst schon dingfest gemacht und dem Kommando der syrischen Truppe übergeben hätte („SZ", 25./26./27.4.; „International Herald Tribune", 26.4.).

Inzwischen hat der libanesische Präsident Sarkis den Versuch angekündigt, die fortschrittlichen Kräfte weiter zu entwaffnen. In einem Gespräch mit Arafat bestand er darauf, daß zukünftig nur sieben von 1.000 Palästinensern in den Lagern leichte Waffen zu „Polizeizwecken" tragen dürfen. Die anderen sollten entweder ihre Waffen abgeben, oder Lager in den Südlibanon verlegt werden („Frankfurter Rundschau", 3.5.77). Die Palästinenser können auf weitere „Suchoperationen" wie in den Lagern Sabra und Chatila gefaßt sein!

Nahost-Kommission

Marokko: Kreuzzug gegen den Fortschritt in Afrika

Seit der militärischen Intervention in der Westsahara mehren sich die offensiven Vorstöße Marokkos in Afrika zur Wahrung imperialistischer Interessen:

Auf einer Sitzung der OAU wurde Marokkos Beteiligung am Putschversuch gegen die fortschrittliche Regierung Benins nachgewiesen. Demnach wurden Söldner aus verschiedenen Staaten zur Ausbildung nach Marrakesch geschickt (die Ausbilder sollen lt. „Afrique Asie" vom 21.3.77 französischer Herkunft sein!) und von dort aus am Vorabend des gescheiterten Putschversuchs über Gabun nach Benin geflogen (vgl. AK 101). Benin war einer der ersten Staaten, die die Republik Westsahara anerkannt haben.

Mit der Besetzung der Westsahara durch marokkanische Truppen ist auch eine starke militärische Präsenz Marokkos in Mauretanien verbunden. Sie soll angeblich Mauretanien helfen, gegen die „algerische Aggression" bestehen zu können, doch die Tatsache, daß Mauretanien sich in Bezug auf politische Äußerungen und Entscheidungen an Marokko anhängt, zeigt die totale Abhängigkeit, und die Frente Polisario hat Mauretanien schon gewarnt, daß es das nächste Angriffsziel Marokkos sein wird.

Daß die gesamte Nordwestspitze Afrikas unter marokkanischer Kontrolle (und das heißt, unter Kontrolle des Imperialismus) gebracht werden soll, zeigt folgende Bemerkung in der spanischen Zeitung „Cambio 16" vom 10.4.77: *„Die Kanarischen Inseln sind zur Zeit einer der wichtigsten Stammsitze des marokkanischen Geheimdienstes im Ausland. Seit dem Rückzug Spaniens aus der Sahara konnte man auf der Insel die massive Präsenz von marokkanischen Händlern entdecken, unter denen Agenten des Sicherheitsdienstes Hassans II. eingeschleust wurden. Vor einem Monat hat der Chef dieser Dienste die Kanarischen Inseln ausgiebig besucht."*

Die US-Basen in Las Palomas und Teno auf den Kanarischen Inseln sind mit der amerikanischen Basis in Kenitra (Marokko) verbunden und bilden so ein strategisches Dreieck („Afrique Asie", „AA", 18.4.77). Marokko hat Annexionspläne bezüglich der Kanarischen Inseln dementiert (Radio Madrid, 11.3.77, lt. Monitordienst) – es muß ja auch nicht immer eine Annexion sein – aber dies ist ebenso wenig glaubwürdig aus marokkanischem Regierungsmund wie die Äußerung, daß *„Marokko das letzte Land sei, das man als expansionistisch"* bezeichnen könne (Radio Madrid, s.o.).

Solange der Befreiungskampf der Frente Polisario in der Westsahara andauert und erst recht, wenn Marokko mit der Westsahara den zweiten fortschrittlichen Nachbarn hat, ist Algerien nicht sicher vor einer militärischen Aggression Marokkos. *„Von Algerien wie von Angola würden 'Söldner' eingesetzt zur Abspaltung eines integrierenden Teils des Nachbarlandes"*, wird in Marokko behauptet („Neue Zürcher Zeitung", 11.5.77). Im 2. Fall, nämlich in Zaire, ist Marokko konsequent eingeschritten.

Wie in Zaire, wird Marokko auch in Bezug auf Algerien von Frankreich unterstützt: *„Es handelt sich also um eine Aggression durch Kräfte, die von außerhalb gekommen sind, und wir wissen sehr wohl, von woher sie kommen. Nämlich aus einem Nachbarland Mauretaniens, wo sich die Basen der Polisario befinden"*, („Frankfurter Rundschau", 5.5.77).

Dies sagte Außenminister de Guiringaud anläßlich der jüngsten Aktion der Polisario in der mauretanischen Stadt Zouerate. Besonders die marokkanische oppositionelle „Istiqlal"-Partei fordert eine Expansionspolitik: Bei dem Eröffnungsflug der Air Maroc zum Westsahara-Ort Smara meinte ihre Zeitung, bald werde eine marokkanische Luftlinie auch nach Tindouf (Algerien) führen und nach *„den anderen Regionen des Südostens, die der Befreiung harren"* (zit. nach „NZZ", 21.4.77). In ihrem Kreuzzug gegen die Befreiungsbewegungen und fortschrittlichen Staaten Afrikas schickte Marokko jetzt 1.500 Soldaten nach Zaire, um dort der zairischen Armee bei der Niederschlagung der Unruhen in der Provinz Shaba zu helfen und erst einmal die Armee auf Vordermann zu bringen, gleichzeitig ihre Erfahrungen im Anti-Guerilla-Kampf weiterzugeben und selbst Kriegserfahrungen zu sammeln. Gerade die Entsendung marokkanischer Truppen ist in technischer Hinsicht sehr hilfreich, weil Marokko wie Zaire mit der gleichen amerikanisch-französischen Ausrüstung kämpft.

Dieser Einsatz zur Unterstützung Mobutus – im Namen der „kontinentalen" und „arabischen Solidarität" (Zaire grenzt an Sudan, dieser an Ägypten usw.) – hat Tradition: Der marokkanische Chefkommandant der UN-Truppen, die 1960 auf Bitten Lumumbas in das damalige Kongo zogen, General Kettani, half Mobutu durch seine Vermittlerrolle mit den USA und dem tatkräftigen Einsatz der UN-Truppen überhaupt in den Sattel. Es waren die UN-Truppen, die den Flughafen, die Radiostation und die Postzentrale besetzten, was den Sturz Lumumbas militärisch absicherte („AA", 2.5.77).

... aber nicht auf eigene Faust

Mit dem Schreckensbild der ausländischen Intervention – sowjetische, kubanische, DDR- und angolanische Kräfte in Zaire; algerische und kubanische Kräfte in der Westsahara – versucht Marokko, seine Eingriffe zur Wahrung der „nationalen Integrität" zu rechtfertigen.

Marokko hofft mit seinem Einsatz für Mobutu und die Imperialisten, daß es selbst Unterstützung in seinem Kampf gegen die Frente Polisario und bei stärker werdenen inneren Schwierigkeiten erhält. Wie beim Einsatz bestimmter Truppen im Oktoberkrieg 1973 auf den Golan-Höhen ist ein weiteres Ziel, das Hassan II. verfolgt, die Ausschaltung unzufriedener Truppenteile.

Es gibt eine oppositionelle „Bewegung 16. August" und Hassan hat bisher schon zwei Putschversuche seitens des Militärs hinter sich („3. Welt-Magazin", April 1977 und „AA", 18.4.77).

Deutlich wird das Anliegen Marokkos in der Aufforderung an die USA, *„seine Freunde, ,die im Interesse der westlichen Welt tätig sind', wirtschaftlich, militärisch und diplomatisch (zu) unterstützen"*, („Süddeutsche Zeitung", 11.5.77).

Daß Hassan eine Belohnung für seine militärische Einsatzbereitschaft erhält, ist sicher. Die BRD zahlt Marokko seit Beginn der Entwicklungshilfe Höchstsätze. Vom 1.-3. April besuchte Wirtschaftsminister Friderichs mit BRD-Industriellen im Gefolge Marokko. Marokko hat bisher 25 Mirage F-1-Flugzeuge von Frankreich erhalten und weitere 50 in Aussicht. Ebenfalls steht Marokko in Verhandlungen mit Frankreich und der BRD über den Kauf von Alpahjet-Übungsflugzeugen („Le Monde", 5.5.77). Sogar Südkorea hat Marokko Militärberater zur Ausbildung von Elitetruppen in der Guerillabekämpfung angeboten („SZ", 19.4.77).

Die Nützlichkeit des marokkanischen Eingreifens zeigt sich einerseits darin, daß die Imperialisten sich die Entsendung eigener Truppen vorerst ersparen können, aber trotzdem ihre Finger dick mit im Spiel haben; andererseits werden ihre Waffensysteme einem praktischen Test unterzogen. So zeigte die Luftbrücke Frankreichs für die marokkanischen Soldaten, daß das System ‚Transall' nicht unbedingt für diesen Transport geeignet ist: Die Flugzeuge mußten auf mehreren ‚befreundeten' Flughäfen zwischenlanden, was sich bei anderen Gelegenheiten als störend erweisen könnte. Flugzeuge, die im Flug versorgt werden können, ermöglichen demgegenüber eine wirkliche Unabhängigkeit und größere Diskretion bei einer Intervention („AA", 2.5.77).

In imperialistischen Kreisen und in Marokko wurde betont, daß die Entsendung marokkanischer Truppen

Fortsetzung auf Seite 47

Fortsetzung von Seite 46

eine „exklusive afrikanische Operation" darstellte. Dagegen spricht die Absprache der Botschafter Marokkos und der USA in der zairischen Hauptstadt Kinshasa Anfang April („SZ", 9.-11.4.77), die Konsultationen zwischen Washington und Paris und die Feststellung Giscards, er habe seine „europäischen Freunde" konsultiert (vgl. AK 103). Am 2. Mai traf ganz zufällig der Stabschef der französischen Luftwaffe zu einem einwöchigen Besuch in Marokko ein („Radio Rabat", 2.5.77). Die USA haben mehrere Basen in Marokko, deren Oberkommandant in ständigem Kontakt mit der US-Botschaft in Rabat und über diese mit den amerikanischen militärischen Sicherheitsdiensten und mit dem CIA stehen. Die Basen befinden sich in Sidi Yahya, Bouknadel, Meknes, Casablanca und in Kenitra und Marrakesch, von wo aus die Aggressionen Marokkos in der Regel vorbereitet wurden („3.-Welt-Magazin", April 1977)!

Nahost-Kommission

Westjordanland

Zwei Araber von zionistischen Truppen ermordet

Am 3. Mai wurden in Kabatiya (zwischen Nablus und Djenin) ein 15-jähriger Araber und eine 55-jährige Araberin von den zionistischen Besatzertruppen erschossen. In Kabatiya fanden, ebenso wie in vielen anderen westjordanischen Städten, Protestaktionen aus Solidarität mit den Einwohnern in Nablus statt.

Die Einwohner von Nablus haben seit Mitte April ständig gegen die zionistischen Besatzer demonstriert. Ausgelöst wurden diese Demonstrationen durch eine Provokation des rechtsradikalen Rabbi Kahane, der mit vier bewaffneten Begleitern gewaltsam in das Büro des Bürgermeisters eindrang und erklärte, er wolle dem Gebiet Frieden bringen (!) und bei Nablus eine zionistische Siedlung gründen („Süddeutsche Zeitung", 19.4.77). Kahane wurde aus der Stadt verwiesen.

Nach ständigen Protestaktionen und Streiks aus Protest gegen die zionistischen Siedlungen wurde am 26.4. wiederum in Nablus eine Ausgangssperre verhängt („SZ" 19.4.) Nur den Kämpfen der palästinensischen Bevölkerung ist zu verdanken, daß der israelische Militärgouverneur den arabischen Bürgermeistern schließlich zusicherte, es Rabbi Kahane und seinen Anhängern – vorläufig – zu verbieten, in der Nähe von Nablus eine Siedlung zu errichten. Bei dem Versuch, dies doch zu tun, wurde er dann festgenommen („NZZ", 9.5.77).

Tag der Gefangenen

Tag der Gefangenen

Am 17.4.77 fanden in Nablus und anderen Orten des Westjordanlandes ein Generalstreik und Demonstrationen aus Protest gegen die unmenschlichen Bedingungen in zionistischen Gefängnissen statt. Die Besatzertruppen gingen mit Tränengas gegen die Demonstranten vor („Neues Deutschland", 19.4.77).

Neue Siedlungen geplant

Wie ein israelischer Regierungssprecher am 8.5. mitteilte, plant der zionistische Staat 110 (!) weitere Siedlungen in der südlichen Negev-Wüste und im Norden der seit 1967 besetzten Sinai-Halbinsel zu errichten. Ein Ministerausschuß hat dafür 30 Millionen israelische Pfund bewilligt („Frankfurter Rundschau", 9.5.77).

Nahostkommission

Ägypten hilft Mobuto

Am 2.5.77 sind in Kinshasa (Zaire) 50 Mechaniker und Piloten aus Ägypten angekommen. Sie sollen die Mobuto-Truppen im Kampf gegen die FNLC, unterstützen, indem sie die 12 Miragebomber Zaires fliegen und warten. „Sadat erklärte, die Invasion der Katanga-Rebellen aus Angola in Zaire sei eine direkte Bedrohung Sudans und der Nilquellen. Damit gehe es auch für Ägypten um Leben und Tod." („Süddeutsche Zeitung", 3.5.77). Entkleidet von Lügen und Phrasen heißt das: Sadat will jetzt überall in Afrika seine reaktionären Kumpane im Kampf gegen die Befreiungskräfte unterstützen, damit das ägyptische Volk nicht ermutigt wird, noch verstärkter um sein Leben und für Sadats (politischen) Tod zu kämpfen.

Nahostkommission



asien

Bhutto-Regime in der Krise

Rechtsputsch droht!

Pakistan. Die ununterbrochenen Unruhen seit der Verkündigung der Wahltermine am 8.1. '77 haben bis heute nach offiziellen Angaben mindestens 300 Todesopfer gefordert. Täglich ziehen tausende von Menschen durch die Straßen von Karatschi, Hyderabad, Lahore und Lyallpur, wo es nach schweren Auseinandersetzungen dutzende Verletzte und Tote gibt. In Karatschi und Lahore ruht das „öffentliche Leben".

Auf einer Pressekonferenz drohte der Präsident der Arbeitsallianz (ein Zusammenschluß von 25 Gewerkschaften) Mohammed Sharif mit *„der Einstellung des Bahn-, Schiffs- und Luftverkehrs für den Fall, daß Bhutto nicht zurücktritt und Neuwahlen ausschreibt. Die Piloten streiken schon seit einer Woche."* („SZ", 21.4.). Zusätzlich wurde die Bevölkerung zu einem Steuerstreik aufgerufen. Auf diese innenpolitische Situation reagiert Bhutto mit äußerster Härte. *„Im Kreis Karatschi und in den Distrikten Hyderabad und Lahore wurde mit sofortiger Wirkung das Kriegsrecht verhängt. Die Provinzregierung von Sind und Punjab haben diese Gebiete der Kontrolle der Streitkräfte Pakistans unterstellt, die dort zur Durchsetzung des Gesetzes und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung die ausschließliche Gerichtsbarkeit und Autorität ausüben werden"* („MD", 25.4.77). Per Gesetzesänderung wurde es der pakistanischen Armee erlaubt, *„Schnellgerichte für die Bestrafung von Gesetzesbrechern einzurichten"* (ebenda). Für Islamabad und das benachbarte Rawalpindi wurde außerdem ein *„striktes Versammlungsverbot erlassen, wonach selbst ‚private Treffen' untersagt sind"* („FAZ", 24.4.)! Inzwischen sind die Ordnungsinstanzen berechtigt, *„Demonstrationen mit maximaler Gewaltanwendung aufzulösen. Sie haben das Recht, auf Gewalttäter und Brandstifter ohne Warnung zu schießen"* („FR", 2.5.). *„In den Städten Karatschi und Hyderabad wurde wieder eine totale Ausgangssperre verhängt"* („NZZ", 8./9.5.).

Die Führung der in parlamentarischer Opposition zu Bhutto stehenden PNA ist inzwischen verhaftet worden und steht unter Hausarrest.



Bewaffnete staatliche Trupps gegen Demonstranten in Karatschi

Die PNA

Die PNA ist ein reaktionärer Parteienbund von überwiegend orthodox islamisch orientierten neun Parteien. Darunter die JI (Jamaat-e-Islami, Islamische Partei) und Luftmarschall Asghar Khans TI (Therik-e-Istiqlal, Bewegung der Aufrechten), die die beherrschende Rolle spielen. Die PNA spielt sich als Führer einer Massenbewegung auf, was nur insofern zutrifft, als z.B. die JI ihre Basis in den „Massen" der Mittelschicht ausbaut und versucht, die Volksmassen von ihrem Kampf gegen a l l e Ausbeuter abzulenken und die gegenwärtige Regierung für alles verantwortlich zu machen. Die JI baut faschistische paramilitärische Kommandoeinheiten auf und versucht gleichzeitig, Organisationen der Arbeiter und Studenten zu unterwandern. Das ist die klassische Taktik der Moslem-Bruderschaft Ägyptens (Akhwan-el-Muslemeen), die von der JI nachgeahmt wird. Ferner wurden die politischen Aktivitäten in Polizei und Militär intensiviert; die JI beteiligt sich an der nachrichtendienstlichen Tätigkeit der Polizei, provoziert z.T. Unruhen u.ä. Wegen ihres reaktionären Auftretens in der Vergangenheit war es nicht leicht für sie, ihr Image als „gläubige, aber m o d e r n e Moslems" aufzubauen. Deshalb schuf sie sich ein zweites Gesicht: die TI mit Asghar Khan an der Spitze. Die PNA hat es bisher verstanden, sich demagogisch an die Spitze einer Massenbewegung gegen den Unterdrücker Bhutto zu setzen. So fordert die PNA, *„die Aufhebung des Ausnahmezustandes, Freilassung aller politischen Gefangenen, Wiederherstellung demokratischer Rechte, den Rücktritt Bhuttos und eine Wiederholung der Wahlen"* („NZZ", 8./9. 5.).

Inzwischen erfüllte Bhutto einige Forderungen der PNA, ohne allerdings wieder Herr der Lage geworden zu sein. Er erfüllte sogar eine der Hauptforderungen der Mullahs und der PNA aus deren Programm und versprach *„den Reichen Reprivatisierungen"* („Spiegel", 18/77).

Für die Bevölkerung bedeutet die Islamisierung aber einen tiefen Rückfall ins Mittelalter. *„Striktes Alkoholverbot, Schleierzwang sowie Wahlverbot für Frauen und Rückkehr zum rein islamischen Recht"* (mit Hand-ab „Strafen für Diebe") sind nur einige Beispiele für die reaktionäre Programmatik der PNA.

Bhuttos PPP – für „Demokratie"

Wie konnte es dazu kommen, daß die ehemals starke Unterstützung von großen Teilen des Volkes für die von Ministerpräsident Bhutto geführte PPP jetzt in einen offenen Kampf gegen sie umgeschlagen ist?

Nachdem die Militärdiktatur Ayub Khans durch eine Massenbewegung gestürzt worden war, fanden im Jahre 1970 Wahlen zum 4. Nationalen Parlament statt. Bhuttos populäre Parolen *„Demokratie, Sozialismus, Brot, Kleider und Obdach"* sollten vergessen machen, daß die Feudalherren und selbsternannte religiöse Führer nach wie vor nicht entmachtet waren. Die „Landreform" z.B. sah vor, daß keine Person mehr als 100 acres (etwa 40 ha) künstlich bewässertes Land besitzen darf. Das störte die Grundbesitzer allerdings herzlich wenig, weil sie schon vor der offiziellen Verkündung dieser Maßnahmen von der Regierung unterrichtet worden waren und daraufhin eine „private Landrefom" vornahmen – sie verteilten das Land unter ihre Verwandtschaft. Mußten sie dennoch Land abgeben, wurden sie entschädigt und konnten somit diese Summen in der landwirtschaftlich orientierten Industrie investieren. Um die Produktion rentabler zu gestalten, wurde die Mechanisierung vorangetrieben. Hierfür und für den Aufbau einer verarbeitenden Industrie gewährte die Regierung gesetzlichen und institutionellen Schutz. So wurde z.B. das „Cooperative Farming Act" erlassen, das den Zusammenschluß der Grundbesitzer erleichterte und es ihnen gestattete, die Pächter vom Land zu vertreiben und an ihrer Stelle Landarbeiter einzustellen. Das alles zeigt, daß sich die begonnene Landreform nicht gegen die besitzende Klasse richtet, sondern sogar deren Macht stärkt! Damit sollte ein Gegengewicht gegen die sich zunehmend gewerkschaftlich und politisch organisierenden Pächter und Landarbeiter geschaffen werden, die zahlreiche Streiks und Landbesetzungen durchführten und an einigen Orten sogar bewaffnete Kämpfe führten!

Während 1970 Bhuttos Partei kaum Unterstützung von den Feudalherren erhielt, fanden sich im März 1977 die Namen der führenden Großgrundbesitzer auf den Kandidatenlisten der PPP. Dagegen wurde die „Mittelschicht" (kleine Warenproduzenten, Händler, Angehörige freier Berufe etc.), die anfangs Bhutto unterstützten, in den Hintergrund gedrängt. Jetzt setzen diese Leute ihre Hoffnungen in die PNA und versuchen, eine Massenmobilisierung gegen die Bhutto-Regierung zu bewerkstelligen.

Die Nationalisierung von Schwerindustrie, Chemiebetrieben, Banken und Versicherungen brachte u.a. eine wesentliche Verringerung der privaten Investitionen mit sich. Zum Vergleich: 1969/70 wurde 2 1/2 mal mehr investiert als 1974/75. Ganze Industriezweige wurden stillgelegt; allein in Lyallpur sind 20.000 Textilarbeiter arbeitslos! Während im staatlichen Sektor die „traditionelle" Korruption um sich greift, arbeiten selbst nach Angaben der Regierung mindestens drei Korporationen (so heißen staatliche Betriebe), nämlich die für Schwermaschinen, Düngemittel und Chemie mit erheblichen Verlusten.

Ein wichtiger Faktor für die Ablehnung des Regimes durch das Volk sind die repressiven Maßnahmen, die selbst während der Militärdiktatur Ayub Khans nicht so scharf waren. So erschoß die Polizei der „Volksregierung" (so nennt sich die Bhutto-Regierung) im Juni 1970 in Karatschi 70 unbewaffnete Arbeiter, die Fabriken besetzt hielten. Im Oktober des gleichen Jahres wurden wiederum in Karatschi hunderte von Arbeitern bei Aufständen blutig niedergemetzelt. Während der Amtsperiode der „Volksregierung" wurden allein in Karatschi 3.000 Arbeiter verhaftet. Im November fielen drei Arbeiter der Bata-Schuhfabrik in Lahore unter den Schüssen der Polizei. Zwischen 1972 und 1973 wurde gegen 35.000 (!!) Bauern in der NWFP (North West Frontier Province – Nordwestliche Grenzprovinz) gerichtlich vorgegangen und Haftbefehl erlassen. Viele von ihnen sahen sich deshalb gezwungen, vor den Behörden und ihren Schergen zu fliehen.

Der eklatante Widerspruch zwischen der sozialen Demagogie der Bhutto-Regierung und ihren Taten, insbesondere der zunehmenden umfassenden Unterdrückung, führte zu einem Anwachsen der Massenbewegung.

Die Pläne der PNA laufen darauf hinaus, als Führer der Massenbewegung aufzutreten und als „Retter in der Not" zu erscheinen. Ob diese Pläne aufgehen können, wird entscheidend von dem Einfluß der linken Kräfte in dieser Bewegung abhängen. Der Mitte April erfolgte Zusammenschluß verschiedenen politischer Strömungen angehörender Gewerkschaften kann ein wichtiger Schritt sein.

Pakistanische Studenten aus Westberlin und Asien-Kommission

„Big Star" gescheitert

Thailand. *„Seit drei Monaten jagen 5.000 Regierungssoldaten der vereinten thailändisch/malaysischen Streitkräfte in Großeinsätzen etwa 200 Guerillas. Bisher sind sie jedoch lediglich auf versteckte Minen, Tigerfallen, vergiftete, angespitzte Bambusrohre und ein paar gekochte Eier gestoßen, die die Kommunisten noch warm zurückließen"* so berichtet der „Spiegel" am 25.4.77 von der großangelegten „Operation Stern II" (vergleiche auch AK 102, S. 43).

„Es ist wie der Albtraum eines Tages im frühen Vietnam: Düsenflugzeuge jagen im Tiefflug über Palmen, um unter Donnergetöse ihre Bomben abzuwerfen. Batterien schwerer Geschütze feuern in der Ferne.

Von einem vorgeschobenen Spähtrupp kommt über Feldfunk die Meldung Feindberührung. Feindberührung. Wir liegen unter Beschuß". Die nach Vietnammuster aufsteigenden Hubschrauber kehren nach Stunden erfolglos zurück, *„voller Verwundeter"* („Spiegel", 25.4.77)

Soweit der Bericht des „Spiegel"-Reporters, der offenbar am Ort des Geschehens war. Die militärischen Mißerfolge der Faschisten, die den Befreiungskämpfern den „totalen Krieg" angekündigt hatten, versucht die Anhängerin der thailändischen Junta, Christel Pile, Korrespondentin der „FAZ", so umzubiegen: *„Das Ziel von Big Star II war denn auch nicht die physische Ausrottung der Kommunisten, sondern die Zerstörung ihrer Infrastruktur"* (4.5.77). Zuerst wollten noch 5.000 faschistische Soldaten ca. 200 „Kommunisten dingfest machen", nun war's die Infrastruktur, die getroffen werden sollte und tatsächlich wurden offenbar einige gekochte Eier sowie verlassene Lager „dingfest" gemacht.

Über den Radiosender „Stimme des thailändischen Volkes" (VOPT) wurde am 10.4. eine Bilanz des bewaffneten Kampfes seit dem faschistischen Putsch (6.10.76) bekanntgegeben: 532 faschistische Soldaten wurden getötet, 653 verletzt, 96 gefangen, ein Flugzeug wurde abgeschossen, 12 Hubschrauber zerstört, 35 Fahrzeuge und vier Panzerwagen außer Gefecht gesetzt. Insgesamt wurden 271 Gewehre und mehr als 18.000 Schuß Munition ‚beschlagnahmt'. Es kam in besagtem Zeitraum zu 246 Gefechten („SWB", 16.4.77).

Der bewaffnete Kampf hat sich also weiter entwickelt, und die Position der („SWB", 16.4.77).

Der bewaffnete Kampf hat sich also weiter entwickelt, und die Position der Volkskräfte ist trotz des massiven Militäreinsatzes der Junta mit Bombern, Hubschraubern und Artillerie günstiger geworden. In keinem Fall gelang den faschistischen Militärs bisher ein größerer Durchbruch gegen die bewaffneten Volkskräfte.

Die „Front" bildet sich

Gleichzeitig mit den Erfolgen des bewaffneten Kampfes sind Erfolge auf der politischen Ebene zu verzeichnen. Es sind mittlerweile mehr als zehn verschiedene Gruppierungen, die sich am Aufbau der „nationaldemokratischen Front" beteiligen: Kommunistische Partei Thailands (KPT), Sozialistische Partei Thailands, Vereinigte sozialistische Front (USF), Nationaler Studentenverband (NSCT), Volksfront von Thailand (PFT), Zentrum zur Verteidigung der Rechte der Lehrer (CPTRT), Arbeiter-Koordinationszentrum (WCCT), Bauernföderation Thailands (PFFT), und Gruppen von Musikern, Journalisten, Dichtern und Mönchen („New Asia News", 22.4.77). Alle diese Gruppen haben ihre Bereitschaft, sich am bewaffneten Kampf gegen die Junta zu beteiligen, öffentlich bekräftigt. Nach Aussagen der „New Asia News" steht die Gründung einer formellen Front kurz bevor.

Die Gründung einer solchen „Front" und das Zustandekommen der gemeinsamen Aktion an der Basis würde den Widerstandskampf in jeder Hinsicht stärken – insbesondere hinsichtlich der breitesten Einbeziehung neuer Menschen in den Widerstand.

Zur gleichen Zeit wird über den Radiosender der Volkskräfte zur Zeit eine Propaganda gegen die Monarchie und die Institutionen Staat und Kirche geführt. Angesichts der Tatsache, daß insbesondere die Monarchie bisher als praktisch unantastbar galt, ist es bezeichnend für die Fortschritte des Widerstands, daß diese Propaganda von einem Mitglied des Studentenverbandes eröffnet wurde...

Solidarität mit dem antifaschistischen und antiimperialistischen Widerstand in Thailand!

Asien-Kommission

Frühjahrsoffensive 1977

Japan. Noch stehen nicht alle Tarifabschlüsse der einzelnen Betriebe fest (in Japan werden auf betrieblicher Ebene Lohnverhandlungen durchgeführt und Tarifverträge abgeschlossen), es zeichnet sich indessen ab, daß die diesjährigen durchschnittlichen Lohnerhöhungen unter 8,8 Prozent liegen werden („Asahi Evening News", 2.5.77)! Demgegenüber stiegen die Lebenshaltungskosten im vergangenen Jahr nach den offiziellen Statistiken um 9,3 %, darunter die Fahrpreise der staatlichen Eisenbahn um 50 %! Und das Zurückschrauben des Reallohnniveaus hält schon seit zwei Jahren an!

- Die Krise des japanischen Kapitals hat bereits zu massenhaften Entlassungen vor allem bei kleineren und mittleren Betrieben geführt; aber auch bei der staatlichen Eisenbahngesellschaft (Japan National Railways, JNR) sollen im Verlaufe der nächsten fünf Jahre 50.000 Arbeiter und Angestellte entlassen werden („Asahi Evening News", 5.4.77),
- die Anzahl der regelmäßig Beschäftigten ging 1976 um 1,8 % zurück („The Japan Times", 2.2.77),
- die geleisteten Überstunden pro Monat betrugen 1976 durchschnittlich 11,6 Stunden pro Arbeiter, das waren 11,4 % mehr als im Vorjahr (ebenda),
- die statistisch erfaßte Arbeitslosenzahl betrug im März 1977 1,27 Millionen – in Wirklichkeit dürfte sie fast an zwei Millionen grenzen („jiji press", 10.5.77),
- die Arbeitsproduktivität stieg 1976 um 13,6 % („NZZ", 28.4.77),
- das reale Wachstum betrug 1976 6,3 % („jiji press", 2.5.77),
- es ist nachgewiesen worden, daß mindestens 143 Firmen im Besitz von „Buraku"-Listen sind (vergleichbar mit den „Schwarzen Listen"). Burakunin sind von der Gesellschaft ausgestoßene Menschen, denen Firmenchefs häufig eine Anstellung verweigern („Asahi Evening News", 10.3.77).

Die Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen.

Aktionen der Werktätigen

Im Mittelpugkt der Aktionen zur Durchsetzung der Kampfforderungen, gegen die Verschlechterung der Lebenslage, standen drei Streikwellen. Am 8.4. wurde von den Gewerkschaften der öffentlichen Bediensteten und Beamten sowie 28 Gewerkschaften großer Privatunternehmen ein 24stündiger Streik durchgeführt. Hierdurch waren die überregionalen Fernzüge der JNR ganz und das Post- und Fernmeldewesen teilweise lahmgelegt. Diese Aktionen wurden auch von einer Gruppe der revolutionären Linken Japans, der Kakumaru, unterstützt, die eine Hauptstraße von Nagoya nach Tokyo unbefahrbar machte und damit den Privat- bzw. Berufsverkehr auf der Straße behinderte („Asahi Evening News", 8.4.77). Bei dieser Streikaktion ging es vor allem auch um das Streikrecht für Beamte und öffentlich Bedienstete.

Die zweite Streikwelle wurde vom 15.-16.4. durchgeführt und war hauptsächlich ein Transportarbeiterstreik. Am 15.4. wurden insgesamt 81 Nahverkehrslinien der JNR ganztags bestreikt. Am 16.4. begannen die elf größten privaten Eisenbahngesellschaften einen 48-Stunden-Streik. Dieser wurde jedoch nach 24 Stunden abgebrochen, da noch eine Einigung bei den Tarifverhandlungen über durchschnittlich 9,1 % erzielt wurde. Diese Streiks wurden ergänzt durch Arbeitsniederlegungen der Lehrer, bei Wasserwerken, Stadtverkehrsbetrieben, Post, des Fernmeldewesens sowie einer Reihe von Gewerkschaften der privaten Industrie. Diese Streiks dauerten zwischen zwei und 24 Stunden. Insgesamt waren 52 Gewerkschaften und vier Millionen Arbeiter und Angestellte an der zweiten Streikwelle beteiligt („The Japan Times", 16.4.77).

Bei dieser zweiten Streikwelle wurden die ersten Drohungen und Einschüchterungsversuche von seiten der Arbeitgeber und Regierung laut. Staatssekretär Sonoda forderte am 14.4. die Arbeiter des öffentlichen Dienstes auf, ihre „illegalen Streiks" abzusagen. *„Man werde strenge Maßnahmen nach dem Gesetz gegen jeden Beamten und öffentlichen Arbeiter anwenden, der sich an den illegalen Streiks beteiligt"* („The Japan Times", 15.4.77). Wegen der JNR-Streiks im vergangenen Jahr wurden vor kurzem schon harte Strafmaßnahmen gegen JNR-Arbeiter ausgesprochen: Drei Arbeiter wurden entlassen, 183 ihres Dienstes enthoben, die Löhne von [illegible] Arbeitern gekürzt und 2.367 Arbeiter verwarnt. Zusätzlich wurde gegen 110.770 Mitglieder der zwei JNR-Gewerkschaften eine Mißbilligung ausgesprochen („Asahi Evening News", 2.4.77)!

Der Höhepunkt der Frühjahrsoffensive sollte ein 96-Stunden-Streik vom 19.-22.4. der Beamten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes sein. Diese Streiks wurden wiederum hauptsächlich von Arbeitern der JNR und einigen privaten Eisenbahnern getragen, aber auch von Arbeitern der Stadtverkehrsbetriebe, Lehrern, Müllabfuhrbetrieben und Krankenhauspersonal. Am Abend des 21.4. waren jedoch die letzten Aktionen beendet, da Lohnerhöhungen um durchschnittlich etwa 9,1 % von den Gewerkschaftsführern akzeptiert wurden. Große Streikaktionen wurden lediglich von der Keisei, einer 5.900 Arbeiter zählenden Gewerkschaft einer privaten Eisenbahngesellschaft, weitergeführt, die eine Rücknahme geplanter Rationalisierungsmaßnahmen forderten („Asahi Evening News", 23.4.77).

Diese Aufstellung der gelaufenen Streiks ist bei weitem nicht vollständig und zeigt nicht die gesamte Breite der Aktionen, die in Form von Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen und Kundgebungen stattgefunden haben. Doch wird deutlich, daß nach wie vor eine große Bereitschaft unter den japanischen Kollegen vorhanden ist, für die gerechten Forderungen der Arbeiterklasse auf die Straße zu gehen und Druck auf die Kapitalisten auszuüben. Zwar haben die Gewerkschaftsführer es geschafft, daß die „Funktionsfähigkeit der Wirtschaft" nicht gefährdet wird. Denn trotz der augenscheinlich breit angelegten Transportarbeiterstreiks liefen noch eine ganze Reihe von Verkehrslinien regelmäßig und störungsfrei, so daß der Berufsverkehr nicht zum Erliegen kam. Darüberhinaus, obwohl die Hauptgewerkschaftsverbände Sohyo (der JSP nahe) und Domei (der rechten DSP nahestehend) den Gewerkschaften der privaten Betriebe eine Führungsrolle bei der diesjährigen Frühjahrsoffensive zusprachen, waren diese im Endeffekt weitaus geringer beteiligt. Es bleibt abzuwarten, ob der demobilisierende und reformistische Kurs der japanischen Gewerkschaftsführer weiter hingenommen wird und ob eine starke oppositionelle Gewerkschaftsbewegung aus der Arbeiterbewegung entsteht, die gegen die „Stabilitätspolitik" der Kapitalisten und Gewerkschaftsspitzen wirksam Front macht.

Asien-Kommission

Spaltet sich der Kongreß?

Indien. In der bei den Wahlen vernichtend geschlagenen Kongreß-Partei ist die Abrechnung um diese Niederlage voll entbrannt. Parteipräsident Barooah ist von seinem Amt zurückgetreten. Indira Gandhi hat sich für die Niederlage „voll verantwortlich" erklärt, jedoch ohne daß gegen sie deshalb Schritte verhängt worden wären. Dafür allerdings ist der ehemalige Kriegsminister Bansi Lal für die Dauer von sechs Jahren aus der Partei wegen „würdeloser Aktivitäten" ausgeschlossen worden. Er war einer der radikalsten Verfechter des Ausnahmezustandes und gilt als Vertrauter Indira Gandhis. Der für die Pressezensur verantwortliche ehemalige Informationsminister Shukla wurde wegen „Machtmißbrauchs" getadelt. Indira Gandhis Sohn („Kronprinz") Sanjay sollte ebenfalls ausgeschlossen werden. Die Partei entdeckte jedoch zu aller Überraschung, daß Sanjay überhaupt nicht Mitglied der Kongreß-Partei gewesen war!... Die neue indische Regierung hatte Sanjay Gandhi bereits den Paß entzogen, um damit zu verhinder n, daß er sich ins Ausland absetzt.

Gleiche Maßnahmen sind auch gegen Bansi Lal und Shukla ergriffen worden. Eine Regierungskommission soll jetzt untersuchen, ob Indira Gandhi und ihr Sohn wegen „Machtmißbrauch" vor Gericht gestellt werden sollen. Die Wahlniederlage hat in der Kongreß-Partei ein großes Desaster ausgelöst. Neben der Suche nach Sündenböcken gibt es insbesondere in den südlichen Bundesstaaten Massenaustritte. Die Auseinandersetzungen im Kongreß haben fast schon den Charakter einer Parteispaltung angenommen! Zahlreiche Ausgetretene haben schon flugs einer der neuen Regierungsparteien, „Congressmen for Democracy", angeschlossen, die sich erst unmittelbar vor der Wahl von der Kongreß-Partei abgespalten hatte und nun eine Vereinigung mit dem Janata-Block anstrebt.

Asien-Kommission



Janata will Mehrheit in den Provinzparlamenten

Indien. Die regierende Janata-Partei (ein Zusammenschluß von der religiös-faschistischen Jana Sangh bis hin zur sozialistischen Partei) bereitet sich nunmehr darauf vor, auch die Provinzparlamente zu erobern. Die Parlamente in den neun Gliedstaaten, in denen Indira Gandhis Kongreßpartei nach wie vor über Mehrheiten verfügt (in einigen Bundesstaaten hatte sich die Kongreßpartei Indira Gandhis selbst als Regierungspartei eingesetzt), wurden aufgelöst und unter Zentralverwaltung gestellt. Im Juni sollen in diesen Staaten Wahlen durchgeführt werden. Mit Wahlerfolgen der Janata-Partei ist zu rechnen, da sie als „Retter der Demokratie" große Popularität genießt und obendrein sechs Wochen nach der Wahl auch noch nicht an ihren Wahlversprechungen gemessen wird. Lediglich in Westbengalen wird ein Wahlsieg der nicht an der Sowjetunion orientierten „Kommunisten" (KPI-M) erwartet, *„ die den neuen Männern in Delhi mehr Kopfzerbrechen bereiten als die bisherige Landesregierung der Kongreßpartei"* („Süddeutsche Zeitung", 2.5.77). Durch die eilige Durchführung der Wahlen in den Gliedstaaten will sich die Janata-Partei eine günstige Ausgangsposition für die im August anstehende Präsidentschaftswahl verschaffen, bei der neben den Abgeordneten des Unter- und Oberhauses auch Deputierte der Provinzparlamente stimmberechtigt sind.

Asien-Kommission

Die Kämpfe um Narita gehen weiter

Die Kämpfe um den neuen Flughafen von Narita erreichten am Sonntag, dem 8.5., einen neuen Höhepunkt. Anflug von Flugzeugen zu verhindern. Nach Ansicht der Flughafenver- „etwas später wurde ein Kontrollposten am Flughafeneingang in Asche gelegt" („Frankfurter Rund-

partei nach wie vor über Mehrheiten verfügt (in einigen Bundesstaaten hatte sich die Kongreßpartei Indira Gandhis selbst als Regierungspartei eingesetzt), wurden aufgelöst und unter Zentralverwaltung gestellt. Im Juni sollen in diesen Staaten Wahlen durchgeführt werden. Mit Wahlerfolgen der Janata-Partei ist zu rechnen, da sie als „Retter der Demokratie" große Popularität genießt und obendrein sechs Wochen nach der Wahl auch
Kongreßpartei" („Süddeutsche Zeitung", 2.5.77). Durch die eilige Durchführung der Wahlen in den Gliedstaaten will sich die Janata-Partei eine günstige Ausgangsposition für die im August anstehende Präsidentschaftswahl verschaffen, bei der neben den Abgeordneten des Unter- und Oberhauses auch Deputierte der Provinzparlamente stimmberechtigt sind.
Asien-Kommission

Die Kämpfe um Narita gehen weiter

Die Kämpfe um den neuen Flughafen von Narita erreichten am Sonntag, dem 8.5., einen neuen Höhepunkt. Gegen rund 3000 demonstrierende Bauern und Studenten wurden 4000 Bullen in kompletter militärischer Ausrüstung (einschließlich Panzer und Wasserwerfer) eingesetzt. Die Zahl der Verletzten bewegt sich nach Pressemeldungen zwischen 300 und 400, darunter ein bis 110 Bullen („Frankfurter Rundschau" und „Welt", 9.5.77). Was von dieser widersprüchlichen Berichterstattung zu halten ist, ist nach der Lügenkampagne von Grohnde auch bei uns wohl bekannt. Die ungeheure Brutalität des Bulleneinsatzes wird daraus deutlich, daß Tränengasgeschosse aus kurzer Entfernung abgefeuert wurden und dabei ein Demonstrant einen lebensgefährlichen Schädelbruch erlitt („Süddeutsche Zeitung", 9.5.77)! Insgesamt sind 33 Demonstranten festgenommen worden.



Seit dem Baubeginn des rund 65km östlich von Tokyo gelegenen Flughafens halten die starken Proteste aus der Bevölkerung an. Diese spitzten sich am 6.5.77 erneut zu, als Bautruppen unter massivem Bullen„schutz" die zwei von den Flughafengegnern auf der Landebahn errichteten Stahltürme abmontierten und beseitigten. Diese waren von Bauern und Studenten vor einigen Jahren errichtet worden, um den Anflug von Flugzeugen zu verhindern.

Nach Ansicht der Flughafenverwaltung und der japanischen Regierung waren sie die letzten großen Hindernisse für eine Inbetriebnahme des Flugverkehrs. Durch ein Gerichtsurteil wurde in einem Eilverfahren und ohne Anhörung der angeklagten Flughafengegner die Räumungsaktion verfügt. Aufgrund dieser Täuschung und eines nächtlichen Überrumpelungsmanövers waren die Flughafengegner völlig unvorbereitet, und die Stahlgerüste konnten innerhalb kürzester Zeit entfernt werden. Die rund 100 heraneilenden Bauern und Studenten wurden von rund 2100 Bullen vom Zugang zu den Stahltürmen abgehalten („jijipress", 6.5.77).

Am Samstag, dem 7.5.77, sollte dann die erste Probelandung auf dem neuen Flughafen erfolgen. Die inzwischen mehr als 1000 Demonstranten versuchten unter anderem durch die Rauchschwaden brennender Gummireifen die Sicht der Piloten zu behindern. Trotz der sehr militant geführten Kämpfe konnte die Probelandung durchgeführt werden. Die Anzahl der Demonstranten ist im Verlauf der Aktionen auf fast 4000 angewachsen. Am vierten Tag der Kämpfe brannte *„im Morgengrauen .. ein Angriffskommando die Polizeistation am Flughafengelände nieder"* und *„etwas später wurde ein Kontrollposten am Flughafeneingang in Asche gelegt"* („Frankfurter Rundschau", 11.5.77).

Nach den Plänen der japanischen Regierung soll der Flughafen Narita, der bis jetzt umgerechnet 5 Mrd. DM gekostet hat, noch in diesem Jahr eröffnet werden. Daß die Regierung auch zu allem entschlossen ist, zeigt ihr militärisches Vorgehen. Andererseits hat es sich in den langjährigen Kämpfen auch gezeigt, daß die beteiligten Bauern und Studenten sich nicht einschüchtern ließen. Bei diesem sogenannten „Sanrizuka-Kampf" geht es nicht nur um das von den Bauern selbst fruchtbar gemachte Land, auf dem nun ein Flughafen gegen deren Willen errichtet worden ist. Der neue Flughafen wird vielmehr als ein Teil eines langfristigen Industrieentwicklungsplanes der Regierung aus dem Jahre 1969 angesehen, nach dem ein Sechstel der derzeitigen landwirtschaftlichen Nutzfläche industrialisiert werden soll! Damit wird ein großer Teil der japanischen Bauern ihre Existenzgrundlage verlieren. Deshalb haben Sprecher der kämpferischen Bauern erklärt, *„daß sie weiterhin militant kämpfen werden und sogar androhten, den neuen Flughafen mit ‚Guerilla Aktionen' zu zerstören"* („jijipress", 6.5.77).

Asien-Kommission

Referendum ohne Bedeutung - der Kampf geht weiter

Philippinen: Nach langem Zögern fand am 17. April in den südlichen 13 Provinzen der Philippinen das Referendum über eine eventuelle Autonomie statt.

Bereits vor der Abstimmung riefen verschiedene Moslem-Organisationen zum Boykott des Referendums auf, da die zur Abstimmung stehenden Vorschläge nicht den vereinbarten Regelungen entsprachen. So konnte nur über den Autonomievorschlag der Marcos-Diktatur abgestimmt werden – der nur eine Scheinautonomie vorsah (siehe auch AK Nr. 102, S. 43).

Angeblich haben sich in der Abstimmung ca. 95 % der Bevölkerung gegen „die Autonomie" ausgesprochen. Angesichts der Tatsache, daß nur für oder gegen die Autonomie von Marcos Gnaden abgestimmt werden konnte, zählt jede Ablehnung dieser Pläne ganz einfach als Stimme gegen „die Autonomie".

Das Referendum selber lief in einem Klima ab, wie man es von Marcos erwartet „*1.000 Soldaten, unterstützt durch Panzer standen bereit*" („The Japan Times", 18.4.77).

Das Ergebnis des Referendums wurde von Moslem-Organisationen, speziell auch von der MNLF abgelehnt. *„Wir haben nichts mit dem Referendum zu tun, welches nichts mit früheren Vereinbarungen zu tun hat"*, sagte ein Sprecher der MNLG („Business Times", 22.4.77).

Gleichzeitig mit der Ablehnung des Wahlergebnisses sind jetzt die Gespräche zwischen der Marcos-Diktatur und der MNLF endgültig gescheitert! Die Gespräche wurden Anfang Mai abgebrochen („SZ", 2.5.77).

Bereits vor dem Referendum brach der Krieg wieder aus (provoziert von den faschistischen Truppen) – der sich auch nur durch die Niederschlagung der faschistischen Marcos-Diktatur beenden läßt.

Asien-Kommission

Wahlbetrug in Indonesien

Am 2.Mai fanden in Indonesien Wahlen statt. Gewählt werden durfte ein Teil eines sogenannten Volksrates. Gut ein Drittel der Volksratsmitglieder hat Suharto selber im Vorwege ernannt – durchweg Offiziere, die der faschistischen Einheitspartei, Golkar, angehören! Zudem handelt es sich bei dem Parlament keineswegs um ein Organ mit Entscheidungsbefugnissen, sondern mehr um ein beratendes Organ. Daß die Wahl tatsächlich eine Farce war, geht auch daraus hervor, daß *„sich die drei zugelassenen Parteien zur Herrschaft Suhartos bekennen, ein Machtwechsel mit demokratischen Mitteln also ausgeschlossen ist"* („Süddeutsche Zeitung", 2.5.77).

Trotz der Tatsache, daß bei den Wahlen eine wirkliche Opposition nicht zugelassen war, (die Kommunistische Partei Indonesiens ist noch immer verboten, zehntausende Revolutionäre und andere Gegner des Regimes werden in KZs gefangengehalten), durften sich die Parteien nicht gegenseitig attachieren, also keinen Wahlkampf führen, sondern nur Eigenwerbung betreiben" („FR", 29.4.77). *„Es wurde ein eindeutiges Bekenntnis zum Staatsprinzip Pancasila gefordert"* („NZZ" 12.5.) – d.h. zum faschistischen Staatssystem. Während des Wahlkampfes – bei dem es natürlich trotz alledem zu Auseinandersetzungen kam, wurde mehrfach Militär eingesetzt und „diverse Personen" wurden inhaftiert („SWB", 26.4.77).

Auf dieser Grundlage nahm das Wahlergebnis seinen geplanten Lauf: Bei einer Wahlbeteiligung von 35 Millionen Menschen (71 Millionen sind wahlberechtigt!) wählten 65,03% die Golkar-Partei, die islamische PPP erhielt 28,31% und die „demokratische" Partei 6,56% („NZZ", 4.5.).

Daß selbst dieses zusammengeschusterte Ergebnis nicht mit rechten Dingen zustandekam, wurde schnell deutlich. Die PPP *„protestierte ... gegen angebliche (?) Manipulationen der Parlamentswahlen"* („FR", 6.5.). Nach ihren Aussagen hatten auf der Insel Java ca. 1 Million Wähler keine Wahlbenachrichtigung erhalten.

Asien-Kommission

afrika



„Wir brauchen keine Söldner ..." Erklärung des Generals Mbumba, Präsident der FLNC

(...) Seit nunmehr fast 12 Jahren sind wir der Unterdrückungsmaschinerie, die das faschistische, neokoloniale und tribalistische System Mobutus darstellt, unterworfen.

– Die Kämpfer der FLNC haben die Waffen ergriffen, um die Kette der Knechtschaft zu zerschlagen, die uns das imperialistische System angelegt hat, um uns gründlichst ausbeuten zu können.

– Seit dem 24. November 1965, dem Datum der Machtergreifung Mobutus, hat sich die politische, soziale und ökonomische Situation ständig verschlechtert (...). Es ist paradox, dass unser Land das meist verschuldetste der Welt ist, wo es doch eines der reichsten sein könnte.

– (...) Das kongolesische Volk kann nicht akzeptieren, daß sein Land ein Land der Bettler, der Bedürftigkeit, der Korruption und der Entfremdung geworden ist.

– Das kongolesische Volk kann nicht mehr zulassen, daß die kapitalistischen Mächte, die heute Mobutu zu Hilfe eilen, unsere Volkserhebung erwartet haben, um zu versuchen, Vertuschungslösungen zu finden.

– Das kongolesische Volk muß wissen, daß die Kapitalisten in unserem Land nur die Bodenschätze sehen. Die Lebensbedingungen der Arbeiter, Intellektuellen und die der Bauern interessieren sie überhaupt nicht. Deswegen zögern sie nicht, ihrem Diener Bomben und Munition zu schicken. So wollen sie dem kongolesischen Volk weiter ein System ihrer Wahl aufzwingen, um sich eine unverminderte Ausbeutung unserer mineralischen Reichtümer zu sichern.

– Heute sagen die kongolesischen Männer und Frauen Nein zu Mobutu. Der Kongo, unser Land, muß seine ökonomische und politische Unabhängigkeit und seine Würde wiederfinden (...).

– Ich wende mich hier besonders an die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die gegen ihren Willen in den Kampf geschickt wurden (...). Ihr müßt euch bewußt werden, daß Mobutu euch von nun an nicht mehr braucht. Ich fordere Euch auf, Eure Waffen in die Hände der Kämpfer der FLNC zu legen. Sie werden Euch brüderlich empfangen (...).

– Bei der Eroberung von Mutshtsha haben wir mehrere Panzerfahrzeuge erbeutet, deren ganze Mannschaft im Innern des Fahrzeugs eingeschlossen war. Sie haben uns fast einhellig versichert, nicht mehr in der zairischen Armee zu kämpfen. Darüber hinaus haben sich bereits drei Kompanien ehemaliger Soldaten Mobutus den Kämpfern der FLNC ergeben und werden gut behandelt.

– (...) Die Nationale Befreiungsfront des Kongo ist entschieden, für den Schutz aller Kinder des Landes zu kämpfen. Sie verlangt von allen wirklichen Kongolesen, würdig zu sein; sie brauchen sich nicht zu beunruhigen: Was auch immer die Hilfe sein wird, die die Imperialisten dem Mobutu-Regime liefern, die Kämpfer der nationalen Befreiung garantieren für die Sicherheit des kongolesischen Volkes;

– Die FLNC braucht für ihren Befreiungskampf keine Söldner: Überall werden wir mit einem unbeschreiblichen Enthusiasmus empfangen (...). Alle Kongolesen kennen unser Ziel, die totale Befreiung unseres Landes von dem despotischen und neokolonialen Regime, und die Errichtung eines neuen Systems, in dem die Interessen des kongolesischen Volkes eine absolute Priorität haben werden.

– (...) Was die ausländischen Staatsbürger und die ausländischen Gesellschaften und Missionen im Kongo angeht, haben unsere Kämpfer bereits im Laufe ihrer Befreiungsmission bereits vielfach ihre Integrität bewiesen. Viele Ortschaften sind befreit worden, in denen ausländische Gesellschaften und Missionen und auch ausländische Staatsbürger sich befinden. Keiner unter ihnen hat Mißhandlungen erleiden müssen: wir respektieren ganz entschieden die Prinzipien der Menschenrechtserklärung (...).

– Die FLNC hat bereits ihren Willen ausgedrückt, mit den gutwilligen Ausländern in unserem Land zusammenzuarbeiten, um eine echte Wiederaufrichtung unserer Ökonomie zu erreichen (...).

– Unser Land, der Kongo, muß ein unabhängiges, sozialistisches und fortschrittliches Land sein. Der Sieg der Kindes des Landes, der kongolesischen Revolution ist sicher.

UNSER KAMPF GEHT WEITER ! SIEG ODER TOD !

(Afrique-Asie Nr. 133/77, S. 28)

Afrika-Kommission



General Mbumba, Führer der FLNC

„Für eine große revolutionäre Partei"

Im folgenden drucken wir die Übersetzung eines Interviews ab, das „Afrique-Asie" mit Laurent Kabila, dem Vorsitzenden der PRP (Partei der Volksrevolution) gemacht hat („Afrique-Asie" Nr. 133/77, S. 29/30).

A.A.: In Shaba entwickelt sich zur Zeit ein Volksaufstand, die Bevölkerung bereitet ihren Befreiern einen begeisterten Empfang, der Kampfgeist der Mobutu-Truppen scheint nicht sehr groß zu sein. Haben Sie Beziehungen zur FLNC, dem Urheber des Aufstandes? Welcher Natur sind sie?

LK.: Wir haben Kontakte und wir hatten sogar Unterredungen für eine Annäherung unserer zwei Bewegungen, da unser Ziel die Vereinigung der Opposition um die von uns vertretenen Prinzipien herum ist. Wenn sich „die Offensive" entwickelt, wird sie zweifellos eine politisch „qualifiziertere" Opposition gegen das Mobutu-Regime darstellen und ein bedeutendes Engagement der Bevölkerung ausdrücken.

A.A.: Sie sprechen von Prinzipien, wie sieht das Programm der Partei der Volksrevolution (PRP) aus?

LK.: Wir gegen von einer Klassenanalyse unserer Gesellschaft aus, die an der imperialistischen Ausbeutung im allgemeinen und an der Bereicherung gewisser nationaler Kader durch politische Mittel krankt. Unsere Partei will die Interessen der Massen ausdrücken und gegen die kapitalistische Ordnung der Dinge kämpfen, d.h. in unserem Land eine Gesellschaft ohne Ausbeutung errichten. Hierfür ist die demokratische Revolution des Volkes eine notwendige Etappe.

A.A.: Wie mobilisieren Sie diese Massen?

LK.: Trotz der sehr scharfen Repression, die die Volksmassen hindert, sich auszudrücken, haben wir es geschafft, in den Fabriken, in der öffentlichen Verwaltung, in den Schulen, unter den Studenten Zellen einzurichten. Sicher sind das nur kleine Schritte, aber auf dem Lande, wo in der Umgebung keine Truppen stationiert sind, ist es leichter. Allerdings können wir auch hier nicht in großem Maßstab mobilisieren. Die Schaffung der Zellen in der Stadt geht auf das Jahr 1971 zurück, die Aktion auf dem Lande bis 1967.

A.A.: Was bewegt die Einwohner der Städte und die Landbevölkerung dazu, Ihnen zuzuhören?

LK.: Mobutu hat versucht, bei der Bevölkerung ein gewisses Vertrauen zu gewinnen, indem er einige Krankenhäuser und Schulen baute. Aber das war nur Augenwischerei. Korruption und Spekulation behindern ihr Funktionieren und diese Einrichtungen nützen der Bevölkerung überhaupt nichts. Ebenso sind die Straßen nicht befahrbar, die Produkte der Bauern können nicht abtransportiert werden. Die einzige Antwort, die Unzufriedenheit einzudämmen, war die Verallgemeinerung des Polizeiapparts, der sich über die Agenten der MPR (Volksbewegung der Revolution, Einheitspartei Mobutus) bis in die kleinsten Dörfer erstreckt.

A.A.: Ist dieser Polizeiapparat Ihr Hauptangriffsziel?

LK.: Nein, denn einige seiner Mitglieder haben die Seiten gewechselt und arbeiten jetzt mit uns. Sie hatten vorher sogar eine Art Miliz gebildet. Die Jugend der MPR besaß Gewehre und hatte die Überwachung der anderen zur Aufgabe. Sie stellte auch die Spitzel für die Armee in ihrem Kampf gegen uns in den Dörfern, die an unsere befreiten Gebiete angrenzen. Aber gegenwärtig muß die Armee die Bevölkerung zwingen, ihr den Weg zu zeigen. Unser einziger Feind bleibt diese Armee. Die Leute der MPR sind kaum noch schädlich. Sie helfen uns mit Passierscheinen für den freien Transit, um unsere Briefe und Instruktionen befördern zu können. An einigen Orten, in Kindu und Lumumbashi geben sie uns Proviant. Diese Veränderungen sind unserer politischen Aktion zu verdanken.

A.A.: In welchen Formen hat sich diese Aktion entwickelt?

L.K.: 1967 wurde im Innern des Landes das Volksinstitut für die Politische Orientierung gegründet, die Schule der Partei. Seit1968 arbeitet diese Schule und bildet mit folgenden zwei Zielen Kader aus:

– Mobilisierung und politische Erziehung der bäuerlichen Massen. Dies ist von grundsätzlicher Bedeutung, denn die Revolution hatte gerade eine Niederlage erlitten und die Bevölkerung war sehr mißtrauisch.

– Ausbildung der Kämpfer durch politische Kommissare. Ende 1968 bis Juni 1969 haben wir uns für den bewaffneten Kampf vorbereitet. Im Juni hatte der Feind selbst die Initiative ergriffen. Die Bevölkerung hatte sich unseren Basen angeschlossen und die amerikanischen „technischen Berater" Mobutus hatten beschlossen, daß es an der Zeit sei, uns schnell zu vernichten. Die Luftwaffe wurde als logistische Unterstützung erst seit 1972 eingesetzt. Aber niemals wurden Bombardements durchgeführt, weil man Angst hatte, der internationalen Öffentlichkeit den Beweis für die Existenz des bewaffneten Widerstands in Zaire zu liefern. Während dieser Zeit haben wir Schulen errichtet, die von Menschen bis nach Lumumbashi über die angrenzenden Regionen besucht wurden. Sicher fehlen noch viele Mittel für die Alphabetisierung. Wir haben auch Kooperativen geschaffen – ohne Maschinen; aber man kann auch ohne sie produzieren, wenn man nichts besseres hat.

A.A.: Wie ist die aktuelle militärische Situation?

L.K.: Es gibt in den Provinzen Kivu und Katanga befreite Gebiete – Zellen gibt es auch in anderen Regionen. Nach zahlreichen Schlachten und vielen Toten beschränkt sich die zairische Armee auf Störmanöver an der Peripherie der von uns kontrollierten Gebiete. Bei diesen Gebieten handelt es sich um Gebirgszonen, teils Waldsavanne, teils tropischer Regenwald, die nur schwer zu durchdringen sind. Was noch schwerer wiegt, ist die Tatsache, daß die Armee stark gespalten ist. Wir wissen über unsere Zellen, daß sich Soldaten geweigert haben, uns zu bekämpfen, besonders nach der schmerzlichen Niederlage, die sie in Angola erlitten haben. Die Offiziere und Soldaten sind demoralisiert, wie die ersten Ereignisse in Shaba zeigen.

A.A.: Stützt sich der Aufstand gegen die Zentralautorität auf regionale Partikularismen?

L.K.: Nein, wir bekämpfen den Tribalismus scharf. Wir rekrutieren die Kader der PRP in allen Regionen. Was sie untereinander annähert, ist das Klassenbewußtsein, das den Tribalismus überwindet und in dem sie sich wiedererkennen.

A.A.: Wie sieht die langfristige militärische Strategie aus?

L.K.: Wir glauben, daß wir einen langen Krieg führen müssen, da wir nicht damit rechnen können, das ganze Land militärisch zu erobern. Aber wir zweifeln nicht daran, daß Mobutu fällt. Er mag einen sehr gut organisierten Dienst seiner ausländischen „technischen Berater" haben, aber er ist gezwungen, ständig seine Umgebung zu säubern, weil er Angst hat. Er weiß, daß die Leute seiner Umgebung müde sind, daß dort jeder jeden verdächtigt, er sei eingeschlossen. Er weiß, daß selbst die Bourgeoisie unzufrieden ist, die ihm doch alles verdankt. Er weiß, daß seine einzige Chance noch darin besteht, daß der Imperialismus, der Millionen Dollar in ihn investiert hat, trotz seiner Nachforschungen Schwierigkeiten hat, einen Nachfolger zu finden, der ungeachtet seiner Mängel sein Spiel so gut spielen könnte wie Mobutu. Der CIA selbst steht auf dem Wachtposten, die beste und schlechteste Sache für einen Diktator.

Wir haben unseren Kampf mit drei „Mausern" und zwei Revolvern begonnen. Es ist uns gelungen, Waffenverstecke des Aufstandes von 1964/65 zu finden, aber vor allem haben wir Waffen durch Hinterhalte gegen den Feind, durch Kämpfe und sogar durch geheime Lieferungen unserer Zellen in der Armee erhalten. Wir sind jetzt mit „F.A.L."-Gewehren ausgrüstet, Gewehre der zairischen Armee...

A.A.: Haben Sie auf politischem Gebiet zusammen mit anderen Sektoren der Opposition eine Globalstrategie entwickelt?

L.K.: Im Moment handelt es sich vor allem um übereinstimmende Ziele der verschiedenen Untergrundkämpfer, die im Kampf stehen. Was die anderen angeht, von denen einige heute viel Lärm machen, um ihre Nichtanwesenheit im Kampf vergessen zu lassen – zu diesen haben wir keine Kontakte. Gizenga, der kaum mehr als sich selbst und seine Familie repräsentiert, scheint noch immer seine parlamentarischen Ideen wiederzukäuen. Er hat erklärt, daß seine Fodelico die PPA (Afrikanische Volkspartei), die PRP und die PLC (Liberale Kongolesische Partei von Raphael Mbumba, ehemaliger Minister in der sezessionistischen Regierung Tschombees) umfaßt. Unsere Informationen über den letztgenannten beweisen seine Verbindungen mit den belgischen Monopolen. Was uns, die PRP, betrifft, haben wir keine Beziehungen zu dieser Fodelico und wir erkennen ihr auf keinen Fall das Recht zu, in unserem Namen zu sprechen.

Wir wollen das Abenteuer der 60er Jahre nicht wiederholen; das war eine Niederlage, weil eine wirklich revolutionäre Partei fehlte. Gewisse Leute wollten auf dem „demokratischen" Weg kämpfen, indem sie das parlamentarische Spiel mitmachten, dessen Regeln die anderen je nach Belieben brachen.

So hat z.B. Gbenye nach der Niederlage von Stanleyville zusammen mit den anderen Nationalisten den Nationalrat der Befreiung (CNL) gebildet, um durch das Gewinnen der notwendigen Stimmen zum parlamentarischen Sturz der Regierung von Cyrielle Adonis Druck auf Kasavubu auszuüben. Als sich im Oktober 63 herausstelle, daß diese Stimmenanzahl praktisch erreicht war, postierte Kasavubu Soldaten vor das Parlament und schickte es in die Ferien. Dann versuchte man es mit Manifestationen und den Verteilen von Flugblättern. Die Opposition versuchte, sich in den Städten zu organisieren. Dort kam es dann zu Denunziationen und Verhaftungen... Nach all diesen Fehlschlägen hat jeder sein Schäfchen ins Trockene gebracht. Gbenye ist heute ein großer Bourgeois in Kinshasa und Gizenga in Europa.

Wir dagegen haben uns entschieden zu kämpfen und diese große revolutionäre Partei aufzubauen, deren Nichtvorhandensein sich in jenen Jahren so grausam bemerkbar machte.

Djibouti: Unabhängigkeit oder Neokolonialismus ?

Nach 80 Jahren der kolonialen Ausbeutung und Unterdrückung durch Frankreich fand am 8. Mai 1977 in Djibouti (am Eingang des Roten Meeres, gegenüber Aden) ein Referendum und eine Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung statt. Bei dem Referendum entschieden sich klar und eindeutig 98,9% der Abstimmenden für die Unabhängigkeit von Frankreich. Für die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung lag eine Einheitsliste vor, die von der LPAI (Afrikanische Volksliga für die Unabhängigkeit) angeführt wurde. Wie die Sitzverteilung unter den Parteien im Einzelnen aussieht, war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt (die beiden großen Volksstämme der Affar und Issas verfügen in der verfassungsgebenden Versammlung über nahezu die gleiche Sitzzahl – 33 Issas, 30 Affar, zwei Araber). Beobachter der UNO und der Arabischen Liga haben den äußeren Ablauf der Wahl als korrekt bezeichnet, während die antiimperialistische MPL (Volksbefreiungsbewegung) erklärte, ihre Anhänger wären bei den Wahlvorbereitungen mißhandelt worden (in der Tat ließen die französischen Kolonialisten am 30. Januar 1977 4.000 Soldaten gegen ein Treffen der MPL aufmarschieren). Von Wahlbetrug sprach ebenfalls die UNI, eine Abspaltung der ehemaligen reaktionären Statthalterpartei der Franzosen in Djibouti (vgl. „Süddeutsche Zeitung", 11.5.77). Die UNI hatte angesichts der nahenden Unabhängigkeit zunehmend eine verbalradikale Sprache benutzt, die angesichts der Herkunft dieser Gruppierung jedoch einige Zweifel an der Ernsthaftigkeit des plötzlichen Anti-Kolonialismus offenläßt.

Der „friedliche Weg" in die Unabhängigkeit wurde bei den sogenannten „Pariser Gesprächen" festgelegt, die im März 77 stattfanden. Hinter verschlossenen Türen tagten Vertreter der LPAI und der 1963 gegründeten FLCS mit der französischen Regierung, während die MPL eine Teilnahme an diesen Verhandlungen ablehnte.

Sie kritisierte in diesem Zusammenhang die neokoloniale Strategie der französischen Imperialisten wie folgt: *„Alles zeigt nur auf diesen 'runden Tisch', es geht darum, Hals über Kopf eine Regierung zu gründen nach den Wünschen Frankreichs; Institutionen zu errichten, 'die es erlauben, die absolute Macht einer einzigen Partei zu konsolidieren, auf diese Weise – sogar vor der Unabhängigkeit – jegliche öffentliche und demokratische Diskussion über den Inhalt der Unabhängigkeit zu verhindern"* („Le Monde", 4.3.77).

Ebenfalls nahmen an diesen Gesprächen n i c h t teil die UNI und eine Gruppe „MLD" (Befreiungsbewegung von Djibouti), die ihren Sitz in Äthiopien hat und als verlängerter Arm des DERG gilt. (Äthiop. „Provis. Militärverwaltungsrat")

Die Teilnahme an den Pariser Mauschel-Verhandlungen signalisiert die zunehmende Rechtsentwicklung der LPAI, der man eine Massenbasis in Djibouti durchaus noch zutrauen kann, da sie während der französischen Besatzung eine eher antiimperialistische Position bezogen hatte. Im Gegensatz zur LPAI verließ die FLCS (Befreiungsfront der somalischen Küste) nach drei Wochen die Pariser Verhandlungen s unter Protest – die LPAI verhandelte also allein wieter – und brachte folgende Verlautbarung heraus: *„Nach über zwanzig Tagen der Ausflüchte und des Feilschens stellt die FLCS zu ihrem größten Bedauern fest, daß die französische Regierung nicht im geringsten bereit ist, eine echte und gerechte Entkolonialisierung vorzunehmen, was den legitimen Bestrebungen der Bevölkerung des Territoriums entspricht."* Frankreich *„tribalisiert das Land anstatt es zu entkolonialisieren und würde einen Staat wie Libanon einrichten."* („Le Monde", 4.5.77).

Diese Einschätzung der Pariser Gespräche wurde durch das Abschluß-Kommunique selbst nochmals bekräftigt. Darin hieß es unter anderem, daß man *„die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und dem zukünftigen Staat will, im wirtschaftlichen, monetären, kulturellen, technischen und militärischen (!) Bereich"* („Le Monde"). Keine der von der LPAI früher erhobenen Forderungen, wie nach sofortigem Abzug der über 6.500 französischen Soldaten und Fremdenlegionäre, Einreißen des elektrisch geladenen Stacheldrahtzaunes, der die Elendsquartiere umgibt, völlige Gleichberechtigung von Affar (von Frankreich begünstigt) und Issas, Freilassung aller politischer Gefangener etc. wurde öffentlich zur Sprache gebracht. Und es paßt in dieses Bild, daß anläßlich der Wahlen und des Referendums seitens der LPAI auf jede Kritik an Frankreichs reaktionärer Afrika-Politik verzichtet wurde, keine Plakate etc. zu sehen waren und daß in dem größten Elendsquartier Afrikas schier „unnatürliche Ruhe" im Verlauf der Wahlen herrschte. Kommentierte der Sprecher der LPAI, Ahmed: *„Es gibt keine Auseinandersetzungen wie einst. Alle sind von Grund auf* (!) *einverstanden. Warum wollen sie, daß wir die Stadt verschmutzen, indem wir sie mit Plakaten oder Aufschriften bedecken?"* („Le Monde", 6.5.77). Es wirft ein Schlaglicht auf die Entwicklung der LPAI, daß derselbe Mann noch im Februar 1976 wegen seiner oppositionellen Haltung zur Kolonialherrschaft in Haft gehalten wurde...

Am erstaunlichsten aber ist wohl die plötzliche Befürwortung der LPAI durch Ali Aref, eine jahrzehntelange verhaßte Marionette Frankreichs in Djibouti, der die Antiimperialisten gnadenlos verfolgte und der auch der LPAI nur einen halblegalen Status gestattet hatte. Heute im französischen „Exil" lebend, bekundete er seine *„bedingungslose und grenzenlose Unterstützung"* dem Führer der LPAI, dem Geschäftsmann H. Gouled, worüber *„sich die französische Regierung, die das immer gewünscht hat, zutiefst freut"* (lt. Stirn, dem französischen Staatssekretär für die Überseegebiete, „Le Monde", 2.5.77). Hassan Gouled ist heute der Vorsitzende der verfassungsgebenden Versammlung!

Es hat den Anschein, als habe die Linke in Djibouti der LPAI noch nicht sehr viel entgegenzusetzen (uneingeschränkt antiimperialistische Position nehmen nach unseren Informationen gegenwärtig nur die FLCS und die MPL ein. Auf letztere scheinen auch die Genossen der französischen revolutionären Organisation OCT ihre Hoffnungen zu setzen, die von der MPL schreiben, sie sei die einzige alternative Kraft zu dem LPAI-Projekt eines *„afrikanischen Hongkong"* („L'etincelle", 16.2.77).

So bildeten alle fünf Parteien (LPAI, UNI, FLCS, MLD und MPL) Anfang April in Ghana eine „patriotische Front", deren Delegierte nur *„den Rückzug der französischen Truppen bald* (!) *nach der Erlangung der Unabhängigkeit"* forderten. Eine Minderheit (wahrscheinlich UNI und MPL) wandte sich gegen die Verknüpfung von Referendum und Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung, sie konnten mit ihren Einwänden aber offensichtlich nicht durchdringen.

Es ist vorauszusehen, daß diese mühsam gekittete „patriotische Front" an den Realitäten des Klassenkampfes in Djibouti zerplatzen wird, und daß die aufstrebende einheimische Bourgeoisie die antiimperialistischen Positionen der Linken bekämpfen wird. Es ist sehr die Frage, ob Frankreich mit seiner Strategie der Einbindung der LPAI in die neokoloniale französische Djibouti-Politik nicht auch innerhalb dieser Bewegung Widersprüche aufplatzen läßt. Denn zumindest die Erklärungen der LPAI aus den Jahren 75/76 befinden sich im scharfen Gegensatz zu den Absichten der französischen Regierung.

Djibouti – ein riesiges französisches Militärlager

Daß Djibouti erst jetzt „unabhängig" wird, ist u.a. damit zu erklären, daß Djibouti für Frankreich einer der letzten wichtigen Militärstützpunkte an der afrikanischen Ostküste ist, wo es mindestens 5.800 Soldaten, 1.000 Fremdenlegionäre und über 400 Polizisten sowie eine unbekannte Anzahl von Geheimpolizisten besitzt, wodurch auf zehn Einwohner Djiboutis ein „Bewacher" kommt. 1974 wurde in Djibouti ein neues Flottenkommando eingerichtet (siehe AK 72) und Ende April dieses Jahres kam der Flugzeugträger „Clemenceau" in Djibouti an (kurz vor der Unabhängigkeit). Zusammen mit den bisherigen Kriegsschiffen Frankreichs im indischen Ozean bildet diese militärische Präsenz das bedeutendste Potential, das die französische Marine jemals in dieser Region besaß. Während allgemein die Anzahl der Soldaten zu Land (5.800) leicht reduziert wurde, wurde die Gendarmerie verstärkt („Le Monde", 4.5.77).

Mit diesem aggressiven Militärpotential ist der französische Imperialismus in der Lage, innerhalb von Stunden an jedem beliebigen Ort Afrikas zu intervenieren. Der jüngste Überfall auf das zairische Volk zeigt, wie wichtig die Forderungen der Linken in Djibouti sind, die sowohl den Abzug aller Truppen fordern und die jede andere Form der (militärischen) Kooperation mit Frankreich ebenfalls energisch bekämpfen.

Afrika-Kommission

Bomben auf Dörfer – Mobutu siegt wie damals Thieu

Der afrikanische Kontinent wird augenblicklich Zeuge eines Taktikwechsels der imperialistischen Staaten in ihrem Vorgehen gegen Befreiungsbewegungen in neokolonialen Ländern. Während die Imperialisten während der sechziger Jahre „bei Bedarf" mit eigenen Truppen ihren einheimischen Statthaltern zu Hilfe kamen (z.B. Frankreich 1964 in Gabun, Belgien im gleichen Jahr im Kongo, 1968 Frankreich im Tschad) werden heute gleichsam stellvertretend die afrikanischen Kompradoren gegen fortschrittliche antiimperialistische Länder und Bewegungen eingesetzt.

Modell für diese Entwicklung steht gegenwärtig Zaire. Das korrupte und verhaßte Mobutu-Regime kann vorläufig nur durch die militärische Intervention Marokkos, Sudans, Ägyptens, Ugandas und des Zentralafrikanischen Kaiserreichs über Wasser gehalten werden; durch verwandte Regimes, hinter denen die USA, Frankreich, Belgien, die BRD und Japan stehen. Sie sind die eigentlichen Auftraggeber des Überfalls auf das Volk von Zaire, das gegen die Marionette Mobutu zu den Waffen gegriffen hat.

Gegenüber dieser Allianz von Imperialismus und afrikanischem Neokolonialismus kännen die Befreiungskämpfer der FLNC gegenwärtig nicht in der offenen Feldschlacht bestehen. Sie haben sich deshalb verstärkt auf die Guerillakriegsführung zurückgezogen, nachdem ihnen von den demoralisierten Mobutu-Truppen ganze Landstriche nahezu kampflos überlassen worden waren und sie unter begeisterter Anteilnahme der Bevölkerung mit dem Aufbau einer eigenen Verwaltung begonnen hatten. Die derzeitigen Jubelmeldungen der zairischen Regierungspresse über die großen „Erfolge" der Söldner und Regierungssoldaten (die auch hier in der bürgerlichen Presse breiten Eingang finden) verschweigen natürlich, daß es so gut wie keine „Feindberührung" gegeben hat: Es werden phantastische Zahlen über die angeblich getöteten Befreiungskämpfer genannt. Vor Ort sieht es anders aus. So schreibt selbst der Korrespondent der extrem Mobutu-freundlichen „Welt" (20.4.) direkt vom Schauplatz der Kämpfe: *„Die Taktik der Katangesen, die die offene militärische Konfrontation vermeiden und nur in kleinen Verbänden zwischen fünf und fünfzig Mann operieren, ließ die Gegenoffensive zu einem ,Schlag ins Leere' werden"*; und: *„sowohl Marokkaner wie zairische Regierungstruppen haben Schwierigkeiten, der wendigen Guerillataktik zu begegnen."* Im gleichen Zusammenhang schreibt die „Neue Zürcher Zeitung" (5.5.77): *„Zu Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Rebellen ist es nach übereinstimmenden Berichten von Korrespondenten in Kolwezi so gut wie nicht gekommen"*. Offensichtlich haben sich die Guerillakämpfer der FLNC auf einen langfristigen Kampf eingestellt, in dem sie durch Sympathie und Unterstützung der Bevölkerung, Geländekenntnis und Geländestruktur (Urwald) Vorteile gegenüber den Söldnern und Marionettentruppen besitzen.

Unter diesen Umständen gewinnt der Kampf gegen die *„kubanisch-sowjetimperialistische Aggression"*, so die Propagandalüge von Mobutu und seinen weltweiten Freunden, immer mehr Züge einer Strafexpedition und eines Völkermordes (so die FLNC) gegenüber der einheimischen Bevölkerung. In der Kupfermetropole Kolwezi leben die Zairer in Furcht und Schrekken vor den marokkanischen Soldaten: *„Ganze Familien wurden in ihren Hütten verbrannt, nachdem sie dort gewaltsam eingesperrt worden sind"*, berichtete der Oberkommandierende der FLNC, General MBumba („Afrique Asie" Nr. 134). Die mosambikanische „Tempo" (1.5.77) ergänzt diesen Sachverhalt durch den Hinweis, daß es sich bei diesen Familien um „verdächtige" Oppositionelle und FLNC-Sympathisanten gehandelt hat. Um den mordenden und brandschatzenden marokkanischen Söldnern gewisse Zügel anzulegen, wurde eigens ein „Richter" aus Marokko eingeflogen, der drei marokkanische „Elite"-Soldaten wegen Vergewaltigungen und der Ermordung von zwei Kindern zum Tode verurteilte („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 26.4. und „Guardian", 25.4., vergl. auch „Tempo", 1.5.).

Die „Kriegskunst" des in Kolwezi residierenden Mobutu besteht darin, die Ortschaften und Stadte in Schaba mittels 600 kg Bomben in Schutt und Asche zu legen (wir veröffentlichten im letzten AK ein diesbezügliches Dokumentarfoto). In Mutshatsha stand nach der eintägigen pausenlosen Bombardierung vom 17. April kein Haus mehr und die Truppen Mobutus und seiner Helfershelfer zogen „siegreich" in eine Mondlandschaft ein („Afrique-Asie", Nr. 134). Diese willkürlichen Bombardierungen ganzer Orte und Landstriche fordern zahlreiche Todesopfer unter der Zivilbevölkerung. Seit der „Gegenoffensive" der Konterrevolution istder Flüchtlingsstrom nach Sambia schlagartig angewachsen, 500 Menschen sind dort bereits eingetroffen *„und viele mehr werden noch erwartet"*, so der zuständige sambische Minister Mundia (Reuter lt. „Monitor-Dienst", 29.4.). Die FLNC begegnet dieser Politik der verbrannten Erde mit der verstärkten Organisierung der Flucht der Bevölkerung in den Urwald, damit sie den Massakern entkommen können. Nach und nach werden alle Dörfer in der Kampfzone verlassen („Afrique-Asie", s.o.), die „Sieger" rücken in „menschenleere Ortschaften" ein („NZZ", 5.5.77). Gleichzeitig wächst mit diesen Hilfsmaßnahmen das Vertrauen in die FLNC. So erklärte Mbumba (s.o.): *„Es ist offenkundig, daß die zairisch-marokkanischen Truppen die Gegend um uns herum menschenleer machen wollen, um unseren Vormarsch zu verhindern und die anderen Provinzen davon abzuhalten, unserem Beispiel zu folgen. Doch die Freiwilligen schließen sich uns zu Tausenden an und verlangen von uns eine beschleunigte militärische Ausbildung."* In Rom veröffentlichte die FLNC, daß ihre Kräfte eine Einheit von mehr als 200 Soldaten „vollständig vernichtet" hat, die sie als Teil der *„marokkanisch-französisch-ägyptisch sudanesisch-ugandisch-südafrikanischen Koalition"* beschreibt. Zwölf der Toten konnten als Marokkaner identifiziert werden, bei den anderen handelte es sich u.a. um Teile des ugandischen „Selbstmord-Kommandos", darunter mehrere Frauen. 28 US-Lastwagen und ein US-Panzer wurden zerstört („Guardian", 3.5.77).

Das Überleben des Mobutu-Regimes ist trotz der massiven militärischen Hilfe der „Bruderregimes" und des Imperialismus und einer gewissen Überlegenheit in der konventionellen Kriegsführung alles andere als gesichert. Die Massaker, Morde, Vergewaltigungen und das Plündern der Vorratslager der Bauern zugunsten der Truppen („Welt", 20.4.) machen dieses Regime dem Volk von Zaire immer verhaßter. Dies ist eine der Quellen, aus denen der Widerstand seine Kraft schöpft. Allein die Desertation von 40 (!) Offizieren spricht eine deutliche Sprache!

Schmidt, Genscher, Mobutu – Komplizen!

Das Mobutu-Regime verrichtet seine Mordtaten u.a. mit Stützung des BRD-Imperialismus. Die Bundesregierung hat Mobutu Hilfsgüter im Wert von 5 Mio. DM zukommen lassen, die am Flughafen sofort von Militärlastern abtransportiert wurden („Spiegel"). Radio Kinshasa lobte die BRD für dieses „Geschenk, daß im Zusammenhang mit der Hilfe brüderlicher und befreundeter Länder an Zaire geleistet wird, zu einer Zeit, da das Land einer barbarischen Aggression ausgesezt ist" („Monitor-Dienst", 25.4.). Doch damit nicht genug: Eine „Entwicklungshilfe" von 10 Mio. DM wurde ebenfalls den bedrängten Kumpanen zugesagt. Genscher persönlich wird am 15. Mai nach Zaire fliegen, um das Vertragswerk zu unterzeichnen. Auf der EG-Außenministerkonferenz am 19.4. in London betonte Genscher sein volles Einverständnis mit Frankreich, das beim Überfall auf Zaire „als Europäer" gehandelt und ein „europäisches Interesse" wahrgenommen habe.

Daß dies heute von der sozialdemokratischen „Linken" und von der „liberalen" Presse schweigend und ohne Protest zur Kenntnis genommen wird, muß uns zu einer verstärkten Anklage und Informationsarbeit veranlassen. Die Teilnahme der Bundesregierung an der blutigen Unterstützung eines Volksaufstands bezeugt die Gefährlichkeit und Aggressivität des „Modell Deutschland" auch auf außenpolitischem Gebiet.

Afrika-Kommission

F. Polisario: Hassans Großmachtträume

Die Entsendung marokkanischer Truppen nach Zaire sei die Erfüllung von König Hassans *„imperialistischen Träumen"* von einem *„Größeren Marokko"*, das sich nicht nur die Sahara einverleiben will, sondern auch Mauretanien, Mali, Niger und sogar Algerien, sagte der Präsident des Ministerrates der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara" während eines Aufenthaltes in Tansanias Hauptstadt Dar-es-Salaam.

Das Einspringen Marokkos für Zaires Mobutu-Regime nannte Mohamed Lamin *„eine Allianz der Reaktionäre"*. *„Der Imperialismus ist in Afrika in der Offensive und betreibt eine ständige Destabilisierungsverschwörung. Er benutzt Kohorten König Hassan, um seine Absichten durchzusetzen."* Er verurteilte die ausländische Einmischung in Zaire, *„da das Volk von Zaire seine inneren Probleme selbst lösen kann"*.

Lamin, der auch Mitglied des Exekutiv-Komitees der F. Polisario ist, wies darauf hin, daß Marokko mit seiner umfangreichen militärischen „Hilfe" für Zaire so tun will, als gäbe es in der Sahara keinen Krieg. In diesem Krieg verlieren die marrokkanischen Truppen durchschnittlich 120 Soldaten im Monat (!). Außerdem hat die F. Polisario derzeit etwa 400 gegnerische Kriegsgefangene.

„Aber Hassan II. kann niemand täuschen, denn seine Truppen haben nichts anzubieten als ihre Niederlage in der Sahara" (Kommunique des Außenministers der DARS, 9.4.77). (Zitate, soweit nicht anders angegeben, aus „Daily News", Tanzania, 15.4.77).

Der Generalsekretär der F. Polisario, M. Abdelaziz, hat den Vorsitzenden der OAU und Präsidenten von Mauritius, Ramgoolam, aufgefordert, die schon für April geplante OAU-Sondersitzung zur Behandlung des Konfliktes in der Westsahara zu beschleunigen (Radio Algier, 19.4.77, nach „Monitor-Dienst", 22.4.77). Diese Sondersitzung der OAU war im Juli 76 von allen Staatsoberhäuptern der OAU einstimmig beschlossen worden. Ganz offensichtlich besteht aber im Zusammenhang mit dem Zaire-Konflikt bei einer ganzen Reihe afrikanischer Staaten weniger Interesse denn je, das neokolonialistische und expansionistische Regime Hassans II. von Marokko zu verurteilen. Insbesondere der reaktionäre Vorsitzende der OAU, Ramgoolam, hat sich durch Erklärungen für das Mobutu-Regime und gegen eine angebliche sowjetisch-cubanisch gesteuerte Invasion in Zaire hervorgetan und dürfte kaum interessiert sein, den Mobutu-Freund Hassan II. mit der Sahara-Frage in Verlegenheit zu bringen.

Afrika-Kommission

F. Polisario verteidigt Sahara-Küste

Streitkräfte der F. Polisario haben am 6.4. ein kanarisches Fischereiboot, in der Nähe von Villa Cisneros durch Beschuß schwer getroffen. Kurz zuvor war ein marokkanisches Fischereiboot ins Maschinengewehrfeuer der Saharauis geraten. Da Marokko den Seeweg benutzt, um schweres Kriegsmaterial in die Sahara zu transportieren, betrachtet die F. Polisario die kanarischen Fischer als militärische Objekte.

Ein Sprecher der F. Polisario auf den Kanarischen Inseln erklärte:

„Wir wissen, daß von den Kanarischen Inseln aus Versorgungsoperationen durchgeführt werden, und das kanarische Volk muß begreifen, daß wir einen Krieg ums Überleben führen, daß täglich Frauen und Kinder in den Flüchtlingslagern sterben, und das saharauische Volk ist nicht bereit, sein Leben in diesen Lagern zu verbringen, während einige Invasoren sein Land besetzen" (ElPais, 15.4.77).

Am 13.4. wurde eine weitere spanische Gruppe von Fischereibooten vor sharauischen Gewässern beschossen. Die kanarischen Besatzungen weigern sich inzwischen wegen dieser Gefährdungen wieder auszulaufen. In einem Kommunique machte die F. Polisario die spanische Regierung verantwortlich für ständige Waffenlieferungen und die militärische Ausrüstung Marokkos und Mauretaniens sowie für den Raubbau an den natürlichen Reichtümern des saharauischen Volkes (El Pais, 14.4.77).

Afrika-Kommission

Wahlen im neokolonialen Afrika

Schlaglichtartig wird in den vom Imperialismus beherrschten reaktionären Staaten, bei den Wahlen immer wieder der Charakter dieser Regimes deutlich. Zwei neue Beispiele bieten die Ländern Kenia und Sierra Leone.

In Kenia, einem der reaktionärsten Länder Afrikas – Kenia half Israel bei der Entebbe-Aktion – sind die allgemeinen Wahlen einfach abgeblasen worden, offenbar weil einige Kandidaten Kritik am „Landesvater" Kenyatta geübt hatten. *„Die Kandidaten und ihre Anhänger sind wieder zu Hause und analysieren, was sie in ihrem Wahlkampf falsch gemacht haben..."* (Radio Nairobi, 4.4., nach „Monitor-Dienst", 7.4.). So kann man es auch ausdrücken. Weiter heißt es in dieser Radiosendung, daß in Kenia kein Platz für „aufreizende politische Programme" sei und der Wahlkampf hätte mit seinen *„Spaltungen und Rivalitäten an den Eckpfeilern einer freien Gesellschaft gesägt"*.

Die Spitze ist ein Hinweis, der den Kandidaten mit auf den Weg gegeben wurde. *„Es sollte keine Zeit damit vergeudet werden, zu versuchen herauszubekommen, wie das Ergebnis der Wahl ausgesehen hätte. Wer glaubt, einen besonderen politischen Scharfsinn zu besitzen, wird, wenn die Zeit kommt, von den kenianischen Massen aufgefordert, ihn auf der richtigen Plattform zu beweisen"*. (ebenda).

Eine andere Variante der neokolonialen „Demokratie" wurde in Sierra Leone praktiziert, dort wurde ein guter Teil der Parlamentswahlkandidaten für gewählt erklärt. Nach Beendigung der Nominierung wurden 43 von 97 Sitzen der Regierungspartei „All People's Congress" (APC) zugeschlagen, da keine Gegenkandidaten gefunden werden konnten. Sie hat nun alle Chance, die Wahl zu gewinnen...

(AFP, 16.4., nach „Monitor-Dienst", 19.4.)

Afrika-Kommission

Zimbabwe: Imperialisten geben nicht auf

Nach einer Rundreise des britischen Außenministers Owen durch das südliche Afrika und einem Gespräch Owens mit US-Vertretern wurde ein neuer „Terminplan" für Verhandlungen mit dem Ziel des „friedlichen Übergangs" in Zimbabwe festgelegt.

Ziel der Imperialisten:

1) Vorbereitung eines Verfassungsprojektes für die zukünftige „unabhängige" Republik Zimbabwe;
2) Maßnahmen für die Übergangszeit;
3) Schaffung eines „umfangreichen Entwicklungsfond", durch den die weiße Minderheit entschädigt werden soll (!!) (nach „SZ", 10.5.77).

Die US-Imperialisten werden direcht an den Verhandlungen beteiligt sein. Am „ehrlichsten" wurde das Eingreifen der US-Imerialisten vom Rassisten-Chef Smith „begründet": *„(...) was wir wollen, sind ausreichende Sicherheiten, die den Weißen Vertrauen in ihre Zukunft geben (...) Es wird mehr sein müssen als papierne Garantien (...) Amerika ist die Führungsmacht der freien Welt. Wenn man heute schwere Fragen lösen will, braucht man Leute, die die Macht haben"* („Welt", 23.4.77).

Direkter und offener kann man kaum die Erwartungen der Rassisten an den US-Imperialismus äußern!

„Friedlicher Übergang" zum Marionettentheater ?

Gleichzeitig wissen die Rassisten aber auch, daß sie ihre derzeitige Minderheitenpolitik nicht beibehalten können und kosmetische Veränderungen notwendig sind, um die Macht der Imperialisten und Rassisten im südlichen Afrika aufrechterhalten zu können.

Smith: *„Ich habe meine Ideale* (die Rassenherrschaft –Anm. AK) *nicht aufgegeben, (...) aber ich bin Realist, und wenn der Rest der Welt nicht bereit ist, meine Gedankengänge zu akzeptieren, muß ich die Tatsachen anerkennen (...)* (daher) *setzen wir unsere Bemühungen um eine 'Innere Lösung' fort"* („Welt", 23.4.77).

Ziel dieser „inneren Lösung" ist die Einsetzung einer „gemäßigten" schwarzen Mehrheitsregierung in der die Weißen weiterhin die Polizei, die Justiz und den Militärapparat kontrollieren wollen! Als schwarze Gallionsfigur für eine solche Regierung soll der Bischof Muzorewa dienen. Im Namen seines Spalter-ANC begrüßt er die Teilnahme der US-Imperialisten an den Zimbabwe-Verhandlungen und reiste im April durch die USA, um *„seine Pläne für Zimbabwe zu erörtern"* (Radio Maputo 4.4., nach „Monitor Dienst", 6.4.77) (Ebenso sprach sich der ehemalige Präsident der ZANU und jetzige „Einzelkämpfer" Sithole für eine Beteiligung der US-Imperialisten an einer Zimbabwe-„Lösung" aus).

Am klarsten äußerte sich der britische Außenminister zum „friedlichen Übergang": Er lehnte Verhandlungen nur mit den Vertretern des Befreiungskampfes, der Patriotischen Front von ZANU und ZAPU ab. Der Grund : Nur mit der Beteiligung der USA, Englands, der rhodesischen Regierung und den „gemäßigten" Schwarzen sei ein „sinnvolles Ergebnis" zu erwarten (nach Radio Salisbury 12.4., zit. nach „Monitor-Dienst", 13.4.77).

Im Rahmen eines solchen „sinnvollen Ergebnisses" dürfte es dann sicher liegen, eine schwarze Marionettenregierung einzusetzen, um dann in „deren Auftrag" und der US-imperialistischen „Schutzmacht" im Rücken gegen das Volk und die Befreiungskämpfer von Zimbabwe militärisch vorzugehen!

Die Patriotische Front und die Präsidenten der fünf Frontstaaten (Mozambique, Angola, Tansania, Sambia und Botswana) lehnten daher die Owen-Rundreise und die US-Beteiligung ab:

– Es sind *„Bemühungen und Initiativen der Imperialisten, die Unabhängigkeit der Staaten im Süden Afrikas von weißer Vorherrschaft zu verzögern"*, wie sie sinngemäß äußerten („SZ", 21.4.77).

Auf einer Konferenz in Angola (Mitte April), an der auch Vertreter des ANC/Südafrika und der SWAPO teilnahmen, wurde beraten, wie man den *„sogenannten neuen Ideen für die Neo-Kolonialisierung Zimbabwes"* durch die Engländer und Amerikaner entgegentreten könne. U.a. wurde eine *„weitere Koordinierung der politischen, militärischen, diplomatischen und propagandistischen Aktivitäten der beiden Organisationen der Patriotischen Front (ZANU/ZAPU)"* diskutiert (Stimme von Zimbabwe/Maputo, 16.4.77 nach „Monitor-Dienst", 18.4.77). Gleichzeitig wurde eine verstärkte Unterstützung des zimbabwischen Befreiungskampfes durch die Frontstaaten beschlossen. Denn *„friedliche Verhandlungen sind bisher immer mißlungen. Die einzige Befreiung kann nur die mit dem Gewehr sein"* („Guardian", 21.4.77).

Schon Ende März antwortete die Patriotische Front auf die imperialistische Politik in Zimbabwe: Sie – die Imperialisten, Rassisten und afrikanischen Kompradoren – *„wetteifern um die beste Methode und Taktik, das Volk von Zimbabwe um seine (...) Unabhängigkeit und Freiheit zu bringen (...) Wenn sie von Volksabstimmung reden, meinen sie eine Wahl, die zur Wahl eines Marionettenführers führen wird, die von den Imperialisten und ihren rassistischen Anhängern benutzt werden wird, um das Volk von Zimbabwe weiter auszubeuten (...) Die Menschen Zimbabwes werden ihre Volksabstimmung haben, wenn die Volksarmee von Zimbabwe, eine Armee des Volkes die effektive Kontrolle der Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung in einem neunen Zimbabwe übernimmt (...)* (denn bevor) *wir unsere Unabhängigkeit und Freiheit wiedererlangen, müssen wir eine entschlossene und lange bewaffnete Revolution gegen die Rassisten, Kolonialisten, Imperialisten und ihre afrikanischen Apologeten* (Verfechter –Anm. AK) *durchführen"* (Stimme Zimbabwes/Maputo 29.3.77, nach „Monitor-Dienst" 4.4.77).

Afrika-Kommission

Südliches Afrika Aktuell

RSA-Handel mit 19 schwarzafrikanischen Staaten

Als Erfolgsbilanz legten die südafrikanischen Rassisten die Tatsache auf den Tisch, daß *„gemäßigte Länder in Afrika, einschließlich Südafrika, mehr und mehr nach wirtschaftlicher Zusammenarbeit streben"*. Allein im letzten Jahr hat sich die Handelsbilanz der Rassisten mit schwarzafrikanischen Staaten um mehr als 30% gesteigert.

„Vor kurzem führte Sambia seinen größten Einsatz von Vieh aus Südafrika durch. Im gleichen Monat schloß Zaire einen Kontrakt mit einer südafrikanischen Firma, 125.000 Tonnen Kupfer während des kommenden Jahres von einem südafrikanischen Hafen zu exportieren.

Südafrika ist zur Zeit der größte oder zweitgrößte Handelspartner jedes zweiten Landes im südlichen Afrika, mit Ausnahme der Staaten Angola und Mozambique".

Diese Tatsachen belegen einmal mehr die Differenz zwischen Worten (Verurteilung des Rassismus) und den Taten (Handel und Wandel mit den Rassisten) der Führer dieser Staaten und stellen die Ernsthaftigkeit ihres „Antirassismus" durchaus in Frage (Zitate nach Radio Johannesburg 3.4.77, nach „Monitor-Dienst", 7.4.77).

RSA: Weißbuch bekräftigt Apartheid

Ein „Weißbuch" wurde jetzt in Südafrika vorgelegt. In ihm wird groß angekündigt, daß die südafrikanische Regierung *„entscheidende Schritte"* zur Aufhebung der Rassentrennung gehen würde. Als „entscheidend" wird angesehen, daß die Schwarzen in Zukunft Theater, Kinos, Restaurants und Hotels besuchen dürfen, die bisher nur Weißen vorbehalten sind. Ebenso soll die Wehrpflicht für Schwarze eingeführt werden, *„wenn die wirtschaftliche Lage es erlaubt"*.

Abgelehnt wird weiterhin die Ehe zwischen Farbigen und Weißen. Abgelehnt wird ebenso die Öffnung von Schulen und Universitäten für Farbige. Auch weiterhin sollen keine Farbigen in Südafrikas Parlamenten vertreten sein.

Gleichzeitig wurde festgelegt, daß farbige *„Ärzte, Lehrer und Handwerker gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit erhalten sollen"*. Farbige Selbstständige *„sollten die gleichen Chancen erhalten, wie ihre weißen Mitbewerber"*

Diese Aussagen liegen genau auf der Ebene der Ankündigung des Rassistenchefs Vorster, der meinte, *„man muß eine starke farbige Mittelschicht schaffen (...) damit auch die Farbigen merken, daß unser System verteidigungswürdig ist"* („AFP", 14.4., nach „Monitor-Dienst" 19.4.).

Angola: Gesundheitsdienst verstaatlicht

In Angola sind ab 1. Mai alle medizinischen Dienste staatlich. Alle Ärzte, Krankenschwestern und medizinischen Techniker wurden im nationalen öffentlichen Gesundheitsdienst zusammengefaßt. Private medizinische Dienste sind verboten. Damit wurden in Angola, genauso wie in Mozambique einer Sorte von Blutsaugern die Existenzgrundlage genommen. Im kolonialen Angola wurde eine kleine privilegierte Oberschicht medizinisch versorgt, die breite Masse ging dagegen leer aus. Nach der Befreiung sahen viele Ärzte ihre Geldquellen versiegen, sie setzten sich nach Süd-Afrika und Portugal ab („Monitor-Dienst" – „MD", 28.4.77).

Afrika-Kommission

RSA: Zeitungsverband übt Selbstzensur

Während die Rassistenregierung Südafrikas es als „liberales Werk" bezeichnete, daß sie einen Pressezensurentwurf im Parlament zurückzog, hat jetzt der Zeitungsverband der Verleger einen eigenen „Pressekodex" entwickelt.

Die Vorlage für diesen Kodex wurde wiederum von der Regierung geliefert mit der Aufforderung, *„die Medien sollten ihr Haus selber in Ordnung bringen"*:

– Zur „Ordnung" gehört, daß keine Nachrichten verbreitet werden dürfen, die *„in der Republik in rassischen, ethnischen, religiösen oder kulturellen Fragen Feindschaft oder Anstoß erregen könnten"*.
– Der *„Frieden und die gute Ordnung, Sicherheit und Verteidigung der Republik darf nicht in abträglicher Weise berührt werden"*.
– Das gilt auch für die Darstellung von Brutalität, Gewalt und Grausamkeiten.

Alle anderen Nachrichten müssen *„wahrheitsgemäß, genau und objektiv fair und ehrenhaft kommentiert und kritisiert werden"*.

Um diese Art von „Pressefreiheit" zu überwachen, hat der Zeitungsverband einen Ausschuß eingesetzt, der Strafen und Maßregelungen gegen Verleger und Redakteure festlegt, die gegen den Kodex verstoßen!

Der Zynismus: Nachdem die Rassitenregierung ihren Pressezensurvorschlag zurückgezogen hatte, verkündeten sie großkotzig vor der UNO, daß die RSA *„das einzige Land auf dem afrikanischen Kontinent sei, in dem es keine Pressezensur gäbe"* („AFP" 3.4.77 nach „MD", 6.4.).

Sambia: Kaunda – immer ergebener Diener

Von sehr viel Hochachtung gegenüber dem BRD-Imperialismus ist die Haltung des sambischen Staatspräsidenten Kaunda anscheinend geprägt:

So würdigte er anläßlich eines Besuches der BRD-Ministerin Schlei *„die westdeutsche Führung wegen ihrer Achtung des Prinzips der Gleichberechtigung der Rassen und der Menschenrechte für alle Völker der Welt (...) Sambia sei mit der gegenwärtigen westdeutschen Führung sehr zufrieden (...) und hofft, daß sich die gegenwärtigen herzlichen* (!) *Beziehungen zwischen beiden Ländern ständig weiter festigen werden"* (Radio Lusaka 31.3.77, nach „MD", 5.4.77).

Auf der gleichen Ebene liegt es, wenn Kaunda meint, er habe *„sich mit dem Dilemma* (!!) *der weißen Minderheit in Südafrika (...) beschäftigt"*, und er deshalb die „Zweifler" unter den Rassisten nach Sambia einlädt, damit diese sehen können, was *„die Zukunft bei einer fairen Behandlung aller Rassen bringen könnte"* (Reuter 3.4.77, nach „MD", 6.4.77).

Anscheinend versteht Kaunda Sambia als „Modellstaat" für die Rassisten nach einem „friedlichen Übergang". Insofern kann man von Glück reden, daß solche Äußerungen Kaundas noch an's Tageslicht kommen, sonst könnte man meinen, die sambische Regierung würde den zimbabwischen Widerstand tatsächlich aus Solidarität unterstützen!

Afrika-Kommission

RSA bereitet Krieg vor

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen für einen „friedlichen Übergang" in Namibia und Zimbabwe machte der RSA-Außenminister einige „sehr klare" Ausführungen:

„Südafrika zieht Zusammenarbeit und Verhandlungen der Konfrontation vor, man könne aber nicht erwarten, daß es über seinen eigenen Untergang verhandelt (...) Notfalls sei er für das Recht auf Existenz zum Krieg bereit".

Diese offene Kriegserklärung an die Völker im südlichen Afrika zeigt den Rahmen, den sich die Rassisten für Verhandlungen zum „friedlichen Übergang" gesteckt haben! In diesem Zusammenhang erwähnte der Rassistenminister ein Gespräch mit US-Carter, das nach seiner Auffassung *„ganz neue Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit geschaffen"* hat.

Wie diese „Zusammenarbeit" aussehen kann, zeigt sich zur Zeit gerade am Eingreifen der US-Imperialisten auf Seiten der Rassisten in die Verhandlungen von Namibia und Zimbabwe. Eine andere Form der „Zusammenarbeit" hat sich gerade beim direkten militärischen Eingreifen der USA auf Seiten des Reaktionärs Mobuto in Zaire gezeigt (Radio Johannesburg 7.4.77, nach „MD", 14.4.77).

Kurzmeldung

Von Erfolg gekrönt waren die vor wenigen Tagen stattgefundenen Demonstrationen und Kämpfe der schwarzen Schüler gegen die von der Regierung geplanten Mietpreiserhöhungen um 80% (!) für das Schwarzen-Ghetto Soweto („NZZ", 4.5.77). Die ab 1. Mai vorgesehenen Erhöhungen der Mieten mußten von den weißen Rassisten zurückgenommen werden. Schon Tage vorher demonstrierten Tausende Schwarze mit folgenden Parolen durch Soweto: *„Nieder mit dem Kapitalismus!"*, und *„Wir werden nicht zahlen!"* („NZZ", 29.4.77). Die weisse Rassistenpolizei löste die Demonstrationen mit Warnschüssen über die Köpfe der Demonstranten hinweg und mit provokatorischem Auffahren von gepanzerten Bullenwagen auf. Nach offiziellen Angaben wurden „nur" drei Schwarze und ein Polizist verletzt, was dann auch von der hiesigen bürgerlichen Presse zum Anlaß genommen wurde, Vorsters Schergen in Uniform zu bescheinigen, *„sie habe sich den Demonstranten gegenüber großer Zurückhaltung befleißigt und sich bemüht, Zusammenstöße zu vermeiden"* („NZZ", 29.4.77).



lateinamerika

Zur Lage im peruanischen Widerstand

Am 1. Juli 1976 verkündeten rechte peruanische Militärs den Ausnahmezustand, nachdem über 500.000 Gegen die von der Regierung verfügten Preissteigerungen bei wichtigen Konsumgütern protestiert haben. Es wurde sofort ein nächtliches Ausgehverbot verhängt. Wer dagegen verstößt, läuft Gefahr, erschossen zu werden.

Schon im Herbst 75 wurde der „Vater der peruanischen Revolution", Velasco Alvarado, durch den jetzigen Präsidenten Morales Bermudez abgelöst. Dieser Regierungswechsel leitete die sogenannte „Zweite Etappe der peruanischen Revolution" ein, die direkt in die Arme des US-Imperialismus führte. Zur Verdeutlichung, was unter dieser „zweiten Etappe der Revolution" gemeint ist, zitieren wir Bermudez persönlich aus einer Fernsehrede:

Er verurteile diejenigen, *„die den Haß des Klassenkampfes an der Basis säen"*, und forderte, *„wahrhafte politische und soziale Disziplin in allen Arbeitsbereichen"*, weiter *„die Harmonie unter allen* (!) *Peruanern"* („Le Monde", 20.4.76 und „FAZ", 14.5.76 .

So war das erste Gesetz, das die neue von den Reformmilitärs gereinigte Regierung am 18. Juli erließ, die Reprivatisierung der Fischfangindustrie an Kleinunternehmen. Dies bedeutete für 10.000 Fischer den Verlust ihrer bei der staatlichen Gesellschaft Pesca-Peru erworbenen sozialen Ansprüche und die Aufhebung ihrer Arbeitsplatzsicherheit. Seitdem die Fischerföderation von der faschistischen Terrororganisation MLR (Revolutionäre (?) Arbeiterbewegung), deren staatliche bezahlten Söldnerbanden fortschrittliche Gewerkschafter umbrachten und die anderen Gewerkschaften unterwanderten, von klassenbewußten Gewerkschaftern wieder be-
brachten und die anderen Gewerkschaften unterwanderten, von klassenbewußten Gewerkschaftern wieder be-
freit wurde, kämpfte sie für die Verbesserung der Rechte ihrer Mitglieder. Die Fischergewerkschaft bekämpfte die Reprivatisierung mit einem unbefristeten Generalstreik Mitte Oktober, worauf die Regierung mit massiven Repressionen, Massenentlassungen, Verhaftungen etc. antwortete. Dieser Streik der Fischer war einer der heftigsten Konflikte, in dem die Bevölkerung gegen die brutale Repression und die Aufhebung aller zivilen und bürgerlichen Rechte protestierte. Er wurde letztendlich von der faschistischen MLR zerschlagen.

Ähnlich wie in Chile herrscht auch in Peru „Friedhofsruhe": Sperrstunde, Streik- und Versammlungsverbot, kein Recht auf Sicherung des Arbeitsplatzes, permanente Verletzung der Menschenrechte, starke gewerkschaftliche Repression, Hunger, Massenelend, Massenverhaftungen, Deportationen, mysteriöse Morde und Folter sind an der Tagesordnung.

Die Tagespresse ist unter der totalen Kontrolle der Militärs, alle liberalen und linken Zeitungen sind verboten:

- Die „MARKA", ein über Peru hinaus bekanntes linkes Blatt wurde in der Vergangenheit schon öfter verboten, die beiden Hauptverantwortlichen der „MARKA" wurden verhaftet und sind spurlos verschwunden,
- „El Amauta Del Mar" (Das Lied des Meeres), die Zeitung der Fischföderation
- „La Palabra del Pueblo" (Die Stimme des Volkes)
- „Momento"
- „El Periodista" (Der Reporter)

Anders als in Chile, wo die Weltöffentlichkeit durch den Putsch ziemlich überrascht war, und deshalb auch breiten Protest hervorrief, setzten die peruanischen Militärs die wirtschaftliche und politische Repression gegen das peruanische Volk schrittweise durch. So haben es die US-Imperialisten auch ohne spektakulären Putsch geschafft, die „Revolutions"regierung von Morales Bermudez auf ihren Kurs der brutalen Unterdrückung der Völker Südamerikas und die totale Unterordnung unter die ökonomischen Ziele des Imperialismus festzulegen. Um eine breite und weltweite Protestkampagne wie in Chile zu verhindern, vollzog sich der faschistische Putsch in Peru (wie der in Argentinien) fast „unbemerkt".

Die Katholische Bischofskonferenz in Peru schätzt die Zahl der politischen Gefangenen auf über 1.000.

Diese Zahl dürfte aber weit untertrieben sein, da beispielsweise bei Massenverhaftungen die Entlassungen immer schrittweise vorgenommen werden, während an einem anderen Ort wieder Massenverhaftungen vorgenommen werden nach dem gleichen Muster. So ist die tatsächliche Anzahl der Entlassenen nie richtig festzustellen.

Rechtsanwälte, die den Gewerkschaftskampf unterstützen, werden verhaftet und ins Ausland deportiert. Von den politischen Gefangenen kennt man nicht einmal den Aufenthaltsort. Sie werden von den Behörden entführt, häufig wird nicht einmal Anklage gegen sie erhoben, weil jeder Grund für ihre Verhaftung fehlt.

Im Widerstand Keine Einheit der Linken

Angesichts der ungeheuren Repression und brutalen Verfolgung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, ist die Haltung der revisionistischen PCP (Kommunistische Partei Perus) besonders zynisch. Die Revisionisten weisen in einer Erklärung *„auf die Wichtigkeit der Bemerkung des Präsidenten Morales Bermudez hin. daß*
weisen in einer Erklärung *„auf die Wichtigkeit der Bemerkung des Präsidenten Morales Bermudez hin, daß*
die Revolution (??) *fortgeführt werde."* Ähnlich wie die „KP" Argentiniens erklären sich die peruanischen Revisionisten mit der Politik der Regierung e i n v e r s t a n d e n , und mahnen Bermudez höchstens, an den (unter Velasco Alvarado) *„erzielten Errungenschaften festzuhalten, bzw. sie weiterzuführen"*. Wie tief die PCP bereits versumpft ist, macht sich daran deutlich, daß sie formal zwar von der Notwendigkeit eines einheitlichen, antifaschistischen Kampfes schwafeln, in der Praxis aber den Massen von jeglicher Form des Widerstandes a b r a t e n und jegliche Opposition zu Bermudez als „Linksradikalismus" verteufeln (!). So betonte die PCP ausdrücklich *„die entschlossene und bewußte Unterstützung aller Maßnahmen, welche die Regierung ergreift, um diese Gefahr* (gemeint ist die Offensive der Reaktion) *abzuwenden"* (alle Zitate nach „Unidad", Zeitschrift für Lateinamerika, Nr. 1/76), *und leugnen dabei, daß die lateinamerikanischen Armeen ausschließlich* auf den „inneren Feind" gerichtet sind. Es fehlt ihnen jegliche Tradition antiimperialistischer bzw. antikolonialistischer Befreiungskämpfe. Der Klassencharakter der Armee und damit des Staates wird geleugnet, obwohl die lateinamerikanischen Verhältnisse am deutlichsten beweisen, daß die bewaffnete Gewalt des Staates nur und ausschließlich der Niederhaltung der Massen dient. Es ist nicht die Rede von Klassenwidersprüchen zwischen oberen und unteren Dienstgraden, um von dieser Position heraus die bürgerlichen Streitkräfte zu zersetzen, zu neutralisieren, bzw. Teile der Streitkräfte für den revolutionären Kampf zu gewinnen, wie es z. B. der MIR in Chile tut, indem er die klassenmäßigen Widersprüche in der Armee ausnutzt und gerade die unteren Dienstränge, die durch den militrärischen Drill und Repressalien ausgebeutet werden, zu gewinnen versucht.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter verwunderlich, daß auch die stärkste Gewerkschaft Perus, die CGTP, die von der reformistischen Arbeiterbürokratie beherrscht wird, der Offensive der Militärs und des Imperialismus n i c h t s entgegensetzt, im Gegenteil, sie ermuntert sogar noch zu einer Steigerung der Produktion, um die „Revolutionsregierung Bermudez abzustützen (!). Die Charakterisierung der Regierung Bermudez als „revolutionär". und „nationalistische", die die revisionistische PCP und die CGTP-Führung vorgenommen haben, haben im wesentlichen dazu beigetragen, die Arbeiterklasse zu verwirren und sie ohne jegliche einheitliche Führung der Verfolgung der Militärs zu überlassen. Mit der Politik der Klassenversöhnung, die von der CGTP-Führung betrieben wird, hat sich innerhalb der Gewerkschaft auch breites Sektierertum und Linksradikalismus breit gemacht, was das Zustandekommen einer einheitlichen Widerstandsfront zusätzlich erschwert. Dies sind zwei Seiten einer Medaille revisionistischer Politik, die dem Imperialismus das Handwerk erleichtert.

Das politische Bewußtsein und der Organisierungsgrad der peruanischen Massen ist auf einem wesentlich niedrigeren Niveau angesiedelt, wie das der chilenischen Arbeiterklasse.

So ist die peruanische Linke (es gibt 36 (!) verschiedene Organisationen) sowohl politisch-ideologisch, als auch organisatorisch stark zersplittert. Der Mangel an politischer und praktischer Erfahrung zeigt sich in einem weit verbreiteten Sektierer- und Bürokratentum, und in der Vorliebe, das „radikalisierte Kleinbürgertum zu poli-
breiteten Sektierer- und Bürokratentum, und in der Vorliebe, das „ra-
dikalisierte.. Kleinbürgertum zu politisieren, anstatt sich eine Basis in der ausgebeuteten Arbeiterklasse zu schaffen. Ein typisches Beispiel hierfür ist die maoistische „Patria Roja" (Rote Heimat), die überwiegend im Kleinbürgertum (Lehrer, Studenten) verankert ist, während ihr Einfluß unter den Bauern und der Textilarbeiter-Gewerkschaft gering ist.

Angesichts der Tatsache, daß es keine einheitliche Führung, keine Koordination, keine Absprachen unter den Linken, ja nicht einmal eine Minimalplattform für eine antifaschistische Front gibt, ist der Widerstand völlig isoliert, finden keine Massenmobilisierungen statt, gibt es keine nennenswerten Kräfte, die den Faschisten gefährlich werden könnten. Aufgrund der Politik der Klassenversöhnung und des Sektierertums sind alle Versuche der Linken, zu einer größeren Vereinheitlichung zu kommen, gescheitert.

Eine der dringlichsten Aufgaben ist daher der Aufbau einer revolutionären Widerstandsfront, als erster Schritt zum Aufbau einer revolutionären Organisation der Arbeiterklasse. Darüberhinaus müssen innerhalb der reformistischen CGTP wirkliche Vertreterorgane von Arbeiterinteressen geschaffen werden, um den Einfluß der revisionistischen Arbeiterbürokratie zurückzudrängen und der Arbeiterklasse eine einheitliche Führung zu geben. Schließlich müßte eine Plattform zur Wiederherstellung der gewerkschaftlichen und demokratischen Grundrechte erarbeitet werden, die die Basis für die Organisierung des Volkswiderstandes bilden würde. Nur auf diese Weise kann verhindert werden, daß die isoliert stattfindenden Massenkämpfe immer wieder niedergeschlagen werden. (Letztere Informationen nach: „Politica INternacional", Nr. 1).

Lateinamerikakommission

Widerstandskämpfe in El Salvador

Die Guerilla-Gruppe Volksbefreiungsfront Farabund Marti hat am 19. April den Außenminister El Salvadors, Mauricie Borgonovo Pohl, entführt. Die Entführer rammten mit einem Auto den Wagen Borgonovos und überwältigten ihn. Der Außenminister entstammt einer der reichsten Familien des Landes, deren Geschäftsinteressen sich auf ganz Mittelamerika erstrecken (Ganz El Salvador „gehört" rund 60 Familien). Die Befreiungsfront, die ihren Namen von einem Bauernführer hat, der 1942 während eines Aufstandes gegen den damaligen Diktator Maximiliano Martinez ums Leben kam, fordert die Freilassung von 37 Gefangenen und deren freie Ausreise nach Mexico, Venezuela, Cuba oder Costa Rica. Die 37 – Mitglieder verschiedener Gewerkschaftsverbände, der KP und des nationalen Widerstandes – waren vor zwei Monaten bei einer Razzia gegen linke Oppositionelle festgenommen worden. Sollte dieser Forderung nicht nachgekommen werden, so drohen die Guerilleros, Borgonovo als Volksfeind hinzurichten.

Die Forderungen richten sich an den gerade frisch „gewählten"



Mauricio Borgonovo Pohl

Mauricio Borgonovo Pohl



Präsidenten Carlos Romero, Vertreter der seit 40 (!) Jahren regierenden Militärs. Nachdem die (bürgerliche) Opposition den Wahlbetrug an die Öffentlichkeit gebracht hatte, kam es zu großen Unruhen, vor allem in der Hauptstadt San Salvador, (siehe ausführlichen Bericht in AK 100). In diesem Zusammenhang verhängten die Militärs den Ausnahmezustand und verstärkten ihren Terror gegen die Linke und gegen die bürgerliche Opposition. Fast alle führenden Politiker der Opposition sind ins Ausland geflohen („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 23.4.77). Als progressiv geltende Priester werden zunehmend von rechtsgerichteten Terrorgruppen verfolgt.

Hauptpunkt der Auseinandersetzung ist die dringend geforderte Argrarreform. Das System des Großgrundbesitzes, das für den Export und nicht für die eigene Bevölkerung produziert, ist in El Salvador besonders krass ausgeprägt. Nach Statistiken verfügen 0.02 Prozent der Bevölkerung über 49 Prozent des bebaubaren Bodens. Die etwa 2,7 Millionen Kleinstbauern und Landarbeiter können kaum noch die Ernährung ihrer kinderreichen Familien sicherstellen. Nach Angaben des Erzbischofs von San Salvador Luis y Gonzales sind 92 % aller Kinder im schulpflichtigen Alter unterernährt.

Unter dem Vorwand der Suche nach Borgonovo werden zahlreiche Durchsuchungsaktionen und Razzien durchgeführt. Anfang Mai ging die Nationalpolizei gegen eine Kirche vor, die seit mehreren Tagen von Mitgliedern verschiedener Bauerngruppen und der Landarbeitergewerkschaft besetzt gehalten wurde. Die Besetzer wollten für die Freilassung von politischen Gefangenen demonstrieren. Es gelang ihnen, rechtzeitig vor dem Eintreffen der Polizei durch Hinterausgänge zu entkommen. Es konnte keine Verhaftung vorgenommen, sondern nur Flugblätter und Plakate beschlagnahmt werden.

Das Material enthielt Fotographien von Lenin, Fidel Castro, Che oder dem Studenten Carlos
Das Material enthielt Fotographien von Lenin, Fidel Castro, Che oder dem Studenten Carlos
Fonsesca, der 1976 bei Studentenunruhen getötet worden war.

Die Kirchenbesetzung bestätigt ebenso wie die Entführung von Borgonovos und vor allem wie die breiten Kämfpe nach den Wahlen die Aussage eines der sichergestellten Flugblätter: *„Der Belagerungszustand wird den Kampf des Volkes um seine letzte Befreiung nicht beenden!"*

Letzte Meldung: Borgonovo wurde inzwischen erschossen aufgefunden. Die Regierung hatte sich konstant geweigert, überhaupt nur Verhandlungen mit den Entführern aufzunehmen.

Lateinamerika-Kommission

Solidarität mit den Unterdrückten in Peru!

Am 25.4 hatten wir Gelegenheit, in Westberlin mit dem Beirat der Metallergewerkschaft Josè Oña aus Lima/Peru ein kurzes Gespräch zu führen.

Josè Oña wurde 1976 kurz nach dem Putsch von Morales Bermudez verhaftet, im November 76 nach Rio de Janeiro/Brasilien ausgewiesen, von den brasilianischen Militärs im Dezember wieder nach Peru deportiert. Von Peru gelang es ihm nach Madrid zu entkommen und schließlich nach Paris, wo er heute lebt. Josè Oña gehört keiner Partei an.

Er verfaßte zur Veröffentlichung im ARBEITERKAMPF folgenden Aufruf, den wir nachstehend abdrucken.

Hiermit rufe ich das internationale, insbesondere das westdeutsche Proletariat und seine gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte auf, Solidarität mit dem Kampf der Arbeiterklasse Perus zu üben und die Diktatur von Morales Bermudez öffentlich anzuklagen und von ihr die sofortige Beendigung der Repression, die Freilassung von Hunderten von politischen Gefangenen, die Repatriierung der Gewerkschafter, die Wiederherstellung der Verfassung, die sofortige Beendigung von Folterungen und Verschleppungen und die Achtung vor den Menschenrechten zu fordern.

Josè Oña

Ackerknecht raus aus der BRD!

STECKBRIEF

CHRISTIAN ACKERKNECHT
Militärattaché der chilenischen Junta in Bonn



verantwortlich für
Mord, Folter, Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Ackerknecht raus aus der BRD

Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) hat den abgebildeten „Steckbrief" herausgebracht. Das Plakat (DIN A 3) kann für 0,50 DM beim ASK, Eichwaldstraße 32, 6000 Frankfurt am Main, bestellt werden.

Seit einigen Monaten hat Chile einen neuen Militärattache in Bonn, sein Name ist Christian Ackerknecht.

Ehemalige politische Gefangene aus Chile wissen ganz genau, wer sich hinter diesem Namen verbirgt. Nach einer Ausbildung an der Hamburger Führungsakademie von 1970-71, begann seine eigentliche Karriere nach dem faschistischen Putsch! Er war Militärbefehlshaber der Bergbauprovinz O'Higgens und in dieser Funktion verantwortlich für die willkürliche Verhaftung von 3.500 Antifaschisten, die allein im ersten Jahr nach dem Putsch in das Gefängnis von Rancagua gebracht wurden. Er selbst war auch – nach Berichten ehemaliger Häftlinge – an den Folterungen beteiligt und dafür verantwortlich!

Während die Bundesregierung verlauten ließ, ihr sei nichts Nachteiliges über Ackerknecht bekannt, werden die Chilenen, die Ackerknecht als Folterer entlarvt haben, in erschreckend offener Weise bedroht.

Eine in Hamburg lebende exilchilenische Familie erhielt einen ganz offensichtlich von der DINA stammenden Drohbrief: *„Wir bedauern außerordentlich im Hinblick auf Ihre Sicherheit, daß Sie nicht Ihr Versprechen erfüllt haben, im Ausland nicht zu sprechen. Deshalb wundern Sie sich nicht über Maßnahmen, die wir ergreifen können, um zu verhindern, daß dies noch einmal geschieht. Wir wünschen Ihnen gute Gesundheit, und erwarten Sie unsere Nachricht"*, („Spiegel"). Und dies ist bestimmt nicht nur eine leere Drohung, bedenkt man, daß gerade Ackerknecht für den Ausbau der DINA und damit für den Ausbau des Bespitzelungsapparates gegen die in der BRD lebenden chilenischen Antifaschisten eingesetzt worden ist. Trotz massiver Proteste von Chile-Komitees, aber auch z.B. von den Jusos, hält es die Regierung bisher nicht für nötig, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen! Sie beweist einmal mehr ihre Verbundenheit zu den chilenischen Faschisten!

Ackerknecht raus aus der BRD!
Schluß mit der Unterstützung der Junta durch die BRD-Regierung!
Solidarität mit den chilenischen Genossen in der BRD!

Lateinamerika-Kommission

Wir Frauen - „eine große Familie"???

Eine Frau wurde chilenische Justizministerin

Wie der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 24./25. April zu entnehmen ist, wurde die Anwältin Monoca Madariaga Guitierrez als Justizministerin in das Kabinett der weltweit berüchtigten faschistischen Mörderbande unter dem Oberhenker Pinochet aufgenommen. Das sollte all denen in der Frauenbewegung eine Lehre sein, die immer noch mit der Vorstellung sympathisieren, bei den Frauen handle es sich grundsätzlich um eine bessere Sorte Menschen.

Zur Erinnerung hier noch einmal ein paar Fakten, für die jetzt zum ersten Mal in Chile auf höchster Ebene auch eine Frau verantwortlich zeichnet:

– Unterernährung:

„5.000 Säuglinge sind nach Aussagen chilenischer Kinderärzte infolge akuter Unterernährung vom Hungertod bedroht. Sollten sie gerettet werden, bleiben körperliche und geistige Schäden. 30 - 40 % aller Kinder leiden an Unterernährung. 350.000 leben von den Resten aus Mülltonnen" („Neues Deutschland", 24.12.75).

Nach Angaben der herrschenden Mörderbande leiden sogar 50 % der Kinder an Unterernährung. Zu diesem Elend erfahren die Frauen auch noch den Spott der Satten und Privilegierten. Nachdem ihre kleine Tochter durch Hunger und Unterernährung umgekommen war, fand Christina, eine junge Frau, schließlich einen Arzt.

„Er nahm das Kind, hörte es ab und brüllte los: Das Kind ist tot, warum kommst du mit einem toten Kind, schrie er mich an. Er zog das Kind aus. Nichts mehr zu machen, sagte er, Fieber und Unterernährung. Du hast ihm zu wenig zu essen gegeben, immer dasselbe mit euch! Herr Doktor, schrie ich zurück, wenn Sie mit 7.000 Escudos in der Woche Ihre Familie ... – Wenn Ihr nicht alle so viel saufen würdet, hätten die Kinder genug zu essen! ... Schluß mit dem faulen Leben, dem Politisieren. Jetzt könnt ihr wieder beten lernen" (aus „Frauen in Chile", KB-Broschüre 1976).

–Ideologische Ausrichtung der Frauen

Das „Nationale Programm der Junta für die Frauen" sieht u.a. vor:

„1. Solidarität mit der Junta; die Frauen fühlen sich in Sicherheit und haben ihre Ruhe wiedergewonnen, obwohl sie wenig zu essen haben.

....

4. Sie (die Frauen) müssen Abstriche machen bei allen unnötigen Ausgaben.

....

6. Sie darf keine Preiserhöhung kritisieren.

7. Sie soll die Kinder zum Sparen anhalten.

....

12. Man soll immer denken, dieses tue ich für Chile"

(aus KB-Broschüre „Frauen in Chile" Seite 32)

– Verhütungsmittel

Verhütungsmittel für Frauen sind verboten. Unter dem Motto der „guten Sitte und Moral" wurden den Frauen sogar zwangsweise Spiralen entfernt.

Aus dem Elend wächst der Widerstand

Trotzdem sind die Frauen in Chile nicht hilflos und schwach. Dazu ein aktuelles Beispiel:

Am 8. März marschierten 100 Frauen in Santiago zum Obersten Gerichtshof und verlangten Aufklärung über mehr als 500 Fälle, in denen die chilenische Gestapo DINA Menschen verhaftete, die seitdem spurlos verschwunden sind. Diese Art der Behandlung von vermeintlichen oder tatsächlichen politischen Gegnern hat für die Junta den „Vorteil", daß sie die Tatsache politischer Gefangener leugnen oder herunterspielen kann, während die Verschwundenen noch schutzloser der Willkür ihrer Schergen bis hin zum Mord ausgesetzt sind. Einen Polizeieinsatz gegen die Frauen wagten die Verantwortlichen nicht. Inzwischen wurde zum ersten mal ein Sonderrichter ernannt, der das Verschwinden von 13 Chilenen untersuchen soll (Angaben nach „Unsere Zeit", 19.4.77). – Ein Tropfen auf den heißen Stein – aber ein klarer Erfolg unter extrem schwierigen Bedingungen.

Eine Genossin aus Eimsbüttel

Widerstandsaktionen in Lateinamerika

Argentinien. Bei einem Anschlag der Montoneros wurde der argentinische Außenminister schwer verletzt. Laut „Süddeutsche Zeitung" erwartete ein Montonero-Kommando den Minister, als er sich zu einer Untersuchung in einem Krankenhaus einfand, während seine Leibwächter vor der Tür warteten. Die Mitglieder des Kommandos konnten unerkannt entkommen („SZ", 9.5.77).

***

Mexiko. Anfang April wurde der entführte Industrielle Fernandez gegen ein Lösegeld von rund 1 Mio. DM wieder freigelassen. Zuvor waren etwa hundert aus einer Brauerei entlassene Arbeiter wieder eingestellt worden. Fernandez ist Vorstandsvorsitzender dieser Brauerei („Frankfurter Rundschau", 4.4.77).

Brasilien. Nach der Verhaftung von acht Studenten und Arbeitern, die angeblich „subversive" Flugblätter verteilt hatten, fand in Sao Paulo die größte Demonstration seit Jahren statt. Rund 10.000 Menschen demonstrierten für die Beendigung der Folter und eine Amnestie für alle politischen Gefangenen („Süddeutsche Zeitung", 7.5.77).

***

Kolumbien. Ein Kommando der Nationalen Befreiungsarmee Kolumbiens (ELN) hat Ende April die Militärbasis Tarqui angegriffen. Nach einem einstündigen Gefecht zog sich die etwa 40 Mann starke Guerillagruppe zurück. Drei Soldaten wurden getötet und 15 verletzt („SZ", 26.4.77).

Lateinamerika-Kommission



„Colonia Dignidad": Faschisten protestieren

Wie wir im letzten ARBEITERKAMPF berichteten, hat amnesty international Machenschaften deutscher Faschisten in Chile entlarvt, nämlich das von der chilenischen Niederlassung der Siegburger „Privaten Sozialen Mission" betriebene Folterlager „Colonia Dignidad".

Nun haben diese Vögel per einstweiliger Verfügung erreicht, daß amnesty international die Ermittlungen nicht weiter veröffentlichen darf. Nachdem amnesty Widerspruch eingelegt hat, bereiten sich die Faschisten jetzt auf einen Prozeß vor! Der Generalsekretär der Folterkolonie ist bereits in die BRD zurückgekehrt, um diesen Prozeß zu führen!

Das Ergebnis dieses Prozeßes wird sicherlich sehr interessant sein, bedenkt man, daß selbst in zwei UNO-Berichten über Folterungen an Gefangenen gesprochen wird. Unterdessen ist man in der deutschen Botschaft in Chile um die Deutschen im Lager besorgt. 225 Bewohner sind am 19. April in den Hungerstreik getreten, um gegen die Vorwürfe zu protestieren („Rhein-Sieg-Anzeiger", 26.4.77)!

Man kann nur hoffen, daß sie auch entsprechend lange hungern, und damit den Antifaschisten in Chile die Arbeit abnehmen!

Lateinamerika-Kommission

Leider wahr:

62 Mio-Kredit der VR China für Chile

Die Volksrepublik China will der chilenischen Militärjunta einen Kredit über 62 Mio. Dollar zur Verfügung stellen. Das geht aus der halbamtlichen Regierungszeitung „El Mercurio" und einer Veröffentlichung des Außenministeriums hervor. Der Kredit geht noch auf Abmachungen mit der Allende-Regierung zurück und enthält unvergleichliche Bedingungen für die Faschisten. Der Kredit wird in Dollar gewährt, kann aber in chilenischer Währung oder mit chilenischen Waren zurückgezahlt werden. Der Kredit ist zinslos und soll ab 1982 in zehn gleichen Jahresraten abgezahlt werden. Nach Konsultation können aber auch andere Fristen abgemacht werden. Der Kredit soll zum Erwerb von Maschinen und „know how", besonders dem Ausbau der Elektrizitätswerke, dienen. Er ist also ganz klar nicht für die Bevölkerung sondern für die chilenischen Kapitalisten gedacht und verlängert damit die Leiden der chilenischen Arbeiterklasse.

Daß es sich hierbei nicht um einen Ausrutscher handelt, weil der Kredit ja noch unter Allende vereinbart war, geht aus den Worten des chilenischen Botschafters in Peking hervor. Dieser kündigte bereits Verhandlungen über einen weiteren 50 Mio. Dollar Kredit an. Klar, daß die Revisionisten aus UdSSR und DDR sich auf diesen Punkt stürzen, um von ihren eigenen Schweinereien abzulenken (siehe hierzu AK 97).

Nichts von der Junta –
Nichts für die Junta!

Lateinamerika-Kommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2 000 Hamburg 13
Tel. 44 98 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 26 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2064 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Hertl

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
W.D. Scheel
Postlagerkarte 098 831 A
23 Kiel 1
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr
Büchertische Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr
am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr
Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstr. 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lanau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peter- straße in Eutin

Pinneberg/St- burg
Postlagerkarte 7 626
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonna- von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum - Ost/West

Bremen

Bremerhaven
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
Poststr.14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag
16.30 - 19.00 Uhr

Bremen
A. Neugeborn
Postfach 102902
28 Bremen 1

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
Arbeiterbuch z.Hd. KB
Rehbockstr. 3
3 Hannover

Hildesheim
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 054
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinlandpfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30
Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum
Verkauf jeden Samstag
Kortumstr./Innenstadt
10 – 13.oo Uhr,
jeden Die., Mi., Do. Uni/Mensa
12.oo – 14.oo Uhr

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Do. 11.oo Uhr – 14.oo
Gesamthochschule Essen

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro K. Scholz
Adalbertstr. 29
6 Frankfurt/M. 90
öffentl. Bürostunde
Mi. 16.30 – 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
Verkauf jeden Mittw.
– alte Mensa/Marstallhof
und 19 Uhr im CA

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum, Sallerstr. 59
Freitag 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldsplatz

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uni-Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Samstag 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr Altstadt
vorm Oberpaur

Nürnberg
P. Tröster
Postfach 150 472
85 Nürnberg 15
offener AK-Lesekreis
Mittwoch 19 Uhr im Komm
Verkauf jeden Samstag 10.30 bis 12.30 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni-Mensa
16 bis 18 Uhr Fußgängerzone
Königstr.

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Fr. von 18 bis 19 Uhr



Hamburg: die „Liberalen" mit der Polizei im Hinterhalt - Polizei im Hinterhof der Uni

Westberlin: Die Polizei bildet Spalier für die „lernwilligen" Studenten

Mediziner im Teilstreik

Seit Montag, den 2.5., ist ein bundesweiter Streik der Medizinstudenten ausgerufen.

Sie streiken gegen die Bedingungen im „Praktischen Jahr" (PJ), in dem sie am Ende ihrer Ausbildung im Krankenhaus arbeiten müssen. Gegenüber der früheren Regelung, wonach sie als Medizinalassistenten angestellt waren, hat das PJ erhebliche Nachteile:

- Keine Vertretung im Personalrat; keine Möglichkeit der gewerkschaftlichen Vertretung
- Keine Bezahlung, während die Medizinalassistenten bisher mit ca. 1000 DM entlohnt wurden
- Völlig ungesicherter Status als „Gäste", ohne Arbeitsvertrag usw.

Dagegen werden seit langem Forderungen nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag, freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung, Existenzlohn von z.Zt. 700 DM erhoben.

Angesichts dieser Situation haben sich die Medizinstudenten entschlossen, für dieses Semester eine bundesweite Urabstimmung über die Durchführung eines Streiks anzusetzen. Die Mediziner sind bundesweit in der Fachkonferenz (FK) der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) zusammengeschlossen. In der FK wurde für den Streik folgende politische Orientierung ausgegeben:

- Der Streik ist das „höchste" Kampfmittel der Studenten; deshalb muß unbefristet bis zur Durchsetzung der Forderungen gestreikt werden.
- Zum Streik ist eine Zustimmung von mindestens 50% aller Studenten erforderlich.

Von den 22 medizinischen Fakultäten in der BRD und Westberlin haben sich bisher neun für einen Streik ausgesprochen, an sieben ist das Quorum (die 50%-Marke) nicht erreicht worden, an sechs ist die Urabstimmung erst am 2.5. oder danach begonnen
den, an sechs ist die Urabstimmung erst am 2.5. oder danach begonnen
worden. Schließlich gestreikt wurde in der ersten Woche in: Göttingen, Westberlin, Aachen, Hamburg, Münster, Düsseldorf, Frankfurt, Heidelberg und Freiburg.

Als nach einer Woche Streik von Seiten der Bundesregierung keinerlei positive Reaktionen zu erkennen waren, gab es erwartungsgemäß die ersten Schwierigkeiten bei der Fortsetzung des „unbefristeten" Streiks. Die VDS-FK hatte am 8.5. die Fortsetzung beschlossen, allerdings ist nach VV-Beschlüssen in Hamburg und Göttingen der Streik abgebrochen worden. Auch in anderen Städten gab es teilweise knappe Ergebnisse.

Hamburg: 420:478 Streikabbruch
Westberlin: 1200:5 Weiterführung
Hannover: 261:252 Streikaufnahme
Göttingen: 287:352 Streikabbruch
Köln: 353:253 Streikaufnahme
Aachen: 235:119 Weiterführung
Frankfurt: 786:295 für Streik
Heidelberg: 484:448 für Streik

- zum Streik ist eine Zustimmung von mindestens 50% aller Studenten erforderlich.

Die hohe Beteiligung an den VVs zeigt, daß in diesen Streik ein weitaus größeres Spektrum einbezogen wurde, als bei bisherigen Aktivitäten (auf der VV in Hamburg z.B. waren ca. 900 der insgesamt 2000 Medizinstudenten anwesend). Diese Breite hat allerdings auch erhebliche politische Schwierigkeiten zu Tage treten lassen. So wurde z.B. in Hamburg von der Mehrheit einer VV beschlossen, auf einer Demonstration zur Gesundheitsbehörde keine Transparente zuzulassen, die über das unmittelbare Anliegen hinausgingen. Dies wurde vom LHV eingebracht, der dann auch eigenhändig dafür sorgte, daß ein Transparent gegen das Behandlungsmonopol der niedergelassenen Ärzte aus der Demo entfernt wurde! Ebenso sorgte er dafür, daß Wandzeitungen, die zur militanten Durchsetzung des Streiks aufriefen, abgerissen wurden usw.

Einen Verbündeten fand der LHV im MSB, dem es nur darum ging, einige Alternativveranstaltungen während dieses Streiks „durchzusetzen". Das gesamte Konzept des Streiks trägt ziemlich deutlich die Handschrift des MSB. Er macht sich zunutze, daß die Fachschaft Medizin der Uni Kiel turnusmäßig den Vorsitz in der VDS-FK führt, sodaß beim MSB das Informationsmonopol lag.

Besonderer Beliebtheit erfreut sich dieser Streik beim KBW (über nichts anderes wird in der „KVZ" mehr berichtet), weil es ums Geld und um die „koalitionsmäßige" Zusammenfassung von Studenten geht.

Dabei ging er sogar soweit zu vertreten, „zur Einheit der Studenten" sei es unbedingt erforderlich, daß in den Urabstimmungen mindestens 50% aller Studenten für den Streik stimmen müßten (nicht etwa wie sonst üblich 50% der abgegebenen Stimmen). Als in Göttingen dieses Quorum um 50 Stimmen verfehlt wurde, war es wiederum der KBW, der darauf beharrte, daß sich die Göttinger Fachschaft auf der VDS-FK gegen einen Streik aussprechen müsse. Damit war für diesen Streik von vornherein die Marschroute ausgegeben, politische Inhalte möglichst weitgehend herauszuhalten, um die „Einheit" nicht zu gefährden. Die Ergebnisse sind oben beschrieben. Mit dieser Taktik ist es sogar „gelungen", den Marburger Bund (Ärztevertretung) voll hinter den Streik zu bekommen. Zum anderen hat der KBW wiederum äußerst scharfsinning die Erfolgsaussichten des Streiks analysiert: *„Nur durch einen Streik können wir unsere Forderungen durchsetzen. Deshalb* (Uff! – Anm. AK) *wird ein bundesweiter Streik auch erfolgreich sein."* Is was, Doc?!
ein bundesweiter Streik auch erfolgreich sein." Is was, Doc?!

Als in der zweiten Streikwoche entgegen den Erwartungen des KBW die ersten Schwierigkeiten auftauchten, der unbefristete Streik also in Gefahr war, schloß er messerscharf, daß eine neue (!) bundesweite Urabstimmung durchgeführt werden müsse. Begründung: *„Wir waren auch stets gegen die Urabstimmungsinflation. Aber hier, beim Streik der Medizinfachschaften, ist Urabstimmung unumgänglich. Alles andere ist zutiefst (!) undemokratisch und führt zur Spaltung"* (Zitate nach „KVZ-Nachrichtendienst für den Medizinerstreik", 10.5.). Damit hat er sich völlig ins Fahrwasser der Reformisten und Liberalen begeben, die ebenso Aktionen einer aktiven Minderheit als spalterisch und undemokratisch diffamieren. Unbekannt ist nur, weshalb der KBW sich gerade die 50%-Marke gewählt hat, ist es doch bei den Gewerkschaften üblich, eine Zweidrittel-Mehrheit für einen Streikbeschluß zu fordern.

Und noch eine Kostprobe: *„Wer den Medizinerstreik gewinnen will, der muß ... dafür eintreten, daß gleich am kommenden Montag eine bundeseinheitliche Urabstimmung durchgeführt wird, in der es ... gelingen kann, die kampfentschlossenen Studenten neuerlich zu einen oder eben nicht."* In der Tat! Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, ändert sich das Wetter – oder es bleibt wie's ist! Was die „kampfentschlossenen" Studenten jedoch machen sollen, wenn sie die gesetzte Marke von 50 % nicht erreichen, das wird verschwiegen. Dabei sind alle bisherigen Streikaktivitäten nicht von den 50% getragen worden, sondern natürlich von einer aktiven Minderheit, weshalb es nicht einzusehen ist, daß diese ihre Aktionen von einem solchen Quorum abhängig machen soll.

Medizinergenosse, KB/Gruppe Hamburg

Streik in Hamburg:
Die liberale Maske fällt

Ungewöhnlicher Aufmerksamkeit durch die bürgerliche Presse erfreut sich zur Zeit der Streik an der Hamburger Uni und anderen Hamburger Hochschulen, der am 9.5. begonnen wurde, bis zum 20.5. dauern soll und sich gegen den Entwurf eines Landeshochschulgesetzes richtet. Mit beinahe täglichen Schlagzeilen, wie „ *Einige Professoren am Ende der Kräfte* " („ Hamburger Abendblatt ", 13.5.) oder „ *Die Uni gleicht einem Pulverfaß* " („ Hamburger Morgenpost ", 9.5.) wird dabei ständig der Eindruck erweckt, Biallas (Wissenschaftssenator, FDP) und Fischer-Appelt (Uni-Präsident) gingen „ zu liberal ' vor und könnten der aufbegehrenden Studenten nicht Herr werden. Tatsächlich betonen diese beiden Herren ständig ihre Gegnerschaft zum HRG " und ihr „ Verständnis für die studentischen Forderungen ", erklären aber zugleich „ mit Bedauern ", sie seien an " geltendes Recht " gebunden und wären dadurch gezwungen, das HRG umzusetzen.

Wenn diese Erklärungen ernst gemeint wären, sollte man von ihnen zumindest eine neutrale Haltung gegenüber dem Streik erwarten; die Wirklichkeit sieht allerdings anders aus: Schon vor Streikbeginn häuften sich die Gewaltmaßnahmen und Einschüchterungsversuche:

- Als nach der Uni-VV vom 3.5. ca. 500 Studenten zum ausgelagerten Seminar des Reaktionärs Kleinstück zogen, um die Rücknahme von Strafanzeigen gegen Streikende zu fordern, gab es einen brutalen Bulleneinsatz mit Schlagstock, Chemical Mace und gezogenen Pistolen, angeordnet von Fischer-Appelt!
- Ebenfalls mit Bullengewalt wurde ein Sitzstreik streikender Medizinstu-
- Ebenfalls mit Bullengewalt wurde ein Sitzstreik streikender Medizinstu-
denten vor der Gesundheitsbehörde aufgelöst.
- In Briefen, die jedem Studenten ins Haus geschickt wurden (!), drohten sowohl Fischer-Appelt als auch Biallas mit Strafanzeigen und Scheinentzug für „ *über ein bloßes Diskussionsverlangen hinausgehende Störungen von Lehrveranstaltungen* ", d.h. also für den Versuch, den Streik mit Sprengungen durchzusetzen!
- Um das Maß vollzumachen, kündigte Fischer-Appelt an, daß er für die Dauer des Streiks 100 Wachmänner eines Werkschutzunternehmens angeheuert hätte! Für 80 DM pro Tag waren auch Fachhochschulstudenten angeworben worden, von denen Fischer-Appelt scheinheilig sagte, sie sollten lediglich die Zugänge zu den Gebäuden freihalten. Das kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier eine Truppe aufgebaut wird, die zu nichts anderem als organisiertem Streikbruch dienen soll.

Der Streik steht!

All diese aufwendigen Maßnahmen fruchteten wenig. Auf der UNI-VV wurde der Streik mit Streikposten und Vorlesungssprengungen von 3 000 Studenten beschlossen. Letzterem hatte sich aufgrund der Stimmung auch der AStA (MSB/SHB/JUSO) angeschlossen, obwohl seine Liebe eigentlich mehr der „Demokratischen Gegenhochschule", d.h. einem umfangreichen Programm von „Gegenvorlesungen", gilt.

Vom ersten Tag an stand der Streik. Aufgrund der starken Proteste gab es bisher keinen Einsatz des Werkschutztrupps. Postenketten und starke Sprengtrupps (z.T. mehrere hundert Leute) haben den normalen Lehrbetrieb lahmgelegt. Geringes Interesse fand bisher die „Gegen-Uni" des AStA, bei deren Veranstaltungen der MSB weitgehend im eigenen Kreis sitzt.

Angesichts dieser Lage, wo fast niemand da ist, für den Fischer-Appelt den Lehrbetrieb durchsetzen könnte (außer der bürgerlichen Presse), hat er sich eine neue Schweinerei einfallen lassen: in der zweiten Streikwoche will er die Uni ganz dichtmachen.

Diese Maßnahme soll offenbar in provokatorischer Weise die Macht der Uni-Verwaltung demonstrieren. Andererseits dient sie dem Ziel, die angebliche „schweigende Mehrheit studierwilliger Studenten" zu mobilisieren. Der „liberale" Fischer-Appelt findet sich hier ganz auf Seiten von Springers „Welt" mit ihrem unermüdlichen Kampf für das Studier-Recht der braven (RCDS-) Studenten gegen den Terror der Linksradikalen. Die „Welt" ärgert sich schon lange über *„das Fernbleiben des größten Teils aller Studenten während der Streiktage"*, das angeblich „ *die Machtdemonstration der K-Gruppen...erst möglich*" mache. Flugs werden ein paar „unorganisierte (?) Studenten" herbeigezaubert, die - so weiß es die „Welt" (13.5.) - *„ihre bislang passiven Kommilitonen eindringlich aufgefordert (hätten), zu unterstreichen, daß sich gegen eine Willkür, die ,man sich wegen der inkonsequenten Haltung des Universitätspräsidiums immer wieder gefallen lassen muß, Widerstand regt' "* . Die Methode ist nicht neu. Seit Anbeginn der Studentenbewegung ist von Springer & Co. immer wieder versucht worden, endlich die „guten" Studenten zu finden, die selber (im vermeintlichen Interesse ihres Studiums) für Ruhe und Ordnung in den Hörsälen sorgen. Leistungsanforderungen, Prüfungsbestimmungen usw. waren gerade von
stungsanforderungen, Prüfungsbestimmungen usw. waren gerade von
der „Welt" nicht zuletzt unter d i e s e m Aspekt gefordert worden.

Aufgegangen ist die Rechnung aber trotzdem nicht.

Was die „Welt" anstrebt, ist klar: Ein paar hundert entschlossene Rechte (RCDS, Burschenschaftler etc.), die eine Massenkeilerei inszenieren. Dann ein Bulleneinsatz, der mit dem Streik „aufräumt", und „harte Bestrafung der Terroristen", die man am besten gleich von der Uni schmeißt. Fischer-Appelt hat ja im Prinzip alles vorbereitet. Solange die Geschlossenheit und Beteiligung am Streik aber gehalten werden kann, würden Polizei-Einsätze die Mobilisierung nur noch verstärken, worüber sich auch die Univerwaltung sehr wohl bewußt ist.

Der AStA: Unsicherer Kantonist

Eine besonders „raffinierte" Taktik verfolgt der Hamburger AStA. Während er gegenüber den aktiven Studenten seine Übereinstimmung mit militanten Streikaktionen erklärt, äußert er gegenüber der Presse, Vorlesungssprengungen seien *„Randerscheinungen, die nicht zu verhindern"* seien („Abendblatt", 13.5.). Leider??!

Keiner verlangt mehr vom AStA, Erklärungen abzugeben, mit denen er sich selbst „illegalen Handelns" bezichtigen würde – aber wer oder was legitimiert ihn eigentlich zu s o l c h e n statements? Damit fällt der AStA den aktiv streikenden und von der Repression bedrohten Kommilitonen in den Rücken und schürt Verunsicherung. Statt einer solchen „Doppelstrategie" muß vom AStA vielmehr eine klare Zurückweisung der Angriffe der Uni-Bürokratie verlangt werden.

Sozialistischer Studentenbund
langt werden.

Sozialistischer Studentenbund Hamburg

Neues PH-Gesetz in Baden-Württemberg

Das Kultusministerium in Stuttgart legte jetzt einen neuen Gesetzentwurf für die Pädagogischen Hochschulen vor, in dem folgende einschneidende Maßnahmen vorgesehen sind:

Nach § 21 wird die Bildung anderer Organe, als der im Gesetz vorgesehenen, verboten! Gemeint ist hier die Bildung der studentischen Selbstverwaltungsorgane wie Asta, Vollversammlung, Studentenparlament und Fachschaftsvertreter.

Dies ist insofern eine enorme Verschärfung gegenüber anderen Gesetzesentwürfen, als hier nicht nur die verfaßte Studentenschaft abgeschafft wird, sondern die Bildung von solchen Organen direkt verboten wird, was AStA, Vollversammlungen und Fachschaftsräte in die Illegalität drängt. Angesichts dieser Tatsache spricht der § 24 des Gesetzes Bände, nach dem es Ziel des Studiums sein soll, zu *„verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat"* zu befähigen.

Zur Durchsetzung der in § 21 festgelegten politischen Unmündigkeit der Studenten dient das Ordnungsrecht (§ 68), das mit den §§ 1o6 bis 113 vollständig aus dem Universitätsgesetz übernommen wurde. Danach ist verboten:

1) den normalen Lehrbetrieb zu stören (z.B. Forderung nach „außerfachlicher" Diskusssion in Seminaren),
2) widerrechtlich in Räume der Hochschule einzudringen (z.B. verbotene Vollversammlungen),
3) Gebäude der Hochschule zu beschädigen (z.B. durch Wandzeitungen),
4) Mitglieder der Hochschule an der Ausübung ihrer Rechte und Pflichten zu hindern (z.B. Streikposten),
5) Andere zu den Handlungen 1 bis 5 aufzurufen (z.B. Streikaufruf).

Wer solche „Untaten" begeht, muß mit folgenden „Ordnungsmaßnahmen" rechnen:

o Hausverbot für einige Tage oder Wochen (keine Teilnahme an Seminaren und Einrichtungen der Hochschule),
o Exmatrikulation als Ordnungsmaßnahme für Studenten, die gewaltsam den Hochschulbetrieb behindern und andere an der Teilnahme der Hochschuleinrichtungen hindern.
o Zur Durchführung werden Ordnungsmaßnahmen von der Einleitungsbehörde (von Rektor und Kultusministerium gebildet) und vom Verwaltungsgericht durchgesetzt (Exmatrikulation, Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch, Nötigung usw.).

Während die Rechte der Studenten bis auf ein Minimum abgebaut (1/7 Parität im Senat) und ihre politischen Aktionen kriminalisiert werden, gewinnt der Hochschulrektor entscheidenden Einfluß. Dieser ist nach § 11 befugt, an den Sitzungen sämtlicher Gremien teilzunehmen und grundsätzlich alle Entschlüsse durch seinen Einspruch aufzuheben. Über dem Rektor thront das Kultusministerium, welches Änderungsrechte in bezug auf die Grundrechte und Rechtsaufsicht und Informationsrecht wahrnehmen kann.

KB-Sympathisanten, Karlsruhe

Verteidigen wir das Politische Mandat

Derzeit gibt es wieder heftige Angriffe der Reaktion auf das „Politische Mandat" der Studentengremien. Ausgelöst durch einen „Nachruf" auf Buback in den „Göttinger Nachrichten" („GN", Zeitung des AStA).

Der Verfasser des Artikels, Mitglied einer „Sponti"-Gruppe, wollte diesen Artikel als Diskussionsbeitrag zur „Gewaltfrage" verstanden wissen. Dabei gelangte er, obwohl er *„eine klammheimliche Freude nicht verhehlen will"*, zu dem Ergebnis: *„Unser Weg zum Sozialismus (wegen mir: zur Anarchie) kann nicht mit Leichen gepflastert werden...Um der Machtfrage willen (o Gott) dürfen Linke keine Killer sein, keine Brutalos, keine Vergewaltiger, aber auch sicher keine Heiligen, keine Unschuldslämmer. Einen Begriff und eine Praxis zu entfalten von Gewalt/Militanz, die fröhlich sind und den Segen der beteiligten Massen haben, das ist (zum praktischen Ende gewendet) unsere Tagesaufgabe"*.

Ungeachtet dieser eindeutigen Aussagen begann kurz nach Erscheinen der „GN" eine breitangelegte Hetzkampagne - intieiert vom RCDS- in der gesamten bürgerlichen Presse, wobei dem AStA „Gewaltverherrlichung" sowie „Billigung des Mordes, an Buback" vorgeworfen und das Bild eines „Terroristen-AStA" gezeichnet wurde.

Der Rektor verbot daraufhin die weitere Verbreitung der „GN", insbesondere die Verbreitung des Artikels „Buback – ein Nachruf".

Dem Göttinger AStA wurde das Ultimatum gestellt, sich innerhalb einer Woche von dem „Nachruf" zu distanzieren. Außerdem wurde er aufgefordert, die Druckkosten dieser Ausgabe der „GN" zu bezahlen. Erneut wurde dem AStA untersagt, Erklärungen und Stellungnahmen „allgemeinpolitischen" Inhalts abzugeben und dafür Haushaltsmittel der

neut wurde dem AStA untersagt, Erklärungen und Stellungnahmen „allgemeinpolitischen" Inhalts abzugeben und dafür Haushaltsmittel der

Studentenschaft einzusetzen.

Darüber hinaus stellte Bundesjustizminister Vogel Anzeige wegen „Verunglimpfung des Andenkens Toter" sowie Verhöhnung und Beleidigung der Bundesanwaltschaft und wegen öffentlicher Billigung von Gewalt.

Als nächstes geriet der Juso-MSB-SHB-AStA der TU Braunschweig unter Beschuß: In der Fachschaftszeitung „Fettpresse" (Maschinenbau), deren Finazierung der AStA trägt, war ein Artikel zu Buback erschienen, in dem es u.a. hieß: *„Nachdem eine der Gallionsfiguren der politischen Repression, Buback, ein für allemal daran gehindert wurde, seine dreckigen Geschäfte weiterzuführen, ertönt wieder einmal und lauter als zuvor der Ruf nach Verschärfung des Gesinnungsterrors, nach Verschärfung des politischen Strafrechts"*.

Ärger gab es auch in Kassel, nachdem der AStA den Buback-Artikel nachgedruckt hatte. Ministerpräsident Holger Börner stellte ein Ultimatum: Wer, wie der Kasseler AStA, *„in solch zynischer Weise"* einen Mord verherrliche, der werde keine öffentlichen Mittel mehr erhalten. Falls nicht bis zum 10.5. eine Distanzierung erfolge, werde *„mit aller Härte gegen die Verantwortlichen vorgegangen"* (nach „FR" 11.5.). Diese Distanzierung scheint denn auch erfolgt zu sein.

In Frankfurt hat der RCDS am 12.5. Strafanzeige gegen den AStA gestellt, weil im AStA-Büro ein (nicht besonders geglücktes) Flugblatt des KB mit der Überschrift *„Wir trauern um ein fettes Schwein"* zum Mitnehmen auslag, wie andere Flugblätter auch. Das Flugblatt stelle eine „direkte Unterstützung verbrecherischer Terroristen" dar. Der Frankfurter Frauen-AStA hat sich vor Ablauf des ihm gestellten Ultimatums von dem Flugblatt distanziert, weil er es politisch nicht für richtig hält und außerdem nicht Urheber des Flugblatts sei, es also auch nicht zu verantworten habe.

Der „Liberale (?) Hochschulverband" (LHV) stellte am 13.5. im Studentenparlament der Frankfurter Uni den Antrag, Gruppen wie dem KB das Auftreten an der Uni zu verbieten. Das wurde mehrheitlich abgelehnt. Das Studentenparlament faßte den Beschluß, den Abdruck des Göttinger Artikels gutzuheißen, distanzierte sich aber gleichzeitig von dem „Mord" a.ı Buback. Allerdings wird in der Erklärung des Studentenparlaments auch betont, daß gerade Buback verantwortlich war für „Isolations- und Folterhaft" gegen politische Gefangene.

In Braunschweig hat die Staatsanwaltschaft gegen die KBW-Studentenorganisation KSB Klage wegen eines Artikels in der „Kommunistischen Studentenzeitung" vom 9.5. erhoben. In dem Artikel werden folgende Passagen angegriffen: *„Gründe, einen Richter, Regierungspräsidenten oder Polizeipräsidenten zu erschießen, ach herrjeh, Gründe gibt's genug, und auch gute Gründe, Kapitalisten abzuschießen, es gäbe genug Gründe und gute...Buback ist jetzt erschossen, aber die Brüder wachsen nach"*. Die Staatsanwaltschaft sieht darin:

- Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener,
- Billigung von Verbrechen,
- Aufforderung zu Verbrechen.

Bundesjustizminister Vogel selbst hat nach den bisherigen Informationen Anzeige gestellt gegen die ASten von Göttingen, Braunschweig, Kassel und Heidelberg.

Gegen die angedrohten Disziplinierungsmaßnahmen hat sich eine breite Solidaritätskampagne entwikkelt. In Göttingen selbst fand am 11.Mai die bisher größte Uni-VV mit 4 000 Kommilitonen statt: Der AStA wurde dabei in seiner konsequenten Haltung, sich nicht von dem beanstandeten Artikel zu distanzieren und nicht den Drohungen der Uni-Bürokratie und des Staatsapparates nachzugeben, bestärkt: Mehr als 3000 stimmten dem Vorschlag zu, die Drohungen durch einen Streik zu beantworten.

In Braunschweig wurde auf einer der bisher stärksten VV's der AStA aufgefordert, entgegen seinen Verlautbarungen gegenüber der Uni-Bürokratie die Druckkosten für die „Fettpresse" zu entnehmen. Darüberhinaus wurden ebenfalls Streikmaßnahmen beschlossen, zunächst bis zum 13.5.

Und bist du nicht willig .....

Und bist du nicht willig .....

Im Mittelpunkt der Heztkampagne der gesamten bürgerlichen Presse der BRD steht der Versuch, den Göttinger AStA als *„Sympathisanten des Terrorismus"* („FAZ" 6.5.) zu isolieren und zu kriminalisieren. *„Linke sind Killer"*, weiß die „Zeit" vom 6.5.77 zu berichten, und die „Frankfurter Rundschau" schlägt sogleich den Bogen über die Kennzeichnung der AStA-Mitglieder als Psychopathen und Faschisten:„Der pathologische Zynismus ist nicht zu überbieten...Wenn sich kranken Gehirnen die Karlsruher Bluttat als freudiges Ereignis darstellt, dann ist das eine persönliche Angelegenheit. Zum öffentlichen Ereignis wird es aber, wenn derartiges Musterbeispiel für blanken Faschismus im Publikumsorgan einer Einrichtung studentischer Zwangsmitgliedschaft verbreitet wird...Die verfaßte Studentenschaft als Zwangskörperschaft muß damit zur Disposition gestellt werden" („FR" 6.5.).

Die Frage bleibt, weshalb die Bourgeoisie an diesem vergeichsweise harmlosen Artikel - denn er enthält ja eine eindeutige und scharfe Distanzierung - eine solche Kampagne entwickelt.

Der Haupgrund dafür ist, daß seit den Studentenkämpfen im letzen Semester in der bürgerlichen Presse die Angst vor einer neuen „Studentenrevolte" wie 1967-69 umgeht. So schrieb die „Welt" bereits am 22. Februar:„Der Deutsche Hochschulverband rechnet für das bevorstehende Sommersemester mit der größten T e r r o r w e l l e seit den studentischen Unruhen Ende der 60er Jahre". Hinzu kommt die Angst, daß eine neue „Studentenrevolte" verschmelzen könnte mit der Anti-AKW-Bewegung, mit einem neuen Aufschwung der Kämpfe an den Schulen u.a.m.

Speziell in Göttingen geht es auch darum, mit der „Nachruf"-Sache als Vorwand den linken AStA zu stürzen. Hauptträger dieser Manöver ist der RCDS. Schon kruz nach dem Erscheinen der „GN" gab der RCDS einen „offenen Brief" an den Rektor heraus, in dem er ihn - unter Androhung einer Dienstaufsichtsbeschwerde! - aufforderte, Maßnahmen gegen den AStA zu veranlassen, wegen des Buback-Artikels sowie auch in Zusammenhang mit Artikeln zur Anti-AKW-Bewegung. Gleichzeitig stellte der RCDS Strafantrag gegen den AStA wegen „öffentlicher Billigung der Ermordung Bubacks": „Der AStA liefert das notwendige geistige Umfeld für die ganze Terroristenszene. Der AStA trägt damit die Mitverantwortung für schon einmal geschehene Verbrechen und noch kommende".

Nicht zufällig hat der RCDS gerade den Buback-Artikel zum Anknüpfungspunkt seiner Kampagnen gegen den linken AStA genommen. Hofft er doch - im Gegensatz zu den Kämpfen gegen Atomkraftwerke - nicht nur unter den Rechten, sondern auch innerhalb liberaler Teile der Studentenschaft die „menschliche" Empörung über den Tod Bubacks nutzen zu können, um darüber eine Front gegen die Politik des linken AStA's insgesamt aufzubauen.

Die Taktik, die der RCDS dabei anwendet, ist nicht ungeschickt: Zum einen beteuert er plötzlich, daß er sich für die gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft einsetzen wolle - allerdings natürlich ohne Propaganda für einen „Bürgerkrieg in Grohnde" oder den Befreiungskampf in Zimbabwe.

Immerhin ist es den Rechten gelungen, für ihre Forderung nach Rücktritt des AStA und Ablehnung des Streiks 1000 Unterschriften zu sammeln.

Gleichzeitig versucht der RCDS, die Linken zu spalten, indem er z.B. auf der VV mit der Forderung nach Rücktritt des alten AStA den Vorschlag verband, einen AStA aus RCDS, SLH, MSB und SHB zu bilden! Dieser Trick war nun allerdings allzu plump.

Aktionseinheit der Linken gegen die vereinigte Rechte!

Sowohl die Politik des RCDS als auch die Heztkampagne der bürgerlichen Presse zielen darauf ab, die linken ASten zu stürzen.

Die Gegenmobilisierung ist bisher in den Fällen erfolgreich gelaufen, wo eine breite Diskussion um die Verteidigung der Meinungsfreiheit in den Publikationen der Organe der verfaßten Studentenschaft entfaltet wurde. Wichtig ist, daß dies über po-

den Publikationen der Organe der verfaßten Studentenschaft entfaltet wurde. Wichtig ist, daß dies über po-

litische Differenzen hinweg geschehen ist.

Auch wenn es innerhalb der Linken verschiedene Standpunkte zu den Buback-Artikeln gibt, teilweise sehr schnell zu opportunistischen Distanzierungen Bereitschaft gezeigt wird, so zeigt die ganze Anlage der Kampagne von Seiten der herrschenden Kräfte , daß die Trennungslinie auf keinen Fall zwischen Teilen der Linken gezogen werden darf, sondern daß die größtmögliche Einheit hergestellt werden muß.

In diese Richtung ging auch das Vorgehen der ASten in Göttingen und Braunschweig. In beiden Fällen stand die gemeinsame Verabschiedung von Kampfmaßnahmen gegen die angedrohten Repressalien im Vordergrund. In Braunschweig stimmten die 1200 Anwesenden fast einstimmig für Streik , in Göttingen war es eine Mehrheit von 3000 zu 1000. Erst danach wurden, wie in Göttingen, die Differenzen innerhalb der Linken ausgetragen, als Jusos, MSB und SHB einen Antrag einbrachten, der AStA möge sich von diesem Artikel distanzieren. Dies wurde von der VV mit einer Mehrheit von 1300 zu 1000 Stimmen abgelehnt.

Für den Göttinger AStA besteht zwar konkret die Gefahr einer Amtsenthebung. Zwar hat der Rektor aufgrund des Drucks sein Ultimatum zurückgezogen, aber die Landesregierung wird schon am Montag (16.5.) weiter über diesen Fall diskutieren.

Die betroffenen ASten und Fachschaftsräte haben alle ASten in der BRD aufgefordert, ihre Solidarität durch den Nachdruck des Artikels zu dokumentieren, und zwar unabhängig von der eigenen Meinung hierzu.

Diesem Aufruf folgend wurde der Artikel der „GN" bisher von den ASten der folgenden Uni's abgedruckt: Gesamthochschule Kassel, Uni Frankfurt, Uni Heidelberg, Uni Tübingen, HfSS Bremen, HfBK Hamburg, sowie TU Hannover (auf massiven Druck „von unten"). Den Abdruck haben außerdem noch folgende ASten zugesagt: PH Westberlin, FH Darmstadt und PH Göttingen.

Die MSB/SHB-Asten der Uni Bremen und der PH Göttingen wurden durch Uni-VV-Beschlüsse mit dem Abdruck des Buback-Artikels beauftragt. Bisher haben sie sich jedoch geweigert , diese Beschlüsse auszuführen. Aber scheinbar gibt es im Bremer AStA entweder „U-Boote" der Massen oder die Massen selbst haben dem AStA die schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe abgenommen, um den Gang der Ereignisse nicht unnötig zu verzögern: Jedenfalls erschienen in Bremen Original-AStA-Info's, die die Forderung der VV erfüllten. Seitdem sieht man in Bremen AStA-Mitglieder durch Gänge und Mensa schleichen, um recht unauffällig die Info's wieder einzusammeln.

Ein ganz schlechtes Bild macht in der Sache der VDS-Vorstand: Am 10.5. hielt er eine Pressekonferenz zu den Angriffen auf den Göttinger AStA ab. In der schriftlich vorliegenden Presseerklärung wird sich zwar wortreich von dem Attentat auf Buback distanziert, zu den Angriffen auf die Meinungsfreiheit steht aber kein Wort darin. Das geht entschieden zu weit und sollte auf der nächsten Mitgliederversammlung zur Sprache gebracht werden.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Eine besonders dumme „Kritik" am KB

«Der KB ist nicht bereit, auch nur Teilforderungen in den Gewerkschaften, beispielsweise die Mitbestimmungsforderung, mitzutragen. Der KB nimmt keinerlei Rücksichten auf den Bewußtseinsstand der Kollegen und die Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD. Stellt er einmal Forderungen, so gehen diese gleich ins Astronomische und sind in absehbarer Zeit gar nicht durchsetzbar. Sind die Kollegen nicht gleich bereit, für diese Forderungen in den Streik zu treten, sind nach Ansicht des KB daran rechte Gewerkschaftsführer schuld, die die Arbeiter verraten haben. Gegen diese Gewerkschaftsführer wird dann frontal die Auseinandersetzung begonnen, egal, ob das der Einheit nützt oder schadet.

Entsprechend beschimpft der KB einzelne Sozialdemokraten als ‚Sozialfaschisten';ist ein Sozialdemokrat nicht mit der Linie des KB einverstanden, muß er sich gefallen lassen, als Kapitalistenfreund beschimpft zu wer-

faschisten';ist ein Sozialdemokrat nicht mit der Linie des KB einverstanden, muß er sich gefallen lassen, als Kapitalistenfreund beschimpft zu wer-

den».

Diese detailreiche und treffsichere Schilderung unserer Politik stammt ausnahmsweise n i c h t aus der berühmten IG-Chemie-Hetzschrift „Was wollen die Chaoten?", sondern aus einem Flugblatt, das die DKP mancherorts unter der Überschrift «Erklärung von ehemaligen Leitungsmitgliedern des KB Schleswig-Holstein für den Beitritt in die DKP» verbreitet. Auch in der DKP-Zeitung „UZ" vom 22.4. (*«Junge Leute kehrten maoistischer Spaltergruppe den Rücken»*) findet diese „Erklärung" die ihr zweifellos gebührende Aufmerksamkeit.

Unterschrieben ist die „Erklärung" von einem Peter Wurzbacher sowie *«drei weitere ehemalige Mitglieder des KB, deren Namen bekannt sind.»* Auf Befragen hat Peter W. behauptet, diese „Erklärung" tatsächlich s e l b s t verfaßt zu haben, obwohl Stil, Blödheit und Inhaltslosigkeit des Papiers eher dafür sprechen, daß es sich um eine Routine-Arbeit eines DKP-Schreibers handelt. Etwa auch, wenn da zu lesen ist: *«...Oder die KB-Politik der Unterstützung von Befreiungsbewegungen in der dritten Welt; die Unterstützung von MPLA in Angola und FRELIMO in Mocambique. Als wir hinter die Kulissen dieser Politik schauten, fiel uns auf, daß wir es hier nur mit einer geschickteren Variante der entspannungsfeindlichen Außenpolitik der maoistischen Pekinger Parteiführer zu tun haben. Denn auch der KB wendet sich gegen die Politik der Entspannung, behauptet, diese Politik nütze nur den zwei ‚Supermächten' und sei gegen die Interessen der werktätigen Bevölkerung gerichtet.*

Mit der Zeit erkannten wir, daß der Imperialismus, hervorgerufen durch seine eigene Schwäche und das weitere Erstarken der Kräfte des Fortschritts, zunehmend gezwungen wird, sich an den Verhandlungstisch zu setzen, statt laufend Kriege anzufachen.

Jene Befreiungsbewegungen, die diese Schwäche ausnutzen und verhandeln, wurden dann auch scharf vom KB kritisiert und fast der Kollaboration mit dem Imperialismus bezichtigt. Solidarität also nur, wenn der KB seine entspannungsfeindliche Haltung bestätigt sieht». — Soll man das jetzt etwa so verstehen, daß MPLA, FRELIMO,POLISARIO etc. unsere „entspannungsfeindliche Haltung" bestätigen?...

Ähnlich inhaltsreich und tiefschürfend ist in der „Erklärung" die Passage zur Anti-AKW-Bewegung, die wir hier ungekürzt und im vollen Wortlaut zur Diskussion stellen: *«...Jüngstes Beispiel für diese Politik ist das Vorgehen des KB und anderer maoistische Sekten gegen das Kernkraftwerksobjekt Brokdorf. Nicht das gemeinsame Handeln aller Betroffenen, sondern die eigene Demonstration, der man die Bedingungen diktieren kann, ist für diese Gruppen das entscheidende Kriterium».* — Obwohl wir uns nicht vorstellen können, daß wirklich Peter W. der Verfasser dieses Witz-Blattes ist, ist seine Unterschrift dafür beschämend genug. Er sowie ein weiterer Unterzeichner der „Erklärung" waren in der Tat zeitweise in der schleswig-holsteiner Landesleitung des KB. Sie haben seinerzeit versucht, ihre allgemeine „Kritik am AK" in ihre Ortsgruppe (Mölln) zu tragen und wurden von dieser dann aufgefordert,

KB. Sie haben seinerzeit versucht, ihre allgemeine „Kritik am AK" in ihre Ortsgruppe (Mölln) zu tragen und wurden von dieser dann aufgefordert,

ihre „Kritik" schriftlich zusammenzufassen und auf dieser Grundlage mit der AK-Redaktion zu diskutieren. Dieser Auseinandersetzung sind Peter W. und seine Freunde a u s g e w i c h e n ,ihre „Kritik" wurde niemals schriftlich verfaßt. Als sie von den Möllner Genossen gedrängt wurden, das doch endlich zu tun, hieß es plötzlich: «Das sind zuviele Punkte, die kann man unmöglich zusammenfassen».

Wenn es nun in der DKP-„Erklärung" pathetisch heißt, Peter W. und seine Freunde hätten sich *«ihren Schritt nicht leichtgemacht»*, und sie hätten ihre *«Einsichten»* erst *«bei nächtelangen politischen Diskussionen gewonnen»*, so bleibt festzuhalten, daß sie diese „Diskussionen" mit sonstwem geführt haben mögen, aber jedenfalls nicht im Rahmen unserer Organisation. Das Ergebnis ist entsprechend: Außer den gewöhnlichen Dummheiten un Lügen der DKP sind Peter W. und seine Freunde offenbar nicht in der Lage, ihre angebliche „Kritik" an der Politik des KB inhaltlich zu begründen

Für uns kann das nur ein Auftrag sein, die politisch-ideologische Arbeit zu verstärken und insbesondere an die politischen und menschlichen Qualitäten unserer Kader grössere Anforderungen zu stellen. Wenn sich ehemalige KB-Genossen — aus welchen Motiven auch immer für eine derart peinliche Aufführung hergeben, ist das auch für uns beschämend.



„CHARTA 77" Zur Entwicklung der Opposition in der CSSR (Teil 1)

Seit Anfang Januar eine Gruppe von „Oppositionellen" in der CSSR die sogenannte „Charta 77" veröffentlicht hat, konnte die sich die „Dissidentenbewegung" in den osteuropäischen Ländern tagtäglich in der bürgerlichen Presse der allergrößten Publizität erfreuen.

Für eine Einschätzung der „Charta" und der sie tragenden politischen Kräfte und Einzelpersonen ist es unseres Erachtens notwendig, die politischen Auseinandersetzungen aus der Zeit des „Prager Frühlings" und die Entwicklung der tschechoslowakischen Opposition seit dieser Zeit mit einzubeziehen.

„Charta 77 ist eine freie informelle und offene Gemeinschaft von Menschen verschiedener Überzeugungen, verschiedener Religionen und verschiedener Berufe, verbunden durch den Willen, sich einzeln und gemeinsam für die Respektierung der Bürger- und Menschenrechte in unserem Land und in der Welt einzusetzen – jener Rechte, die dem Menschen von beiden kodifizierten internationalen Pakten, von der Abschlußakte der Konferenz in Helsinki, von zahlreichen weiteren internationalen Dokumenten gegen Krieg, Gewaltanwendung und soziale und geistige Unterdrückung zugestanden werden und die zusammenfassend von der ‚Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte' der UN zum Ausdruck gebracht werden" (1) (Mit den „beiden kodifizierten internationalen Pakten" sind der „Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte" sowie der „Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte" gemeint, die nach Helsinki in der CSSR in Kraft gesetzt wurden).

Eine nähere Bestimmung ihrer politischen Absichten nehmen die Anhänger der Charta nicht vor. Im wesentlichen besteht ihr Manifest aus Verweisen auf eine Reihe von Artikeln aus diesen beiden Pakten und entsprechenden Erklärungen darüber, daß diese Artikel im politischen und rechtlichen Leben der CSSR nicht eingehalten werden. Insbesondere werden das „Recht auf freie Meinungsäußerung", das Recht auf Bildung, die Informationsfreiheit, die Freizügigkeit, die Bekenntnisfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Koalitionsfreiheit u.a. aufgeführt.

Die Verfasser heben ausdrücklich hervor, daß ihr Manifest *„keine Basis für oppositionelle politische Tätigkeit"* ist. Dieser Unterschied zu früher, von der „Sozialistischen Opposition" herausgegebenen Aktionsprogrammen macht den Bündnischarakter des Manifestes deutlich. Ganz offensichtlich ist die Charta auf ausgesprochen bürgerliche Kräfte in der tschechoslowakischen Opposition zugeschnitten. Während es z.B. noch im „Kleinen Aktionsprogramm der sozialistischen Opposition" von Anfang 1971 geheißen hatte: *„Es geht um ein neues, demokratisches Sozialismus-Modell, das den tschechoslowakischen Bedingungen entspricht"*, so fehlt in der Charta selbst dieses verbale Bekenntnis zum Sozialismus. Ein Sammelbecken bürgerlich-reaktionärer Elemente also?

Für die herrschenden Revisionisten ist die Sache klar. In einer breit angelegten Kampagne werden die Widersprüche im eigenen Lager in bewährter Weise behandelt: einzelne Wortführer der Opposition werden in übelster Weise angegriffen und diffamiert und sodann als bereits Jahrzehnte im Sold der Imperialisten stehend „entlarvt".

In welcher Weise die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Positionen der Charta seitens der Revisionisten geführt wird, soll an einigen Beispielen deutlich gemacht werden:

Über einige Unterzeichner der Charta heißt es in „Rude Pravo", dem Zentralorgan der KPC: *„Zu ihnen gehört der aus einer Millionärsfamilie stammende Vaclav Havel, der verbissene Feind des Sozialismus, ... Jiri Hajek, ein bankrotter Politiker, der unter der Parole der Neutralität unseren Staat aus der sozialistischen Ländergemeinschaft herausreißen wollte,... der internationale Abenteurer Frantisek Kriegel, ... der Denunziant und Karrierist Zdenek Mlynar..."*

Es versteht sich von selbst, daß das Zentralorgan der tschechoslowakischen Revisionisten mit keinem Wort darauf eingeht, daß es der *„bankrotte Politiker"* Hajek in der CSSR vor 1968 bis zum Außenminister gebracht hatte, daß der *„Denunziant und Karrierist"* Mlynar Sekretär des ZK der KPC war, daß der ähnlich angegriffene Milan Hübl Rektor der Prager Parteihochschule gewesen war usw. usf..

Eine inhaltliche politische Auseinandersetzung mit den ehemaligen Parteifunktionären findet nicht statt; die „Massenkampagnen" beschränken sich auf sinnloses Abspulen inhaltlich unbewiesener Vorwürfe.
Uns ist bislang nur ein Punkt aufgefallen, in dem beide Seiten ihren Streit inhaltlich austragen. Unter dem Stichwort „Religionsbekenntnisfreiheit" wird darüber palavert, ob die Kirche in der CSSR ausreichend Bewegungsfreiheit und Unterstützung genießt.

Man weiß dabei wirklich nicht, wer sich mehr um die Pfaffen sorgt: *„Die Bekenntnisfreiheit"*, so heißt es in der Charta, *„wird von machthaberischer Willkür systematisch eingeschränkt: durch Beschneidung der Tätigkeit von Geistlichen, ... etc.."* In einem Kommentar vom 7.2.77 weist Radio Prag diese „Verleumdung" empört zurück: *„Nun ist es so, daß der sozialistische Staat die Freiheiten nicht nur proklamiert, sondern auch materiell für deren Realisierung sorgt. Im Fall der Religionsfreiheit dotiert der Staat die Tätigkeit der Theologischen Fakultäten. Es gibt ihrer sieben und jährlich werden von ihnen rund 1.000 (!) künftige Priester ausgebildet. Der tschechoslowakische Staat trägt aber auch für die Kultstätten Sorge. Über 100 Millionen Kronen jährlich sind für die Instandhaltung ... vorgesehen, und zwar solcher Kirchen, die auch regelmäßig für gottesdienstliche Zwecke dienen."* (2) Gott vergelt's!

Ansonsten wird die Geschichte der KPC im Zusammenhang der „Auseinandersetzung" mit der Charta auch gleich neu geschrieben: *„Gegen Ende der sechziger Jahre gelang es den Zionisten* (!), *ihre Exponenten in hohe Partei- und Staatsfunktionen zu bringen, zum mindesten die beiden bedeutendsten – Frantisek Kriegel* (damals Mitglied des ZK-Präsidiums, AK) *und Jiri Hajek* (damals Außenminister, AK). *Zusammen mit weiteren bezahlten Agenten des Zionismus bildeten sie den Stoßtrupp im konterrevolutionären Prozeß gegen die sozialistische Tschechoslowakei."* (3) Nicht die Spur eines Beweises wird, natürlich, für diese Behauptungen angeführt!

Auf die Entstehung dieser Auseinandersetzung zwischen zwei Fraktionen der Revisionisten werden wir weiter unten im Zusammenhang mit der Darstellung des „Prager Frühlings" ausführlich eingehen.

Was den herrschenden Revisionisten an inhaltlicher Argumentation abgeht, ersetzen sie, wie immer, durch administrative Maßnahmen: so werden die Unterzeichner der Charta vorgeladen, verschiedene Male verhaftet, aus ihren Arbeitsverhältnissen entlassen und mit anderen Repressalien belangt.

Daß dies alles nicht die richtige Art ist, sich mit den Wortführern der Charta auseinanderzusetzen, mußten sich die tschechoslowakischen Parteiführer und Machthaber selbst von einigen ihrer „Bruderparteien" im Westen sagen lassen. Diejenigen revisionistischen Parteien Westeuropas – die schon seit längerer Zeit im Gewand des „Eurokommunismus" auf Anpassung an die Bourgeoisie und Anbiederung an bürgerlich-bestimmte Wähler aus sind – erkannten frühzeitig, daß eine Solidarisierung mit der offiziellen Politik der KPC – wie auch mit der Politik anderer revisionistischer Regimes gegenüber „Dissidenten" – sie entscheidende Stimmen kosten würde.

„Die Tatsachen und Probleme, die in der ‚Charta 77' angeführt wurden, werden nicht nur nicht dementiert, sondern auch überhaupt nicht erwähnt", schreibt die Unita der KPI. (4) KPF-Vorsitzender Marchais erklärte: *„Wir verurteilen diese Methoden, die eine von uns für überwunden gehaltene Vergangenheit in Erinnerung ruft"* (5). Auch die „Eurorevisionisten" aus Spanien, Großbritannien, Schweden, Belgien und Griechenland haben sich öffentlich vom Vorgehen ihrer tschechoslowakischen Gesinnungsfreunde distanziert.(6)

Fakt ist, daß die Oppositionsbewegung in der CSSR (und anderen RGW-Ländern) heute das 1971 im „kleinen Aktionsprogramm" der „Sozialistischen Opposition" genannte *„grundlegende taktische Ziel"* erreicht hat; dieses Ziel bestand und besteht darin, *„daß die innerparteiliche (kommunistische) Opposition in unserem Lande von den westeuropäischen kommunistischen Parteien anerkannt wird"*. (7)

Die „Sozialistische Opposition"

Die politischen Ziele und Vorstellungen der heutigen „sozialistischen Opposition" stimmen nicht nur in weiten Bereichen mit denen des „Prager Frühlings" überein, es handelt sich auch zu einem beträchtlichen Teil um dieselben Personen, die die damalige wie die heutige Bewegung tragen. So finden sich unter den jetzt bekämpften Oppositionellen einstige ZK-Mitglieder und andere wichtige Persönlichkeiten des „Prager Frühlings" wie Zdenek Mlynař, Jiři Hajek, Milan Hübl, František Kriegel, Jiři Müller u.a.

Wir werden im folgenden die Entwicklung und die Positionen der „Sozialistischen Opposition" anhand einer Reihe von programmatischen Aussagen seit dem Jahre 1968 darlegen. Der erste Teil des Artikels befaßt sich schwerpunktmäßig mit Zielen und Entwicklungen des „Prager Frühlings", der zweite mit Herausbildung der tschechoslowakischen Opposition in den Jahren nach der Besetzung der CSSR und ihrem heutigen Stand.

I. Der „Prager Frühling"

Auf dem Plenum des ZK der KPČ vom 3. bis 5.1.68 wurde Parteisekretär und Staatspräsident A. Novotny von seiner Funktion als Erster Sekretär der KPČ entbunden. An seine Stelle trat A. Dubček, seit 1963 Erster Sekretär der slowakischen KP. Am 21.8.68 besetzte eine Armee aus Einheiten von fünf RGW-Staaten unter Führung der Sowjetunion die CSSR, angeblich auf einen Hilferuf von *„Persönlichkeiten der Partei und des Staates"* der CSSR, *„weil die in der Verfassung festgelegte sozialistische Staatsordnung durch konterrevolutionäre Kräfte gefährdet wurde, die mit dem Sozialismus feindlichen äußeren Kräften in eine Verschwörung getreten sind"*. (8) Die politische Entwicklung in diesem Zeitraum, als „Prager Frühling" bezeichnet, soll zunächst kurz skizziert werden.

a) Vorgeschichte

Die Vorgeschichte des „Prager Frühlings" beginnt etwa mit dem 12. Parteitag der KPČ im Dezember 1962. Eine wichtige Rolle spielte dort die Rehabilitation der Opfer der Schauprozesse der Jahre 1949 - 1954. Damals waren unter anderem der Generalsekretär der KPČ und stellvertretende Ministerpräsident Rudolf Slansky, ZK-Mitglied und Außenminister Vladimir Clementis, ZK-Mitglied und KPČ-Kreissekretär Ota Šling und andere alte Parteikader hingerichtet worden. (9) Während in der Sowjetunion schon auf dem XX. KPDSU-Parteitag (1956) die Schuld an bestimmten Entartungen der Stalin-Ära dem „Personenkult" in die Schuhe geschoben wurde, tauchte das Schlagwort von der „Beseitigung der Folgen des Personenkults" erst Anfang der sechziger Jahre in der CSSR auf. (10) Zur Frage der Rehabilitationen, die als Bestandteil einer umfassenderen Abrechnung mit der Politik seit 1948 gesehen wurden, kamen zwei weitere Probleme: die wirtschaftliche Situation verschärfte sich derart, daß eine neue Organisation der Volkswirtschaft unausweichlich schien (z.B. sank 1963 die industrielle Bruttoproduktion gegenüber 1962, ein Vorgang, der sich im RGW-Bereich nur 1956 in Ungarn ereignet hatte) ;(11) außerdem spitzte sich das Nationalitätenproblem zu, insbesondere zwischen Tschechen und Slowaken, (die CSSR ist ein Vielvölkerstaat – 1961 waren 66 % der Bevölkerung Tschechen, 27,9 % Slowaken, der Rest verteilte sich auf Ungarn, Deutsche, Polen, Ukrainer und sonstige, hauptsächlich Zigeuner) .(12)

Trotz vieler Bemühungen um die Industrialisierung der Slowakei blieb das Wachstum des Nationaleinkommens pro Kopf Mitte der sechziger Jahre im slowakischen Landesteil immer noch hinter dem des tschechischen Landesteils zurück. (13) Die Forderung nationalistischer Kreise der Slowaken nach mehr Selbstbestimmung wurde umso eindringlicher, als Novotny noch 1960 in der neuen Verfassung die Rechte der slowakischen Nationalorgane eingeschränkt hatte, inspiriert von Chrustchows These über die „Verschmelzung der sozialistischen Nationen". (14)

Während die Rehabilitationen langsam anliefen und das Nationalitätenproblem umfassend erst 1968 angegangen wurde, bedurften vor allem die wirtschaftlichen Fehlentwicklungen einer baldigen Korrektur. Wie vieles andere übernahm Novotny von Chrustchow die These von der alles bestimmenden „wissenschaftlich-technischen Revolution". Drei „Expertenteams" wurden von der KPČ beauftragt, „Modelle" der weiteren ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung zu entwerfen: (15)

1) Unter Leitung von Ota Šik entwarf eine Gruppe das Konzept einer ökonomischen Reform. Das Konzept wurde im Januar 1965 vom ZK gebilligt und ab Januar 1966 in etwa 400 ausgewählten Betrieben erprobt. Im Januar 1967 führte man das „Neue System der Wirtschaftsleitung" für die gesamte Volkswirtschaft gesetzlich ein. Ziel war die Entfaltung einer Marktwirtschaft, angeblich im Rahmen des Sozialismus, Dezentralisierung der Betriebe, das System materieller Anreize, sprich: größere Einkommensunterschiede, und die Beteiligung der Betriebe am Betriebsergebnis.
2) Eine zweite Kommission unter Radovan Richta untersuchte Ursachen und Folgen der „wissenschaftlich-technischen Revolution" und legte 1966 den Bericht „Zivilisation am Scheideweg" vor.
3) Eine dritte Kommisission unter Zdenek Mlynař beschäftigte sich mit dem Thema „Entfaltung der Demokratie und des politischen Systems in der sozialistischen Gesellschaft".

Der Parteiführung gelang es bis Ende 1967 allerdipgs mit Ausnahme des Bereichs Wirtschaft reale Veränderungen weitgehend zu verhindern. Falsch ist jedoch die Ansicht, im späteren „Prager Frühling" habe sich ein vollkommener Bruch mit der Vergangenheit vollzogen. Viele Elemente des „Prager Frühlings" waren schon zur Amtszeit Novotnys entstanden, ohne daß ein anderes RGW-Land darin auch nur die geringste „Gefährdung der sozialistischen Staatsordnung durch konterrevolutionäre Kräfte" gesehen hätte. Im Gegenteil: der Dietz-Verlag z.B. veröffentlichte in der DDR 1966 Ota Šiks erstes Hauptwerk. Otto Reinhold (Leiter des Instituts für Gesellschaftswissenschaft beim ZK der SED) erklärt im Vorwort, das Buch leiste einen „wertvollen Beitrag", um die Lücken bei der gründlichen *„Bearbeitung der ökonomischen und philosophischen Grundprobleme der politischen Ökonomie des Sozialismus zu schließen"* (16).

Die Plenartagung des Zentralkomitees der KPC nahm am 5. April 1968 ein „Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei" an, mit dem *„die Kommunisten an die Wandlung im gesamten Leben der Partei, den Weg zum Aufbau einer neuen Gesellschaft gehen"* sollten. (17) Alle klassischen Argumente und Vorstellungen revisionistischer Politik finden sich in diesem Dokument wieder: an die Stelle von *„direkten Weisungen des Zentrums"* sollen *„ökonomische Instrumente, Formen von Waren- und Geldbeziehungen und Marktbindungen"* treten (18); *„die Nivellierung wurde zu einem Haupthindernis der intensiven wirtschaftlichen Entwicklung und der Hebung des Lebensstandards"* – die Forderung





Prag 1968

nach „*Beseitigung der Gleichmacherei*" schließt sich konsequent an. (19) „*Die Entlohnung der Menschen*" soll nicht zuletzt abhängen von „*dem Grad der Verantwortung und dem Risiko*" (20) .Entsprechend muß man „*den Unternehmen, die einem anspruchsvollen Markt gegenüberstehen, ... Freizügigkeit der Entscheidungen in allen Fragen gewähren, die unmittelbar die Führung des Unternehmens und des Wirtschaftens betreffen. Man muß ihnen eine schöpferische Reaktion auf die Bedürfnisse des Marktes ermöglichen*". (21) „*Wir setzen große Hoffnung in die Erneuerung der positiven Funktion des Marktes als notwendigen Mechanismus für das Funktionieren der sozialistischen Ökonomie und als Überprüfung dessen, ob in den Unternehmen gesellschaftlich zweckmäßig gearbeitet wurde*". (22)

Ihren konsequenten Abschluß finden diese ökonomischen Ziele mit der „*wirksameren Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung*": „*die langjährige Isolierung der Wirtschaftseinheiten vom Druck der Konkurrenz des Weltmarkts*" müsse beseitigt werden; dazu müsse „*das Monopol des Außenhandels grundsätzlich und konsequent von administrativen Auffassungen und Methoden*" befreit und „*das direkte Dirigieren der ausländischen Wirtschaftstransaktionen*" beseitigt werden. „*...Das Zentralkomitee hält es für unerläßlich, die Rechtsbefugnis und Verantwortlichkeit der Unternehmen für die konkrete Durchführung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu erhöhen*". (23)

Nicht fehlen darf in diesem Programm denn auch die These von der „wissenschaftlich-technischen Revolution" als „*Grundbedingung* (!) *... der Fürsorge um den Menschen und seine Umwelt, ... für die Entfaltung der Persönlichkeit, ... für die Entwicklung der menschlichen Beziehungen, für die Lösung der verschiedensten Fragen, die die heutige Zeit mit sich bringt*". (24)

Was also tut not? „*Die Autonomie und die Autorität der wissenschaftlichen Räte und der Hochschulen zu festigen*". (25)!

Auf politisch-ideologischem Gebiet beruft sich das „Aktionsprogramm" ausdrücklich auf die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU, „*der den Impuls für die Erneuerung und Entwicklung der sozialistischen Demokratie gab*". (28)

Ohne sich die Mühe einer materialistischen Analyse zu machen, wird davon ausgegangen und behauptet, daß sich „*bis zur heutigen Zeit in unserem ganzen politischen System d i e schädlichen Einflüsse d e r zentralistischen Entscheidung und Leitung erhalten*" hätten; (27, Hervorhebungen von uns). „*Die führende Rolle der Partei wurde in der Vergangenheit oft als Monopol, als Konzentration der Macht in der Hand der Parteiorgane aufgefaßt. Das entsprach der falschen These, daß die*

zentration der Macht in der Hand der Parteiorgane aufgefaßt. Das entsprach der falschen These, daß die

Partei das Instrument der Diktatur des Proletariats sei. Diese schädliche Auffassung schwächte die Initiative und Verantwortung der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen, schädigte die Autorität der Partei und machte es ihr unmöglich, ihre ureigenste Funktion zu erfüllen. ...Ihre Sendung liegt vor allem darin, sozialistische Initiative hervorzurufen, Wege und reale Möglichkeiten der kommunistischen Perspektive zu zeigen und durch systematische Überzeugungsarbeit und persönliches Beispiel der Kommunisten alle Arbeitenden für sich zu gewinnen". (28)

Im Zuge der Vorbereitungen auf den für den 9. September 1968 einberufenen XIV. Parteitag der KPC erarbeiteten mehrere Arbeitsgruppen eine Diskussionsvorlage mit dem Titel **„Analyse der Parteitätigkeit und der gesellschaftlichen Entwicklung seit dem XIII. Parteitag und die Hauptaufgaben der Partei in der nächsten Zeit". Diese Arbeitsgruppen waren auf Beschluß des Präsidiums des ZK der KPC gebildet worden; u.a. arbeiteten die ZK-Mitglieder Zdenek Mlynar, Milan Hübl und Jiri Hajek in ihnen mit.** (29)

Die Analyse stützt sich im wesentlichen Teilen auf das Aktionsprogramm vom Januar, geht jedoch in einer Reihe von Aussagen noch über dieses hinaus. So wird gleich zu Beginn dieses Papiers die „Überzeugung" formuliert, „*daß der Ausweg aus der Krise nur in einer Änderung des bisherigen Sozialismus-Modells liegen könne, das heißt in der Auffindung eines Modells, das den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution entspricht, den demokratischen und humanistischen Inhalt des Sozialismus akzeptiert und an die positiven Werte aus der Vergangenheit unserer beiden Nationen anknüpft*". (30).

Das Aktionsprogramm, so die „Analyse" weiter, skizziere „*den Übergang von der revolutionären Diktatur zu einem demokratischen Regime mit Rechtsgarantien*" (30). Eine der Grund„erkenntnisse" revisionistischer Ideologie wird natürlich auch in dieser ZK-Analyse hervorgehoben, daß nämlich „**der Klassenkampf ... kein wesentlicher Aspekt der sozialen Entwicklung unseres Landes mehr (ist)**"(31). Von dieser „Einsicht" ausgehend, werden „*politischer Pluralismus*", „*verschiedene Wege zum gleichen Ziel – Sozialismus*" (32) und ähnliche (bürgerliche) Erkenntnisse propagiert.

In dem Bemühen um die Erhaltung der führenden Rolle der KPC werden Überlegungen zu einem für die KP besonders vorteilhaften Wahlrecht (!) vorgetragen, und in den abschließenden **„Hauptrichtlinien der Wirtschaftspolitik"**(33) wird noch einmal nachdrücklich hervorgehoben, daß sich die KP „*auf eine richtige (?) Festsetzung der Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft, das Nichteingreifen politischer Organe in ökonomische Entscheidungen*" (34) stützt!

Wir sind auf das Aktionsprogramm sowie auf den Entwurf der „Analyse..." aus zwei Gründen sehr ausführlich eingegangen:

Zum einen zeigen diese programmatischen Äußerungen mit aller notwendigen Deutlichkeit, daß es sich beim „Prager Frühling" eben nicht um eine sozialistische, antirevisionistische Linie handelt, sondern um eine bürgerlich-demokratische Strömung, deren Konzept von „Liberalisierung" und ökonomischer Öffnung nach dem Westen den Imperialisten binnen kurzer Zeit entscheidende Möglichkeiten der Einflußnahme und konterrevolutionärer Aktivitäten geboten hätte. Zweitens sind viele Angehörige der heutigen „Sozialistischen Opposition" Vertreter der damaligen Parteiführung, und viele der politischen Erklärungen und Dokumente der jetzigen Opposition beziehen sich ausdrücklich oder auch stillschweigend auf die oben zitierten Dokumente.

Die Entwicklung in den Gewerkschaften

Nicht die vorgesehenen ökonomischen „Neuerungen" an sich als vielmehr das rasante Tempo, in dem sie durchgezogen werden sollten, konnten Kritik und Vorwürfe der Führer der übrigen revisionistischen KPs (vor allem der sowjetischen Führer) auf sich ziehen. Zugleich mußte es ihre Beunruhigung erregen, daß sich im Zuge des im Prinzip revisionistischen Konzeptes auch durchaus fortschrittliche, antirevisionistische Tendenzen entwickelten – **wenngleich diese zu keinem Zeitpunkt des „Prager Frühlings" bestimmenden Einfluß auf das Geschehen hatten.**

Es wäre dennoch falsch, die von den „Reformern" ausgelöste politische Bewegung als widerspruchsfreien Weg zur Restaurierung des

tische Bewegung als widerspruchsfreien Weg zur Restaurierung des

Kapitalismus zu begreifen. Im Zuge der Auseinandersetzung um die „neue sozialistische Politik" entwickelten sich neue Organisations- und Aktionsformen bei den Arbeitern, Studenten und Intellektuellen, sowie in unteren gewerkschaftlichen Organisationen.

Am 21./22. März '68 fand die V. Plenarversammlung des Zentralrats der Gewerkschaften (organisatorisch etwa dem DGB-Gewerkschaftstag vergleichbar) statt – mit Verspätung, da der Zentralrat den Vorgängen und Entwicklungen in der KPC gegenüber eine abwartende Haltung einnahm. Die Forderung vieler Mitglieder und Funktionäre führte dazu, daß die Plenarversammlung endlich doch einberufen wurde. Der Stimmung unter den Mitgliedern trug der Vorsitzende der URO (Zentralrat der Gewerkschaften), Polacek, in einem Referat vor dem Prager Funktionärsaktiv der URO Rechnung:

„*Am meisten wird danach gerufen, die Gewerkschaften sollten doch zu ihren traditionellen Aufgaben zurückkehren, nämlich die Interessen der Arbeitenden zu verteidigen. Das ist die normale Reaktion auf einen Zustand, in dem in der Gewerkschaftsorganisation als wichtigste und vordringlichste Sorge lediglich die Steigerung der Produktion angesehen wurde, die man für den Schlüssel zu allem übrigen hielt, u.a. auch zur Hebung des Lebens- und Kulturniveaus des arbeitenden Menschen*" (35).

Es kam in den Gewerkschaften zu Diskussionen um die Zahl der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre und um die Höhe ihrer Entlohnung. 250 Betriebsausschüssen, vier Vorsitzenden von Bezirks-Gewerkschaftsräten und zwei Vorsitzenden von Kreisgewerkschaftsräten wurde das Mißtrauen ausgesprochen, (36) und es kam zu einer großen Zahl von Funktionsniederlegungen, „*manchmal aus dem Grunde, weil die Funktionäre an eine scharfe und unangenehme Kritik nicht mehr gewöhnt waren ...*" (37).

Auf dem Anfang März 1969 durchgeführten VII. Allgewerkschaftskongreß wurde neben dem Programm der Tschechoslowakischen Revolutionären Gewerkschaftsbewegung (ROH) auch die Charta der ROH beschlossen, in der auch ein Hinweis auf Streiks enthalten ist: Jedes Mitglied habe „*das Recht, ... bei Streiks, die von den zuständigen Gewerkschaftsorganen gebilligt wurden, um materielle Hilfe anzusuchen*" (38).

Nur wenige Wochen nach den Beschlüssen dieses Kongresses billigte die Gewerkschafts f ü h r u n g dann die Politik der „Normalisierung". Im Laufe des Jahres 1970 wurden etwa 63.000 F u n k t i o n ä r e aus der Gewerkschaft ausgeschlossen (39); Teile der „Dokumente der ROH" aus dem Jahre 1968 finden sich inzwischen auf der Liste der „verbotenen Schriften".

Die Arbeiterräte, die vom April 1968 an in etwa der Hälfte der Industriebetriebe des Landes gebildet wurden, entsprachen dem Bedürfnis und der Forderung der Arbeiter nach Einfluß auf den Produktionsprozeß. Der überwiegend spontane Charakter der Entstehung dieser Arbeiterräte zeigt, daß sie nicht einfach ein Instrument der Wirtschafts„reformer" waren, die sich ihrerseits natürlich von ihnen die Befreiung vom „Dirigismus" der zentral gelenkten Wirtschaft versprachen und die Kompetenzen der Arbeiterräte in diesem Sinne beschränken wollten.

Der „Vertrag über die Zusammenarbeit des tschechischen Gewerkschaftsbundes der Metallarbeiter und des Verbandes der Hochschulstudenten von Böhmen und Mähren" (vom 19.2.1969) stellte den Versuch dar, die „*Kumulation der Funktionen der Macht und der Information in der Hand einer kleinen Gruppe führender Funktionäre*" aufzuheben; gefordert wurde eine sofortige Einberufung des Parteitages der KPC (40). Die Initiative zu diesem Vertrag ging maßgeblich vom damaligen Vorsitzenden des böhmischen Studentenverbandes, Jiri Müller, aus. Wenngleich sich auch dieser Vertrag am revisionistischen „Aktionsprogramm" der „Reformer" orientierte, so ist doch allein das Entstehen neuer, zumeist spontaner Organisationsformen (wie dies z.B. auch in der Durchführung eines nationalen Kongresses der Arbeiterräte am 9./10.1.69 in Pilsen zum Ausdruck kam) bemerkenswert (41).

Daß die nach dem Überfall der Warschauer Pakt-Truppen auf die CSSR eingesetzten neuen Gewerkschaftsführer selbst diese schwachen Ansätze zu liquidieren versuchen würden, war klar. So erklärte beispielsweise der neue Vorsitzende der ROH, Karel Hoffmann, im Jahre 1969:

„Die rechtsopportunistischen Kräfte predigten die Selbstverwal-

„Die rechtsopportunistischen Kräfte predigten die Selbstverwaltung und das Absterben des Staates, was im besten Fall (!) nur ein sehr fernes Ziel sein kann. Im Augenblick würde die Selbstverwaltung und die große Verantwortung, die das mit sich bringt, den Arbeitern zu viel Zeit und zu viel intellektuelle Energie nehmen (!). Sie würde sie damit der Freizeit berauben, die sie brauchen. Wir werden uns opfern (!), um diese undankbaren Aufgaben (!?) an ihrer Stelle zu übernehmen ..." (42)

Lenin würde sich im Grabe umdrehen, wenn er hätte hören können, was da an arbeiterfeindlichen Theorien in seinem Namen verbraten wurde ...

Charakteristisch für alle angeführten Bewegungen und Aktivitäten ist ihre politische Zwiespältigkeit. Einerseits durchaus von Teilen der Basis getragen und mit dem Anspruch, den Sozialismus in der CSSR zu erhalten bzw. wiederherzustellen, sind sie andererseits fast ausschließlich auf das „Aktionsprogramm" des ZK fixiert und von den verschiedensten bürgerlichen Forderungen bestimmt. Diese entscheidende Schwäche zeigt sich unter anderem auch in der Orientierung auf eine Gruppe von „führenden Reformpolitikern" wie Dubcek, Smrkovsky u.a., so daß nach deren „Umfall" in Moskau am 27.8.68 bereits eine weitgehende Desorientierung und Handlungsunfähigkeit eintrat.

„Proletarischer Internationalismus" – nach Art der Revisionisten

Bereits auf dem 1968er Januarplenum der KPC hatte J. Lenart die „*Furcht führender Genossen der DDR*" vor personellen und politischen Veränderungen in der CSSR zum Ausdruck gebracht (43).

Im März desselben Jahres griff Kurt Hager (Chefideologie und Sekretär des ZK der SED) erstmals im „Neuen Deutschland" die „Reformer"-Bewegung in der CSSR öffentlich an – was von seiten der tschechischen Regierung mit einem diplomatischen Protest beantwortet wurde und in der tschechischen Öffentlichkeit Empörung auslöste (44).

Das schließlich im April '68 veröffentlichte „Aktionsprogramm" ruft „ernste Besorgnis" bei der sowjetischen Führung hervor. Breschnew selbst wendet sich auf einer Versammlung Moskauer Parteifunktionäre – am 23.4.68 – gegen die Grundsätze des „Aktionsprogramms" und der Chef der politischen Verwaltung der Sowjetarmee, General Jepischew, spricht von der „*Bereitschaft, zum Schutz des Sozialismus in der Tschechoslowakei einzugreifen, wann immer treue tschechoslowakische Kommunisten es verlangen*" (45). Die Kritik – namentlich seitens der KPdSU-Führung – am „Aktionsprogramm" wird zunächst nicht in die Öffentlichkeit getragen. Allerdings wenden sich die Massenmedien der verschiedensten RGW-Länder (mit Ausnahme Rumäniens) gegen die „*Schwäche*" der KPC-Führung, den „*Verlust der führenden Rolle der Partei*" und die „*Redefreiheit für antisozialistische und antisowjetische Elemente*" (46). In der folgenden Zeit ist die KPC-Führung dann teilweise mehr mit den „Einwänden" der „Bruderparteien" als mit der Entwicklung in der CSSR selbst beschäftigt.

Dazu kommt nunmehr auch ein zunehmender militärischer Druck. Vom 10. bis 20. Juni '68 soll ein Stabsmanöver in der CSSR abgehalten werden. Dazu rücken Warschauer Pakt-Truppen in einer Gesamtstärke von etwa 30.000 Mann ein – die ersten Truppenteile schon am 30. Mai, die letzten verlassen die CSSR am 3. August (47).

Der ausländische Druck führt zu einer sich ständig steigernden Nervosität in den tschechischen Völkern.

Auf Beschluß der KPdSU fand am 14./15. Juli '68 in Warschau eine Konferenz der fünf am Konflikt mit der CSSR beteiligten RGW-Länder über die Entwicklung in der CSSR statt: „*Was wir* (die Führer der KPC, Anm. d. Red.) *erst über das Pressebüro CTK am 13. Juli nachmittags erfuhren, als die Vertreter der fünf Parteien bereits nach Warschau unterwegs waren*" (48).

Die Teilnehmer der Konferenz sandten einen offenen Brief an das ZK der KPC, in dem sie ihre Kritik zusammenfaßten; nicht ohne vorher heuchlerisch festzustellen: „*Es war und ist nicht unsere Absicht, uns in solche Angelegenheiten einzumischen, die ausgesprochene innere Angelegenheiten ihrer Partei und ihres Staates sind. ... Wir mischen uns nicht in die Methoden der Planung und Leitung der sozialistischen Volkswirtschaft der Tschechoslowakei, nicht in ihre Handlungen ein, die darauf abzielen, die Struktur der tschechoslowakischen Volkswirtschaft zu vervollkommnen (!)*

die darauf abzielen, die Struktur der tschechoslowakischen Volkswirtschaft zu vervollkommnen (!)

und die sozialistische Demokratie zu entwickeln(!)". Trotzdem sei „*eine für ein sozialistisches Land absolut unannehmbare Situation entstanden*". Begründet wird das u.a. mit folgenden Punkten:

– „*Feindliche Kräfte (wollen) ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören.*"
– Die KPC halte die Hebel der Macht nicht mehr fest in ihren Händen. Die führende Rolle der Partei sei unterminiert. „*Die in der letzten Zeit außerhalb der Nationalen Front entstandenen Organisationen und Klubs sind im Grunde genommen zu Stäben der Kräfte der Reaktion geworden.*"
– Wegen des (um fast zwei Monate verlängerten!) Manövers der Warschauer Pakt-Staaten in der CSSR werde in den Publikationsorganen „verleumderisch" über eine Verletzung der Souveränität der CSSR geklagt.
– „*Die Versuche eines Flirts seitens der herrschenden Kreise der Bundesrepublik und selbst notorischer Revanchisten finden in den führenden Kreisen ihres Landes Widerhall*" (49).

In seiner Antwort hebt das ZK der KPC einige „Hauptziele und Etappen der politischen Arbeit" hervor, die die Führer der fünf RGW-Staaten in ihren Interventionsabsichten nur bestärken konnten:

– „*konsequent die Partei als Ganzes von den Deformationen der Vergangenheit zu scheiden*";
– „*den außerordentlichen Parteitag vorzubereiten*", der „*die neuen Statuten der Partei billigen und das neue ZK derart wählen wird, daß dieses volle Autorität und Vertrauen in der Partei und in der ganzen Gesellschaft genießt*";
– nach dem Parteitag sollte ein „*Gesetz über das Vereins- und Versammlungsrecht, das die Entstehung und Tätigkeit verschiedener freiwilliger Organisationen, Vereine, Klubs u.ä. rechtlich regeln wird*", beraten werden (50).

Abschließend enthält der Brief der KPC das Angebot, die Meinungsverschiedenheiten mit der KPdSU in zweiseitigen Gesprächen beizulegen. Vom 29.7. bis 1.8. fanden diese Gespräche in der Grenzstadt Cierna statt. Die tschechoslowakische Seite machte Zugeständnisse vor allem in personeller Hinsicht (51), das Verhandlungsergebnis wurde aber nicht schriftlich fixiert. Breschnew schloß die Verhandlungen mit den Worten: **„Genossen, wir unterschreiben keinen Vertrag, wir bauen auf euer kommunistisches Wort und erwarten, daß ihr handeln und vorgehen werdet, wie es Kommunisten geziemt. Solltet ihr uns noch einmal enttäuschen, dann werden wir dies als Verbrechen und Verrat ansehen und dementsprechend handeln"** (52). (wird fortgesetzt).

RGW-Kommission

Anmerkungen: Teil I

1) „FR" 14.01.77
2) Radio Prag 07.02.77 (Monitor-Dienst v.09.02.77)
3) Radio Hvezda 20.01.77 (Monitor-Dienst v. 26.1.77)
4) - diese Fußnote gehört auf Seite 4, drittletzte Zeile, hinter „ ...erwähnt." (6)
5) „FR", 27.1.77
6) „FR" 31.01.77 und „Spiegel" 4/77
7) J.Pelikan: Sozialistische Opposition in der CSSR, a.a.O.,
8) TASS-Meldung v.21.8.68. Nach: Der Fall CSSR. Strafaktion gegen einen Bruderstaat. Frankfurt/Main 1968, S.13.
9) Über die Prozesse wurde im Auftrag der KPC ein Bericht erarbeitet, der sich u.a. auf die Auswertung des Parteiarchivs stützt. Der Bericht wurde im Westen von Jiri Pelikan unter dem Titel „Das unterdrückte Dossier" herausgegeben. (Wien 1970).
10) F.Röll, G. Rosenberger, CSSR 1962-1968. München 1968, S.1 ff.
11) R. Crusius, H. Kuehl, J.Skala, M.Wilke CSSR - 5Jahre „Normalisierung". Hamburg 1973, S.177.
12) Z. Hejzlar, Reformkommunismus. Zur Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Köln 1976, S.84. Hejzlar war nach 1945 Mitglied des ZK der KPC, wurde 1952 aus der Partei ausgeschlossen, im Mai 1968 rehabilitiert, Parlamentsmitglied, Intendant des tschechoslowakischen Rundfunks und Mitglied des ZK der KPC. Nach der Okkupation Emigration nach Schweden. Trotz Hejzlars heutiger politischer Position („Eurokommunismus") äußerst wichtig wegen des verarbeiteten Materials, das sich ausschließlich auf tschechoslowakische Quellen stützt.
13) ebd., S.88
14) ebd.
15) ebd., S. 116f. J. Pelikan (Hrsg.), Sozialistische Opposition in der CSSR, Frankfurt 1974, S. 17.
16) Ota Sik, Ökonomie - Interessen - Politik. Berlin (DDR), 1966, S.5.
17) Aktionsprogramm der KPC, Beilage zur „Volkszeitung" (VZ), 19.4.68. Die

tik. Berlin (DDR), 1966, S.5.
17) Aktionsprogramm der KPC, Beilage zur „Volkszeitung" (VZ), 19.4.68. Die

„VZ" ist die Zeitung für die deutschsprachige Minderheit in der CSSR, sie wird wöchentlich vom Zentralrat der Gewerkschaften herausgegeben.
18) Aktionsprogramm, a.a.O., S.2
19) ebd., S.2
20) ebd., S.3
21) ebd., S.6
22) ebd., S.6
23) ebd., S.7
24) ebd., S.7
25) ebd., S.8
26) ebd., S.8
27) ebd., S.1
28) ebd., S.3
29) ebd., S.3
30) Jiri Pelikan, Panzer überrollen den Parteitag. Protokolle und Dokumente des 14.Parteitages der KPC am 22.August 1968. Wien/Frankfurt/Zürich 1969, S.187.
31) ebd., S.193
32) ebd., S.195
33) ebd., S.206
34) ebd., S.210
35) ebd., S.246
36) Crusius ... , 5 Jahre ..., S.44
37) Röll/Rosenberger, CSSR 1962-1968, S.275
38) ebd., S. 276
39) 5 Jahre ..., S.62 f.
40) ebd., S.37; Pelikan, Panzer ..., S.11
41) 5 Jahre ..., S. 262-265
42) 5 Jahre ..., S.41
43) Hejzlar, S. 224
44) „VZ", 29.3.68; Ausdruck des Protestes war z.B. der Brief der tschechoslowakischen Buchenwaldhäftlinge an ihre Lagerkameraden in der DDR. „VZ", 5.4.68.
45) „Le Monde", zit. bei Hejzlar, S. 229
46) ebd.
47) Hejzlar, S.233
48) Stellungnahme des Präsidiums des ZK der KPC zum gemeinsamen Brief von fünf kommunistischen und Arbeiterparteien. „VZ", 26.7.68, S.5
49) Alle Zitate nach: Gemeinsamer Brief von fünf kommunistischen und Arbeiterparteien an das ZK der KPC. „VZ", 26.7.68, S.4. Beide Briefe auch in: „Der Fall CSSR", a.a.O.
50) Alle Zitate nach: Stellungnahme des Präsidiums des ZK der KPC zum ..., a.a.O.
51) Hejzlar, S. 241
52) ebd. (Hejzlar übernimmt dieses Zitat aus einer Schrift des „Normalisierungspolitikers" Vasil Bilak).

„ML-Internationale": Ein totgeborenes Kind!

Seit dem Eintreten zunehmender Ernüchterung über die chinesische Aussenpolitik und verstärkt seit dem Tod des Genossen Mao Tse-Tung und dem folgenden Rechtsputsch vom 6./7. Oktober 1976 sind intensive Bemühungen im Gange, mit der Partei der Arbeit Albaniens (PdAA) als Zentrum eine Art von „ML-Internationale" zu schaffen. Gemeinsame Grundlage ist die Ablehnung wesentlicher Aspekte der chinesischen Aussenpolitik („Sozialimperialismus Hauptfeind", „Theorie der drei Welten", Bündnis mit Teilen der eigenen Bourgeoisie, Vaterlandsverteidigung) sowie ein distanziertes Verhältnis zur neuen chinesischen Führung.

Während sich die Konturen dieser Blockbildung immer deutlicher abzeichnen, ist bisher der Zusammenhalt zwischen den extrem vaterländisch-„sozial"chauvinistischen Parteien vom Typus der „KPD" erheblich lockerer. Diese Gruppe ist auch etwas kleiner als der „albanische Block".

Daneben gibt es immer noch eine starke Gruppe von „ML"-Organisationen, die keinem dieser beiden Blöcke zuzurechnen sind, obwohl sie sich teilweise intensiv um die „offizielle Anerkennung" durch die KP Chinas bzw. die PdAA (oder gar durch beide) bemühen. Zu dieser Gruppe gehört hierzulande der KBW.

Enver Hodscha's „Internationale"

Ein wichtiger Etappenpunkt für die neue „ML"-Internationale war der 7. Parteitag der PdAA, Anfang November 1976. Erstmals mit dieser Klarheit und Eindeutigkeit erinnerte Enver Hodscha in seiner Rede an die Verdienste der alten Komintern, betonte die Notwendigkeit einer immer engeren Zusammenarbeit der „marxistisch-leninistischen Parteien" und deutete an: **„Es kann auch eine Situation eintreten, in der man sogar zu einer großen Beratung der Vertreter**

engeren Zusammenarbeit der „marxistisch-leninistischen Parteien" und deutete an: **„Es kann auch eine Situation eintreten, in der man sogar zu einer großen Beratung der Vertreter**

aller marxistisch-leninistischen kommunistischen und Arbeiterparteien gelangt" (zit. nach „Roter Morgen", 13.11.76).

Über die Aussichten eines solchen Unternehmens gaben wir bereits im AK 95 eine erste skeptische Einschätzung – der Einfachheit halber sei darauf verwiesen (S. 43 – „Albanien und ein Sack voll Flöhe"). Bereits damals war zu registrieren, daß die „KPD" ebenso wie die portugiesische „PCP/ML" gar nicht erst zum Parteitag eingeladen worden waren.

Nach dem 7. Parteitag der PdAA hat sich ein fester Block von europäischen „ML"-Parteien herausgebildet, die sich immer klarer von der chinesischen Außenpolitik abgrenzen und die sehr bestrebt sind, als Vorform einer neuen „Internationale" möglichst häufig öffentlich in Erscheinung zu treten. Verschiedene „Internationale Großkundgebungen" mit Reden der beteiligten Parteiführer sollen dem Unternehmen nach außen mehr Glanz und Gewicht geben: In Rom (am 30. Januar und am 17. April), in Athen (am 14. März), in Lissabon (am 17. April) und in Ludwigshafen (am 5. Februar). Am 17. April in Rom und Lissabon waren auch Vertreter der PdA Albaniens dabei.

Das ständige Ensemble dieser internationalen Wanderbühne besteht vor allem aus den „Parteivorsitzenden" der folgenden Organisationen:

- Die **„KPD/ML"**, 1969 gegründet.
- Die portugiesische **PCP (r)**, 1975 gegründet.
- Die italienische **PCd'I (ml)**, 1966 gegründet.
- Die spanische **PCE (ml)**.
- Die griechische **KKE (ML)**, im November '76 aus der OMLE entstanden.
- Ferner einige lateinamerikanische „ML-Parteien", nämlich die **„KP Argentiniens" (ML)**, die **„Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles"**, und die **„KP Brasiliens"**, die bei keiner der bisherigen „Internationalen Großkundgebungen" gefehlt haben.
- Erstmals am 17. April in Lissabon ist auch die schon 1967 gegründete **MLPÖ** (Österreich) in diesem erlauchten Kreis aufgetreten. Die MLPÖ hatte lange Zeit besonders enge Beziehungen zur PdAA, war aber offenbar zeitweise etwas in den Hintergrund geraten. Sie übt die schärfste und offenste Kritik an der chinesischen Außenpolitik.

Zusätzlich gehören zu diesem Kreis auch eine Reihe von Organisationen, die zu den großen festlichen Anlässen regelmäßig mit Grußadressen in Erscheinung treten. Das sind die **„Marxistisch-Leninistische Partei der Niederlande"**, der **„Kommunistische Einheitsbund Islands (ML)" (EIK-ML)** und die **„Japanische Kommunistische Partei (Linke)** sowie die iranische **Organisation „Tufahn"**.

Bereits auf dem 7. Parteitag der PdAA hatten acht anwesende lateinamerikanische „ML"-Organisationen eine gemeinsame Erklärung unter-

Bereits auf dem 7. Parteitag der PdAA hatten acht anwesende lateinamerikanische „ML"-Organisationen eine gemeinsame Erklärung unterschrieben, in der der US-Imperialismus eindeutig als Hauptfeind der Völker Lateinamerikas bezeichnet wird – also im Widerspruch zu den chinesischen Thesen. Die unterzeichnenden Organisationen waren: **„KP Argentiniens (ML), „KP Paraguays" „Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles", „KP Boliviens (ML)", „KP Kolumbiens (ML)", „Revolutionäre Kommunistische Partei Uruguays" und „KP Brasiliens"**.

Nicht unterschrieben wurde diese Erklärung von der gleichfalls auf dem Parteitag vertretenen **„KP Perus"**, die sich dafür im Gegensatz zu den anderen mit einer Ergebenheitsadresse gegen die „Viererbande" an Hua Guo-feng hervorgetan hat.

Zuzurechnen sind dem hier aufgeführten „albanischen Block" außerdem noch solche geisterhaften Gebilde wie die **„Revolutionäre Marxistische Partei von Kongo-Kinshasa"** die **„OCA"** (Angola) oder die **„KP Polens"**.

Der „albanische Block" beinhaltet demnach eine Mehrheit der „offiziellen" europäischen „ML"-Parteien, fast alle lateinamerikanischen „ML"-Parteien, aber keine der asiatischen Parteien. In Afrika insgesamt hat der „ML"ismus gleich welcher Couleur, bis heute nicht Fuß fassen können.

Der „chinesische Block"

Während sich der „albanische Block" mit „Gemeinsamen Erklärungen", „Internationalen Großkundgebungen" und ständiger gegenseitiger Lobpreisung in der Presse sehr aktiv zeigt, bestehen entsprechende "Beziehungen zwischen den möglichen Organisationen eines „chinesischen Blocks" (d.h. der extremen Vaterlandsverteidiger) bisher kaum. Abgesehen von vereinzelten engen zweiseitigen Beziehungen (beispielsweise zwischen der „KPD" und „PCP/ML") kann von einer Blockbildung im eigentlichen Sinn noch nicht die Rede sein, der Zusammenhang besteht bisher nur in der weitgehenden Übereinstimmung der politischen Positionen (vor allem: „Hauptfeind Sozialimperialismus"). Hierzu gehören derzeit insbesondere:

- Die **„KPD"**.
- **Die „PCP/ML"** (Portugal), die dort offen das Bündnis mit Reaktion, EG und NATO gegen den revolutionären Prozess propagiert.
- Die französische **PCMLF**, eigentlicher Pionier des „Sozial"chauvinismus in Europa, bereits 1967 gegründet.
- Die belgische **PCMLB** muß wahrscheinlich gleichfalls diesem Lager zugerechnet werden, obwohl ihre alten Beziehungen u.a. zur „KPD/ML" anscheinend noch nicht total abgeschnitten sind.
- Die schwedische **SKP**.
- Die norwegische **AKP/ML**, deren Schwenk zur totalen Vaterlandsverteidigung freilich erst in letzter Zeit erfolgt ist und um die sich auch die „KPD/ML" noch bemüht.

Schwenk zur totalen Vaterlandsverteidigung freilich erst in letzter Zeit erfolgt ist und um die sich auch die „KPD/ML" noch bemüht.

- Die **„KP Australiens"**, die sich für die Stärkung des militärischen Bündnisses zwischen Australien und den USA einsetzt.
- Die **„October League"** der USA.
- Eine Sonderstellung nimmt der Block asiatischer Parteien ein, deren Führung zwar bedingungslos jeden Schwenk der KP Chinas mitmachen, aber die von ihrer Bedeutung her doch nicht ohne weiteres dem „ML"-Laden zugeschlagen werden können. Dazu gehören: **KP Malayas, KP der Philippinen, KP Ceylons, KP Birmas, KP Thailands, KP Nordkalimantans (Nordborneos) und KP Indonesiens.**
- Nicht absolut klar ist die Stellung der **„KP Neuseelands"**, die traditionell mit der Linie der „KP Australiens" übereinstimmt, aber seltsamerweise auch mit Grußadressen an die „Internationalen Großkundgebungen" von Ludwigshafen (5.2.) und Lissabon (17.4.) in Erscheinung trat.

Zweifelhaft ist bisher insbesondere noch die Stellung der **„KP Großbritanniens"** und des **„KB Dänemarks (ML)"**, der sich im November 1976 in **„Kommunistische Arbeiterpartei Dänemarks (ML)"** umbenannte.

In Lateinamerika scheinem diesem Lager bisher nur die bereits erwähnte **„KP Perus"** sowie eine **„KP von Honduras (ML)"** – die im Januar eine Delegation nach Peking schicken konnte – anzugehören.

Möglich ist außerdem, daß in einigen Ländern, wo die früher von der KP Chinas „offiziell anerkannten" Organisationen heute zum albanischen Block gehören, zukünftig andere Organisationen in den Genuß der „offiziellen Anerkennung" kommen könnten. Das könnte beispielsweise in Italien mit der **OCI (ml)** der Fall sein, deren Vorsitzender Pesce vom 28.1. bis 18.2. in der VR China zu Gast war. Die Partie ist allerdings noch offen, weil auch andere Organisationen (so die **„Partito della Rivoluzione Socialista"/PRS** oder die **„Marxistisch-Leninistische Organisation der Italienischen Bolschewistischen Kommunisten"**) sich als besonders rabiate Vaterlandsverteidiger und Hua-Freunde zu profilieren versuchen. In den Niederlanden bietet sich besonders die **KEN/ML** für eine Aufnahme in den „chinesischen Block" an, in Griechenland eine Gruppe um die Zeitung **„Laikos Dromos"**, in Japan eine **„Japanische Arbeiterpartei"**, in Kolumbien eine **„ML-Liga Kolumbiens"**, in Großbritannien notfalls die **„Communist Federation of Britain(ML)"**, etc...

Umgekehrt könnte der „albanische Block" geneigt sein, sich neue Verbündete in Ländern zu suchen, wo die alten „offiziellen" Organisationen ins Lager der extremen Vaterlandsverteidigung übergegangen sind – also vor allem in Frankreich, Schweden, Norwegen und Belgien.

Beschleunigte Zersetzung der „ML"-scene

Der Kampf „um die richtige Li-

Beschleunigte Zersetzung der „ML"-scene

Der Kampf „um die richtige Linie" zwischen beiden Blöcken wird inzwischen schon recht offen geführt. So erklärte die „KPD/ML" bereits im „Roten Morgen" vom 6.11.76, daß es sich bei der extremen vaterländischen Linie um eine „internationale Strömung" handelt, **„deren Kern vollkommen identisch ist mit der Linie des Konterrevolutionärs Deng Hsiao-ping, einer Linie der vollständigen Kapitulation gegenüber der Bourgeoisie und dem Imperialismus". Es gelte, den Kampf bis zur vollständigen Niederlage dieser Kapitulationslinie zu führen. Es ist eine Tatsache, daß diese Strömung noch über Einfluß auch im internationalen Maßstab verfügt".**

Inzwischen hat die „KPD/ML" bekräftigt: *„Wir finden diese Strömung inzwischen in so gut wie allen westeuropäischen Ländern – ja selbst in den USA gibt es solche Kräfte ... "* (Beilage zum „RM", Nr.11/1977). Direkt angegriffen wird aber immer nur die „PCP/ML" (deren Vorsitzender Vilar dabei als angeblicher Agent des CIA bezeichnet wird!) sowie natürlich die „KPD", der die Absicht vorgeworfen wird, *„international eine gegen die marxistisch-leninistische Weltbewegung gerichtete konterrevolutionäre Spalterbewegung zu organisieren"* („RM", 15.4.77).

Umgekehrt wirft die „KPD" der „KPD/ML" nun auch **„internationales Spaltertum"** vor. *„Der Angriff auf die von ihnen konstruierte ‚internationale opportunistische Strömung' richtet sich nicht nur gegen unsere Partei, sondern auch gegen die KP Chinas und viele andere marxistisch-leninistische Parteien und Organisationen"* („Rote Fahne", 20.4.77).

Umgangen wird dabei von beiden Seiten immer noch die tatsächliche Unversöhnlichkeit des Konflikts, d.h., daß sich hier nicht bloß „KPD/ML" und „KPD" gegenüberstehen, sondern zum einem zwei Blöcke sogenannter „marxistisch-leninistischer Parteien" (wobei auf beiden Seiten alte „offizielle Parteien" zu finden sind!), und darüber hinaus die kontroversen Ansichten der PdAA und der KP Chinas zur internationalen Lage und zur sich daraus ergebenen Strategie und Taktik. Bisher hat weder die „KPD" noch eine anderePartei des „chinesischen Blocks" (abgesehen von gewissen Andeutungen der „PCP/ML") direkt die Politik der PdAA angegriffen. Umgekehrt hat keine Partei des albanischen Blocks direkt die chinesische Außenpolitik angegriffen. Immerhin haben aber nur sehr wenige Organisationen dieses Blocks Ergebenheitsadressen zur „Zerschlagung der Viererbande" nach Peking geschickt.

Es steht außerhalb jeden Zweifels, daß sich zukünftig die Widersprüche in der internationalen „ML"-scene noch ganz erheblich verschärfen werden.

Daß es gelingen könnte, wie von
fels, daß sich zukünftig die Widersprüche in der internationalen „ML"-scene noch ganz erheblich verschärfen werden.

Daß es gelingen könnte, wie von Enver Hodscha anvisiert, auch nur die wesentlichsten „marxistisch-leninistischen Parteien" zusammenzufassen, ist aussichtsloser denn je.

Der „ML"ismus, als internationale Strömung im Zusammenhang mit der „Polemik um die Generallinie" Anfang bis Mitte der 60er Jahre entstanden, ist 10 – 15 Jahre später in den meisten Ländern über ein sektiererisches und operettenhaftes Dasein außerhalb der Klassenkämpfe nie hinausgekommen (relative Ausnahmen sind vor allem die PCP(r), die SKP und die norwegische AKP/ML sowie natürlich die asiatischen Parteien, die aber – wie schon gesagt – nicht der eigentlichen „ML"-scene zuzurechnen sind). Jetzt erleben wir die beschleunigte Zersetzung dieser eh schon zersplitterten und turbulenten scene. Das kann noch heiter werden.

Geister-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Aus der „ML"-scene

„Noch immer stehen viele Büroräume leer", meldet die „Süddeutsche Zeitung" (3.5.77) über die Situation auf dem Frankfurter Immobilienmarkt. Die Nachfrage nach Büroräumen sei in Frankfurt *„im ersten Quartal 1977 wieder schwächer geworden". „Entscheidende Impulse, die nur von Neuzuzügen erwartet werden, seien vielfach ausgeblieben. Neuvermietungen entlasteten kaum den vorhandenen Bestand ..."*. Offenbar hat auch ein vielbeachteter Neuzuzug auf dem Frankfurter Büroraummarkt (siehe AK 103, S.48) keine spürbare Erleichterung geschaffen.

***

„Jeden 1.Mai dasselbe Spektakel: Am Tag der Arbeit tauchen die Systemveränderer aller Spielarten auf, um die Arbeiter vor ihren Karren zu spannen. Von Jahr zu Jahr werden sie frecher und lautstarker und scheren sich immer weniger um die Meinung der Arbeiter und die Politik des DGB. Dieses Jahr rufen sie überall zum Kampf gegen die Zustimmung des DGB zur Kernenergie und zur Maschinenstürmerei auf. In Hamburg, wo Bundesminister Matthöfer redet, ist mit Tumulten von Seiten der Chaoten und zwielichtiger Bürgerinitiativen zu rechnen". So beginnt ein großformatiges Flugblatt, das von der rechtsradikalen Gruppe „Marxisten-Leninisten Deutschland" zum 1.Mai herausgegeben wurde. Überschrift: *„Der 1.Mai darf nicht zum Jahrmarkt der Systemveränderer werden!"* Die „Mai-Parolen" dieser Provokateure lauten z.B. *„Arbeitszeitverkürzung auch ohne vollen Lohnausgleich", „Mit dem DGB – JA zur Kernenergie", „Für einen starken demokratischen Staat", „Bei der Verteidigung kann nicht gespart werden"*.

Nach wie vor verfügen die „Marxisten-Leninisten Deutschland" über die Mittel, um zu verschiedensten Anlässen großformatige Flugblätter sowie regelmäßig eine richtige Zeitung (Großformat, 22 Seiten) herauszubringen und auch bundesweit verteilen zu lassen. Während es sich bei den „MLD" ursprünglich um ein schmales Dutzend ehemaliger „KPD/ML"er handelte, lassen inzwischen Stoßrichtung und Sprache ihrer Publikationen eindeutig darauf schließen, daß hier ultrarechte Sozialdemokraten und Strauß-Freunde (wie sie vor allem in der **„Sozialen-Demokratischen Union"/SDU** organisiert sind), die Sache fest im Griff haben. Diesen unverkennbaren rechts-sozialdemokratischen Ton, den hat beim besten Willen kein Ex-„ML"er drauf, sondern der ist mit Sicherheit „original".

***

Ein bekannt wachsamer Mahner vor der gefährlicheren und aggressiveren Supermacht ist der König Hassan von Marokko. In der Westsahara und in Zaire stehen seine Truppen schon auf Wacht gegen die rote Flut. Nun aber schweift Hassan's weitsichtiger Blick auch übers Mittelmeer: In einem Interview mit der gleichfalls als sehr wachsam bekannten US-Zeitung „Newsweek" warnte Hassan vor der *„Gefahr von Volksfronten in Italien und Frankreich". „Sie müssen kein geopolitisches Genie sein, um die Folgen für den Weltfrieden zu begreifen"*, fügte Hassan hinzu. Mit einer sensationellen Enthüllung unterstrich Hassan noch die Gefahr der sozialimperialistischen Subversion besonders für Italien: *„Er wisse, daß Moskau den lybischen Staatschef Muammer el Khadhafi dazu ermuntert habe, zehn Prozent Anteil am italienischen Automobilkonzern Fiat zu erwerben, um so das letzte große Privatunternehmen Italiens zu untergraben"* (alle Zitate nach „Welt" vom 11.5.77).

Bahnt sich da etwa eine neue Hilfsaktion Hassans an? Steht der Einsatz marokkanischer Truppen gegen Moskaus 5.Kolonne in Italien bevor? Hassan könnte sich jedenfalls auf vaterlandstreue Verbündete stützen: *„Zum ersten Mal haben Abgeordnete der Kommunistischen Partei Italiens ihre Versicherung der Treue zum Atlantischen Bündnis in einer Ausschuß-Abstimmung bekräftigt. In dem in Rom tagenden Verteidigungsausschuß der Westeuropäischen Union (WEU) stimmten die beiden KPI-Abgeordneten Peccholi und Boldrini für eine Verbesserung der NATO-Ausrüstung"* („Welt", 12.5.77). Wolf Biermann, so ist zu hören, hält diese Entscheidung möglicherweise für einen taktischen Fehler ...

***

Auf einem dreitägigen Kongreß in Florenz hat sich kürzlich die frühere „Marxistisch-Leninistische Organisation der Italienischen Bolschewistischen Kommunisten" umbenannt in **„Marxistisch-Leninistische Partei Italiens"** („Süddeutsche Zeitung", 13.4.77). Die Gruppe gehört zu denjenigen, die sich noch um die Gunst Hua Guo-fengs streiten. In ihrer Ergebenheitsadresse zum Rechts-Putsch des letzten Jahres behauptete sie u.a.: *„Genosse Hua Guo-feng hat wiederholt seine Treue zum Vorsitzenden Mao bewiesen"*. Hua sei *„ein würdiger Nachfolger der Sache des Vorsitzenden Mao"* usw. Die Verurteilung der „Viererbande" als *„vier Stücke politischen Abfalls", „Schurkenbanden"* und *„revisionistische Giftschlangen"* durfte natürlich nicht fehlen (siehe „Peking Rundschau" vom 14.12.76, S.26).

***

Es spricht sich rum: Die Kulturrevolution ist in China nicht mehr „in". Zeit also für alle verlogenen „Freunde Chinas" sich anzupassen. Die „KPD"-eigene „Vereinigung sozialistischer Kulturschaffender" hat inzwischen ihre Distanzierung von der Kulturrevolution geliefert. Bekannt gegeben wird eine *„Veränderung unserer Ansichten über den Verlauf der politischen Entwicklung im gesamten vergangenen Jahr und auch über den Verlauf der Revolution in Literatur und Kunst während und nach der Großen Proletarischen Kulturrevolution"*. Man habe sich *„bisher oftmals zu oberflächlich der chinesischen Literatur und Kunst gegenüber verhalten"*. Klartext: *„Nicht zuletzt aufgrund des starken Einflusses der Vier in den chinesischen Massenmedien glaubten auch in unserem Land viele Menschen, daß Djiang Tjing die Schöpferin der modernen Peking-Oper, der revolutionären Musterstücke sei. Beim Besuch des chinesischen Ballett-Ensembles in der Bundesrepublik und in Westberlin im vorigen Jahr glaubten auch wir, in den vorgeführten Stücken Beispiele für das Wirken Djiang Tjings zu sehen."*

Zukünftig, so heißt es nun, will man *„gründlicher"* ans Werk gehen und sich nicht *„alles chinesische kritiklos einverleiben"* („Kämpfende Kunst", März 1977). So schlimm wird's aber sicher nicht werden: Diese Leute werden zweifellos auch zukünftig alles schlucken, was aus China kommt. Und der „letzte Schrei" wird immer der einzig wahre sein.

Alternativ-Presse-Treffen in Frankfurt - politischer Rückzug?

Am 23./24.4. fand in Frankfurt das 3. Treffen der „Alternativ-Presse statt. Eingeladen hatten die Frankfurter Zeitungen „ID", „Hauptwache , „Pflasterstrand", „Provinz" und „AZ". Auf der Tagesordnung sollte vor allem die Diskussion um die zukünftige gemeinsame Arbeit an Schwerpunktthemen stehen. So war es auf dem 2. Treffen in Hannover beschlossen worden.

Im Zug dieser Abmachung waren bereits drei „gemeinsame Seiten" von verschiedenen Redaktionen erstellt und z. T. auch veröffentlicht worden: Die erste zum Kampf der Atom-Kraft-Gegner, die zweite zur Situation im Knast, die dritte zum Werkschutz. Für Frankfurt war die Diskussion um ein mögliches gemeinsames publizistisches Vorgehen gegen die neo-nazistischen Umtriebe in der BRD vereinbart worden. Der AK hatte dazu ein Arbeitspapier vorbereitet und vor der Tagung herumgeschickt.

Die von den Frankfurter Vorbereitungsgruppen verschickte Einladung enthielt davon jedoch nichts. Im Gegenteil: In einer Stellungnahme zu den „gemeinsamen Seiten" wurden die bisherigen Kooperationsversuche als „Dienstleistungsscheiß" abqualifiziert.

Auf der Tagung selbst wurden die Bemühungen um die überregionale gemeinsame Berichterstattung von „ID", „Info-BUG" (Westberlin) und „Pflasterstrand" weiter demontiert. Als lächerlicher Vorwand wurde vom „ID" angeführt, der Werkschutz-Artikel der AK-Redaktion sei den Gruppen „aufgedrückt" worden „von einer gut durchorganisierten Gruppe". „Pflasterstrand" unterstellte dem KB, er wolle mit seiner Beteiligung die Alternativ-Presse „einsacken , die gemeinsame Seite sei „total entfremddete Arbeit" und ginge über die „eigenen Bedürfnisse" der einzelnen Zeitungen hinweg. Diese „Argumentation" ist speziell von Seiten des „ID" eine unerfreuliche Unehrlichkeit. Hat doch der „ID" den Beschluß von Hannover zur Erstellung einer gemeinsamen Seite selbst mit initiiert und seinerseits, wie auch der AK, einen Werkschutz-Artikel und einen Anti-AKW-Artikel herumgeschickt! Der „ID" mußte denn auch diese krasse Unwahrheit auf dem Treffen selbst zurücknehmen.

Insgesamt aber ist es dem „ID" gelungen, das Zustandekommen einer überregionalen Seite zunächst zu blokkieren. Dabei stützte er sich auf d i e Kräfte als Verbündete, die eine Auseinandersetzung mit den für die gesamte Linke wichtigen Themen ablehnen und stattdessen den Rückzug auf Randthemen oder regionale Einzelfragen propagieren. So beantwortete der Vertreter von „Pflasterstrand z. B. die Aufforderung verschiedener Redaktionen zu gemeinsamer Solidarität gegen die Angriffe der Bourgeoisie mit dem geradezu zynischen Satz: „Das ist mir scheißegal - mich interessiert nur das Thema Bartsch, ich solidarisiere mich doch nicht mit Parteien!"

Der Rückzug vor den Angriffen der Bourgeoisie auf die „eigenen Bedürfnisse" der einzelnen Gruppen bestimmte den politischen Verlauf der ganzen Tagung.

So scheiterte eine zu den Vorbereitungsarbeiten für die Durchführung eines Russell-Tribunals vorgeschlagene Arbeitsgruppe schließlich an mangelnder Beteiligung. So wurde in der Arbeitsgruppe „gemeinsame Seite" nicht nur das vereinbarte Thema „Umtriebe der Neo-Nazis" beiseitegeschoben, sondern auch sämtliche anderen zentralen Fragen, die von einigen Alternativ-Zeitungen vorgebracht wurden. Selbst die Debatte um die die Alternativ-Zeitungen am direktesten betreffende Frage, die politische Aufgabe und Erweiterung des Solidaritätsfonds, wurde im Plenum politisch nicht diskutiert, sondern einer Arbeitsgruppe überlassen.

Die Angst, die eigene „Autonomie" zu verlieren, führte in der Frage des Fonds darüber hinaus dazu, daß das Plenum das Angebot der Rockgruppen „Oktober" und „Schmetterlinge", 25 % der Einnahmen ihrer bevorstehenden Konzerttournee in die Kasse des Fonds zu spenden, als „Erpressungsmanöver" des KB bezeichnete! Im sogenannten Protokoll des „ID" liest sich das dann so: *„KB will 25 % eines Konzertertrages in den Fond zahlen, dafür wahrscheinlich zwar nicht finanziell unterstützt werden, aber politisch, d. h. die Alternativpresse wird vielleicht vor den Karren des KB gespannt".* Diese idiotischen Unterstellungen sind der Höhepunkt der politischen Borniertheit, und im besonderen ein Ausdruck der demagogischen antikommunistischen Vorgehensweise des „ID" und einiger anderer Gruppen wie „Pflasterstrand" oder „Info-BUG". Das letzte Treffen war gegenüber den ersten beiden ein klarer Rückschritt. Nicht eine einzige Frage, die für das Überleben der Alternativ-Presse wesentlich ist, wurde diskutiert. Das nächste Treffen sollte nicht wieder so verlaufen!

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

„Solidarität" Marke KBW

ICH UNTERSCHREIBE HIER GERADE EINEN SCHECK VON 7 MILLIONEN MARK FÜR UNSER SCHÖNES NEUES HOCHHAUS, UND DU WILLST IN DIESER SITUATION VON UNS UNTERSTÜTZUNG HABEN! JA SIND WIR DENN EIN VERSICHERUNGSUNTERNEHMEN?!?

KBW

Wegen einer am 6.9.75 durchgeführten Megaphon-Ansprache vom „Komitee gegen den § 218" in Emden bekam ein ehemaliges Mitglied jetzt einen Bußgeldbescheid in Höhe von 211 DM. Das ist schon eine ganz beträchtliche Summe für die Wahrnehmung der freien Meinungsäußerung.

Da dieses Ex-Mitglied lediglich BaföG bezieht, hat es eine „Kleine Anfrage" zwecks finanzieller Unterstützung an die Dachorganisation dieses Komitees — den KBW — gerichtet. Die Antwort einer KBWlerin, Mitglied der Bezirksleitung Weser-Ems, ist allerdings mehr als frech. In einem Brief heißt es: *„Jeder Genosse bei uns ist für das, was er macht selbst verantwortlich. Wir brauchen keine kommunistische Organisation, aus der man wie bei einer Versicherung Kosten erstattet kriegt".*

Die Kommunistische Bausparkasse Westdeutschland (KBW) kann es sich anscheinend leisten, die Bourgeoisie mit einem prallen Geldsack zu erschlagen (siehe Frankfurter Millionen-Ding), die Mitglieder knüppelt sie allerdings mit dem Bettelstab.

KB/Gruppe Emden

Andere über uns

Es verblüfft mitunter, mit wie wenig sich manche Leute zufrieden geben, wenn es um eine „Abfertigung" des KB geht. So sieht uns z.B. die Westberliner Sponti-Zeitung „Info-BUG" (2.5.77): *„Beim KB weiß man eigentlich nicht so recht, wo man ansetzen soll. Als Sammlungsbewegung aus APO-Zusammenhängen heraus ist es den Hamburger Genossen scheinbar gelungen, in einigen Bereichen — etwa einzelnen gewerkschaftlichen Abteilungen, an der Uni oder im Rahmen der norddeutschen Organisationen der Anti-KKW-Bewegung — einen wahrnehmbaren Einfluß auszuüben. Erstaunen muß dieses ‚KB-Projekt' vor allen Dingen deshalb auslösen, weil außer einer allerdings sehr umfangreichen Informationsarbeit der ‚Arbeiterkampf' aber auch gar nichts zur Erhellung unserer Situation beizutragen vermag, also etwa in eine Richtung denkt, die uns ‚neue Horizonte' eröffnen könnte. — Einer innenpolitischen Entwicklung, die — wie beim KB — als Tendenz einer wachsenden Faschisierung von Staat und Gesellschaft interpretiert wird, kann natürlich widerspruchslos und beliebig jedes Stück zusätzlicher staatlicher Repression und anderes mehr zugeordnet werden. Eine positiv benennbare Handlungsalternative über die üblichen Kampagnen hinaus gibt diese Formel indessen nicht her. Das auch beim KB auftretende Unvermögen gegenüber der Bürgerinitiativen-Bewegung gibt im Übrigen den Blick darauf frei, daß auch den KB-Leuten der politische und begriffliche Zugang zu dem weiten Feld der heute agierenden außerinstitutionellen Initiativen und Gruppen fast völlig fehlt. Wo könnte man diese Erkenntnis besser festmachen als an der gegenwärtig vom KB geführten Kampagne gegen die verschiedensten Spontiblätter. Ohne hier von unseren eigenen Fehlern ‚abzulenken' — die wir auch nirgendwo bestreiten —, fühlt man sich doch irgendwie gereizt, den KB-Redakteuren den Tip zu geben, schon aus Platzgründen, ihre riesigen Breitseiten zur Aufdekkung von Widersprüchen zwischen den Spontigruppen, -zeitungen etc. einzuschränken. Uns ist nämlich absolut bekannt, daß wir zur Zeit äusserst widersprüchlich leben und handeln, und genau dies schlägt sich auch massiv in unseren Zeitungen nieder. Unsere zur Zeit tatsächlich wirklich starke Seite ist, daß wir uns in dieser Hinsicht auch nichts in die Tasche lügen. Was man indessen in dieser Hinsicht aus dem Arbeiterkampf erfährt, unterscheidet sich vom methodischen und begrifflichen Ansatz her jedenfalls nicht von der übrigen Sektenlandschaft (hier im weiteren Sinne, nicht nur auf die MLer bezogen)".*

Wenn diesem Verfasser schon herzlich wenig Genaues zum Thema eingefallen ist (*„Beim KB weiß man eigentlich nicht so recht, wo man ansetzen soll"*), so wird er noch deutlich unterboten von der KB-Kritik im „Revolutionären Weg", dem Organ einiger aus dem KAB„D" ausgeschlossener und ausgetretener Genossen (Ausgabe vom April 1977). Im Zusammenhang einer Polemik gegen die Anti-AKW-Bewegung sind den Verfassern zum KB nur die folgenden Sätze eingefallen: *„Der KB betrachtet sich selbst nicht als kommunistische Vorhut, sondern als revolutionäre Organisation. Das heißt, er beteiligt sich mit allen Kräften an der Bewegung, dient ihr durch einige Untersuchungen über die Kernkraftwerke und ihre Auswirkungen, sowie durch die Masse seiner Mitglieder. Den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, gegen Opportunismus usw. führt er nicht um prinzipielle Fragen, sondern um rein taktische; z.B. war die ‚KPD' am 19.2. laut Arbeiterkampf ‚ganz manierlich', weil sie in ihrem Auftreten mit dem KB übereingestimmt hat. Auf einer solchen Ebene kann kein Trennungsstrich mehr gezogen werden zwischen Revolutionären und Konterrevolutionären, und der KB versucht auch nicht, diesen zu ziehen".*

Die Verfasser d i e s e r „Abfertigung" haben ja nun offenbar ü b e r h a u p t k e i n e Ahnung, was politisch läuft. Aber reicht das als Ausgangsbasis, um eine eigene Zeitung herauszubringen?

IMPRESSUM

Herausgeber — Druck — Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadresse
Auflage: 25.000
Erscheinungsweise: 14-tägig
Verkaufspreis: DM 1,—
Verlagskonten: Dresdner Bank:
451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg:
240 595, J. Reents

Einem Teil dieser Auflage liegt ein Prospekt des Verlages Arbeiterkampf sowie eine Beilage des Kommunistischen Bundes bei.

Schulrat verbietet „Klecks"-Aufführungen

Es wird immer offensichtlicher: die Hamburger Behörden wollen das Kinder- und Jugendtheater „Klecks" kaputtmachen. Schon bei der Aufnahme seiner Arbeit Anfang dieses Jahres stand das „Klecks" vor riesigen Schwierigkeiten. So wurden z.B. von der Behörde nur lächerliche 50.000 DM Zuschuß bewilligt, eine Summe, die nicht einmal reichte, die Proben zu bezahlen. Trotz dieser Schwierigkeiten wurde das Stück „Das hält'ste ja im Kopf nicht aus" mit großem Erfolg aufgeführt. Auch am Norddeutschen Theatertreffen in Hamburg, das in diesem Jahr unter dem Motto Jugendtheater stand und zu dem Gruppen aus ganz Norddeutschland eingeladen waren, nahm das „Klecks" teil. Das heißt, es wurde stolz als „Hamburger Jugendtheater" präsentiert, aber von irgendeiner Unterstützung war nicht die Rede. *Der neueste Schlag nun ist, daß an 31 Hamburger Schulen von der Schulbehörde Besuchsverbot für das „Klecks"-Stück ausgesprochen wurde.* D.h., daß Lehrer mit ihren Schulklassen nicht mehr während der Unterrichtszeit die Vorstellungen besuchen dürfen. Das Ziel des „Klecks"-Theaters aber ist es, sich mit Schülern und Lehrern über die in dem Stück behandelten Probleme (Jugendarbeitslosigkeit, schlechte Berufsaussichten) auseinanderzusetzen. Diese Auseinandersetzung wird durch die jetzige behördliche Verfügung stark behindert. Für das „Klecks" entsteht damit die Situation, daß es sowohl seine Zielgruppe, für die es spielt, verliert, und daß es erhebliche finanzielle Einbußen erleidet. Damit ist die Existenz des Theaters in Frage gestellt! Die Schulbehörde hat sich bis jetzt noch nicht dazu herabgelassen, eine schriftliche Begründung dazu abzugeben. Mündlich äußerte sich Schulrat Bertram etwa folgendermaßen: *„Das Stück ist künstlerisch schlecht und in Inhalt und Tendenz nicht geeignet, den Jugendlichen den Weg in das Berufsleben zu erleichtern."* Dieser Schlag richtet sich nicht nur gegen die Künstler des fortschrittlichen Kinder- und Jugendtheaters, sondern auch gegen Kinder und Jugendliche, denen die Möglichkeit einer Alternative zu den Massenmedien genommen wird. Die Freunde vom „Klecks" haben nun erste Schritte unternommen, sich zu wehren, d.h. eine möglichst breite Öffentlichkeit ihres Falles zu erreichen. Vor mehreren tausend Menschen konnten die „Klecks"-Leute am 30.4. auf dem Hamburger Volksfest ihr Stück spielen und für ihre Sache sprechen. Am 1.Mai trugen sie ein Transparent mit ihrer Forderung und verteilten Flugblätter. Am 7.5. hatten sie einen Informationsstand auf der Russel-Veranstaltung aufgebaut.

Kultur-Kommission

Zensur und Selbstzensur am Theater

Die Erschießung von Buback diente auch an verschiedenen Theatern der BRD dazu, Zensur und Selbstzensur gegen fortschrittliche Stücke durchzuführen.

Am Württembergischen Staatstheater in Stuttgart sollte im Juni das Stück „Bambule" von Ulrike Meinhof gezeigt werden.

Nach dem „Buback-Ereignis" griff dann der Generalintendant ein, da er es *„wegen der Karlsruher Morde für nicht vertretbar halte, dieses Stück im Augenblick zu spielen oder zu proben"* („FR", 27.4.77).

Seine „Empfehlung": **Keine weitere Arbeit an dem Stück bis mindestens Ende 1977!**

Der Schauspieldirektor wollte das Stück entschärfen und meinte: *„die Problematik, die sich nicht aus dem Stück, sondern aus dem Zeitpunkt der Aufführung ergeben muß, könnte durch eine entsprechende Inszenierung aufgehoben werden"* („FR").

Ergebnis: Das Team, das „Bambule" bearbeiten sollte, gab auf, da *„eine künstlerische Arbeit unter diesen Umständen nicht mehr möglich ist."* („FR", 3.5.77)

Nach dieser faktischen Absetzung des Stückes erklärte die Schauspieldirektion, daß diese Zensurmaßnahme *„nicht nur eine Aufhebung der Kunstfreiheit des Schauspiels, sondern auch eine Bevormundung des Stuttgarter Publikums"* bedeutet! ("FR")

Der zweite Fall ereignete sich in Saarbrücken. Der Intendant des Saarländischen Staatstheaters verschob die für Juni vorgesehene Premiere des Stückes „Die Gerechten" von Albert Camus auf Januar nächsten Jahres, „angesichts der Verschärfung der Lage auf der Anarchisten-Szene" („SZ", 10.5.77). Das Stück, das die Auseinandersetzung von Anarchisten vor einem Attentat zum Inhalt hat, wurde übrigens in der Süddeutschen Zeitung unter der Überschrift „Terroristen-Schauspiel abgesetzt" vorgestellt!

Diese beiden Fälle zeigen, daß neben dem Medienbereich Rundfunk und Fernsehen auch an den Theatern das Klima der Unfreiheit und Einschüchterung mehr und mehr um sich greift.

Kultur-Kommission



Kindertheater in Dortmund soll sterben

Seit zwei Jahren arbeitet an den Dortmunder Städtischen Bühnen eine Gruppe von Schauspielern, die spezielles Kindertheater machen. Kinder durften mitspielen, sich an den Stücken beteiligen und in den Spielverlauf eingreifen.

Waren die Bedingungen schon bisher denkbar schlecht – es durften nur Stücke für Kinder zwischen 6 und 12 Jahren gespielt werden; innerhalb einer Spielzeit mußten vier verschiedene Stücke gespielt werden, die der Intendanz schon 3 – 4 Monate vorher vorgelegt werden mußten – so soll das Kindertheater in seiner bisherigen Konzeption anscheinend sterben:

Im Verlauf seiner Arbeit entwickelte die Schauspielgruppe neue Vorstellungen von Theater. Die Gruppe ging davon aus, daß das Theater in Dortmund in keiner Weise den Bedürfnissen der Bürger der Stadt entspricht und wollte in Zukunft ein Theater machen, das alle Altersgruppen anspricht, eine Art Familientheater. Dieser Vorschlag stieß bei Intendanz und der Verwaltung der Städtischen Bühnen auf heftigen Widerstand. Das Kindertheater wurde als radikale „Rote Zelle" diffamiert. Intendant Hager: *„Das Konzept Kindertheater sprengt den Rahmen der Dortmunder Kulturpolitik, weil es zu radikal ist."* Dem Kindertheaterteam blieb nur die Möglichkeit zu den alten Bedingungen weiterzuarbeiten oder zu kündigen. Da die Verwirklichung ihrer Konzeption für die Gruppe eine wichtige Frage war, wurden die Verträge gekündigt, mit der Bereitschaft, neu zu verhandeln. Die Kündigung wurde angenommen. Verhandlungen gab es jedoch nicht. Es wurde von der Intendanz sogar schon ein neues Ensemble mit zwei Regisseuren engagiert, bei dem eine kollektive Arbeit kaum möglich sein wird. Wie die Zukunft der Gruppe aussehen wird, ist noch ungewiß. Zur Zeit wird diskutiert, wie man in Dortmund weiterarbeiten kann. Derzeit wird ein Afrika-Planspiel entwickelt, das durch die Einbeziehung der Kinder in das Spiel, eine Identifikation mit der Situation, den Gedanken und Gefühlen der schwarzen Bevölkerung erreichen soll.

(nach „Klüngelkerl" – Dortmunder Volksblatt, Nr. 7)

Kultur-Kommission





Vorwärts und nicht vergessen die

SOLIDARITÄT

EXTRA

13.5.77 SOZIALISTISCHE STUDENTENZEITUNG DM 0.50

Italien:



Der sichtbare Aufstand

Auf Einladung des SSB Hamburg wird eine größere Zahl italienischer Genossinnen und Genossen verschiedener politischer Richtungen (Unorganisierte Linke, Spontis, Autonomisten, Lotta Continua) Ende Mai/ Anfang Juni in die BRD und nach Westberlin kommen, um auf Veranstaltungen über ihren Kampf zu berichten. Mit dieser Extra-Ausgabe der SOLIDARITÄT wollen wir einen Beitrag zur Solidarität mit der italienischen Studentenbewegung leisten, indem wir die Mauer des Schweigens bzw. der Verdrehung ihrer Kämpfe durch die westdeutsche Presse zu durchbrechen helfen. Die italienische Bewegung ist von ihrer erreichten Breite und dem politischen Niveau der Kämpfe zweifellos die am weitesten entwickelte in ganz Westeuropa. Gleichzeitig haben sich aber auch in anderen Ländern nach Jahren relativer Ruhe die Auseinandersetzungen an den Hochschulen explosionsartig zugespitzt. Seitdem geistert ein Phänomen durch Westeuropa mit Namen „neue Studentenbewegung".

Frankreich, Italien, BRD und Westberlin – überall wird die Erinnerung an 1968 beschworen, von der Rechten warnend, von der Linken teils skeptisch, teils begeistert. Zweifellos hat es in den vergangenen Jahren in keinem dieser westeuropäischen imperialistischen Staaten so heftige Auseinandersetzungen mit der rebellierenden Jugend mehr gegeben wie im letzten. Die Erinnerung an 1968 liegt nahe. Damals stand die westdeutsche und Westberliner Bewegung mit den Osterdemonstrationen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke und dem Sternmarsch nach Bonn gegen die NS-Gesetze auf dem Höhepunkt ihrer Kraft, in Italien erreichten die Unruhen ebenfalls ihren Siedepunkt. Der absolute Höhepunkt war jedoch der Pariser Mai '68, in dem ebenso nachhaltig wie unerwartet das Bild der inneren Stabilität des westdeutschen Kapitalismus tiefe Risse kriegte. Längst hatten sich die Kämpfe über den Rahmen der Hochschule hinausbegeben, kämpften Studenten, Arbeiter und andere Teile der Bevölkerung gemeinsam gegen die Abwälzung der Lasten der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte Westeuropas auf ihrem Rücken und die damit verbundene politische Unterdrückung. Seitdem haben zwar die Auseinandersetzungen an den Hochschulen nie aufgehört, aber sie haben nie mehr die Breite und auch nicht das politische Niveau der 68er Kämpfe erreicht.

Fast gleichzeitig und wie damals in ihrem Ausmaß für Freund und Feind unerwartet, ging es im letzten Jahr wieder los, zu einem Zeitpunkt, wo die westeuropäischen Imperialisten schon meinten, die Unruhe an den Hochschulen, wenn nicht beseitigt, so doch erheblich eingedämmt zu haben. In allen drei Ländern machten sie sich gerade daran, das Werk der „Befriedung" mit einer „Hochschulreform" zu krönen. Was Schmidt und Strauß das HRG, das sollte Giscard der „Plan Barre", den Andreottis und Fanfanis die „Malfatti-Reform" sein. Und just zu diesem Zeitpunkt ging es wieder los.

Im Sommer '76 sind alle Hochschulen Frankreichs gemeinsam im Streik, im Herbst kommt es an den westdeutschen Hochschulen zu den größten Streikaktionen seit '68. In Italien ruft der Malfatti-Plan im Oktober die ersten Auseinandersetzungen hervor, die sich nach der Einbringung ins Parlament im Februar noch verschärfen.

Dies alles in einer Situation, in der sich die westeuropäischen Imperialisten unter der Führung der BRD anschickten, den Aufbau einer europäischen Supermacht voranzubringen. Dies geschieht auf Kosten eines umfassenden Angriffs auf die Lebensgrundlagen und politischen Rechte der Werktätigen. Hierbei sind sie auf die „innere Sicherheit und Ordnung" angewiesen, gerade der BRD-Imperialismus hat in den vergangenen Jahren keinen Zweifel daran gelassen, welche politischen Zustände er sich in ganz Westeuropa vorstellt, und wie wenig die vergleichsweise weiter entwickelten Klassenkämpfe in Frankreich und Italien ihm in den Kram passen. Schmidt's „Modell Deutschland" ist längst zu einem Exportartikel geworden. Die Furcht vor dem erstarkenden BRD-Imperialismus nimmt bei den demokratischen Kräften des Auslands immer mehr zu, wie die wachsenden internationalen Proteste gegen die politische Unterdrückung in der BRD beweisen. Wenn in dieser Situation die italienische und französische Studentenbewegung gegen die politische Unterdrückung aufsteht, dann richtet sich dieser Kampf auch gegen das „Modell Deutschland". Die Studentenbewegung ist in allen westeuropäischen Ländern heute die fortgeschrittenste Bewegung, nicht im Sinne einer Avangardefunktion für die Klassenkämpfe, sondern als Vorbote heftigerer Klassenauseinandersetzungen insgesamt.

Die italienische Bewegung ist wiederum gegenwärtig, entsprechend dem Stand der Klassenkämpfe insgesamt, am weitesten entwickelt. Gerade in Italien haben wir, z.B. auf dem nationalen Kongreß der Studentenbewegung in Bologna vom 29.4. bis 1.5.77 mehrmals das Stichwort „germanisazione" gehört, häufig wurde die führende Rolle der westdeutschen Sozialdemokratie bei der politischen Unterdrückung in Westeuropa betont.

Wir haben italienische Genossen eingeladen, auf Veranstaltungen in der BRD und Westberlin über ihre Kampferfahrungen zu berichten. Es gibt u.E. viele Gemeinsamkeiten, die nicht zuletzt auf viele Gemeinsamkeiten bei unseren Gegnern zurückzuführen sind. Es gibt aber auch vieles, was wir von den italienischen Genossen lernen können, die unter einer unglaublich schärferen Repression gegenwärtig ihren Kampf führen müssen, was bis zum Einsatz von Schußwaffen gegen friedliche Demonstrationen geht.

Malfatti- Reform Lunte der Bewegung

Die Bekanntgabe der Malfatti-„Reform"pläne brachte den breiten Protest der Studenten und Jugendlichen gegen die Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen explosionsartig hervor.

Es begann Ende Januar mit Diskussionsveranstaltungen, Bildung von Agitations- und Aufklärungstrupps gegen den Malfatti- Plan in Süditalien, denen innerhalb weniger Tage ähnliche Aktionen in anderen Städten folgten, und weitete sich sehr schnell auf Besetzungs- und Streikaktionen an verschiedenen Universitäten, Fachbereichen und Schulen aus.

Diese ersten Proteste richteten sich vor allem gegen die massiven Angriffe auf die materielle Lage der arbeitenden und lernenden Jugend, gegen die Jugendarbeitslosigkeit, die massenhafte Arbeitslosigkeit der Hochschulabsolventen sowie die geplante Verschärfung der Auslese und der materiellen Belastung der Studenten durch den Malfatti- Plan.

Wesentliche Mitinitiatoren dieser Bewegung waren die Kampfkomitees der arbeitslosen Jugendlichen und Studenten, und auch Komitees zur Senkung der Mensa- Preise, der Studiengebüren und für die Verbesserung der Wohnsituation, gegen das materielle Elend. (Kampagnen zur selbständigen Senkung der Preise z.B. der Kinos – „autoriduzione" – waren vorausgegangen). Die Forderungen innerhalb dieser ersten Aktionen bezogen sich vor allem auf die Beendigung der Arbeitslosigkeit und auf direkt die Universitäten betreffende Forderungen, wie Demokratisierung der Strukturen der Universitäten, Diskussionen über Formen und Inhalte der Lehre, Entwicklung von Wissenschaft im Interesse der Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung, Erhaltung des Massencharakters der Universitäten, gegen Auslese und Leistungsdruck. Teile der Arbeiter, Angestellten und Lehrbeauftragten beteiligten sich von Anfang an an der Bewegung.

Faschisten–Überfall in Rom

Aber schon am 1. Februar, als Faschisten auf Studenten in Rom das Feuer eröffneten, erhielten die folgenden Aktionen eine Stoßrichtung gegen den staatlichen und faschistischen Terror. An diesem Tag waren

Fortsetzung auf Seite 2

Chronik des Terrors

Ohne den geringsten Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, haben wir einen Kalender des staatlichen und faschistischen Terrors erstellt, der sich in den vergangenen Wochen in Italien vor allem gegen die Jugendbewegung richtete, aber auch Ausdruck der gesamtgesellschaftlichen Polizeistaatsentwicklung ist. Die Angaben stammen zumeist aus „Lotta Continua".

1.2.: Rund 100 bewaffnete Faschisten marschieren vor der Uni in Rom auf und schießen kaltblütig um sich. Der Student **Guido Bellachioma** wird lebensgefährlich im Genick verletzt; ein weiterer Student wird am Fuß getroffen. Die Polizei sieht ihre Aufgabe darin, die anschließende spontane Protestdemonstration gegen diesen Überfall aufzulösen.

2.2.: Die Demonstration von Tausenden Studenten gegen den Nazi-Überfall vom Vortag wird von bewaffne-
den Studenten gegen den Nazi-Überfall vom Vortag wird von bewaffne-
ten Zivilbullen der „squadre speciali" (SS) mit Maschinenpistolen (!) angegriffen. Auf der piazza Indipendenza werden dem Genossen **Paolo Tomasini** beide Beine zerschossen; verletzt wird außerdem der Genosse **Leonardo Fortuna** sowie „irrtümlicherweise" ein Zivilbulle selbst. Die SS ist diejenige Spezialeinheit, auf deren Konto auch die Ermordung des PCI-Genossen **Rudolfo Boschi** (am 19.4.75 in Florenz) und des LC-Genossen **Pietro Bruno** (am 22.11.75 in Rom) geht. Am Abend desselben Tages eilt die Polizei noch mit Tränengas und erneutem Schußwaffengebrauch einer von Antifaschisten bedrängten MSI-Kundgebung im römischen Arbeiterviertel Torrevecchia zu Hilfe.

5.2.: In dem mit 800 Fahrgästen besetzten Zug auf der Strecke Neapel-Brenner wird eine Bombe entdeckt und nur drei Minuten vor ihrem Zündzeitpunkt entschärft. Das ein erneutes Blutbad nach dem Ausmaß des vergleichbaren Attentats auf den „Italicus" (4.4.74) überhaupt verhindert wird, ist allein dem „eigenmächtigen" Verantwortungsbewußtsein eines Bahnhofsvorstehers zu verdanken; die Polizei, bei der eine Meldung über das geplante Attentat eingegangen war, hatte nichts unternommen. Nicht nur dieser Umstand deutet daraufhin, daß hier zentrale Schaltstellen des Staatsapparats selbst als Urheber anzusehen sind.

Am gleichen Tag schießt die Polizei in Rom auf ein mit Genossen besetztes Auto, wobei glücklicherweise aber niemand verletzt wird.

6.2.: In Bari gibt die Polizei „Warnschüsse" auf Schüler ab, die sich an einem bekannten Treffpunkt der Linken versammelt haben.

7.2.: Vor einer Schule in Mailand tauchen 15 bis 20 Faschisten auf und verteilen unter dem Schutz ihrer Pistolen, Ketten und Stangen Hetzflugblätter.

12.2.: Im Murate-Gefängnis in Florenz werden Genossen von ebenfalls dort einsitzenden Faschisten und Mafiosi mit Messern, Stangen und Pistolen überfallen. Mehrere Genossen müssen mit Stichverletzungen in der Herzgegend ins Gefängnishospital eingeliefert werden, was die berechneten Mordabsichten der Nazis unterstreicht – wie auch das „Wohlwollen" des Aufsichtspersonals, ohne das

Fortsetzung auf Seite 2

Chronik des Terrors

Fortsetzung von Seite 1

die Faschisten wohl kaum einen solchen Überfall hätten begehen können.

13.2.: Mit gezückten Pistolen schützen Bullen einen Faschisten-Aufmarsch in Florenz und jagen die zum Protest versammelten Antifaschisten durch die Straßen. Sieben Genossen werden verhaftet und ausgerechnet in den Trakt des Murate-Gefängnisses eingekerkert, in dem die Mordbanden der Nazis ihren freizügigen Aufenthalt genießen.

15.2.: Rund 200 Frauen, die im römischen Krankenhaus San Giacomo die Ärzte wegen einer verweigerten Abtreibung zur Rede stellen wollen, werden von Bullen auseinandergetrieben, teilweise kurzerhand die Treppe runtergeschmissen oder auf andere Weise mißhandelt.

16.2.: Vor der Schiffswerft Codecasa in Viareggio explodiert eine von Faschisten gelegte Bombe. Viareggio ist in den vergangenen Tagen Schauplatz einer ganzen Reihe von Nazi-Provokationen gewesen, darunter Morddrohungen vornehmlich gegen jüngere Genossen und einen Brandanschlag auf die nautische Schule, deren Schüler besonders stärk in der Jugendbewegung und im antifaschistischen Kampf hervorgetreten sind.

17.2.: Nach 15 Tagen Besetzung wird die Uni in Rom von der Polizei unter gewaltigem Tränengaseinsatz „zurückerobert". Den Startschuß zu dieser Polizeiaktion liefern ein paar Stunden zuvor die Revisionisten, die mit einer Hetzkundgebung des Gewerkschaftsführers Lama und dem Einsatz von Schlägern eine Provokation gegen die als „Vandalen" und „Verbrecher" verleumdeten Studenten anzetteln.

19.2.: Nach einem Gefecht mit Angehörigen einer „Stadtguerilla"-Gruppe in Mailand, bei dem ein Polizist getötet wurde, inszeniert die Polizei eine willkürliche Durchsuchungsaktion in etlichen Wohnungen von Genossen.

23.2.: In Neapel überfallen Faschisten das Büro der Gruppe „Quattro giornate" und zwingen die anwesenden Genossen mit vorgehaltenen Pistolen, sich wie zu einer vorgetäuschten Exekution an die Wand zu stellen.

24.2.: Der Genosse **Terzo Molari**, Mitglied des Zentralkomitees von „Avanguardia Operaia", wird unter dem fadenscheinigen Vorwand des „schwerwiegenden und fortwährenden Raubs" in Zusammenhang mit Aktionen von „Stadtguerilla"-Gruppen verhaftet.

25.2.: Gegen den Genossen **Enzo D'Arcangelo**, Mitglied von Lotta Continua und in der Studentenbewegung an der Uni Rom an vorderster Front beteiligt, wird Haftbefehl erlassen – der allerdings nicht voll-

24.2.: Der Genosse **Terzo Molari**, Mitglied des Zentralkomitees von „Avanguardia Operaia", wird unter dem fadenscheinigen Vorwand des „schwerwiegenden und fortwährenden Raubs" in Zusammenhang mit Aktionen von „Stadtguerilla"-Gruppen verhaftet.

25.2.: Gegen den Genossen **Enzo D'Arcangelo**, Mitglied von Lotta Continua und in der Studentenbewegung an der Uni Rom an vorderster Front beteiligt, wird Haftbefehl erlassen – der allerdings nicht voll-
streckt werden kann, weil der Genosse sich rechtzeitig davor in Sicherheit bringt.

26.2.: Gegen eine antifaschistische Demonstration in Neapel gehen Polizei und Faschisten gemeinsam vor. Mehrere Genossen werden blutig geschlagen, vier festgenommen.

28.2.: Vor dem Mamiani-Gymnasium in Rom verübt ein Faschistenkommando erneut einen bewaffneten Überfall, bei dem die Genossen **Stefano Pagnotti** und **Mauro Maffiletti** verletzt werden. Stefano (LC) muß aufgrund der Verletzungen noch in der gleichen Nacht drei Stunden lang operiert werden.

2.3.: Bei einer Protestdemonstration gegen den jüngsten Nazi-Überfall in Rom greifen Faschistenbanden erneut mit Schußwaffen und Molotow-Cocktails an und verletzen zwei Genossen derart schwer, daß sie sofort ins Krankenhaus eingeliefert werden müssen. In Mailand schießt eine Polizeistreife auf Jugendliche, die gegen die Festnahme einer angeblich „drogensüchtigen" Frau protestieren, verletzt aber glücklicherweise niemanden.

4.3.: Der Genosse **Panzieri** wird wegen „moralischer Mitschuld" am Tod eines Faschisten und Geheimdienstagenten zu 9 1/2 Jahren Knast verurteilt. Schon gewohnheitsmäßig in der italienischen Klassenjustiz „stützt" sich dieses nach faschistischer Sprachregelung erfolgte Urteil nicht auf Beweise, sondern, schlicht auf verleumderische Behauptungen der Nazis selbst. (Der Genosse Panzieri wurde inzwischen von einer anderen Instanz „vorläufig wieder freigelassen", weil die ganzen Umstände des Urteilspruchs einen breiten und massiven Protest hervorgerufen hatten.)

5.3.: Die Protest-Demonstration gegen das Panzieri-Urteil in Rom wird von der Polizei verboten. Als rund 10.000 Genossen sich dennoch

Fortsetzung auf Seite 3

Der sichtbare Aufstand

Fortsetzung von Seite 1

100 bewaffnete Faschisten vor der Universität in Rom aufmarschiert, wo gerade eine Versammlung einer revolutionären Organisation stattfand, auf der die nächsten Schritte gegen den Malfatti- Plan beraten wurden. Als Studenten aus diesem Grund die Uni verließen, um die Faschisten zu vertreiben, schossen diese sofort um sich. Dabei wurde ein Student durch einen Schuß ins Genick lebensgefährlich verletzt, ein weiterer durch einen Schuß in den Fuß getroffen. Statt die Faschisten zu verfolgen, versuchten die Polizisten, die spontane Protestdemonstration von ca.1.500 Studenten gewaltsam aufzulösen.

Darauf gingen am 3. Februar in Mailand 15.000 Schüler und Studenten auf die Straße, um „die Stadt von Faschisten zu säubern". In Neapel waren es am gleichen Tag ebenfalls 15.000, die gegen den Malfatti- Plan,



gegen den Polizei- und Faschistenterror in Rom und gegen die Verhaftung von 37 jungen Arbeitern in Neapel, die im Theater eine „Preissenkung" (Autoriduzione) praktiziert hatten, auf die Straße gingen. Weitere Demos mit mehreren tausend Teilnehmern fanden statt in Florenz, Pisa, Brescia, Reggio Emilia, Genua und anderswo.

Ausgehend von Neapel und Bari griffen die Studenten griffen die Studenten sehr schnell zum Mittel der Fakultäts- und Universitätsbesetzun-

gegen den Polizei- und Faschistenterror in Rom und gegen die Verhaftung von 37 jungen Arbeitern in Neapel, die im Theater eine „Preissenkung" (Autoriduzione) praktiziert hatten, auf die Straße gingen. Weitere Demos mit mehreren tausend Teilnehmern fanden statt in Florenz, Pisa, Brescia, Reggio Emilia, Genua und anderswo.

Ausgehend von Neapel und Bari griffen die Studenten griffen die Studenten sehr schnell zum Mittel der Fakultäts- und Universitätsbesetzun-
gen. Eine Woche später war die Mehrzahl der italienischen Universitäten von Studenten besetzt. Diese explosionsartig um sich greifende Bewegung erreichte die breiteste Mobilisierung seit der Studentenbewegung von 1968/69.

Überall bildeten sich Kampfkomitees für die Besetzungen, Demonstrationen u.a. Aktionsformen. Innerhalb der Universitäten entstanden Bündnisse zwischen den Studenten und Teilen des technischen, Verwaltungs- und Lehrpersonals, die gemeinsam gegen den faschistischen Terror, gegen die Brutalität der Polizei (die von Anfang an Schußwaffen einsetzte) und gegen den Malfatti- Plan kämpften. Ein solches Bündnis trug die Demo am 9. Februar in Rom, an der ca. 50.000 Menschen teilnahmen.

Durch den massiven Einsatz staatlicher Gewalt gegen die Bewegung, aber auch durch die Verbindung zu den alltäglichen Problemen der Massen der Jugendlichen weitete sich die Bewegung rasch zu einer Konfrontation mit der Andreotti- Regierung und ihrer Unterstützung durch die PCI aus.

Neben den Studenten und Arbeitslosen beteiligten sich zunehmend Schüler massenhaft an den Kämpfen.

Am 16.2. fand ein koordinierter Kampftag in fast allen Universitätsstädten statt. In Mailand waren wieder 15.000 auf der Straße, in Turin 10.000, in Neapel 8.000 (und weitere 3.500, die sich einem gesonderten Zug der PCI- Jugendorganisation FCGI anschlossen) und in Genua, Palermo und Cagliari je 3.000. Am nächsten Tag demonstrierten 10.000 in Florenz, 4.000 in Catania und 3.000 in Trient. Überall gewannen über den Protest gegen die „Studienreform" hinaus solche Losungen an Bedeutung, die sich gegen die polizeiliche Repression, gegen die „Opferpolitik" der Andreotti- Regierung und gegen den von Regierung, Kapitallisten und Gewerkschaftsführern anvisierten „Sozialpakt" richteten. Dieser Sozialpakt bedeutet eine drastische Verschärfung der Krisenlasten für die Arbeiterklasse (Erhöhung der Mehrwertsteuer, Kürzung der Sozialausgaben, Abschaffung der Lohnanpassung an die Inflation, die gegenwärtig 28 % beträgt, usw.)

Lamas Provokation

tallisten und Gewerkschaftsführern anvisierten „Sozialpakt" richteten. Dieser Sozialpakt bedeutet eine drastische Verschärfung der Krisenlasten für die Arbeiterklasse (Erhöhung der Mehrwertsteuer, Kürzung der Sozialausgaben, Abschaffung der Lohnanpassung an die Inflation, die gegenwärtig 28 % beträgt, usw.)

Lamas Provokation

Für den 17.2. hatte der Generalsekretär der Gewerkschaft CGIL, der von der PCI beeinflußten, größten italienischen Gewerkschaft, eine Kundgebung ausgerechnet auf dem Gelände der Universität von Rom angekündigt, die nach der gesamten Haltung von PCI ind CGIL (insbesondere auch Lamas) von vornherein als provokatorische Abrechnung mit der militanten Studentenbewegung und zur Propagierung des Sozialpakts angelegt und geplant war.

Am Vortag schrieb die „Unita" (Zentralorgan der PCI) ihre Empörung über die Besetzungsaktionen nieder, die *„Vandalen"* hätten die *„Gittertore des besetzten Rektorats eingeschlagen"*, Professoren würden von *„wilden Haufen"* angegriffen werden usw.

Am Abend des 16.2. beschloß eine große Uni-VV nach einer Diskussion über die angekündigte Lama-Kundgebung eine Resolution, in der es u.a. heißt: *„Die Universitäts-Vollversammlung verurteilt den Versuch der Revisionisten und Gewerkschaftsführer, den Donnerstag zu einem Moment des Angriffs auf die Kampfbewegung zu machen, die in den letzten Tagen an der Universität herangewachsen ist. ..."* Es wurde hervorgehoben, daß die kämpferischen Studenten die PCI-„Reformpläne" ebenso ablehnen wie den Malfatti-Plan. Die Resolution endet mit einem Aufruf zur Mobilisierung für den 17.2., um *„die Ablehnung jeglicher Normalisierung zu bekräftigen, sowie den Willen, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen und sich realen Kampfperspektiven zu widmen, verbunden mit dem ausdrücklichen Kampf der Arbeiterklasse gegen den Versuch des Sozialpakts und mit dem Kampf der Arbeitslosen"* (übersetzt nach „LC", 17.2.). Die Uni-VV forderte darüber hinaus Rederecht für die Studenten auf der Lama-Kundgebung, um an Ort und Stelle die Auseinandersetzung zu führen.

Am Morgen des 17.2. kamen rund 2.000 Leute, um Lama zu hören. Dem Aufruf der Uni-VV waren 10.000 Studenten gefolgt. Als Lama's Rede durch oppositionelle Zwischenrufe und Parolen gegen die „Opferpolitik" „gestört" wird, kommt es zu Übergriffen des Ordnerdienstes der Gewerkschaftsführung gegen Transparente und einzelne Studenten. Lamas gesamte Rede ist eine Hetzkanonade gegen *„Parasiten"*, gegen *„Verwüster und Irrationale, die man öffentlich bekämpfen muß"*, so daß seine Rede schließlich im lauten Pfeifkonzert untergeht. In diesem Moment holen die Ordner Knüppel und mitgebrachte

Zwischenrufe und Parolen gegen die „Opferpolitik" „gestört" wird, kommt es zu Übergriffen des Ordnerdienstes der Gewerkschaftsführung gegen Transparente und einzelne Studenten. Lamas gesamte Rede ist eine Hetzkanonade gegen *„Parasiten"*, gegen *„Verwüster und Irrationale, die man öffentlich bekämpfen muß"*, so daß seine Rede schließlich im lauten Pfeifkonzert untergeht. In diesem Moment holen die Ordner Knüppel und mitgebrachte
Feuerlöscher hervor und beginnen, die Studenten anzugreifen. Nachdem einige Verletzte vom Platz getragen werden müssen, ziehen sich die Ordner in den Schutz der inzwischen massenhaft herangezogenen Polizei zurück. Lama muß seine Rede abbrechen. Unter massivem Polizeischutz beschimpfen die Ordner weiter die Studentenbewegung als *„Faschisten"* und *„Vandalen"*.

Die Polizei benutzt diese Provokation, um am Nachmittag die Universität zu räumen. Nach 15 Tagen Besetzung durch die Bewegung regiert nun die Polizei an der Uni Rom.

Als Reaktion auf den 17.2. fand in Rom zwei Tage später eine Großdemonstration von 50.000 Menschen statt, am gleichen Tag gingen 15.000 in Mailand auf die Straße. Die Hetzkampagne in der bürgerlichen und revisionistischen Presse nahm entsprechend nach dem 17.2. weiter zu, dabei wurde ein Vorfall ausgeschlachtet, der sich am 19.2. in Mailand ereignete. Ein Paar wurde von Polizisten in ihrem Fahrzeug kontrolliert. Als die Polizisten die Frau zur Wache mitnehmen wollten, schoß ihr Begleiter auf den einen Polizisten, der daraufhin starb. Angeblich wurden in dem Auto auch Flugblätter der „Brigate rosse" (vergleichbar mit der RAF) gefunden. Jedenfalls benutzten die Reaktion und die PCI diesen Vorfall, um eine Kriminalität der gesamten Bewegung zu konstruieren. Daraufhin wurden auch Razzien durchgeführt, Mitglieder der revolutionären Organisationen „Avanguardia Operaia" und „Lotta Continua" wurden verhaftet.

Unter den Parolen der *„Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung"* und des *„Schutzes der Demokratie"* versucht die italienische Reaktion nun eine Progromstimmung gegen die „Linksradikalen" zu schaffen, bis auf weiteres wurde zunächst mal das Demonstrationsrecht für die Linke aufgehoben, Informationsorgane der Linken geschlossen, verhaftete Demonstranten in Kurzverfahren zu horrenden Strafen verurteilt, „Verdächtige" auf der Straße von MP-Schützen kontrolliert.

Der erste Nationalkongreß der Bewegung

In dieser Situation fand vom 25. bis zum 27.2. in Rom der erste nationale Kongreß der Bewegung statt, an dem 5.000 Studenten und Delegierte aus allen Städten teilnahmen. Dieser beschloß eine nationale Demo für den 12.März in Rom, die den Protest gegen die Andreotti-Regierung, gegen den Malfatti-Plan, gegen die Arbeitslosigkeit und die Kriminalisierung der Bewegung zusammenfassen soll.

Die Mobilisierung für diese nationale Demonstration lief Anfang März mit großem Einfallsreichtum ab: So wurden die nötigen Fahrtkosten durch Mensabesetzungen oder dadurch „gesammelt", daß Professoren, die die Universitäten und Vorlesungsräume betreten wollten ein „Eintrittsgeld" zu bezahlen hatten.

Gleichzeitig besuchten Studenten und Schüler Arbeiterversammlungen in Betrieben, um über ihre Forderungen und über einen gemeinsamen Kampf zu diskutieren.

Für die Freilassung der Jugendlichen, die wegen einer „ autoriduzione" inhaftiert waren, wurden Aktionen durchgeführt. So blockierten die Studenten und Schüler in Palermo am 9.März den Straßenverkehr. Immer mehr Schüler beteiligten sich an den Kämpfen, besetzten ihre Schulen und praktizierten eine Art Selbstverwaltung (Erfahrungsbericht aus LC 23.3.,S.3).

Die Ermordung Lorussos

Am Vortag der nationalen Demonstration, am 11. März, wurde der kommunistische Student Francesco Lorusso von Bullen durch einen Schuß in den Rücken getötet.

Nur wenige Stunden nach diesem Mord zogen bereits 15.000 Demon-

Immer mehr Schüler beteiligten sich an den Kämpfen, besetzten ihre Schulen und praktizierten eine Art Selbstverwaltung (Erfahrungsbericht aus LC 23.3.,S.3).

Die Ermordung Lorussos

Am Vortag der nationalen Demonstration, am 11. März, wurde der kommunistische Student Francesco Lorusso von Bullen durch einen Schuß in den Rücken getötet.

Nur wenige Stunden nach diesem Mord zogen bereits 15.000 Demon-
stranten durch die Straßen von Bologna. Sie zerstörten den Buchladen der Klerikalfaschisten, besuchten ein Polizeirevier, belagerten den Sitz der Christdemokraten und besetzten den Bahnhof. Der Polizei gelang es nicht, die Demonstration zu zerschlagen.

Die für den nächsten Tag, den 12. März, vorbereitete nationale Demonstration wurde angesichts des neuen Polizei-Mordes erst recht zu einer massiven und militanten Kampferklärung gegen die Andreotti-Regierung. Wegen der vorangegangenen Erfahrung mit der Polizei und der Ankündigung des Innenministers CoSSiga über ein „hartes Durchgreifen" der Polizei wurde von vornherein eine Selbstverteidigung organiesiert.

Während am gleichen Tag in verschiedenen Orten Demonstrationen mit teilweise beachtlicher Stärke stattfanden (so z.B. 10.000 in Mailand) kamen in Rom 100.000 (vor allem Jugendliche) aus ganz Italien zusammen.

Fortsetzung auf Seite 3



Der sichtbare Aufstand

Fortsetzung von Seite 2

„WIR HABEN ES SATT, UNSERE GETÖTETEN GENOSSEN ZU BEWEINEN!"

stand auf dem Transparent an der Spitze des Demo-Zuges, und viele Demonstranten hatten sich vorgenommen, daß sie diesmal zurückschlagen würden.

Auf der piazza del Gesu kam es zu den ersten schweren Auseinandersetzungen, als der dortige Sitz der Christdemokratie angegriffen wurde. Von nun an ging der Kampf bis spät in die Nacht. Die Polizei knüppelte, verwandelte ganze Straßenzüge in dichte Gaswolken, veranstaltete eine regelrechte Treibjagd auf einzelne oder Gruppen von Demonstranten - und schoß. Die Demonstranten versuchten erfolgreich sich immer wieder zu formieren. Sie bauten Barrikaden, wehrten sich mit Steinen und anderen Mitteln und griffen Einrichtungen der Reaktion an: Ein Faschistenlokal, ein Polizeirevier, eine Carabinieri-Kaserne, das Gebäude der Faschisten-Zeitung „Il Popolo" u.a.m. Ein paar Demonstranten versorgten sich gegen die hochgerüstete Polizei auch mit Schußwaffen, in dem sie zwei Waffengeschäfte ausräumten. Dies fand jedoch nicht die Unterstützung der großen Mehrheit der Demonstranten.

Der Verlauf der Demonstration wird in „Lotta Continua" vom 13./14. März so dargestellt:

„ ... die Demo zieht die ViaCavour entlang, fest, mit Wut und Entschlossenheit. Die Bologneser Genossen an der Spitze rufen: „Bologna ist rot von dem Blut von Francesco".

Es gibt keinen Block im Zug, der nicht eine unglaubliche Entschlossenheit ausdrückt. Die Polizei steht in dichten Reihen an den Seiten. Ein Lastwagen der Carabinieri, kleinere Last- und Funkwagen und Polizeiwagen fahren der Demo hinterher, ...

... der Frauenblock ist sehr groß: die Genossinen rufen „Ihr werdet al-

die Genossinen rufen „Ihr werdet al-

les bezahlen", ...

Während die Spitze der Demo in den Corso Vittorio einbiegt, bricht wegen eines kleineren Zwischenfalls auf der Piazza del Gesu der Polizeieinsatz voll los. Tränengasbomben fliegen, von niemandem erwartet. Ein Teil des Zuges wird in die Via delle Botteghe Oscure abegedrängt, ein anderer auf den Largo Arenula, wo die Genossen anfangen, sich zu verteidigen. Der Großteil ist auf der Piazza Venezia ...

Auf der Piazza Venezia sind die Auseinandersetzungen sehr hart, Schüsse fallen, die Genossen sind immer noch abgeschnitten. Die Sicht auf dem Platz ist wegen des Tränengases gleich Null ...

Tausende von Genossen sind noch gar nicht von der Piazza Esedra (Sammelplatz) losgezogen ...

Es sind mehr als Hunderttausend, die entschlossen sind, wenn nötig, der Gewalt Cossigas entgegenzutreten ...

Der Frauenblock hat den Polizeieinsatz voll abbekommen, noch bevor er auf der Piazza del Gesu angekommen ist.

Der Großteil der Demo ist inzwischen auf der Piazza Venezia angekommen ... Die Demospitze, die angegriffen worden war, vereinigt sich wieder mit dem Rest ... Der Zug ist jetzt riesengroß, der größte, den es in den letzten Jahren in Rom gegeben hat.

Die Demo zieht zur Piazza del Popolo.

Auch der Frauenblock ist dort angekommen, es ist den feministischen Genossinen gelungen, wieder einen Block zu bilden"

Die Demonstration des 12.3. ist der bisherige Höhepunkt.

CoSSigas Terror

In Bologna wehrten sich zur gleichen Zeit die Studenten gegen die zur Räumung der Universität angerückte Polizei. Es gab stundenlange heftige Kämpfe, bei denen die Studenten die Uni mit Barrikaden verteidigten. Am späten Abend begann die Polizei mit MPs in die Richtung der Barrikaden zu schießen, im Morgengrauen des 13. März „eroberte" sie schließlich mit Panzerwagen die Uni.

Den ganzen Tag über bildeten sich überall in der Stadt Demonstrationszüge, die von einem massiven Polizeiaufgebot von 8000 Bullen zerschlagen wurden. 131 Studenten und andere Jugendliche wurden an diesem Tag in Bologna verhaftet, und seitdem gleicht diese von der PCI regierte Stadt einer Militärfestung. Danach verhängten die Regierungsvertreter ein generelles Demonstrationsverbot für 15 Tage. Am 12.3. wird der linke Bologneser Sender „Radio Alice" geschlossen, der inzwischen seine Sendungen hat wiederaufnehmen können (siehe auch das Sendungsprotokoll).

Als Antwort auf die Verhaftungswelle im Zusammenhang mit dem 12. März organisiert die Studentenbewegung eine breite Solidaritätskampagne. Die Abwehr der staatlichen Repression steht jetzt im Vordergrund der Kämpfe.

Versammlungen und Demonstrationen finden unter folgenden Parolen statt:

- *Bestrafung der Mörder von Fancesco, Untersuchung und Verfolgung der Verantwortlichen für seinen Tod!*
- *Freilassung aller Inhaftierten!*
- *Abzug der Polizei aus den Universitäten!*
- *Wiedereröffnung der demokratischen Rundfunkstationen!*
- *Wiedereröffnung der Frauenzentren!*

Nach dem 12. März fanden in Mailand und Rom jeweils eintägige Generalstreiks der Arbeiter statt. Am 7. April trafen sich die Arbeiterlinken im Reatro Lirico in Mailand zur Diskussion des Kampfes gegen das Krisenprogramm der Andreotti-Berlinguer-Regierung.

Als am 15.4. der Ministerrat dem Malfatti-Plan mit nur geringfügigen Änderungen zustimmte, brach die Empörung der Schüler und Studenten wieder massenhaft hervor. Die ersten Reaktionen:Schulstreiks gegen eine gleichzeitig beschlossene Verschärfung der Abitur-Prüfungen, erneute Fakultäts-und Universitätsbesetzungen. Am 17.4. fanden Massendemonstrationen gegen den Malfatti-Plan in Rom, Mailand und Turin statt. Am 19.4. ist die Uni Florenz 77 Tage besetzt. Die Universität Bologna wurde am gleichen Tag wieder von den Studenten besetzt.

Zur Diskussion um die weitere Perspektive der Bewegung wurde ein zweiter nationaler Hochschulkongreß vorbereitet.

Am 21. April wurden Teile der Universität Rom von der Bewegung besetzt. Am frühen Nachmittag räumte die Polizei das Unigelände. Daraufhin sammelte sich im Laufe des Nachmittags wieder ein Demonstrationszug, der mit Barrikaden und Steinen sich gegen die vorrückende Polizei verteidigt. Die Polizisten schiessen scharf und von einer kleinen Gruppe Demonstranten wird zurückgeschossen. Dabei wird ein junger Polizist getötet.

Innenminister CoSSiga verhängt danach ein Demonstrationsverbot in Rom bis Ende Mai, d.h.zunächst auch ein Verbot der Demonstration am Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am 25. April, der in jedem Jahr Anlaß zu einer breiten antifaschistischen Mobilisierung ist und Verbot der 1. Mai-Demonstration. Später wird lediglich die Maikundgebung der Gewerkschaften wieder zugelassen.

Der Prof läßt die Hosen runter. Nach Asor Rosa und Colletti hat es nun den Professor Romeo erwischt, „Kultur" auf eine ganz neue Art und Weise zu produzieren: Hat er doch dem Professor Capizzi kurzerhand eine saftige Ohrfeige verpasst, als dieser ihn beschuldigte, ein kleiner Faschistenfreund zu sein. Heute ist er ins Seminar gekommen. Der Anblick einer Masse grinsender Extremisten hat ihn in die Flucht geschlagen. Eine Wasserpistole ist losgegengen und hat vielleicht sogar getroffen. „Bewaffneter Angriff" hat Romeo geschrien. Die Extremisten haben gelacht.
In Sassari wollte die Zeitung des Ölkonzernchefs Rovelli, „La Nuova Sardegna", einen zeitgemäßen Aprilscherz machen. „Die Feministinnen ziehen sich auf der Straße aus und verbrennen ihre Unterwäsche" - verkündete sie. Die feministischen Genossinnen wollten auch mit der Zeit gehen: Mehrere hundert sind der Zeitung auf die Bude gerückt und haben auf die Wände geschrieben, was sie über diesen „Scherz" denken.

Der zweite Nationalkongreß

Auf dem 2. Nationalkongreß der Studentenbewegung (29.4.. bis 1.5. in Bologna), an dem mit knapp 3000 Studenten deutlich weniger als am 1. Kongreß teilnahmen, ging es um die Perspektive der Bewegung nach der verschärften Repression, die verbunden mit einer systematischen Hetzkampagne vor allem auch in der Arbeiterklasse (hier „naturgemäß" hauptsächlich von der PCI getragen) auf eine Isolierung der Bewegung abzielt.

Schon die Abhaltung dieses Kongresses wurde vom Rektor massiv behindert. Er ließ die Universität von Bullen hermetisch abriegeln. Nach Protestumzügen in der Innenstadt erreichten die Studenten schließlich, daß ihnen die Stadtverwaltung den Sportpalast zur Verfügung stellte.

Nach dem Mehrheitsbeschluß, sich nicht an der 1. Mai-Kundgebung zu beteiligen, reiste ein Teil der Versammelten, Autonomisten aus Mailand und Rom, vorzeitig wieder ab. Die Maikundgebung in Bologna wurde vom Auftritt des CGIL-Generalsekretärs Lama „gekrönt" und die Mehrheit des Kongresses sah keine Möglichkeit, einen wirkungsvollen Protest gegen diesen Auftritt zu organisieren, befürchtete stattdessen eine weitere Verschärfung des staatlichen Terrors schon bei dem Versuch einer oppositionellen Beteiligung an der Kundgebung.

Beschlossen wurden auf dem Kongreß die Durchführung eines nationalen „Aktionstages" gegen die Malfatti-Reform, der durch Versammlungen an allen Unis verbreitet werden soll.



Chronik des Terrors

Fortsetzung von Seite 2

nicht davon abbringen lassen, auf die Straße zu gehen, greift die Polizei mit Riesenmengen von Tränengasgranaten und Schußwaffen an; die Genosssen verteidigen sich u.a. mit Barrikadenbau. Sieben Demonstranten werden verhaftet und gegen sie das halbe Gesetzbuch aufgefahren. Drei von ihnen sollen für Schußverletzungen eines Polizisten an den Beinen und eines anderen angeblich „am Ohr" verantwortlich gemacht werden – beides geschehen zu einem Zeitpunkt vor der Uni, wo die Bullen selbst in alle Richtungen um sich ballerten.

7.3.: Die Uni in Padova wird von der Polizei gewaltsam geräumt.

11.3.: In Bologna wird der LC-Genosse **Francesco Lorusso** von einem Bullen gezielt erschossen. Die Polizei war herbeigeeilt, um eine Versammlung der klerikal-faschistischen Organisation „Comunione e Liberazione" zu schützen. Die spontane Protestdemonstration von rund 15.000 Genossen gegen diesen staatlichen Mord wird immer wieder von der Polizei angegriffen; eine Auflösung gelingt ihr jedoch nicht.

12.3.: Unter dem Eindruck des Mordes an dem Genossen Lorusso wird die nationale Demonstration von 100.000 Studenten und Jugendlichen in Rom zu einer militanten Antwort gegen den Polizeistaat des Andreotti-Regimes. Von Anfang an nimmt die Polizei eine provokatorische Haltung ein, indem sie den Demonstranten die vorgesehene Route sperrt. Als dann die Empörung der Studenten sich gegen den Sitz der regierenden DC richtet, beginnen die Bullen unter Einsatz von Knüppeln, Tränengas und Schußwaffen eine stundenlange Treibjagd auf die Genossen. Die Brutalität der Bullen kennt schließlich keine Grenzen mehr, als die vielen auswärtigen Genossen abends zu ihren Bussen und zum Bahnhof zurückkehren. Genossen werden einzeln abgefangen und „fertiggemacht" (besonders diejenigen, die nicht für militante Ausein-

die nicht für militante Ausein-

andersetzungen ausgerüstet waren), Tränengasgranaten werden in vollbesetzte Busse geworfen usw.

In Bologna zieht die Staatsmacht zur gleichen Zeit 8.000 Bullen zusammen, die bis an die Zähne bewaffnet und mit Panzerwagen ausgerüstet einen faktischen Ausnahmezustand in der ganzen Stadt herbeiführen. Mehrfach versucht die Polizei die von den Studenten besetzte und verbarrikadierte Uni zu stürmen, schießt mit MP-Salven (!) auf die Barrikaden. Die Räumung der Uni gelingt ihr aber erst nach stundenlangen Kämpfen im Morgengrauen des nächsten Tages unter massivem Panzerwagen-Einsatz. Geräumt wird von der Polizei desweiteren der linke Sender „Radio Alice", der zu einem wichtigen Informationsorgan während der Kämpfe geworden war.

Insgesamt nimmt die Polizei in Bologna 131 Genossen fest. Außer in Bologna und Rom finden an diesem Tag auch in Mailand und Turin heftige Kämpfe mit der Polizei statt. In Turin wird am Morgen dieses Tages der Polizist **Giuseppe Ciotta** erschossen, was ebenfalls den „verbrecherischen Banden" der revolutionären Linken angelastet wird. Tatsache ist jedoch, daß Ciotta unabhängig von den später stattfindenden Auseinandersetzungen getötet wird, daß er am Aufbau einer (in Italien verbotenen) Polizeigewerkschaft engagiert und zudem als Gegner der kriminellen und repressiven Methoden der Cossiga-Truppen bei den Linken bekannt war, was eher auf ganz andere Urheber hinweist.

13.3.: Innenminister Cossiga verhängt für Rom und Bologna ein generelles Demonstrationsverbot „für 15 Tage, vorbehaltlich weiterer Maßnahmen". Bologna bleibt eine militärisch besetzte Stadt, in der immer wieder Jugendliche von bewaffneten Bullen auf der Straße angehalten werden und sich mit erhobenen Händen an die Wand stellen und durchsuchen lassen müssen.

17.3.: In Crotone überfallen MP-bewaffnete Bullen das Büro von „Lotta Continua". Am gleichen Tag werden in Schnellverfahren erste Urteile gegen zwei in Bologna verhaftete Genossen verhängt: **Renato Resca** wird zu zwei Jahren und acht Monaten Freiheitsstrafe verknackt, weil er bei seiner Festnahme eine Kette seines Mopeds bei sich trug! Die Genossin **Nicola Rastigliano** soll für 1 1/2 Jahre in den Knast, weil sie eine (von Bullen abgeschossene) nicht-explodierte Tränengaspatrone zurückgeworfen hat! Auch in Foggia werden an diesem Tag fünf Genossen zu je drei Jahren und zwei Monaten verurteilt, weil sie was mit Brandflaschen zu tun gehabt haben sollen, die bei ihrer Festnahme (zwei Tage zuvor) in einigen hundert Metern Entfernung von ihnen aufgefunden wurden! In Turin kann die Polizei am selben Tag einen neuen Todesschuß verbuchen: der Student **Bruno Cecchetti** starb unter der Machinengewehrgarbe eines Carabinieri, als er bei einer Kontrolle seines Autos unter das Armaturenbrett langte, um seine Brille hervorzuholen. Und wie der „Zufall" es so will: Bruno Cecchetti war ein Genosse.

21.3.: In Padova durchsuchen rund 300 Bullen etliche Wohnungen, demolieren und beschlagnahmen die linke Sendestation Radio Sherwood und schleifen zwölf Genossen in den Knast.

25.3.: In Turin dringen die Bullen in mehrere Wohnungen von Genossen ein und nehmen zwei fest.

27.3.: In Gallarate greift die Polizei eine Demonstration von Jugendlichen an und transportiert 39 von ihnen auf die Wache.

3.4.: Die Zahl der Genossen, die nach der Durchsuchungsaktion in Padova mit einer Anklage bedroht sind, hat sich inzwischen auf 24 erhöht. Nach Bologna und Padova schaffen die Truppen Cossigas jetzt in Florenz einen faktischen Ausnahmezustand: 70 Wohnungen werden von einem massiven Bullenaufgebot durchsucht, mehrere Genossen verhaftet. Außerdem finden in Rom an diesem und dem voraufgegangenen Tag zehn Durchsuchungen statt. In Neapel sollen sieben Genossen wegen Zugehörigkeit zu einer „subversiven Vereinigung" angeklagt werden. In Bologna verüben Faschisten einen Brandanschlag auf ein Büro des PDUP.

4.4.: Rund 5.000 Frauen, die anläßlich des Prozesses von **Claudia Caputi** gegen eine Vergewaltigung protestieren, werden von Bullen brutal angegriffen – es ist der erste Polizeiangriff dieser Art auf eine Frauendemonstration.

5.4.: Von den in Bologna am 11. und 12.3. verhafteten Genossen sitzen

12.3. verhafteten Genossen sitzen

immer noch 80 im Knast.

6.4.: Das Durchsuchungskarussel des Innenministeriums erreicht jetzt Foggia, wo rund zehn Wohnungen von der Polizei gestürmt werden. In Venezia sollen 62 Jugendliche angeklagt werden, die bei einer Theatervorstellung eine „autoriduzione" (selbständige Preissenkungsaktion) praktiziert hatten und dabei sofort von der Polizei angegriffen wurden. Vier der Jugendlichen wurden gleich festgenommen.

9.4.: 17 Genossen, die an der Demonstration vom 12.3. in Rom teilgenommen haben, werden zu Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren und zwei Monaten verurteilt. Ihre bloße Teilnahme an der Demonstration genügt bereits, um sie wegen irgendwelcher „Verbrechen", die gar nicht erst bewiesen werden, in den Knast zu stecken. Der Polizist, der den Genossen Lorusso ermordete, befindet sich derweil immer noch in unbehelligter Freiheit.

19.4.: Über 100 Polizisten durchsuchen mehrere Wohnungen in Viareg gio und nehmen zwei Genossen fest.

21.4.: Unmittelbar nachdem die Studenten in Rom die Uni wieder neu besetzt haben, werden sie von der Polizei mit Tränengas und Schußwaffeneinsatz angegriffen. Bei den heftigen Kämpfen wird ein Polizist durch einen Schuß getötet.

22.4.: Innenminister Cossiga verbietet erneut alle Demonstrationen in Rom für die nächsten Tage, einschließlich der traditionellen Demonstration anläßlich des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus (25.4.) und am 1. Mai. Er kündigt desweiteren an, daß die Polizei jetzt Anweisung erhalte, bei „gewalttätigen Demonstrationen" von ihren Schußwaffen Gebrauch zu machen – was vorher allerdings ja auch schon getan wurde, und daher nur bedeuten kann: noch schneller, noch massiver.

1.5.: Lediglich die Maikundgebung der Gewerkschaftsverbände wird in Rom zugelassen. „Autonomia Operaia" ruft zu einer oppositionellen Kundgebung auf einem benachbarten Platz zu dem der Gewerkschaften auf. Um diese Kundgebung schon im Keim zu ersticken, sind CoSSigas Bullen noch vor den Demonstranten auf dem Platz. Gruppen von ankommenden Teilnehmern der oppositionellen Kundgebung werden von der hochgerüsteten Polizei sofort angegriffen. Die Kundgebungsteilnehmer versuchen, sich vor einem Kino zu versammeln, werden aber von der Polizei sofort mit Tränengas und Knüppeln in Richtung der Gewerkschaftskundgebung abgedrängt, wo sie von festen Ordnerketten der PCI und CGIL zurück in die Arme der Polizei getrieben werden.



»Penna rossa al ad Andreotti ro

Einige Parolen der Demonstration vom 12.3.

Non bastan gli elicottero, non bastano i blindati, vogliamo vogliamo i carri armati
(als Polizeihubschrauber vorbeifliegen) Hubschrauber reichen nicht, Polizeiautos reichen nicht, wir wollen Panzer

Non c'è disfatta, non c'è sconfitta senza il grande partito communista
Es gibt keine Niederlage ohne die große Kommunistische Partei

Macchè lotta di classe, macchè rivoluzione, l'unica via è l'astensione
Scheiß auf Klassenkampf, Scheiß auf die Revolution, der einzige Weg ist die Stimmenthaltung (der PCI gegenüber der DC-Regierung im Parlament)

Covo qui, covo la, covo tutta la citta
Höhle hier, Höhle da, die ganze Stadt ist unsere Höhle
(Anspielung auf die PCI-Parole: „Schließung der Höhlen")

Vogliam lavoro, nero, nero, nero, vogliam lavoro nero per il padron
Wir wollen Schwarz-, Schwarz-, Schwarzarbeit, wir wollen Schwarzarbeit für den Boß

Vogliam lavoro, nero, nero, nero, vogliam lavoro nero per il padron
Wir wollen Schwarz-, Schwarz-, Schwarzarbeit, wir wollen Schwarzarbeit für den Boß

Oggi è solo primavera, tremate, tremate, arriverà L'estate
Heute ist nur Frühling, zittert, zittert, der Sommer kommt erst noch



Brutaler Überfall der Polizei in Neapel am 26.2.77 auf den Genossen Pomella



»…la riscossa …mpiamole ossa!«

Rotstift, erhebe Dich, Andreotti brechen wir die Knochen



1. Mai in Rom









Demonstration am 25.4.77 in Bologna nach der Ermordung von Francesco Lorusso (Bild links oben)

Eurokommunismus? – Nein danke!

Die PCI ist nicht nur die mitgliederstärkste aller „Kommunistischen Parteien" in Westeuropa, sondern auch die mit dem weitaus größten politischen Einfluß unter der werktätigen Bevölkerung ihres Landes. Bei den Parlamentswahlen vom 20. Juni vergangenen Jahres erzielte sie mit 34,4 % der Stimmen (ca. 16 Mio.) einen beträchtlichen Aufschwung. Bereits nach den Regionalwahlen 1975 war sie in 7 von insgesamt 20 Regionen zur stärksten Partei geworden (vorher in 3 Regionen). Die größten Städte des Landes – darunter Rom, Bologna, Neapel, Mailand, Turin, Florenz – werden seitdem von einer „linken" Mehrheit (PCI, PSI) regiert, wobei die PCI selbst u.a. auch in Bologna den Bürgermeister stellt und der Bürgermeister von Rom zwar als „unabhängig" gilt, aber auf der PCI–Liste kandidiert hat.

Bei diesen Verhältnissen sollte man meinen, daß die PCI einiges an Unterstützung in die Waagschale zu werfen hätte, wenn die Studenten, Schüler und arbeitslosen Jugendliche gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise revoltieren und mehr und mehr auch das Andreotti–Regime zur Zielscheibe ihrer Angriffe machen (nebenbei: es ist erst ein paar Jahre her, daß der gleiche Andreotti schon einmal durch Massenstreiks der Arbeiterklasse zum Rücktritt gezwungen wurde; in Italien hat ein christdemokratischer Spitzenpolitiker im allgemeinen eine Chance, sich mehrfach im Ministerpräsidentensessel den Arsch festzusitzen – das verbürgt die Ämtervergabe durch die heilige Dreieinigkeit von Großkapital, Klerus und Mafia). Aber die PCI hat von Anfang an ihr Bemühen darin gesucht, eine „Alternative" gegenüber dem Malfatti–Plan auszutüfteln, die mehr auf Zuspruch der anderen bürgerlichen Parteien angelegt war, als darauf, den Forderungen der Jugendlichen Rechnung zu tragen. Wo der Malfatti–Plan beispielsweise höhere Studiengebühren von den Studenten zu erpressen versucht, da bietet das „Reformprojekt" der PCI tatsächlich an, die Studiengebühren nach dem Umfang der Studienbelegung zu bemessen. Es liegt auf der Hand, daß die Studenten, die sich gegen die geplanten Verschlechterungen ihrer Situation zur Wehr setzen, auch ihrerseits keine besonders große Neigung verspürten, ihren Kampf an die PCI zu binden, sondern ihren Protest im Gegenteil gleichfalls gegen derartige Betrugsversuche richten.

Aber ginge es nur darum, so wäre das Verhältnis zwischen PCI und Studentenbewegung nicht zu einem der-

Aber ginge es nur darum, so wäre das Verhältnis zwischen PCI und Studentenbewegung nicht zu einem derart zentralen Problem in den Kämpfen der zurückliegenden Wochen und Monaten geworden. Die PCI hat sich leider nicht damit begnügt, lediglich eine idiotische und lachhafte Kopie des Malfatti-Plans mit dem eigenen Namen zu versehen. Nein, die PCI hat die Studentenbewegung als Gelegenheit genommen, um der Bourgeoisie und den anderen bürgerlichen Parteien noch mehr unter Beweis zu stellen: daß sie nämlich längst ein treuer Diener der bestehenden Ordnung, des bürgerlich-"demokratischen" Krisenstaats geworden ist, dem nichts unheiliger ist als Extremismus und Radikalität - wenn dies nicht von oben, sondern von unten kommt, genauer: von links unten.

Als die Studenten drangingen, die Durchsetzung ihrer Forderungen nicht vom „friedlichen Spiel der dekratischen Kräfte"(im Parlament, wo ja bekanntlich viel ge- und verspielt wird) zu erwarten, sondern sich auf die Kraft von Universitätsbesetzungen, Einsperrung von Proffessoren und anderen militanten Aktionen besannen, da wurden sie in der Hofberichterstattung der PCI zu „Provokateuren", „Vandalen", „Verbrechern" und was es sonst noch an Unholden gibt. „Verbrecher" übrigens, die noch dazu Blumen und andere perverse Dinge an die tristen Universitätsmauern schmierten und Parolen, in denen sie ihren Haß gegen Erniedrigung und Unterdrückung zum Ausdruck brachten und ihre Sehnsucht nach einem anderen Leben, das vielfach auch mit dem Begriff Kommunismus erläutert wurde. Und „Verbrecher", die es sich nicht mehr gefallen lassen wollen, provoziert, geknüppelt und beschossen zu werden - weder von Faschisten, noch von der Polizei.

Giorgio Amendola, einer der Chefdenker der PCI, erklärte „den Extremismus" auf einer ZK-Tagung Mitte März zum „Hauptfeind der Arbeiterbewegung"(LC 17.3.). Und er meinte damit den eben beschriebenen „Extremismus"- und nicht etwa, Gott behüte vor möglichen Fehlinterpretationen, den Extremismus z.B. der Polizei, die den Genossen Francesco Lorusso erschoß, so wie zuvor auch die Genossen Roberto Franceschi, Saverio Saltarelli, Franco Serantini, Pietro Bruno, Claudio Varalli, Giannino Zibecchi, Tonino Micciche, Rudolfo Boschi, Gennaro Costantino, Mario Salvi und Francesco Ceruso erschossen wurden. Der Genosse Lorusso, man kann die PCI-Führer da gar nicht mißverstehen, ist schließlich selbst ein „Extremist" gewesen, befand sich, wie PCI-Senator Pecchioli zur Rechtfertigung des polizeilichen Todesschusses auf ihn anführte, zumindest „bei einer zerstörerischen Bande", und der bedauernswerte staatliche Todesschütze hat da nach Pecchiolis Worten allenfalls „ einen Irrtum oder eine Ausschreitung" begangen(LC 15.3.). Und da dem so ist, sollte es auch nicht wundern, daß die PCI- und Gewerkschaftsführer sich ganz ausdrücklich davor in Schutz genommen werden, daß ihm unterstellt würde, es ginge ihm um die Schließung der F a s c h i s t e n -Höhlen, oder gar um die Schließung der s t a a t l i c h e n Terror-Höhlen, wie etwa den italienischen Geheimdienst, der (wie kürzlich sogar ein Gericht in einem von Lotta Continua geführten Prozeß bestätigt hat!) einen großen Teil der faschistischen Bombenattentate im Rahmen der „Strategie der Spannung" nach dem heißen Herbst 1969 mitgeplant und in Auftrag gegeben hat. Weder von der PCI offiziell noch von einzelnen ihrer Führer, ist aus jüngster Zeit bekannt, daß sie sich beispielweise für eine „ Schließung" des neofaschistischen MSI oder anderer mit ihm in Komplizenschaft stehende Terrorbanden ausgesprochen hätte.

Das heißt nun wiederum nicht, daß die PCI nicht mehr gegen den Faschismus sei und nicht mehr davon sprechen würde. Sie tut's. Lama, Chef der CGIL, der von der PCI Kontrollierten Gewerkschaft, spricht sogar davon, daß es heute einen „neuen

„Enrico Berlinguer, vergiß nicht, daß aus dem Kompromiß auf unserer Haut nichts wird!"

bei den Kundgebungen im Rahmen des Generalstreiks am 18.3. energisch weigerten, daß „die Extremisten" eine Gedenkminute für ihren ermordeten Genossen abhalten wollten.

Schon nach den Schüssen der Polizei am 2.2. auf der piazza Indipendenza machte derselbe Pecchioli die Opfer und nicht die Täter dafür verantwortlich und forderte die „*Schließung der Höhlen*"(l'Unita4.2.), womit er eben die Organisationen und Zentren der revolutionäten Linken meinte. Namentlich nannte Pecchioli die „Comitati Autonomi Operai", eine sog. „Autonomisten" Gruppe, die einen gewissen Einfluß in der aktuellen Jugendbewegung errungen hat. Aber daß es der PCI „nicht nur" um diese eine Gruppe geht, sondern z.B. auch um Lotta Continua und andere Kräfte der Revolulotionären Linken, beweisen ihre penetranten und im wesentlichen nicht einmal von der Polizei übernommenen, sondern selbst erfundenen „ Verbindungen", die sie immer wieder zwischen „ *den Autonomisten, Lotta Continua und den anderen(!) Gruppen der Stadtguerilla*" herzustellen versucht, die gemäß der überaus redlichen Untersuchungsarbeit der PCI „ *die P 38 (eine Pistole - Anm. Soli.), Brandflaschen und Schleudern als politischen Kampf benutzen*"(LC 22.3.).

Herr Ugo Peccioli muß jedenfalls

Faschismus"in Italien gibt.... der sich nämlich gezeigt habe, als die Studenten am 17.2. seine provokatorische Hetzrede auf dem Campus nicht mehr mit anhören wollten und ihn mitsamt seinem mitgebrachten, mit Knüppeln ausgerüsteten Ordnerdienst des Platzes verwiesen! Die Verleumdung der revoltierenden Jugendlichen als „Faschisten" ist längst in den gewohnten Sprachgebrauch der PCI-Demagogen eingegangen. Massimo D'Alema, Führer der PCI-Jugendorganisation FGCI hat in seiner Rede auf der jüngsten ZK-Tagung der PCI Mitte März ebenso gesprochen und das noch mit einer widerwärtigen und im Grunde selbst aus Mussolini-Schriften geborten „Charakterisierung" auszumalen versucht, indem er von der „Verflechtung zwischen gesellschaftlicher und moralischer(?) Zersetzung, politischem Extremismus und umstürzlerischem Rebellentum" sprach (Wiener „Informationsbulletin" 5/77).

D'Alema fordert demgegenüber „*Festigkeit und Strenge*" von den „*Organen des demokratischen Staates bei der Verhütung, Bekämpfung und Unterdrückung aller Erscheinungen squadristischer (=faschistischer; Anm. Solidarität) Gewalt*" - also bei der Unterdrückung der revolutioren Linken. Und der „Paesa Sera", ein quasi „inoffizielles" Sprachrohr der PCI (so ähnlich wie die „Deutsche Volkszeitung„ oder „die tat" im Verhältnis zur DKP), beschwerte sich bereits am 7.3. nach der Demonstration gegen das Panzieri-Urteil, daß es sich bei den dort verhafteten Genossen nur um „kleine Fische" gehandelt habe, während „*die Verantwortlichen der Provokation, die die Gewalt und die Schiesserei (!) organisiert und geleitet haben, der Verhaftung entkommen sind*".

Bei der Masse der Jugentlichen kann die PCI (bzw. FGCI) mit derartigen Ordnungsparolen kaum einen Blumentopf gewinnen; sie hat im Gegenteil rapide dort an Sympathien verloren, wurde auf fast allen Versammlungen der aktiven Studenten, Schüler und arbeitslosen Jugendlichen ausgepfiffen - und hat auch selbst einen beträchtlichen Mitgliederschwund im Jugendbereich zu verzeichnen. Das umso mehr, weil sie es erstens nicht bei bloßen Hetzparolen beläßt, sondern, (wie z.B.die Lama-Kundgebung am 17.2. besonders zeigte), diese Sprüche auch mit Knüppelgarden Wirklichkeit werden läßt; und zweitens weil das, was sie den Jugendlichen „positiv" gegen die Krise anzubieten weiß, an Jämmerlichkeit und Unglaubwürdigkeit seinesgleichen sucht: ein „breites Netz von Dienstleistungen für junge Menschen" zu schaffen, sowie nicht näher definierte „Kultur- und Erholungsstrukturen" und eine „Gesun—dung des Arbeitsmarktes" - das sind laut Massimo D'Alema die „echten und dringenden Bedürfnisse der jungen Menschen". Der von vielen PCI-Führern demagogisch gezogene Vergleich zwischen der heutigen Jugendrevolte und der Situation von 1919,wo es den Faschisten gelang, durch scheinradikale soziale Demagogie gewisse Teile der Jugendlichen, auch aus dem Proletariat bzw. dem proletarischen Arbeitslosenheer, hinter ihren Fahnen zu versammeln, schlägt ebenso voll auf die PCI selbst zurück. Wenn ein solcher Vergleich überhaupt diskutabel ist, um Klarheit über auch heute bestehende Gefahren zu bekommen, dann doch wohl eher deswegen, weil es die Verantwortung der PCI ist, daß sie die lernende und werktätige Bevöl—kerung nicht auf einen Bruch mit dem kapitalistischen „demokrati—schen" Staat orientiert, sondern auf dessen Beibehaltung; daß sie mit ihrer Ordnungspolitik, mit ihrer Rechtfertigung von Polizeiterror und mit ihrer eigenen gegen die Linke gerichteten Demagogie den Antikommunismus überhaupt fördert.

Die PCI setzt massiv auf eine Spal zwischen den revoltierenden Jugendlichen und der Arbeiterklasse, und darin liegt heute die große Gefahr für die demokratische, antifaschistische Bewegung insgesamt und

und darin liegt heute die große Gefahr für die demokratische, antifaschistische Bewegung insgesamt und

die revolutionäre, sozialistische Bewegung insbesondere. Und diese Gefahr ist deswegen nicht zu unterschätzen, weil der Radikalisierung und Mobilisierung unter den Jugendlichen a k t u e l l k e i n e vergleichbare tatsächliche B e w e g u n g in der italienischen Arbeiterklasse gegenü—bersteht. Dies realistisch einzuschätzen, heißt noch nicht, den Marxismus über Bord zu werfen; heißt nicht, wie die PCI dreist behauptet, daß diese Jugendrevolte allein deswegen „ständische Interessen" vertreten würde und „gegen die Arbeiterbewegung" gerichtet sei, weil sie für eine Autonomie ihrer Bewegung gegenüber einer a k t u e l l weitgehend p a s s i v e n und reformistisch k o n t r o l l i e r t e n „Bewegung" beharrt. Im Gegenteil: ein Aufgeben dieser Autonomie in der gegenwärtigen Situation würde ein anbinden der Jugendrevolte an diejenigen Kräfte bedeuten, die sich heute noch ziemlich ungehindert als „Repräsentanten" dieser Arbeiterbewegung ausgeben können, an die reformistischen Institutionen innerhalb der Arbeiterklasse - und d a s (und nicht das Festhalten an der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Jugendrevolte in der gegenwärtigen Situation!) würde bedeuten, den Marxismus über Bord zu werfen.

Als die Studenten in Bologna eine militante Antwort auf die Erschiessung ihres Genossen Francesco Lorusso gaben, da hat das sogenannte „Verfassungslager" von DC bis zur PCI die Idee ausgebraten, eine Massenkundgebung „der Arbeiterschaft" g e g e n den Protest der Studenten zu inszenieren. Und die PCI und die Gewerkschaftsführung haben aus der ganzen Emilia-Romagna 150-200.000 Arbeiter nach Bologna mobilisiert (mehr als nach dem faschistischen Bombenanschlag in Brescia, als 100.000 in Bologna demonstrierten!), und haben unter massivem Beifall, der die Frucht einer wüsten Panikmache und Anti-„Terroristen"-Hetze war, vom Staatsapparat eine „*schnelle, klare und vollständige Gerechtigkeit (??)*" gegen die „*zerstörerischen Kräfte*" der revolutionären Linken gefordert. Diese „zerstörerischen Kräfte" haben unmittelbar nach den „Vorfällen von Bologna" eine Informations- und Agitationskampagne gegen die Verleumdungen der bürgerlichen und revisionistischen Presse begonnen und sind damit auch vor (und wo es ging: in) die Betriebe gezogen. Sie haben dort keinen großen Widerhall gefunden; das konkreteste Ergebnis, das sie überhaupt mit nach Hause brachten, war die Erfahrung, daß sie in Frauenbetrieben im allgemeinen auf etwas mehr Sympathie gestoßen sind - und das ist nicht verwunderlich, weil die skrupelose Ausbeutung und Diskriminierung der Frauen bei gleichzeitiger „Vernachlässigung" durch die Revisionisten die größten Parallelen zur Lage der Jugendlichen aufweist. Die Studenten haben die Forderung gestellt, auf der Kundgebung des „Verfassungslagers" Rederecht für den Bruder des erschossenen Genossen zu erhalten. Dort, wo Betriebsvertretungen, Fabrikräte und auch einzelne Arbeiter diese Forderung nicht gleich abgelehnt haben, wurde meist die Bedingung gestellt, sich ausdrücklich von allen stattgefundenen „Gewaltaktionen" zu distanzieren. Diese Bedingung wurde nicht aktzeptiert und die Studenten und Jugendlichen haben in diesem Punkt auf ihrer „Autonomie" gegenüber der (aktuellen!) Arbeiterbewegung bestanden, weil alles andere gehießen hätte, der Hetze und den Verleumdungen der bürgerlichen und revisionistischen Presse recht zu geben und mit in das Horn der „Verteidigung der demokratischen Institutionen" zu stoßen.

Die t a t s ä c h l i c h e Spaltung, die heute zwischen den revoltierenden Jugendlichen und der Masse der Arbeiter besteht, liegt nicht darin, daß die Jugendlichen die Autonomie ihrer Bewegung verteidigen und einen militanten Kampf führen, der von der Mehrheit der Arbeiterklasse h e u t e n i c h t geführt wird; die tatsächliche Spaltung liegt darin, daß die Revisionisten diesen Kampf in der Arbeiterklasse v e r l e u m d e n, daß sie die Arbeiter gegen diesen Kampf und für die staatliche Unterdrückung der revolutionären Linken einzustimmen versucht, daß die Revisionisten nicht die Klassensolidarität der Arbeiterklasse mit der lernenden und arbeitslosen Jugend propagiert, sondern die Klassenkollaboration der Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie.

propagiert, sondern die Klassenkollaboration der Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie.



Aber meine Herren, nun lassen Sie sich doch nicht durch dieses überholte Symbol da oben verwirren!

Daß die PCI keine revolutionäre Partei im Sinne von Marx und Lenin mehr ist, ist nicht neu. Neu ist, daß sie nicht einmal mehr eine antikapitalistische Partei ist, nicht einmal .mehr im Sinne des treuen Glaubens an eine reformistische Überwindung des Kapitalismus. In seiner Schlußrede auf der jüngsten ZK-Tagung erklärte Giorgio Napolitano in Vertretung des Parteichefs Berlinguer: „*Der demokratische Staat ist auch unser Werk ... Angesichts seiner ernstesten Abirrungen und Schwächen haben wir uns auch in den finstersten Jahren des kalten Krieges nicht vorgenommen, ihn zu zerschlagen. Wir wissen gut, daß seine Zerschlagung einem*

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

reaktionären Regime Platz machen würde, und wir wollen ihn darum verteidigen und erneuern. Unsere Republik wird gegen alle verteidigt werden, die sie angreifen und ihr nachstellen", („IB" 5/77). Ja, die PCI ist sogar immer weniger eine oppositionelle Kraft allein gegen die bestehende Regierung des bestehenden Staates. Hatte Berlinguer noch beim Abschluß der Arbeiterkonferenz im Januar in Mailand „zumindest" versichert (obwohl das schon auf reinste Demagogie aufbaut), daß die PCI „nicht zögern" wird, „*zur Opposition zurückzukehren* (?!), *wenn* (?!) *die Regierung den Wünschen der Volksmassen nicht Rechnung trägt*" („LC", 18.3.), so sagt Napolitano auf der genannten ZK-Tagung jetzt offen: „*In einem so schwierigen* (für wen?? – Anm. SOLI) *Moment sind wir Kommunisten* (aus der schriftlichen Wiedergabe geht leider nicht hervor, ob N. dabei rot angelaufen ist ...) *nicht so verantwortungslos ein politisches Vakuum zu schaffen.*" Und Napolitano schwelgte dann noch weiter von den „*höheren Interessen der Demokratie und des Landes*" – wobei nur unklar blieb, ob ihm selbige nur „höher" als die Interessen der Arbeiterklasse sind, oder auch „höher" als die Haarspitze, an der man gerade noch erkennen kann, daß es sich um die PCI handelt, die sich hier im Sumpf rumsudelt ...

Der Schritt von der Möööglichkeit der „Rückkehr in die Opposition" zur Verhinderung eines „politischen Vakuums" bedeutet auf der Hühnerleiter des „Historischen Kompromist" konkret folgendes: Nach der Parlamentswahl vom 20. Juni letzten Jahres hat die PCI gegenüber der Andreotti-Regierung die „Politik der Stimmenthaltung" geübt. Das heißt, sie hat allen wesentlichen Plänen der Christdemokratie dadurch eine Mehrheit verschafft, daß sie nicht gemeinsam mit den Abgeordneten der Democrazia Proletaria, der Radikalen Partei und womöglich der Sozialistischen Partei dagegen gestimmt hat, was namentlich in solchen Fällen eine „Regierungskrise" hätte herbeiführen können, wo die Christdemokratie auch nicht die unbedingte Zustimmung ihrer anderen bürgerlichen Bündnispartner hatte. Die letzte Stimmenenthaltung übte die PCI übrigens, als der italienischen Arbeiterklasse die vom Internationalen Währungsfonds (also im wesentlichen dem US- und BRD-Imperialismus) verordnete Lohnsenkung (Unterlaufung der scala mobile, Aussetzung betrieblicher Zusatzvereinbarungen usw.) aufgebrummt wurde, was nachhaltig demonstriert, was vom PCI-Geschwätz gegen die Krisenlasten auch nur in den hautnahsten Problemen zu halten ist.

Der neue Schritt soll die PCI nun von der passiven zur aktiven Unterstützung des DC-Regimes bringen. Die Aufforderung dazu erging am 6.4. durch den DC-Präsidenten Moro, der die Entführung des PSI-Politikers Guido De Martino als Argument zur Herstellung einer „breiten Annäherung" gebrauchte – also explizit im Zusammenhang mit der „Verteidigung der inneren Sicherheit" (wozu die PCI ja mit ihrer Stellung gegenüber der Jugendrevolte die Nagelprobe erbracht hat). Inzwischen haben die Gespräche zwischen der PCI und der DC über ein „gemeinsames Regierungsprogramm" begonnen. „Gemeinsames Regierungsprogramm" ist dabei allerdings ein irreführender Ausdruck: Die DC hat bislang (und wie es scheint, auch auf absehbare Zeit) überhaupt nicht die Absicht, eine tatsächlich gemeinsame Regierung mit der PCI zu bilden. Die DC will die PCI stattdessen dafür gewinnen, die Public-Relation-Abteilung der Christdemokratie in der Arbeiterklasse zu übernehmen, nicht mehr. Sie kann sich dabei sogar ausrechnen, daß dies wahrscheinlich der beste Weg ist, um den „Historischen Kompromiß", wie die PCI ihn sich seit 1973 erträumt hat, nämlich als tatsächliche Regierungs**beteiligung** überhaupt **unmöglich** zu machen – denn es ist eine alte Krämerweisheit, daß wenn jemand sich darauf einläßt, fremde Waren feilzubieten, die eigenen um so schneller verfaulen.

Das Gesicht, das der italienische „Eurokommunismus" im Zusammenhang mit der Jugendrevolte klarer enthüllt hat, verweist diejenigen ins Abseits, die dies mit Etiketten wie „undogmatisch", „unbürokratisch" und ähnlichem Unsinn mehr beliebt machen wollen – und gar predigen, daß auch die Bundesrepublik eine „KP" brauche, wie man sie „unter der italienischen Sonne" sieht.

Irren ist menschlich

„L'Unita", Zeitung der italienischen Revisionisten, druckte am 12.4. einen langen und lobenden Artikel über das „Wiederaufleben der Studentenbewegung in der BRD" ab. Berichtet wurde darüber, daß im vergangenen Wintersemester „*spontane Explosionen*", „*harte Auseinandersetzungen*", „*Streiks und große Demonstrationen*" in zahlreichen Universitätsstädten stattgefunden haben, und daß die Studenten im kommenden Semester „*eine Überprüfung ihrer Kraft und ihrer Ziele suchen werden*". Freilich: „L'Unita" verschwieg z.B., daß die zurückgekämpften Berufsverbote in Westberlin gegen Professoren gerichtet waren, mit denen sie in Italien wohl ebensowenig Solidarität üben würde wie es hierzulande die DKP tut. Aber über solche „Kleinigkeiten" mag man mal hinwegsehen.

Es stellt sich jedoch die Frage, warum die PCI in ihrem Zentralorgan einen derart ausführlichen und „positiven" Artikel über die **westdeutsche** Studentenbewegung bringt, wo sie gleichzeitig die **italienische** Studentenbewegung nach Strich und Faden runterzumachen versucht. Der Grund dafür ist einfach: der PCI ist die westdeutsche Studentenbewegung deswegen sympathischer, weil sie - so wird gesagt - durch die „Ablehnung von Gewalt" gekennzeichnet sei.
Das braucht aber nicht so zu bleiben ...

Frauen mischen sich ein

Als nach dem Essen die Nationale Studentenversammlung (25. bis 27.2. in Rom) wieder zusammenkam um weiter zu tagen, hatten viele Frauen das Podium und dessen Umgebung besetzt. Die meisten Leute waren erstaunt und neugierig, was das wohl sollte, einige waren sauer. Es herrschte ein ziemliches Durcheinander, viele sagten: „*Macht ihr doch die Versammlungsleitung, vielleicht könnt ihr das ja besser!*" Dann lasen die Frauen eine Resolution vor und einige von ihnen redeten: „*Wir haben das Podium besetzt, um zu garantieren, daß wir und die anderen Frauen auch sprechen können!*" Andere Frauen redeten über ihre spezielle Situation an der Uni und in der Arbeitswelt, über ihre Rolle in der Studentenbewegung und machten Vorschläge, wie der Kampf

Frauen auch sprechen können!" Andere Frauen redeten über ihre spezielle Situation an der Uni und in der Arbeitswelt, über ihre Rolle in der Studentenbewegung und machten Vorschläge, wie der Kampf

weiter geführt werden sollte (nach Lotta Continua, 1.3.).

Von Anfang an haben die Frauen die Bewegung mitgetragen, sind bei den Aktionen dabeigewesen; zunächst noch individuell, nicht als Frauen – wie einige von ihnen sagen.

gung gegen Frauenfeindlichkeit durchzusetzen und ihre Forderungen und Vorschläge in die Diskussion zu bringen.

Dazu müssen wir uns die Situation, in der sich die italienischen Frauen befinden, vor Augen führen:
Die reaktionäre Heimchen-am-Herd-Ideologie ist in Italien durch den starken Einfluß der katholischen Kirche noch sehr gut verankert, bis in die Linke hinein.

So sprechen auf den Versammlungen der Studenten fast ausschließlich Männer, die Frauen werden in der politischen Auseinandersetzung oft gar nicht richtig ernst genommen. Ein „gutes" Beispiel dafür ist der nationale Studentenkongreß vom 29.4. bis zum 1.5. in Bologna, wo wir an zwei Tagen nicht mehr als sage

der politischen Auseinandersetzung oft gar nicht richtig ernst genommen. Ein „gutes" Beispiel dafür ist der nationale Studentenkongreß vom 29.4. bis zum 1.5. in Bologna, wo wir an zwei Tagen nicht mehr als sage

und schreibe vier Frauen haben sprechen hören...

Während des 1. nationalen Studentenkongresses in Rom im Februar diskutierten Frauen auf einem Frauentreffen die Schwierigkeiten, eine organisierte Frauenbewegung, die in die Kämpfe eingreift, zu schaffen (nach LC 1.3.). Ein positives Beispiel für das Eingreifen von Frauen berichtet Lotta Continua am 16.3: Eine Frau erzählte von der Demo am 12.3.: „*Als wir auf der Piazza Venezia angekommen waren, mußten wir stehenbleiben: Auf der einen Seite sperrten Polizeiketten eine Straße ab, während von der Seite der Piazza del Gesu dichte Tränengasschwaden herüberzogen, die uns zeigten, daß die Spitze des Demo-Zuges angegriffen worden war. Es handelte sich nur um wenige Minuten: An diesem Punkt waren* **wir** *tatsächlich die Spitze von weiteren zehntausenden von Genossinnen und Genossen. Wir schlossen uns dicht zusammen und gingen weiter vor. Wir waren eingehakt und riefen: „Gegen die Gewalt der Polizei – Frau, schrei, daß die Straße dir gehört!" In diesem Moment habe ich unheimlich stark das Gewicht unserer Stärke gespürt, und die Sicherheit, als ich die Hände der Genossinnen festgehalten habe, die mit mir zusammen ihre Wut und Empörung ausdrückten und ihren Entschluß, sich nicht überwältigen und einschüchtern zu lassen.*"



„*In Rom war die Frauenbewegung zersplittert und verteilt auf die verschiedenen Fakultäten: eine wirkliche Frauengruppe gab es nur im Fachbereich Literatur. Sie arbeitet schon seit drei Jahren.*

Als wir während der Besetzung der Uni merkten, daß wir unheimlich viele Frauen waren, haben wir angefangen, auch selbständig was zu machen: Frauen-VV's, wo wir auch Sachen entschieden haben (z.B. die Teilnahme an der ersten Demo). Außerdem haben wir drei Arbeitsgruppen gebildet: Frauen und Kultur, Frauen und Arbeit, Frauen und Politik." (LC, 1.3.)

Nicht nur in Rom, sondern auch in anderen Städten greifen die Frauen als politischer Faktor ein; sie sehen ein wesentliche Aufgabe darin, die Frauenfrage in die Bewegung einzubringen: Einerseits wird die besondere Unterdrückung der Frau in der Ausbildung und im Beruf – so z.B. die besonders starke Betroffenheit von der Arbeitslosigkeit – und in der Gesellschaft überhaupt aufgezeigt, andererseits versuchen sich die Frauen auch gerade innerhalb der Bewe-

Die DKP hetzt mit

aus: AK 103

Die DKP hetzt mit
aus: AK 103

Über „**die Ausschreitungen rechter Stoßtrupps in Italien**" berichtete am 17.3. die „UZ" der DKP. Liest man den Artikel, so erfährt man freilich, daß mitnichten die in Italien in der Tat sehr aktiven **Faschisten** gemeint sind, sondern **die Kampfaktionen der linken Studentenbewegung!** Dies seien nämlich, so meint die „UZ", „*antikommunistische und arbeiterfeindliche Banden*", hinter denen „*bekannte umstürzlerische Zentralen*" stünden. Das hat die „UZ", wie nicht verschwiegen wird, wörtlich aus der italienischen PCI-Zeitung „l'unita" abgeschrieben. Und auch dies: „*...daß die schießend und plündernd durch die Straßen Roms und anderer Städte tobenden Terrorbanden seit einem Jahr über eine Rundfunkstation verfügen, die die jüngsten Ausschreitungen exakt lenkte*". Ja ja, kein Zweifel möglich, gemeint sind immer noch die kämpfenden Studenten und ihre fortschrittlichen „autonomen" Sender, die derzeit der Reihe nach von der Regierung stillgelegt werden. An der Behauptung der im „hysterischen Kompromiß" vereinigten italienischen Reaktion, diese Sender würden die Kämpfe der Studenten „exakt lenken" ist ebensoviel Wahres wie an den entsprechenden Märchen „unserer" Bourgeoisie über Brokdorf, Grohnde und den KBW. Es fehlt in der „UZ" im übrigen auch nicht der Hinweis, daß es den revoltierenden Jugendlichen in Italien um die „*Verschärfung innenpolitischer Spannungen*" und die „*Liquidierung der demokratischen Errungenschaften der Volksmassen*" gehe.

Kein Wort liest man in dem Artikel über den in Italien herrschenden Polizei-Terror, über die Morde von Polizisten und Faschisten an Linken etc. Das nebenstehende mit Originaltext aus der „UZ" abgedruckte Foto ist der einzige „Hinweis" der „UZ" auf die machtvolle Demonstration von 50 bis 100.000 Studenten am 12. März in Rom – die Demonstration war verboten worden, obwohl sie erklärtermaßen „friedlich" verlaufen sollte, und mußte gegen ein Terror-Aufgebot Tausender Polizisten und Carabinieri durchgesetzt werden. **Das** verschweigt die „UZ" – bei ihr bleiben nur „randalierende" Studenten übrig, die „systematisch" Autos demolieren.

Daß das keine kommunistische Zeitung ist, ist eh klar. Aber sie informiert noch nicht einmal „sachlich" im schlichtesten bürgerlich-liberalen Sinn, sondern betreibt verdummende Stimmungsmache und Hetze auf dem Niveau der „Bild"-Zeitung, sobald es um die „Chaoten" geht.



Ausgebrannte und systematisch demolierte Fahrzeuge säumten den Straßenrand, wie hier in der Nähe des Vatikan, nachdem die „Autonomisten" am Wochenende in Rom randaliert hatten.

- in Schule und Universität gegen „Spar"politik und politische Unterdrückung Widerstand leistet,
- mit Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas solidarisch verbunden ist
- und als Linker ständig darüber in-

»Leg auf, die Bullen kommen!«

Die letzten Worte, die Radio Alice am Samstag, den 12. März, 23.15 Uhr gesendet hat.

Die Sendung beginnt mit Lärm im Hintergrund, Stühle werden gerückt, Leute laufen im Zimmer hin und her. Man hört das Telefon klingeln:

Alice?

1. Genosse: Leg auf, die Bullen kommen, wir brauchen das Telefon.

2. G.: Hauen wir doch nach oben ab, laßt uns doch abhaun!

1. G.: Ruhig bleiben, Jungs.

Wieder das Telefon:

1. G.: Hallo, Alice?

Ja, die Polizei ist da, wenn du einen vom Verteidigerkollektiv findest, sofort her mit ihm!

Nein, verschwindet doch bloß nicht aus dem Fenster, bitte. (Lärm) Hör zu, es ist wichtig, ich bitte dich, laß das doch! Achtung, an alle Rechtsanwälte, an alle Genossen, die uns hören, setzt euch in Verbindung mit den Anwälten, Achtung an alle Genossen: Sie sollen sich in Verbindung setzen mit dem Rechtsanwalt Insolera und mit den anderen vom Verteidigerkollektiv.

(Stimme aus dem Hintergrund):

Die Polizei schießt auf uns, die erschießen uns!

Daniela, wenn du am Radio bist, bleib ruhig!

2. G.: Nicht wo ihr hingeht, gib mir die Telefonnummer.

3. G.: Ist okay so, diese hier, Gamberini 51.

1. G.: 51 ...

Noch ein Aufruf von Radio Alice, bei Radio Alice stehen die Bullen vor der Tür und alle Genossen vom Verteidigerkollektiv sollen bitte sofort hier in die Via Pratello kommen!

Eine Genossin: Und jetzt schlagen sie die Tür ein ...

2. G.: Keiner antwortet!

3. G.: Runter auf die Erde!

(Telefon klingelt)

1.G.: Ja, hallo.

Polizei: Aufmachen! (Man hört Schläge.)

1.G.: Mauro hör zu (Die Schläge werden lauter), die Polizei ist hier, wir warten auf die Anwälte ...

Achtung, hier ist Radio Alice, die Polizei ist da, sie versuchen gerade die Tür einzuschlagen (wieder Schläge), ich weiß nicht, ob ihr die Schläge durchs Radio hören könnt (Lärm und Durcheinander im Hintergrund). Tu das Ding runter!...

2. G.: Hör doch, die Polizei steht vor der Tür und versucht, sie einzuschlagen, die haben die Pistolen gezogen und ich weigere mich aufzumachen, ich hab ihnen gesagt, solange sie die Pistolen nicht runtertun und den Haftbefehl zeigen. Und als sie die Pistolen dann auch nicht eingesteckt haben, hab ich ihnen gesagt, wir machen nicht auf, bis der Rechtsanwalt kommt.

(Telefon)

Hör zu, kannst du bitte kommen, ich bitte dich, es ist unheimlich dringend, es ist unheimlich dringend ... Die haben Pistolen und kugelsichere Westen und dieses ganze Zeugs ... Via del Pratello 41 ... o.k. wir warten auf dich ... Tschüß.

2. G.: Sag ihm ... Mauro! Bleib unten!!!

Ein Genosse ruft der Polizei zu: Die Rechtsanwälte! Einen Moment noch und die Rechtsanwälte kommen.

(Es klingelt lange an der Tür.)

Ein Genosse: Telefon!

Ein anderer Genosse: Wann kommen bloß die Anwälte!

(wieder Telefon)

1. G.: Verdammter Mist, wir haben die Bullen vor der Tür, nimm doch bloß das Telefon nicht ab.

2. G.: Achtung, hier ist immer noch Radio Alice, die Polizei steht bei uns vor der Tür (Klingel) mit kugelsicheren Westen und Pistolen in der Hand und den ganzen Sachen und wir warten hier auf die Rechtsanwälte. Wir weigern uns absolut, die Polizei reinzulassen, bis unsere Anwälte hier sind. Warum ziehen sie die Pistolen und ähnliches Zeug und das ist absolut keine Sache, die wir akzeptieren können ... gut, ich bitte die Genossen von Radio Citta, ob sie uns nicht einen Tip geben können, übers Radio, ich höre sie.

1. G.: Alle Genossen, alle Genossen auf die Piazza Maggiore noch vor Mitternacht, unbedingt. Radio Città ruf uns hier an bei Radio Alice.

Hallo?

2. G.: Radio Città soll bei Radio Alice anrufen, bitte, Radio Città soll hier bei Radio Alice anrufen oder sagt uns, ob ihr auf Empfang seid. Und diese Sache hier weiter übertragt eh ... übers Radio, bitte .... wir hören. Wir können aber nicht feststellen, ob das eine Nachricht von uns ist oder ob die Bullen zurücksenden, bitte, Radio Città, sagt doch was! Danke.

Ein Genosse: Telefon.

Hallo?

2. G.: Trotz allem, Genossen, die Situation ist einigermaßen stabil.

1. G.: Signora, wir warten nur noch auf die Anwälte.

2. G.: Die Situation hat sich noch nicht verändert, die Polizei steht immer noch draußen und versucht reinzukommen, immer noch mit den kugelsicheren Westen und den gezögenen Pistolen in der Hand.

1.G.: Warte, da kommt einer ...

2. G.: Sie haben gesagt, daß sie die Tür aushängen wollen und solche Sachen. (Stimmen). Auf diese Art belagern uns die Bullen. Ich weiß nicht, ob ihr den Film gesehen habt, eh ... verdammter Mist, wie zum Teufel hieß der noch ... der über Deutschland ... der Fall Katharina Blum, hier haben sie genau die gleichen Bullenhelme, genau die gleichen kugelsicheren Westen, die gezogenen Beretta und solche Sachen, wirklich absurd, wirklich unglaublich, (Stimmen) wirklich wie im Film (wieder Stimmen im Hintergrund), wenn sie hier nicht an die Tür schlagen würden, würde ich glauben, daß ich im Kino bin ...

1. G.: (aus dem Hintergrund) Hört mal, weiß keiner die Nummer von (...) Radio Città?

3. G.: 34 64 58.

2. G.: Wir warten immer noch darauf, daß ein Genosse kommt, wir sind zu viert hier beim Radio, daß, nichts ... Wir sind zu viert hier und machen Gegeninformationsarbeit, und wir sind hier und warten auf die Polizei und wollen sehen, was die hier machen wollen. (Aufgeregte Stimmen und Geräusche). Im Augenblick scheinen sie ruhig zu sein, machen keinen großen Lärm, sie haben sich wohl beruhigt, haben aufgehört, gegen die Tür zu donnern, man sieht, daß sie sie für ziemlich robust halten .... eh, gibst du mir mal ne Platte rüber, daß wir ein bißchen Musik auflegen können, verdammte Scheiße.

(Das Telefon klingelt.)

1. G.: Alice ...

2. G.: Das Telefon hier klingelt am laufenden Band ... wirklich ... Hier ist Beethoven, wenn euch das paßt und nicht auf die Nerven geht ...

1. G.: Nein, Calimero ist weggegangen, ja ... (aus dem Hintergrund: Schweinerei!)

1. G.: Nein, hör zu, ich bin allein, die Polizei ist hier.

(Musik.)

2. G.: Ein bißchen Musik aus dem Hintergrund.

(Die Musik geht weiter).

1. G.: Ich weiß nicht, hör mal, ich weiß noch nicht mal, ob ich schlafen gehe, heut nacht ... Mir geht das alles unheimlich auf den Geist ... (Man hört durcheinander, Lärm und laute Schläge.)

2. G.: Jetzt hat die Polizei wieder angefangen, an die Tür zu schlagen, sie brüllen wieder, daß wir aufmachen sollen.

3. G.: Sie kommen!!! Sie kommen!!!!

2. G.: Paß auf! Bleib unten!!!!!!

Polizei: Verdammt noch mal, aufmachen, aufmachen!!!!

(Man hört ein fürchterliches Durcheinander.)

3. G.: Die Anwälte kommen gleich, wartet fünf Minuten und sie sind hier auf der Straße!

Polizei: Wir gehen jetzt rein, macht euch fertig!!!

2.G.: Die einzigen Kommentare sind: Verdammte Sauerei, macht auf und all solche Sachen ...

Ein Genosse geht ans Telefon: Alice!

Polizei: Stellt euch mit erhobenen Händen hin, Hände hoch!

1. G.: Ich weiß nicht, wer Alberto ist, nein, ich bin Matteo, hör doch, die Bullen stehen vor der Tür ...

(Durcheinander)

3. G.: Sie sind reingekommen, sie sind hier!!!

2. G.: Sie sind drinnen!!! Sie sind drinnen! Wir stehen hier mit erhobenen Händen, sie sind drinnen und wir stehen hier mit erhobenen Händen ...

2. G.: Jetzt haben sie das Mikrofon rausgerissen ...

Polizei: Hoch, eh!

2. G.: Wir haben die Hände hoch, sie haben uns gesagt, daß das eine Stellung für Mandanten ist ...

(Übersetzt nach „Rosso"-Giornale dentro il movimento, März 1977).

»Basta coi falsi Indiani!«



Besonderer Beliebtheit erfreut sich in Westdeutschland und Westberlin eine kleine Spontigruppe aus Rom, die „indiani metropolitani" (Metropolindianer). Was der bürgerlichen Presse als Zeichen besonderer Verrücktheit der Studenten dient, stößt bei anderen, hier vor allem den Frankfurter und Westberliner Spontis auf eifrige Nachahmung. Neue Stämme werden gegründet, so der „Stamm der FU-Indianer(innen)", in Westberlin, Indianer ist „in". Schmunzelnd berichteten uns Bologneser Genossen, daß sie erste Anfragen aus Westdeutschland erreichten, ob es richtig sei, daß die indiani metropolitani die „Freilassung aller Tiere aus dem Zoo" gefordert hätten (haben sie - allerdings unter ferner liefen). Ob der Grzimek in Frankfurt nun wohl bald Besuch von „Indianern" kriegt?

Uns – und durchaus nicht nur uns, denn in Belogna äußerten Spontigenossen einen ähnlichen Verdacht – beschleicht allerdings das Gefühl, daß hierzulande mit dem kriegerischen Ansehen der indiani metropolitani Schindluder getrieben wird. Friedens (Hasch?)pfeife statt Kriegsbeil? Romantik statt Kampf?

Ungeachtet offenbar auch bei den indiani metropolitani nach dem 12.3. einsetzender Zerfalls- und Rückzugserscheinungen (vergl. Interview in „Lotta Continua" vom 22.3.) erklären wir im Namen der kriegerischen indiani:

Rauchzeichen haben die großen Berge nach Norden überschritten. Der weiße Mann im Norden überträgt sie auf große weiße Bögen, um seinem Volk Furcht vor dem Kampf der indiani metropolitani einzuflößen. Aber auch einige Stämme jenseits der großen Berge haben Kundschafter über die weißen Berge gesandt. Die Häuptlinge dieser Stämme, die im großen eingezäunten Fort des weißen Mannes an der Spree und an der Furt des Mainflusses wohnen, haben nichts von dem großen Kriegszug gegen die Herrschaft des weißen Mannes verstanden. Sie berichten ihrem Volk, die indiani kämpfen für die Freilassung aller Tiere aus den Häusern, die der weiße Mann Zoo nennt. Aber sie berichten nicht vom großen Kriegszug der indiani. Sie reden mit gespaltener Zunge und rauchen die Friedenspfeife anstatt auf den Kriegspfad zu trommeln. Ihr großer Häuptling heißt Karl May. Der große Häuptling der indiani heißt Karl Marx.

Auch im Land zwischen den großen warmen Wassern hat ein großer Häuptling der weißen Männer den Kriegsschmuck der Indianer angelegt, um das Volk der indiani zu täuschen. Der Stamm der indiani metropolitani beteuert nochmals seine Absicht, den Kriegspfad solange zu beschreiten, bis die Herrschaft des weißenMannes gebrochen ist. Wer mit ihm kämpfen will, ist willkommen. Wer aber das Kleid der indiani anlegt und doch nur ein Palaver macht, den strafen wahre indiani mit Verachtung. „Schluß mit den falschen Indianern!"

Rat zur Verteidigung der kämpferischen Tradition der Indianer (nicht nur) im SSB Hamburg



Letzte Meldung

Die Ereignisse des 26.3., die Erschießung eines Polizisten während einer Demo, dienten Regierung und Staatsapparat in diesen Tagen dazu, eine neue Welle der Repression speziell gegen linke Verlage, Buchhandlungen und die Gegeninformationsorgane der Bewegung zu starten: Zuerst wurde die Behauptung in die Welt gesetzt - ohne Beweise versteht sich - daß es ein Komplott zur Erschießung des Bullen gegeben hätte, und jetzt werden „Schuldige" gesucht. Am 17.5. wurden in Bologna zwei Leute verhaftet, weil sie sich kurz vor dem 12.März „für Gewalt" ausgesprochen hatten. „Beweis": willkürliche Interpretation von Artikeln aus zwei Spontizeitungen. Am nächsten Tag wurden dann in den Städten Bologna, Verona, Mailand, Padua und Rom mindestens 40 Hausdurchsuchungen bei Verlagen, Buchläden, „Radio Alice" und deren Mitarbeitern durchgeführt, weil sie im Zusammenhang standen mit dem Dokumentationszentrum „il Picchio" in Bologna, das angeblich an dem Komplott beteiligt gewesen sein

In Verona wurde ein Verleger wegen illegalen Waffenbesitzes verhaftet - er hatte eine Schreckschußpistole (!) im Hause gehabt. Dieser Verleger arbeitet z.Z. an der Herausgabe eines Buches über die Bewegung in Bologna. Zufall?

Ein 2o-jähriger wurde wegen seiner Waffensammlung (Schwerter etc!) verhaftet und sitzt, wie auch der Verleger, noch immer im Knast.

Diese neue Spitze des staatlichen Terrors hat eine Welle der Empörung und der Solidarität im ganzen Land hervorgerufen.

Zahlreiche linke Verlage und Zeitungen haben sich mit den Betroffenen solidarisiert, darunter sogar der PCI-Verlag „Inaudi", einer der größten Verlage Italiens. Dies angesichts der Tatsache, daß die PCI die Terroristenhetze maßgeblich mit vorangetrieben und in den von ihr regierten Städten, z.B. Bologna, die Bulleneinsätze selbst mit zu verantworten hat.

Der gesamte Lehrkörper des Fachbereichs Jura der Universität Bologna hat sich bereit erklärt, die Verteidigung eines dort verhafteten Studenten zu übernehmen.

(nach dem telefonischen Bericht eines Bologneser Genossen)

Durch diese Massenverhaftungen werden wir möglicherweise gezwungen sein, Veränderungen im Terminplan kurzfristig durchzuführen, da die italienischen Genossen verständlicherweise ihre festen Zusagen unter dem Druck der jetztigen Ereignisse nicht genau werden einhalten können. Sie haben uns aber nochmals zugesichert, auf jeden Fall zu kommen.

IMPRESSUM:

SOLIDARITÄT Extra
Herausgeber: SSB Hamburg

Presserechtlich verantwortlich:
Heinrich Eckhoff, Schlüterstraße 4
2ooo Hamburg 13

Auflage: 10.000
Erscheint am 12.5.77
Vertrieb: Verlag ARBEITERKAMPF,
J.Reents, Lerchenstraße 75,
2oooHamburg 5o

Kontaktadressen:

SSB Hamburg-	Schlüterstr. 4 2000 Hamburg 13 Tel.: 44 98 14 - Redaktion: 410 56 73
SSB Westberlin:	A. Radtke Thomasiusstr. 2 1000 Westberlin 21
KHB Göttingen:	Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, z.Hd. KHB 3400 Göttingen
SSB Bonn:	Büchertisch, Mi und Do Mensa Nassestr. 12 – 14.oo Uhr